Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
1978 · Teil III

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Josef Koči (ČSSR), Emil Niederhauser (UVR), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig †, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1978 · TEIL III

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1978

Redaktionsschluß: 15. 9. 1977

Anschrift der Redaktion:
108 Berlin, Zimmerstr. 94
Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Str. 3—4
© Akademie-Verlag Berlin 1978
Lizenznummer: 202 · 100/101/78
Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer", 582 Bad Langensalza/DDR
Bestellnummer: 753 384 0 (2103/78/3) · LSV 0305
Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

Inhalt

Mitteilung über die Verleihung des René-Kuczynski-Preises 1977 8

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Lutz Kühne — Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vorbereitung der zentralen Wirtschaftsplanung (Anfang bis Mitte 1948) 9

Takeschi Murata — Aktuelle Probleme der Landwirtschaft in Japan aus historischer Sicht 31

Jan Kofman — Das polnische Großkapital und die allgemeinen Grundsätze der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1929 bis 1939. Konvergenzen und Divergenzen 49

Ilona Ballwanz — Der Zusammenhang zwischen der Produktionsentwicklung und der Betriebsgröße in der deutschen Landwirtschaft von 1871 bis 1914 77

DISKUSSIONEN

Renate Schwärzel — Jahrbuch-Forum: "Fragen der sozialistischen Industrialisierung" 101

Jörg Roesler — Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren 107

Péter Gunst — Regionen und Subregionen. Ein methodologisches Problem bei vergleichenden wirtschaftshistorischen Untersuchungen 117

Heinz Kreißig — Zur Sklaverei im Altertum. Eine Zwischenbilanz der internationalen Colloques sur l'esclavage 125

LITERATURKRITIK

Jürgen Kuczynski — Eine interessante Materialsammlung zur Lage der Arbeiter (Household income and expenditure statistics 1960 - 1972) 139

Manfred Nussbaum — Eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte einer europäischen Region und die Entwicklungsländer (Iván T. Berend/György Ránki, Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries) 143

Helmut Bleiber — Frühgeschichte der Arbeiterbewegung und bürgerliche Apologetik (Ernst Schraepler, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830 - 1853; Wilhelm Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz) 155

Manfred Straube — Quellen zur Geschichte der Hanse. Ein Überblick unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten (Bergen - Handelszentrum des beginnenden Spätmittelalters; Rolf Sprandel, Das Hamburger Pfundzollbuch von 1418; Ursula Hauschild, Studien zu Löhnen und Preisen in Rostock im Spätmittelalter; Hansische Geschichtsblätter 86. - 91. Jg.) 161

Hansjürgen Brachmann — Neuere marxistische Forschungen zur Frühgeschichte des deutschen Volkes (Die Germanen; Römer und Germanen in Mitteleuropa; Die Römer an Rhein und Donau; Friedrich Schlette, Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna) 173

Burchard Brentjes — Marx zum Privateigentum an Grund und Boden im Orient (Hans Peter Harstick, Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion) 183

BETRIEBSGESCHICHTE

Thomas Mette — Deutsche Reichsbahn und Monopolinteressen. Bestrebungen deutscher Monopole zur Verstärkung ihres Einflusses auf die neugeschaffene Deutsche Reichsbahn (Herbst 1920 bis Frühjahr 1923) 187

Renate Schwärzel — Zur Bedeutung der Steckenpferdbewegung im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs im VEB Berliner Glühlampenwerk 1959/60 207

Veronika Siedt — Die Einführung der Schnellfrequenz-Bohrmaschine in den Kaligruben der DDR 1957 bis 1962 213

QUELLEN UND MATERIALIEN

Wolfgang Eccarius — Das "Journal für die Baukunst" als Beispiel für die Rezeption technischer Erfahrungen im Deutschland des zweiten Viertels des 19. Jahrhunderts 221

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Karin Lehmann	Finanzgeschichte des Imperialismus (16. November 1977 in Berlin)	229
Manfred Reißner/ Manfred Straube	Stadt-Land-Beziehungen im hansischen Wirtschaftsraum (13. bis 15. September 1977 in Rostock)	231
Jochen Kleinhempel/ Dieter Postier	Handelsgeschichte im thüringisch-sächsischen Raum (25. Mai 1977 in Leipzig)	239
Armin Jähne	Probleme der griechischen Kolonisation und der Struktur frühantiker Staaten im nördlichen und östlichen Schwarzmeergebiet (4. bis 11. Mai 1977 in Cchaltubo/ UdSSR)	245

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther) 253

Autorenverzeichnis 279

Содержание, Contents, Contenu, Sumario 281

Nachruf für Karl Reißig 285

Mitteilung
über die Verleihung
des "René-Kuczynski-Preises" 1977

Das Kuratorium zur Verleihung des "René-Kuczynski-Preises" beschloß am 30. 3. 1978, den Preis für den wissenschaftlich wertvollsten Beitrag des Jahrgangs 1977 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte an

Hartmut Harnisch

für seinen Artikel

"Die Bedeutung der kapitalistischen Agrarreform für die Herausbildung des inneren Marktes und die Industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts" (1977, Teil 4)

zu verleihen. +

Zusammensetzung des Kuratoriums gemäß der Ordnung über die Verleihung des "René-Kuczynski-Preises":
Rudolf Berthold, Heinz Kreißig, Karin Lehmann, Helga Nussbaum (Vorsitzende), Jan Peters (Sekretär), Alfred Schröter, Rolf Sonnemann.

Frühere Preisträger:

1976: Helga Nussbaum

+ Siehe auch die Diskussion dieses Beitrages auf dem Jahrbuch-Forum am 7. Juni 1977, abgedr. in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 1, S. 199 - 210.

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Die Wirtschaftspolitik der SED zur Vorbereitung der zentralen Wirtschaftsplanung (Anfang bis Mitte 1948)

von Lutz Kühne

1. Notwendigkeit und Möglichkeit der zentralen Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone
2. Die Weiterentwicklung der Deutschen Wirtschaftskommission
3. Die Festigung des volkseigenen Sektors in der Industrie und die Entwicklung von Planungsmethoden und -prinzipien

1. Notwendigkeit und Möglichkeit der zentralen Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone

Zu Beginn des Jahres 1948 reiften neue politische, soziale und ökonomische Bedingungen für die Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone heran. Sie waren vor allem durch folgende äußere und innere Merkmale charakterisiert: Auf der Grundlage des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt bildete sich das sozialistische Weltlager heraus, und die zweite Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus verschärfte sich weiter. Deutschland nahm in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus einen zentralen Platz ein. In den Westzonen brach die in- und ausländische Reaktion immer offener das Potsdamer Abkommen, forcierte die Spaltung Deutschlands, betrieb die Restauration des deutschen Imperialismus und bezog die Westzonen in den Marshallplan ein. In der sowjetischen Besatzungszone hatte die Arbeiterklasse unter Führung der SED im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen progressiven Kräften, aktiv unterstützt durch die sowjetische Besatzungsmacht, die Forderungen des Potsdamer Abkommens nach Demokratisierung, Entnazifizierung und Entmilitarisierung im wesentlichen erfüllt. Die imperialistische Großbourgeoisie, die Junker und Großgrundbesitzer waren als Klasse ökonomisch und politisch entmachtet. Die Schaffung demokratischer Verwaltungsorgane, die demokratische Bodenreform und insbesondere die Enteignung des Eigentums der Monopole, der Banken, der Versicherungsgesellschaften und der Bergwerke hatten zu tiefgreifenden sozialökonomischen Veränderungen geführt. Diese Prozesse waren die Basis für die Herausbildung eines volkseigenen Sektors, der das bisherige Ergebnis und die ökonomische Grundlage für die weitere Verwirklichung der Hegemonie der Arbeiterklasse war.

Im Ergebnis der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hatte trotz Materialmangels, fehlender Erfahrungen in der Wirtschaftsleitung und Sabotage des Gegners 1947 die Industrieproduktion 59 Prozent des Vorkriegsstandes von 1936 erreicht.

Während Anfang 1946 etwa 25 000 Betriebe ihre Produktion wieder aufgenommen hatten, arbeiteten im Dezember 1947 bereits annähernd 40 000 Betriebe. Außerordentliche Leistungen vollbrachten die Bergarbeiter, die trotz fehlender Förderbänder und Ersatzteile 1947 schon 93 Prozent der Braunkohle- und 75 Prozent der Steinkohleproduktion des Vorkriegsjahres 1936 erreichten. Im gleichen Jahr hatten die Arbeiter, Ingenieure und Techniker der Reichsbahn 1 761 Kilometer zerstörter Strecke wiederhergestellt und beförderten 20 Prozent mehr Güter als 1946. Auf Flüssen und Kanälen wurden 47, 5 Prozent mehr Güter transportiert als 1946. Die landwirtschaftliche Produktion nahm zu. Die Anbaufläche betrug im Jahre 1947 etwa 93 Prozent des Standes von 1936. Die Ernteerträge betrugen 1947 in Dezitonnen je Hektar bei Weizen 17, 5, bei Roggen 12, 9, bei Gerste 15, 7, bei Hülsenfrüchten 11, 0, bei Raps 6, 7, bei Zuckerrüben 203, 3 und bei Kartoffeln 135, 3. In verhältnismäßig raschem Tempo wuchsen auch die Viehbestände. Die Anzahl der Tiere betrug etwa 2 800 000 Rinder, davon etwa 1 300 000 Kühe, etwa 1 900 000 Schweine und etwa 790 000 Schafe. Das bedeutete eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 20 Prozent gegenüber dem Jahre 1946. Die Tagesration für die wichtigsten Lebensmittel konnte heraufgesetzt und die Kartengruppen V und VI abgeschafft werden. Durchschnittlich wurden täglich pro Person der arbeitenden Bevölkerung bereitgestellt: 300 g Brot, 25 g Nährmittel, 400 g Kartoffeln, 15 g Zucker, 25 g Fleisch und 10 g Fett. [1]

Das Herzstück der volkswirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung bildeten die volkseigenen Betriebe. Im Lande Sachsen, dem industriell entwickeltsten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, war der Gesamtumsatz der volkseigenen Betriebe seit Dezember 1946 um 30 Prozent gestiegen, während die Privatindustrie, die in der Leichtindustrie über doppelt soviel Kapazität verfügte wie die VEB, ein Sinken des Umsatzes um 8 Prozent zu verzeichnen hatte. [2]

Durch die Existenz des volkseigenen Sektors, der sowohl die volkseigenen als auch die SAG-Betriebe einschloß, begannen ökonomische Gesetze des Sozialismus zu wirken. Ihnen mußte weiter zum Durchbruch verholfen werden. Es ergab sich die Möglichkeit und zugleich die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Produktion planmäßig zu entwickeln. Die volkseigenen Betriebe konnten ihre volkswirtschaftliche Funktion erfüllen, ohne durch kapitalistische Widersprüche wesentlich gehemmt zu werden. In ihnen war der Gegensatz zwischen Besitzern der Produktionsmitteln und Produzenten aufgehoben. Ihre Produktion konnte und mußte auf den volkswirtschaftlichen Bedarf ausgerichtet werden.

Der volkseigene Sektor repräsentierte objektiv einen höheren Typ von Produktionsverhältnissen und umfaßte die Hauptproduktionsmittel der führenden Bereiche der gesellschaftlichen Produktion - der Industrie, des Bank- und Versicherungswesens, des Verkehrswesens und anderer Bereiche. Daraus ergab sich sein bestimmender Einfluß in der Wirtschaft. Diesen Einfluß wirksamer zu machen war dringend notwendig, weil in dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung - als typische Erscheinungsform der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus - die prinzipiell unterschiedlichen sozialökonomischen Eigentumsformen nicht nur nebeneinander bestanden, sondern sich auch bekämpften. Der kapitali-

1 Vgl. Müller, Hans / Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der SED, Berlin 1968, S. 67 f.
2 Vgl. Falk, Waltraud, Die politische, organisatorische und ökonomische Konstituierung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft und seine Entwicklung . . ., Berlin 1966, S. 9.

stische Sektor und der Sektor der kleinen Warenproduktion waren Nährboden des Klassenantagonismus, in ihrem Verhältnis zum Volkseigentum Ausdruck des Kampfes der entgegengesetzten Tendenzen in der gesellschaftlichen Entwicklung, des Kapitalismus und des Sozialismus. Aber die zersplitterte Organisationsstruktur und unterschiedliche Leitungsmethoden der volkseigenen Betriebe in den fünf Ländern, deren Staats- und Wirtschaftsorgane dezentralisiert die Eigentümerfunktion des Volkseigentums wahrnahmen, hemmten den Vergesellschaftungsprozeß, schränkten die Effektivität und Planmäßigkeit der Produktion ein und minderten den Einfluß gegenüber den auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden sozialökonomischen Formen.

Die sozialökonomischen Veränderungen in Gestalt des Volkseigentums und des mit der Bodenreform begonnenen Umgestaltungsprozesses in der Landwirtschaft sowie die damit verbundenen wachsenden Anforderungen auf politisch-ideologischem, wirtschaftspolitischem und bündnispolitischem Gebiet sowie zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften erforderten die einheitliche zentrale Leitung und Planung. Nur die zentrale Wirtschaftsplanung konnte unter Berücksichtigung der herangereiften Bedingungen die Überlegenheit des volkseigenen Sektors herstellen, ihn als ökonomische Kommandohöhe der Arbeiterklasse weiter ausbauen, Richtung und Tempo der Entwicklung des weiteren wirtschaftlichen Aufbaus angeben sowie gleichzeitig bestimmen, in welchem Maße die schrittweise Steigerung des Lebensniveaus möglich sein würde. [3]

Die Notwendigkeit des Übergangs zur zentralen Wirtschaftsplanung ergab sich auch daraus, daß mit Hilfe bedeutender Investitionen Produktionskapazitäten wiederhergestellt, erweitert und neu geschaffen werden mußten. Diese Investitionen waren erforderlich zur Wiederherstellung der volkswirtschaftlich notwendigen Proportionen. Durch die Kriegsproduktion, die Folgen des Krieges (Zerstörungen und die Aufteilung in Besatzungszonen hatten die gegebene nationale Arbeitsteilung weitestgehend gestört) und die Demontage eines Teils der Produktionskapazitäten wurden die Disproportionen in der Volkswirtschaft verstärkt. Hinzu kam, daß vor und während des imperialistischen Weltkrieges die Konsumgüterindustrie vernachlässigt und ein Teil der Kapazitäten stillgelegt worden waren. Der Bedarf an Produktionsmitteln und Rohstoffen dieses Industriezweiges war groß. Um ihn befriedigen zu können, mußten die Disproportionen zwischen der Grundstoff- und der Produktionsmittel produzierenden Industrie sowie der Konsumgüterproduktion behoben bzw. gemildert werden. Im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts mußten die Investitionen in einem reorganisierten einheitlichen volkseigenen Sektor durch zentrale Wirtschaftsorgane vorgenommen werden. Die Möglichkeit und Notwendigkeit der vorausschauenden zentralen Planung war durch die antiimperialistisch-demokratische Ordnung unter Hegemonie der Arbeiterklasse gegeben.

Zur zentralisierten Wahrnehmung der ökonomischen Funktion des Eigentümers der Produktionsmittel, zur Durchführung der zentralen Wirtschaftsplanung sowie zur Steuerung der unterschiedlichen Bereiche und der Entfaltung der Produktiv-

3 Der vorliegenden Arbeit liegen folgende Archivmaterialien zugrunde: Zentrales Staatsarchiv Potsdam: C- 10, C- 15, Q- 2; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML, ZPA), NL 62/42, NL 62/77, NL 62/78, NL 90/58, NL 90/73, NL 90/199, NL 90/201, NL 97/1, IV 2/5/229, IV 2/5/234, IV 2/602/57; Zentralarchiv des Bundesvorstandes des FDGB, Akten Nr. 1134, 6803, 6804; Verwaltungsarchiv des Nationalrates der Nationalen Front der DDR: DV 35.

kräfte im Interesse der Gesellschaft war ein zentrales Wirtschaftsorgan notwendig geworden. Es mußte ein revolutionär-demokratisches Organ sein, das die Gewähr seiner Entwicklung zu einem nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisierten wirtschaftspolitischen Staatsorgan der Arbeiterklasse bot. Von der Durchsetzung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, in der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane hing es im wesentlichen ab, wie und in welcher Qualität schon vor der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse über die Leitungs- und Planungstätigkeit ein zentraler Wirtschaftsplan zum Führungsinstrument für das praktische Handeln der werktätigen Massen wurde. Es ging um die Verwirklichung des Leninschen Gedankens, wonach das Prinzip der Einheit von Politik und Ökonomie beim Aufbau der neuen Gesellschaft erfordert, daß zwischen der Produktion und den staatlichen Machtorganen als zwei Seiten des gesellschaftlichen Lebens eine organische Wechselwirkung besteht, wobei die Politik das Primat hat.

Die 1945 gebildeten Zentralverwaltungen und auch die am 14. Juni 1947 durch Befehl Nr. 138 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) geschaffene Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) boten in ihrem derzeitigen Entwicklungsstand nicht die Gewähr, diese Funktionen richtig wahrzunehmen. In den zurückliegenden Jahren hatten diese Organe den gegebenen Bedingungen entsprochen und in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganen der SMAD und der Länder und Kreise eine gute Arbeit geleistet. Ihre Bildung in der sowjetischen Besatzungszone hatte den im Potsdamer Abkommen geforderten gesamtdeutschen Sekretariaten entsprochen. In den ersten Jahren des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns hatte die Situation verlangt, Entscheidungen am besten schnell an Ort und Stelle durch die jeweiligen staatlichen Organe zu treffen. Dadurch konnten die Initiativen der Werktätigen am wirksamsten unterstützt, viele nur örtlich bekannte antifaschistisch-demokratische Kader eingesetzt, örtliche Reserven mobilisiert und die Verteilung der begrenzten Rohstoffreserven auf die noch intakten oder provisorisch wieder in Gang gesetzten Produktionsstätten konzentriert werden. Diese in den ersten Nachkriegsjahren notwendigen und richtigen Maßnahmen begannen allmählich den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, den organisierten Prozeß des Neuaufbaus der Wirtschaft zu hemmen.

Die DWK bestand seit ihrer Gründung aus den Präsidenten der Zentralverwaltungen für Transport, für Brennstoff und Energie, für Handel und Versorgung, für Industrie, für Land- und Forstwirtschaft und den Vorsitzenden des FDGB und der VdgB. Sie hatte die Aufgabe, die Arbeit der genannten Zentralverwaltungen zu koordinieren und Grundlagen für die Gestaltung der künftigen deutschen Wirtschaftspolitik zu schaffen. Andere Zentralverwaltungen und politische Einrichtungen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone waren noch nicht einbezogen worden. Auch hatte die DWK in der gegebenen Form keinen ständigen Vorsitzenden und kein Sekretariat. Sie war bemüht, die Zusammenarbeit mit den Ländern zu verbessern, um auch über die Ministerpräsidenten und die Minister für Wirtschaft, Handel und Versorgung und Landwirtschaft ihre koordinierende Funktion auszuüben. Darüber hinaus setzte sie sich für die Mitarbeit aller Blockparteien und der demokratischen Massenorganisationen bei der Klärung bestimmter Probleme ein. Die Kompetenzen der DWK gingen aber nicht über die Rechte der Zentralverwaltungen hinaus. Sie konnte keine Gesetze und verbindlichen Anordnungen erlassen, und die Ausführung der von ihr beschlossenen Maßnahmen lag im Entscheidungsbereich der Länderregierungen.

Die Notwendigkeit der zentralen Wirtschaftsplanung ergab sich auch daraus, daß der künftige Plan den Charakter eines Mobilisierungsplanes tragen mußte, das galt in zweierlei Hinsicht:

Erstens mußte mit dem Plan, der bewußt als Plan deutscher Staatsorgane begriffen wurde, der Zustand überwunden werden, daß die Werktätigen die wirtschafts- und sozialpolitischen Verbesserungen, die bisher im Ergebnis von "Befehlen" erreicht worden waren, einfach dankbar hinnahmen, ohne darin das Verdienst der Partei und der Massenorganisationen sowie ihrer eigenen Arbeit zu sehen. Durch einen zentralen Wirtschaftsplan hingegen, der Richtung und Tempo der Entwicklung angeben würde, wäre der Partei und der Gewerkschaft die Möglichkeit gegeben, wie Heinrich Rau betonte, "von sich aus bestimmte Aufgaben vor den Massen zu stellen und zu sagen: wenn wir die und die Leistung vollbringen, können wir das und das tun! - ganz konkret. Dann sehen die Arbeiter nachher das als Ergebnis ihrer Anstrengungen und ihrer Aktivität an . . . Sie nehmen das als einen Erfolg ihrer Arbeit, und es schlägt um in politisches Bewußtsein!"[4] Das wachsende, neue gesellschaftliche Bewußtsein, das sich in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, in einer höheren Arbeitsmoral bereits ausdrückte, galt es weiterzuentwickeln in Richtung auf eine bewußte Erfüllung und Übererfüllung des Planes.

Zweitens ging es darum, mit dem Beispiel demokratischer Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage eines Wirtschaftsplanes die fortschrittlichen, antifaschistisch-demokratischen Kräfte in den westlichen Besatzungszonen für das gemeinsame Ziel des Kampfes für Einheit und gerechten Frieden zu mobilisieren. In diesem Sinne stellte die zentrale Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone die Alternative zum Marshallplan dar. Dieser am 5. Juni 1947 verkündete imperialistische Plan verband den Warenexport mit dem Kapitalexport der USA und diente der Stärkung des Imperialismus und der Niederhaltung der antiimperialistisch-demokratischen Bewegungen in westeuropäischen Ländern, einschließlich der westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

Die Notwendigkeit der zentralen Wirtschaftsplanung resultierte also aus dem Zusammenwirken politischer, ökonomischer, sozialer und ideologischer Faktoren, in denen sich das dialektische Verhältnis von Erfordernissen, Möglichkeiten und der gesellschaftlichen Zielstellung ausdrückte.

Nach dem II. Parteitag der SED im September 1947 kam es darauf an, im Zusammenwirken von Fachabteilungen des Parteivorstandes, Massenorganisationen und befreundeten Parteien, staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen sowie der SMAD die allgemeinen Grundprinzipien der Wirtschaftsplanung zu konkretisieren und zu präzisieren.

Bei der Analyse der bestehenden Situation und der Präzisierung der neuen Aufgabenstellungen beriet sich die Parteiführung stets mit einem großen Kreis von Genossen. Dadurch wurden die politisch-ideologischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben vor der Beschlußfassung ausführlich diskutiert. Ausdruck dieses kollektiven Ringens um einen einheitlichen Standpunkt zu den Fragen der Wirtschaftspolitik waren die Diskussionen der beiden Parteivorsitzenden und der anderen Mitglieder des Zentralsekretariats der SED mit Genossen, die im Auftrage der Partei für die Abteilungen Landes- und Kommunalpolitik, Wirtschaft, Justiz und Allgemeines verantwortlich waren, mit leitenden Genossen der Zentralverwaltungen

4 Zentralarchiv des Bundesvorstandes des FDGB, Akte Nr. 1134.

und der DWK sowie die Arbeit mit dem Kommunalpolitischen Beirat des Parteivorstandes, der Deutschen Verwaltung für Inneres und der mit ihrer Tätigkeit eng zusammenhängenden Innenministerkonferenzen.

Am 11. und 12. Februar 1948 fand die 7. Tagung des Parteivorstandes der SED statt. Ihr kam bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft besondere Bedeutung zu. Auf der Tagesordnung stand die Beratung von Maßnahmen für den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung, den Ausbau der führenden Rolle der Arbeiterklasse und die Festigung des Bündnisses mit den anderen Werktätigen. Dabei wurde über eine Reihe grundsätzlicher und konkreter Fragen entschieden, die zur Erfüllung der genannten zentralen Aufgaben beantwortet werden mußten:

Erstens wurde die Schaffung einer einheitlichen zentralen Wirtschaftsleitung, die Reorganisation der Zentralverwaltungen und die Koordinierung der Tätigkeit der Wirtschaftsministerien der Länder gefordert.

Zweitens wurde in Absprache mit der SMAD und mit deren Zustimmung Klarheit darüber geschaffen, daß das einheitliche zentrale Wirtschaftsorgan die Leitung und Planung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone schrittweise verantwortlich übernehmen sollte.

Drittens wurde die Schaffung eines einheitlichen volkseigenen Sektors und dessen zentrale Leitung und Planung beschlossen. Er sollte zur entscheidenden wirtschaftlichen Kraft der sowjetischen Besatzungszone entwickelt werden.

Viertens wurde eine systematische Kontrolle und deshalb der Ausbau der Volkskontrollausschüsse zur wirksamen Kontrolle der Produktions- und Versorgungspläne vorgesehen.

Fünftens wurde die Aufgabe gestellt, die Arbeitsmethoden der demokratischen Staats- und Wirtschaftsorgane weiter zu verbessern, die Positionen der Arbeiterklasse zu festigen und auszubauen, eine neue Intelligenz - besonders aus den Reihen der Aktivisten - heranzubilden und überhaupt das Verhältnis zur Intelligenz auf das Niveau der gestellten Aufgaben zu heben.

Bei der Umsetzung dieser richtungweisenden Beschlüsse stellte die Parteiführung die Aufklärung der Parteimitglieder und der werktätigen Massen über die erreichten revolutionären Veränderungen und über die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes um Einheit und gerechten Frieden in den Vordergrund. Ausgehend von der wachsenden Gefahr der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Kräfte und ihre Helfer, wurde in Verbindung mit der Popularisierung der wirtschaftlichen Aufgaben immer wieder die Auseinandersetzung mit dem Marshallplan geführt. Auf den folgenden Tagungen des Parteivorstandes der SED wurde die objektiv wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei hervorgehoben und wichtige Schlußfolgerungen für die Verbesserung der operativen wirtschaftspolitischen Tätigkeit auf allen Parteiebenen, insbesondere für eine verstärkte Betriebsgruppenarbeit, für die Weiterführung der Massenarbeit unter Gewerkschaftern und Jugendlichen sowie für die Weiterentwicklung der Bündnispolitik gezogen. Es wurde die Erkenntnis gefestigt, daß die Partei, wenn sie ihrer führenden Rolle gerecht werden will, ihren Einfluß im Staatsapparat entscheidend verstärken muß.

2. Die Weiterentwicklung der Deutschen Wirtschaftskommission

Am 12. Februar 1948 erließ die SMAD - auf Antrag des Parteivorstandes der SED - den Befehl Nr. 32. Danach wurde die Deutsche Wirtschaftskommission umgebildet, erweitert und erhielt das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft herauszugeben.

Der Inhalt des Befehls wurde in einer kurzen Einleitung und sechs Punkten, die die Aufgaben der DWK, ihre Zusammensetzung und Vollmachten klar umrissen, formuliert. Darin hieß es unter anderem: "Um die deutschen demokratischen Organe zu einer aktiven Teilnahme am Wiederaufbau und an der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands heranzuziehen, sind die Zusammensetzung und die Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission zu umreißen, indem der Posten eines ständigen Vorsitzenden geschaffen und ein genau bestimmter Bereich der Obliegenheiten der Wirtschaftskommission festgelegt wird."[5]

Als Vorsitzender der DWK wurde Heinrich Rau (SED) und als stellvertretende Vorsitzende wurden Bruno Leuschner (SED), Fritz Selbmann (SED), Georg Handke (SED), Hermann Kastner (LDPD) und Luitpold Steidle (CDU) berufen.

Mit der Umbildung und Erweiterung wurde die DWK das höchste Organ der revolutionär-demokratischen Staatsmacht auf wirtschaftlichem Gebiet. An die Stelle der nebeneinander bestehenden Zentralverwaltungen trat eine einheitliche zentrale Wirtschaftsverwaltung. Die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen wurden als Hauptverwaltungen (HV) Teile der DWK.

An der Spitze stand das Plenum der DWK, dem alle Leiter der HV, die Sekretariatsmitglieder, drei Vertreter des FDGB, zwei Vertreter der VdgB und fünf Vertreter der einzelnen Länder angehörten. Hinzu kam ab April 1948 ein Vertreter der FDJ. Von den insgesamt 38 Mitgliedern des Plenums der DWK gehörten 29 der SED, 4 der CDU und 3 der LDPD an, 2 waren parteilos.

Das Arbeitsgremium, das zwischen den Plenarsitzungen die Geschäfte führte, war das aus 9 Mitgliedern bestehende Sekretariat der DWK. Es war so gegliedert, daß jedem Sekretariatsmitglied eine Reihe von Hauptverwaltungen bzw. ein bestimmtes Arbeitsgebiet unterstand. Das Sekretariat führte die laufenden Aufgaben der DWK, erließ die dazu erforderlichen Anordnungen, wies den HV ihre Aufgaben zu, kontrollierte deren Durchführung, bereitete Verordnungen zur Beschlußfassung durch das Plenum vor und hielt die Verbindung zu den Ländern und zur SMAD, die nach wie vor die oberste Regierungsgewalt in der sowjetischen Besatzungszone ausübte.

Für die einzelnen volkswirtschaftlich eng zusammenhängenden Fachgebiete der DWK wurden ebenfalls Sekretariate geschaffen. Das Sekretariat für Wirtschaftsplanung und Statistik, verantwortlich für die Arbeit der HV Wirtschaftsplanung und des Zentralamtes für Statistik, wurde von Bruno Leuschner geleitet. Dem Sekretariat für Industrie unter Leitung von Fritz Selbmann unterstanden die Hauptverwaltungen Metallurgie, Kohle, Energie, Maschinenbau und Elektrotechnik, Chemie, Leichtindustrie sowie Steine und Erden. Ein weiteres Sekretariat war

5 Zentrales Verordnungsblatt (ZVBl), Amtliches Organ der DWK und ihrer Hauptverwaltungen, Nr. 9, 20. 3. 1948.

verantwortlich für die HV Materialversorgung, Interzonen- und Außenhandel sowie Verkehr. Leiter dieses Gremiums war Georg Handke. Die HV Handel und Versorgung sowie Landwirtschaft unterstanden dem von Luitpold Steidle geleiteten Sekretariat, während die HV Finanzen und die HV Post- und Fernmeldewesen von Hermann Kastner geleitet wurden. Die HV Arbeit und Sozialfürsorge, der Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums und die Zentrale Kontrollkommission waren direkt dem Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, unterstellt, ebenso die Verwaltungsabteilung und die Hauptabteilung für Personal- und Schulungsfragen.

Für die operative Durchführung der Aufgaben der DWK und somit für die konkrete Durchsetzung der Wirtschaftspolitik waren auf der Grundlage der Beschlüsse des Plenums, des Sekretariats und der direkten Weisungen der Sekretariatsmitglieder der DWK die Hauptverwaltungen verantwortlich. Durch die HV Finanzen der DWK standen die Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen (letztere wurde im November 1948 der DWK unterstellt) in direkter Beziehung zur Deutschen Wirtschaftskommission. Die HV Finanzen hatte sowohl für alle Organe der DWK als auch für die genannten Zentralverwaltungen und für die Länder die Finanzen zu kontrollieren, war für das gesamte Steueraufkommen und für den Etat der sowjetischen Besatzungszone verantwortlich. Obwohl damit die Aufgaben dieser HV teilweise über den Rahmen der DWK hinausgingen, war sie für ihre Tätigkeit dem Plenum und dem Sekretariat gegenüber voll verantwortlich.

Die angestrebte Zentralisierung der Leitung und Planung, die über die vorherige Koordination der Aufgaben der Zentralverwaltungen weit hinausging, zeigte sich unter anderem darin, daß grundsätzliche Anträge, Verordnungen und Befehlsentwürfe, die an die SMAD zu richten waren, nur über das Sekretariat der DWK zur SMAD geleitet werden durften. Keine HV hatte mehr das Recht, sich mit Anträgen grundsätzlicher Art direkt an die SMAD zu wenden. Eine ähnliche Ordnung führte nach der Umbildung der DWK die SMAD ein. Auch ihre Fachabteilungen konnten keine Anweisungen und Befehle an die Hauptverwaltungen der DWK geben, sondern mußten sie über das Sekretariat Marschall Sokolowskis an das Sekretariat der DWK richten. Ähnlich wurden die Beziehungen zu den Ländern gehandhabt. Der grundsätzliche Schriftverkehr über Probleme der Wirtschaft wurde zwischen dem Sekretariat der DWK und den Ministerpräsidenten der Länder geführt, die für die Durchführung der Beschlüsse verantwortlich waren. Zur Vorbereitung und Durchsetzung von Verordnungen der DWK und Befehlen der SMAD konnten und sollten nach wie vor zwischen den Hauptverwaltungen bzw. Fachabteilungen beider Institutionen sowie zwischen den Landesverwaltungen und den SMA der Länder Abstimmungen vorgenommen werden.

Der Aufbau der DWK und das Zusammenwirken zwischen ihren Organen, deren Verhältnis untereinander wie auch die Beziehungen der DWK zu den Ländern, den übrigen Zentralverwaltungen und der SMAD war natürlich nicht automatisch mit dem Erlaß des Befehls Nr. 32 vom 12. Februar 1948 und der Konstituierung der DWK am 9. März 1948 erreicht. Für den Aufbau und das Zusammenwirken des einheitlichen zentralen Wirtschaftsapparates mit den anderen revolutionär-demokratischen Staatsorganen war eine umfangreiche staats- und wirtschaftspolitische sowie politisch-ideologische Arbeit notwendig. Die führende Rolle in diesem Prozeß hatte die SED, insbesondere die Mitglieder des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Durch die Partei der Arbeiterklasse wurde der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang hergestellt, der Prozeß der Neuorganisation der wirtschaftsleitenden Organe politisch geführt und kontrolliert und den verantwortlichen Genossen in diesen Organen direkte Unterstützung gegeben.

Angesichts der Lage und aller daraus resultierenden Aufgaben war die Weiterentwicklung der SED als marxistisch-leninistischer Partei, deren Mitglieder sich allseitig vom Wissen um die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung leiten lassen, zum wichtigsten Problem geworden. Es ging im Prinzip darum, wie Lenin unmittelbar vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geschrieben hatte: "Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie."[6]

Es ging vor allem darum, die Tätigkeit der mehr als 13000 Betriebsgruppen, die besonders im Jahre 1947 in Betrieben und Verwaltungen geschaffen worden waren, zu aktivieren. Vom 27. Januar bis 6. Februar 1948 fand in Liebenwalde eine zentrale Organisations-Schulungskonferenz statt. Diese Beratung war ein großer Erfahrungsaustausch über die Arbeitsmethoden der Parteileitungen bei der Lösung der aktuellen Probleme. Dieser Konferenz war bereits am 20. und 21. Januar 1948 eine Beratung der Betriebsgruppensekretäre wichtiger Großbetriebe vorausgegangen, in deren Entschließung besonders auf das Studium der Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterbewegung von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum ersten Fünfjahrplan hingewiesen worden war. Diese Erfahrungen wurden in Liebenwalde weiter verallgemeinert. Ein wichtiges Ergebnis der Organisations-Schulungskonferenz waren die "Richtlinien zur Verbesserung der Arbeit der Betriebsgruppen". Sie stellten, herausgegeben von der Abteilung Organisation des Parteivorstandes, eine Ergänzung zu den Richtlinien des Parteivorstandes der SED vom 18. September 1946 über den Aufbau und die Arbeit der Betriebsgruppen dar.

Die Parteibetriebsgruppen in den staatlichen Verwaltungen, in der DWK und in den anderen wirtschaftsleitenden Verwaltungen erhielten die Aufgabe, sich für die weitere Demokratisierung und Festigung dieser Institutionen einzusetzen, sie von allen reaktionären und hemmenden Kräften zu säubern, den Verwaltungsablauf zu vereinfachen, bürokratische Hemmnisse zu überwinden und eine enge Verbindung mit den Belegschaften der Betriebe und mit der gesamten Bevölkerung herzustellen.[7]

Um die führende Rolle der Partei in der DWK zu verstärken und das Niveau der Parteiarbeit auch der politisch-ideologisch, organisatorisch und zahlenmäßig schwachen Grundeinheiten (HV Post und Fernmeldewesen, HV Verkehr, Zentralamt für Statistik, HV Handel und Versorgung) zu heben, schlug der Landesvorstand Berlin im April 1948 den Aufbau einer Gesamtbetriebsgruppe, gegliedert in Hauptabteilungs-, Unterabteilungs- und Zehnergruppen, vor. In einer Beratung der Betriebsgruppenvorsitzenden und der Genossen Betriebsrats- und Gewerkschaftsgruppenvorsitzenden der Hauptverwaltungen am 23. April und auf einer allgemeinen Funktionärskonferenz am 4. Mai 1948 sprach Heinrich Rau über die neuen Aufgaben und den Aufbau der DWK. Er betonte besonders die kollektive Verantwortung der Betriebsgruppe für die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik der

6 Lenin, W. I., Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 416 f.
7 Vgl. SED - Probleme der Organisationsarbeit, in: Aus der Praxis für die Praxis, hg. v. Zentralsekretariat der SED, Organisationsabteilung, Nr. 2, o. O. o. J., S. 1.

Partei. Im Ergebnis dieser Beratungen wurde dem vorgeschlagenen Organisationsprinzip zugestimmt und eine einheitliche Betriebsparteigruppe in der DWK geschaffen.

Dieser organisatorische Aufbau der Betriebsgruppe der SED entsprach den Erfordernissen. Sie konzentrierte ihre Aktivitäten darauf, alle Mitglieder zu befähigen, die Politik der SED und die Beschlüsse der Parteiführung durchzuführen. Deshalb wurde die Aufgabe gestellt, die kollektive Verantwortung zu verstärken, operativ und konkret die Beschlüsse durchzuführen und politisch-ideologische Klarheit bei allen Mitgliedern zu erreichen. Lag anfangs die Durchsetzung der Generallinie noch im wesentlichen bei den Genossen Leitern und Abteilungsleitern, so wuchsen in der konkreten wirtschaftspolitischen Arbeit die aktive Mitarbeit und die Kontrolltätigkeit der Gesamtbetriebsgruppe. Die Stärkung der Führungsrolle der SED in der DWK ermöglichte eine steigende Qualität des einheitlichen Handelns der DWK-Organe und dadurch auch aller anderen Staats- und Wirtschaftsorgane auf der Basis der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse.

Das Ringen der Parteiführung der SED um eine neue Qualität in der Wirtschaftspolitik widerspiegelten auch die Anfang 1948 durchgeführten Innenministerkonferenzen. Von besonderer Bedeutung für die Vorbereitung der zentralen Leitung und Planung der Volkswirtschaft waren die Konferenzen der Innenminister der Länder vom 31. Januar und 1. Februar in Altenstein (Thüringen) sowie am 21. und 22. April 1948 in Werder (Havel). Diese Konferenzen wurden vom Zentralsekretariat der SED vorbereitet und einberufen. Außer den Innenministern nahmen an ihnen meist Max Fechner und Walter Ulbricht vom Zentralsekretariat der Partei, Anton Plenikowski von der Abteilung Landespolitik beim Parteivorstand und Vertreter der Deutschen Verwaltung für Inneres teil. Bei spezifischen Problemen wurde der Teilnehmerkreis erweitert. Auf den Innenministerkonferenzen wurden die Hauptaufgaben in den staatlichen Machtorganen entsprechend der strategischen Grundlinie der SED behandelt. Dabei standen folgende Probleme im Mittelpunkt: die Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung, insbesondere durch schrittweise Durchsetzung des demokratischen Zentralismus; die weitere Demokratisierung der staatlichen Organe durch Herstellung einer engen Verbindung mit der Bevölkerung und der demokratischen Kontrolle der staatlichen Organe; die systematische Erziehung und der Einsatz bewußter Kader.

Wie zwingend notwendig das Zusammenwirken des Parteivorstandes und der DWK mit den Landesregierungen und den Landesorganisationen der SED war, bewies die Kaderpolitik. Auf der 9. Tagung des Parteivorstandes am 14. und 15. April 1948 nahm Otto Grotewohl im Bericht des Zentralsekretariats zu diesem Problem Stellung. Er ging von der Tatsache aus, daß mit der Weiterentwicklung der DWK die kadermäßigen Anforderungen an die Länder gestiegen waren, aber nicht in jeder Hinsicht erfüllt wurden. Er wandte sich gegen solche Auffassungen, daß die DWK eine gewisse "Unruhe" und auch personelle Schwierigkeiten in die Landesparteiorganisationen der SED hineintrage, und betonte, daß eine wichtige Führungsaufgabe der SED-Landesparteiorganisationen darin bestehe, den Parteivorstand bei der Gesamtaufgabe, zentrale Führungsorgane zu schaffen, die in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen der Länder hinausgingen und eine unabdingbare Voraussetzung für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse darstellten, zu unterstützen und Kader zu stellen. [8] Hervorragende Fachleute mit hoher Bewußtheit und Parteilichkeit wurden in Anbetracht der neuen Aufgaben der

8 Vgl. IML. ZPA, NL 90/58.

DWK dringend gebraucht, denn die DWK mußte selbständig, das heißt vorausdenkend, vorausplanend und voll verantwortlich, arbeiten, wirtschaftspolitische Maßnahmen einleiten und deren Durchführung kontrollieren. Besondere Aufmerksamkeit der Personalpolitischen Abteilung des Zentralsekretariats der SED galt deshalb der Hauptabteilung für Personal- und Schulungsfragen der DWK. Dieser Hauptabteilung oblag die klassenmäßige kaderpolitische Sicherung einschließlich der notwendigen fachlichen Qualifizierung und Ausbildung der DWK-Mitarbeiter. Sie hatte auf die Lehrplangestaltung der Wirtschafts- und Verwaltungsschulen sowie der entsprechenden Fakultäten der Universitäten Einfluß zu nehmen.

Eine andere schwierige Aufgabe bestand darin, daß das leitende Wirtschaftsorgan tatsächlich als solches in Erscheinung treten mußte. Die DWK hatte nach der Erweiterung ihrer Zusammensetzung und ihrer Vollmachten die industrielle und landwirtschaftliche Produktion, das Transportwesen, das Bank- und Versicherungswesen, das Post- und Fernmeldewesen, den Bereich des Handels und der Versorgung, den Interzonen- und Außenhandel sowie die Arbeits- und Sozialfürsorge zu leiten, zu planen und zu kontrollieren. Damit waren die Probleme der Akkumulation und der Investitionen, der Erschließung von Reserven, der Neugestaltung des Wirtschaftsrechts, des Schutzes des Volkseigentums und der Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes unmittelbar verbunden. Das Ringen um eine neue Qualität der Wirtschaftsorganisation war ein wirtschaftspolitischer Prozeß, der alle gesellschaftlichen Bereiche und alle sozialen Klassen und Schichten der sowjetischen Besatzungszone beeinflußte, ein Prozeß von damals einmaliger Größenordnung.

Der Beginn einer neuen Periode in der antiimperialistischen Umwälzung war begleitet von gesetzgeberischen Maßnahmen, die wesentliche Ergebnisse des bisherigen revolutionären Prozesses verankerten.

Die Auflösung der Entnazifizierungskommission laut Befehl Nr. 35 der SMAD vom 26. Februar 1948 nach dem Abschluß der Entnazifizierung widerspiegelte die Tatsache, daß die Überreste des alten Staatsapparates endgültig zerschlagen und an seiner Stelle antifaschistisch-demokratische Staatsorgane entstanden waren, die jeder restaurativen Tendenz entschieden entgegentreten konnten.

Im April 1948 wurde durch die Vernichtung der alten Grundbücher und durch die Neueintragung des den werktätigen Bauern zugeteilten Bodens die demokratische Bodenreform abgeschlossen. Aus dem 3 204 151 Hektar umfassenden Bodenfonds, den die demokratischen Machtorgane Ende 1945/Anfang 1946 gebildet hatten und der sich fast ausschließlich aus dem enteigneten Landbesitz der Junker, Großgrundbesitzer und aktiven Nazis zusammensetzte, waren nach dem Stand von Mitte 1948 33,1 Prozent an gesellschaftliche Institutionen, 28,5 Prozent an landlose Bauern und Landarbeiter, 23,1 Prozent an Umsiedler, 11,9 Prozent an Kleinbauern und 3,4 Prozent an Arbeiter und Angestellte verteilt worden.[9] Die werktätigen Bauern nahmen nunmehr die zentrale Stellung auf dem Lande ein. Mit dem Abschluß der Bodenreform wurde das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern gefestigt und gestärkt. Es bildete die politische Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Zur gleichen Zeit, am 17. April 1948, wurde die Tätigkeit der Sequesterkommissionen eingestellt. Damit war die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und

9 Vgl. Hoernle, Edwin, Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland, in: Einheit, Nr. 11/1948; Stöckigt, Rolf, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, Mai 1945 bis April 1946, Berlin 1964, S. 265 f.

die Überführung ihrer Betriebe in Volkseigentum beendet. Mitte 1948 waren etwa 7 000 Betriebe in Volkseigentum überführt. Die oberste Leitung der volkseigenen Betriebe lag in den Händen der DWK. Durch entsprechende Festlegungen auf der 3. Sitzung des Sekretariats der DWK erhielten diese Betriebe Mitte 1948 mit den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) eine feste einheitliche Organisationsform. Danach bestanden fortan fachliche Vereinigungen von Industriezweigen für die gesamte damalige sowjetische Besatzungszone (VVB/Z). Sie umfaßten die wichtigsten Industriebetriebe der vordem auf Landesebene verwalteten enteigneten Unternehmen. Neben den zentral verwalteten Betrieben gab es noch Vereinigungen Volkseigener Betriebe der Länder (VVB/L). Alle anderen volkseigenen Betriebe gehörten zur örtlichen Industrie der Kreise bzw. der Städte.

Um die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Linie der Arbeiterklasse und ihrer Partei rangen viele hervorragende Persönlichkeiten. Neben den schon genannten Funktionären standen mit an vorderster Stelle: Edwin Hoernle, Erich Honekker, Greta Kuckhoff, Erwin Lampka, Fritz Lange, Jenny Matern, Josef Orlopp, Arthur Pieck, Gustav Sobottka, Grete Wittkowski. Diese leitenden Kader der DWK, die im Auftrage der Partei der Arbeiterklasse in diesem zentralen Wirtschaftsgremium wirkten, gingen unverzüglich daran, die Funktionstüchtigkeit der DWK zu erhöhen und die in Aussicht genommene Wirtschaftsplanung weiter voranzutreiben. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Beschlüsse der 5. Tagung des Sekretariats der DWK. Durch die Umwandlung des Arbeitsbereichs Planung in eine HV für Wirtschaftsplanung und die Profilierung der HV Materialbeschaffung und Bewirtschaftung zur HV Materialversorgung wurden die Hauptplanungsorgane für die Ausarbeitung der wichtigsten Planbestandteile - Produktionsplan und Verteilungsplan - geschaffen.

Auf der 5. und 6. Sitzung des Sekretariats der DWK begründete Heinrich Rau die Notwendigkeit, möglichst rasch die Rechtsverbindlichkeit für Beschlüsse der DWK herzustellen. Dieser Vorschlag wurde am 14. April 1948 der SMAD zur Begutachtung und Bestätigung vorgelegt und am 20. April 1948 bestätigt. Damit wurden Entscheidungen der Plenartagungen und des Sekretariats der DWK als Verordnungen bzw. Anordnungen rechtsverbindlich für die sowjetische Besatzungszone. Ferner wurde bestätigt, daß Anweisungen des Vorsitzenden der DWK und seiner Stellvertreter als Anordnungen verpflichtend für die Organe der DWK sind.

Die Entwicklung der DWK, des Plenums, des Sekretariats und der Hauptverwaltungen war nunmehr soweit vorangeschritten, daß mit Hilfe dieses Machtorgans staatliche Aufgaben in Angriff genommen werden konnten, die gesamtgesellschaftlichen Charakter trugen. Die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus war dabei von herausragender Bedeutung. Demokratischer Zentralismus bedeutete nach Lenins Auffassung die Verbindung der zentralisierten, planmäßigen Leitung der Wirtschaft mit breiter, schöpferischer Teilnahme aller Werktätigen und der örtlichen Initiative zur Gestaltung der neuen Ordnung.

Der Durchsetzung des demokratischen Zentralismus auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens setzten antidemokratische Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone starken Widerstand entgegen. Sie versuchten zwischen der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Demokratie einen Widerspruch zu konstruieren. Die Tätigkeit der SMAD und die Ansätze einer Planwirtschaft wurden als "Befehlswirtschaft" diffamiert und die DWK als ein "Hilfsorgan der Militärverwaltung" bezeichnet. Zugleich waren diese Angriffe von der Verleumdung begleitet, die ganze Produktion der Ostzone sei für die Sowjetunion bestimmt. Die damaligen Behauptungen finden auch heute noch sowohl in offener militant-antikommunistischer als auch modifizierter, verschleierter Form in der bürgerlichen Historiographie

ihren Niederschlag. Sie münden ein in die These vom angeblichen "Export der Revolution" seitens der Sowjetunion. Danach sei die antiimperialistische, antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die Schaffung neuer Klassen- und politischer Machtverhältnisse, "letztlich von der Sowjetunion bestimmt" worden, indem sie "die geplante Staatswirtschaft und das politische System der Stalinschen Diktatur" auf die sowjetische Besatzungszone übertragen habe. Die SED sei nur "ausführendes Organ der sowjetischen Militäradministration" gewesen, der es mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung der DWK gelungen sei, ihre Macht auszubauen. 10

Natürlich leugnet niemand, daß die Existenz der Sowjetunion sowie ihre Hilfe und Unterstützung eine wichtige Bedingung für die antiimperialistische, antifaschistisch-demokratische Umwälzung waren. Die Sowjetunion schützte die neuen Machtverhältnisse vor imperialistischer Einmischung, Intervention und Konterrevolution. Aber die revolutionären Umwandlungen waren das Werk der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Zu keiner Zeit nahm die SMAD den antifaschistisch-demokratischen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die Verantwortung für die revolutionären Veränderungen ab. Die Zusammenarbeit der SMAD und der SED im Kampf gegen Antikommunismus und für Demokratie, Entnazifizierung und Entmilitarisierung war in diesem Prozeß ein spezifischer Ausdruck der internationalistischen Beziehungen zwischen der KPdSU und der SED. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse um konsequente Demokratisierung auf der Basis der völkerrechtlichen Beschlüsse des Potsdamer Abkommens stimmte mit den Interessen der internationalen Arbeiterklasse überein. Ein "Export der Revolution", der von bürgerlichen Ideologen der Sowjetunion damals wie heute angelastet wird, war ihr so wesensfremd, wie den imperialistischen Mächten der Export der Konterrevolution wesenseigen war und ist.

Gerade die Weiterentwicklung der revolutionär-demokratischen Staatsorgane zeigte anschaulich, wie die SED es verstand, mit der schrittweisen Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus die zentralisierte, planmäßige Leitung der Wirtschaft mit breiter, schöpferischer Teilnahme der Werktätigen daran zu verbinden. Mit der planmäßigen Lenkung der Wirtschaft wurde eine neue Qualität der Leitung im Interesse der Werktätigen erreicht. Der Zentralismus mußte selbstverständlich zeitweilig im Vordergrund stehen, um die schmalen volkswirtschaftlichen Ressourcen so effektiv wie möglich einzusetzen und zu nutzen. Auch die Feinde mußten die vereinte Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten spüren. Aber zu keiner Zeit unserer gesellschaftlichen Entwicklung wurde diese historisch bedingte Notwendigkeit verabsolutiert. Die Partei ging im Gegenteil immer davon aus, daß zentrale Entscheidungen nur dann Erfolg haben und Massenbasis finden, wenn sie vom Willen des Volkes getragen sind. Umgekehrt kann die Initiative der Massen nur dann erfolgreich sein, wenn sie zielgerichtet von einem einheitlichen Willen geleitet wird.

Im Sinne dieses Prinzips handelte die Partei auch bei der Vorbereitung und Durchführung der wirtschaftspolitischen Konferenz am 7. Mai 1948 in Dessau. Diese

10 Vgl. Weber, Hermann, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 - 1971, Hannover 1971, S. 12 f.; vgl. auch Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1945 - 1953, Stuttgart 1965, S. 95 ff.; Bröll, W. / Heisenberg, W. / Sühlo, W., Der andere Teil Deutschlands, München 1971, S. 58; Weber, Hermann, Von der SBZ zur DDR 1945 - 1968, Hannover 1968, S. 45 ff.; Stern, Karola, Porträt einer bolschewistischen Partei, Köln 1957, S. 50 ff.; Stern, Karola / Vogelsang Thielo, u. a., Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert, Köln 1971, S. 180.

Konferenz, an der Max Fechner und Walter Ulbricht vom Zentralsekretariat der SED, Edwin Hoernle, Josef Orlopp, Heinrich Rau, Fritz Selbmann und Gustav Sobottka von der DWK, Hans Jendretzky und Herbert Warnke vom FDGB, Vertreter der Abteilung Wirtschaft bei den Landessekretariaten der SED sowie die der SED angehörenden Wirtschaftsminister der Länder teilnahmen, war das Pendant zu den Innenministerkonferenzen. Ihr Ziel bestand darin, "eine bessere Koordinierung der Arbeit zu erreichen und bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaft ... parteimäßiger durchzuführen"[11]. Die Beratung fand zu einer Zeit statt, als die Erfahrungen im Kampf um Produktionssteigerung zusammengefaßt und mit dem Beginn der Arbeit der DWK politisch-organisatorische Maßnahmen von weittragender Bedeutung vorbereitet werden konnten und mußten, um in der Partei und unter der Bevölkerung eine breite Bewegung für die Lösung der neuen wirtschaftlichen Aufgaben, insbesondere für den Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung, einzuleiten. Als Referenten sprachen Walter Ulbricht, Heinrich Rau, Fritz Selbmann und Edwin Hoernle. Ihre Referate und die anschließende Diskussion wiesen in folgende Richtung:

1. Die Durchsetzung einer neuen Qualität der Wirtschaftspolitik mußte im Interesse der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Heranführung an die sozialistische Revolution dienen.

2. Diese Politik war darauf gerichtet, die DWK mit allen ihren Organen so zu entwickeln, daß sie unter Führung der Partei der Arbeiterklasse bei der weiteren revolutionären Umgestaltung voll wirksam werden konnten. Das machte die verantwortliche einheitliche und zentrale Leitung der Wirtschaft, die Ausarbeitung und Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes (einschließlich der Erarbeitung der Planmethodik und der Planungsprinzipien), die Neuorganisierung des volkseigenen Sektors, den Aufbau eines Systems der staatlichen Kontrolle und die Sicherung und den Schutz des Volkseigentums notwendig.

3. Diese Aufgaben der staatlichen Organe und deren Zusammenwirken machten es notwendig, große Teile der Werktätigen in ihre Tätigkeit einzubeziehen, bürokratische Hemmnisse zu beseitigen und revolutionäre Arbeitsmethoden einzuführen, insbesondere durch die Ausdehnung der Volkskontrollbewegung. Bei den Werktätigen mußte über das Wesen der revolutionär-demokratischen Staatsordnung und den neuen Eigentumsbegriff "Volkseigentum" Klarheit geschaffen und die Notwendigkeit der einheitlichen zentralen Wirtschaftsplanung bewußt gemacht werden.

4. Die umfangreichen Aufgaben waren nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Partei- und Staatsorgane auf allen Ebenen unter Führung der SED zu bewältigen. Die Entwicklung wirtschaftspolitischer Fähigkeiten der Parteifunktionäre wurde in den Mittelpunkt gestellt und die Verbesserung der Arbeit der Wirtschaftsabteilungen der SED auf allen Ebenen sowie der Parteibetriebsgruppenarbeit gefordert.

Auf der Basis des demokratischen Zentralismus wurde das Verhältnis der DWK zur SMAD, zu den Länderregierungen, den SMA der Länder und das Verhältnis der staatlichen Verwaltungen insgesamt zur SED grundsätzlich geklärt. Die Wirtschaftsabteilungen der Landesorganisationen der SED und die Wirtschaftsminister der Länder erhielten einen umfangreichen Einblick in die noch durchzuführenden

11 Zentralarchiv des Bundesvorstandes des FDGB, Akte Nr. 1134.

Maßnahmen und in die von den Ländern einzuleitenden Veränderungen. Es wurde festgelegt, daß Verordnungen der DWK und Gesetzentwürfe, die von den Länderparlamenten zu verabschieden waren, über die Abteilung Wirtschaftspolitik beim Zentralsekretariat der SED der Parteiführung und den Landesleitungen der SED übergeben und vor der Annahme von diesen Gremien beraten werden.

Nach der Wirtschaftskonferenz der SED in Dessau faßte das Plenum der DWK auf seiner 2. Sitzung am 12. Mai 1948 die für die künftige Entwicklung bedeutsamen Beschlüsse über die Aufgaben und die Organisierung des volkseigenen Sektors der Industrie sowie die Schaffung einer Revisions- und Treuhandverwaltung für die sowjetische Besatzungszone; die Funktionen des Ausschusses zum Schutze des Volkseigentums; die Grundbestimmungen über die Finanzorganisation der volkseigenen Betriebe; die Kennziffern für den Halbjahrplan Juli bis Dezember 1948 und die Aufstellung und Durchführung des Zweijahrplanes für 1949/1950.

Die Entwicklung der DWK widerspiegelte die revolutionären Veränderungen sowohl der ökonomischen Basis als auch des gesellschaftlichen Überbaus. Im Programm der KPR(B), das unter Leitung Lenins vorbereitet und 1919 angenommen wurde, hieß es: "In der Epoche der Vergesellschaftung der den Kapitalisten expropriierten Produktionsmittel, die jetzt begonnen hat, hört die Staatsmacht auf, ein parasitärer Apparat zu sein, der über dem Produktionsprozeß steht; sie beginnt sich in eine Organisation zu verwandeln, die unmittelbar die Funktion der Leitung der Volkswirtschaft ausübt."[12] Der Entwicklungsprozeß in der sowjetischen Besatzungszone war ein Ausdruck des Wirkens dieser Gesetzmäßigkeit. Die DWK als wichtigster Teil der revolutionär-demokratischen Staatsorgane war zum Organisator des zentral geleiteten Volkseigentums geworden. Sie hatte sowohl gesellschaftliche Überbaufunktionen gegenüber der Wirtschaft und war zugleich auch ein Teil der ökonomischen Basis. Die Neuformierung der DWK war der Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen die Kommandohöhen erobert hatte und in den revolutionär-demokratischen Organen den bestimmenden Einfluß ausübte.

3. Die Festigung des volkseigenen Sektors in der Industrie und die Entwicklung von Planungsmethoden und -prinzipien

Mit der Beendigung der Tätigkeit der Sequesterkommissionen und dem Abschluß der Sequestrierung war allen demokratischen Kräften, insbesondere den Organen der DWK und den Länderregierungen, die Aufgabe gestellt, die Neuorganisation der volkseigenen Betriebe zu unterstützen, ihre volle Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten und ihre Entwicklung finanziell zu sichern. Aber noch mehr. Diese neuen Aufgaben waren mit dem Ziel zu bewältigen, kein vorübergehendes Absinken der Produktion zuzulassen, sondern im Gegenteil den Umstrukturierungsprozeß so zu steuern, daß möglichst wenig Reibungsverluste entstehen und die Produktion weiter kontinuierlich - sogar rascher als vorgesehen - ansteigt.

Zunächst wurde mit Zustimmung der SMAD sofort und allgemein erklärt, daß das Volkseigentum unantastbar ist und der Verkauf oder die Übergabe von volkseige-

12 KPSS v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CR, T. 1. Moskau 1954, S. 427, zit. in: Paschkow, A. I., Ökonomische Probleme des Sozialismus, Berlin 1974, S. 171.

nen Betrieben an Privatpersonen, Gruppen von Menschen oder Organisationen verboten sind.[13] Danach leitete die DWK mit ihren Richtlinien Nr. 1 und 2 zum Befehl Nr. 64 der SMAD vom 17. April 1948 detaillierte Maßnahmen ein, um das Volkseigentum zu schützen und vor allem den volkseigenen Sektor in der Industrie neu zu organisieren.

Die Feststellung über die Unantastbarkeit des Volkseigentums ging über die Fixierung des neuen Eigentumsverhältnisses hinaus. Es wurden zugleich einheitliche Grundsätze der juristischen Stellung, der Organisation und der finanziellen Verpflichtungen der volkseigenen Betriebe festgelegt. Dabei war gleichgültig, welches staatliche Wirtschaftsorgan als Rechtsträger den jeweiligen volkseigenen Betrieb verwaltete. Eine wesentliche Aufgabe bestand in der Erhöhung der Effektivität der volkseigenen Betriebe.

Im Interesse der Sicherung der Effektivität und der Finanzkontrolle der volkseigenen Betriebe war die Revisions- und Treuhandverwaltung für die sowjetische Besatzungszone gegründet worden. Sie war dem Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums für ihre Tätigkeit verantwortlich. Mit ihrer Gründung wurde einerseits privaten Wirtschaftsprüfern der Einblick in die Geschäfte der VEB verwehrt, andererseits waren weitere Möglichkeiten gegeben, private Unternehmen zu kontrollieren, denn sie hatte auch Pflichtprüfungen in Privatbetrieben durchzuführen, wenn sie von einer zuständigen Verwaltungsstelle dazu veranlaßt wurde. Die Revisions- und Treuhandverwaltung war ein Bestandteil der Arbeiterkontrolle.

Die neuen Organisationsformen der volkseigenen Betriebe - VVB(Z), VVB(L) und örtliche Betriebe - dienten ebenfalls der Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus. Ausgangspunkt für ihre Gliederung waren Industriezweige und Fachgebiete, weiterhin die politisch-strategische Wichtigkeit, das Volumen der Produktionskapazität, die Bedeutung für den Export und schließlich die Überlegung, ob die Zusammenführung bestimmter Betriebe im Rahmen einer zentralgeleiteten VVB geeignet erschien. Derartige Betriebe wurden der Landes- und Kommunalverwaltung entzogen und zentral durch die VVB(Z) und die jeweilige HV Industrie verwaltet. Fritz Selbmann betonte vor den Funktionären der Wirtschaftsabteilungen in den Landesparteiorganisationen der SED sowie den Wirtschaftsministern: "Wir werden also soweit wie möglich diese Produktion kombinatsmäßig organisieren, wobei wir uns vollkommen darüber klar sind, daß noch manche Lücken bestehen werden, die wir im Laufe der Jahre durch Neuentwicklung von Betrieben oder Umstellung der Produktion ausgleichen werden, also in einer solchen Weise, daß unsere Produktionsgemeinschaften wirklich in sich geschlossen sind."[14]

Die Ämter für volkseigene Betriebe bei den Landesregierungen wurden während des Prozesses der Neuorganisation dem Sekretariat Selbmann der DWK direkt unterstellt. Von diesen Ämtern wurden bis Mitte Mai 1948 Vorschläge für die Zuordnung der nicht zentral erfaßten VEB unterbreitet, die dann in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe auf Landesebene zusammengefaßt oder von diesen Länderorganen direkt bzw. von Kreisen, Städten und Gemeinden verwaltet wurden.

13 Vgl. Befehl der SMAD Nr. 64, Über die Beendigung der Sequesterverfahren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, vom 17. April 1948, in: Dokumente zur Staatsordnung der DDR, Bd. 2, Berlin 1959, S. 125 f.

14 Zentralarchiv des Bundesvorstandes des FDGB, Akte Nr. 1134.

Durch den Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 wurden die von der DWK erarbeiteten "Grundlagen über die Vereinigungen und Betriebe, die das Eigentum des Volkes darstellen, und Instruktionen über das Verfahren der juristischen Eintragung" von der SMAD bestätigt.[15]

Die folgende Übersicht der 6 763 volkseigenen Betriebe in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zeigt anschaulich die neue Struktur des volkseigenen Sektors der Industrie (Stand vom 29. Oktober 1948).

Tabelle 1

Struktur des volkseigenen Sektors der Industrie in der SBZ+

Land	Zentralgeleitete VEB	Beschäftigte	Landesgeleitete VEB	Beschäftigte	Kommunalgeleitete VEB
Sachsen	1 098	360 397	784	60 860	351
Sachsen-Anhalt	333	136 187	412	65 748	653
Thüringen	87	47 376	848	38 200	655
Mecklenburg	11	10 770	320	16 096	158
Brandenburg	102	23 977	700	42 458	251
	1 631	578 707	3 064	223 362	2 068

+ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, IV 2/602/57.

Die zentralgeleiteten VEB und deren Beschäftigte verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Hauptverwaltungen der HV Industrie:

Tabelle 2

Verteilung der zentralgeleiteten VEB und der Beschäftigten auf die Hauptverwaltungen+

Hauptverwaltung	VEB	VVB	Beschäftigte
Kohle	80	9	107 803
Energie	58	5	21 196
Metallurgie	42	5	36 884
Chemie	143	10	38 252
Steine/Erden	59	4	16 057
Maschinenbau/Elektrotechnik	580	19	177 070
Leichtindustrie	669	23	181 445
	1 631	75	578 707

+ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, IV 2/602/57.

Neben den volkseigenen Betrieben wurden die SAG-Betriebe in die Planung einbezogen. Dadurch ergab sich, gemessen an der industriellen Bruttoproduktion, ein Übergewicht dieser beiden Formen gegenüber dem kapitalistischen Sektor. Die

15 Vgl. Befehl der SMAD Nr. 76, vom 23. April 1948, in: Dokumente zur Staatsordnung der DDR, a. a. O., S. 128 ff.

VEB, die 8 Prozent der Industriebetriebe ausmachten, erbrachten 1948 eine industrielle Bruttoproduktion von etwa 39,0 Prozent und die sowjetischen Aktiengesellschaften von etwa 22,0 Prozent, so daß 61 Prozent industrieller Bruttoproduktion aus den volkseigenen und den SAG-Betrieben den 39 Prozent der kapitalistischen Unternehmen gegenüberstanden.

Mit dieser umfassenden Neuorganisation des volkseigenen Sektors der Industrie wurde dem objektiven gesellschaftlichen Charakter des Volkseigentums entsprochen. Die entscheidende materielle und organisatorische Grundlage für die zentrale Wirtschaftsplanung war hergestellt.

Zur Festigung des volkseigenen Sektors und zur Steigerung der Produktion war die weitere Aktivierung der Parteibetriebsgruppenarbeit entscheidend. In den "Richtlinien zur Verbesserung der Arbeit der Betriebsgruppen" hieß es in diesem Sinne: "Der wirtschaftliche Neuaufbau in der sowjetischen Besatzungszone hängt weitgehend von der Aktivität der Betriebsgruppen, von ihrer richtigen Politik, ihren zweckmäßigen Organisationsformen und Arbeitsmethoden ab." In den volkseigenen und SAG-Betrieben müssen "die SED Parteiorganisationen die führende Kraft innerhalb des Betriebes in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen sein. Sie sollen das Zentrum sein, von dem aus die Anleitung und Kontrolle der Tätigkeit der Parteimitglieder auf allen Gebieten der Arbeit im Betrieb, sowohl was die Probleme der Produktion wie die Interessenvertretung der Belegschaft betrifft, geschieht". 16

Die Mobilisierung der Betriebsgruppenarbeit, die von der Organisations-Schulungskonferenz in Liebenwalde ausging, wurde im Ringen um die Erhöhung der Produktion, in der wachsenden Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung bereits im Frühjahr 1948 spürbar. Selbstverständlich konnte die Vielzahl neuer und unbekannter Probleme, vor denen die Betriebsgruppen der SED standen, nicht nur mit organisatorischen Maßnahmen gelöst werden. Die Verbesserung des politisch-ideologischen Niveaus der Mitglieder der Parteiorganisationen in den Betrieben war der springende Punkt. Deshalb wurde in den Fabriken und Werken dazu übergegangen, die politische Bildungsarbeit zu intensivieren, Schulungskurse einzurichten und betriebliche Parteischulen aufzubauen. Diese neuen Formen der politisch-ideologischen Qualifizierung trugen wesentlich dazu bei, das politische Bewußtsein der Parteimitglieder weiter zu entwickeln, die Arbeit der Betriebsgruppen zu verbessern und dringend benötigte Kader für die Partei und die Betriebe heranzubilden.

Auf Initiative der SED fanden Aktivistenkonferenzen in den Betrieben, Kreisen und Ländern statt, wurde gemeinsam mit den Gewerkschaften nach Formen und Methoden gesucht, um den Wettbewerb zu entwickeln. Da es darauf ankam, möglichst große Teile der Belegschaften dafür zu gewinnen, erforderte das die Mobilisierung der Gewerkschaften als Träger sowohl der Aktivisten- als auch der Wettbewerbsbewegung. Das wiederum setzte aber voraus, daß die Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse ihre Aktivität innerhalb der Gewerkschaften verstärkten. Auch dieses Problem konnte nicht von heute auf morgen gelöst werden. Wichtig aber war der Anfang.

Wie jede weitreichende - und vor allem wissenschaftliche - Tätigkeit setzen die Planung, die Vorbereitung und Ausarbeitung der Pläne und der Kampf um die Erfüllung der in den Plänen gestellten Aufgaben bestimmte Prinzipien und Methoden

16 SED - Probleme der Organisationsarbeit, a. a. O.

voraus. Die politische Ökonomie des Sozialismus zählt zu den Planungsprinzipien vor allem die Einheit von Politik und Ökonomie, den demokratischen Zentralismus, die Wissenschaftlichkeit, die Einheit von materieller und finanzieller Planung, die Verbindung von lang-, mittel- und kurzfristigen Plänen, die Rechtsverbindlichkeit der Pläne, die Kontrolle und Abrechnung der Planerfüllung. Eine Hauptmethode der Planung besteht in der Bilanzierung. Lenin entwickelte hierzu wichtige Prinzipien und sah einen Grundsatz der Planung darin, daß alle Pläne der einzelnen Produktionszweige streng koordiniert und miteinander verknüpft werden und zusammen den einheitlichen Wirtschaftsplan bilden.

Aber mit geringen praktischen Erfahrungen und ohne genauen Überblick über die vorhandenen Kräfte und Mittel wissenschaftlich fundierte Planungsunterlagen zu erarbeiten war nicht einfach und stellte die Partei der Arbeiterklasse und die Planungsorgane der DWK täglich vor neue Probleme. Eine alle Gebiete des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses vollständig umfassende Volkswirtschaftsplanung war in der sowjetischen Besatzungszone 1948 noch nicht möglich.

Die Vorstufe zur Überwindung der bisherigen Quartalsplanung der Länder und zur Sammlung praktischer Erfahrungen des Zusammenwirkens aller Wirtschaftszweige der sowjetischen Besatzungszone sollte ursprünglich ein zentraler Wirtschaftsplan für das Jahr 1948 bilden. Aus vielerlei Gründen - Probleme im Kampf gegen die imperialistische Spaltung Deutschlands, unzureichende Planungsunterlagen, objektiv bedingte wirtschaftspolitische Veränderungen usw. - konnte jedoch nur ein Plan für das zweite Halbjahr 1948 in Angriff genommen werden. Die Vorbereitungen dafür gingen stufenförmig vor sich. Laufend erfolgten notwendige Korrekturen. Daß zum Beispiel die Planungsunterlagen für den ursprünglich vorgesehenen Plan 1948 unzureichend waren, hatte eine wesentliche Ursache darin, daß sowohl für die Produktion als auch für die Konsumtion teilweise unreale, überspitzte Zielstellungen fixiert worden waren, die immer von den "günstigsten" Varianten ausgingen. Die Parteiführung mußte solche Varianten ablehnen. Sie entsprach damit zugleich einem Grundanliegen Lenins, der hinsichtlich des Planungsprinzips geschrieben hatte: "Der Hauptfehler von uns allen war bisher, daß wir mit dem günstigeren Fall rechneten; und deshalb verfielen wir in bürokratische Illusionen ... Man muß mit dem ungünstigsten Fall rechnen. Erfahrungen haben wir bereits, zwar eine geringe, aber praktische Erfahrung."[17] Es sei "notwendig, daß die Wirtschaftspläne nach einem bestimmten Programm erfüllt werden und daß die zunehmende Erfüllung dieses Programms gewürdigt und ermutigt wird. Die Massen sollen nicht nur wissen, sondern auch spüren, daß die Verkürzung der Periode des Hungers ... voll und ganz davon abhängt, wie rasch sie unsere Wirtschaftspläne erfüllen".[18] Die Parteiführung der SED orientierte auf einen Plan, der den realen Bedingungen und Möglichkeiten entsprach. Sie schlug vor, etappenweise vorzugehen und ebenso auch allmählich und real die Lebensbedingungen der Werktätigen zu erhöhen.

Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl beauftragen Anfang April 1948 Bruno Leuschner, seine ganze Abteilung einzuschalten und darüber hinaus auch Materialien der wirtschaftspolitischen Abteilungen der SMAD in die Planung einzubeziehen, um einen möglichst wissenschaftlichen und damit vernünftigen Planansatz zu finden.

17 Lenin, W. I., Gedanken über einen "Plan" der Staatswirtschaft, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 520.
18 Derselbe, Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare, 22. Dezember 1920, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 508.

Unter einem gewissen Zeitdruck wurden im Frühjahr 1948 folgende Schwerpunktaufgaben gelöst:

- die Erarbeitung des zentralen Wirtschaftsplanes für 1949/1950, des Zweijahrplanes, der als wissenschaftlich und ökonomisch begründetes Programm die Entwicklungsrichtung und die Hauptaufgaben für die einzelnen Zweige der Wirtschaft bestimmte;
- die Entwicklung der Planungsmethoden und -prinzipien für die vom zentralen Wirtschaftsplan abzuleitenden Volkswirtschaftspläne, vorerst für das zweite Halbjahr 1948 und vorbereitend für das Jahr 1949.

Gleichzeitig waren die schon dargelegten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Erweiterung der DWK und der Neuorganisation des volkseigenen Sektors der Industrie weiterzuführen. Parallel dazu wurde der Prozeß, der mit dem Befehl der SMAD Nr. 234 eingeleitet worden war und woraus sich die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und ein besseres Produktions- und gerechteres Verteilungsprinzip entwickelten, konsequent und in engster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Arbeitern, Angestellten und der fortschrittlichen Intelligenz fortgesetzt. Dies war zugleich ein Prozeß, der mit der neuen Arbeitsordnung, der Verbesserung des betrieblichen Gesundheitswesens und dem Ausbau der Sozialeinrichtungen erste entscheidende sozialpolitische Verbesserungen für die Werktätigen brachte.

Im Plan wurde festgelegt, 1948 eine durchschnittliche Produktionssteigerung um 10 Prozent gegenüber 1947 zu erreichen. Deshalb hing sehr viel von der Präzision und der detaillierten Koordinierung der einzelnen Planteile des Produktions-, Verteilungs- und Bedarfsplanes ab. Im einzelnen ging das wie folgt vonstatten:

Die HV Wirtschaftsplanung der DWK erarbeitete für diesen Zeitraum Arbeitsrichtlinien. Sie waren für alle beteiligten Planungsorgane verbindlich. Mit diesen Arbeitsrichtlinien wurden, aufbauend auf bisherigen Erfahrungen der DWK und der wirtschaftspolitischen Abteilungen der SMAD, Grundlagen für Kennziffern der zentralen Wirtschaftsplanung gegeben. Im Prozeß der Planung wurden die Planungsunterlagen ständig präzisiert und spezifiziert. Wichtige Arbeitsmaterialien bildeten die zusammengefaßten Planungsunterlagen des Jahres 1947 und die Planungsunterlagen der SMAD. Die Planökonomische Abteilung der SMAD übergab den Organen der DWK den Produktionsplan der SMAD, den Reparationsplan, den Plan für die Versorgung der sowjetischen Streitkräfte (GOSW) sowie den Import- und Exportplan für das Jahr 1948.

Als weiterer Ausgangspunkt für die Produktionsplanung diente eine Analyse der Produktion in der sowjetischen Besatzungszone. Der Stand der Produktion wurde mengen- und wertmäßig nach Produktionssortimenten aller Industriezweige des ersten und zweiten Halbjahres 1947, des ersten Quartals 1948 - nach Soll- und Ist-Produktion - und der Soll-Produktion des laufenden Quartals 1948 ermittelt. Auf der Basis dieser Analyse wurde nach der Waren-Nomenklatur des zweiten Quartals 1948 der Produktionsplan erarbeitet. Die geplanten Erzeugnisse wurden mengen- und wertmäßig für die Gesamtproduktion ausgewiesen und davon ausgehend auf die zentralgeleiteten VVB und VEB, die fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone und den sowjetischen Sektor von Berlin (nach Betrieben der Deutschen Treuhandverwaltung und übrigen Berliner Betrieben unterteilt) aufgeschlüsselt. Diese immense Arbeit wurde in kürzester Zeit bewältigt. Dabei war noch folgendes bemerkenswert: In den vom Sekretariat der DWK am 23. Juni 1948 beschlossenen Richtlinien für die Produktion im Jahre 1948 wurde nachdrücklich darauf verwiesen, daß die Produktionsauflagen unter Berücksichtigung der Her-

stellungs- und Verwendungsverbote zu präzisieren, zu spezifizieren und auf solche Betriebe zu konzentrieren sind, in denen die Produktionsmittel und die Arbeitskräftesituation es erlaubten, die Produktion in möglichst großen Stückzahlen und mit dem geringsten Materialaufwand herzustellen. Dieser Beschluß zielte sowohl auf die Erhöhung der Effektivität, Qualität und Sortimentstreue als auch auf die Freisetzung von Arbeitskräften, die unter Beachtung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte jetzt auch in anderen wichtigen Industriezweigen planmäßig eingesetzt werden konnten.

Ein weiteres entscheidendes und außerordentlich kompliziertes Problem der Produktionsplanung bestand darin, erste Maßnahmen zur Wiederherstellung volkswirtschaftlicher Proportionen einzuleiten. Dabei mußten die umfangreichen Zerstörungen in der Wirtschaft als Folge des zweiten Weltkrieges, die Demontagen, die Reparationsleistungen und die Trennung von wichtigen Industriezentren, die in den Westzonen angesiedelt waren, berücksichtigt werden. Deshalb wurde in der Produktionsplanung erstrangig von den Positionen jener Industriezweige ausgegangen, von denen die anderen Zweige der Wirtschaft abhängig waren. So wurde beispielsweise gegenüber 1947 in der Metallurgie bei Roheisen eine Steigerung um 64 Prozent, bei Stahl um 98 Prozent (Walzstahl 70 Prozent), im Schwermaschinenbau um 22 Prozent und bei der Produktion von Baumaterialien um 13 Prozent vorgesehen. Beträchtliche Steigerungen waren im Interesse der Wiederherstellung gewünschter volkswirtschaftlicher Proportionen auch im Bergbau, in der Chemieindustrie und der Energiewirtschaft vorgesehen.

Während die Produktionsplanung nach den Richtlinien und Vorgaben relativ exakt und kurzfristig erarbeitet werden konnte, bereitete die Verteilungs- und Bedarfsplanung große Schwierigkeiten. Für jeden Industriezweig mußte das Gesamtaufkommen der Produktion nach dem Produktionsplan für das zweite Halbjahr 1948 ermittelt werden. Die Quellen dieses Aufkommens - Produktion der deutschen Betriebe in der SBZ, Produktion der SAG-Betriebe, Importe und Aufkommen aus Sekundärrohstoffen - waren getrennt aufzuführen. Nach Schaffung eines Reservefonds wurde das Gesamtaufkommen dann auf vier Bedarfsträgergruppen verteilt: den sowjetischen Bedarf (unterteilt in Reparationsleistungen und Besatzungskosten (GOSW), Bedarf der SMAD und Bedarf der SAG-Betriebe), den Bevölkerungsbedarf, den Interzonen- und Außenhandel und den Bedarf der Wirtschaft, aufgeschlüsselt auf die Hauptverwaltungen der DWK und die Länder.

Die Schwierigkeiten bei der Verteilungs- und Bedarfsplanung kulminierten in der Tatsache, daß der Verteilungsapparat nicht mit den grundlegenden Veränderungen in der Produktionsstruktur, das heißt mit der Neuorganisation des volkseigenen Sektors, Schritt hielt. Im Verteilungsplan wurden zwar für die zentralgeleiteten VVB und VEB besondere Kontingente ausgewiesen. Sie mußten aber noch nach Ländern aufgeschlüsselt und verteilt werden. Ausnahmen bildeten die Kohleindustrie, die Energiewirtschaft und der Verkehr, die bereits über zentrale Verteilungsorganisationen verfügten. Da bei der Planung noch nicht abzusehen war, wie die Industrie- und Handelskontore der Länder, die unterschiedlich organisiert waren und nicht über einheitliche Waren-Nomenklaturen, Bezugsdokumente und Methoden der Materialfreigabe verfügten, die Versorgung der zentralen VVB und VEB bewältigen würden, mußten Übergangslösungen geschaffen werden. Die Bedarfsplanung war ebenfalls sehr schwierig, weil weder bei der Bedarfsermittlung für die laufende Produktion noch für die notwendigen Investitionen Vorlauf vorhanden war. Aus den Schwierigkeiten ergab sich, daß der Verteilungsplan für das zweite Halbjahr 1948 erst verspätet aufgestellt werden konne und diese

Arbeit in zwei Etappen vor sich gehen mußte: Zunächst wurde ein vorläufig bestätigter und dann ein endgültiger Verteilungsplan aufgestellt.

Trotz aller Hemmnisse wurde das erste volkswirtschaftliche Planwerk der damaligen sowjetischen Besatzungszone fertiggestellt. Am 6. Juli 1948 wurde im Befehl Nr. 118 der SMAD dem Plan für das zweite Halbjahr 1948 zugestimmt. Darüber hinaus wurden die Fachverwaltungen der SMAD und die sowjetischen Organe in den Ländern von Marschall Sokolowski, dem Obersten Chef der SMAD, angehalten, gemeinsam mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften im Osten Deutschlands die Durchführung des Halbjahrplanes zu kontrollieren und den Organen der DWK bei der Erfüllung ihrer weiteren Aufgaben größtmögliche Hilfe zu gewähren. Die Phase der gleichzeitigen Arbeit sowohl an der perspektivisch orientierten Zweijahresplanung als auch an der Halbjahresplanung war erfolgreich bewältigt worden. So konnte der Parteivorstand der SED den Entwurf für den Zweijahrplan 1949/1950 am 30. Juni 1948 auf seiner 11. Tagung beschließen. Dieser zentrale Wirtschaftsplan wurde vom Deutschen Volksrat und der Deutschen Wirtschaftskommission im Entwurf beraten, präzisiert und bestätigt.

Aktuelle Probleme der Landwirtschaft in Japan aus historischer Sicht

von Takeschi Murata

1. Allgemeine Entwicklungstendenzen
2. Zur Betriebsgrößenstruktur
3. Die Pflanzenproduktion
4. Die Tierproduktion
5. Tendenzen bei der Spezialisierung der Agrarproduktion
6. Die Versorgung mit Agrarprodukten

1. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Der rasche Wiederaufbau des japanischen Monopolkapitalismus setzte zu Beginn der fünfziger Jahre ein. Infolge der ökonomisch-politischen und militärischen Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus, der sogenannten "wirtschaftlichen Kooperation zwischen Japan und den USA", leiteten die japanischen Monopolkapitalisten und die von ihnen beherrschte reaktionäre Regierung seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre "die Politik des forcierten ökonomischen Wachstums" ein.[1] Dieser Prozeß war durch eine allseitige Abhängigkeit von ausländischen Rohstoff- und Energiequellen sowie von amerikanischen wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnissen geprägt. Die rücksichtslose Ausnutzung niedriger Arbeitslöhne für einheimische Arbeitskräfte, die umfangreiche Hilfe des staatlichen Finanzprogramms beschleunigten die "Rationalisierung" und "Reorganisation" der Industriestruktur. Im Vordergrund stand dabei der sprunghafte Fortschritt der Schwer- und Chemieindustrie, so zum Beispiel der Stahlindustrie, der Petrolchemie, der Auto-, Werft- und Elektroindustrie. Im Ergebnis dieses Prozesses entwickelte sich Japan nach der Bruttoproduktion zum ökonomisch zweitstärksten Land innerhalb des kapitalistischen Lagers.

Die Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise in den siebziger Jahren, insbesondere die auftretenden Rohstoff- und Energieprobleme, mußte daher unvermeidlich zum Scheitern der "Politik des forcierten ökonomischen Wachstums" der Regierung führen. Zugleich verschärften sich gesetzmäßig die strukturellen Widersprüche innerhalb des japanischen Monopolkapitalismus.

1 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans an den X. Parteitag der KPJ, in: Protokoll des X. Parteitages der KPJ, Tokio 1966, S. 16 f.

Der Lebensstandard der Volksmassen verschlechterte sich kontinuierlich. Deutlichstes Kennzeichen dafür waren das Niveau der Arbeitslöhne, die primitiven Arbeitsbedingungen und die mangelhafte Sozialversicherung. Dazu kam, daß die volksfeindliche Inflations- und Steuerpolitik der Regierung die Bevölkerung ständig stärker belastete. [2]

Die japanische Industrie wird gegenwärtig dadurch charakterisiert, daß sie riesige Energie- und Rohstoffmengen verschwendet. Die Umweltverschmutzung, die Zerstörung der Landschaft, das Boden-, Wohnungs- und Städteproblem stellen die kapitalistische Gesellschaftsordnung vor unlösbare Fragen. [3] Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen verstärken sich, insbesondere durch das Zurückbleiben der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, die Disproportionen.

Vor allem ist es ein charakteristisches Merkmal der japanischen Wirtschaftsstruktur, daß die ökonomische Politik der Regierung die Schwer- und Chemieindustrie einseitig bevorzugt und damit die Landwirtschaft in eine ernste Krise geführt hat. Deutlichste Kennzeichen dafür bilden die mißliche wirtschaftliche Lage der meisten bäuerlichen Betriebe, die teilweise stagnierende Agrarproduktion und das Absinken der Selbstversorgungskraft für Lebensmittel. Infolgedessen verschlechterte sich das Leben der Bauern erheblich, und zugleich verstärkte sich die Unsicherheit, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aus der eigenen Landwirtschaft zu versorgen. [4] Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft sank immer schneller.

1972 betrug der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Bruttoproduktion Japans nur noch 7 Prozent. Zwei Jahre später, 1974, waren in der Landwirtschaft 6 070 000 Arbeitskräfte (über fünfzehn Jahre alt) beschäftigt, das entsprach 11,4 Prozent aller Beschäftigten in Japan. Während sich in der Industrie die Produktion von 1970 bis 1974 um 23,5 Prozent (pro Jahr durchschnittlich um 5,9 Prozent) steigerte, belief sich der Produktionszuwachs der Landwirtschaft nur auf 2,2 Prozent (Jahresrate 0,6 Prozent[5]). Die disproportionale Entwicklung zwischen Landwirtschaft und Industrie trat immer deutlicher hervor.

Ein weiteres Merkmal für das Zurückbleiben der Landwirtschaft bildete die ständige Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche. 1965 verfügte Japan über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 6 004 000 Hektar. Innerhalb von zehn Jahren reduzierte sie sich auf 5 572 000 Hektar, und 1975 betrug ihr prozentualer Anteil an der gesamten Bodenfläche in Japan nur noch 14,8 Prozent. [6] Die Vergrößerung der Städte, die Entstehung neuer Industriegebiete und der spekulative Aufkauf von Boden durch monopolkapitalistische Gesellschaften stellten die wesentlichsten Ursachen für diese Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche dar.

2 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans an den XII. Parteitag der KPJ, in: Protokoll des XII. Parteitages der KPJ, Tokio 1974, S. 43 f.
3 Vgl. ebenda, S. 48.
4 Vgl. Shigetomi, K. / Miyamura, M., Landwirtschaft und Nahrungsproblem in Japan, Tokio 1976, S. 4 f.
5 Statistisches Taschenbuch für Land- und Forstwirtschaft und Fischerei 1976, hg. v. Statistischen Amt des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft Japans, Tokio 1976, S. 22, 28, 30.
6 Ebenda, S. 19.

2. Zur Betriebsgrößenstruktur

Die Bodenreform, die von 1946 bis 1948 stattfand und maßgeblich durch die amerikanische Besatzungsmacht dirigiert wurde, war der Ausgangspunkt für die Entwicklung der japanischen Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg. Alle Grundbesitzer, die mehr als 5 Hektar Land besaßen und dieses Land verpachtet hatten, wurden gegen eine geringe Entschädigung enteignet. Auf diese Weise verwandelten sich die kleinen Pächter in Bauern mit eigenem Land. Das enteignete Pachtland betrug über 2 800 000 Hektar - das war zu jener Zeit knapp die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche -, und fast diesen gesamten Bodenfonds erhielten ehemalige Kleinpächter.[7] Die Bodenreform, das heißt die Beseitigung des halbfeudalistischen reaktionären Grundbesitzsystems und das Entstehen einer neuen Bauernschaft mit eigenem Land, bewirkte zunächst eine beträchtliche Steigerung der Agrarproduktion.

Hauptziele der damaligen Agrarpolitik waren die Unterstützung und Förderung dieser Bauernschaft sowie die schnelle Erweiterung der Agrarproduktion. Die schon genannte "Politik des forcierten ökonomischen Wachstums" leitete jedoch auch in der Agrarpolitik eine Wende ein; nun stand die kapitalistische "Rationalisierung" oder "Reorganisation" dieses durch die Bodenreform entstandenen kleinbäuerlichen Agrarsystems im Vordergrund. Zur gesetzlichen Grundlage dieser neuen agrarpolitischen Linie wurde das Agrargrundgesetz von 1961.[8] Eine Anzahl von Maßnahmen zur angeblichen "Verbesserung der Agrarstruktur", wie zum Beispiel die Flurbereinigung und die Einrichtung großer Anlagen in der Tierproduktion, wurden eingeleitet. Um moderne "Familienbetriebe" zu schaffen, führte der kapitalistische Staatsapparat eine Auswahl der "leistungsfähigsten Betriebe" durch.[9] Die "Rationalisierungspolitik" der Agrarstruktur in Japan beschleunigte die Liquidation der Klein- und Kleinstbetriebe und förderte das Entstehen größerer Wirtschaften. Mit anderen Worten, der Konzentrationsprozeß wurde mit staatlichen Mitteln vorangetrieben, ein Prozeß, der der Entwicklung in Frankreich und in der BRD stark ähnelte. Allerdings wies die staatliche Politik zur kapitalistischen Konzentration der japanischen Landwirtschaft einige Besonderheiten auf. Im einzelnen handelte es sich dabei um folgende Merkmale:

1. Die "Rationalisierung" der kleinbäuerlichen Landwirtschaft verfolgt nicht das Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus der eigenen Produktion möglichst effektiv zu gestalten. Im Gegenteil, ausgehend von der bürgerlichen Auffassung der "internationalen Arbeitsteilung", unterstützte diese Politik ein riesiges Anwachsen der Importe von amerikanischen Agrarprodukten, wie Weizen und Futtergetreide, deren Überproduktion den Staatshaushalt der USA belastet hatte.[10] Mit frappierender Deutlichkeit demonstrierte diese Erscheinung die starke Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitalismus vom amerikanischen Im-

7 Kondo, J., Ökonomische Analyse der japanischen Landwirtschaft, Tokio 1959, S. 15.

8 Vgl. Die Sammlung der landwirtschaftlichen sechs Grundgesetze, hg. v. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Tokio 1967, S. 15.

9 Ogura, B., Der nächste Weg zu den leistungsfähigsten Betrieben in der Landwirtschaft, Tokio 1965, S. 28 f.

10 Vgl. Landwirtschaftliche Grundprobleme und Gegenmaßregeln, hg. v. Untersuchungsbüro für Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, Tokio 1960, S. 153 f.

perialismus und die gegen die Interessen der Bauern und der gesamten werktätigen Volksmassen gerichtete Politik der kapitalistischen Regierung.

2. Daher ist auch die Preispolitik hinsichtlich der inländischen Agrarprodukte für die meisten Bauern äußerst nachteilig. Im Unterschied zu den Erzeugerpreisen für Reis decken die Preise für Weizen, Gerste und Futterpflanzen nicht die Selbstkosten des Anbaus. Dazu kommt, daß bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen auch die Reinerträge für inländische tierische Produkte ein sehr niedriges Niveau haben.[11] Von 1942 bis zur Gegenwart werden der Verkauf und der Preis von Getreide durch die Regierung kontrolliert. Allerdings wurde das Ablieferungssystem durch die Regierung - entgegen den bäuerlichen Forderungen, diese Form beizubehalten - allmählich aufgehoben.[12]

   Im Jahre 1975 betrug der durchschnittliche vom Staat fixierte Aufkaufpreis pro Dezitonne Reis 25 950 Yen (216 M) und für eine Dezitonne Weizen 10 500 Yen (88 M).

3. In Japan orientierte die Regierung, um die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen, einseitig auf die Ausdehnung der Betriebsgröße und die Mechanisierung des Arbeitsprozesses. Fragen der Bodenfruchtbarkeit spielten dabei keine Rolle.

Während der letzten zwanzig Jahre hat sich der Differenzierungsprozeß der Bauernschaft zunehmend beschleunigt.[13] Eine größere Anzahl von Klein- und Kleinstbauern mußten ihre Betriebe aufgeben. 1950 betrug die Gesamtzahl der bäuerlichen Betriebe (außer Hokkaido) 5 931 000. Sie reduzierte sich bis 1975 auf 4 819 000 Wirtschaften.

Die durchschnittliche Flächengröße je bäuerlicher Betrieb ist außerordentlich klein. Außerhalb von Hokkaido bewirtschafteten über 90 Prozent aller Betriebe weniger als 2 Hektar Betriebsfläche. Die Betriebsgrößengruppe von mehr als 3 Hektar macht nur 1,6 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe aus (siehe dazu Tabelle 1).

Der absolute Rückgang der Zahl der Betriebe mit weniger als 2 Hektar beweist, daß die immer notwendiger werdende Mechanisierung des Arbeitsprozesses und die Anwendung verschiedener Maschinen von zahlreichen bäuerlichen Betrieben nicht realisiert werden kann. Kleinere Betriebe sind also vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausgeschlossen.

Einen Ausweg aus dieser Situation sahen viele japanische Bauern in der Erweiterung des Anbaus intensiver Kulturen, wie zum Beispiel Gemüse, Tee und Tabak, sowie in einer Ausdehnung der Tierproduktion. Auf diese Weise hofften sie, ihre Einnahmen zu vergrößern. Vor allem durch die Erhöhung der Tierbestände und der Tierproduktion soll die Verminderung der eigenen Bodenfläche ausgeglichen werden.

Tabelle 2 zeigt die Betriebsgrößengruppen geordnet nach dem Umsatzbeitrag. Eine bäuerliche Familie kann heute in Japan nur dann ausschließlich vom Einkom-

11 Vgl. Landwirtschaft und Bauernfrage für die Kommunistische Partei Japans, hg. v. Zentralkomitee der KPJ, Tokio 1975, S. 215 f.

12 Vgl. Kuwabara, M., System der staatlichen Kontrolle für Nahrungsmittel und den Umsatz von Reis, Tokio 1969, S. 239 f.

13 Vgl. Ino, R. / Teruoka, K. / Shigetomi, K., Japanische Landwirtschaft und Bauern nach dem Krieg, Tokio 1968, S. 110 f.

men aus der Agrarproduktion leben, wenn sie pro Jahr einen Umsatzbetrag von mindestens 2 500 000 bis 3 000 000 Yen (ungefähr 20 000 bis 25 000 Mark) erreicht. Nur 5,1 Prozent der Betriebe verkaufen Agrarprodukte mit einem Wert von über 3 000 000 Yen. Es handelt sich dabei um Betriebe mit mehr als 3 Hektar Reisanbau oder mit mehr als 2 Hektar Gemüse- oder Obstbau bzw. mit einem Viehbestand von mehr als 20 Kühen oder 100 Schweinen.

Dagegen verkaufen 75 Prozent der Betriebe Waren mit einem Wert von weniger als 1 000 000 Yen. Über 90 Prozent aller Bauern können von der landwirtschaftlichen Produktion in ihren Betrieben allein nicht existieren. 1950 waren noch 50 Prozent der bäuerlichen Stellen Hauptbetriebe, das heißt, ihre Inhaber und alle Familienmitglieder arbeiteten ausschließlich in der eigenen Wirtschaft. 25 Jahre später, im Jahre 1975, betrug dieser Anteil nur 12,4 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Dagegen waren über 60 Prozent der bäuerlichen Wirtschaften Nebenbetriebe der Kategorie II, die nach der japanischen Statistik ihrem Hauptgewerbe nach keine landwirtschaftlichen Betriebe mehr darstellen (vgl. Tabelle 4).[14]

Nicht nur die Familienmitglieder, sondern auch die Inhaber dieser Betriebe arbeiteten vorrangig in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen, besonders als Lohnarbeiter in der Industrie. In Japan nennt man dieses Phänomen "allgemeine Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft".

Die größeren Betriebe mit mehr als 3 Hektar Betriebsfläche oder mit einem Jahresumsatz von über 3 000 000 Yen beschäftigen im allgemeinen keine ständigen fremden Arbeitskräfte mehr, sondern stellen nur in den Saisonzeiten zeitweilig Arbeitskräfte ein. Diese größeren bäuerlichen Wirtschaften sind vor allem den Mittelbauern zuzurechnen.

Mit Ausnahme von Hokkaido gibt es in Japan nur wenige Großbauernbetriebe. Die Zahl der großbäuerlichen Wirtschaften ist also recht gering. Sie sind über das ganze Land weit verstreut, und man kann die Großbauern daher kaum als eine bestimmte soziale Schicht auf dem Lande bezeichnen.

Die Betriebsgrößenstruktur auf Hokkaido weist gegenüber der auf den anderen Inseln einige Besonderheiten auf. Hokkaido wurde erst vor hundert Jahren besiedelt, und auf dieser Insel entstanden einige hundert Großbauern mit Milchviehhaltung. Sie konzentrieren jetzt in ihren Händen die gesamte Rinderzüchtung.

Aber selbst den Bauernhöfen, die sich in dem sogenannten kapitalistischen "Rationalisierungsprozeß" als "leistungsfähige" Betriebe erwiesen hatten, die mit eigenem Kapital oder durch staatliche finanzielle Hilfe ihre Betriebsgröße erhöht und sich mit modernen Maschinen ausgerüstet hatten, garantierte die ökonomische Situation keine gesicherte Existenz. Die bauernfeindliche Preis- und Importpolitik für Agrarprodukte, die schweren Schuldenlasten und die hohen Maschinenkosten bedingten eine äußerst labile Rentabilität dieser Wirtschaften. Im Jahre 1975 existierten außer den bäuerlichen Stellen 9 400 weitere landwirtschaftliche Betriebe. Zu ihnen zählten 4 200 Kooperationswirtschaften von Bauern, 2 600 Gesellschaften und 1 100 Betriebe landwirtschaftlicher Genossenschaften. Die Kooperationswirtschaften der Bauern beschäftigten sich vor allem mit dem Reisanbau, dem Obstbau und der Tierproduktion. Gegenwärtig spielen neben der bäuerlichen Tierproduktion monopolistische Agrarbetriebe eine große Rolle. Fast alle kapitalistischen Außenhandelsgesellschaften, die Agrarprodukte, insbesondere Futter-

14 Vgl. Kajii, I., Die Struktur der japanischen Landwirtschaft. Analyse der Betriebszählung 1975, Tokio 1976, S. 234 f.

mittel importieren, haben eigene Abteilungen für Tierproduktion mit oftmals über 1 000 Schweinen und über 100 000 Legehennen oder Broilern gegründet. Problematisch ist dabei die Tendenz, daß auf diese Weise die benachbarten kleinen bäuerlichen Betriebe von diesen Gesellschaften ökonomisch abhängig werden.[15] Seit kurzem gehen die Außenhandelsgesellschaften dazu über, Zweigunternehmen für die Futter- und Tierproduktion, deren Produkte nach Japan exportiert werden sollen, im Ausland, so zum Beispiel in Indonesien, Australien und Brasilien, zu errichten.

3. Die Pflanzenproduktion

Der Reis ist die bedeutendste Halmfrucht in Japan, und seine Anbaufläche umfaßte 1974 annähernd 2 725 000 Hektar. Das war knapp die Hälfte der gesamten Anbaufläche (vgl. Tabelle 5).

Die Anbaufläche für Weizen und Gerste betrug nur 177 000 Hektar. Ihr Anbau hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren sogar noch vermindert. Der Süßkartoffel- und Kartoffelanbau sowie von Hülsen- und Ölfrüchten besitzt zur Zeit ebenfalls nur eine untergeordnete Bedeutung. Auch der relativ schwache Anteil des Futtermittelanbaus bildet ein besonderes Merkmal der gegenwärtigen japanischen Landwirtschaft.

Dagegen spielt der Anbau von Feldgemüse, Obst und intensiver Kulturen, zum Beispiel Tee und Tabak, eine wichtige Rolle. Anbaufläche, Erntemenge und Hektarerträge für die einzelnen Produkte zeigt die Tabelle 6.

1976 war die Reisernte schlecht ausgefallen. Kälteeinbrüche im Sommer und die verhältnismäßig kurze Sonneneinstrahlung in den nördlichen Gebieten sowie Überschwemmungen in südlichen Landesteilen haben große Verluste verursacht. Während 1975 die durchschnittlichen Reiserträge pro Hektar 48,1 kg betrugen, waren es 1976 nur 42,7 kg.

4. Die Tierproduktion

Dieser Produktionszweig hat in Japan noch keine lange Geschichte. Vor dem zweiten Weltkrieg hielten die bäuerlichen Betriebe im Regelfalle kein Nutzvieh, abgesehen von der zur Versorgung der Familie dienenden Hühnerhaltung. Bis zum Anfang der fünfziger Jahre hielten die Betriebe in Westjapan Pferde und Rinder ausschließlich als Zugtiere.

Vor der Mechanisierung der Feld- und Transportarbeiten wurden die berühmten schwarzen japanischen Mastrinder nur in einigen kleineren Gebieten, so zum Beispiel in Kinki, gemästet. Einige dieser Tiere fütterte man bis zum Alter von achtzehn Monaten im Bauernbetrieb und verkaufte sie dann zum großen Teil zur Weitermast in die Städte.

Schon vor dem zweiten Weltkrieg wurden Milchkühe und Schweine in den großen Städten gehalten, getrennt von der auf dem Lande stattfindenden Futtermittelproduktion. Erst nach dem zweiten Weltkrieg begann sich die Nutzviehhaltung allmäh-

15 Vgl. Landwirtschaft als neues Geschäftsgebiet für Außenhandelskapitalien, hg. v. Arbeitsgemeinschaft für Integration, Tokio 1971.

lich stärker in den bäuerlichen Betrieben durchzusetzen. Aber die Verbindung zwischen Nutzviehhaltung und Pflanzenproduktion ist immer noch schwach entwickelt, und der Umfang der Selbstversorgung mit Futter in den landwirtschaftlichen Betrieben ist nach wie vor erstaunlich gering, so daß die Viehhaltung im wesentlichen auf die Importe von Futtergetreide angewiesen ist.[16]

Während der zwanzig Jahre nach dem Kriege machte zwar die sogenannte "Kombination der Milchviehhaltung und des Reisanbaus" bis zu einem gewissen Grade Fortschritte. Eine Anzahl von Agrarwissenschaftlern erforschten und propagierten diese Methode, die ihrer Ansicht nach vor allem mit zwei Vorteilen verbunden war. So wurde erstens die Versorgung der Milchkühe mit betriebseigenem Futter gefördert und diesen Betrieben der benötigte organische Dünger geliefert. Außerdem stimulierte sie die Handelsbeziehungen zwischen den Betrieben in diesen Agrargebieten, das heißt insbesondere den gegenseitigen Handel mit Reisstroh und Dung. Nach wie vor ist diese Kombinationsform jedoch sehr gering entwickelt. Die Bauern mit ausschließlicher Kuhhaltung können dagegen das Reisstroh nicht kaufen und den Dung nicht verwerten, weil die meisten reisanbauenden Betriebe den Reis mit dem Mähbinder oder Mähdrescher ernten und das Stroh auf dem Felde verbrennen.

In den vergangenen zehn Jahren zeichnete sich in allen Zweigen der Tierproduktion eine neue Tendenz ab. Die Zahl der Betriebe mit Viehhaltung nahm zwar schnell ab, aber die Tierbestände vergrößerten sich erheblich, und vor allem nahm die Zahl der Tiere je Betrieb rasch zu. Diese Tendenz spiegelt die Tabelle 7 wider.

Im Jahre 1960 hielten zum Beispiel 410 000 Betriebe 824 000 Kühe, das heißt, es wurden durchschnittlich zwei Tiere je Betrieb gehalten. Bis 1975 sank die Zahl der Betriebe mit Kuhhaltung auf 160 000 ab, dagegen vergrößerten sich die Kuhbestände auf 1 787 000 Stück. Der durchschnittliche Besitz je kuhhaltender Betrieb stieg also auf 11,2 Tiere.

Das Produktionsniveau für Fleisch und Milch stellt die Tabelle 8 dar.

5. Tendenzen bei der Spezialisierung der Agrarproduktion

Die Spezialisierung der Produktionsstandorte und die Herausbildung von Produktionsgebieten veränderten sich während der letzten Jahre in der japanischen Landwirtschaft außerordentlich.[17] Allerdings bestimmte kaum die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse diesen Prozeß, sondern er wurde vor allem durch die kapitalistische Konkurrenz zwischen den Betrieben und durch die staatliche, die Industrie einseitig bevorzugende Wirtschaftspolitik geformt. Mehrere vorstädtische landwirtschaftliche Gebiete in der Nähe der größeren Städte, wie zum Beispiel bei Tokio, Kioto und Osaka, die beste Produktionsgebiete für den Gemüsebau und die Tierproduktion bildeten, wurden in Wohn- und Industriegebiete umgewandelt.[18]

Dagegen förderte man Hokkaido, Tohoku und Kiuschu als Hauptproduktionszentren für Getreide sowie Großviehzüchtung und -haltung. Auf mehreren Ebenen der In-

16 Vgl. Nishida, S., Agrartechnik der Tierproduktion, Tokio 1974, S. 55 f.
17 Vgl. Kajii, I., a. a. O., S. 41 f.
18 Vgl. Sato, T. / Nishiyama, U., Die Stadtprobleme, Tokio 1969, S. 425 f.

seln Honschu und Kiuschu, besonders gilt das für Plateaus von Vulkanen, zwangen die staatlichen Behörden die Bauern, sich auf den Gemüsebau oder die Rinderzüchtung zu spezialisieren. In Bezirken, wie zum Beispiel Kochi auf Shikoku und Miyazaki auf Kiuschu, die weit von den großen Verbrauchsgebieten entfernt liegen, entstand in kurzer Zeit ein Spezialgebiet für Treibhauspflanzen (Gurken, Tomaten, Paprika usw.). Während dieses Spezialisierungsprozesses entwickelten sich größere Reisanbaubetriebe mit einer Anbaufläche von über 5 Hektar. Sie sind mit mittleren oder großen Maschinen für den Reisanbau ausgerüstet. Außerdem entstanden größere Viehhaltungsbetriebe mit über 100 Kühen, über 1 000 Schweinen oder über 100 000 Hühnern, die sich ausschließlich auf die Viehhaltung spezialisierten und keine eigene Futterbasis besaßen. Die Klein- und Kleinstnebenbetriebe gaben den Gemüsebau auf und orientierten sich nur noch auf den Reisanbau zur Selbstversorgung der Familie. Zusammen mit der bauernfeindlichen Preis- und Importpolitik der Regierung wirkten sich diese Prozesse äußerst ungünstig auf die landwirtschaftliche Produktion aus.

Auch die verstärkte disproportionale Entwicklung der Agrarproduktion führte zu großen Problemen. Beim Getreidebau wurde das Gewicht einseitig auf Reis gelegt, den Weizen- und Gerstebau gab man auf. Der Süßkartoffel- und Kartoffelanbau, der Hülsen- und Ölfruchtbau traten immer stärker in den Hintergrund. Die Ackerflächen konnten jedoch unter den Bedingungen der Monokultur von Reis bzw. des Anbaus von nur einer Sorte Gemüse keine ständig steigenden Erträge bringen.

Die Tierproduktion entwickelte sich ohne eigene Futterbasis ungleichmäßig. Ohne ausreichende Grün- und Rauhfutterbasis sind der Leistungssteigerung der Viehwirtschaft nur schwer zu überwindende Barrieren gesetzt. Außerdem fand in den Viehhaltung betreibenden Wirtschaften, die keine direkte Beziehung mehr zur Pflanzenproduktion besaßen, unter den Bedingungen der Konzentration der Bestände der tierische Dung keine rationelle Verwertung; die Maschinenfabriken konstruierten und verbesserten nur Verbrennungsanlagen für Mist. Unzureichende organische Düngung, mangelhafte Humusersatzwirtschaft und ausschließliche Verwendung von chemischen Düngemitteln wirkten sich nicht gerade fördernd auf die Bodenfruchtbarkeit aus. Inzwischen sind die Rückstände von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln in den Agrarprodukten bereits zu einem Sozialproblem Japans geworden.

6. Die Versorgung mit Agrarprodukten

Zur Zeit importiert Japan viele Agrarprodukte. Auch wenn man die von der Industrie benötigten Rohstoffe außer acht läßt, handelt es sich dennoch um eine enorme Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln. Den Importumfang für die wichtigsten Agrarprodukte zeigt die Tabelle 9.

Der Eigenversorgungsgrad der japanischen Volkswirtschaft mit agraren Rohstoffen verringerte sich ständig und betrug 1975 nur noch 72 Prozent.[19] Wird dabei die Futtereinfuhr berücksichtigt, so sinkt dieser Anteil sogar unter 50 Prozent. Zwar betrug die Eigenversorgung bei Reis im gleichen Jahr 110 Prozent, das heißt, es gab sogar eine begrenzte Überproduktion. Aber bei Weizen ließ sich der Bedarf nur zu 4 und bei Gerste zu 9 Prozent aus der eigenen Agrarproduktion decken.

19 Vgl. Ino, R., Internationale Beziehungen für die japanische Landwirtschaft, Tokio 1970, S. 109 f.

Insgesamt kann die japanische Landwirtschaft den Getreidebedarf des Landes nur zu 40 Prozent befriedigen. Bei Sojabohnen als Futter- und Ölpflanzen beträgt dieser Anteil nur 4 Prozent. Bei Milchprodukten sind es 82 und bei Fleisch 76 Prozent.

Der durchschnittliche Verbrauch an Nahrungsmitteln in Kalorien umgerechnet belief sich pro Tag und Kopf der japanischen Bevölkerung 1975 auf 2 467 Kilokalorien und der Verbrauch an Eiweiß auf 78, 8 Gramm (davon 44 Prozent tierisches Eiweiß). An Fleisch wurden pro Kopf und Jahr 16, 8 Kilogramm verbraucht, davon 2, 5 Kilogramm Rindfleisch, 6, 5 Kilogramm Schweinefleisch und 5, 1 Kilogramm Geflügelfleisch. Im gleichen Jahr verzehrte die japanische Bevölkerung durchschnittlich pro Einwohner 27 Kilogramm Milch und 24, 3 Kilogramm Milchprodukte.[20] Das Niveau der Ernährung ist, insgesamt gesehen, unbefriedigend, dennoch verschlechtert sich der Eigenversorgungsgrad ständig. Nicht nur viele Agrar- und Ernährungswissenschaftler, sondern auch die in Opposition zur konservativen Regierung stehenden Parteien haben wiederholt vor dem sich komplizierenden Nahrungsmittelproblem und der Gefahr des Zusammenbruchs der japanischen Landwirtschaft gewarnt. Oftmals forderten sie daher eine Wende der Agrarpolitik. Unter diesen Vorschlägen übt das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Japans (siehe dazu Anhang I), das sich für eine gemeinsame Agrarpolitik einer demokratischen Koalitionsregierung ausspricht und das einen unabhängigen Wiederaufbau der Landwirtschaft sowie tatkräftige Unterstützungsmaßnahmen für die werktätigen Bauern fordert, einen starken Einfluß auf die ländlichen Volksmassen und die Arbeiterklasse aus.

20 Statistisches Taschenbuch für Land- und Forstwirtschaft und Fischerei 1976, a. a. O., S. 59.

ANHANG I

Zusammenfassung des Agrarprogramms der Kommunistischen Partei Japans für eine gemeinsame Agrarpolitik einer demokratischen Koalitionsregierung (beschlossen auf dem XII. Parteitag der KPJ, der vom 14. bis 21. November 1973 tagte)[21]:

"Für eine umfassende Entwicklung der Landwirtschaft":

Die demokratische Koalitionsregierung fördert eine planmäßige und tatkräftige Agrarpolitik, die die Landwirtschaft allseitig entwickelt und die Eigenversorgung für die wichtigsten Agrarprodukte erreicht.

Einzelforderungen, um dieses Ziel zu realisieren:

1. die Verringerung der bisher unbegrenzten Importe von Agrarprodukten, Preisunterstützung für die wichtigsten inländischen Agrarprodukte;
2. verstärkte Hilfe für die Bauern in Form von staatlichen Krediten mit einem niedrigen Zinsfuß;
3. großzügige Flurbereinigung sowie Be- und Entwässerung mit staatlicher finanzieller Hilfe;
4. Schutz und Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch eine zweite Bodenreform zugunsten der Klein- und Mittelbauern
   - demokratische Aufteilung des Bodens, den monopolkapitalistische Gesellschaften zu spekulativen Zwecken aufgekauft haben,
   - Verbot der Bodenspekulation, Einfrieren des Bodenpreises, Bodenvorkaufsrecht für Verwaltungsorgane,
   - Demokratisierung der Bodennutzung;
5. Beseitigung des Monopolpreises für landwirtschaftliche Produktionsmittel;
6. Erweiterung der Tierproduktion durch spezielle Maßnahmen zur Vergrößerung des Grünlandes und zur Erhöhung der Futterproduktion.

21 Vgl. Programm der demokratischen Koalitionsregierung, hg. v. Zentralkomitee der KPJ, Tokio 1975, S. 26 f.

ANHANG II[22]

Tabelle 1

Die Betriebsgrößengruppen der bäuerlichen Betriebe[+]
(in 1 000 und %)

a) außer Hokkaido

Jahr	Insgesamt		Bis 0,5 ha		0,5 - 1,0 ha		1,0 - 1,5 ha		1,5 - 2,0 ha		2,0 - 3,0 ha		Über 3,0 ha	
1950	5 931	100 %	2 468	41,6 %	1 952	32,9 %	945	15,9 %	363	6,1 %	176	3,0 %	27	0,5 %
1960	5 825	100 %	2 275	39,1 %	1 907	32,7 %	1 002	17,2 %	404	6,9 %	201	3,5 %	36	0,6 %
1970	5 237	100 %	2 030	38,7 %	1 619	30,9 %	874	16,7 %	407	7,8 %	244	4,7 %	63	1,2 %
1975	4 819	100 %	1 995	41,4 %	1 436	29,8 %	727	15,1 %	349	7,2 %	236	4,9 %	76	1,6 %

b) auf Hokkaido

Jahr	Insgesamt		1,0 ha		1,0 - 3,0 ha		3,0 - 5,0 ha		5,0 - 10 ha		10 - 20 ha		Über 20 ha	
1950	246	100 %	84	34,2 %	64	26,0 %	50	20,3 %			48	19,5 %		
1960	233	100 %	61	26,2 %	57	24,5 %	57	24,5 %	47	20,1 %	11	4,7 %	-	-
1970	167	100 %	36	21,7 %	29	17,5 %	35	21,1 %	42	25,3 %	20	12,0 %	5	3,0 %
1975	133	100 %	27	20,3 %	22	16,5 %	26	19,5 %	32	24,1 %	16	12,0 %	10	7,5 %

+ Zu den bäuerlichen Betrieben zählen die Betriebe, die über 0,1 Hektar Land (Ostjapan) bzw. über 0,05 Hektar Land (Westjapan) bewirtschaften oder die einen Umsatzbetrag von über 70 000 Yen (580 M) pro Jahr aufweisen.

22 Statistisches Taschenbuch für Land- und Forstwirtschaft und Fischerei 1976, hg. v. Statistischen Amt des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft Japans, Tokio 1976, S. 117 (Tab. 1), S. 119 (Tab. 2), S. 247 ff. (Tab. 3), S. 115 (Tab. 4), S. 109 (Tab. 5), 164 ff. (Tab. 6), 247 ff. (Tab. 7), 58 (Tab. 8 u. 9).

Tabelle 2

Die Betriebsgrößengruppen nach Umsatzbetrag 1975
(in 1 000 und %)

	Betriebe insgesamt		Bis 70 000 Yen		70 000 bis 300 000 Yen		300 000 bis 1 Mill. Yen		1 - 3 Mill. Yen		3 - 5 Mill. Yen		5 - 7 Mill. Yen		Über 7 Mill. Yen	
Insgesamt	4 952	100 %	1 336	27,0 %	1 040	21,0 %	1 343	27,1 %	982	19,8 %	156	3,2 %	49	1,0 %	46	0,9 %
Außer Hokkaido	4 819	100 %	1 313	27,2 %	1 032	21,4 %	1 330	27,6 %	949	19,7 %	130	2,7 %	33	0,7 %	32	0,7 %
Hokkaido	138	100 %	26	18,9 %	8	5,8 %	14	10,1 %	33	23,9 %	26	18,9 %	17	12,3 %	14	10,1 %

Tabelle 3

Die Betriebsgrößengruppen nach der Viehhaltung 1975

a) Kuhhaltung

Zahl der Betriebe insgesamt: 160 497

1 - 4 Stück	56 830
5 - 9 "	34 980
10 - 19 "	30 717
20 - 29 "	11 537
über 30 "	5 893
Nur Kälber	20 540

b) Rinderhaltung

Zahl der Betriebe insgesamt: 473 604

1 Stück	197 900
2 - 4 "	203 480
5 - 9 "	44 360
10 - 49 "	24 319
über 50 "	3 545

c) Schweinehaltung (nach Masttieren)

Zahl der Betriebe insgesamt: 223 443

1 - 9 Stück	63 590
10 - 49 "	35 300
50 - 99 "	10 146
100 - 499 "	12 451
über 500 "	1 356
ohne Mast	100 600

d) Schweinehaltung (nach der Sauenzahl)

	Insgesamt	1	2 - 5	6 - 9	10 - 19	über 20	ohne Sau
Betriebe für Läufer	114 950	13 270	75 190	12 310	8 500	2 820	2 860
Mast	85 890	3 210	3 190	1 000	700	360	77 430
Läufer und Mast	46 460	9 000	18 740	6 110	6 210	5 110	1 290
Insgesamt	247 300	25 480	97 120	19 420	15 410	8 290	81 580

Tabelle 4

Die bäuerlichen Betriebe
(in 1 000 ha und %)

Jahr	Insgesamt	Hauptbetriebe		Nebenbetriebe			
				I+		II+	
1950	6 176	3 086	50,0 %	1 753	28,4 %	1 337	21,6 %
1955	6 041	2 104	34,8 %	2 274	37,7 %	1 663	27,5 %
1960	6 056	2 078	34,3 %	2 036	33,6 %	1 942	32,1 %
1965	5 665	1 219	21,5 %	2 081	36,7 %	2 365	41,8 %
1970	5 402	845	15,6 %	1 814	33,6 %	2 743	50,8 %
1975	4 953	616	12,4 %	1 259	25,5 %	3 078	62,1 %

+ Nebenbetriebe, die ihrem Hauptgewerbe nach landwirtschaftliche Betriebe sind.

++ Nebenbetriebe, die ihrem Hauptgewerbe nach keine landwirtschaftlichen Betriebe sind.

Tabelle 5

Anbaufläche
(in 1 000 ha und %)

Produkte	1970		1974	
Reis	2 923	46,6 %	2 724	47,6 %
Weizen, Gerste	483	7,6 %	177	3,1 %
Süßkartoffeln	129	2,1 %	68	1,2 %
Kartoffeln	151	2,4 %	132	2,3 %
Bohnen	337	5,4 %	285	5,0 %
Obst	416	6,6 %	435	7,6 %
Gemüse	683	10,9 %	642	11,2 %
Tee, Tabak	257	4,1 %	239	4,2 %
Futter	736	11,7 %	861	15,0 %
Maulbeeren	163	2,6 %	158	2,8 %
Insgesamt	6 278	100,0 %	5 721	100,0 %

Tabelle 6

Die Pflanzenproduktion 1975

	Anbaufläche in 1 000 ha	Erträge in 1 000 t	in dt/ha		Anbaufläche in 1 000 ha	Erträge in 1 000 t	in dt/ha
Reis	2 719	13 085	48,1	Rettich	74	2 725	368,2
Weizen	90	241	26,8	Möhren	24	508	211,7
Gerste	61	174	28,5	Schwarzwurzeln	15	248	165,3
Süßkartoffeln	69	1 418	206,0	Chinakohl	43	1 710	397,7
Kartoffeln	133	3 155	237,2	Porree	25	557	222,8
Sojabohnen	87	126	14,5	Auberginen	24	663	276,3
Mungobohnen	76	88	11,6	Weißkohl	42	1 432	341,0
Erdnüsse	41	71	17,3	Spinat	23	335	145,7
Mandarinen	160	3 383	211,4	Tomaten	18	818	454,4
Äpfel	50	850	170,0	Gurken	27	963	356,7
Weintrauben	24	284	118,3	Erdbeeren	13	166	127,7
Birnen	17	460	270,6	Wassermelonen	37	1 079	291,6
Pfirsische	16	270	168,8	Zwiebeln	30	1 021	340,3
Edelkastanien	37	58	15,7	Kopfsalat	13	246	189,2
Raps	4	7	17,5	Taro	31	431	139,0
Tabak	56	151	27,0	Grasfutter	672	25 438	378,5
Zuckerrüben	48	1 759	366,5	Klee	25	614	245,6
Zuckerrohr	30	1 825	608,3	Mais	77	3 809	494,6
Tee	21	95	45,2	Futterrüben	12	520	433,3

Tabelle 7

Tierproduktion (Viehhaltung)

	1960 Betriebe in 1 000	in 1 000 Stück	Stück je Betrieb	1970 Betriebe in 1 000	in 1 000 Stück	Stück je Betrieb	1975 Betriebe in 1 000	in 1 000 Stück	Stück je Betrieb
Kühe	410	824	2,0	308	1 804	5,9	160	1 787	11,2
Rinder	2 031	2 340	1,2	902	1 789	2,0	474	1 857	3,9
Schweine	799	1 918	2,4	445	6 335	14,2	223	7 684	34,4
Hennen	3 839	54 627	14,2	1 703	169 789	99,7	510	754 504	1 479,4
Broiler	21	13 174	627,3	18	53 742	2 985,7	12	87 659	7 304,9

Tabelle 8

Tierproduktion (Fleisch, Eier, Milch)

Produkte (in 1 000 t, ausgeschlachtet)	1970	1974
Schweine	734,3	1 097,9
Rinder	278,0	316,2
Pferde	10,7	4,3
Schafe	0,2	0,02
Ziegen	0,8	0,4
Geflügel (Lebendgewicht)	606,0	957,7
(Broiler) (Lebendgewicht)	(500,9)	(833,3)
Eier (in 1 000 t)	1 734	1 799
Milch (in 1 000 t)	4 761	4 868
Kühe (in 1 000 Stück)	884,9	899,6
Milch je Kuh u. Jahr (in kg)	5 380	5 411

Tabelle 9

Import von Agrarprodukten 1974

Produkte	Menge in 1 000 t
Weizen	4 221 + 1 293 (Lebensmittel + Futter)
Gerste	362 + 1 155 (Lebensmittel + Futter)
Mais	7 939 (Futter)
Kauliang	3 924 (Futter)
Sojabohnen	3 244
Zucker	2 770
Obst	1 198
(Bananen)	(857)
(Grapefruit)	(151)
Öl (pflanzlich)	199
Öl (tierisch)	208
Rohstoffe	4 387
Rindfleisch	54
Schweinefleisch	42
Geflügel	25
Milchprodukte	1 034

Das polnische Großkapital und die allgemeinen Grundsätze der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1929 bis 1939

Konvergenzen und Divergenzen

von Jan Kofman

1. Einleitende Bemerkungen
2. Charakterisierung der polnischen Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre
3. Das großindustrielle Kapital und die Wirtschaftspolitik während der Großen Krise
3. 1. Die allgemeine Ansicht des Großkapitals über die Deflationspolitik
3. 2. Das Programm des Zentralverbandes der Polnischen Industrie
3. 3. Zu den Grundkomponenten des Anpassungsprozesses. Elemente einer aktiven Haltung
3. 4. Schlußfolgerungen
4. Das großindustrielle Kapital und die Wirtschaftspolitik 1936 bis 1939
4. 1. Zu den Prinzipien der Politik der Ankurbelung der Konjunktur
4. 2. Zum Problem der inflationären Ankurbelung der Konjunktur
4. 3. Der Leviathan und die Investitionspläne der Regierung
4. 4. Schlußfolgerungen
5. Schlußbemerkungen

1. Einleitende Bemerkungen

Die Geschichte des Großkapitals in Polen wie auch konkreter die im vorliegenden Artikel behandelte Problematik haben bisher keinen genügenden Niederschlag in der historischen Literatur gefunden.[1] Dieser Zustand begünstigte die Verbrei-

1 Wichtigere Titel sind: Landau, Zbigniew, Gospodarka polska lat 1918 - 1939

tung verbaler Ansichten zur Rolle dieses Kapitals im wirtschaftlichen und politischen Leben sowie seiner Beziehungen zur Regierung. Diese Meinungen reduzieren sich im Grunde genommen auf die Wiederholung der ganz allgemeinen These von der grundsätzlichen Übereinstimmung der Politik des Staates und der großkapitalistischen Interessen oder sogar auf die Behauptung, die Politik des Staates sei die Emanation der Interessen des Großkapitals gewesen. Diese Anschauungen verkannten oder bagatellisierten die - zuweilen wesentlichen - Unterschiede, die zwischen Regierungskreisen und Kapital auftraten, oder sie behandelten sie auch als taktisches Manöver der führenden Kreise zugunsten der Monopolbourgeoisie. Doch dieses Problem ist komplizierter. Es sei hier nur daran erinnert, daß die dreißiger Jahre, zumal die Große Krise und ihre vielfältigen Folgen, das Großkapital vor die Notwendigkeit stellten, seine bisherige Haltung und seine wirtschaftlichen Anschauungen als Ganzes zu überprüfen. Deshalb dürfte es nicht ganz möglich sein, die in dem Zeitabschnitt zwischen den beiden Weltkriegen vor sich gegangenen Prozesse, besonders die wirtschaftlichen, aber auch die politischen, erschöpfend zu erklären, ohne auch die Anschauungen der Wortführer der Großbourgeoisie, einer der beiden antagonistischen Hauptbeteiligten der kapitalistischen Produktionsweise, zu untersuchen.

Die im Artikel verwendeten Termini "großkapitalistische Kreise", "großindustrielle Sphären"[2] usw. beziehe ich auf die Gruppen des Big business, die der 1919 gegründete Zentralverband der Polnischen Industrie, des Bergbaus, des Handels und der Finanz (1932 in den Zentralverband der Polnischen Industrie umgebildet) repräsentierte. In dem auch "Leviathan" genannten Verband dominierte eindeutig die Gruppe der polnischen Bourgeoisie. Zu ihren herausragenden Wortführern gehörten besonders Alfred Falter, Jan Hołyński, Edward Natanson, Janusz Fürst Radziwiłł, Henryk Strasburger, Andrzej Wierzbicki. Eine außergewöhnliche Rolle in dieser - die wichtigsten Wirtschaftsvereinigungen zusammenfassenden - zentralen Organisation des Großkapitals spielte Wierzbicki, Gründer und Generaldirektor des Verbandes während seines ganzen Bestehens, in sehr wesentlichem Grade Animator der vom Leviathan verfolgten politischen Linie. Einen besonderen Platz in der Struktur der Organisation nahm das von dem bekannten Ökonomen Edward Rose geleitete offizielle Presseorgan des Verbandes "Przegląd Gospodarczy" ein, eines der wichtigsten Wirtschaftsperiodika, das übrigens sehr eng mit Wierzbicki verbunden war. Die Zeitschrift war das Hauptforum für die Darlegung der Ansichten der Großbourgeoisie zu wirtschaftlichen Schlüsselfragen und gestaltete ihrerseits aktiv das ökonomische und politische Antlitz der großka-

w publikacjach powojennych (Die polnische Wirtschaft der Jahre 1918 - 1939 in Nachkriegspublikationen), in: Kwartalnik Historyczny (im folgenden: KH), Nr. 1/1962; derselbe, Przegląd publikacji z zakresu historii gospodarczej II Rzeczypospolitej z lat 1962 - 1969 (Überblick über Publikationen aus den Jahren 1962 - 1969 zur Wirtschaftsgeschichte der Zweiten Republik), in: ebenda, Nr. 4/1970. - Nach 1970 erschienen einige Titel, hauptsächlich von Landau und B. Poznańska.

2 Man muß die Relativität solcher Termini unter polnischen Verhältnissen im Auge behalten. Die Finanz- und Industrieoligarchie zählte 1929 ungefähr 200 Personen, und Potentaten nach westeuropäischen Maßstäben gab es ein paar Dutzend (nach Landau nur sieben), was ein beredtes Zeugnis von der Schwäche des Privatkapitalismus ablegt. Siehe dazu Landau, Zbigniew, Oligarchia finansowa Drugiej Rzeczypospolitej (Die Finanzoligarchie der Zweiten Republik), in: Przegląd Historyczny, Nr. 1/1971, S. 86.

pitalistischen Kreise. Sie war auch ein wichtiges Instrument, mit dem der Verband auf ausgewählte Kreise der Gesellschaft, besonders auf die höhere Staatsbürokratie, einwirkte.

2. Charakterisierung der polnischen Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre

Die Krise in Polen war ein Teil der Weltkrise. Es gab in den verschiedenen Ländern zwei grundsätzliche Methoden, sie zu bekämpfen. Die eine, aus dem Geist der liberalen Ökonomie erwachsen, zielte darauf ab, das wirtschaftliche Gleichgewicht auf einem neuen, niedrigeren Niveau herbeizuführen. In diesem Falle geht der Angleichungsprozeß in dieselbe Richtung, in der der Wirtschaftsautomatismus wirkt, und kann eventuell durch die Wirtschaftspolitik beschleunigt werden. Die zweite Methode beruht darauf, durch Ankurbelung der Konjunktur einen aktiven Ausweg aus der Krise zu beschreiten.

Von den mit der Krise ringenden Ländern beharrte Polen am längsten auf dem ersten Wege. [3] Nach den Grundsätzen der Regierungspolitik sollte die Deflation die fortschreitende Depression bremsen. Dieser Standpunkt ergab sich aus den für unerschütterlich gehaltenen übergeordneten Prämissen - Stabilität des Złoty, Budgetgleichgewicht und Erhaltung der Kreditgrundlagen. Entscheidend für die Wahl der Deflationspolitik waren auch politische und zum Teil psychologische Motive (unter anderem der in den Jahren 1918 bis 1923 entstandene Inflationskomplex). Der Weg der Deflation traf auf Widerstand, besonders in den Reihen der politischen Opposition. [4] Zu den Gegnern der Deflation gehörten unter den Ökonomen vor allem die - anfangs nicht zahlreichen - Verfechter einer Ankurbelung der Konjunktur. [5]

3 Die Regierungspolitik als Ganzes behandelt Knakiewicz, Zenobia, Deflacja polska 1930 - 1935 (Die polnische Deflation 1930 - 1936), Warschau 1967.

4 Zur inflationären Ankurbelung der Konjunktur neigte die PPS (Polnische Sozialistische Partei). Öffentliche Arbeiten unterstützte auch die SL (Bauernpartei). Die KPP (Kommunistische Partei Polens) dagegen kritisierte die Deflation und warnte (1935) vor der Inflation. Vgl. Senat Rzeczypospolitej Polskiej. Sprawozdania stenograficzne II kadencji (Senat der Republik Polen. Stenografische Berichte der zweiten Sitzungsperiode), 31. Sitzung v. 13. 3. 1930, Abgeordneter D. Gross; Lato, Stanisław/Stankiewicz, Witold, Programy stronnictw ludowych (Programme der Bauernparteien), Warschau 1969, S. 304; KPP - uchwały i rezolucje (Kommunistische Partei Polens - Beschlüsse und Resolutionen), Bd. 3, Warschau 1956, S. 619 f.

5 Zum Beispiel Ludkiewicz, Zdzisław, Deflacja i redeflacja (Deflation und Redeflation), in: Życie gospodarcze a ekonomika społeczna (Wirtschaftsleben und Sozialwirtschaft), Lwów 1933; Grabski, Stanisław, Trzeba szukać drogi wyjścia (Man muß einen Ausweg suchen), Warschau 1934; Gliwic, Hipolit, Kryzysowe rozważania ekonomiczne (Ökonomische Krisenbetrachtungen), Warschau 1935. - Prinzipien einer inflationären Konjunkturankurbelung wies Michał Kalecki eindringlich nach, z. B. Kalecki, Michał, Na marginesie planu Papena (Randnotizen zum Papen-Plan), in: Polska Gospodarcza, Nr. 39/1932; derselbe, Nakręcanie koniunktury światowej (Die Ankurbelung der Weltkonjunktur), in: ebenda, Nr. 37/1933; derselbe, Istota poprawy koniunkturalnej (Das Wesen der Konjunkturbesserung), in: ebenda, Nr. 43/1935.

Auf der Realisierung eines möglichst strikten Deflationsprogramms beharrend, stimmte die Regierung nicht einmal der Anwendung eines weniger drückenden Deflationsmittels zu, nämlich einer Abwertung, die keine Inflation nach sich zöge. Sie war auch gegen die Einführung von Devisenrestriktionen und einen Aufschub der für staatliche Auslandsanleihen fälligen Zahlungen (aus Angst davor, daß der Zustrom ausländischer Kapitalien gehemmt werden könnte). Grundhaltung der Wirtschaftspolitik waren 1930 bis 1932 das "Überdauern" und in der Folgezeit die "Anpassung", deren Schlußakkord die "integrale Deflation" war. In der ersten Etappe, als man noch eine schnelle, automatische Umkehr der Ökonomik zu den Vorkrisenverhältnissen erwartete, war Schlüssel der Wirtschaftspolitik die neoliberale These, wonach das ökonomische Gleichgewicht in jeder Phase des Konjunkturzyklus automatisch bewahrt wird, also in der Krisenphase die Ökonomik sich dem schwächeren Pulsschlag der Konjunktur anpaßt. In der Praxis bedeutete das, dem Preisfall für Agrarprodukte, dem Rückgang der Industrieproduktion und dem Sinken der Realeinkommen zuzustimmen. Die sich verschärfende Krisis zwang den Staat jedoch zu stärkerem Eingreifen. Aber erst Ende 1932 gab es erste Anzeichen einer Abkehr von der Politik des wirtschaftlichen Minimalismus. Es wurden damals Maßnahmen in Angriff genommen und in der Folgezeit weiter ausgebaut, deren Ziel vor allem darin bestand, einen weiteren Verfall der Konjunktur zu hemmen. Nichtsdestoweniger sollten mit diesen Maßnahmen auch der Verbrauch angeregt und auf diese Weise ein günstiger Einfluß auf die Wirtschaft ausgeübt werden.

Für den Verlauf der Krise in Polen, einem Agrar-Industrieland, hatten die fallenden Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse besonderes Gewicht. Die Landwirtschaft wurde dadurch dauernd depressiv beeinflußt.[6] Diese Situation belastete die Wirtschaftspolitik gewaltig. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß nachdrücklich die Ansicht vertreten wurde, der Ausweg aus der Depression führe über die Überwindung der Agrarkrise. Konsequenz dieses Standpunktes war die Politik des "Angleichens an die Landwirtschaft". Konkret bedeutete das, die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts - unter Beibehaltung eines möglichst nicht gestörten Binnenhandels - auf dem Niveau zu versuchen, auf welches die Landwirtschaft abgesunken war. Hauptmittel sollten die Schließung der Preisschere (in dem Auseinanderklaffen der Preise sah man nämlich einen der Hauptgründe für den scharfen Krisenverlauf), die Verminderung der Vermittlungskosten und eine Entschuldungsaktion in der Landwirtschaft sein.[7] Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die sinkende Tendenz der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufzuhalten.[8]

Auch mit anderen, nicht genügend wirksamen Mitteln versuchte man die Krisenfolgen zu mildern. Nachteilig auf die Wirtschaftslage wirkte sich ferner das Be-

6 Index der Großhandelspreise für inländische landwirtschaftliche Erzeugnisse (1928 = 100): 1929 = 93, 1932 = 63, 1935 = 44. Siehe Mały Rocznik Statystyczny 1936 (Kleines Statistisches Jahrbuch 1936, im folgenden: MRS), S. 162, Tab. 1.

7 Zu diesem Thema siehe Ciepielewski, Jerzy, Polityka agrarna rządu polskiego w latach 1929 - 1935 (Die Agrarpolitik der polnischen Regierung in den Jahren 1929 - 1935), Warschau 1968.

8 Dem wirkte der Mechanismus der Deflationsspirale entgegen, die schrumpfenden Absätzmärkte, der Rückgang des internationalen Handels und die wachsende Arbeitslosigkeit. Siehe Heilperin, Michał, Problem aktywizacji życia gospodarczego (Das Problem der Aktivierung des Wirtschaftslebens), in: Ekonomista, Bd. 1, 1933.

streben aus, um jeden Preis das Budgetgleichgewicht aufrechtzuerhalten. Die Haushaltseinnahmen verminderten sich trotzdem in der Zeit von 1930/31 bis 1935/36 schneller als die Ausgaben.[9] Die Währungslage wurde besonders durch die Zurückziehung ausländischer Kapitalien aus Polen[10] charakterisiert, die Situation des Finanzsystems durch den ernsten Rückgang des Geldumlaufs sowie die Reduktion der Kredite der Zentralbank und der Schatzemission. Den Rückgang der Industrieproduktion[11] begleitete ein Preisfall, der sich in der Rentabilität der Unternehmen sehr negativ widerspiegelte. Diese Zeit war der Kartellierung günstig, die sich während der Krise im allgemeinen nachteilig auf die Lage der anderen Teile der Wirtschaft (wenn auch relativ geringfügig auf die Landwirtschaft) auswirkte. Die Krise in der Industrie wurde durch die Deflationspolitik der Regierung gefördert, besonders durch häufige - wenn auch in keinem inneren Zusammenhang stehende - Senkungsaktionen für Industriepreise, darunter auch für Kartellpreise.

Entscheidend für die Langwierigkeit der Krise in Polen war, neben wichtigen objektiven Ursachen, die Wirtschaftspolitik, die in ihrem deflationistischen Gepräge nicht zu Ende gedacht war, sich keine Vorstellung von ihren Endergebnissen machte, sich anfangs durch Mangel an Initiative und dann durch Aktivität in der falschen Richtung auszeichnete. Die Situation der Jahre der Großen Krise und in gewissem Maße die Effekte dieser Politik werden synthetisch vielleicht am meisten plastisch im Absinken des Nettonationaleinkommens von 18,7 Milliarden Złoty im Jahre 1929 auf 8,4 Milliarden Złoty im Jahre 1935.[12]

Die ersten Krisenjahre hatten augenfällig gemacht, daß sich die Krise allein mit Hilfe des Marktmechanismus nicht überwinden ließ; es erwies sich als notwendig, daß der Staat mit Entschiedenheit im gesamten Wirtschaftsleben intervenierte, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Nachfrage zu heben. Die Erfahrungen der Krisenbekämpfung in verschiedenen Ländern zeigten, daß es möglich war, mehr oder weniger erfolgreich auf den Konjunkturzyklus einzuwirken, um Extremen - scharfen Depressionen und einer "Überhitzung" der Konjunktur - vorzubeugen.[13]

9 Das Defizit wuchs von 64 Mill. Złoty im Jahre 1930/31 auf 289 Mill. Złoty im Jahre 1935/36, während die Einnahmen entsprechend von 3029 Mill. Złoty auf 2042 Mill. Złoty fielen. Vgl. MRS 1937, S. 356 f., Tab. 12.

10 1930 - 1935 flossen Kapitalien in Höhe von 2,6 Mrd. Złoty ab, was einer der Gründe für den Aderlaß an Devisen und Gold war. Die Goldvorräte in der Bank Polski fielen von 701 Mill. Złoty im Jahre 1929 auf 393 Mill. Złoty im Jahre 1936, die Valuten- und Devisenvorräte von 506 Mill. Złoty auf 30 Mill. Złoty. Vgl. MRS 1939, S. 213, Tab. 8.

11 Der Index der Industrieproduktion, als Kompromiß aus Ergebnissen verschiedener Berechnungen ermittelt, betrug (1928 = 100): 1929 = 101, 1932 = 59, 1935 = 76. Siehe Tomaszewski, Jerzy, Ogólny wskaźnik produkcji przemysłowej Polski 1928 - 1938 (Der Gesamtindex der Industrieproduktion Polens 1928 - 1938), in: KH, Nr. 2/1965, S. 29.

12 Das Realeinkommen sank weniger; den Tiefpunkt erreichte es 1932 mit 11,9 Mrd. Złoty, 1935 betrug es 15,9 Mrd. Złoty. Siehe Knakiewicz, Zenobia, a. a. O., S. 330, 335.

13 Siehe Keynes, John M., The general Theory of Employment, Interest and Money, London 1936; deutsche Ausg. derselbe, Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München/Leipzig 1936. - Eine Theorie zur Rolle der Investitionen bei der Stimulierung der Konjunktur begründe-

Ende 1935 wurde der Bankrott der Deflationspolitik in der bisher in Polen praktizierten Form offensichtlich. In dem Streit, der damals um die weitere Richtung der Wirtschaftspolitik ausgetragen wurde, konnten sich zunächst doch die Anhänger von Deflationsmaßnahmen mit ihrer sogenannten integralen Version der Deflation knapp durchsetzen. Nichtsdestoweniger stärkten sich parallel dazu spürbar die Reihen der bereits im Jahre 1936 siegreichen "Antideflationisten" und unter ihnen der mehr oder weniger offenen Fürsprecher einer inflationären Ankurbelung der Konjunktur.[14] Am 15. Mai 1936 wurde ein Kabinett mit Felicjan Sławoj-Składkowski als Premierminister und Eugeniusz Kwiatkowski als Vizepremier und Finanzminister berufen. Letzterer war der eigentliche Schöpfer der Wirtschaftspolitik der Regierung. Diese Politik stützte sich auf ein ernsthaftes Programm und war offensiver als in der Zeit davor.[15] Die Jahre 1936 bis 1939 standen unter dem Zeichen einer vorsichtigen Ankurbelung der Konjunktur. Hinsichtlich der Methoden ihrer Realisierung kam es im regierenden Lager zu Auseinandersetzungen, die sich sehr stark entzündeten, als das "Lager der Nationalen Einigung" (abgekürzt OZN, eine vom Sanacja-Lager gegründete Organisation mit deutlicher totalitärer und faschistoider Färbung) seine Tätigkeit aufnahm. Eine eindeutig inflationäre Finanzierung von Investitionen, vor allem für die Rüstung, forderte die Gruppe des Marschalls Edward Rydz-Śmigły und das in großem Maße von ihr gesteuerte OZN. Diese Forderung wurde auch in der Staatsbürokratie populär; im Parlament dominierten ebenfalls die Stimmen, die die Regierung aufriefen, der Wirtschaftspolitik eine inflationäre Tönung zu geben. Kwiatkowski dagegen bewahrte in seinen ökonomischen Konzeptionen Maß und Vorsicht. Er erklärte sich zwar für eine Aktivierung, schloß aus ihrem Instrumentarium aber Währungsexperimente aus, was allerdings den Wirkungsbereich der Regierungsvorhaben stark einschränkte. Dem Programm lag das Prinzip zugrunde, die Wirtschaft strukturell umzubauen und die Verteidigungskraft des Landes durch eine Industrialisierung, die verschiedene Formen der Arbeitslosigkeit wirksam liquidieren sollte, zu stärken.

Die Finanzpolitik beruhte nach wie vor auf den eisernen Dogmen des Budgetgleichgewichts und der Währungsstabilität. Die Beibehaltung dieser Grundsätze nötigte dazu, mit verschiedenen Methoden Finanzmittel zu beschaffen (zum Beispiel durch Aufrechterhaltung hoher Preise für staatliche Monopolwaren, Einführung einer Sondersteuer, staatliche Eingriffe in den Anlagekreditmarkt, verstärkte Devisen- und Valutareglementierung). Die Regierung trat auch weiterhin, obwohl nicht so stark, gegen die Aufwärtsbewegung der Kartellpreise auf und unterwarf die monopolistischen Organisationen einer immer strengeren Kontrolle.

te unabhängig von Keynes Kalecki, Michał, Próba teorii koniunktury (Versuch einer Konjunkturtheorie), Warschau 1933. - Zur Brauchbarkeit der Keynesschen Multiplikatoren in bezug auf schwachentwickelte Länder ohne Kapitalien sind die Meinungen geteilt.

14 Zum Beispiel Caro, Leopold, Przeciw dewaluacji (Gegen die Abwertung), in: Przegląd Ekonomiczny 1936; Ludkiewicz, Zdzisław, Polityka wielkich robót publicznych (Die Politik großer öffentlicher Arbeiten), Warschau 1936; Tennenbaum, Henryk, Finansowanie inwestycji (Die Finanzierung von Investitionen), Warschau 1939. - Von den politischen Parteien riefen besonders die Sozialisten nach großen öffentlichen Arbeiten (siehe die Publikationen von D. Gross und J. Moraczewski).

15 Umfassend behandelt diese Politik Drozdowski, Marian, Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936 - 1939 (Die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung 1936 - 1939), Warschau 1963.

Hauptinstrument der Ankurbelung der Konjunktur waren die öffentlichen Investitionen, besonders in der Verteidigungsindustrie (1938/39 wurden sie schon zu einem absoluten Gebot von höchster staatlicher Notwendigkeit). Die Ankurbelung der Konjunktur stützte sich fast gar nicht auf die öffentliche Verschuldung (anders als in den meisten Ländern) und auch nicht auf die Ausnutzung der Inflation, wenigstens bis 1939, als Geld auf reiner Vertrauensbasis in Umlauf gesetzt wurde.[16] Ein interessantes Merkmal der Wirtschaftspolitik dieser Jahre bestand darin, daß die Regierung Elemente der Planung nutzte.[17] In der Praxis umfaßte die Planung ausschließlich öffentliche Investitionen. Nachdem der im Juli 1936 in Angriff genommene (1937 um die Konzeption des Zentralen Industriereviers COP bereicherte) Vierjahresinvestitionsplan schneller als vorgesehen realisiert worden war, ging man im April 1939 an die Durchführung eines neuen Dreijahresplanes, der ebenfalls nach oben revidiert wurde und unter dem Eindruck der wachsenden kriegerischen Bedrohung durch das faschistische Deutschland fast ausschließlich der Rüstung untergeordnet war. Neben zivilen Plänen wurde ein Plan für militärische Investitionen ausgearbeitet. Die Investitionsanstrengungen waren zwar recht bedeutend,[18] sie wurden jedoch sogar seinerzeit ganz allgemein für äußerst ungenügend gehalten, gemessen an den Bedürfnissen des Landes, darunter seinen Verteidigungsbedürfnissen. Trotz des Ausbaus einer Reihe von Industriezweigen sowie der Infrastruktur wurden die Investitionspläne und das COP - wegen ihrer Begrenztheit und der zu kurzen Dauer der aktiven Wirtschaftspolitik - nicht zum vorgesehenen Stimulator der sozialökonomischen Rekonstruktion Polens, und ihre Effekte blieben weit hinter den an sie geknüpften Hoffnungen zurück.

Insgesamt wurde der Zeitraum von 1936 bis 1939 durch die Besserung der Wirtschaftslage charakterisiert. Sie kam unter dem Einfluß der Industriekonjunktur zustande,[19] die 1939 in die Phase des Booms überging. Wenn auch kein Zweifel

16 Der Geldumlauf wuchs von 1 866 Mill. Złoty im Dezember 1938 auf 3 030 Mill. Złoty im August 1939. Szymczak, Zygmunt, Ze studiów nad stosunkami gospodarczo-pieniężnymi w Polsce w latach 1924 - 1939 (Studien über die Geldwirtschaftsverhältnisse in Polen in den Jahren 1924 - 1939), Poznań 1959, S. 95.

17 Eine Planung hatten früher hauptsächlich junge, mit der Sanacja verbundene Wirtschaftsfunktionäre empfohlen, denn sie sahen darin ein geeignetes Instrument für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ohne Verletzung der Grundlagen des herrschenden Gesellschaftssystems. Vgl. z. B. Na froncie gospodarczym (An der Wirtschaftsfront), Warschau 1928. - Die Erfahrungen der Krise verschafften der Planungsproblematik auch Eingang in die akademische Wissenschaft. Vgl. z. B. die originellen Arbeiten von Brzeski, Tadeusz, Ekonomia I. Teoria gospodarowania (Ökonomie I. Theorie des Wirtschaftens), Warschau 1938; Drewnowski, Jan, Próba ogólnej teorii gospodarki planowej (Versuch einer allgemeinen Theorie der Planwirtschaft), Warschau 1938. - An die Idee der Planung appellierte auch das OZN. Vgl. z. B. Zasady racjonalnego planowania inwestycji państwowych (Grundsätze einer rationellen Planung staatlicher Investitionen), Warschau 1938, unter dessen Einfluß die Regierung 1938 Arbeiten zur Koordinierung der Planung aufnahm.

18 Der Vierjahresplan sah Ausgaben von 2, 4 Mrd. Złoty, der Dreijahresplan 2 Mrd. Złoty vor; doch im folgenden wurden allein schon für 1939 Ausgaben in Höhe von 1, 3 Mrd. Złoty festgelegt. Siehe Drozdowski, Marian, a. a. O., S. 70, 73, 92.

19 Die Höhe der Industrieproduktion betrug (1928 = 100): 1936 = 83, 1937 = 98, 1938 = 106. Siehe Tomaszewski, Jerzy, a. a. O.

daran besteht, daß Industrie und Wirtschaft einen Fortschritt erlebten, war er doch langsamer als im Weltmaßstab.

3. Das großindustrielle Kapital und die Wirtschaftspolitik während der Großen Krise

3. 1. Die allgemeine Ansicht des Großkapitals über die Deflationspolitik

Anfang 1929 äußerte der Leviathan die Meinung, trotz der Abschwächung der Konjunktur drohe dem Lande eigentlich keine Krise.[20] Diese Überzeugung stützte sich auf die Autorität des Instituts für Konjunkturforschung, das noch Mitte 1929 behauptete, in Polen finde eine Rezession, aber keine Krise statt. Der "Przegląd Gospodarczy" notierte sorgfältig die Erscheinungen der - wie die Wirtschaftssphären glauben wollten - Rezession.[21] Erst Ende 1929 konstatierte er das Nahen einer Krisis und sagte überdies voraus, daß eine Besserung leider in kurzer Zeit unwahrscheinlich sei.[22]

Die Wortführer des Leviathan gingen bei der Analyse der Krisenursachen von der These aus, der technische Fortschritt, der dazu führe, daß "die Produktivität schneller steigt als das Wachstum der Bevölkerung und besonders der Kaufkraft", sei der Motor, der den Krisenmechanismus in Gang setze. Doch die unmittelbaren und wesentlichen Ursachen für die Krise in Polen erblickten sie in Impulsen aus dem Ausland, besonders im Rückgang der Weltagrarpreise, sowie in endogenen Inpulsen, vor allem in der Verminderung der Kaufkraft der Landwirtschaft und den übermäßig großen, also falschen Kredit- und Budgetdispositionen. Dies habe zur Disproportion zwischen dem schnellen Tempo der Industrieproduktion und den zu kargen finanziellen und Verbrauchsmöglichkeiten geführt.[23] Diese Überlegungen und die Analyse des Zustands und der Struktur der Ökonomik Polens rechtfertigten die generelle Schlußfolgerung, es handele sich nicht nur um

20 R., E., (das ist Edward Rose), Sytuacja (Die Lage), in: Przegląd Gospodarczy (im folgenden: PG) 1929, S. 326 f.

21 Bylański, Władysław, Banki polskie w roku 1928 (Die polnischen Banken im Jahre 1928), in: ebenda, S. 486.

22 R., E., Perspektywy noworoczne (Perspektiven im neuen Jahr), in: ebenda 1930, S. 1. - Ihre Beunruhigung brachten die Wirtschaftskreise einige Monate später bei einer Begegnung mit dem Minister für Industrie und Handel zum Ausdruck.

23 Trepka, Edmund, Solidarność międzynarodowa wobec światowego kryzysu gospodarczego (Internationale Solidarität angesichts der Weltwirtschaftskrise), in: ebenda, S. 722; Wierzbicki, Andrzej, Mgławice i gwiazdy (Nebelschleier und Sterne. Rede auf dem ersten Kongreß der Industrie- und Handelskammern am 4. 11. 1930), in: ebenda, S. 733; R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: ebenda 1932, S. 280. - Der Krisenverlauf soll auch beeinflußt worden sein von den Folgen des ersten Weltkrieges und des polnisch-sowjetischen Krieges, der Geldabwertung, der zu konsumentenfreundlichen Wirtschaftspolitik, der Versteifung der Kennziffern des Wirtschaftslebens. Hołyński, Jan, Główne wytyczne polityki gospodarczej wynikające z kryzysu (Aus der Krise resultierende Hauptrichtlinien der Wirtschaftspolitik. Rede im Sejm am 10. 2. 1931), in: ebenda 1931, S. 210 f.; Tennenbaum, Henryk, Uwagi o kryzysie (Bemerkungen über die Krise), Warschau 1931.

eine konjunkturelle, sondern auch um eine strukturelle Krise.[24] Für den wichtigsten Inhalt der polnischen Krise hielt man in Geschäftskreisen den großen Kapitalmangel im privaten Sektor. Tatsächlich trat in Polen sowohl in guten wie in schlechten Jahren Kapitalhunger auf, was in jeder Phase des Wirtschaftsprozesses Disproportionen erzeugte; in der Belebungsphase hemmte er die Entwicklung der Konjunktur, während der Depression begünstigte er die Erstarrung der Krise. Diese zweifellos treffende These konnte jedoch das so komplizierte Problem, welches die Große Krise in Polen bildete, nicht umfassend interpretieren. Daß sie so lange dauerte, daß ernstliche Zeichen einer Besserung ausblieben, daß optimistischere Prognosen sich als trügerisch erwiesen, das alles machte die Wortführer des Großkapitals skeptisch gegenüber Ankündigungen eines nahenden Endes der Krisis.

Die großindustriellen Sphären kritisierten die Wirtschaftspolitik (meistens in den Spalten ihres offiziellen Organs) anfangs vorsichtig. Das lag an der delikaten Materie der Beziehungen zwischen dem Kapital und dem Regierungslager. Die grundsätzliche Akzeptierung der übrigen Kettenglieder der Sanacja-Politik sowie der Wunsch nach Zusammenarbeit mit der Regierung und Modifikation ihrer Aktivitäten zwangen den Wortführern des Leviathan eine gewisse Mäßigung bei der Formulierung kritischer Äußerungen auf. Doch als die negativen Folgen der Wirtschaftspolitik immer deutlicher zutage traten, ging diese Zurückhaltung in offene, eindeutig manifestierte Unzufriedenheit über.

Der sogenannten Politik des Überdauerns, die in ihrer reinsten Gestalt kurzlebig war, stand der Zentralverband mit Unwillen gegenüber. Weniger eindeutig gestaltete sich dagegen sein Verhältnis zur neuen Phase der Wirtschaftspolitik, der Anpassung. Nach scharfer, negativer Reaktion zu dem Zeitpunkt, als diese Idee noch nicht in eine "dekretierte" Formel gekleidet war, akzeptierte der Leviathan, mehr oder weniger bis zur Jahresmitte 1932, im allgemeinen diese Politik, wobei er jedoch betonte, daß nicht ein gelenkter, sondern ein selbsttätiger Verlauf der Anpassungsprozesse notwendig sei. Aber schon im gleichen Jahre, besonders seit der Verkündung des Wirtschaftsprogramms des Leviathan, welches ein Mißtrauensvotum gegen die Regierungspolitik war und signalisierte, daß das großindustrielle Kapital ihre Aktivierung erwartete, verstärkte sich in den Äußerungen der Wortführer des Zentralverbandes der Polnischen Industrie der kritische Ton, der dann in den folgenden Jahren deutlich vorherrschte. Sie betonten, daß durch die Passivität, den Marasmus und die eigenartige Programmlosigkeit die Krise vertieft und Stimmungen der Mutlosigkeit und Apathie in der Gesellschaft hervorgebracht würden.[25] Sie forderten, der Deflation mit Rücksicht auf ihre schädlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die die Wiederbelebung verzögerten, ein Ende zu setzen und ein aktives Programm auszuarbeiten.[26] Dieser Standpunkt

24 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1933, S. 280. - Es gab auch die Ansicht, daß die Krise in Polen früher als die Weltkrise entstanden und durch letztere nur sehr verschärft worden sei. Odczyt prof. Lipińskiego o światowym kryzysie gospodarczym (Ein Vortrag von Professor Lipiński über die Weltwirtschaftskrise), in: Polska Gospodarcza 1931, S. 1511.

25 Der Leviathan behauptete sogar, die Regierung habe kein Programm. Wierzbicki, Andrzej, Wobec I Zjazdu Samorządu Gospodarczego (Zum I. Kongreß der Selbstverwaltung der Wirtschaft. Rede v. 26. 2. 1932), in: PG 1932, S. 343; R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: ebenda 1934, S. 399.

26 Zum Beispiel Rose, Edward, Cel i metody walki z kryzysem (Ziel und Methoden der Krisenbekämpfung), Warschau 1932, S. 27.

blieb auch in der Phase der integralen Deflation unverändert. Nachdem M. Zyndram-Kościałkowski in seiner Regierungserklärung die Fortsetzung des bisherigen Kurses angekündigt hatte, mußte das großindustrielle Kapital diese Erklärung formal billigen, tat das aber nur unter der Bedingung, daß diese Etappe der allerletzte Versuch eines Ausweges aus der Krise mittels Deflation sein werde.

Als die Repräsentanten des Leviathan in den Jahren der großen Depression die schwachen Seiten der Anpassungspläne der Regierung aufdeckten, wiesen sie vor allem beharrlich darauf hin, daß die Regierung, indem sie den abgesteckten Weg nicht konsequent beschritt, von den Grundsätzen ihrer Politik abwich, was negative Folgen nach sich zöge. Sie selbst teilten dagegen die Auffassung, daß die Anpassungsprozesse, wenn sie schon gelenkt werden müßten, eine Reihe koordinierter, in innerem Zusammenhang stehender und bewußt ins Leben gesetzter Maßnahmen umfassen sollten. Gerade dieses allgemeine Postulat bildete das spezifische Kampfprogramm der Großindustrie.

Einen wesentlichen Platz bei den Streitigkeiten um das Thema Deflation nahm das Problem ein, auf welches Niveau das Wirtschaftsleben gebracht werden sollte. Die heißesten Kontroversen rief der Vorschlag der sogenannten Etatisten hervor, den "Index 60" als verbindliche Richtschnur festzulegen (die Regierung distanzierte sich nicht von diesem Vorschlag). Das Presseorgan des Leviathan meinte, dieser Vorschlag entbehre rationaler Voraussetzungen und seine Realisierung sei unmöglich, sofern man eine Katastrophe vermeiden wolle. Selbst wenn im Jahre 1933 der Gesamtpreisindex für Industriewaren im wesentlichen 60 (1928 = 100) betrage, gebe es immer noch andere Bereiche - die Höhe des Budgets, die Eisenbahntarife und besonders die Reallöhne - mit einem viel höheren Index; es sei also unrichtig, nur die Kartellpreise auf die postulierte Indexstufe herabzudrücken, um so mehr, als es trotz Intervention auf dem Agrarsektor völlig irreal angesichts der Welttendenz sei, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf diesen Index anzuheben. [27]

Der dargelegte allgemeine Standpunkt des Großkapitals zur Deflationspolitik wird noch klarer, wenn wir ihn mit den Auffassungen der Anhänger leviathanfeindlicher wirtschaftlicher Orientierungen zusammenstellen. So billigten die Etatisten bis zur Jahresmitte 1933 die Generalrichtung der Wirtschaftspolitik, wobei sie sich allerdings besonders für eine Reduktion der Kartellpreise aussprachen. [28] In den folgenden Jahren gingen sie immer entschiedener auf die Positionen der Ankurbelung der Konjunktur über. [29] Dagegen erklärten sich die Interessenvertreter der nichtkartellierten Industrie unter beharrlicher Berufung auf die Doktrin des klassischen Liberalismus vorbehaltlos für die Fortsetzung der Deflation. [30]

27 Nowe czynniki (Neue Faktoren), in: Gazeta Polska, 18. 1. 1934; Łączkowski, Bogdan, Równanie na 60 (Die Angleichung an 60), in: Gospodarka Narodowa, Nr. 4/1934; R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1934, S. 430 f.

28 Zum Beispiel Poniatowski, Józef, Zagadnienie nadal otwarte (Ein weiterhin offenes Problem), in: Gospodarka Narodowa, Nr. 15-16/1933.

29 Zum Beispiel Deflacja czy inflacja (Deflation oder Inflation), in: ebenda, Nr. 6/1932; Studentowicz, Kazimierz, Konsekwencje równania w dół (Konsequenzen der Angleichung nach unten), in: ebenda, Nr. 8/1935; Meyer Stefan, Stała waluta (Stabile Währung), in: ebenda, Nr. 13/1935.

30 Zum Beispiel Lauterbach, Stanisław, Ustrój gospodarczy Polski wymaga liberalnej polityki ekonomicznej (Die Wirtschaftsstruktur Polens erfordert eine liberale Wirtschaftspolitik), in: Biuletyn Towarzystwa Polityki Gospodarczej

3. 2. Das Programm des Zentralverbandes der Polnischen Industrie

Bei den vom Big business vorgeschlagenen Lösungen ging es natürlich ganz wesentlich um die grundlegenden Richtlinien, von denen sich nach Meinung entsprechender Kreise die Regierungspolitik leiten lassen sollte. Sie billigten im Prinzip die Dogmen der Regierungspolitik: Währungsstabilität und Budgetgleichgewicht. Der übergeordnete Verifikator für die Richtigkeit der Wirtschaftspolitik war für sie jedoch die Rentabilität der Produktion und danach erst die Parität des Złoty. Trotz dieser pragmatischen Elastizität seines Standpunkts widersetzte sich der Leviathan doch den Devalvationsprojekten, weil er zunehmende Inflationstendenzen befürchtete, die die Stabilität des Złoty erschüttern könnten. Die Führer der Organisation waren sich zweifellos über die Verluste für die polnische Ökonomik, die die Währungsabwertung in anderen Ländern mit sich brachte, im klaren. Für eine wichtige, positive Komponente, die den Grundsatz der stabilen Währung ergänzte, hielt das Großkapital die volle Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland.

Das Organ des Leviathan forderte auch ein wirkliches Budgetgleichgewicht. In der damaligen Lage der Volkswirtschaft war diese Forderung lediglich eine rein verbale Supposition, was auch die Wortführer des Kapitals gut begriffen. Sie vermochten jedoch die Schwelle des Dogmas von der stabilen Währung nicht zu überschreiten. Ihrer Ansicht nach gebot gerade die pragmatische Beurteilung der finanziellen Lage des Landes, die Währungsstabilität zu verteidigen. Dieser Standpunkt hing mit der Bedeutung, die sie ausländischen Kapitalien für die wirtschaftliche Entwicklung Polens zuerkannten, zusammen. An dieser Stelle berühren wir die wichtige Frage der Kapitalisierung. Da die innere Kapitalisierung gehemmt war und das Big business damals a priori eindeutig inflationäre Lösungen ablehnte, blieben ausländische Kapitalien theoretisch die einzige wesentliche Finanzquelle; ihr Zustrom in entsprechender Höhe würde eine Stabilisierung und sodann eine Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung ermöglichen. Doch schon nach einigen Jahren wußte man, daß der so erwünschte Zustrom von Kapital nach Polen aus verschiedenen, hauptsächlich politischen Gründen nicht real war. Das Leben deckte also sowohl die Kurzlebigkeit wie auch zugleich den nur scheinbaren Rationalismus des genannten Standpunktes auf, der im Effekt doch augenfällig die Ausmaße der vom Kapital sowohl in den Krisenjahren wie auch während der Ankurbelung der Konjunktur vorgeschlagenen Aktivierung begrenzte.

Die Meinung, die die einheimische Bourgeoisie von der Autarkie hatte, reduzierte sich auf die These, daß ein Einschwenken in die Bahnen der Selbstversorgung die ökonomische Entwicklung Polens allgemein hemmen könnte. Parallel dazu forderte der Leviathan jedoch eine Politik des industriellen Protektionismus, was er mit dem höheren wirtschaftlichen Interesse des Landes begründete. Dieser Standpunkt entzündete besonders in den Krisenjahren Widersprüche zwischen den verschiedenen Sektoren und Zweigen der Wirtschaft, vor allem zwischen Landwirtschaft und Industrie. [31]

(Bulletin der Gesellschaft für Wirtschaftspolitik), Nr. 4/1933. - Interessanterweise stimmten sie in manchen Punkten der Preispolitik mit den Etatisten überein. Vgl. z. B. Renta kartelowa (Die Kartellrente), in: ebenda; Rząd przeciwko gospodarce organicznej (Die Regierung gegen eine organische Wirtschaft), in: Polityka Gospodarcza, Nr. 5 - 6/1935.

31 Die Agrarkreise ließen sich in diesem Streit übrigens von gleichermaßen ego-

Diese mehr oder weniger stabilen Prämissen[32] - offenbar zugleich ein wesentlicher integraler Bestandteil der ökonomischen Weltanschauung der Wortführer des großindustriellen Kapitals - waren entscheidend dafür, daß die vorgeschlagenen Lösungen überwiegend vorsichtig, in manchen Aspekten sogar konservativ waren. Nichtsdestoweniger gestattete ihnen die Art und Weise, wie sie diese Grundsätze interpretierten, während der Krise auch aktivere Maßnahmen vorzuschlagen, als die Regierung sie realisierte.

Solche Vorschläge enthielt die im November 1932 von der Organisation der Großindustrie vorgetragene Programmkonzeption zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten.[33] Dieses Programm beruhte auf drei Grundprämissen: Erstens müsse die Wirtschaftspolitik prokapitalistisch sein; zweitens müsse die postulierte Aktivierung von der These ausgehen, daß eine Entlastung des Wirtschaftslebens unerläßlich sei; drittens dürften die zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen nicht zum Zusammenbruch der Złotystabilität führen.

In erster Linie sah das Programm also vor, die Zahlungsverbindlichkeiten aller Schuldnergruppen gegenüber dem Staat zu vermindern.[34] Großes Gewicht legte es auf eine geeignete Preispolitik, die auf die Anhebung der Agrarpreise und die Senkung der Kosten der Industrieproduktion (und erst in deren Gefolge auf die Preisreduktion) abzielen sollte; die Preispolitik sollte die durch wirtschaftliche Voraussetzungen begründeten Spannen zwischen Kartellpreisen und anderen Industriepreisen berücksichtigen. Das Programm enthielt auch eine Reihe zusätzlicher Postulate, die eine Senkung der Kosten der Produktion bezweckten. Einen wichtigen Platz erkannte es der Vergrößerung des Exports zu, besonders im Zusammenhang mit dem Kampf für eine aktive Handelsbilanz. In Übereinstimmung mit den dargelegten Ausgangspunkten empfahl das Programm, das Problem der privaten Schulden zu lösen. Die landwirtschaftliche Verschuldung wollte es nicht mit Hilfe genereller Konversionsmaßnahmen (wie sie die Regierung 1932 eingeleitet hatte),

istischen Interessen leiten. Vgl. Memoriał w sprawie wytycznych programu polityki gospodarczej (Denkschrift zu den Richtlinien des wirtschaftspolitischen Programms), in: Rolnik Ekonomista v. 1. 9. 1935.

32 Das waren die Rentabilität der Industrie, die Währungsstabilität, das Budgetgleichgewicht, der Ertrag für ausländische Kapitalien, der Antiautarkismus, der Industrieprotektionismus. Der Leviathan propagierte diese Grundsätze während der ganzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Wenn sie an dieser Stelle angeführt werden, dann deshalb, weil 1929 - 1935 ihre Anwendung zum Hauptproblem der Wirtschaftspolitik und daher zum Objekt manchmal ernster Kontroversen wurde.

33 Wierzbicki, Andrzej, Program gospodarczy Leviatana (Das Wirtschaftsprogramm des Leviathan), Warschau 1933. - Einen fragmentarischen Plan zur Krisenbekämpfung hatten die Wirtschaftssphären schon im Februar 1930 vorgelegt. Vgl. Archiwum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten) Warschau, Präsidium des Ministerrates, Ökonomisches Büro, Aktenheft 659, Industrie- und Handelskammer Warschau - Forderungen. - Parallel mit dem Zentralverband der Polnischen Industrie trug die Selbstverwaltung der Wirtschaft ihren Plan vor.

34 In Gestalt von Erleichterungen, die der Industrie ermöglichen sollten, Zahlungsverpflichtungen in Höhe von einer Milliarde Złoty nachzukommen, sowie mittels geringfügiger Steuerreformen. Vgl. Wierzbicki, Andrzej, Uzasadnienie programu gospodarczego (Begründung des Wirtschaftsprogramms), in: PG 1932, S. 827.

sondern durch ersatzweise anzuwendende Notbehelfe liquidieren. Dagegen widersprach es jeglicher Herabsetzung der Schulden in Industrie und Bergbau, wobei es auf die Verbindungen dieser Zweige zum Ausland verwies. Endlich forderte es, gegenüber dem Wirtschaftsleben eine protektionistische Politik zu betreiben.[35] Die Haltung der regierenden Kreise zu diesem Programm war nicht eindeutig. Die "Gazeta Polska", halboffizielles Organ der Regierung, verhielt sich wohlwollend: Eine wesentliche Abweichung von der wirtschaftlichen Linie erblickte sie ausschließlich im Standpunkt des Zentralverbandes der Polnischen Industrie zu den Kartellpreisen. Der ehemalige Finanzminister Ignacy Matuszewski, ein hervorragender Publizist, ging in seinen Schlußfolgerungen noch weiter: Er identifizierte fast die Thesen des Leviathan mit der Regierungspolitik, wobei er sogar das Preisproblem nicht ausschloß.[36] Stefan Starzyński, damals stellvertretender Finanzminister, führender Ideologe der etatistischen Bürokratie, rezensierte dagegen das Programm zutreffend als einen Versuch, aus dem Korsett der "reinen" Deflation auszubrechen; er erblickte in ihm eine deutliche Kritik an die Adresse der Regierung und Gegenthesen zu ihrer Politik. Er betonte, der Zentralverband bediene sich der These von der Entwicklung der Industrie als einer Existenzbedingung des Landes hauptsächlich, um damit zu beweisen, daß eine Senkung der Industriepreise nicht möglich sei. Besonders scharf attackierte er den Vorschlag zur Lösung des Problems der Steuerrückstände, denn dessen Verwirklichung würde einen Abfall der Staatseinnahmen hervorrufen und das wirtschaftliche Gleichgewicht erschüttern,[37] was natürlich übertrieben war. Er warf dem Programm Beschränktheit, Mangel an Konsequenz und die Verteidigung partikularer Interessen der Großindustrie vor.[38]

Entgegen den Suggestionen extremer Kritiker war das Programm des Leviathan jedoch unter dem Gesichtswinkel seiner Ausgangskriterien ein ziemlich umfassendes, wenn auch eklektisches Ganzes. Es versuchte nämlich zwei entgegengesetzte Momente in Einklang zu bringen, die schüchterne aktivistische Tendenz und das Bedürfnis, die Erfordernisse der Deflationspolitik zu berücksichtigen. Die Postulate, die Steuerschraube zu lockern, die Höhe der Sozialleistungen, der Eisenbahntarife und der Monopolpreise zu revidieren, zielten zum Beispiel darauf ab, die Wirtschaft zu aktivieren, und das Projekt zur Liquidierung der Steuerrückstände trug bereits Merkmale einer Ankurbelung der Konjunktur auf der Ba-

35 Gefordert wurden eine Senkung der Eisenbahntarife, eine Revision der Sozialabgaben, angeregt wurde eine Verringerung der Löhne und der Beschäftigung. Vgl. derselbe, Program gospodarczy Leviatana, a. a. O., S. 90.

36 Dotkliwa luka (Eine fühlbare Lücke), in: Gazeta Polska v. 19. 11. 1932; Matuszewski, Ignacy, Fatalizm czy umiejętność (Fatalismus oder Geschicklichkeit), in: ebenda, 20. 11. 1932.

37 Starzyński, Stefan, Braki programu CZPP (Mängel des Programms des Zentralverbandes der Polnischen Industrie), in: Polska Gospodarcza 1932, S. 1374; derselbe, Program gospodarczy czy program zniżenia podatków (Ein Wirtschaftsprogramm oder ein Programm der Steuersenkung), in: ebenda, S. 1473; Likwidacja zaległości - konkluzje (Die Liquidierung der Verbindlichkeiten - Schlußfolgerungen), in: Wierzbicki, Andrzej, Program gospodarczy Leviatana, a. a. O., S. 83.

38 Starzyński, Stefan, Program gospodarczy czy program zniżenia podatków, a. a. O., S. 1382. Ähnlich z. B. der ehemalige Finanzminister Czechowicz, Gabriel, Nowe drogi gospodarcze (Neue wirtschaftliche Wege), Warschau 1933, S. 45.

sis von Steuergutscheinen; die Idee für diese Konzeption ließ wahrscheinlich der Papen-Plan aufkommen. Eine so vorsichtige Ankurbelung der Konjunktur hätte ganz gewiss den Złotykurs nicht bedroht. Deshalb waren die übrigens seltenen Suggestionen verfehlt, mit diesem Projekt werde eine - im engen, geldlichen Sinne - inflationäre Ankurbelung der Konjunktur versucht. Eine andere Richtung schlugen die Vorschläge zur Lösung des Verschuldungsproblems in der Landwirtschaft und in der Industrie ein. Während die Haltung zu den Schulden in der Industrie sich noch mit eng verstandenen gesamtwirtschaftlichen Gründen (unter anderem der - übermäßigen - Sorge um den ausländischen Gläubiger) erklären ließ, war die Einstellung zur landwirtschaftlichen Verschuldung nur durch vordergründige Gruppeninteressen diktiert. Bestandteile mit eindeutig deflationärer Tendenz waren dagegen insbesondere die Forderungen nach Lohnsenkung und vorübergehender Verminderung der Beschäftigung. Insgesamt schlug die Konzeption des Leviathan einen Ausweg aus der Krise ausschließlich auf Kosten der Massen vor. Das Programm war nicht mehr eindeutig deflationistisch (obwohl es in der Historiographie so bezeichnet wurde), aber es war auch noch keine Konzeption zur Ankurbelung der Konjunktur. Trotz seiner Schwächen bildete es jedoch eine quasi-aktivistische Alternative zum Regierungsprogramm, ohne dabei das Grundprinzip der Wirtschaftspolitik, nämlich die Stabilisierung des Złoty, zu streichen. Und deshalb war es für die Regierung annehmbar.

3. 3. Zu den Grundkomponenten des Anpassungsprozesses Elemente einer aktiven Haltung

Ein wichtiges Merkmal der Haltung des Big business während der Krise war, wie gesagt, die Forderung nach schneller und integraler Realisierung der sogenannten Anpassungsprozesse. Während nämlich die staatliche Intervention bereits die Industriepreise erfaßte (obwohl sich ihr Niveau nach Meinung des Zentralverbandes der Polnischen Industrie lieber selbsttätig herausbilden sollte), erheischte die Logik der Anpassungsprozesse auch, das Budget überlegt zu beschneiden, die Preise für Waren des Staatsmonopols und alle Bestandteile der Selbstkosten der Produktion zu senken sowie wenigstens gegen den Preisverfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse reale Schritte zu unternehmen. Andernfalls würden nach Auffassung der Verteidiger der großkapitalistischen Interessen Preissenkungen bloß für Industrieprodukte nur minimale Resultate erzielen. Den Staatshaushalt zu reduzieren war in der Praxis jedoch eine mehr formale als faktische Forderung. Auch die großkapitalistischen Kreise waren sich dessen bewußt, daß immer tiefergehende Budgetreduktionen die Wiederherstellung der Konjunktur hemmen würden. Daher stimmten sie der Ausgleichung der Defizite mit Hilfe von Schatzreserven und Kreditoperationen zu, wobei sie jedoch gegenüber der Möglichkeit, sie auf dem Wege offener Inflation zu decken, unverändert Zurückhaltung übten. Das Organ des Leviathan sprach sich also nur dafür aus, Budgetbeschneidungen maximal rationell vorzunehmen, das heißt so, daß dadurch die staatlichen Relationen zwischen öffentlicher Wirtschaft und Staatshaushalt nicht beschränkt würden. [39]

Eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung der Anpassung sollte die Revision des Systems der Sozialleistungen sein, die die großkapitalistischen Sphären

39 Zum Beispiel Wierzbicki, Andrzej, Mgławice i gwiazdy, a. a. O., S. 768; R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1931, S. 876.

schon seit Ende 1931 gefordert hatten.[40] Unter ihrem Druck und weil Sparsamkeit erforderlich war, baute die Regierung dieses System um, und ein neues Gesetz brachte der Industrie meßbare Vorteile. Ein heikler Punkt der Anpassungsprozesse waren die Löhne, hauptsächlich die der Arbeiter. Wohl verstehend, daß ein Frontalangriff auf die Löhne ein taktischer Fehler wäre, stimmte die Großbourgeoisie anfangs eigentlich der Ansicht zu, daß man sie im Prinzip nicht senken sollte.[41] Im Zuge der Anpassungskampagne machte die Haltung des Leviathan eine eindeutige Evolution durch, und schon zwei Jahre später, im Januar 1933, forderte ein Interessenvertreter der Kartelle im Sejm - entgegen dem Standpunkt der Regierung - offen Lohnsenkungen in allen Produktionszweigen.[42]

Die Länge der Arbeitszeit, immer ein Element des Kampfes zwischen Arbeitern und Unternehmern, gewann noch größeres Gewicht im Zusammenhang mit der Hoffnung, durch Kürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können.[43] Die Unternehmer entgegneten mit dem Argument, eine Kürzung der Arbeitszeit riefe ein Anwachsen der Kosten der Produktion und infolgedessen zunehmende Arbeitslosigkeit hervor; ginge jedoch mit der Kürzung der Arbeitszeit eine ihrer Meinung nach dann unvermeidliche Verdienstminderung einher, so würde kein realer Zuwachs der Konsumtionsfähigkeit erreicht werden.[44] Auch auf diesem Gebiete wollten die Unternehmer die Last des Kampfes gegen die Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abwälzen. Die Entscheidung (Gesetz im Jahre 1933) fiel zugunsten der Bourgeoisie (unter anderem wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit ermöglicht).

Der Leviathan propagierte auch Steuersenkungen als Weg zur Minderung der Produktionskosten. Doch nach 1931 wurde das früher lancierte Postulat eines völligen Umbaus des Steuersystems im Grunde genommen zurückgezogen. Der Zentralverband der Polnischen Industrie war sich bewußt, daß diese Forderung in einer Zeit aufgetürmter Finanzschwierigkeiten des Staates irreal war. Ständiges Ziel von Angriffen des Kapitals waren die Ausmaße und die Kosten der öffentlichen

40 Jastrzębowski, Mieczysław, Reforma ubezpieczeń społecznych (Die Reform der Sozialversicherungen), in: PG 1931, S. 289; Ubezpieczenia społeczne w Polsce w ostatnim dziesięcioleciu (Die Sozialversicherungen in Polen im letzten Jahrzehnt), in: ebenda 1935, S. 574.

41 Dabei wurde von solchen Situationen abgesehen, in denen z. B. zwischen einer Lohnsenkung und einer Verringerung der Belegschaften gewählt werden mußte. Vgl. Rozmowa z H. Strasburgerem (Ein Gespräch mit H. Strasburger), in: Wrzos, Konrad, Oko w oko z kryzysem (Auge in Auge mit der Krise), Warschau 1933, S. 268.

42 Minkowski, Paweł, Podstawowe zagadnienia gospodarcze (Grundfragen der Wirtschaft), in: PG 1933, S. 115. Vgl. auch z. B. Landsberg, Emil, Uwagi w sprawie kryzysu gospodarczego w Polsce (Bemerkungen zur Wirtschaftskrise in Polen), Warschau 1932, S. 31.

43 Vgl. den Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Butler, Harold, Zagadnienie społeczne a kryzys gospodarczy (Die soziale Frage und die Wirtschaftskrise), Warschau 1935, S. 45, 54; Zaremba, Zygmunt, Bezdroża kapitalizmu i drogowskazy przyszłości (Abwege des Kapitalismus und Wegweiser der Zukunft), Warschau 1933, S. 105; die Publizistik der Klassengewerkschaften.

44 Zum Beispiel Międzynarodowa przygotowawcza konferencja pracy (Die Internationale vorbereitende Arbeitskonferenz), in: PG 1933, S. 158. - Es gab sogar Wortführer einer Verlängerung der Arbeitszeit. Vgl. Landsberg, Emil, a. a. O., S. 47.

Wirtschaft (besonders der staatlichen Betriebe), die angeblich den privaten Sektor übermäßig belastete und ihm teilweise Konkurrenz machte. Trotz mancher Maßnahmen des Staates brachten die genannten Forderungen nur mäßige Resultate. Aus der Theorie auf den Boden der harten polnischen Wirklichkeit der Krisenzeit übertragen, ließen sich diese und andere Postulate des Großkapitals schwerlich befriedigen, ohne daß die sowieso geschwächte Volkswirtschaft ihrer Existenzfähigkeit beraubt worden wäre.

Unbestritten zentraler und wichtigster Punkt der Anpassung und daher Schlüsselelement des "laufenden" Programms des Leviathan war die Preissenkung. Als die Regierung auf die Industrie- und besonders die Kartellpreise Druck auszuüben begann (wofür sich die Agrar- und Handelskreise und auch die öffentliche Meinung aussprachen), entfalteten die Wortführer des Leviathan ihre Argumentation gegen diese Politik. Für falsch hielten sie vor allem die These, das Sinken der Weltmarktpreise sei strukturellen Charakters und von Dauer. Demgemäß behaupteten sie, richtiger, als die Industriepreise zu senken, wäre es, wenn man sich bemühte, das Sinken der Agrar- und Rohstoffpreise aufzuhalten; die Herstellung des richtigen Preisniveaus für Industriewaren sollte aber der Selbstregulierung überlassen bleiben, wozu eben verminderte Kosten der Produktion den Impuls geben würden. Ohne solche Reduktion werde der so verstandene Preisfall für Industriewaren minimal und sein Nutzen für die Bremsung des Konsumtionsrückgangs nur symbolisch sein. Zu Recht argumentierten sie, daß eine Senkung der Industriepreise - in welcher Weise auch immer - nicht in gleicher Proportion wie der Preisfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse erfolgen könne. Gegen staatlichen Druck auf die Preise sollte unter anderem der Umstand sprechen, daß die Kunden in Erwartung einer Preisstabilisierung auf möglichst niedrigem Niveau vor Käufen zurückscheuten (was die statistischen Angaben tatsächlich bestätigten). Die großindustriellen Kreise legten auch dar, daß zwangsweise Senkungen der Kartellpreise nicht so vorteilhaft wären, um etwa in entscheidendem Maße zur Überwindung der Krise beitragen zu können. Nach einer Verminderung des Drucks auf diese Preise verlange auch das Streben nach Beibehaltung des Aktivsaldos der Handelsbilanz, worauf hauptsächlich die kartellierten Zweige hinarbeiteten.[45] Für einen wichtigen Trumpf in den Verhandlungen mit der Regierung hielt es der Zentralverband der Polnischen Industrie, daß die vom Staat abhängigen Preise, die die gesamte Wirtschaftslage spürbar beeinflußten, verhältnismäßig wenig für Senkungen geeignet waren. Um das Kartellpreisniveau zu verteidigen, wurde auch die Richtigkeit der zum Vergleich verwendeten Indexzahlen angezweifelt. Wierzbicki und Rose wiesen nach, daß das Preisproblem in ganz anderem Licht erscheinen würde, wenn man nicht den für die Landwirtschaft außergewöhnlich günstigen Preisindex von 1928 zur Grundlage nähme (wie das in der Statistik geschah), sondern von anderen Jahren ausginge.[46]

45 Okolski, Stanisław, Przemysł i rolnictwo (Industrie und Landwirtschaft), Warschau 1932, S. 12; Natanson, Edward, O zagadnieniu kartelowym (Über die Kartellfrage), Warschau 1932, S. 10; Artikel im PG.

46 Wierzbicki, Andrzej, Zagadnienie cen i jego konsekwencje (Das Preisproblem und seine Konsequenzen), in: PG 1931, S. 191; R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: ebenda 1932, S. 176. - Den Index von 1928 als Vergleichsgrundlage wertete auch der bekannte Ökonom und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung ab: Lipiński, Edward, Nożyce cen (Die Preisschere), in: Koniunktura Gospodarcza. Miesięczne Tablice Statystyczne (Die Wirtschaftskonjunktur. Monatliche statistische Tabellen), Nr. 12/1936.

Kommentieren wir noch kurz die Hoffnungen, die die Wortführer des Zentralverbandes der Polnischen Industrie an die Realisierung des Anpassungsprozesses auf dem Gebiet der Arbeiterrechte knüpften. Entgegen ihrer auf die Autorität hervorragender liberaler Ökonomen (zum Beispiel J. Rueff und G. Cassel) gestützten Meinung hätten die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen nicht zu einer schnellen Belebung der Nachfrage geführt; zwar hätten sie unmittelbar den Unternehmern höhere Profite gebracht, aber parallel eine sinkende Kaufkraft der breiten Arbeitermassen bewirkt. Ob solche Schritte - falls die Unternehmer diese Profite in der Produktion anlegten, was gar nicht sicher war! - positive Resultate, zumal auf kurze Sicht, ergeben hätten, ist gewiß sehr zweifelhaft.

Neben den genannten Aktionen zugunsten seines laufenden Programms forderte das große Industriekapital eine Dynamisierung der Wirtschaftsprozesse und im Zusammenhang damit Veränderungen in der Regierungspolitik. Seine antideflationistische Haltung offenbarte das Presseorgan des Leviathan zum Beispiel, als es gegen einen Vorschlag polemisierte, der eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens zum Ziel hatte; es hielt ihn für eine ungeeignete Methode zur effektiven Krisenbekämpfung. Es komme nämlich nicht so sehr auf Veränderung in der Verteilungsstruktur des Nationaleinkommens, sondern auf seine Erhöhung an,[47] was ausschließlich eine erweiterte Investitionspolitik ermöglichen sollte.

Gerade im Herangehen an das Investitionsproblem wurde vielleicht am deutlichsten die Haltung der Wortführer des Kapitals sichtbar. Schon in der Eingangsphase der Krise meinten sie, die Depression würde drastisch vertieft werden, wenn die Verringerung der staatlichen Investitionen zu einer Dauererscheinung werde. Daher ließen sie (in ganz außergewöhnlichen Fällen) die Möglichkeit zu, Investitionen mittels Kredit zu finanzieren. Als sich die Krise verschärfte und der Leviathan erkannte, daß die von ihm anfangs vorgeschlagenen Verteidigungsmaßnahmen den Bedürfnissen nicht angemessen waren, stellte er sich entschieden auf den Boden der richtigen These, daß in Polen im Zuge der Krisis die industriellen und die landwirtschaftlichen Prozesse autonom geworden seien. Daher bestünde der Impuls für die Überwindung der Krise in wachsender Konsumtion der Städte und erhöhter Investitionstätigkeit.[48] Praktisch begannen die Wortführer des Leviathan eine Vergrößerung der Investitionen, darunter der staatlichen, zu fordern, was ein Bemühen um eine Art "Ankurbelung" der Konjunktur war. Die Großindustrie billigte aber weiterhin keine offene Inflation. Sie empfahl, nur bei parallelem Anwachsen der wirklichen Bedürfnisse des Wirtschaftslebens Krediterleichterungen einzuführen und die Emissionen der Bank Polski zu vergrößern, was seinerseits kaum ein aktives Vorgehen darstellte, denn in der damaligen Situation war eine weitergehende Liberalisierung des Kredits, als sie das Kapital empfahl, möglich.

Ein wichtiger Impuls für die Belebung der Konjunktur war nach Meinung des Zentralverbandes der Polnischen Industrie der industrielle Export. Für Polen, das eine Politik der stabilen Währung und des freien Devisenverkehrs betrieb, blieb der Export auch praktisch die einzige Devisenquelle, obwohl er zunehmend defi-

47 Zum Beispiel R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1935, S. 2.
48 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: ebenda 1933, S. 883. - Für diese auf die Grundlagen der betriebenen Politik zielende Ansicht wurde Rose im Regierungsorgan Gazeta Polska, 19. 2. 1934, als Wortführer der Ankurbelung der Konjunktur gerügt.

zitär war (was immer stärker durch den inneren Markt kompensiert wurde[49]). Nach Meinung des Zentralverbandes mußte die eroberte Stellung auf den Auslandsmärkten mit allen Kräften gehalten werden, denn diese Märkte, die während der Krise zwar kein Äquivalent für den inneren Markt darstellten, waren nichtsdestoweniger bis zu einem gewissen Grade sein Substitut und halfen, die Produktion in Gang zu halten und die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu hemmen.[50]

3. 4. Schlußfolgerungen

Das große Industriekapital stand der Generallinie der Wirtschaftspolitik in der Krisenzeit unwillig und mit der Zeit ablehnend gegenüber. Diese Mißbilligung betraf im wesentlichen nicht die in der Wirtschaftspolitik herrschenden Prinzipien, sondern ihre defensive Durchführung. Nach Meinung des Big business hätte nämlich eine aktivere, auf die Dynamisierung der Wirtschaft gerichtete Politik betrieben werden können. Die vom Großkapital vorgeschlagene Konzeption zur Krisenbekämpfung bestand gewissermaßen aus zwei Teilen, dem laufenden, zur sofortigen Anwendung bestimmten Verteidigungsprogramm (dem "Minimum"), das sich ziemlich logisch mit dem Regierungsprogramm der Anpassung verband und es ergänzte, und zum zweiten aus aktiven Elementen (enthalten zum Beispiel in dem "Programm des Zentralverbandes der Polnischen Industrie"). Diese Konzeption war, im ganzen genommen, von ernsten Antinomien gekennzeichnet, die ihre Propagandisten gewiß wahrnahmen. Sie beinhaltete nämlich zugleich Deflations-, Antideflations- und in dieser Beziehung neutrale Postulate. Darüber hinaus steckte in ihr noch ein wesentlicher Widerspruch: Der Leviathan forderte nämlich gleichzeitig die Einschränkung des Etatismus und die Vergrößerung der staatlichen Intervention, die objektiv gerade die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitals förderte. Mit der verbindlichen Wirtschaftspolitik waren jedoch diese Widersprüche nicht zu beseitigen. Es sei daran erinnert, daß auch der Leviathan die Meinung vertrat, in der bestehenden Situation müsse das laufende Programm in seiner Gesamtheit beibehalten werden - ein Programm, das doch ausschließlich vom Klasseninteresse diktiert war und darauf abzielte, den übrigen Schichten der Gesellschaft, besonders den Arbeitern, die Kosten der Krise aufzubürden. Entgegen populären Meinungen scheint die Deflationspolitik aber auch für die großindustriellen Sphären nicht allzu vorteilhaft gewesen zu sein, selbst wenn diese im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen relativ am wenigsten verloren haben dürften. Die Wirtschaftspolitik der Regierung stellte somit auch das Big business nicht zufrieden, das die Regierung auf einen aktiveren Kurs zu drängen suchte.

Der in der Forschung gezogenen Schlußfolgerung, daß die Deflation in Polen ein Fehler war, muß hinzugefügt werden, daß sie überdies vom Gesichtspunkt der Machtausübung verfehlt war, denn objektiv verengte sie in hohem Grade die soziale Basis, auf die die Macht sich stützen konnte, und rief gleichzeitig Unzufriedenheit sowohl großer Teile der Arbeiterklasse und der Bauernschaft wie auch des Großkapitals hervor.

49 Die Zuschüsse zum Export betrugen 500 Mill. Złoty jährlich. Gegen das Dumping waren sowohl Etatisten wie Liberale wie auch den Sozialisten nahestehende Ökonomen.

50 Zum Beispiel Battaglia, Roger, Bilans handlowy a bilans płatniczy (Handelsbilanz und Zahlungsbilanz), in: PG 1932, S. 436. - Nach Berechnungen des Zentralverbandes der Polnischen Industrie gab die Exportproduktion zusätzlich 100 000 Personen Beschäftigung. Vgl. Natanson, Edward, a. a. O.

4. Das großindustrielle Kapital und die Wirtschaftspolitik 1936 bis 1939

4.1. Zu den Prinzipien der Politik der Ankurbelung der Konjunktur

Zum erstrangigen Problem wurde an der Jahreswende 1935/36 die Frage, welche Richtung die Regierung in der künftigen Wirtschaftspolitik einschlagen sollte. Das Großkapital bekräftigte in den ersten Monaten des Jahres 1936 mehrmals den früher erarbeiteten Standpunkt. Als sich zeigte, daß die Regierung auf ihrer Deflationslinie verharrte, trat der Zentralrat, das statutenmäßig höchste Exekutivorgan des Verbandes, klar und unverhüllt gegen diesen Kurs auf. Er sprach sich dafür aus, Schritte zu unternehmen, die zu einer schnellen Belebung der Industrieproduktion und zur Wiederherstellung ihrer Rentabilität führten, das heißt unter anderem für die Ausschreibung einer inneren Anleihe und für die Erweiterung der staatlichen Investitionstätigkeit (also umgekehrt als die Regierung, die die Absicht hatte, diese Aktivitäten einzustellen).[51] Ende Februar/Anfang März erklärte sich auch eine unter der Ägide der Regierung einberufene Wirtschaftsberatung von Vertretern des ganzen privaten Geschäftslebens, wenn auch vorsichtig, für einen Abbruch der bisherigen Politik. Auf der Beratung griff der Leviathan mit größter Schärfe die Deflationskonzeption an.[52] Mitte 1936 wurden die unlängst noch so starken Deflationisten in die Defensive gedrängt, nicht zuletzt weil die Regierung das Steuer der Wirtschaftspolitik scharf herumgerissen hatte. In den Attacken auf die Verteidiger der Deflation taten sich die Etatisten hervor,[53] und verteidigt wurde sie von der vereinsamten doktrinären "Polityka Gospodarcza", die die Warnung aussprach, daß die vom Großkapital unterstützte Ankurbelung der Konjunktur ausschließlich "Leeres-Stroh-Dreschen" sei.[54]

Die Wortführer der großkapitalistischen Kreise dagegen warfen damals der Regierung vor, daß das Einschwenken in die Bahnen der neuen Politik zu langsam erfolge. Als Ursache dieser Verzögerung betrachteten sie die Auflösung des regierenden Lagers, die zur Folge hatte, daß auch ein klar präzisiertes wirtschaftspolitisches Programm fehlte. Einen im Geiste ähnlichen, zu diesem Zeitpunkt nicht mehr völlig der Wahrheit entsprechenden Vorwurf erhob ein Jahr später die Delegiertenversammlung, das höchste Leitungsorgan des Leviathan.[55] Die unklare

51 Z Rady CZPP (Aus dem Rat des Zentralverbandes der Polnischen Industrie), in: PG 1936, S. 79 f. - Im Sejm ähnlich am 19. 2. 1936 Wierzbicki, Andrzej, Nie równać w dół, a dążyć wzwyż (Nicht nach unten angleichen, sondern nach oben streben), in: ebenda, S. 128. Auch Klarner, Czesław, Poglądy samorządu przemysłowo-handlowego (Ansichten der Selbstverwaltung von Industrie und Handel), in: Gazeta Polska, 31. 1. 1936.

52 Narada Gospodarcza. Komisja IV Zagadnień Inicjatywy Prywatnej, Rentowności i Inwestycji Publicznych (Wirtschaftsberatung. Kommission IV für Privatinitiative, Rentabilität und öffentliche Investitionen), in: Polska Gospodarcza 1936, S. 262; Wierzbicki, Andrzej, Od nas zależy nowa era (Von uns hängt die neue Ära ab), in: PG 1936, S. 168.

53 Zum Beispiel Świaniewicz, Stanisław, Doktryna klasyczna a polska rzeczywistość (Die klassische Doktrin und die polnische Wirklichkeit), in: Gospodarka Narodowa, Nr. 8/1936.

54 Nakręcanie koniunktury w Polsce (Die Ankurbelung der Konjunktur in Polen), in: Polityka Gospodarcza, Nr. 12/1936.

55 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1936, S. 321 f.; Rezolucja

Entwicklungsrichtung der Regierungspolitik wurde nahezu gleichzeitig auch von verschiedenen anderen Positionen aus angegriffen. Von der etatistischen Plattform aus bezeichnete man sie als eine Politik, die sich durch "kurzen Atem", "Rätselhaftigkeit der Motive" und "Widersprüchlichkeit der Ziele" auszeichne. Von liberalen Positionen wurde apodiktisch erklärt: "Die polnische Wirtschaftspolitik ist eine Politik geistiger Primitivität."[56]

Hauptpunkt der Kontroversen an der Schwelle der neuen Wirtschaftspolitik war die Frage, welche Methoden der Ankurbelung der Konjunktur die optimalen seien. Von den von radikalen etatistischen Kreisen lancierten Vorschlägen, sie solle aufständig erweiterter, großenteils mittels Inflation finanzierter staatlicher Investitionstätigkeit beruhen, wich der Standpunkt der Repräsentanten des Großkapitals ab. Zwar empfahlen auch sie öffentliche Investitionen als ein Hauptinstrument zur Ankurbelung der Konjunktur - wobei sie sich auf erfolggekrönte ausländische Muster beriefen -, doch nahmen sie im voraus an, daß diese Investitionen mit der Besserung der Lage anteilig zurückgehen und der privaten Investitionsaktivität Platz machen würden. Was die Etatisten als den Kern des Problems ansahen, die inflationäre Ankurbelung der Konjunktur, zogen sie also damals überhaupt nicht in Erwägung. Erstere wünschten, daß mit dieser konjunkturellen Aktion ein auf den öffentlichen Sektor gestützter Umbau des Landes beginne. Die anderen sahen darin lediglich ein Mittel zur wirtschaftlichen Besserung, wodurch die Rückkehr zum früheren Verhältnis zwischen Staat und Privatsektor in der Ökonomik möglich werde. Andererseits kam der Standpunkt des Zentralverbandes der Polnischen Industrie den Auffassungen der Deflationisten zugute, die überhaupt die Notwendigkeit einer Vergrößerung der staatlichen Investitionen verneinten.

Für den wirklich wesentlichen Faktor des konjunkturellen Wachstums hielt der Zentralverband der Polnischen Industrie eine Politik der Forcierung des Industrieexports, dessen potentielle Bedeutung während der Belebung tatsächlich noch größer als während der Krise ist. In diesem Zusammenhang forderte der Leviathan Maßnahmen zur Exporterleichterung, wenn es auch weiterhin in gewissem Umfang nötig sein werde, Dumping zu betreiben.

Ein wichtiger Streitpunkt der permanenten Diskussion über Methoden zur Beschleunigung der Wirtschaftsbelebung war das Problem, wie Preise und Löhne auf die Entwicklung der Konjunktur einwirken. Die Anhänger der intensiven Ankurbelung der Konjunktur widersetzten sich dem Anwachsen der Preise und Löhne, weil sie darin einen Schlag gegen die Währung und den Export sowie eine im Hinblick auf die Bedarfsstruktur nicht sehr wünschenswerte Verlagerung der Produktion zu Konsumgütern hin - infolge des Lohnwachstums - erblickten. Oder sie wollten nur einen geringen Preisanstieg zulassen, aber unter Ausschluß eines Lohnwachstums.[57] Die Regierung bezog einen Vermittlungsstandpunkt: "Eine

Zgromadzenia Delegatów CZPP w sprawie polityki gospodarczej (Resolution der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Polnischen Industrie zur Wirtschaftspolitik), in: ebenda 1937, S. 433.

56 Falk, Andrzej, Trzeba wybierać (Man muß wählen), in: Gospodarka Narodowa, Nr. 7-8/1937; Kompleks benzyny (Der Benzinkomplex), in: Polityka Gospodarcza, Nr. 52/1937.

57 Zum Beispiel Witwicki, Bohdan, Przeciw zwyżne cen (Gegen die Erhöhung der Preise), in: Gazeta Polska, 10. 3. 1937; Szempliński, Zygmunt, Ataki na koniunkturę (Attacken auf die Konjunktur), in: Gospodarka Narodowa, Nr. 17-18/1937.

langsame Preisentwicklung und eine langsame Verdienstentwicklung werden der Gesellschaft mehr Nutzen bringen als eine zwar stabile, aber kurze Konjunkturwelle, die in eine neue gewaltige Krisis mündet."[58] Dagegen verteidigten die Wortführer des Kapitals die Ansicht, die Entwicklung der Konjunktur hänge in der ersten Phase unmittelbar entscheidend von einem - die Rentabilität ermöglichenden - Wachstum der Preise, hauptsächlich der Großhandelspreise ab.[59] Für besonders falsch hielten sie es also, während des Konjunkturanstiegs eine Regierungsaktion zur Preissenkung für industrielle Rohstoffe und Erzeugnisse durchzuführen.[60]

Das Problem der Arbeiterlöhne verlor für den Leviathan in den Jahren wirtschaftlicher Besserung an Schärfe. Das Organ des Zentralverbandes der Polnischen Industrie hörte auf, Lohnsenkungen zu fordern (außer zu Zeiten, in denen die Regierung die Preise reduzierte), aber es stimmte auch nicht ihrer Aufwärtsbewegung zu. Im Maße des Möglichen ein stabiles Kostenniveau der Produktion aufrechtzuerhalten war seiner Meinung nach für die Zukunft der Konjunktur wichtiger, als die Kaufkraft der Arbeiterklasse zu vergrößern. Diese letztgenannte, in Polen von den Sozialisten unterstützte Methode zur Stimulierung des konjunkturellen Wachstums hielt der Leviathan übrigens für falsch, weil sie eher andere als die beabsichtigten Folgen zeitigen werde, auch im Hinblick auf ihren voraussichtlich stark inflationären Charakter. Als negatives Beispiel für die Realisierung dieses Weges betrachtete der Leviathan die Volksfrontpolitik in Frankreich. Auch Versuche, die Steuersätze und die Zahlungen der Unternehmer an den Sozialversicherungsfonds anzuheben, wertete er als Gefährdung der Konjunktur.[61] Seinerseits lancierte der Leviathan (wenn auch in gemäßigter Form) gerade die umgekehrte Lösung, da er in der Senkung der Gebühren für Sozialleistungen und in der Reduktion der Steuersätze Maßnahmen sah, die die Konjunkturbesserung begünstigten. Diese Vorschläge wiederum wurden entschieden bekämpft von den etatistischen Kreisen, die zumal in einer Revision der Steuern eine Gefahr für die Verwirklichung der Investitionspläne erblickten.

58 Przemówienie wicepremiera i ministra skarbu inz. E. Kwiatkowskiego (Rede des Vizepremierministers und Finanzministers Ing. E. Kwiatkowski im Sejm am 4. 2. 1937), in: Polska Gospodarcza 1937, S. 179.

59 Diese These sollte in der Konjunkturentwicklung in den höchstentwickelten Ländern ihre Begründung finden. Vgl. Sławiński, Tadeusz, Ceny a koniunktura (Preise und Konjunktur), in: PG 1936, S. 646; Problem najważniejszy (Das wichtigste Problem), in: Depesza, 23. 3. 1937.

60 Der Zentralverband der Polnischen Industrie attackierte diese Aktion als der Regierungslosung vom "Preisoptimum" widersprechend. Interpelacja posła A. Wierzbickiego do ministra przemysłu i handlu (Interpellation des Abgeordneten A. Wierzbicki an den Minister für Industrie und Handel), in: PG 1937, S. 222 - 226. - Polemisch zu dieser Interpellation List otwarty do reprezentanta Lewiatana posła A. Wierzbickiego (Offener Brief an den Repräsentanten des Leviathan, Abgeordneten A. Wierzbicki), in: Gazeta Polska, 23. 3. 1937.

61 Zum Beispiel Rose, Edward, Gospodarstwo prywatne w okresie koniunktury (Die private Wirtschaft während der Konjunktur), in: Depesza, 22. 10. 1937.

4. 2. Zum Problem der inflationären Ankurbelung der Konjunktur

Ich erinnere daran, daß in Polen Finanz- und Währungsmanipulationen nur in engem Rahmen unternommen wurden. So schuf zum Beispiel im April 1936 die Einführung von Devisenbeschränkungen zwar Voraussetzungen für eine inflationäre Ankurbelung der Konjunktur, war aber natürlich keine Vorentscheidung für eine endgültige Wahl dieses Weges. Diesen Beschluß der Regierung nahmen die großkapitalistischen Kreise mit Zögern auf, allmählich akzeptierten sie ihn aber, um so mehr, als der Leviathan mit der Alternativlösung, der Złotyabwertung, nach wie vor nicht einverstanden war (übrigens ähnlich wie die Regierung).

Im April 1936 signalisierte der Zentralverband, und zwar nur unter dem Druck der Situation, daß man über die Anwendung inflationärer Lösungen diskutieren könne.[62] Entscheidend dafür war die Entwicklung der Ereignisse, die durch die Kämpfe der Arbeiterklasse in Kraków und Lwów hervorgerufen war und das Regierungslager zur wirtschaftlichen Aktivierung drängte. Angesichts der komplizierten Situation fühlten sich auch die großkapitalistischen Kreise gezwungen, mit diesem taktischen (nämlich in verschleierter und unverbindlicher Form gemachten) Angebot aufzutreten. Bis Mitte des Jahres 1938 standen sie inflationären Maßnahmen von zu großem Ausmaß entschieden ablehnend gegenüber. Später entwikkelte sich der Standpunkt der Wortführer des Leviathan merklich. Sie begannen zu verstehen und 1939 zu akzeptieren, daß eine entschiedenere Ankurbelung der Konjunktur unumgänglich (hauptsächlich infolge der Verschärfung der internationalen Lage) und vor allem mit Hilfe von Währungs- und Finanzmaßnahmen möglich war. Doch das Großkapital erklärte sich auch jetzt nicht ganz eindeutig für diese Methode.[63] Der Standpunkt des Zentralverbandes der Polnischen Industrie unterschied sich von den Konzeptionen, die seine ständigen Antagonisten, die Etatisten und die Liberalen, propagierten. Erstere forderten, wie gesagt, eine sehr radikale (weit von der Regierungspraxis abweichende) Ankurbelung der Konjunktur, denn sie sahen in der Inflation das goldene Mittel für die Vergrößerung der Rüstung, die Beschleunigung der Industrialisierung und die Nationalisierung des Kapitals.[64] Die doktrinären Liberalen aber verharrten praktisch weiterhin auf den traditionellen Positionen und lehnten allein schon die Idee einer Ankurbelung der Konjunktur ab, geschweige denn inflationäre Lösungen.[65]

Infolge der in der Weltwirtschaft auftretenden Rezessionstendenzen wurde der Streit um die Ankurbelung der Konjunktur in den Jahren 1937/38 um einen neuen Faktor bereichert. Zum Zentralpunkt der Polemiken wurde die Bestimmung der Hierarchie der Konjunkturimpulse (die zweipolig erörtert wurden - äußere und innere Stimuli) sowie die Herausschälung des Hauptfaktors, der eine Konjunkturentwicklung bewirken sollte.

62 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1936, S. 211.
63 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: ebenda 1939, S. 407 f. Doch in der Praxis trat der Zentralverband der Polnischen Industrie für eine Kreditinflation recht großen Umfangs ein.
64 Zum Beispiel Szempliński, Zygmunt, Finansowanie wojny i zbrojeń (Die Kriegs- und Rüstungsfinanzierung), in: Gospodarka Narodowa, Nr. 12/1937; derselbe, Demografia i koniunktura (Demographie und Konjunktur), in: ebenda, Nr. 13/1937.
65 Pierwszy kwartał (Das erste Vierteljahr), in: Polityka Gospodarcza, Nr. 53/1938.

Ich erinnere daran, daß Anfang der dreißiger Jahre sowohl die privaten Wirtschaftssphären wie auch die Regierungskreise überzeugt waren, daß das Land vor allem infolge des Wiederaufbaus des Systems der Weltwirtschaft, also hauptsächlich durch Impulse von außen, aus der Krise herauskommen könne. In den folgenden Jahren modifizierten die Wortführer des Großkapitals schneller als die Regierung ihren Standpunkt und postulierten eine wenn auch sehr vorsichtige Ankurbelung der Konjunktur. Im Jahre 1936 wiesen sie schon deutlich auf die Möglichkeit einer gewissen Emanzipation der inneren Wirtschaftsprozesse von exogenen Impulsen hin. Im Einklang mit dieser These widersprach der "Przegląd Gospodarczy" Mitte 1937 der Schlußfolgerung führender Ökonomen,[66] die Konjunktur in Polen werde sofort aufhören, wenn sie im Ausland zusammenbreche. E. Rose machte darauf aufmerksam, daß sich die Konjunktur schon 1936/37 teilweise unabhängig von der Weltkonjunktur entwickelt habe; die positive Einwirkung der Weltkonjunktur, obwohl zweifellos vorhanden, sei doch begrenzt gewesen (anders als 1927/29), hauptsächlich wegen der Hemmung des internationalen Kapitalverkehrs. Die weitere Konjunkturentwicklung werde nach wie vor vom Aktivitätsgrad der Wirtschaftspolitik abhängen. Nach den guten Ergebnissen des Jahres 1937 (obwohl als schwächer gegenüber anderen Ländern bewertet) stärkte das folgende Jahr die Wortführer des Leviathan in der Überzeugung, daß die inneren Stimuli für die polnische Konjunktur eine gewaltige Rolle spielen. Das Jahr 1938 zeigte, daß Polen, indem es eine eigene Konjunktur zustande brachte, sich von der konjunkturellen Rezession im Ausland losreißen konnte. 1939 meinte der Leviathan ebenfalls, daß innere Stimuli (besonders öffentliche Investitionen) größere Bedeutung als ausländische haben werden, trotz der erwarteten Konjunkturbesserung in der Welt.[67]

Im Lichte des oben Dargelegten ist es verständlich, daß in einer Situation, als die Industrie nach langen Jahren des Rückgangs unstrittige Fortschritte zu verzeichnen anfing, der Leviathan kategorisch die Möglichkeit ausschloß, von Instrumenten zur "Konjunkturdämpfung", zur Hemmung der Konjunktur-"Überhitzung" Gebrauch zu machen. Im Gegenteil, damit die Regierung an ihrem politischen Kurs festhielt, wurde im Organ des Leviathan erklärt, entgegen ungewissen Tendenzen in der Weltwirtschaft "müssen wir uns um die Sicherung unserer inneren Konjunktur bemühen".[68]

4. 3. Der Leviathan und die Investitionspläne der Regierung

Die Ende der dreißiger Jahre recht populäre Planungsproblematik erweckte bei den ideologisch mit den großkapitalistischen Kreisen verbundenen Ökonomen nur mäßiges Interesse. Den Terminus "Planung" verstanden sie spezifisch, als Bestimmung der generellen Entwicklungslinien der öffentlichen Wirtschaft, hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel der Schaffung maximal günstiger Entwicklungsbedingungen für den Privatsektor. Dieser Gesichtspunkt war der Grund dafür, daß

66 Der Professoren A. Heydel, A. Krzyżanowski und E. Lipiński, in: Depesza, 20. 5. 1937.

67 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1937, S. 415; Sławiński, Tadeusz, Uwagi (Bemerkungen), in: ebenda, S. 587; Pokrycie planu inwestycyjnego (Die Deckung des Investitionsplanes), in: ebenda 1939, S. 151.

68 W-ski, A., Polska w koniunkturze światowej (Polen in der Weltkonjunktur), in: ebenda 1938, S. 882.

das Big business die Investitionspläne der Regierung mit völliger Zurückhaltung aufnahm und dem Ausbau von Elementen der Wirtschaftsplanung unwillig gegenüberstand.

Der Vierjahres-Investitionsplan und seine laute Propagierung riefen anfangs in einigen Kreisen der Großbourgeoisie Beunruhigung hervor. Die Gruppe um Wierzbicki, die sich seinerzeit für die Einschaltung des Staates in den Prozeß der Konjunkturankurbelung aussprach, hielt es für angezeigt, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Der "Przegląd Gospodarczy" suchte also nachzuweisen, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage den Plan erzwungen habe, daß er in Wirklichkeit nur ein am kurzen Zügel gehaltenes Mittel der konjunkturellen Intervention sei. Seine psychologische und propagandistische Bedeutung preisend, betonte das Blatt den gemäßigten Charakter des Planes, der sich im wesentlichen nicht von früheren Projekten unterscheide, besonders was die Höhe der in ihm vorgesehenen Aufwendungen betreffe. Es machte darauf aufmerksam, daß die Absichten der Regierung nicht im Widerspruch zu dem Programm der Privatinitiative stünden, wenigstens deshalb, weil sie im Endeffekt zu privaten Investitionen anregten. Als der Leviathan den Plan endgültig unterstützte, ließ er sich von Prämissen zweierlei Natur leiten, dem unbefriedigenden Stand der Konjunktur und der gespannten inneren Situation. Ende 1936 hielt es die Großindustrie bereits für möglich, sich Projekten einer Erhöhung der Planaufgaben zu widersetzen, was mit den Regierungsbeschlüssen zum Umbau und zur Erweiterung des Planes kollidierte.[69] Um seine Einwände gegen die Ausmaße der Investitionspläne zu erheben, begab sich der Leviathan auf eine für ihn bequemere Ebene: Er warf nämlich das Problem der realen Möglichkeiten des Finanzmarktes auf. Er betonte die Beschleunigung der Industrialisierung mit Hilfe von Plänen und im Effekt die "Entspannung der Arbeitslosigkeit" - woran der Regierung gelegen war - sei nicht real, wenn nicht in Ausnutzung der Konjunkturbesserung der Anteil der privaten Investitionen schnell zunähme.[70] Dieses Postulat sollte unter anderem dadurch verwirklicht werden, daß der Staat den Kapitalmarkt zugunsten der Privatinitiative entlastete.[71]

Da der Leviathan die realisierten Investitionspläne fast ausschließlich als einen Faktor der konjunkturellen Intervention betrachtete, nahm er Stimmen aus Regierungskreisen skeptisch auf, die in diesen Plänen darüber hinaus einen Stimulator des strukturellen Umbaus des Landes sahen, und zu Recht warnte er davor, ihre

69 R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: ebenda 1936, S. 496, 768 f.

70 Tatsächlich war das Tempo der öffentlichen Aufwendungen höher als das der privaten. Während erstere 1937 das Niveau von 1928 klar übertrafen, erreichten letztere es 1938 kaum. Secomski, Kazimierz, Przemiany struktury gospodarczej Polski w okresie pięćdziesięciolecia 1918 - 1968 (Wandlungen der Wirtschaftsstruktur Polens in den fünfzig Jahren von 1918 - 1968), in: Droga przez półwiecze (Der Weg durch ein halbes Jahrhundert), Warschau 1969, S. 232.

71 Sławiński, Tadeusz, Zagadnienie inwestycji (Das Investitionsproblem), in: PG 1937, S. 757; Sejm Rzeczypospolitej Polskiej (Der Sejm der Republik Polen), Stenografischer Bericht der 5. Sitzungsperiode, 36. Sitzung am 9. 2. 1937, Abgeordneter Hołyński. - Die Regierung lehnte entschieden die Forderung ab, die Höhe des staatlichen Anteils am Finanzmarkt zu revidieren. Kwiatkowski, Eugeniusz, Rok 1937 w rozwoju gospodarczym Polski (Das Jahr 1937 in Polens Wirtschaftsentwicklung. Rede im Sejm am 1. 12. 1937), in: Polska Gospodarcza 1937, S. 1547.

Wirkungen zu fetischisieren.[72] Diese Vorbehalte richteten sich nicht gegen das andere (neben dem Umbau des Landes) Hauptmotiv der Regierungsprojekte, die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Polens. Die großindustriellen Kreise billigten zwar die Konzeption des Zentralen Industriereviers (COP) als zweifellos notwendig, richtig und optimal vom militärischen Gesichtspunkt, wiesen jedoch darauf hin, daß diese Konzeption in manchen Punkten nicht mit dem Grundsatz höchster Effektivität übereinstimmte. Die Wortführer des Business hoben also hervor, daß öffentliche Investitionen, die nicht unmittelbar aus Verteidigungsgründen vorgenommen werden, streng ökonomischen Kriterien unterworfen sein müßten. Diese aber geböten - im Einklang mit ihrer Interpretation des Begriffs Planung - dem öffentlichen Investor, sich hauptsächlich eine Valorisierung der Wirtschaftsprozesse zum Ziel zu stellen. Nur in diesem Falle werde der Plan ein Impuls sein, der in den verschiedenen Zweigen mit Hilfe privaten, darunter ausländischen Kapitals Betriebe entstehen lasse. Wenn der Plan aber zur Entstehung eines Staatskonzerns führen sollte, würde er im Effekt die Wirtschaft des Landes schwächen.[73]

Der Zentralverband sprach sich aus prinzipiellen Gründen dafür aus, daß sich Maßnahmen zur Erweiterung der Wirtschaft des Landes im wesentlichen nur auf neue Produktionsarten erstreckten, wobei er forderte, der private Sektor solle sich schnell und aktiv in den Investitionsprozeß einschalten und nicht dem Staat die ganze Initiative überlassen. Dieser Standpunkt diente gewissermaßen als Antwort auf die dem Großkapital gemachten Vorwürfe, daß es sich Investitionen im COP widersetze und ihnen ausweiche. Die Zurückhaltung des Big business ist leicht zu enträtseln. Sie ergab sich aus der Befürchtung, die neu entstehenden Werke würden eine Verdoppelung der Produktion herbeiführen und dadurch den bestehenden Unternehmern Konkurrenz machen. Solche Befürchtungen waren jedoch unbegründet, denn der Zustand der Industrie in Polen rechtfertigte grundsätzlich - unter der Bedingung, daß die Konjunktur die Nachfrage nach Industriegütern auf den Binnenmarkt anregte - die Schaffung neuer Werke.

An sonstigen wichtigeren Mitteln zur Stimulierung von Investitionen schlug der Zentralverband der Polnischen Industrie zum Beispiel vor, für alle Industriezweige im ganzen Lande Steuererleichterungen einzuführen. Die Regierung setzte aber eine Präferenzlösung durch, wodurch Investitionen nur für ausgewählte Industriezweige und hauptsächlich im COP erleichtert wurden. Das Projekt des Zentralverbandes der Polnischen Industrie hätte zwar die allgemeine Investitionstätigkeit gefördert, doch wären die Investitionen dann mehr in die schon bestehenden Industriegebiete als ins COP geflossen. Eine solche Lösung wäre auch nachteilig für die Verteidigungsinteressen gewesen, die eine maximale Konzentration der Mittel verlangten, damit die gerade im COP konzentrierten Rüstungsinvestitionen realisiert wurden.[74]

72 Przemówienie wicepremiera E. Kwiatkowskiego na zjeździe "Zarzewia" (Rede des Vizepremierministers E. Kwiatkowski auf dem "Zarzewie"-Kongreß am 13. 6. 1937), in: Polska Gospodarcza 1937, S. 836; Sławiński, Tadeusz, Plan inwestycyjny (Der Investitionsplan), in: PG 1937, S. 109.

73 Zum Beispiel der Vizepräsident des Zentralverbandes der Polnischen Industrie Falter, Alfred, Wspólny interes wymaga wspólnego wysiłku (Das gemeinsame Interesse erfordert gemeinsame Anstrengung), in: PG 1936, S. 441; Sławiński, Tadeusz, Zagadnienie Centralnego Okręgu Przemysłowego (Das Problem des Zentralen Industriereviers COP), in: ebenda 1937, S. 691 f.

74 Als im März 1938 das Regierungsprojekt für Investitionserleichterungen in Kraft trat, billigte es der Zentralverband der Polnischen Industrie jedoch.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die Interessenvertreter der Großindustrie in den Jahren 1936 bis 1939 die Rolle von Investitionsplänen als Galvanisator und Stabilisator der inneren Konjunktur gebührend einzuschätzen begannen, daß sie dagegen den von den Regierungskreisen ausgehenden und breit propagierten Meinungen, die den Plänen einen viel höheren Rang zuwiesen, reserviert gegenüberstanden.

4. 4. Schlußfolgerungen

Die Haltung der großkapitalistischen Wortführer zur Ankurbelung der Konjunktur erwuchs in hohem Grade aus dem Geist der neoliberalen Ökonomie, die auch ihre Weltanschauung beeinflußte. Generell meinten sie, die Ankurbelung der Konjunktur müsse gemäßigten Charakter und Umfang haben und sich - im Sinne der These von der gerechten Partizipation der beiden Sektoren am Wirtschaftsleben - auf öffentliche Investitionen stützen, aber nur in den durch die optimalen Möglichkeiten des Finanzmarktes gezogenen Grenzen. Mittel und Ziel der Konjunkturankurbelung sollte in erster Linie die Vergrößerung der Kaufkraft der Kapitalisten sein. Ihre Investitionen und Produktion sollten dann in größtem Maße über die Dauerhaftigkeit der Belebung entscheiden und Bedingungen für die Einschränkung des Staatsinterventionismus schaffen.

Vor Programmen, die sensu stricto inflationäre Maßnahmen (in großem Maßstab) vorsahen, schreckten die Wortführer des Leviathan zurück, weil sie davon überzeugt waren, daß dadurch ein Anwachsen des Etatismus und Totalismus drohe. Sie teilten nämlich die Auffassung, daß bei gehemmten internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Umstellung der Volkswirtschaften auf Autarkie eine zu starke Ankurbelung der Konjunktur am Ende eine Einengung des Tätigkeitsfeldes und eine Reduktion der Bedeutung der privaten Kapitalien in der Ökonomik zugunsten des Staates hervorrufe, der immer mehr die Kontrolle über das Wirtschaftsleben übernehmen werde. Das Presseorgan des Großkapitals warnte viele Male davor, die wirtschaftlichen (und politischen) Muster Italiens und Deutschlands zu kopieren, da sie unter den polnischen Bedingungen, unter anderem wegen der unterschiedlichen Industrie- und Kapitalpotentiale, keine Berechtigung hätten. Es betonte, eine große Inflation werde auch nicht minder wichtige politische Implikationen, einschließlich der Gefahr des Totalitarismus, mit sich bringen. Deshalb kam Kwiatkowskis gemäßigte Variante der Wirtschaftspolitik den Bestrebungen des Leviathan näher, während ihn der vom "Lager der Nationalen Einigung" (OZN) vorgeschlagene Wirtschaftskurs abschreckte. Sehr distanziert verhielt sich die Organisation des Big business zu der Losung vom wirtschaftlichen Nationalismus,[75] die die Sanacja zum Teil von der äußersten Rechten übernommen hatte. In dem Streit um die Entwicklungswege und das Tempo der Rüstung, der zwischen der Armee und dem OZN einerseits und Kwiatkowski andererseits ausbrach, unterstützte die Großindustrie die Linie des Vizepremierministers.[76] Sie gewährte

Vgl. Wierzbicki, Andrzej, Klimat gospodarczy (Das wirtschaftliche Klima. Rede im Sejm am 25. 3. 1938), in: ebenda 1938, S. 258.

75 Dieser Nationalismus richtete seine Spitze hauptsächlich gegen die Juden. Für die Zurückhaltung des Leviathan gegenüber dieser Losung war u. a. die Tatsache entscheidend, daß die Großbourgeoisie zu einem hohen Prozentsatz aus Juden bestand.

76 Zum Beispiel R., E., Przegląd sytuacji (Lageübersicht), in: PG 1938, S. 940.

dieser Politik Unterstützung, da sie sie für besser hielt als das nach Meinung ihrer Wortführer verderbliche Programm der weiteren Deflation wie auch die nicht minder schädliche Konzeption starker Inflation.

Es verdient betont zu werden, daß im Zeitraum von 1936 bis 1939 die Bedeutung des Zentralverbandes der Polnischen Industrie als ein Faktor, der die Wirtschaftspolitik inspirierte, deutlich zurückging. Während sich an der Jahreswende 1935/36 der Standpunkt des Leviathan, der eine Aktivierung forderte, im allgemeinen noch nicht von den Haltungen anderer Kritiker der Regierungspolitik unterschied, plazierten sich einige Jahre später seine Konzeptionen weit hinter anderen. Daher wurde das Großkapital insgesamt mehr ein Registrator der Regierungsmaßnahmen als ihr realer Animator.

5. Schlußbemerkungen

Die in den Jahren 1930 bis 1939 aufgetretenen Dissonanzen zwischen den Kreisen des Großkapitals und der Regierung in einer Reihe von Wirtschaftsfragen waren recht ernst. Sie kamen in Meinungsverschiedenheiten über Ausmaß und Umfang der Staatseinmischung in die Ökonomik sowie in Differenzen über die Hauptprinzipien der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck. Diese Unterschiede betrafen sowohl die Politik in der Krisenzeit, als die Großindustrie den Sinn der betriebenen Deflation mit einem Fragezeichen versah, wie auch die Ankurbelung der Konjunktur, als sie - und selbst das nur unter starkem Vorbehalt - lediglich Kwiatkowskis Politik akzeptierte. Diese Fakten machen einen geneigt, die Auffassung von einer Art Omnipotenz der großkapitalistischen Kreise im damaligen staatlichen Leben abzulehnen. Sie zeugen auch davon, daß die einheimische Großbourgeoisie und ihre Spitzenorganisation im genannten Zeitraum - im Ergebnis der vor sich gehenden wirtschaftlichen und politischen Prozesse, insbesondere der Ausweitung von Formen der gelenkten Wirtschaft - geringeren Einfluß als in den Jahren 1919 bis 1929 besaß.[77]

Will man den Standpunkt des Großkapitals in seiner Gesamtheit möglichst synthetisch zusammenfassen, so muß man die - übrigens wohl begreifliche und offenkundige - Tatsache hervorheben, daß es deutlich ein Klassen- und im besonderen ein Gruppenstandpunkt war. In den vom Leviathan vorgeschlagenen Lösungen wird kaum verhüllt das Bestreben sichtbar, die Lasten der Krisenbekämpfung, der Beschleunigung des konjunkturellen Wachstums in den Jahren 1936 bis 1939, der Industrialisierung Polens und die Kosten für den Zustrom ausländischer Kapitalien auf die anderen Teile der Gesellschaft, besonders auf die Arbeiterklasse, abzuwälzen. Das vom Zentralverband propagierte Programm zur Entwicklung des Landes auf dem Wege der Industrialisierung (hauptsächlich gestützt auf den privaten Sektor und auf ausländische Kapitalien) wurde eigentlich nicht beträchtlich revidiert, sogar am Ende der dreißiger Jahre nicht. Und dies, obwohl der mystifizierte und anachronistische Charakter dieses Programms (denn es versuchte un-

77 Das zeigt z. B. auch die bis zum völligen Verschwinden gehende Verkleinerung der Repräsentation des Leviathan in den aufeinanderfolgenden Parlamenten der dreißiger Jahre. Zu den Einflüssen des Großkapitals siehe auch die interessanten Bemerkungen von Landau, Zbigniew, Oligarchia finansowa Drugiej Rzeczypospolitej, a. a. O., und Żarnowski, Janusz, Społeczeństwo Drugiej Rzeczypospolitej (Die Gesellschaft in der Zweiten Republik), Warschau 1973.

ter anderem die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß maximal zu reduzieren) schon klar enthüllt worden war, was auch die Wortführer des großindustriellen Kapitals begriffen hatten.

In den behandelten Jahren kamen die schwachen Seiten der von den Wortführern des Leviathan vorgetragenen sozialökonomischen Lösungen mit Macht zum Vorschein. In Konkurrenz mit moderneren und radikaleren Vorschlägen, die ebenfalls auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft standen und in gewissem Maße von der Regierung realisiert wurden, verloren die Vorschläge des Leviathan an Popularität. Dieser Zeitabschnitt demonstriert in aller Deutlichkeit, daß die Großbourgeoisie nicht bereit war, Polen aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit herauszuführen.

(Übersetzt von Berthold Puchert)

Der Zusammenhang zwischen der Produktionsentwicklung und der Betriebsgröße in der deutschen Landwirtschaft von 1871 bis 1914

von Ilona Ballwanz

1. Die Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und des Ackerlandes in den einzelnen Größenklassen
2. Der Vergleich der Produktionsergebnisse zwischen den Gebieten des bäuerlichen und des Großgrundbesitzes

Die Grundlage des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses bilden - wie in jedem anderen Produktionsprozeß auch - die sachlichen und persönlichen Produktionsbedingungen. Durch ihr Zusammenwirken entsteht im Arbeitsprozeß das materielle Produkt. In der Landwirtschaft werden diese Produktionsbedingungen durch die ökonomischen und sozialen Kennziffern der jeweiligen Betriebsgrößenklasse bestimmt. Auf der Basis der sozialökonomischen Struktur der Betriebsgrößengruppen vollzieht sich die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Sie bestimmt daher nicht unwesentlich die Struktur der Produktion, ihren Umfang, ihre Methoden und ihre Steigerung. Andererseits lassen Ergebnisse, Struktur und Methoden der Produktion Rückschlüsse auf Charakter, Aufgabe und Rentabilität der einzelnen Größenklasse zu, Faktoren, die in den Auseinandersetzungen um die Betriebsgrößenproblematik und damit um die Frage des Eindringens des Kapitalismus in die Landwirtschaft ebenfalls eine wichtige Rolle spielten, aber nicht durch statistische Angaben zahlenmäßig belegt werden konnten.

Im Zeitraum 1871 bis 1914 wurden keine Ermittlungen über die Höhe der Hektar- und Gesamterträge in den einzelnen Betriebsgrößenklassen durchgeführt. Ebenso fehlten bis 1907 Angaben über die einzelnen Nutzungskategorien der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) und des Ackerlandes in den Betrieben.[1] Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 gibt jedoch erstmalig die Nutzungsverhältnisse des Ackerlandes in den Betriebsgrößenklassen an. So kann zumindest der für den hier behandelten Zeitraum statistisch gegebene Endpunkt zahlenmäßig genau fixiert werden.[2]

Aussagen über die Produktionsentwicklung in den Betriebsgrößenklassen für den zu untersuchenden Zeitraum lassen sich gewinnen, wenn man von der Überlegung ausgeht, daß in bestimmten Verwaltungseinheiten des Deutschen Reiches eine be-

1 Angaben über die Größe des Gartenlandes, des Weingartens und eine Zusammenfassung der Nutzung als Ackerland, Wiese und reiche Weide erfolgte allerdings bereits seit 1882 für die Größenklassen.

2 Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1b, Berlin 1909, S. 418 ff.

stimmte Betriebsgrößenklasse dominierte, also den entscheidenden Anteil an der Produktionsentwicklung und -struktur besaß. Berücksichtigt man ferner das Verhältnis von industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, dann bieten sich Ansatzpunkte für die Berechnung der Produktionsentwicklung und der Produktivität in den einzelnen Größenklassen.

Aufgrund dieser Materiallage sind hier nur ganz allgemeine Feststellungen möglich. Dennoch soll der Versuch unternommen werden, die Entwicklungsrichtung - wenn auch sehr grob - für die Produktionsentwicklung der Betriebsgrößenklassen herauszuarbeiten, um einen wichtigen Gesichtspunkt für die heftig diskutierte Betriebsgrößenproblematik im Zeitraum von 1871 bis 1914 zu erschließen.

1. Die Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und des Ackerlandes in den einzelnen Größenklassen

Von den 31 834 874 Hektar LN, die die landwirtschaftlichen Betriebe 1907 bewirtschafteten, das waren 91, 44 Prozent der gesamten LN des Deutschen Reiches, wurden 76, 8 Prozent als Ackerland, 1, 5 Prozent als Gartenland, 18, 7 Prozent als Wiese, 2, 7 Prozent als reiche Weide und 0, 3 Prozent als Weinbergland genutzt.[3] An der Gesamtfläche der einzelnen Nutzungskategorien waren die Betriebsgrößenklassen wie folgt beteiligt:

Tabelle 1

Die Anteile der Größenklassen an der Gesamtfläche der Nutzungskategorien 1907+ (in % an der jeweiligen Gesamtfläche)

Größenklasse in ha	Ackerland	Gartenland	Wiesenfläche	Reiche Weide	Weinberge
Unter 2	5, 01	30, 67	5, 25	1, 48	30, 60
2 - 5	9, 62	15, 25	13, 44	4, 92	34, 10
5 - 20	31, 63	28, 75	38, 89	24, 13	29, 63
20 - 100	29, 55	16, 57	26, 81	49, 18	5, 10
Über 100	24, 19	8, 76	15, 61	20, 29	0, 57

+ Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1 a, Berlin 1909, S. 246 f.

Aus der Tabelle geht hervor, daß sich 1907 über die Hälfte des Ackerlandes in den Händen der kapitalistischen Betriebe befand, worunter diejenigen von 20 bis 100 und die über 100 Hektar zu verstehen sind. Demgegenüber betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1907 nur 4, 98 Prozent.[4] Hier wird der Konzentrationsprozeß deutlich, der sich auch in der Landwirtschaft vollzogen hatte. Noch klarer tritt er hervor, wenn man den Anteil der Großbetriebe am Ackerland von 24, 19 Prozent mit ihrem Anteil von 0, 41 Prozent an der Gesamtzahl der Betriebe vergleicht.[5] Die kapitalistischen Betriebe besaßen auch den größten Anteil an reichen Weiden, während die Betriebe unter 2 Hektar den bedeutendsten Anteil an Gartenland und die Betriebe von 2 bis 5 Hektar den größten Anteil an der Weinbergfläche aufwiesen. Die mittelbäuerlichen Betriebe (von

3 Errechnet nach ebenda, S. 247.
4 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 1a, Berlin 1909, S. 4 f.
5 Errechnet nach ebenda.

5 bis 20 Hektar) ragten mit dem höchsten Anteil an Wiesenflächen heraus. Die Dominanz der Anteile der Größenklassen an der Gesamtfläche der jeweiligen Nutzungskategorie der LN weist bereits auf unterschiedliche Nutzungsverhältnisse in den Betrieben hin, die sich 1907 so gestalteten:

Tabelle 2

Die Nutzung der LN 1907 in den Größenklassen+
(in % an der LN der jeweiligen Größenklasse)

Größenklasse in ha	Ackerland	Gartenland	Wiese	Reiche Weide	Weinberg
Unter 2	70,66	8,53	18,04	0,73	2,04
2 - 5	71,11	2,22	24,21	1,27	1,19
5 - 20	74,14	1,33	22,22	1,98	0,33
20 - 100	77,46	0,86	17,12	4,40	0,06
Über 100	83,77	0,60	13,16	2,46	0,01

+ Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1 b, Berlin 1909, S. 246 f.

Die Hauptnutzungskategorie war in allen Größenklassen das Ackerland, dessen Anteil mit zunehmender Betriebsgröße wuchs. Dann folgte in allen Größenklassen die Wiesenfläche, die in den Betrieben von 2 bis 5 Hektar den größten Anteil aufwies, dann aber kontinuierlich abnahm, wobei diese Abnahme in den Betrieben von 5 bis 20 Hektar und von 20 bis 100 Hektar durch die steigenden Anteile der reichen Weiden größtenteils kompensiert wurde, so daß sich die Anteile der Wiesen- und Weidenfläche in den Betrieben von 2 bis 5 Hektar bis zu den Betrieben der Größenklasse 20 bis 100 Hektar nicht wesentlich unterschieden.

Die drittgrößte Nutzungskategorie stellte sich für die Größenklassen nicht mehr einheitlich dar. In den Betrieben bis 5 Hektar nahm das Gartenland und in den Betrieben ab 5 Hektar die reiche Weide die dritte Position ein. Während der Umfang des Gartenlandes mit zunehmender Größe der LN zurückging, wuchs der Anteil der reichen Weiden bis zur Größenklasse von 20 bis 100 Hektar (dort ganz beträchtlich) an, ging in den Großbetrieben aber wieder zurück. Der Anteil an Weinbergen, am höchsten in den Betrieben unter 2 Hektar, ging von Größenklasse zu Größenklasse immer weiter zurück und war in den Großbetrieben nahezu bedeutungslos.

Insgesamt zeigte sich also, daß mit steigender Größe der Betriebe die spezielle Nutzung der LN als Garten- oder Weinbergland abnahm und der Anteil des Ackerlandes zunahm.

Diese sich hier andeutende Spezialisierung der einzelnen Größenklassen auf einen bestimmten landwirtschaftlichen Produktionszweig wird auch durch eine Analyse der Nutzung des Ackerlandes sichtbar.

Tabelle 3 zeigt, daß für die Betriebe unter 2 Hektar nur der Kartoffel- und Gemüseanbau von Bedeutung war. Gleiches traf auch für die Betriebe von 2 bis 5 Hektar zu. Die kapitalistischen Betriebe bebauten über die Hälfte der mit Getreide und Futtermitteln bestellten Gesamtfläche und fast vier Fünftel der Zuckerrübenfläche. Sie waren also die hauptsächlichsten Pflanzenproduzenten.

Tabelle 3

Die Anteile der Betriebsgrößenklassen an der Gesamtfläche der jeweiligen Ackerfrüchte im Deutschen Reich 1907+
(in %)

Größenklasse in ha	Getreide	Zuckerrüben	Kartoffeln	Futterpflanzen	Gemüse
Unter 2	3,78	1,9	15,7	3,5	10,8
2 - 5	9,73	3,6	14,1	10,2	16,1
5 - 20	34,24	15,1	29,9	32,5	30,9
20 - 100	30,55	24,5	19,2	27,8	23,6
Über 100	21,70	54,8	21,3	25,9	11,6

+ Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1b, Berlin 1909, S. 419 f.

Die folgende Tabelle gibt die Nutzung des Ackerlandes in den einzelnen Größenklassen wieder.

Tabelle 4

Die Nutzung des Ackerlandes in den einzelnen Größenklassen 1907+
(Bebauung in %)

Größenklasse in ha	Hauptgetreidearten	Zuckerrüben	Kartoffeln	Futterpflanzen	Gemüse	Brache
Unter 2	41,47	0,80	40,87	7,25	2,34	0,86
2 - 5	55,09	0,80	19,04	11,17	1,83	1,78
5 - 20	59,86	1,00	12,28	10,89	1,30	3,63
20 - 100	58,01	1,74	8,44	9,98	0,87	5,45
Über 100	50,82	4,77	11,30	11,36	0,52	4,51
Gesamt	55,75	1,27	12,99	10,58	1,09	4,07

+ Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1b, Berlin 1909, S. 419 f.

Den größten Anteil an der Bebauung des Ackerlandes wies also in allen Größenklassen der Getreideanbau auf, wobei er mit 59,86 Prozent in den Betrieben von 5 bis 20 Hektar die größte Ausdehnung erfuhr, 50,82 Prozent in den Großbetrieben betrug und in den Betrieben unter 2 Hektar den geringsten Anteil besaß. Die Kartoffelanbaufläche umfaßte in den zuletzt genannten Wirtschaften 40,87 Prozent der Ackerfläche. Das war der höchste Anteil. Ihm stand in den großbäuerlichen Betrieben (20 bis 100 Hektar) mit 8,44 Prozent der geringste gegenüber. Die prozentualen Anteile des Futterpflanzenanbaus an der Ackerfläche der jeweiligen Größenklassen unterschieden sich nur unwesentlich, um so mehr jedoch die des Zuckerrübenanbaus. Selbst in den mittelbäuerlichen Betrieben von 5 bis 20 Hektar, deren Durchschnittsgröße 9,77 Hektar betrug, war der Zuckerrübenanbau mit 1 Prozent der Ackerfläche noch sehr gering. Er spielte eigentlich erst mit 4,8 Prozent in den Großbetrieben, deren Durchschnittsgröße bei 299,4 Hektar lag, eine Rolle. Das heißt, die Leitkultur der kapitalistischen Landwirtschaft, die so bedeutsam für die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion war, blieb im wesentlichen auf die Großbetriebe beschränkt.

Die Brache war in den großbäuerlichen Betrieben von 20 bis 100 Hektar am umfangreichsten. Es folgten die Großbetriebe über 100 Hektar und danach die mittelbäuerlichen von 5 bis 20 Hektar.

Setzt man die Getreideanbaufläche als die größte Nutzungskategorie des Ackerlandes in allen Größenklassen gleich 100, dann ergeben sich für 1907 in den Größenklassen folgende Anbauverhältnisse:

Tabelle 5

Die Anbauverhältnisse in den Größenklassen+

Größenklasse in ha	Getreide	Zuckerrüben	Kartoffeln	Futterpflanzen	Gemüse	Brache
Unter 2	100	1,8	92,8	16,5	5,3	1,9
2 - 5	100	1,4	32,0	18,8	3,1	3,0
5 - 20	100	1,6	19,2	18,7	2,0	5,7
20 - 100	100	2,8	13,5	16,0	1,4	8,7
Über 100	100	8,4	19,9	10,0	0,9	7,9

+ Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1 b, Berlin 1909, S. 419 ff.

Insgesamt lassen sich nach der Rangfolge der Feldfrüchte, die Auskunft über die Bedeutung der Früchte für die Betriebe gibt, zwei Produktionsgruppen erkennen:

1. die Getreide-, Kartoffel-, Futterpflanzen-, Gemüse- und Zuckerrübenanbaustruktur in den Betrieben bis 20 Hektar, wobei mit steigender Größenklasse der Anteil der Kartoffel- und Gemüsefläche gegenüber Getreide zurückgeht und die Brachfläche zunimmt;

2. die Getreide-, Futterpflanzen-, Kartoffel-, Zuckerrüben- und Gemüseanbaustruktur in den Betrieben von 20 bis 100 Hektar. Hier ist mit wachsender Größe der LN eine Zunahme des Zuckerrüben-, Kartoffel- und Futterpflanzenanbaus gegenüber der Getreidefläche zu beobachten sowie ein Rückgang der Brache und des Gemüseanbaus.

Was die Betriebe über 100 Hektar betrifft, so stimmte hier die Rangfolge bei den ersten drei Fruchtarten mit der ersten Produktionsgruppe, bei Zuckerrüben und Gemüse mit der zweiten Gruppe überein.

Betrachtet man die Nutzung der Getreidefläche für den Anbau der einzelnen Getreidearten, so zeigt sich, daß in allen Größenklassen der Roggen die größte Ausdehnung besaß, dann folgte der Hafer. In den Betrieben bis 20 Hektar wies die Gerste den drittgrößten Anteil auf, während es in den Größenklassen von 20 bis 100 Hektar der Weizen war. Der Weizenanbau nahm von Größenklasse zu Größenklasse zu und hatte mit 14,75 Prozent in den Großbetrieben den größten Anteil. Demgegenüber ging der Roggenanbau kontinuierlich zurück. 6

Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen den Verwendungsmöglichkeiten der Getreidearten und der Größe der LN. Der hohe Anteil von Roggen gerade in den unteren Größenklassen geht wahrscheinlich darauf zurück, daß Roggen sowohl als Brot- und auch als Futtergetreide zu verwenden ist und nicht allzu große Anforderungen an die Bodenqualität stellt. Das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt

6 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 419 ff.

für die Betriebe, die aufgrund der geringen Größe ihrer LN in den Nutzungsverhältnissen nicht so variationsfähig sind. Eine konträre Entwicklung war auch für die Hafer- und Gerstenanteile zu konstatieren, Abnahme des Gersten- und Zunahme des Haferanbaus von den Betrieben unter 2 Hektar bis zu den von 20 bis 100 Hektar. In den Großbetrieben dagegen erfolgte wieder eine Zunahme des Gersten- und eine Abnahme des Haferanbaus. [7]

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die Analyse der Nutzung der LN und des Ackerlandes ergibt ebenfalls eine Differenzierung der Betriebsgrößenklassen, die zu folgender Gruppenbildung führt:

1. die Betriebe bis 5 Hektar mit starkem Anteil einer Nutzung der LN für Spezialkulturen und Konzentration auf den Roggen- und Kartoffelanbau zur Ergänzung bzw. Bestreitung des Nahrungsmittelbedarfs;

2. die mittelbäuerlichen Betriebe von 5 bis 20 Hektar mit ausgeprägtem Wiesenland und einer Bevorzugung des Roggen- und Haferanbaus. Damit spiegeln die Anbauverhältnisse eine Konzentration dieser Betriebe auf die Viehproduktion wider.

3. die kapitalistischen Betriebe ab 20 Hektar, die insgesamt die Verhältnisse zwischen den einzelnen Feldfrüchten etwas ausgeglichener gestalteten, wobei auch hier der Schwerpunkt auf dem Anbau von Roggen und Hafer lag. Da hier aufgrund der durchschnittlichen Größe der LN dieser Betriebe die Ernteergebnisse aller Produkte weit über den Eigenbedarf hinausgingen, waren die kapitalistischen Betriebe die hauptsächlichsten Produzenten für die Marktproduktion von Getreide, Futterpflanzen, Kartoffeln und Zuckerrüben.

Diese Analyse zeigt aber auch, daß im Reichsmaßstab nicht die Großbetriebe den hohen Anteil des Getreides an der Ackerfläche bedingten, wie bürgerliche Agrarhistoriker behaupteten, [8] sondern die "bäuerlichen" Betriebe (von 2 bis 20 Hektar).

Aus der Gestaltung der Nutzungs- und Anbauverhältnisse der einzelnen Betriebsgrößenklassen läßt sich in gewissem Maße auch ablesen, welche Größenklassen vermutlich die Entwicklungsrichtung der Nutzungs- und Anbauverhältnisse der LN bzw. des Ackerlandes beeinflußten. Die gewaltige Zunahme der Wirtschaften unter 2 Hektar mußte, wenn von den gleichen Nutzungsverhältnissen ausgegangen wird, zwangsläufig zu einer Vermehrung des Gartenlandes führen. Das bestätigen die Angaben über die Größe des Gartenlandes von 1895. Von den 152 375 Hektar, um die das Gartenland der Betriebe bis 1907 zunahm, entfielen 48 693 Hektar, das waren 31, 96 Prozent, auf die Wirtschaften unter 2 Hektar. [9] Wenn man die einzelnen deutschen Territorien betrachtet, war die Zunahme des Gartenlandes dort besonders hoch, wo die Betriebe unter 2 Hektar ebenfalls stark zunahmen. [10] Da die Zahl der Betriebe unter 2 Hektar hauptsächlich nach 1895 zunahm, erklärt sich daraus wahrscheinlich auch die Abnahme des Ackerlandes, [11] das jetzt als Gar-

7 Vgl. ebenda.

8 Vgl. Wehriede, Emil, Die Roherträge der deutschen Landwirtschaft im letzten Menschenzeitalter, Diss. Leipzig 1906, S. 110.

9 Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 112, Berlin 1898, S. 2 ff.; Bd. 212, 1a, a. a. O., S. 246 f.

10 Vgl. ebenda, Bd. 212, 2b, Berlin 1913, S. 246 ff.; ebenda, NF, Bd. 112, a. a. O., S. 2 ff.

11 Diese und viele andere Angaben der Arbeit sind von der Autorin im Verlaufe der Arbeit an ihrer Dissertation aus zahlreichen Einzelangaben in amtlichen

tenland genutzt wurde. Insgesamt besaßen 18,55 Prozent der Wirtschaften unter 2 Hektar im Jahre 1907 ausschließlich Gartenland.[12] Die bedeutendste Zunahme des Gartenlandes, um 38,95 Prozent, erfolgte allerdings in den mittelbäuerlichen Betrieben. Hier kam offensichtlich die Entwicklung von Spezialbetrieben zum Ausdruck. Eine besonders hohe Zunahme des Gartenlandes in der Größenklasse von 5 bis 20 Hektar war in den Regierungsbezirken (RB) Posen, Oppeln, Magdeburg, Merseburg und den vier untersuchten bayrischen RB (Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben) zu verzeichnen.

Die Ausdehnung der Wiesenfläche ging vermutlich auf die Erhöhung der Zahl der mittelbäuerlichen Betriebe zurück, denn die Wiesenfläche nahm besonders in den Gebieten zu, in denen sich die Zahl solcher Betriebe ebenfalls bedeutend erhöhte.[13]

Die Erweiterung der Zuckerrübenfläche wird kaum mit dem Wachsen einer Größenklasse im Zusammenhang stehen - sie war in den Größenklassen, in denen die Zahl der Betriebe zunahm, nur unbedeutend -, sondern basierte auf der Veränderung der Anbauverhältnisse vor allem in den Großbetrieben.

Der 1878 bedeutend höhere Anteil der Brache in den Gebieten mit überwiegendem Großgrundbesitz gegenüber den bäuerlichen Gebieten, wo die Ackerfläche bereits intensiver genutzt wurde,[14] gab den Großbetrieben die Möglichkeit, den Zuckerrübenanbau auszudehnen, ohne eine andere Kultur wesentlich einzuschränken. Diese Möglichkeit war den bäuerlichen Betrieben nicht gegeben. Das bestätigt auch ein Vergleich zwischen der Entwicklung der Zuckerrübenflächen in den Gebieten mit bäuerlichem Charakter einerseits und in solchen, in denen der Großgrundbesitz vorherrschte andererseits.[15]

Die Unterschiede der Nutzungs- und Anbauverhältnisse und der LN bzw. des Ackerlandes in den einzelnen deutschen Gebieten[16] erklären sich also einmal aus der unterschiedlichen Gestaltung ihrer Betriebsgrößenstruktur, zum anderen aber auch durch die Rolle, die die einzelnen Betriebsgrößenklassen im Gesamtsystem der Landwirtschaft des jeweiligen Territoriums spielten, wie die nachfolgende

und halbamtlichen statistischen Werken berechnet worden. Aus Gründen der Platzersparnis wird an den entsprechenden Stellen der vorliegenden Arbeit als Beleg die entsprechende Tabelle der Dissertation angeführt, wo sich jeweils ausführliche Quellenangaben befinden. Vgl. Ballwanz, Ilona, Sozialstruktur und Produktionsentwicklung in der deutschen Landwirtschaft 1871 - 1914, phil. Diss. Rostock 1977, Anlagenband, hier Tabelle 123. Im Folgenden seien jedoch die wichtigsten Titel der statistischen Quellen genannt: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates; Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs; Statistik des Deutschen Reichs; Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs; Ergänzungshefte zu den Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reichs; Statistisches Handbuch des Königreichs Preußen; Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat; Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes; Statistische Mitteilungen über die Landwirtschaft in Bayern.

12 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Tab. 7.
13 Vgl. ebenda, Tab. 120.
14 Vgl. Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 2/1880, S. 78 ff.
15 Vgl. ebenda, S. 66 ff.; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 4/1915, S. 22 ff.
16 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., S. 34 ff.

Betrachtung der Nutzungs- und Anbaustrukturen der Größenklassen einiger Gebiete[17] zeigen wird.

In der Größenklasse unter 2 Hektar kristallisierten sich nach dem Anteil des Ackerlandes drei Gruppierungen heraus: Gebiete mit einem Ackeranteil von mehr als 80 Prozent der LN, von 60 bis 80 Prozent und von weniger als 60 Prozent.[18] In die erste Gruppe fielen Königsberg, Posen und Oppeln - Gebiete mit überwiegendem Großgrundbesitz - und Magdeburg mit einem erheblichen Anteil von Großgrundbesitz und gleichzeitig bedeutender industrieller Entwicklung. Mehr als 40 Prozent der Ackerfläche wurden mit Kartoffeln bebaut.[19] In Königsberg besaßen 42,11 Prozent aller Betriebe nur Kartoffelland, in Magdeburg waren es 27,8 Prozent.[20] Die zweite Hauptanbaugröße stellte das Getreide dar, wovon der Roggen mehr als die Hälfte der Fläche einnahm.[21] Die Struktur läßt die Aufgabe der Betriebe unter 2 Hektar erkennen: Sicherung bzw. quantitative Verbesserung der Eigenversorgung ihrer Inhaber; das waren für Königsberg und Posen hauptsächlich landwirtschaftliche, für Magdeburg und Oppeln industrielle Lohnarbeiter.[22]

Die zweite Gruppe bildeten Stralsund, Mecklenburg, Düsseldorf, Oberpfalz, Mittelfranken und Schwaben, also Gebiete mit Großgrundbesitz, mittelbäuerliche Gebiete und ein Industriegebiet. Die unterschiedliche Struktur zeigte sich in der Nutzung der LN und vor allem des Ackerlandes.

Für die Territorien mit überwiegendem Großgrundbesitz und für Düsseldorf war im Gegensatz zu den Gebieten der ersten Gruppe Gartenland ausgeprägter vorhanden, stand an zweiter Stelle in der Nutzung der LN. Andere entscheidende Unterschiede in dieser Hinsicht traten im Vergleich zur ersten Gruppe nicht auf.[23]

In den mittelbäuerlichen Gebieten nahm dagegen die Wiesenfläche die zweite Position ein.[24] Gegenüber den Territorien des Großgrundbesitzes und Düsseldorf differierten auch die Anbauverhältnisse beträchtlich. In den Gebieten mit vorherrschendem Großgrundbesitz und im Industriegebiet Düsseldorf überwog ebenfalls der Kartoffelanbau, dann folgte der Roggenanbau.[25] Die Funktion der Größenklasse unter 2 Hektar glich in diesen Gebieten derjenigen der Gebiete in der ersten Gruppe, nämlich: Ergänzung oder Sicherung des Nahrungsmittelbedarfs der Betriebsinhaber und deren Familien. Die Betriebe unter 2 Hektar in den mittelbäuerlichen Territorien bauten hauptsächlich Getreide, zwar auch vorrangig Roggen, aber die Differenz zu den anderen Getreidearten war nicht so groß, und insgesamt hielt sich der Anbau von Brot- und Futtergetreide die Waage.[26] Die bedeutenden

17 Es wurden Gebiete untersucht, die jeweils für eine Betriebsgröße typisch waren, aber sehr voneinander unterschiedene ökonomische Gesamtstrukturen aufwiesen. Zu den sozialen und ökonomischen Kennziffern der Betriebsgrößenklassen vgl. ebenda, Anlagenband, Tab. 48 - 51.
18 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1, Berlin 1909, S. 246 ff.
19 Errechnet nach ebenda.
20 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 419 ff.
21 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 1, a. a. O., S. 246; Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 410 ff.
22 Vgl. ebenda, Bd. 212, 2a, Berlin 1913, S. 167 ff.
23 Ebenda, Bd. 212, 1, a. a. O., S. 246 ff; Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 419 ff.
24 Ebenda.
25 Errechnet nach ebenda.
26 Errechnet nach ebenda.

Anteile an Wiesen- und Futtergetreidefläche in den bäuerlichen Gebieten zeugen offensichtlich von einer Konzentration auf die Viehproduktion. Sie ermöglichte den relativ hohen Anteil selbständiger Landwirte in den Betrieben unter 2 Hektar in diesen Gebieten.

Zur dritten Gruppe zählen Schleswig, der Schwarzwald und Karlsruhe. Auch hier deuten Nutzungs- und Anbaustruktur auf eine Reihe von Spezialbetrieben hin.[27] Neben der Viehzucht bzw. Viehproduktion und Gartenlandkulturen spielte im Schwarzwald und um Karlsruhe die Weinproduktion eine Rolle. So waren 32,23 Prozent aller Betriebe unter 2 Hektar um Karlsruhe Weinbaubetriebe.[28] Die Nutzungsverhältnisse in der Größenklasse von 2 bis 5 Hektar zeichneten sich in den untersuchten Territorien durch einen unterschiedlichen Anteil von Acker- und Wiesenland aus. Im wesentlichen existierte die erste Kategorie in den Gebieten mit überwiegendem bzw. mit einem erheblichen Anteil an Großgrundbesitz und die andere in den süddeutschen bäuerlichen Gebieten. Stralsund und Mecklenburg müssen allerdings ebenfalls zur zweiten Kategorie gerechnet werden.[29] Die Anbauverhältnisse des Ackerlandes der Betriebe von 2 bis 5 Hektar unterschieden sich in den untersuchten Territorien ebenfalls. In allen Gebieten überwog zwar der Getreideanbau, aber die Getreidearten hatten unterschiedliche Anteile daran, ebenso wie die Reihenfolge des Anteils der anderen Kulturen.[30]

In den RB Stralsund und Posen lagen die sozialen und ökonomischen Kennziffern der Betriebe von 2 bis 5 Hektar größtenteils unter dem Reichsdurchschnitt.[31] Weniger als 50 Prozent des Ackerlandes wurden mit Getreide,[32] meist Roggen (mehr als 50 Prozent) und Hafer, bebaut, der Weizenanbau war unbedeutend.[33] Damit wichen die Anbauverhältnisse in diesen beiden Territorien weit von den Durchschnittswerten dieser Größenklasse im Reichsmaßstab ab.[34] Ähnlich gestalteten sich die Anbauverhältnisse in Mecklenburg und Königsberg, deren soziale und ökonomische Kennziffern ebenfalls unter dem Reichsdurchschnitt lagen,[35] in denen die Differenz zum Reichsdurchschnitt aber geringer war. Über dem durchschnittlichen Anteil bewegte sich der Getreideanbau in den agrarischen Gebieten Süddeutschlands mit vorwiegend mittelbäuerlicher Besitzstruktur. Obwohl auch hier der Roggenbau überwog, gestaltete sich das Verhältnis zwischen den einzelnen Getreidearten ausgeglichener.[36]

Die durch überwiegend kleinbäuerlichen Besitz gekennzeichneten Gebiete des Schwarzwaldes, von Konstanz und Karlsruhe wichen sowohl im Anteil der Getreideanbaufläche als auch in der Reihenfolge des Anteils der Kulturen vom Reichsdurchschnitt ab. In diesen Territorien nahm nicht wie im Reichsdurchschnitt der Kartoffelanbau die zweite Stelle ein, sondern der Futterpflanzenanbau.[37] Das deu-

27 Ebenda.
28 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 2a, a. a. O., S. 248 ff.
29 Ebenda, Bd. 212, 1, a. a. O., S. 246 ff.
30 Ebenda; errechnet nach ebenda.
31 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 49.
32 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 4.
33 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 410 ff.
34 Errechnet nach ebenda.
35 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 49.
36 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 419 ff.; bzw. errechnet nach ebenda.
37 Ebenda.

tet auf eine Konzentration auf die Viehwirtschaft, auf Spezialbetriebe hin und erklärt auch die meist über dem Durchschnitt liegenden sozialen und ökonomischen Kennziffern in diesen Gebieten. [38]

Die RB Oppeln, Magdeburg, Merseburg und Düsseldorf zeichneten sich durch einen relativ hohen Anteil des Kartoffelanbaus aus. [39] Bei diesen RB, vor allem bei den letzten drei, handelt es sich um Industriezentren mit starker Bevölkerungskonzentration und einer damit verbundenen großen Nachfrage nach billigen Nahrungsmitteln, vor allem Kartoffeln. Diese guten Absatzmöglichkeiten führten offensichtlich zur Konzentration auf den Kartoffelanbau.

In den Größenklassen von 5 Hektar an traten in der Nutzung der LN keine nennenswerten Unterschiede zwischen den untersuchten Territorien mehr auf, [40] wohl aber in den Anbauverhältnissen. [41] Die letzteren differierten wie in der Größenklasse von 2 bis 5 Hektar sowohl im Anteil des Getreidelandes und der Getreidearten als auch in der Reihenfolge des Anteils der einzelnen Kulturen an der LN.

Auch von der Anbaustruktur her unterschieden sich also die Größenklassen in den Gebieten mit vorwiegendem Großgrundbesitz, in den Industriegebieten (wobei die Besitzstruktur nicht entscheidend war), in vorwiegend vom mittelbäuerlichen Besitz beherrschten Gebieten und in solchen mit vorherrschendem kleinbäuerlichem Besitz.

Sowohl in den Betrieben von 5 bis 20 Hektar als auch in denen von 20 bis 100 Hektar lagen die Anteile der Getreideanbaufläche für die Gebiete mit überwiegendem Großgrundbesitz, aber auch für die des kleinbäuerlichen Besitzes unter dem Reichsdurchschnitt, in den agrarischen Gebieten mit überwiegend mittelbäuerlichen Betrieben und auch in den Industriegebieten dagegen darüber. In den kleinbäuerlichen Gebieten nahm in beiden Größenklassen der Futterpflanzenanbau die zweite Stelle ein. Die mittel- und großbäuerlichen Betriebe in den Territorien mit überwiegender mittelbäuerlicher Besitzstruktur bevorzugten den Roggen- und Weizenanbau (mehr als 50 Prozent Getreidefläche), während in den Gebieten mit überwiegendem Großgrundbesitz der Roggen- und Haferanbau überwog und die Weizenanbaufläche den geringsten Anteil einnahm.

Die Großbetriebe wiesen vor allem große Unterschiede in den Anteilen der Getreidearten und des Zuckerrübenanbaus auf. Die Betriebe über 100 Hektar in den Gebieten, wo bäuerlicher Besitz vorherrschte, konzentrierten sich auf den Futtergetreideanbau und wiesen einen unter dem Reichsdurchschnitt liegenden Anteil an der Zuckerrübenanbaufläche auf. Demgegenüber legten die Großbetriebe im Osten Deutschlands den Schwerpunkt auf die Brotgetreideproduktion, der Anteil der Zukkerrübenanbaufläche übertraf den im Durchschnitt des Reiches ermittelten.

Aber nicht nur zwischen den Gebieten mit unterschiedlichen Besitzstrukturen ließen sich Differenzen in den Anbauverhältnissen feststellen, sondern auch zwischen den einzelnen Territorien mit vorwiegendem Großgrundbesitz bzw. mittelbäuerlichem Besitz. Diese Unterschiede betrafen hauptsächlich die Reihenfolge und den Umfang des Kartoffel- und Futterpflanzenanbaus. [42]

38 Errechnet nach ebenda, Bd. 212, 1, a. a. O.; Bd. 212, 2, Berlin 1913.
39 Ebenda, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 410 ff.
40 Ebenda bzw. errechnet nach ebenda.
41 Vgl. ebenda, Bd. 212, 1a, a. a. O., S. 248 ff.
42 Ebenda, Bd. 212, 1b, a. a. O., S. 419 ff.

Insgesamt läßt sich also feststellen, daß die Unterschiede innerhalb der gleichen Größenklassen in den untersuchten Territorien darauf beruhten, welche Bedeutung die betreffende Größenklasse für die landwirtschaftliche Produktion des betreffenden Gebietes besaß, welche Funktion sie zu erfüllen hatte, ob der landwirtschaftliche Betrieb für ihren Inhaber Haupt- oder Nebenerwerb darstellte und ob er sich auf einen bestimmten Produktionszweig konzentrierte.

Das heißt, die konkreten sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse des jeweiligen Gebietes[43] bestimmten, neben den natürlichen Faktoren wie Klima und Boden, auch die Nutzungs- und Anbauverhältnisse der LN bzw. des Ackerlandes.

2. Der Vergleich der Produktionsergebnisse zwischen den Gebieten des bäuerlichen und des Großgrundbesitzes

Die Entwicklung der Hektarerträge und der Ertragssteigerung in den einzelnen deutschen Gebieten weist erhebliche Unterschiede auf.[44] Die seit 1878 vorhandenen Angaben gestatten, drei Gruppen von Gebieten zu unterscheiden: solche, die man als den Reichsdurchschnitt bezeichnen kann, solche, deren sehr hohe Hektarleistungen weit darüber und solche, die weit darunter liegen.[45]

Die Gruppe mit den höchsten Hektarerträgen umfaßt Stralsund und Mecklenburg, zwei Gebiete mit vorherrschendem Großgrundbesitz. Im RB Stralsund wurden 1907 von den Betrieben über 100 Hektar 74, 55 Prozent der gesamten Getreidefläche und von Betrieben von 20 bis 100 Hektar 15, 91 Prozent bebaut, in Mecklenburg waren es 59, 22 und 26, 91 Prozent.[46]

Da sich die Anteile dieser Größenklasse an der LN der beiden Gebiete seit 1882 nur unwesentlich veränderten,[47] ist anzunehmen, daß sich auch 1878 die Nutzungsverhältnisse ähnlich gestalteten, das heißt, die Hektarertragsleistungen der RB spiegeln hauptsächlich die Ergebnisse in den kapitalistischen Betrieben wider.

Die zweite Gruppe, die etwa dem Reichsdurchschnitt entsprach, umfaßte Bayern und die Industriebezirke der Provinzen Sachsen, Magdeburg und Merseburg. In den bayrischen RB wurden 1907 mehr als 50 Prozent der Getreideanbaufläche von den mittelbäuerlichen Betrieben bewirtschaftet, und rund zwei Drittel des Getreidelandes befanden sich in bäuerlichem Besitz,[48] so daß die durchschnittlichen Hektarergebnisse von den bäuerlichen Betrieben bestimmt wurden. In den Industriegebieten waren die Hektarerträge dagegen Ausdruck der Produktionsleistung der kapitalistischen Betriebe.[49]

Die niedrigsten Hektarerträge erzielten die drei östlichen RB Posen, Königsberg und Oppeln. Auch in diesen Gebieten besaßen die kapitalistischen Betriebe mehr

43 Ballwanz, Ilona, a. a. O., S. 88 ff.
44 Vgl. ebenda, S. 147 ff.
45 Die vergleichende Betrachtung berücksichtigt nur die Ergebnisse der Roggen- und Weizenproduktion. Ein Vergleich mit den absoluten Werten für Hafer und Gerste läßt vermuten, daß die Entwicklung hier ähnlich verlief.
46 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 125.
47 Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 212, 2b, a. a. O., Anhang, Übersicht 3, S. 8+ ff.
48 Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 125.
49 Vgl. ebenda.

als die Hälfte der Getreideanbaufläche, obwohl im Verhältnis zu Stralsund und Mecklenburg der Anteil der mittelbäuerlichen Betriebe hier bedeutend höher lag. [50]

Setzt man die Hektarerträge in den Gebieten, wo sie am höchsten liegen, gleich 100, so lag 1878 der Reichsdurchschnitt bei Roggen um durchschnittlich 16,90 Prozent und bei Weizen um 13,95 Prozent sowie die niedrigste Gruppe bei Roggen um 37,31 Prozent und bei Weizen um 42,45 Prozent darunter. [51]

Die mittelbäuerlichen Betriebe Bayerns ernteten im Durchschnitt 35,7 Prozent mehr Roggen und 35,35 Prozent mehr Weizen pro Hektar als die ostdeutschen Großbetriebe sowie 4,59 Prozent mehr Roggen, aber 25,12 Prozent weniger Weizen als die kapitalistischen Betriebe der Industriegebiete. [52]

Bis 1914 veränderte sich die Aufteilung der Gebiete nach der Höhe der Hektarerträge. Zu der Gruppe mit den höchsten Erträgen gehörten jetzt außer Stralsund und Mecklenburg auch Magdeburg und Merseburg. Die RB Posen, Oppeln und Königsberg wiesen jetzt Hektarerträge auf, die dem Reichsdurchschnitt angenähert waren, während die bäuerlichen Gebiete Bayerns nunmehr die niedrigsten Ertragsleistungen brachten.

Die Niveauunterschiede lagen 1914 in den Gebieten mit den höchsten Erträgen um 14,76 Prozent bei Roggen und um 19,77 Prozent bei Weizen über dem Reichsdurchschnitt und um 37,62 Prozent bei Roggen sowie um 38,88 Prozent bei Weizen über den mittelbäuerlichen Gebieten mit den geringsten Erträgen.

Die mittelbäuerlichen Betriebe Bayerns wiesen 1914 um 15,08 Prozent geringere Roggenerträge und um 23,67 Prozent geringere Weizenerträge pro Hektar auf als die kapitalistischen Betriebe Ostdeutschlands. [53]

Die Veränderung der Gebietsgruppen sowie der Niveauunterschiede zwischen den Gebieten gingen auf die unterschiedlichen Steigerungswerte der Hektarerträge in den einzelnen Territorien zurück. [54]

Worin sind nun die Ursachen dieser differenzierten Entwicklung der Hektarertragsleistungen in den Territorien - ja, man kann aufgrund des bestimmenden Anteils einzelner Betriebsgrößenklassen in den jeweiligen Gebieten sagen - in den Betriebsgrößenklassen zu sehen?

Da hier der Vergleich der Ergebnisse der Betriebsgrößenklassen aber nur indirekt über deren Vorherrschen in einem Gebiet vorgenommen werden kann, können naturbedingte Faktoren, wie Beschaffenheit des Bodens oder klimatische Bedingungen, die eine wesentliche Rolle spielen, nicht ausgeschaltet werden. Doch war deren Wirken wiederum nicht so gravierend, da diejenigen Gebiete, die 1878 mit sehr niedrigen Erträgen aufwarteten, 1914 mit ihren Ergebnissen den Reichsdurchschnitt erreichten, obwohl Klima- und Bodenverhältnisse sich nicht verändert hatten. Hier müssen also neben den natürlichen noch andere, die landwirtschaftliche Produktion beeinflussende Faktoren gewirkt haben, wie Maschinennutzung, Düngemittelverwendung, Arbeitskräftebesatz, Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Preisgestaltung, Angebot und Nachfrage - Faktoren also, deren Wirkung auf die einzelnen Größenklassen unterschiedlich war.

50 Vgl. ebenda.
51 Vgl. ebenda, Tab. 126.
52 Vgl. ebenda, Tab. 61.
53 Errechnet nach ebenda, Tab. 126.
54 Vgl. ebenda, Tab. 61.

Das statistische Material gestattet es nicht, alle diese Faktoren zahlenmäßig auszuweisen und ihren Einfluß im Verlaufe des Untersuchungszeitraums darzustellen. Es können auch hier nur wieder anhand einzelner periodischer Daten über die Entwicklung der Maschinennutzung, der Düngemittelverwendung, des Arbeitskräftebesatzes, der Preisgestaltung und der Anbauverhältnisse sich grob abzeichnende allgemeine Tendenzen herausgearbeitet werden. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts endete die erste Etappe der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft. In dieser Etappe wurde die Intensivierung der Feldwirtschaft im wesentlichen durch die Landwirtschaft selbst getragen. Die für die intensiv erweiterte Reproduktion benötigten Produktionsmittel stellte die Landwirtschaft überwiegend allein her,[55] und das ermöglichte auch den Mittelbauern, ihre Wirtschaften zu verbessern.

Für die Anwendung der neuen Produktionsmethoden war kein großer Bargeldaufwand notwendig, sondern hauptsächlich ein höherer Arbeitseinsatz. Die Arbeitskräftesituation aber war in den mittelbäuerlichen Betrieben besser. In den bayrischen Gebieten bearbeitete 1882 im Durchschnitt eine Arbeitskraft 2, 87 Hektar, in den Gebieten mit vorwiegendem Großgrundbesitz dagegen 5, 73 Hektar.[56] Die Mittelbauern hielten auch mehr Nutzvieh auf 100 Hektar LN,[57] das erlaubte eine größere Zufuhr organischen Düngers pro Hektar. Daher gelang es den Mittelbauern, die zweifellos vorhandene, aber nur wenig genutzte technische Überlegenheit der Großbetriebe annähernd auszugleichen. Im Osten Deutschlands, wo die Großbetriebe nicht zur Intensivierung übergegangen waren, übertraf die Hektarertragsleistung der mittelbäuerlichen Betriebe die der Großbetriebe.

Einen wichtigen Ansatzpunkt für die Intensivierung der Produktion gerade in den bäuerlichen Betrieben bildete der immer mehr auch die landwirtschaftliche Produktion beherrschende Konkurrenzkampf. Für die mittelbäuerlichen Betriebe war die Höhe des Hektarertrages aufgrund der relativ geringen Größe ihrer Fläche von einschneidender Bedeutung für das Produktionsergebnis. Hierdurch wurde bestimmt, wieviel sie davon verkaufen konnten oder wieviel sie zukaufen mußten. Das spielte bei den relativ hohen Getreidepreisen der siebziger Jahre eine wichtige Rolle im Kampf der mittelbäuerlichen Betriebe um ihre Existenz. Nicht produktionstechnische Faktoren, sondern Überarbeit und Unterkonsumtion, erzwungene Bedürfnislosigkeit waren also das entscheidende Moment für eine arbeitsintensivere Gestaltung dieser Betriebe,[58] die zwangsläufig zu einer höheren Ertragsleistung führte.

Die stimulierende Wirkung des Existenzkampfes spielte in den Großbetrieben eine weit geringere Rolle für die Produktionssteigerung. Solange die Junker auch ohne erhöhten Kapitalaufwand rentabel wirtschaften konnten, behielten sie das extensive Bewirtschaftungssystem bei. So bedingten die beiden unterschiedlichen Bewirt-

55 Vgl. Berthold, Rudolf, Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der Industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 261 ff.

56 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 5, Berlin 1885, S. 8 ff.; NF, Bd. 4, Berlin 1884, S. 2 ff.

57 Errechnet nach ebenda, NF, Bd. 5, a. a. O., S. 8 ff., 108 ff.

58 Vgl. dazu Kautsky, Karl, Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

schaftungssysteme, die sich in den bayrischen mittelbäuerlichen Betrieben und den ostdeutschen Großbetrieben gegenüberstanden, Unterschiede in den Ertragsleistungen. Dabei handelte es sich um zeitweilige Unterschiede. Sie resultierten aus den politischen und ökonomischen Verhältnissen in Deutschland, der Kompromißpolitik der Bourgeoisie und der dadurch begründeten späten Entwicklung kapitalistischer Produktivkräfte. Es waren also Ergebnisse des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft.

Bürgerliche und revisionistische Politiker und Agrarökonomen versuchten, daraus eine generelle Überlegenheit des Klein- und Mittelbetriebes gegenüber dem Großbetrieb abzuleiten.[59] Sie berücksichtigten jedoch nicht, daß die moderne englische Großbetriebswirtschaft in Deutschland nur in der Provinz Sachsen eingeführt worden war.[60] Dort lagen die Erträge durchschnittlich um 6 Prozent höher[61] als in den bäuerlichen Gebieten Bayerns.[62] Den Grund für die geringe Ausbreitung der Großbetriebswirtschaft sahen solche Ökonomen in der "mangelhaften Ausbildung des kapitalistischen Unternehmungsgeistes in der Landwirtschaft".[63] Es bleibt anzumerken, daß beispielsweise Dietze, der diese Meinung vertreten hatte, Mecklenburg und Stralsund, die Gebiete mit den höchsten Hektarerträgen, gänzlich unberücksichtigt ließ.

Tatsächlich waren die Ursachen für das fehlende Streben der Junker, nachhaltig zu rationalisieren, im Lohn-Kosten-Preis-Gefüge, in der Zollpolitik des Deutschen Reiches und in betriebsorganisatorischen Fragen zu sehen. Für die Junker bestand kein ökonomischer Zwang, zur Intensivierung der Produktion überzugehen. Die junkerlichen Getreideproduzenten übten bestimmenden Einfluß auf die Getreidepreispolitik in Deutschland aus, fanden ein lohnendes Geschäft im Getreideexport nach England und damit eine gesicherte Rentabilität ihrer Wirtschaften. Deshalb interessierte sie nicht so sehr die sogenannte Flächenproduktion, sondern die höchstmögliche Verwertung ihres Kapitals auf der Grundlage einer hohen Produktivität der Arbeitskräfte.[64] Die Produktivität der Getreideproduktion zeigte 1882 auch wesentlich höhere Werte für Gebiete mit überwiegendem Großgrundbesitz[65], die durchschnittlich um 63, 77 Prozent höher lagen als in den bayrischen Gebieten.[66] So wurden nicht geschäftstüchtige Kapitalisten die Besitzer der großen Güter, sondern sie blieben in der Hand der verlotterten, rückständigen Junker, die die daraus erzielten Gewinne auf parasitäre Weise verbrauchten, statt sie produktiv anzulegen. "Die Pflicht, standesgemäß zu leben", schrieb Engels hierzu, "wird täglich kostspieliger; die Unterstützung der jüngeren Söhne bis durch das Leutnants- und Assessorstadium, die Unterbringung der Töchter im Ehestand, alles das kostet Geld"; und das alles waren Pflichten, "vor deren Erfüllung alle anderen Rücksichten schweigen müssen."[67] Zu den "Rücksichten",

59 Vgl. dazu u. a. David, Eduard, Sozialismus und Landwirtschaft, Berlin 1922.
60 Vgl. Dietze, Constantin v., Kapitalismus und Überlieferung in der deutschen Landwirtschaft, in: Vorträge über Volkswirtschaft und Politik, Nr. 3/1923, S. 19.
61 Es handelt sich um den Durchschnittsertrag des Brotgetreides.
62 Errechnet nach Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs, 1880 - 1889.
63 Vgl. Dietze, Constantin v., a. a. O., S. 26.
64 Vgl. Hess, Peter, Über die Klassenstruktur der westdeutschen Landwirtschaft und die bürgerliche Apologetik in der Agrarfrage, Diss. Berlin 1956, S. 148 f.
65 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., S. 179 f.
66 Errechnet nach ebenda, Anlagenband, Tab. 103.

die schweigen mußten, gehörte die Einführung neuer Produktionsmittel und -verfahren in die landwirtschaftliche Produktion.

Das waren auch die Gründe für die relativ geringe Maschinenanwendung[68] und die minimale (fast unbedeutende) Verwendung künstlicher Düngemittel.[69]

Worauf die hohen Erträge in Stralsund und Mecklenburg - zweier Gebiete mit traditionell starkem Großgrundbesitz - beruhten, kann nicht ausreichend begründet werden.[70] Hier lag aber bereits 1882 die Maschinenanwendung erheblich höher als in den anderen Gebieten mit vorwiegendem Großgrundbesitz.[71] Offensichtlich waren die mecklenburgischen und pommerschen Junker bereits früher zur Intensivierung des Bodens übergegangen.

Wieweit hier auch die Traditionen des landwirtschaftlichen Fortschritts - erinnert sei nur an die mecklenburgische Schlagwirtschaft, die zu einer erheblichen Ertragssteigerung geführt hatte, oder an den doch bedeutend größeren Anteil der Großbetriebe gegenüber anderen Gebieten des Großgrundbesitzes - eine Rolle spielten, ließ sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ermitteln. Dazu sind weitere Untersuchungen über die soziale Struktur der Großgrundbesitzer, über die Kapitalverhältnisse und den Einfluß der territorialen Lage (Nähe der Hafenstädte) usw. notwendig.

Mit der Überschwemmung des deutschen Marktes durch billiges amerikanisches Getreide Ende der siebziger Jahre sanken die Getreidepreise rapide. Der kapitalistische Getreide-Weltmarkt entstand, und die Preisbildung vollzog sich nicht mehr national oder lokal, sondern international. Die amerikanische Konkurrenz bewirkte die Angleichung der lokalen Preise an den Weltmarktpreis.[72] Die hauptsächlich Getreide produzierenden Junker bestimmten also nicht mehr allein den deutschen Getreidepreis. Der Preissturz versetzte sie in Schrecken; ihre Profite mußten sich verringern und die Junker gegenüber der Bourgeoisie ökonomisch ins Hintertreffen geraten lassen. Damit liefen sie Gefahr, ihre politischen Positionen im Klassenbündnis mit der Bourgeoisie zu verlieren. Ziel ihrer Politik war es jetzt, mit Hilfe des Staates ihre wirtschaftliche und politische Stellung zu sanieren und zu erweitern. Eine erste Maßnahme des preußisch-junkerlichen Staates war die Einführung der Getreidezölle 1879.[73] Sie sollten ein weiteres Fallen der Getreidepreise verhindern und so die deutschen Junker vor einem Verlust an Einnahmen schützen, indem sie ihnen den deutschen Mehlmarkt sicherten. Aber das ist nur die eine Seite der Schutzzollfrage. Die durch den Übergang vom Kapitalismus

67 Engels, Friedrich, Zur Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1975, S. 450.
68 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 43.
69 Vgl. ebenda, Tab. 105.
70 Auch bei Mager finden sich keine Erklärungen über die Ursachen der Produktionssteigerung. Vgl. Mager, Friedrich, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 477 ff.
71 Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 5, a. a. O., S. 204 ff.
72 Vgl. Rathmann, Lothar, Die Getreidezollpolitik der deutschen Großgrundbesitzer in der 2. Hälfte der 70er Jahre des 19. Jh. unter besonderer Berücksichtigung der nordamerikanischen Agrarkonkurrenz, phil. Diss. Leipzig 1956, S. 22.
73 Vgl. Conrad, Johannes, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie der 70er Jahre des 19. Jahrunderts unter besonderer Berücksichtigung der nordamerikanischen Agrarkonkurrenz, phil. Diss. Leipzig 1956, S. 22.

der freien Konkurrenz zum Imperialismus gestellten erhöhten Anforderungen an die Landwirtschaft waren nur durch die erweiterte kapitalistische Reproduktion - Vorbedingung für eine steigende Bruttoproduktion - zu realisieren. Voraussetzung für eine erweiterte kapitalistische Reproduktion aber waren stabile Agrarpreise, die durch die Schutzzölle erzielt werden konnten.

Welche Auswirkung hatten die Zölle auf die Entwicklung der pflanzlichen Produktion in den bäuerlichen und in den Großbetrieben? Eine Analyse der Produktionsentwicklung im Zeitraum 1879 bis 1885 zeigt,[74] daß in den vorwiegend mittelbäuerlichen Gebieten Bayerns die Anbaufläche für Roggen - der den größten Preisverlust verzeichnete - zurückging, und zwar zum Teil beträchtlich: in Mittelfranken um 10,97 Prozent und in Unterfranken um 12,47 Prozent.[75] Demgegenüber nahm die Anbaufläche für Weizen und für Futtergetreide zu.[76] Der Preis dieser beiden Getreidearten hatte sich nur unwesentlich verändert.[77] Offensichtlich war das der Anlaß dafür, den Anbau von Roggen zugunsten der anderen Getreidearten und weiterer Feldfrüchte - vor allem von Gemüse, dessen Anbaufläche zum Beispiel in der Oberpfalz um 1 870 Hektar und in Mittelfranken um 1 131 Hektar vergrößert wurde[78] - einzuschränken. Mit der Reduzierung der Roggenanbaufläche ging aber in einigen Gebieten eine erhebliche Steigerung der Hektarerträge einher.[79] Sie betrug zum Beispiel in Mittelfranken 5,6 und in der Oberpfalz 8,1 Prozent.[80]

In den Gebieten mit überwiegendem Großgrundbesitz wurde die Roggenanbaufläche dagegen weiter ausgedehnt.[81] Gleichzeitig nahmen auch die Flächen der anderen Getreidearten zu.[82] Die bedeutende Zunahme wurde wahrscheinlich dadurch ermöglicht, daß auch Flächen mit herangezogen wurden, die für den Getreideanbau weniger geeignet waren.[83] So kam es mit Ausnahme von Mecklenburg und Stralsund zu einer rückläufigen Entwicklung der Hektarertragsleistung, zumal die Zunahme der absoluten Einsatzmenge an Düngemitteln pro Flächeneinheit im Reichsmaßstab zu gering war, als daß eine bedeutende Verbesserung des Bodennährstoffgehaltes zu vermuten wäre.

Die junkerlichen Großbetriebe versuchten also, durch Flächenerweiterung ein größeres Gesamtprodukt zu erzielen, um so den durch den Preisverfall sich anbahnenden Gewinnverlust zu kompensieren. Die Zölle begünstigten diese Entwicklung: Sie schoben die Notwendigkeit, die Güter der Junker von extensiver auf intensive Wirtschaftsweise umzustellen, hinaus.[84] Die Schutzzölle dienten also einerseits dem Fortschritt, sicherten die erweiterte kapitalistische Reproduktion, hemmten aber andererseits eben diesen Fortschritt, weil die Junker als histo-

74 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., S. 187 ff.
75 Vgl. ebenda, Anlagenband, Tab. 114.
76 Vgl. ebenda, Tab. 113; Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 2/1880, S. 18 ff.; Nr. 1/1885, S. 26 ff.
77 Vgl. ebenda.
78 Vgl. ebenda.
79 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., S. 142 ff.
80 Vgl. ebenda, Anlagenband, Tab. 116.
81 Vgl. ebenda, Tab. 114.
82 Vgl. Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 2/1880, S. 18 ff.; Nr. 1/1885, S. 26 ff.
83 Vgl. Treue, Wilhelm, Die deutsche Landwirtschaft zur Zeit Caprivis und ihr Kampf gegen die Handelsverträge, Diss. Berlin 1933, S. 17.
84 Vgl. Wurm, Franz, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland 1848 bis 1948, Opladen 1969, S. 110.

risch überlebte Gesellschaftsschicht, parasitär im Denken und Handeln, diese Situation nur nutzten, um den individuellen Konsum zu erhöhen, statt zu akkumulieren und ihre Betriebe ökonomisch zu festigen.

Die Junker sahen in den Getreidezöllen die Chance, ohne Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion, ohne verstärkte Anwendung von Maschinen, ohne Übergang zu rentablen Kulturen, ohne das geringste Risiko, einfach auf Kosten des Volkes, durch Sicherung der Renten und Bodenpreise die Krise zu überwinden.[85] Damit wurde das objektive Ziel, die erweiterte kapitalistische Reproduktion durchzuführen, nicht verwirklicht. Die unterschiedliche Wirkung, die die Getreidezölle einerseits auf die junkerlichen Güter und andererseits auf die mittelbäuerlichen Betriebe ausübten, führte zu einer weiteren Erhöhung des Niveauunterschiedes in der Hektarertragsleistung zwischen bayrischen mittelbäuerlichen Gebieten und den ostdeutschen mit überwiegendem Großgrundbesitz. 1885 erntete man in den mittelbäuerlichen Gebieten 41,25 Prozent mehr Roggen und 41,49 Prozent mehr Weizen vom Hektar. Die Hektarertragsleistungen zwischen den bäuerlichen Gebieten und den durch die kapitalistischen Betriebe gekennzeichneten Territorien Magdeburgs und Merseburgs differierten um 17,41 Prozent,[86] und die durch den Großgrundbesitz beherrschten RB Stralsund und Mecklenburg bauten ihre führende Stellung aus - gegenüber den bäuerlichen Gebieten erzielten sie bei Roggen einen um 26,55 Prozent und bei Weizen um 39,55 Prozent höheren Hektarertrag.[87] In den Territorien, in denen die Großbetriebe offensichtlich ihre technischen Vorteile besser einsetzten und wahrscheinlich den Übergang zu einer intensiven Betriebsweise vollzogen hatten, übertraf die Produktionsleistung die der bäuerlichen Betriebe. Geschah dieser Übergang nicht, wie in den ostdeutschen Gebieten, wo Bodenbearbeitung, Düngung, Viehzucht, Gewerbezahl und Kapitalanwendung weniger entwickelt waren als im Westen, blieb der Hektarertrag unter dem Reichsdurchschnitt. Backhaus sah als die entscheidende Ursache für das Zurückbleiben der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen den Kapitalmangel an, dessen Bekämpfung die wichtigste Frage für die Landwirtschaft darstelle.[88] Dieser Kapitalmangel bestand aber nicht absolut, sondern nur relativ, da der größere Teil des Agrarprofits für die Aufrechterhaltung des luxuriösen Lebensstils der Junker verwendet wurde und nur ein geringer Teil für die erweiterte Reproduktion. Auch die hohen Ablösungsgebühren aus den Agrarreformen, die vor allem nach 1871 einkamen, wurden nicht als Quelle für die Rationalisierung der Betriebe genutzt. Der Kapitalmangel wurde also durch diejenigen selbst heraufbeschworen, die über ihn Klage führten. Die Erkenntnis, daß die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion notwendig sei, setzte sich in immer breiteren Kreisen durch. Das erforderliche Kapital sollte durch den Zoll bereitgestellt werden, dessen Ergebnisse im Prinzip den Großgrundbesitzern in Form von Kapitalzuwachs zufallen.[89] Dadurch erhielten sie das Kapital, mit dem die notwendigen Reformen zur Anpassung an die veränderten Verhältnisse des Weltmarktes realisiert werden sollten, die nicht ohne immense Kosten durchzuführen waren und dem

85 Vgl. Rathmann, Lothar, a. a. O., S. 74.
86 Errechnet nach Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 7/1885, S. 4 ff.; Nr. 7/1886, S. 4 ff.; Nr. 7/1887, S. 4 ff.
87 Errechnet nach ebenda.
88 Vgl. Backhaus, Alfred, Agrarstatistische Untersuchungen über den preußischen Osten im Vergleich zum Westen, Berlin 1898, S. 113.
89 Vgl. Zeitlin, Leon, Fürst Bismarcks sozial-wirtschafts- und steuerpolitischen Anschauungen, Leipzig 1902, S. 123.

Durchschnitt der Grundbesitzer bei der nun einmal vorhandenen Verschuldung ohne Hilfe unmöglich gewesen wären.[90]

Auch in dem Zeitraum von 1885 bis 1892 änderte sich die Situation nur unwesentlich, die bäuerlichen Gebiete wiesen die höheren Hektarertragsleistungen auf, aber die Differenzen der Ertragsleistungen zwischen den bäuerlichen und den Großbetrieben Ostdeutschlands erhöhten sich. Gleichzeitig verringerten sich die Abstände in den Erträgen zwischen den bäuerlichen Gebieten sowie Stralsund und Mecklenburg, da sich die Hektarerträge in den letztgenannten Gebieten größtenteils rückläufig entwickelten bzw. nur geringe Zunahmen verzeichneten.[91] In den durch den bäuerlichen Besitz beherrschten bayrischen RB wurde nach 1885 auch die Roggenfläche wieder vergrößert, während sie in Stralsund und Posen verringert wurde. Hier erfolgte dagegen eine bedeutende Zunahme des Weizen- und Haferanbaus.[92] Die Zunahme der Roggenanbaufläche in den bäuerlichen Gebieten hing offensichtlich mit der Steigerung der Roggenpreise um 23,4 Prozent[93] zusammen, zumal durch die Flächenreduzierung im Zeitraum 1878 bis 1885[94] wahrscheinlich der Eigenbedarf nicht mehr durch den Betrieb gedeckt werden konnte. Im Reichsmaßstab hatte die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion - obwohl der künstliche Düngemittelverbrauch pro Hektar bedeutend größer geworden[95] und der Hackfruchtanbau vor allem in den Gebieten des Großgrundbesitzes erheblich ausgedehnt worden war - noch keine erkennbaren Fortschritte gezeigt, so daß insgesamt die arbeitsintensiven bäuerlichen Betriebe weiterhin die höheren Erträge erzielten.[96] Sowohl in den bäuerlichen Gebieten als auch in denen mit überwiegendem Großgrundbesitz wurde die Bruttoproduktion der Brotgetreidearten in diesem Zeitraum erhöht,[97] in den Territorien der bäuerlichen Betriebe hauptsächlich infolge der Erhöhung der Ertragsleistung, in den Großgrundbesitzgebieten aufgrund der Flächenerweiterung.[98]

Der Zeitraum von 1892 bis 1899 wies im Reichsmaßstab die größten Steigerungsraten für Roggen und Weizen auf.[99] Für die bäuerlichen Gebiete, die erheblich unter diesen Werten des Reiches blieben, traf das nicht generell zu, vor allem in dem Zeitraum 1885 bis 1892 konnten schon höhere Steigerungswerte verzeichnet werden.[100] In den ostdeutschen Großgrundbesitzgebieten lagen die Steigerungsraten weit über dem Reichsdurchschnitt, das heißt, sie übertrafen erstmals die bäuerlichen Gebiete.[101] Da die hohen Steigerungswerte im wesentlichen durch die geringeren Ausgangswerte zustande kamen, konnten die untersuchten Gebiete Ostdeutschlands die absolute Höhe der Hektarerträge in den mittelbäuerlichen Gebie-

90 Vgl. ebenda, S. 126.
91 Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 3/1892, S. 36 ff.; Nr. 3/1893, S. 36 ff.; Nr. 3/1893, S. 46 ff.; Nr. 4/1894, S. 209 ff.
92 Vgl. ebenda, Nr. 4/1894, S. 140 ff.; Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Nr. 1/1885, S. 26 ff.
93 Errechnet nach Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 112.
94 Vgl. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 3/1892, S. 36 ff.; Nr. 3/1893, S. 46 ff.; Nr. 4/1894, S. 209 ff.
95 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 105.
96 Vgl. ebenda.
97 Vgl. ebenda, Tab. 107, 108.
98 Vgl. ebenda, Tab. 113 - 116.
99 Vgl. ebenda, Tab. 115, 116.
100 Vgl. ebenda.
101 Vgl. ebenda.

ten Bayerns nicht erreichen, aber die Niveauunterschiede betrugen nun bei Roggen nur noch 11, 8 Prozent und bei Weizen 2, 56 Prozent.[102] Auch zu den in der Hektarertragsleistung führenden Gebieten Stralsund und Mecklenburg bzw. zu den Industriegebieten Magdeburg und Merseburg konnten die Differenzen vermindert werden.[103]

Im Reichsmaßstab ging die Steigerung der Erträge pro Hektar vor allem auf die Chemisierung und Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion sowie auf eine Ausweitung des Hackfruchtanbaus zurück. Diese Komponenten wurden in den einzelnen deutschen Territorien, wie ein Vergleich - soweit er möglich war - erkennen ließ, unterschiedlich berücksichtigt. Der Kaliverbrauch auf 100 Hektar LN war in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin beträchtlich höher als im Königreich Bayern und im Königreich Württemberg.[104] Drei Fälle der Verwendung von Maschinen pro Großbetrieb in den ostdeutschen Gebieten konnten im Durchschnitt registriert werden. In den bäuerlichen Betrieben Bayerns betrug die Zahl der Fälle der Maschinenanwendung dagegen nur rund 0, 6, in Stralsund und Mecklenburg lag sie durchschnittlich bei 3, 5.[105] Eine Ausweitung des Hackfruchtanbaus erfolgte hauptsächlich nur in den Gebieten mit landwirtschaftlichen Großbetrieben, und in den Industriegebieten, wo die LN überwiegend von kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben genutzt wurde. So erhöhte sich die Anbaufläche für Zuckerrüben im RB Posen zum Beispiel von 1878 bis 1900 um 20 918 Hektar und im RB Magdeburg um 21 810 Hektar, im RB Oberpfalz aber nur um 304 Hektar und im RB Unterfranken um 127 Hektar.[106] Die ertragssteigernde Wirkung des Zuckerrübenanbaus auch für andere Kulturen wurde also in den Gebieten der Großbetriebe weit besser genutzt.

Die Unterschiede in der Chemisierung und Mechanisierung sowie in der Erweiterung der Zuckerrübenanbaufläche waren offensichtlich die Ursache für die Unterschiede in den Steigerungsraten bei den Hektarerträgen. Damit wurde in der Produktionssteigerung in den neunziger Jahren erstmals die Überlegenheit des Großbetriebes als Massenerscheinung sichtbar, und zwar dort, wo seine Vorteile, nämlich die Möglichkeit, kapitalintensiv zu arbeiten und fortgeschrittene Produktionsmethoden anzuwenden, genutzt wurden. Das heißt aber auch, daß die zweite Etappe der kapitalistischen Intensivierung eine sehr lange Anlaufphase benötigte und sich erst in den neunziger Jahren auswirkte.

Den Klein- und Mittelbauern blieben aufgrund ihrer ökonomischen Lage nur sehr beschränkte Möglichkeiten für den Einsatz von Maschinen und Düngemitteln, aber auch einer Erweiterung des Hackfruchtanbaus waren hier Grenzen gesetzt, da der gemischte Betrieb Pflanzenbau und Viehzucht, der daraus resultierende hohe Wiedereinsatz an Produkten und der hohe Eigenverbrauch solche Strukturveränderun-

102 Errechnet nach Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 3/1898, S. 9 ff.; Nr. 3/1899, S. 68; Ergänzungsheft zu Nr. 4/1899, S. 10 ff.
103 Vgl. ebenda.
104 Vgl. Stoepel, Karl Theodor, Die deutsche Kaliindustrie und das Kalisyndikat, Halle 1904, S. 88.
105 Errechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 112, S. 164 ff.
106 Errechnet nach Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 2/1880, S. 30 ff.; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 3/1902, S. 58 ff.

gen nicht zuließen.[107] Den technischen und ökonomischen Vorteilen des Großbetriebes aber konnte der bäuerliche Betriebsinhaber nur eine Einschränkung seiner Bedürfnisse entgegensetzen. Die Forcierung der Intensivierung in der landwirtschaftlichen Produktion durch die Junker gerade in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts muß sicher im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und der Wirtschaftspolitik jener Jahre gesehen werden.

Nach dem Sturz Bismarcks erfolgte eine Neuorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik. Die sogenannte "Handelsvertragspolitik" Caprivis hob die führende Rolle der Industrie für Deutschland hervor, entsprechend der sozialökonomischen Strukturwandlung Deutschlands, das zum Industriestaat geworden war. Damit erfuhren die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie in der Handels- und Wirtschaftspolitik - die industriellen Absatzgebiete zu erweitern und neue Märkte zu gewinnen - stärkere Berücksichtigung. Dafür mußten Konzessionen gemacht werden: Die Zölle für Roggen und Weizen wurden herabgesetzt.[108] Das aber bedeutete für die junkerlichen Getreideproduzenten eine weitere Verringerung der Einnahmen, zumal auch die Getreidepreise gegenüber 1885 erneut gefallen waren.[109] Sinkende Einnahmen mußten die ökonomische Position der Junker weiter schwächen und sie damit auch um ihre politischen Machtpositionen fürchten lassen, denn die Bourgeoisie konnte gerade in den neunziger Jahren, durch den zyklischen Aufschwung[110] bedingt, ihre ökonomische Vorherrschaft ausbauen.

Ein Ausweg aus dieser Misere bestand für die Junker in einer Steigerung der Produktion, die in Deutschland in entscheidendem Maße nur noch durch Intensivierung möglich war. Aller Boden war in Besitz genommen, und die LN ging infolge der Industrialisierung und Urbanisierung zurück. Die Intensivierung aber verlangte einen vermehrten Kapitaleinsatz, den die Junker entweder nicht ermöglichen konnten oder wollten und den der Staat zum "Schutze der Landwirtschaft" zur Verfügung stellen sollte.[111]

Der Kampf der junkerlichen Opposition, geführt durch den Bund der Landwirte, der 1893 als Interessenorgan der deutschen Großgrundbesitzer gegründet worden war, war von Erfolg gekrönt, wie eine Reihe agrarpolitischer Maßnahmen der neunziger Jahre zeigte.[112] Mittel für die Intensivierung der Produktion flossen den Junkern entweder direkt zu, zum Beispiel durch das Steuerreformgesetz vom 14. Juli 1893, das rund 51 Millionen Mark Grund- und Gebäudesteuern außer Hebung setzte, oder indirekt durch solche Maßnahmen wie die Aufhebung des Identitätsnachweises und die Einführung des Einfuhrscheinsystems[113], wodurch der Getreideabsatz für die ostdeutschen Junker zu einem lohnenden Geschäft wurde. Gerade die letzteren beiden Maßnahmen veranlaßten die ostdeutschen Getreideprodu-

107 Vgl. Klemm, Volker, Ursachen und Verlauf der Krise der deutschen Landwirtschaft von 1927/28 bis 1933. Ein Beitrag zur Agrarkrisentheorie, landwirtschaftl. Habil.-Schr. Berlin 1965.

108 Vgl. Engelberg, Ernst, Deutschland von 1871 bis 1897, Berlin 1965, S. 328.

109 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 112.

110 Vgl. dazu Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1974, S. 181 f.

111 Vgl. dazu Wirth, Max, Die Krisis in der Landwirtschaft und Mittel zur Abhilfe, Berlin 1881.

112 Vgl. dazu Denkschrift über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen, Berlin 1896.

113 Vgl. ebenda, S. 13.

zenten zur Produktionssteigerung; denn diese Gesetzgebung hatte das Ziel, den ostdeutschen Getreideüberschuß mit dem süd- und westdeutschen Kornbedarf - bei gleichzeitiger Einsparung von Transportkosten - zu kompensieren. Ihre Wirkung bestand darin, daß die ostdeutschen Großgrundbesitzer für ihre Kornüberschüsse den vollen Zollschutz, das heißt den Weltmarktpreis zuzüglich des Schutzzollbetrages, erhielten, daß ferner der Export nach skandinavischen Märkten erleichtert wurde und eine Art Exportprämie entstanden war.[114] In der Wechselwirkung zwischen der Notwendigkeit für die Junker zu intensivieren und den agrarpolitischen Maßnahmen lag also die entscheidende Ursache für die Produktionssteigerung in den neunziger Jahren in den Großbetrieben, vor allem in Ostdeutschland.

Je mehr die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion voranschritt, desto mehr zeigte der Großbetrieb seine Überlegenheit, was sich in den Steigerungsraten der Hektarerträge ausdrückte.[115] Im Jahre 1906 ernteten die ostdeutschen Großgrundbesitzer nur noch 3, 28 Prozent weniger Roggen und schon 4, 97 Prozent mehr Weizen vom Hektar.[116] Zwischen 1906 und 1913 gelang es den ostdeutschen Großbetrieben, die Hektarerträge der mittelbäuerlichen Betriebe Bayerns an Roggen zu überbieten.[117] Im Durchschnitt wurden 1913 in den bayrischen Territorien 15, 2 dt Roggen und 15, 8 dt Weizen pro Hektar geerntet, in den östlichen Gebieten des Großgrundbesitzes 17, 9 dt Roggen und 20, 7 dt Weizen,[118] das waren um 17, 76 Prozent höhere Roggenerträge und um 31, 0 Prozent höhere Weizenerträge als in den bäuerlichen Gebieten. In den Gebieten mit den höchsten Hektarerträgen wurden 1913 pro Hektar 21, 4 dt Roggen und 27, 2 dt Weizen geerntet. Die Differenz zu den ostdeutschen Territorien betrug bei Roggen 25, 5 Prozent und bei Weizen 31, 9 Prozent, hatte sich also gegenüber 1878 verringert, während die bäuerlichen Betriebe Bayerns eine bei Roggen um 34, 59 Prozent und bei Weizen um 64, 8 Prozent geringere Ertragssteigerung erzielten.[119] Der Unterschied war damit größer geworden. Im Jahre 1913 zeigte sich also in der Hektarertragsleistung eine recht erhebliche Überlegenheit in den vorwiegend vom Großgrundbesitz und von großbäuerlichen Betrieben bewirtschafteten Gebieten. Interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der Leistungsfähigkeit von Großbetrieben und bäuerlichen Betrieben gibt eine Gegenüberstellung des Verhältnisses der Flächen- und Produktionsanteile des untersuchten Territoriums zur Gesamtfläche und -produktion von Getreide im Deutschen Reich.

Einem Getreideflächenanteil von 3, 9 Prozent des RB Posen stand 1878 ein Anteil in der Getreideproduktion von 2, 75 Prozent gegenüber,[120] setzt man den Flächenanteil gleich 1, dann ergibt sich ein Verhältnis von 1 : 0, 71. Ein ähnliches Verhältnis verzeichneten auch die RB Königsberg und Oppeln,[121] während es sich in den bäuerlichen Gebieten, mit Ausnahme Schwabens, 1 : 1 gestaltete.[122] Hier

114 Vgl. Plachetka, Manfred, Die Getreideautarkiepolitik Bismarcks und seiner Nachfolger im Reichskanzleramt, Diss. Bonn 1969, S. 193.
115 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 115, 116.
116 Errechnet nach Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 1905 bis 1907.
117 Vgl. ebenda, 1907 bis 1914.
118 Vgl. Ballwanz, Ilona, a. a. O., Anlagenband, Tab. 126.
119 Errechnet nach ebenda.
120 Vgl. ebenda, Tab. 127, 68.
121 Errechnet nach ebenda.
122 Errechnet nach ebenda.

kommt die unterschiedliche Intensität der Produktion beider Gruppierungen zum Ausdruck. In Magdeburg, Merseburg und Mecklenburg war der Produktionsanteil größer als der Anteil der Fläche[123]; die Betriebe dieser Territorien wiesen also die größte Leistungsfähigkeit auf.

Im Jahre 1913 betrug das Verhältnis von Flächen- und Produktionsanteil in den ostdeutschen RB durchschnittlich 1 : 0, 95[124], in den bäuerlichen Gebieten dagegen 1 : 0, 82[125], was eine gestiegene Leistungsfähigkeit der Gebiete mit überwiegendem Großgrundbesitz und eine sinkende in den bäuerlichen bedeutete. Diese Entwicklung bewirkte eine weitere Zunahme der Vorherrschaft der kapitalistischen Betriebe in der Getreideproduktion. Der Anteil des RB Posen an der Gesamtgetreideproduktion des Deutschen Reiches erhöhte sich von 2, 75 Prozent 1878 auf 4, 5 Prozent 1913, der Magdeburgs von 2, 93 Prozent auf 3, 12 Prozent, demgegenüber wiesen alle Territorien Bayerns eine rückläufige Entwicklung des Anteils auf.[126]

Damit wurden nach den technischen und kapitalmäßigen Vorteilen der Großbetriebe auch Vorteile in der Produktion sichtbar. Das entscheidende Argument der bürgerlichen und revisionistischen Theorien von der Überlegenheit des Kleinbetriebes, daß darin die Flächenleistung mit zunehmender Intensivierung immer größer würde,[127] wurde hier für den Bereich der Getreideproduktion widerlegt. Hier zeigten sich schon bald die Grenzen einer Intensivierung durch lebendige Arbeit, die für den Kleinbetrieb charakteristisch ist. Es vollzog sich eine Entwicklung, die zur immer stärkeren Überlegenheit des Großbetriebes führte, weil im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft - wie Kautsky feststellte - der qualitative Unterschied in der Technik zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb immer größer wird.[128] Solange die Klein- und Mittelbauern imstande waren, die geringe Technik, die in den Großbetrieben vorhanden war, durch Unterkonsumtion und Überarbeit auszugleichen, gelang es ihnen, gleiche oder auch höhere Erträge zu erzielen. Als aber die arbeitsintensive Wirtschaftsweise, die nicht unendlich gesteigert werden konnte und sich auch von einem bestimmten Punkte an als unrentabel erweisen mußte, die Vorteile der Düngemittel- und Maschinenanwendung nicht mehr ausgleichen konnte, blieben die Steigerungsraten der bäuerlichen Betriebe hinter denen der Großbetriebe zurück. Die Entwicklung verlief also nicht, wie David äußerte, vom überlegenen Großbetrieb zum überlegenen Kleinbetrieb,[129] sondern in umgekehrter Richtung: Je mehr der Großbetrieb seine technischen Vorteile nutzte und kapitalintensiv arbeitete, desto mehr zeigte sich seine Überlegenheit. In der landwirtschaftlichen Produktion des Deutschen Reiches vollzog sich damit gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Änderung in der Rangfolge der produktionstechnischen Faktoren, es wurde der Wechsel von einem Arbeits-, Boden-, Kapitaleinsatz zu einem Kapital-, Arbeits-, Bodeneinsatz vollzogen. Diesem Wechsel in der Reihenfolge der Faktoren aber konnte die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe - und das waren die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe - nicht folgen, da ihnen das nötige Kapital dazu fehlte. So blieben dort die Steigerungsraten weitaus geringer.

123 Errechnet nach ebenda.
124 Errechnet nach ebenda.
125 Errechnet nach ebenda.
126 Vgl. ebenda, Tab. 68.
127 Vgl. dazu David, Eduard, a. a. O., S. 411 ff.
128 Vgl. Kautsky, Karl, a. a. O., S. 92.
129 Vgl. David, Eduard, a. a. O., S. 436 ff.

Die Analyse der Produktionsentwicklung in den einzelnen Territorien zeigt also, daß mit der vollen Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auch in diesem Wirtschaftszweig die Vorteile der Großproduktion voll wirksam werden. Die Entwicklung der pflanzlichen Produktion widerlegt eindeutig die Theorie von der Überlegenheit des Kleinbetriebes und hebt im Gegenteil die Überlegenheit der kapitalistischen Betriebe hervor.

DISKUSSIONEN

Jahrbuch-Forum:

"Fragen der sozialistischen Industrialisierung"

Die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte veranstaltete am 2. Dezember 1977 unter der Leitung von Dr. Traute Scholz (stellvertetender Chefredakteur) ein weiteres Forum, in dem diesmal Fragen der sozialistischen Industrialisierung behandelt wurden.

Zur Diskussion standen die im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, Teil 4, veröffentlichte historisch-methodologische Studie[1] von Frank Hoffmann und Michael Laschke (beide Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin) sowie "Kontroverse Bemerkungen", die Jörg Roesler (Akademie der Wissenschaften der DDR) schriftlich dazu vorgelegt hatte.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen im wesentlichen historisch-methodologische Fragen der Erforschung und Darstellung der sozialistischen Industrialisierung. Hoffmann und Laschke unterscheiden zwischen sozialistischer Industrialisierung im engeren und im weiteren Sinne. Zur sozialistischen Industrialisierung im engeren Sinne zählen sie die "qualitativen Prozesse der Schaffung der maschinellen Großindustrie". Hier wird nach Hoffmann/Laschke "das Kriterium des Sieges der industriellen, das heißt auf der maschinellen Fertigung beruhenden Großproduktion gegenüber der Landwirtschaft und der einfachen Warenproduktion sowie von vorindustriellen Zwischenstufen und Elementen der Industrieproduktion angesetzt."[2] Zur sozialistischen Industrialisierung im weiteren Sinne zählen die Autoren diejenigen Industrialisierungsprozesse, "die bereits an den Sieg der maschinellen Großproduktion anknüpfen und deren Weiterentwicklung beinhalten." Die sozialistische Industrialisierung im weiteren Sinne widerspiegele "die Notwendigkeit, Niveau- und Strukturveränderungen der gesellschaftlichen Produktion insgesamt, also auch der Industrie selbst, durchzuführen."[3] Dazu gehören Veränderungen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses nicht nur in der Industrie, sondern auch in allen anderen Bereichen der produktiven und der nichtproduktiven Sphäre.

Gegen diese Unterscheidung zwischen Industrialisierung im engeren und im weiteren Sinne hatte sich Roesler in seinen "Kontroversen Bemerkungen" gewandt. In der These liege die Gefahr, daß der qualitative Unterschied der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder Europas zwischen den vierziger/fünfziger und den sechziger/siebziger Jahren nicht gesehen oder versteckt wird. Hier werde impliziert, daß es sich bei der Entwicklung der materiell-technischen Basis

1 Hoffmann, Frank / Laschke, Michael, Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 27 - 44.
2 Ebenda, S. 41.
3 Ebenda, S. 43.

des Sozialismus lediglich um die Ausbreitung des Industrialisierungsprozesses über den unmittelbaren Bereich der Industrie hinaus handelt*(einschließlich entsprechender Rückwirkungen auf die Industrie selbst). Roesler sieht den Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung der materiell-technischen Basis des Sozialismus dagegen nicht primär in der Ausbreitung des Industrialisierungsprozesses auf alle Zweige der Volkswirtschaft, sondern in der unterschiedlichen Rolle, die die extensiven und intensiven Wachstumsfaktoren in den fünfziger sowie in den sechziger/siebziger Jahren in der Wirtschaft der sozialistischen Länder spielten bzw. spielen. Historisch habe sich erwiesen, daß für die fünfziger Jahre die von den kommunistischen Parteien und Regierungen der sozialistischen Länder ausgearbeitete Strategie des überwiegend extensiven Wachstums, für die sechziger und siebziger Jahre die des vorwiegend intensiven Wachstums optimal war bzw. ist.

Laschke wies zu Beginn der Diskussion nochmals auf das Hauptanliegen der Autoren hin, herauszustellen, daß man die Industrialisierung als einen komplexen Prozeß auffassen müsse, der durch internationale und nationale politische Bedingungen, aber auch durch geographische, demographische und ökonomische Faktoren beeinflußt wird. Bisher sei Industrialisierung häufig mit Aufbau der Schwerindustrie gleichgesetzt worden. Sie sei jedoch viel mehr. Hoffmann/Laschke betrachten die sozialistische Industrialisierung als Prozeß zur Schaffung einer solchen industriellen Basis, die es ermöglicht, die dialektische Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu realisieren und eine Umgestaltung der Volkswirtschaft zu sichern, die Erfordernisse der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu verwirklichen und das Lebensniveau des Volkes zu erhöhen.

Zweitens müsse die Industrialisierung sowohl als Prozeß des Aufbaus eines Wirtschaftszweiges sowie als Prozeß der qualitativen Weiterentwicklung dieses Zweiges betrachtet werden. Zugleich gehe es um die Umsetzung industrieller Produktionsmethoden in außerindustriellen Bereichen der Volkswirtschaft. Dieser zuletztgenannte Aspekt sei bisher relativ wenig beachtet worden, obwohl schon Marx darauf hingewiesen habe. Diese umfassende Betrachtung der Industrialisierung habe die Autoren dazu geführt, von Industrialisierung im engeren und im weiteren Sinne zu sprechen.

In diesem Zusammenhang wandte sich Laschke gegen Roeslers in den "kontroversen Bemerkungen" dargelegte Ansicht, die Industrialisierung im weiteren Sinne stehe bei Hoffmann/Laschke lediglich für eine quantitative Ausbreitung des Industrialisierungsprozesses. Die Umsetzung von industriellen Produktionsmethoden in Bereichen außerhalb der Industrie, die Ablösung durch mechanisierte Vorgänge, sei ein qualitativer Prozeß.

Im Zusammenhang mit der Definition der sozialistischen Industrialisierung im engeren und weiteren Sinne betonten Hoffmann/Laschke die Komplexität dieses Prozesses.

Roesler machte darauf aufmerksam, daß diese Definition der sozialistischen Industrialisierung als komplexer Prozeß so weitgehend ist, daß die Begriffsbestimmung auf einen Dauerprozeß der sozialistischen Entwicklung hinauslaufe.

Die Teilnehmer der Diskussion erzielten Übereinstimmung darüber, daß sich in den sechziger Jahren eine neue Qualität der sozialistischen Industrialisierung herausgebildet hatte. Roesler vertrat die Meinung, daß zu Anfang der sechziger Jahre die sozialistische Industrialisierung abgeschlossen war; Hoffmann/Laschke waren der Auffassung, daß nur der Prozeß der sozialistischen Industrialisierung im engeren Sinne zu dieser Zeit beendet war.

Werner Holzhütter (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) hielt Roeslers These für problematisch. Obwohl die Industrialisierung eng mit der Übergangsperiode verbunden war, könne man sie doch nicht mit deren Ende als abgeschlossen betrachten. In der Literatur werde das Wesen der sozialistischen Industrialisierung in der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus gesehen. In dem auf dem IX. Parteitag beschlossenen Programm werde als ein Wesensmerkmal der entwickelten sozialistischen Gesellschaft formuliert: "Entwickelte sozialistische Gesellschaft - das heißt, eine leistungsfähige materiell-technische Basis zu schaffen, die ein stabiles Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitsproduktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit ermöglicht. Der Hauptweg dazu ist die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion. Die organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus ist dafür eine entscheidende Bedingung."[4] Wenn die sozialistische Industrialisierung auf die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus gerichtet ist, auf die Schaffung der Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus, dann könne sie nicht zu irgendeinem bereits vergangenen Zeitpunkt abgeschlossen gewesen sein, sondern müsse in höherer Qualität weiter existieren. Holzhütter schlug deshalb vor, zu einer Periodisierung der sozialistischen Industrialisierung überzugehen.

Die Diskussionsteilnehmer schlossen sich im wesentlichen diesen Ausführungen an und brachten zum Ausdruck, daß der sehr komplexe Charakter der sozialistischen Industrialisierung eine Periodisierung erforderlich mache, daß man die sozialistische Industrialisierung als Prozeß mit qualitativ unterschiedlichen Etappen fassen müsse.

Als Grundlage für die weitere Diskussion einigten sich die Teilnehmer auf die Arbeitsthese, die fünfziger Jahre als erste Phase der sozialistischen Industrialisierung und die sechziger/Anfang siebziger Jahre als zweite Phase zu bezeichnen.

Im Zusammenhang mit der Periodisierung erörterten die Diskussionsteilnehmer das Problem des Verhältnisses von Industrialisierung und extensiven sowie intensiven Wachstumsfaktoren.

Roesler führte aus, daß extensive und intensive Wachstumsfaktoren in den fünfziger und sechziger/Anfang der siebziger Jahre in der Wirtschaft der sozialistischen Länder eine unterschiedliche Rolle spielten. "Überwiegend extensives bzw. überwiegend intensives Wachstum ziehen zwangsläufig ganz bestimmte (charakteristische) Formen der volkswirtschaftlichen Struktur, der technisch-ökonomischen Struktur, des Tempos und der Dynamik der Produktion, der Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Fondsintensität usw. nach sich." Daher könne festgestellt werden, daß der Gesamtcharakter der sozialistischen Industrialisierung durch den jeweilig vorherrschenden Wachstumstyp der Industrie gekennzeichnet wird.

So wird nach Roesler die erste Phase der sozialistischen Industrialisierung durch die überwiegend extensive Reproduktion der Volkswirtschaft, die zweite Phase durch die überwiegend intensive Reproduktion charakterisiert. Er führte weiterhin aus, daß umfangreiche volkswirtschaftliche Umstrukturierungen bisher immer durch extensives Wachstum gekennzeichnet waren, und verband die sozialistische Industrialisierung in der ersten Phase bis Anfang der sechziger Jahre mit dem Prozeß der überwiegend extensiven Reproduktion der Volkswirtschaft.

4 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. IX. Parteitag der SED, Berlin, 18. bis 22. Mai 1976, Berlin 1976, S. 20.

Hoffmann und Laschke schlossen sich dieser Auffassung nicht an. Sie gingen davon aus, daß im Prozeß der Industrialisierung intensive und extensive Entwicklungen nebeneinanderherlaufen und hoben als Erwiderung auf die These Roeslers - der Zuordnung der ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung zur überwiegend extensiv erweiterten Reproduktion - die Intensivierung verschiedener Zweige der Volkswirtschaft, wie zum Beispiel des Transportwesens und der Leichtindustrie, hervor, wobei sie Intensivierung in dieser Zeit als Aufdeckung bestimmter Reserven sehen. Sie führten dazu an, daß man in den fünfziger Jahren nicht vom überwiegend extensiven Wachstum in allen Zweigen sprechen könne, da sich zum Beispiel die oben angeführten Zweige im wesentlichen ohne zusätzliche Investitionen und Arbeitskräfte, nur mit Hilfe der Aufdeckung innerer Reserven entwickelt haben, so daß man hier von einem intensiven Prozeß sprechen müsse.

Roesler machte auf die Ausführungen von Marx aufmerksam, daß extensive und intensive Faktoren immer nebeneinander bestehen und es um die Unterscheidung von überwiegend extensiven bzw. überwiegend intensiven Wachstumsfaktoren geht.

Zur Beweisführung von Hoffmann/Laschke gab er zu bedenken, daß die Dominanz der Industrieproduktion in der ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß der DDR in den fünfziger Jahren so ausgeprägt war, daß man auch im gesamtvolkswirtschaftlichen Rahmen von einem extensiven Wachstum sprechen kann.

Lubomir Andreew (Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin) wandte sich einem weiteren Problem des Prozesses der sozialistischen Industrialisierung zu. Er demonstrierte am Beispiel Bulgariens, daß es bei der Durchsetzung der sozialistischen Industrialisierung Perioden gab, in denen wirtschaftspolitisch die Verwirklichung der Grundzüge der ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung (Ausbau der Schwerindustrie) im Vordergrund stand, und desgleichen Perioden zu verzeichnen waren, in denen der Entwicklung der Leicht- und Lebensmittelindustrie bzw. der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Die Diskussionsteilnehmer pflichteten diesen Ausführungen bei und stellten auch für die DDR Veränderungen der wirtschaftspolitischen Zielstellungen (etwa Mitte der fünfziger Jahre - vorläufige Reduzierung der Schwerindustrie-Konzeption durch den Neuen Kurs und dann Wiederbetonung dieser Konzeption in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre) fest, betonten jedoch die Dominanz der Schwerindustrie-Konzeption.

Zur Frage der Einordnung der ČSSR in die Phasen der sozialistischen Industrialisierung vertraten Hoffmann/Laschke die Meinung, daß die ČSSR als Industriestaat in den fünfziger Jahren für die zweite Phase der sozialistischen Industrialisierung reif war, jedoch aufgrund der konkreten Situation - die ČSSR lieferte schwerindustrielle Ausrüstungen für die anderen RGW-Länder - der Industrialisierungsprozeß äußerlich die Merkmale der ersten Phase trug.

Roesler hielt dem entgegen, daß es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den Erscheinungen des Industrialisierungsprozesses der ČSSR in den fünfziger Jahren und denen der anderen sozialistischen Länder gibt und daß die Einordnung der ČSSR entsprechend dem historischen Prozeß und nicht nach den nicht realisierten Möglichkeiten der zweiten Phase vollzogen werden muß.

Als zusätzlichen Beweis führte er die starke Ähnlichkeit des Planungssystems der ČSSR und der anderen sozialistischen Länder an, durch das der Prozeß der sozialistischen Industrialisierung ebenfalls geprägt wurde.

Anknüpfend an die Bemerkungen Roeslers, diskutierten die Teilnehmer des Forums über Probleme der Leitung und Planung der sozialistischen Industrialisierung. Hoffmann vertrat die Auffassung, daß die Ähnlichkeit des Leitungs- und Planungssystems darauf beruhe, daß bis Anfang der fünfziger Jahre nur die Sowjetunion über auswertbare Erfahrungen auf dem Gebiet der Planung und Leitung verfügt habe, die deshalb von den anderen Ländern übernommen worden seien. Das sei geschehen, obwohl die konkreten Erfordernisse beispielsweise in der ČSSR eigentlich ein anderes, ein modifiziertes System verlangt hätten, das der zweiten Phase der Industrialisierung entsprach.

Demgegenüber wandte Roesler ein, daß die ČSSR nach 1945 entsprechend den konkreten Bedingungen ein durchaus eigenständiges Planungssystem entwickelt hatte und über gute Planungserfahrungen verfügte, daß aber diese Erfahrungen den Anforderungen der sozialistischen Industrialisierung nicht genügten und daher die Ergebnisse der sozialistischen Industrialisierung in der Sowjetunion ausgewertet werden mußten, wo die erste Phase bereits bewältigt war. Dabei dürfe nicht übersehen werden, daß es sich nicht um einen subjektiven Prozeß (Auswertung verfügbarer Erfahrungen), sondern um einen objektiven Prozeß (Anpassung des Planungsprozesses an die veränderten Reproduktionsbedingungen des Übergangs von der Wiederherstellungsperiode zur ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung) handelte.

Zum Abschluß des Forums dankten alle Teilnehmer der Redaktion für die Möglichkeit des zwanglosen Erfahrungs- und Meinungsaustausches in der gegebenen Form und sprachen die Hoffnung aus, daß das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte weiterhin den wissenschaftlichen Meinungsstreit auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus - sei es durch die Veröffentlichung von Artikeln, sei es durch weitere Foren - fördert.

Renate Schwärzel

Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren

von Jörg Roesler

In der allgemein bekannten Arbeit zur Geschichte der DDR "DDR - Werden und Wachsen" lesen wir über den Beginn der Wirtschaftsreform: "In den Vordergrund der Planungs- und Leitungstätigkeit rückten die Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft und ein vorwiegend intensives Wirtschaftswachstum. Leitung, Planung, Bilanzierung und Stimulierung der Volkswirtschaft mußten den Erfordernissen und Entwicklungstendenzen der Wirtschaft entsprechen ... In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des VI. Parteitages der SED wurde (deshalb) an der Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft gearbeitet."[1] Auf den folgenden zwei Seiten des Buches wird dann auf einzelne Maßnahmen zur Realisierung des neuen ökonomischen Systems eingegangen.

Der 1963 von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR unternommene Schritt zur Ausrichtung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft auf die Erfordernisse der überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion - eine Aufgabe, die uns seitdem immer wieder beschäftigte und auch weiterhin beschäftigen wird[2] - ist hier meines Erachtens zu kurz und zu glatt geschildert worden.

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre hatten sich im Rahmen der politischen und ökonomischen Umgestaltungen beim Eintritt in die Periode der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wesentliche Veränderungen im Wirtschaftswachstum vollzogen. Die extensiven Wachstumsfaktoren (vor allem der Zustrom von Arbeitskräften), die in den fünfziger Jahren zu beispiellos hohen Zuwachsraten geführt hatten, erschöpften sich nunmehr rasch. Intensive Faktoren, wie vor allem die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, erhielten für das Wirtschaftswachstum entscheidende Bedeutung. Dabei ging es nicht einfach um eine andere quantitative Kombination der extensiven und intensiven Wachstumsfaktoren. Es handelte sich vielmehr um wesentliche Veränderungen in der Qualität des gesamten Reproduktionsprozesses, um eine Neugewichtung der Wachstumsfaktoren.[3]

Diese Veränderungen konnten sich nicht spontan, sondern nur planmäßig, unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder vollziehen, durch die Einführung von den gewandelten Bedingungen angepaßten,

1 DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 49.
2 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, Berlin 1976, S. 83 ff.
3 Vgl. Nick, Harry, Sozialismus und Wirtschaftswachstum, Berlin 1977, S. 63.

effektiveren Methoden der Wirtschaftsleitung. Das Absinken der Zuwachsraten der Industrieproduktion und des Nationaleinkommens in der Mehrzahl der RGW-Länder Anfang der sechziger Jahre signalisierte die Notwendigkeit derartiger Veränderungen. Wurde die Zweckmäßigkeit von Wandlungen im Leitungs- und Planungssystem auch bereits erkannt, ließen sich die Fragen, in welche Richtung und wie weit diese Umgestaltungen gehen sollten, welches Tempo dabei einzuschlagen sei, weit weniger eindeutig beantworten. In den in allen RGW-Ländern den Wirtschaftsreformen vorausgehenden, von der Partei der Arbeiterklasse initiierten - im wesentlichen von Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspraktikern unbestrittenen - Diskussionen lassen sich in fast jedem RGW-Land drei unterschiedliche Standpunkte zu den oben aufgeworfenen Fragestellungen erkennen.

Eine Gruppe war der Meinung, daß das für die sozialistische Industrialisierung in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion entwickelte und in den fünfziger Jahren von den Volksdemokratien übernommene Planungs- und Leitungssystem, das bis Ende der fünfziger Jahre hohe Wachstumsraten gesichert hatte, unverändert beizubehalten sei. Die Vertreter dieser Auffassung hielten das in der Sowjetunion seit drei Jahrzehnten und in den anderen sozialistischen Ländern seit mehr als zehn Jahren angewandte Planungssystem für d a s Planungssystem des Sozialismus überhaupt. Ihrer Meinung nach entsprach allein dieses traditionelle System den sozialistischen Produktionsverhältnissen. Davon ausgehend, betrachteten sie die Wirtschaftsreformen, wie es der tschechoslowakische Ökonom Okáli ausdrückte, als "eine überflüssige Komplizierung und einen störenden Eingriff in zweckmäßig organisierte Leitungsformen".[4] In einem 1966 veröffentlichten Artikel berichtete das Mitglied des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, R. Nyers, ähnliches über Diskussionen, die auf dem VIII. Parteitag der USAP 1962 zum Thema Wirtschaftsreform geführt worden waren: "... einzelne Genossen hegten noch Zweifel über die Unausweichlichkeit der Reform. Sie begründeten ihren Standpunkt damit, daß unser Leitungssystem, weil es in Übereinstimmung mit den Interessen des Sozialismus steht, nicht so schlecht sein kann und nicht geändert werden muß. Statt dessen, führten diese Genossen aus, wäre es einfacher, die Arbeit zu verbessern, das Verantwortungsgefühl zu erhöhen, denn die Ursachen für Mängel und Fehler liegen in erster Linie in der Unzulänglichkeit der Menschen."[5]

Der beträchtliche Rückgang der bis dahin sehr hohen industriellen Zuwachsraten im sozialistischen Lager (von 15,7 Prozent 1959 auf 6,8 Prozent 1963, in der Sowjetunion in den gleichen Jahren von 11,4 auf 8,1 Prozent, in der DDR von 8 auf 4 Prozent (1962)[6] war aber nicht allein aus dem nicht ausreichenden Qualifikationsniveau und den unzweckmäßigen Verhaltensweisen eines Teils der Wirtschaftskader erklärbar. Der Rückgang der Wachstumsraten wurde deshalb auch als Folge einzelner sich Anfang der sechziger Jahre zufällig häufender Schwierigkeiten dargestellt (Mißernten in der Sowjetunion 1959 und 1963 und auch in anderen sozialistischen Ländern, in der DDR beispielsweise 1961; neuerliche Verschärfung des Wirtschaftskrieges des Imperialismus, insbesondere gegen die DDR, und daraus resultierende kostenaufwendige Abwehrmaßnahmen; negative Einflüsse durch

4 Okáli, I., Vácobeoné problemy ekonomických reforiem (Allgemeine Probleme der Wirtschaftsreform), in: Ekonomický časopis, Nr. 3/1973, S. 186.
5 Nyers, R., Reforma chozjajstvennogo mechanizma i partija, in: Kommunist, Nr. 16/1966, S. 92 f.
6 My i planeta. Cifry, fakty, Moskau 1972, S. 28; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1975, Berlin 1975, S. 108 f.

das Scheitern des "großen Sprungs" in China auf die Außenwirtschaftsbeziehungen einiger sozialistischer Länder, insbesondere der UdSSR, der ČSSR und der DDR). Man kann heute einschätzen, daß sowohl das eine als auch das andere Argument durchaus auf Tatsachen beruhte. Die entscheidenden Ursachen der eingangs skizzierten Veränderungen im ökonomischen Wachstum trafen diese Begründungen - wie oben ausgeführt wurde - jedoch nicht.

Die Zahl derjenigen, die jegliche Reform der Wirtschaftsführung ablehnten, war in allen sozialistischen Ländern gering. Die wesentlichsten Diskussionen spielten sich zwischen zwei Gruppen ab, die die Wirtschaftsreform prinzipiell bejahten: zwischen jenen, die Änderungen in Teilbereichen, eine Verbesserung einzelner Abschnitte des bestehenden Systems der Leitung und Planung, also die "kleine" Lösung anstrebten, und jenen, die für eine komplexe, alle Bereiche des Wirtschaftsmechanismus umfassende Reform, das heißt für die "große" Lösung eintraten. Die erste Gruppe knüpfte an bestimmte Reformen in einzelnen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit an, die in der Sowjetunion seit 1954, in der DDR seit 1955, in Polen und Ungarn seit 1957 und in der ČSSR seit dem Jahre 1958 liefen. In diesen Jahren erhöhten sich die jährlichen Zuwachsraten der industriellen Bruttoproduktion im sozialistischen Lager von 11, 5 Prozent 1954 auf 17, 1 Prozent 1958 und auf 15, 7 Prozent 1959.[7] In der DDR erreichten die Teilreformen unmittelbar nach dem im Februar 1958 verabschiedeten "Gesetz über die Vereinfachung und Vervollkommnung der Arbeitsweise des Staatsapparates", das unter anderem die Errichtung von über 70 Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) als moderne Industriezweigleitungen vorsah,[8] einen Höhepunkt. Die Verschärfung des Wirtschaftskrieges der BRD gegen die DDR in den Jahren 1960/61 verlangte aber zunächst die Konzentration aller Kräfte auf die Lösung der wirtschaftlichen Tagesaufgaben, so daß die Einführung bestimmter ursprünglich für 1960 vorgesehener Maßnahmen, wie zum Beispiel die Umbewertung der Grundmittel[9], eine Verordnung über Gewinnzu- und Gewinnabschläge für neue bzw. veraltete Technik[10] und die Neuregelung der Zuführungen zum Betriebsprämienfonds[11], auf eine Zeit verschoben werden mußte, in der sich die DDR-Wirtschaft wieder stabilisiert hatte.

Als mit der Schließung der offenen Grenze durch die gemeinsame Aktion der DDR und ihrer Verbündeten unter die vom Imperialismus ausgehenden Störungen unseres Wirtschaftslebens ein Schlußstrich gezogen war, erhob sich die Frage, ob die bisher verfolgte Politik der Teilreformen weitergeführt oder komplex an die auf der Tagesordnung stehenden ökonomischen Probleme herangegangen werden sollte. An den seit dem Frühjahr 1962 einsetzenden intensiven Diskussionen zur Vorbereitung der Wirtschaftsreform in 26 wissenschaftlichen Arbeitsgruppen[12] beteiligten sich sowohl Vertreter der "kleinen" als auch der "großen" Lösung. Diejenigen, die für Einzelmaßnahmen plädierten, konnten darauf verweisen, daß sich nach der Schließung der Grenze und der Wiederaufnahme der (unterbrochenen) Teilreformen die ökonomische Situation der DDR rasch verbessert hatte. Auf der 17. Tagung des ZK der SED im November 1962 wurde auf diese Argumente näher

7 My i planeta, a. a. O., S. 28.
8 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, I 1958, S. 117.
9 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), E - 1, 22 - 6 - 60.
10 ZStA, E - 1, 3 - 8 - 60.
11 ZStA, E - 1, 24 - 5 - 61.
12 Vgl. Beyer, Heinz/Kanzig, Helga, Die Genesis des neuen ökonomischen Systems in der Zeit vom VI. Parteitag der SED bis zur Wirtschaftskonferenz, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 12/1969, S. 1764.

eingegangen: "Hier und da wird ja behauptet: Seit dem 13. August 1961 ist alles in Ordnung. Die Pläne wurden gut erfüllt. Es gibt Anlaß zur Zufriedenheit.

Wie steht es damit in Wirklichkeit?

Unzweifelhaft hat das Produktionsaufgebot seit einem Jahr zu bedeutenden Erfolgen geführt. Die Produktionspläne wurden insgesamt erfüllt, das Verhältnis der Arbeitsproduktivität zum Durchschnittslohn hat sich sogar besser entwickelt als vorgesehen. Die Disziplin ist in vielen Fällen bedeutend gestiegen, weil Klarheit über die Perspektiven geschaffen wurde. Gute Ergebnisse wurden bei der Senkung der Selbstkosten und bei der Erfüllung der Gewinnpläne erzielt. Es herrscht mehr Ordnung in der Wirtschaft ...

Insgesamt gesehen sind das aber erst Anfänge. Es müssen nämlich weitere Tatsachen klar eingeschätzt werden. So sind trotz guter Planerfüllung im allgemeinen die wichtigsten Investitionsvorhaben in den führenden Zweigen völlig ungenügend vorangekommen. Die entscheidenden Vorhaben werden meist auf rückständige, ressortmäßige Weise geleitet. Das heißt also: Die wichtigsten Aufgaben wurden nicht gelöst. Die Aufgaben, deren Lösung alles entscheidet, stehen noch nicht im Mittelpunkt der Führungstätigkeit. Auch die Nichterfüllung einer Reihe wichtiger Staatsplanpositionen unterstreicht diese Tatsache. Hinzu kommt, daß manche positiven Ergebnisse mit unzulässigen Mitteln angestrebt wurden, durch Administrieren und Kommandieren - eine Methode, die korrigiert werden muß.

Selbst wenn wir also die Folgen der schlechten Ernte von 1961 für die Landwirtschaft und für die Versorgung der Bevölkerung hier ausklammern, dürfen uns die Ergebnisse der geleisteten Arbeit auf keinen Fall zufriedenstellen."[13]

Auf der 17. Tagung des ZK der SED deutete sich bereits die auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 verkündete strategische Linie an: die erzielten Leistungen der Werktätigen im Produktionsaufgebot gebührend würdigen, die erreichten Erfolge nüchtern einschätzen und die perspektivische Zielstellung des vorrangig intensiven Wachstums sowie die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Weiterentwicklung des Leitungs- und Planungssystems nicht aus den Augen zu verlieren.[14]

Über die Durchsetzung dieser Linie in der im März 1963 vom Politbüro berufenen zentralen Arbeitsgruppe[15] zur Ausarbeitung eines Systems ökonomischer Hebel hieß es in einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1966: "In den ersten Beratungen der Arbeitsgruppe gab es eine gewisse Unsicherheit darüber, in welchem Stil sie an die Lösung der Aufgaben herangehen sollte. Es gab etliche Überlegungen, die für eine 'kleine' Lösung sprachen, das heißt für eine Reihe einzelner, isolierter Maßnahmen, die dieses oder jenes in der Wirtschaftspraxis ändern oder bessern sollte. Nachdem aber in einer Aussprache mit Vertretern des Zentralkomitees gewissermaßen grünes Licht für eine radikale, umfassende und komplexe Lösung der Probleme gegeben wurde, machte sich die Gruppe mit Feuereifer ans Werk."[16]

13 Dem VI. Parteitag entgegen, Berlin 1962, S. 39 f.
14 Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 91 ff.
15 Beyer, Heinz/Kanzig, Helga, a. a. O., S. 1765.
16 Berger, Wolfgang/Reinhold, Otto, Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 25.

Einmütigkeit in den die Wirtschaftsreform vorbereitenden Kommissionen bedeutete aber noch nicht Klarheit über den neuen Kurs unter den mittleren und unteren Leitungskadern in den VVB und Betrieben. Rückblickend wurde die Situation im ersten Halbjahr 1963 auf der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR vom Juni 1963 so eingeschätzt: "Nicht wenige Genossen standen im Bannkreis alter, administrativer Wirtschaftsmethoden und des Ressortgeistes. Deswegen haben sie sich abgequält und kamen vielfach zu der Auffassung, daß auf dem Parteitag zwar eine neue Formulierung - nämlich neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft - angenommen wurde, aber eigentlich alles beim alten blieb."[17]

Die Wirtschaftskonferenz wurde dazu genutzt, sich in breiterem Maße, als das in den Kommissionen möglich gewesen war, mit den Vertretern der "kleinen" Lösung auseinanderzusetzen und ihnen die angestrebte komplexe Lösung begreiflich zu machen: "Das Tempo der Durchführung der Beschlüsse des Parteitages", hieß es auf der Wirtschaftskonferenz, "hängt wesentlich davon ab, wie die Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane diese Tatsache begreifen und sich darüber klar werden, daß das neue ökonomische System der Planung und Leitung nicht verglichen werden kann mit einzelnen praktisch-organisatorischen Maßnahmen, die man sozusagen zur laufenden Reparatur und Instandhaltung seiner Wirtschaftsverwaltung braucht."[18]

Abschließend wurde eindeutig klargestellt: "In Vorbereitung der Konferenz und während der Konferenz war genügend Gelegenheit gegeben, darzulegen, warum der eine oder andere 'kleine' oder 'große' Wirtschaftsfunktionär mit dieser oder jener neuen Festlegung nicht einverstanden ist. Jetzt, nach der Konferenz, kann es kein 'Wenn' und 'Aber' zu den ausdiskutierten Grundfragen mehr geben."[19]

Welche Vorteile diese konsequente Politik zur Durchsetzung einer komplexen Wirtschaftsreform hatte, sei nur an einem Beispiel erläutert: Das Ziel der 1966/67 durchgeführten Industriepreisreform (eine der wesentlichsten Maßnahmen der Wirtschaftsreform in der DDR) bestand darin, solche Preise zu schaffen, die den normal arbeitenden Betrieben die Deckung der Selbstkosten und die Realisierung von Gewinn ermöglichten. Obwohl dieser Grundgedanke auch der 1953 bis 1963 durchgeführten Festpreisbildung zugrunde lag, konnte er dennoch vor der Industriepreisreform nicht voll verwirklicht werden, da die in jener Zeit durchgeführten Preiskorrekturen immer nur kleinere Teilbereiche erfaßten.[20]

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Konzipierung der Wirtschaftsreform in der DDR waren die praktischen Erfahrungen und theoretischen Diskussionen in den sozialistischen Bruderländern, insbesondere der Sowjetunion. Eine wesentliche Grundlage der wissenschaftlich-theoretischen Untersuchungen in den Arbeitsgruppen bildeten die vom XXII. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Fragen zur Vervollkommnung der Planung und Leitung der Wirtschaft in der UdSSR.[21] Auf die Notwendigkeit, die im September 1972 durch den Artikel "Plan - Gewinn -

17 Ulbricht, Walter, Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin 1963, S. 18.
18 Ebenda, S. 263.
19 Ebenda, S. 265.
20 Vgl. Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Johannes, Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand. Vom Werden und Wachsen der sozialistischen Wirtschaftsmacht DDR, Berlin 1969, S. 232 f.
21 Beyer, Heinz/Kanzig, Helga, a. a. O., S. 1768.

Prämie" von Liberman in der sowjetischen Presse ausgelösten Diskussionen zum Thema Wirtschaftsreform aufmerksam zu verfolgen, wies bereits die 17. Tagung des ZK der SED vom November 1962 hin.[22] Rückblickend hieß es in der bereits zitierten, 1966 erschienenen Schrift zum neuen ökonomischen System über die Bedeutung der Diskussion sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler und -praktiker für die Konzipierung der Wirtschaftsreform in der DDR:

"Es sei ... darauf hingewiesen, daß die Arbeiten des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Professor Liberman wichtige Impulse für die spätere Gestaltung des in sich geschlossenen Systems der ökonomischen Hebel gaben. Besonders die von ihm formulierte These 'Was der Gesellschaft nutzt, muß auch für die Betriebe und die Werktätigen vorteilhaft sein', wurde zu einem wichtigen Maßstab, nach dem die bis dahin angewandten ökonomischen Hebel kritisch beurteilt wurden."[23]

Auch die anderen RGW-Länder verfolgten die Entwicklung in der Sowjetunion sehr aufmerksam. Die dort im Oktober 1964 endgültig vollzogene Klärung der Frage Teilreform oder komplexe Reform faßte der XXIII. Parteitag der KPdSU wie folgt zusammen: "Die Interessen des kommunistischen Aufbaus und die Notwendigkeit, die aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden, erforderten nicht einzelne Teilkorrekturen, sondern die Ausarbeitung eines Systems von Maßnahmen, um die im Lande geschaffenen gigantischen Produktivkräfte rationeller zu nutzen, den Volkswohlstand schneller zu heben und die Vorzüge unserer Ordnung vollständig erschließen zu können."[24]

Die Entscheidung für die Wirtschaftsreform, die nach längeren gründlichen Diskussionen 1963 in der DDR, 1964 in Ungarn, 1965 in der Sowjetunion und der ČSSR, 1968 in Polen und Bulgarien und 1969 in Rumänien erfolgte,[25] fixierte den Zeitpunkt des Beginns der Reformen in der Wirtschaftspraxis, ließ die Fragen des Tempos der Einführung neuer Methoden der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung jedoch vielfach noch offen. Trotz des verständlichen Wunsches, diejenigen Leitungsmethoden, die sich für die entwickelte sozialistische Gesellschaft als unzureichend erwiesen hatten, so rasch wie möglich durch neue, den veränderten Bedingungen besser angepaßte und damit effektivere Formen zu ersetzen, entschieden sich die Arbeiterparteien und Regierungen aller RGW-Länder für eine schritt- bzw. etappenweise Einführung des neuen Leitungssystems, um ökonomische Erschütterungen zu vermeiden oder sie wenigstens auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

22 Die "Pravda" veröffentlichte diesen Artikel am 9. 9. 1962. In der DDR wurde er im September/Oktober nacheinander in der "Presse der Sowjetunion", der "Wirtschaft" und der "Deutschen Finanzwirtschaft" veröffentlicht. Die Presse der Sowjetunion veröffentlichte nach dem Liberman-Artikel eine ganze Reihe weiterer Beiträge aus der Diskussion in der Sowjetunion. (Vgl. Dem VI. Parteitag entgegen, a. a. O., S. 38.)

23 Berger, Wolfgang/Reinhold, Otto, a. a. O., S. 24 f.

24 Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1967, S. 84.

25 Entsprechende Beschlüsse faßten der VI. Parteitag der SED im Januar 1963, das Dezemberplenum (1964) des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, das Januarplenum (1965) des ZK der KPČ, das Septemberplenum (1965) des ZK der KPdSU, das Juliplenum (1968) des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, der V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im November 1968 und der X. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei 1969.

Es gab allerdings auch Wirtschaftsfunktionäre - so berichtet zum Beispiel N. Nyers über die Vorbereitung der ungarischen Wirtschaftsreform -, "die die Bedeutung einer sorgfältigen Analyse und tiefschürfenden Begründung der neuen Maßnahmen nicht verstanden. Wegen der äußerlich nicht sehr schnell vor sich gehenden Vorbereitungen glaubten sie an Zaudern, Verzögerungen und ungerechtfertigte Zurückhaltung. Ihrer Meinung nach wäre es richtig gewesen, wenn es auf einzelnen Gebieten sofort zu grundlegenden Veränderungen gekommen wäre."[26] Aber diese Kräfte bleiben in der Minderheit und konnten - mit einer Ausnahme, auf die noch einzugehen ist - keinen Einfluß auf das schließlich realisierte Tempo der Wirtschaftsreform gewinnen.

Dessenungeachtet war das Tempo, mit dem in den einzelnen RGW-Ländern die Umstellungen im Leitungs- und Planungssystem vollzogen wurden, unterschiedlich. Über einen relativ langen Zeitraum wurde zum Beispiel in der Sowjetunion und in Ungarn die Wirtschaftsreform vorbereitet.

In der Sowjetunion setzte im Jahre 1962 die Diskussion über die notwendig werdende neue Qualität der Wirtschaftsleitung ein, 1963 liefen eine Reihe ökonomischer Experimente in ausgewählten Produktionsvereinigungen an, im Jahre 1965 wurden spezielle Kommissionen geschaffen, die umfangreiche Arbeit bei der Sammlung und kritischen Bewertung der verschiedenen Vorschläge und Experimente zur Wirtschaftsreform leisteten. Auf dieser Grundlage wurden die Beschlüsse des Septemberplenums des ZK der KPdSU im Jahre 1965 vorbereitet, die ein umfassendes Programm der Vervollkommnung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung beinhalteten.[27]

Über die Vorbereitungsphase der ungarischen Wirtschaftsreform äußerte sich der Erste Sekretär der USAP im November 1967, zwei Monate bevor die Reformmaßnahmen in der ungarischen Wirtschaft wirksam wurden, wie folgt: "Wir haben die Wirtschaftsreform fast drei Jahre lang vorbereitet, denn in Wirklichkeit begannen wir bereits auf der Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1964, wenn auch nicht über die Wirtschaftsreform, so doch über Probleme und Methoden ihrer Lösung zu diskutieren, die schließlich zur Grundlage der Wirtschaftsreform geworden sind. Dies war eine drei Jahre umfassende gewaltige Arbeit ..."[28]

In der DDR wurden die Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschaftsleitung zwischen 1963 und 1967 schrittweise - erst in der Industrie, dann im Bauwesen und später in weiteren Zweigen der Volkswirtschaft - eingeführt und jeweils durch Experimente vorbereitet.

In Etappen sollte auch die Wirtschaftsreform in der ČSSR vor sich gehen, wie überhaupt die vom Januarplenum 1965 und auch vom XIII. Parteitag der KPČ ergriffenen Maßnahmen zur Entwicklung einer größeren Effektivität der Planung den objektiven Anforderungen entsprachen.[29] Aber die verkündeten Prinzipien wurden hier nicht voll respektiert. Ungünstige Folgen für die gesamte Volkswirtschaft hatte die überstürzt zum 1. Januar 1967 durchgeführte Reform der Großhandelspreise. Durch diese Reform erhöhte sich das Preisniveau spürbar, was

26 Nyers, R., a. a. O., S. 93.
27 Liberman, E. G., Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion, Berlin 1973, S. 15 ff.
28 Kádár, Janos, Für ein sozialistisches Ungarn, Budapest 1976, S. 182.
29 Jirges, Miroslav, Die historische Erfahrung der KPČ beim Aufbau der sozialistischen Ökonomik der ČSSR, Halle 1972, S. 9.

vielen Betrieben unverdiente finanzielle Ressourcen brachte[30] und zusammen mit dem von den Anhängern des sogenannten "Marktsozialismus" betriebenen Abbau der zentralen staatlichen Planung zu Disproportionen und einem Absinken der ökonomischen Wachstumsraten in den Jahren 1968 und 1969 führte.[31]

Abgesehen von diesem Fall, wo es vorübergehend zu ernsten Verletzungen sozialistischer Leitungsprinzipien, insbesondere des Prinzips des demokratischen Zentralismus, kam,[32] erreichten die Reformen der sechziger Jahre ihr Ziel. Eine sehr schlüssige und auch voll und ganz auf die DDR zutreffende zusammenfassende Einschätzung der Veränderungen im Leitungs- und Planungssystem der RGW-Länder während der sechziger Jahre findet sich in einer 1975 herausgekommenen sowjetischen Monographie zu Leitungsfragen. Darin heißt es: "Der Beginn wesentlicher Veränderungen im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der europäischen Mitgliedsländer des RGW lag vor der Mitte bzw. in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Diese Veränderungen, für die die Bezeichnung Wirtschaftsreform üblich wurde, war von Anfang an konzipiert als Komplex von Maßnahmen, der die Umgestaltung der Planung und ökonomischen Stimulierung der Produktion sowie die Vervollkommnung der Organisationsstruktur der Leitung umfaßt.

Die komplexe Verwirklichung der Reform ist bis heute nicht beendet. Die ersten Maßnahmen waren vor allem auf die Aufdeckung und Nutzung solcher Reserven gerichtet, die an der Oberfläche lagen. Im Zusammenhang damit wurden vielfältige ökonomische Stimuli der materiellen Interessiertheit der Betriebe (Gewinn, Preis, Kredit usw.) und der einzelnen Werktätigen eingeführt (besonders hinsichtlich der Verbindung der persönlichen Einkommen mit den Resultaten der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe). Diese Etappe der Reform brachte positive Ergebnisse."[33]

In der Tat stiegen, wie die folgende Tabelle zeigt, nicht nur Nationaleinkommen und industrielle Bruttoproduktion in den RGW-Ländern im Verlauf der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gegenüber der ersten Hälfte erneut an; es verbesserten sich auch die für die Intensivierung charakteristischen Kennziffern, wie Arbeitsproduktivität und Fondsquote.

30 Prucha, V., Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Berlin 1975, S. 52 = Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, H. 5.

31 Vgl. Jirges, Miroslav, a. a. O., S. 12.

32 Vgl. Struktura upravlenija promyšlennost' ju v stranach SĖV, Moskau 1973, S. 233 ff.

33 Upravlenie socialističeskim proizvodstvom. Voprosy teorii i praktiki, Moskau 1975, S. 638.

Tabelle 1

Das Wirtschaftswachstum der europäischen Länder des RGW in den sechziger Jahren+
(durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in Prozent)

	1961/65	1966/70
Nationaleinkommen	6,0	7,2
Industrielle Bruttoproduktion	8,3	8,3
Arbeitsproduktivität in der Industrie	4,5	5,5 ++
Nationaleinkommen pro Kopf	4,7	6,1 +++

+ Bagrij, P. I., Dynamik und Struktur der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus. Methodische und analytische Probleme, Berlin 1974, S. 244 f., 319.
++ = 1966/68.
+++ = 1966/69.

Tabelle 2

Das Wirtschaftswachstum der DDR in den sechziger Jahren (durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in Prozent)+

	1961/65	1966/70
Nationaleinkommen	3,4	5,2
Industrielle Bruttoproduktion	6,0	6,5
Arbeitsproduktivität in der Industrie	5,9	6,1
Nationaleinkommen pro Kopf	3,7	5,2
Fondsquote	- 14,5	1,8

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1975, Berlin 1975, S. 31; Intensifikacija proizvodstva v evropejskich stranach SÉV. Faktory ėkonomičeskogo rosta, Moskau 1972.

Wie die Tabellen zeigen, schloß der in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu beobachtende verstärkte wirtschaftliche Aufschwung der sozialistischen Länder auch die DDR voll und ganz ein. Diese günstigen Ergebnisse waren wesentlich zurückzuführen auf die strategisch richtige Entscheidung der Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die Wirtschaftsreform komplex - in der DDR unter dem Begriff neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft - in Angriff zu nehmen.

Regionen und Subregionen

Ein methodologisches Problem bei vergleichenden wirtschaftshistorischen Untersuchungen+

von Péter Gunst

In den Arbeiten, die die ungarischen Wirtschaftshistoriker Iván T. Berend und György Ránki verfaßt haben, wurden viele Grundfragen der modernen vergleichenden Forschungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte angeschnitten. Große Bedeutung messen sie regionalen Forschungen bei, die sie als sehr wichtig für die modernen wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen beurteilen. Berend und Ránki heben die Notwendigkeit eines Vergleichs der sozialökonomischen Entwicklung einzelner Regionen hervor. Innerhalb des Rahmens der einzelnen Regionen halten sie auch die Absonderung mehrerer kleinerer Subregionen für möglich. Sehr wahrscheinlich ist die gründliche Erforschung solcher Subregionen sogar erforderlich, ja notwendig.

Auf diese Problematik soll im folgenden näher eingegangen werden.

Berend und Ránki verstehen unter einer Region eine größere Gebietseinheit, in deren Rahmen sich nicht selten mehrere Länder oder Reiche befinden. Dieses Herangehen resultiert jedoch nicht so sehr aus theoretischen Erwägungen, sondern eher aus der praktischen Zielsetzung der Verfasser, die darin besteht, die Wirtschaftsgeschichte Mittelosteuropas im 19. bis 20. Jahrhundert zu erforschen. Deshalb kann die angeführte Definition zwar für bestimmte konkrete Zeitabschnitte und geographische Gebiete richtig sein, ist es auch augenscheinlich, sie ist aber nicht als einzige und ausschließliche Lösung des Problems zu betrachten. Der von Berend und Ránki definierte Begriff der Region kann nicht ausschließen, daß die sozialökonomische Entwicklung die Grenzen der einzelnen Länder oder Reiche durchbricht, das heißt: je weiter die untersuchten Perioden der Geschichte zurückliegen, um so größer kann die Rolle sein, die die physisch-geographischen und anderen Faktoren bei der Herausbildung abweichender sozialökonomischer Strukturen auch innerhalb der einzelnen Länder spielen. Das Beispiel Frankreichs zeigt, daß auch innerhalb eines Landes in ganzen historischen Perioden abweichende Strukturen charakteristisch sein können. Hier sei nur daran erinnert, wie wesentlich die Unterschiede zwischen der sozialökonomischen Entwicklung Nordwestfrankreichs und Südfrankreichs sind. Aber auch in Osteuropa gibt es hierfür Beispiele. Zwischen der westlichen und östlichen Hälfte Polens zeigen sich - ungeachtet aller Ähnlichkeit - in der sozialökonomischen Entwicklung schon seit frü-

+ Überarbeiteter Diskussionsbeitrag, gehalten auf dem IV. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom 5. bis 9. September 1977 in Rostock.

hester Zeit beträchtliche Unterschiede. Dem Standpunkt von Berend und Ránki ist völlig zuzustimmen, wonach die auch statistisch in quantitativer Form nachweisbaren Unterschiede nicht nur eine zeitliche Abweichung (Verspätung), sondern - und das ist besonders zu beachten - noch viel mehr bedeuten: Hinter dem Analphabetismus zum Beispiel oder hinter den in der Landwirtschaft statistisch erfaßbaren Unterschieden der je Hektar verwendeten Kunstdüngermenge liegen zwei strukturell voneinander abweichende Entwicklungswege der polnischen Gebiete verborgen.

Dasselbe gilt auch für Mittelosteuropa. Zwischen den von Berend und Ránki angedeuteten Subregionen (Österreich und Böhmen, Ungarn, Polen und Rußland bzw. die Balkanländer) bestehen im gegebenen Fall nicht nur einfache Entwicklungsunterschiede. Die gesamte sozialökonomische Entwicklung Österreichs und Böhmens folgt im wesentlichen dem westeuropäischen Modell; als osteuropäisches Modell kann die Entwicklung Rußlands betrachtet werden, dem das Modell der Balkanländer (wenn auch mit gewissen Besonderheiten) sehr ähnlich ist. Ungarn und Polen können dagegen keinem dieser Modelle zugeordnet werden. Die Entwicklung dieser Länder bildet fast in jeder Hinsicht einen Übergang zwischen dem westeuropäischen und dem osteuropäischen Modell. Zu einer solchen Rolle ist dieses Gebiet außer durch viele andere Faktoren auch durch die große Zahl der dorthin eingewanderten westeuropäischen, vor allem deutschen Bauern prädestiniert, was seiner sozialökonomischen Entwicklung starken Schwung verlieh. Weiter östlich ging diese Kolonisation - abgesehen vom Baltikum - nicht mehr so massenhaft vor sich, hätte dort aber selbst bei gleich großem Umfang nicht dieselbe Wirkung erzielt. Die "iure teutonico"-Ansiedlung in Polen oder die "hospites" in Ungarn haben bei der Gestaltung der örtlichen sozialökonomischen Entwicklung eine bedeutende Rolle gespielt.

Der von Berend und Ránki benutzte Begriff der Region umfaßt eigentlich sozialökonomische Entwicklungsmodelle. Osteuropa ist in dem Sinne, wie Berend und Ránki dies bestimmen, zweifelsohne eine Art Modell der sozialökonomischen Entwicklung. Westeuropa ist - wenn man dem Gedankengang der Verfasser folgt - ähnlicherweise ein Entwicklungsmodell.

In diesem Sinne haben Berend und Ránki unbedingt darin recht, daß eine Region mehrere Länder umschließen kann. Gleichzeitig kann aber auch das Gegenteil dessen richtig sein; es gibt Länder, die zwei Regionen - dabei ist nochmals hervorzuheben: in diesem Sinne Entwicklungsmodelle - umfassen. Untersucht man Westeuropa von diesem Gesichtspunkt, so bietet Frankreich ein anschauliches Beispiel. Neben dem klassisch westeuropäischen kann dort auch ein anderes Entwicklungsmodell, das mediterranische, umgrenzt werden. Aber auch das Beispiel Deutschlands illustriert das Gesagte; es beweist, daß die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Erforschung eines solchen Landes für die Untersuchung von Regionen oder Modellen eine Schlüsselstellung einnimmt. Die reichen Ergebnisse der deutschen wirtschafts- und sozialhistorischen Forschungen stehen damit in engem Zusammenhang. Die Ergebnisse der Forschungen von Marc Bloch beweisen wiederum, wie nützlich die Untersuchung der innerhalb Frankreichs bestehenden zwei Modelle sein kann.

Eine ähnliche regionale oder subregionale Analyse in Mittel- und Osteuropa dürfte wahrscheinlich genauso nützlich sein. Dabei geht es jedoch nicht nur um die von Berend und Ránki erwähnten Subregionen. Die österreichisch-tschechische Subregion darf sicher nicht als Entwicklungsmodell Osteuropas angesehen werden. Sie ist ein westeuropäisches Modell, vielleicht dessen am schwächsten entwickelte

Variante. Es enthält zahlreiche Elemente des osteuropäischen Modells, zeigt aber dennoch seinem Wesen nach einen westeuropäischen Typ. Viel interessanter ist hingegen die andere von Berend und Ránki erwähnte Subregion: die ungarisch-polnisch-russische. Wenn man die russischen Gebiete zunächst abtrennt, bleibt ein solches Übergangsgebiet (eigentlich Ungarn und Polen), das zwar der Hauptrichtung der osteuropäischen sozialökonomischen Entwicklung folgt, jedoch in vieler Hinsicht auch Elemente des westeuropäischen Modells in sich trägt. Es genügt vielleicht, darauf hinzuweisen, wieviel anders sich die städtische Entwicklung in Polen und Ungarn gestaltet als in Rußland.

Zugleich trägt die sozialökonomische Entwicklung der westlichen Hälfte Polens nicht nur deshalb die Merkmale des westeuropäischen Typs (siehe zum Beispiel die wichtigen Ergebnisse der Städteentwicklung), weil sich ihre Geschichte lange Zeit hindurch innerhalb des preußisch-deutschen Staates geformt hat, sondern auch deshalb, weil infolge der deutschen Kolonisation eine so große Anzahl Bauern in diesem Gebiet gelebt hat, daß sie ein sehr bedeutender Faktor für die Gestaltung der sozialökonomischen Entwicklung waren.

In der östlichen Hälfte Polens sind diese Elemente des westeuropäischen Entwicklungsmodells überhaupt nicht oder nur sporadisch vorhanden. Selbst in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen ist es nicht gelungen, die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Entwicklungsstand der westpolnischen und der ostpolnischen Gebiete auszugleichen, obwohl die polnischen Regierungen dies angestrebt haben.

Ähnlich ist die Lage in Ungarn, obwohl hier keine so scharfen territorialen Abgrenzungen und auf dem Gebiet der sozialökonomischen Entwicklung keine so bedeutenden Unterschiede zu finden sind wie in Polen. Zwischen der westlichen und östlichen Hälfte des Landes gibt es dennoch zahlreiche und wesentliche Unterschiede. Dabei bildet die Nord - Südlinie der Donau den Trennungsstrich. Westlich dieser Linie sind viele Elemente des österreichischen Entwicklungsmodells vorhanden, östlich davon zeigen sich dagegen starke Züge des osteuropäischen sozialökonomischen Modells.

Diese Unterschiede der sozialökonomischen Entwicklung insgesamt müssen auch für die einzelnen Bereiche der Wirtschaft untersucht werden. Auch vor den Agrarhistorikern steht die Aufgabe, ihre Aufmerksamkeit auf diese subregionalen Unterschiede in Ungarn zu lenken. Die ungarische wirtschafts- und sozialhistorische Forschung hat bisher praktisch von diesen Unterschieden keine Notiz genommen. Die lokalgeschichtliche Forschung, die durchweg territorial begrenzte Gebiete untersuchte, war nicht imstande, diese besonderen Züge zu erschließen; die die Agrarentwicklung des ganzen Landes umfassenden historischen Forschungen drehten sich dagegen im wesentlichen lange Zeit um das Problem, wie die Unterschiede in der Agrarentwicklung der einzelnen Distrikte und historischen Landschaften zu überbrücken sind und ein annehmbares, einheitliches Bild von der Agrarentwicklung Ungarns zu zeichnen ist. Demzufolge sind die interessanten Unterschiede, die die Agrarentwicklung der einzelnen kleineren Distrikte aufweist, in der historischen Forschung bis heute nur ganz verschwommen umrissen.

Die ungarische agrargeschichtliche Forschung hat - zumindest im Rahmen der Geschichtswissenschaften - die Besonderheiten der einzelnen Agrarregionen des Landes, die Umstände ihres Entstehens, die individuellen Züge ihrer Entwicklung

im allgemeinen nicht berücksichtigt und tut dies auch bis heute kaum, obwohl bei einer Betrachtung der Lokalgeschichte auf den ersten Blick ins Auge fällt, daß wesentliche Unterschiede vorhanden sind. Es ist notwendig, den ganz spezifischen Entwicklungsprozeß einzelner Distrikte zu erforschen und ihn bewußt zu machen.

Interessant ist, daß andere Gesellschaftswissenschaften, darunter besonders die Volkskunde, in dieser Hinsicht weiter fortgeschritten sind als die geschichtswissenschaftlichen Forschungen. Möglicherweise ergibt sich dieser Vorsprung aus ihrem unmittelbaren Interessenkreis: Die Aufgabe der Volkskunde beschränkte sich - ob sie Gegenstände oder sonstige Elemente der Volkskultur erforschte - jahrzehntelang auf die Bestimmung der formalen Merkmale und auf die Feststellung ihrer Unterschiede, wobei sich natürlicherweise die regionalen Untersuchungen von selbst angeboten haben.

Das gilt, obwohl die ethnographischen Forschungen in Ungarn (abgesehen von den im Zusammenhang mit der Errichtung des Freilichtmuseums von Szentendre sich entfaltenden siedlungsgeschichtlichen Forschungen, die zweifelsohne die Keime einer solchen regionalen Forschung in sich tragen) bis heute noch keine Region zum Gegenstand einer selbständigen Forschung gemacht haben. Vielleicht ist es nicht einmal so sehr der Ethnograph als vielmehr der an dieser Thematik interessierte Historiker, der auf diese Züge der volkskundlichen Forschung in erster Linie aufmerksam wird. Es können jedoch ähnliche Erscheinungen auch auf dem Gebiet anderer Gesellschaftswissenschaften, zum Beispiel der Geographie, der Soziologie usw., beobachtet werden. Die regionale Forschung ist in ihren Keimen dort auch weiter fortgeschritten als in den Geschichtswissenschaften, ohne das die Bedeutung dessen den Vertretern der einzelnen Gesellschaftswissenschaften besonders bewußt geworden wäre, abgesehen vielleicht von jenem Zweig der Wirtschaftswissenschaft, der im Verlaufe von Untersuchungen konkreter Wirtschaftsentwicklungen nolens volens zur Analyse von Wirtschaftsentwicklungen der einzelnen Distrikte gelangt ist.

Diese Unterschiede sollen explizite mit dem Ziel erschlossen werden, die Besonderheiten der Agrarentwicklung der einzelnen Mikro- und Makrodistrikte (das heißt mit den Worten von Berend und Ránki: der Subregionen) hervorzuheben, jene Besonderheiten, deren Vergleich miteinander und mit der Entwicklung des ganzen Landes für spätere Untersuchungen so fruchtbare Ergebnisse verspricht, wie sie die historische Forschung in Frankreich oder in Deutschland erreicht hat. Es sollen die Grundlagen dieser Mikrodistrikte erarbeitet werden, um sowohl die lokalen Besonderheiten der Agrarentwicklung vorzuführen (beginnend mit den natürlichen Bedingungen bis zur Analyse gewisser Folklore-Elemente), als auch durch die Analyse solcher historischen Quellen, die einheitlich für das ganze Land und dieselbe Zeit zur Verfügung stehen, künftig den Vergleich der Agrarentwicklung in den Mikrolandschaften zu ermöglichen und günstige Voraussetzungen für vergleichende Untersuchungen zu schaffen.

Dazu muß vor allem geklärt werden, was als eine Region zu betrachten ist. Diese Frage wird hier - wie bereits erwähnt - nicht allgemein, nicht vom allgemeinen historischen Gesichtspunkt aus aufgeworfen, obwohl man wohl kaum leugnen kann, daß die historischen Regionen des Landes (ob es sich um die größeren - wie Transdanubien, die Große Ungarische Tiefebene /Alföld/, Transsilvanien usw. - oder aber um die kleineren Landschaften, wie Hegyalja und Sirmien handelt) auch in agrarhistorischem Sinne als Regionen aufgefaßt werden können. In dieser, aber nur in dieser Hinsicht können auch diejenigen Gebiete als Regionen betrachtet werden, mit denen sich die Agrarhistoriker im Verlaufe ihrer Forschungen mehr oder weniger befassen müssen.

Auch in einer anderen Beziehung ist eine klare Abgrenzung notwendig. Als agrarhistorische Regionen können nicht einfach die heutigen Agrargebiete gefaßt werden. Diese landwirtschaftlichen Produktionsregionen haben sich eigentlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, praktisch durch den Ausbau der Eisenbahnlinien herausgebildet. Was seither geschehen ist, hat in dieser Hinsicht keine qualitative Änderung nach sich gezogen, sondern lediglich die Charakteristika der einzelnen Agrarregionen hervorgehoben und die besonderen Züge der Produktionsregionen vertieft. Es ist interessant, daß die Verbreitung des Autoverkehrs, des Lastkraftwagentransportes bis heute nicht annähernd jene umgestaltende Wirkung ausgeübt hat, wie damals das Entstehen des Eisenbahnnetzes. Selbstverständlich dürfte die Anwendung der modernen Produktionstechnik zu einer gewissen Modifikation geführt haben, und sie hat auch Änderungen sogar auf mehreren Gebieten gebracht - die Grundlagen sind jedoch bis heute unverändert geblieben.

All das schließt nicht die Möglichkeit aus, daß die Agrarhistoriker sich mit der Entwicklung solcher Distrikte befassen, ja ihre Untersuchung muß eine der Hauptaufgaben im Forschungsprogramm sein. Aber man muß hervorheben, daß sich die Forschungen nicht ausschließlich auf diese Agrarregionen beschränken dürfen, sondern daß weitere Möglichkeiten gesucht werden müssen. Das heißt, es ist unbedingt notwendig, auf frühere Zeitabschnitte zurückzugehen, um die Entstehung, die Herausbildung der einzelnen Regionen, die Entwicklung der beschleunigenden oder hemmenden Faktoren klar bestimmen zu können.

Geht man von diesem Gesichtspunkt aus, so kann man der historischen Reihenfolge nach folgende Kategorien in der Gestaltung der agrarhistorischen Regionen feststellen:

a) geographische Regionen

Es ist ganz klar, daß diese Regionen lange Zeit hindurch die grundlegenden Einheiten waren, innerhalb derer sich die wirtschaftliche, das heißt landwirtschaftliche Produktionspraxis der Menschen verwirklichte. Diese Einheiten können die Ausgangsbasis der Diskussion um die Region bilden, und dies um so mehr, als die landwirtschaftliche Produktion, solange die moderne Technik keine Möglichkeiten hierzu bot, grundlegend durch die geographisch-ökologischen Verhältnisse bestimmt wurde.

b) wirtschaftliche Regionen

Solche Einheiten kommen auf einer späteren, außerordentlich wesentlichen Stufe der Entwicklung zustande. Ausschließlich von der Seite der landwirtschaftlichen Produktion gesehen, sind sie schwer zu bestimmen. Betrachtet man sie jedoch mit breiterem Gesichtsfeld, mit den Augen der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte, so lassen sie sich verhältnismäßig leicht umgrenzen. Die wirtschaftlichen Regionen können - besonders in der Zeit ihrer Entstehung - mit den geographischen übereinstimmen, lassen sich jedoch später - im wesentlichen von dem Augenblick an, wenn die Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung den rohen geographisch-ökologischen Faktoren gegenüber die Oberhand gewonnen haben - recht gut voneinander trennen.

c) Produktionsdistrikte im volkswirtschaftlichen Sinne

Sie entstehen erst dann, wenn sich die Unterschiede zwischen Dorf und Stadt bereits ziemlich scharf ausgeprägt haben oder - und dies ist ebenfalls ein wichtiger Faktor - wenn innerhalb einer geographischen Einheit das Gleichgewicht zwischen der Zahl der Bevölkerung und der Ernährungsfähigkeit des Distrikts infolge der Bevölkerungszunahme umschlägt, wenn es also entweder zwischen Dorf und Stadt

oder zwischen einzelnen Distrikten zu einem regelrechten, über den Markt erfolgenden Tausch landwirtschaftlicher Produkte gegen industrielle bzw. landwirtschaftlicher Produkte gegen landwirtschaftliche kommt. In beiden Fällen geht es (natürlich vor allem in bezug auf die Stadt und ihren Anziehungskreis) um einen neuen Abschnitt der landwirtschaftlichen Produktion, praktisch um die Keime der Entstehung von Agrarregionen, bzw. es kann nur darum gehen.

d) Agrarregionen

Ob man die größeren Regionen oder die kleineren Distrikte untersucht - ihre Entstehung beginnt in Ungarn verhältnismäßig spät. Dabei spielt die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse eine Rolle. Weiter oben wurde bereits angedeutet, daß die Gestaltung der heutigen Form von Agrarregionen eigentlich ein Produkt der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist. Dabei spielte natürlicherweise auch eine Rolle, daß in Ungarn den Wasserwegen bei der Entwicklung der Agrarregionen keine solche Bedeutung zugekommen ist, wie das in Europa, vor allem in den am Meer gelegenen Teilen, meist der Fall war. Aber wenn auch die grundlegende Rolle des Eisenbahnnetzes in dieser Hinsicht hervorgehoben werden muß, darf doch der Straßenverkehr, dessen besonders im 18. Jahrhundert wahrnehmbare Entwicklung in den einzelnen Regionen des Landes die Entstehung von Agrarregionen schon damals in Gang gesetzt hat, nicht außer acht gelassen werden, auch wenn die Entwicklung des Straßenverkehrs nicht so starken Einfluß ausübte wie das Entstehen des Eisenbahnnetzes, das für die ungarische Landwirtschaft jene wichtigen Außenhandelsbeziehungen ermöglicht hat, die in den größten Teilen Europas entlang der großen Flüsse bereits Jahrhunderte früher entstanden sind, die Ungarn jedoch infolge der anderen Flußrichtung seiner Gewässer bis dahin nicht besaß.

Dem Verkehr fiel demnach bei der Entstehung und Entwicklung der modernen Agrarregionen Ungarns eine grundlegende Rolle zu, einerseits dadurch, daß infolge des Verkehrsnetzes aus den Keimformationen Agrarregionen reiften (die sich infolge der Entwicklung der Verkehrsmöglichkeiten entweder vervollkommneten oder nach schwacher Entwicklung verkümmerten), das heißt also, daß sich die bereits vorhandenen Regionen weiter entwickelten, andererseits dadurch, daß neue Agrarregionen zustande kamen. Beide Formationen werden der agrarhistorischen Forschung wichtige Themen liefern.

Ohne auf die Einzelheiten der Forschungsaufgaben einzugehen, sei des leichteren Verständnisses halber darauf hingewiesen, daß diese regionalen Forschungen im wesentlichen auf einigen sich auf das ganze Land beziehenden Quellengruppen basieren sollen, natürlich unter Einbeziehung und möglichst gründlicher Ausschöpfung des örtlichen Quellenmaterials. Die ungarischen Historiker verfügen über eine Reihe von historischen Quellen, die für die Zeit vom Ausgang des 17. Jahrhunderts bis heute über das gesamte Landesgebiet zur Verfügung stehen. Dazu gehören zum Beispiel die Steuerkonskriptionen des Bauerntums aus den Jahren 1715 bis 1720 sowie aus dem Jahre 1828, das Material der Urbarialregulierungen unter Maria Theresia aus den Jahren 1767 bis 1770, die Katasteraufnahmen unter Joseph II., die militärischen Kartierungen und Landesbeschreibungen, die Volkszählungen seit der Zeit Josephs II., die landwirtschaftlichen Betriebsstatistiken der Jahre 1895 und 1935 usw. Diese für das ganze Gebiet des Landes einheitlich angelegten Quellen, die - wie erwähnt - durch zahlreiche andere Quellen zu ergänzen sind, bieten ausgezeichnete Möglichkeiten, um innerhalb einer Region über die Agrarentwicklung ein möglichst umfassendes Bild zeichnen zu können. Im Laufe der Forschung sollen die Siedlungsstruktur und ihre Veränderungen, die Produktionsstruktur der Landwirtschaft und ihre Veränderungen, die Strukturänderun-

gen der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebstypen im Zusammenhang mit der Veränderung der Agrargesellschaft untersucht werden.

Bei der Erforschung der Agrarentwicklung einer Region oder eines Distrikts wird Komplexität und Vollständigkeit angestrebt. Zugleich soll die so dargestellte Agrarentwicklung mit der der anderen Distrikte möglichst vergleichbar sein, denn die umfassende Erschließung der Agrarentwicklung der einzelnen Distrikte ist kein Endziel, sondern nur ein Hilfsmittel, man kann sagen, ein unvermeidlicher Forschungsabschnitt. Sie gibt die beste methodische Möglichkeit, um die Faktoren der Agrarentwicklung, ihre Wirkung auf das Ganze untersuchen zu können. Von diesen regionalen "Tiefbohrungen" erwarten die Agrarhistoriker, daß sie die zwischen den Wechselbeziehungen der einzelnen Entwicklungsfaktoren bestehenden und bisher der Aufmerksamkeit entgangenen Zusammenhänge beleuchten. Ihre Erschließung konnte nicht bei den die Entwicklung des ganzen Landes umfassenden Untersuchungen erfolgen und war auch bei der ausgesprochen lokalhistorischen Forschung nicht möglich, da die letztere nicht zur Herausarbeitung von Gesetzmäßigkeiten ausreicht. Gleichzeitig sollen bei diesen Forschungen aber auch unbedingt Forschungsmethoden benutzt werden, die in diesem Rahmen bisher weniger verwendet wurden, von deren Anwendung jedoch gute Ergebnisse zu erwarten sind. So kann es im Verlauf dieser Untersuchung auch zur praktischen Anwendung von bisher in der lokalhistorischen Forschung gebrauchten Forschungsmethoden kommen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß durch die möglichst komplette Bearbeitung der Matrikeln einzelner Gemeinden sicher auch gewisse demographische Gesetzmäßigkeiten unter Berücksichtigung ethnischer und religiöser Besonderheiten aufgedeckt werden.

Dieses Forschungsprogramm enthält viele interessante Gesichtspunkte. Einer davon ist die tiefere Erkenntnis der ethnischen Beziehungen und durch sie die der Aufeinanderwirkung von Entwicklungsmodellen. Hier sei nochmals darauf hingewiesen, daß in Ungarn den eingewanderten deutschen Bauern in der sozialökonomischen Entwicklung ebenso wie in Polen eine wichtige Rolle zufiel. War sie auch in Polen, wo der "iure teutonico"-Status der angesiedelten deutschen Bauern für die polnischen Bauern gewisse Höhen des sozialen Aufstieges bedeutet hat, unvergleichlich größer, so trug doch die Tatsache der Ansiedlung (vor allem die im Vergleich zur örtlichen Bevölkerung relativ bedeutende Zahl der angesiedelten Bauern) auch in Ungarn zur Modifikation der örtlichen Agrarentwicklung bei, so daß sich die soziale Lage der ungarischen Leibeigenen vom "servus" und "libertinus" alsbald auf das Niveau der "hospites" erheben konnte. Eine ähnliche Wirkung übten auch die großen Reichssiedlungen des 18. Jahrhunderts aus, wobei aber in der agrarhistorischen Literatur in Ungarn noch nicht untersucht wurde, wie weit und in welcher Form das geschah.

Zur Zeit besteht die Möglichkeit, ausführlich zu untersuchen, was für eine technische und soziale Kultur die Ansiedler aus ihrer ursprünglichen Heimat mit sich gebracht haben und wie erstens diese Kultur auf die Urbevölkerung, die Wirtschaft und Gesellschaft jener Gebiete gewirkt hat, auf denen die Ankömmlinge angesiedelt wurden, und wie sich zweitens die sozialökonomische Kultur der Neuangesiedelten durch die Wirkung der örtlichen Faktoren umgestaltet bzw. modifiziert hat. Im Rahmen verschiedener regionaler Untersuchungen kann auch erforscht werden, wie sich die Produktionskultur der ursprünglich aus demselben Gebiet stammenden, über eine ähnliche sozialökonomische Kultur verfügenden Bevölkerung infolge der abweichenden ökologisch-sozialökonomischen Lage der

einzelnen Regionen modifiziert hat und welche Faktoren bei dieser Modifizierung die große Rolle gespielt haben.

Die vergleichenden agrarhistorischen Forschungen können in dieser Hinsicht viel Neues aufdecken.

Gerade jetzt steht die Frage der Familienstruktur, die Frage der Familie im allgemeinen als Produktionsfaktor im Vordergrund der Forschung. Obwohl darüber zahlreiche, vor allem durch die Volkskunde, neuerdings auch durch die Soziologie angefertigte Teilanalysen zur Verfügung stehen, ist die Familie vom Gesichtspunkt der Geschichte der Agrarproduktion und der Agrargesellschaft bisher in ungarischen Publikationen noch gar nicht behandelt worden. Die regionalen Untersuchungen ermöglichen vielleicht, hier Ergebnisse zu erzielen und die in den einzelnen Distrikten auf dem Gebiet der Familienorganisation wahrnehmbaren Unterschiede im Zusammenhang mit anderen Faktoren zu untersuchen. Dabei wäre festzustellen, welche Wirkung die Familie als aktiver Faktor auf die Produktion und auf die Organisation der Betriebe ausübt, aber auch, wie sich gerade die übrigen Umstände modifizierend und formend auf die Familie als passiven Faktor ausgewirkt haben. Auch die Wirkung der Realteilung-Anerben-Sitte auf die sozialökonimische Entwicklung der einzelnen Distrikte kann erst jetzt gründlich untersucht werden.

Eine andere Forschungsmöglichkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß die neuen Staatsgrenzen Ungarns nach dem ersten Weltkrieg zusammenhängende, gemeinsame Mikrogebiete bildende Regionen voneinander getrennt haben. Solche Untersuchungen ermöglichen zum Beispiel, sowohl an der westlichen wie auch an der nördlichen Grenze Ungarns zu untersuchen, wie sich in dem Gebiet, dessen wirtschaftlich-soziale Entwicklung früher gemeinsam verlaufen ist, eine Reihe von Faktoren dadurch verändert hat, daß ein Teil eines solchen Gebietes Teil der Wirtschaft eines industriell viel entwickelteren Landes geworden ist, und wie sich die Entwicklung derselben Faktoren dort gestaltet hat, wo die Umstände unverändert geblieben sind. Unter diesem Aspekt ist es möglich, ganz konkret zu untersuchen, wie die nichtlandwirtschaftlichen Sektoren der Wirtschaft auf die Agrarentwicklung einer Region wirken, wobei sowohl die Agrarentwicklung wie auch die nichtlandwirtschaftlichen Sektoren der Wirtschaft im breitesten Rahmen zu verstehen sind. Solche Analysen könnten der vergleichenden wirtschaftshistorischen Forschung konkrete Ergebnisse liefern, die aller Wahrscheinlichkeit nach die weiteren Untersuchungen befruchten würden.

Diese Forschungen verfolgen - darauf wurde hingewiesen - keinen Selbstzweck, sondern dienen in erster Linie dem Ziel, die Erschließung der innerhalb des Landes vorhandenen abweichenden Entwicklungsmodelle und -prozesse zu erleichtern. Deshalb fällt jenen Ländern, in denen ebenfalls mehrere Entwicklungsmodelle nebeneinander bestehen, bei der Herausbildung und Entwicklung der Methodik wirtschaftshistorischer Forschungen eine große Rolle zu; das gilt auch für Ungarn und Polen, was Osteuropa betrifft. In der Ausarbeitung der wirtschafts- und sozialhistorischen Modelle kann diesen Ländern noch eine große Bedeutung zukommen.

Zur Sklaverei im Altertum

Eine Zwischenbilanz der internationalen Colloques sur l'esclavage

von Heinz Kreißig

Seit 1970 finden in unbestimmten Zeitabständen, aber in der Regel einmal im Jahr Kolloquien über die Sklaverei (Colloques sur l' esclavage) statt, die zwar keine Organisation, kein Statut, keine Fonds usw. besitzen, dafür aber - wie ihr Hauptinitiator, Pierre Lévêque, einmal sagte - über den Vorteil verfügen, daß sie arbeiten. Diese Kolloquien sind das, was der Name besagt: Stätten des intensiven Meinungsaustausches, der Erarbeitung konkreter Ergebnisse auch mittels der Polemik und vor allem in der unmittelbaren Auseinandersetzung zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Wissenschaftlern sowie zwischen Vertretern unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der beiden Grundpositionen. Sie sind keine Repräsentationsveranstaltungen, auf denen "Delegationen" auftreten. Vielmehr werden die Teilnehmer persönlich aufgrund ihrer Fachzuständigkeit von der jeweils veranstaltenden Institution geladen. Erster Organisator war von 1970 bis 1974 die Universität Besançon in Frankreich, genauer das dortige Centre de recherches d' histoire ancienne. 1975 fand die Arbeitstagung, veranstaltet von der Universität Warschau, in Nieborów bei Łowicz in Polen statt, und 1976 wurde sie von der Universität Padua im norditalienischen Bressanone/Brixen durchgeführt. Das nächste Kolloquium wird in Camerino (Marche) von der dortigen Universität organisiert und bei Erscheinen dieses Berichtes schon Vergangenheit sein. - Hauptträger sind zweifellos die Althistoriker der Universitäten Besançon, Mailand und Warschau, doch gehören auch Wissenschaftler aus Vincennes, Toulouse, Rennes, St. Etienne, Pisa, Neapel, Padua, Camerino, Kraków sowie von der Akademie der Wissenschaften der DDR zu den mehr oder weniger ständigen Teilnehmern, zu denen dann je nach Veranstaltungsort weitere Mitarbeiter treten. An Persönlichkeiten sind dabei neben Pierre Lévêque und Monique Clavel-Lévêque besonders (in der Reihenfolge der eben genannten Universitäten) Mario Attilio Levi, Teresa Alfieri und Elena Perotti, Iza Bieżuńska-Małowist und Jerzy Kolendo, Claude Mossé, Pierre Briant und Pierre Debord, Yvon Garlan, Denis und Jeannine Cels, Luigi Capogrossi Colognesi, Ettore Lepore, Franco Sartori und Maria Capozza, Luigi Labruna, Józef Wolski sowie aus Berlin Elisabeth Charlotte Welskopf und Heinz Kreißig zu nennen, die zusammen mit den weiteren Mitarbeitern des Centre von Besançon (Jacques Annequin, Françoise Dunand, Marie-Madeleine Mactoux, François Favory, Claude l' Huillier und anderen) gewissermaßen einen festeren Kern bilden. Zu den bekanntesten "gelegentlichen" Besuchern gehören bisher unter anderem M. A. Chastagnol, R. Etienne, E. Demougeot, P. Vidal-Naquet, G. Fabre, E. Lévy, R. Martin, E. Sereni, M. Torelli, B. Nadel, J. Modrzejewski, M. -T. Manni-Piraino, E. M. Štaerman, A. I. Pavlovskaja, S. M. Treggiari (in der Reihenfolge des Auftretens).

Die behandelten Themen reichen zeitlich von der mykenischen Epoche bis zum Dominat, räumlich von der iberischen Halbinsel bis zum hellenistisch beeinflußten Vorderen Orient, und sachlich wird kaum ein Problem ausgelassen, das für die Beurteilung der Sklaverei im Altertum relevant ist. Es ist kein Geheimnis, daß die Vertreter einer progressiven, das heißt dialektisch-materialistischen Geschichtsbetrachtung dabei die führende Rolle spielen, ohne daß eine Abkapselung erfolgte, sondern indem im Gegenteil die direkte Konfrontation gesucht wird, wie allein obige Auswahl von Namen beweist. Dies besagt aber gleichzeitig, daß die Erörterungen, so detailliert und philologisch auch einzelne Titel erscheinen mögen, selten das Ziel aus den Augen verlieren, die Rolle der Sklaverei in der vorfeudalen Weltgeschichte zu analysieren, um zugleich Umfang und Begrenzung der Sklavereiordnung innerhalb der Abfolge der Gesellschaftsformationen formulieren zu können. Es ist so kein Zufall, daß die Kolloquien 1970 mit einem Überblick über sowjetische Arbeiten zur Sklaverei von 1917 bis zur Gegenwart eröffnet wurden. Leider stand für diese Aufgabe damals kein wirklicher Experte zur Verfügung, so daß nur ein sehr kritikwürdiges Fragment zustande kam.[1] Dennoch weist dieser Beitrag an der Spitze einer Kolloquienreihe programmatisch auf eine gewollte Tendenz hin, die ganz im Gegensatz zu den antimarxistischen Zielen steht, die zum Beispiel von Joseph Vogt und seiner Schule mit ihren Veröffentlichungen über Sklavereiprobleme verfolgt werden.[2] Inzwischen sind durch keine Geringeren als E. M. Štaerman und A. I. Pavlovskaja objektive und erschöpfende Berichte über die gegenwärtigen Arbeiten und Forschungen in der Sowjetunion zum Sklavereiproblem vorgelegt und diskutiert worden.[3]

Die bedeutendste Diskussion, vom theoretischen Standpunkt gesehen, fand 1973 statt und entzündete sich an Untersuchungen über das Vokabular der Abhängigkeitsverhältnisse im Altertum.[4] Sie zeugt für das große Interesse, das bei mar-

1 Petit, Paul, L'esclavage antique dans l'historiographie soviétique, in: Actes du colloque d'histoire sociale 1970 (im folgenden: Actes 1970), Paris 1972, S. 9 - 27. - Der Verf. gibt zu, kaum russisch lesen zu können und einen großen Teil der behandelten Werke nur indirekt zu kennen. Entsprechend dürftig ist der gesamte Bericht, der bereits von Funck, Bernd, Zum Problem von Klassen und Schichten in neuester sowjetischer Literatur, in: Klio, Bd. 58, 1976, S. 481 ff., wegen seiner Enge abgelehnt wurde. Auf theoretischem Gebiet steht Petit nicht einmal auf dem Niveau der von ihm kritisierten dogmatischen Werke der Perioden vor 1956.

2 Funck, Bernd, a. a. O., S. 481, übersieht offenbar neben dem positiven Wert, den die Übersetzungen russisch geschriebener Werke natürlich haben, die antimarxistische Zielsetzung der Vogtschen Schule in ihren als Kommentare und Antworten gedachten eigenen Arbeiten. Vgl. Finley, M. I., The Necessary Evil, in: Times. Literary Supplement, Nov. 1975, S. 1348, zu: Vogt, Joseph, Ancient Slavery and the Ideal of Man (Sklaverei und Humanität).

3 Pavlovskaja, A. I., Les recherches soviétique sur l'esclavage en Grèce ancienne; Štaerman, E. M., Les recherches soviétiques sur l'esclavage à Rome. - Beide Beiträge wurden in russischer Sprache auf dem Colloque sur l'esclavage antique in Nieborów Dezember 1975 (im folgenden: Actes 1975, im Druck) vorgelegt.

4 Sereni, Emilio, Recherches sur le vocabulaire des rapports de dépendance dans le monde antique, in: Actes du colloque 1973 sur l'esclavage (im folgenden: Actes 1973), Paris 1976, S. 11 - 48, die Diskussion ebenda, S. 49 - 96, aber fortgesetzt in vielen späteren Beiträgen.

xistischen und nichtmarxistischen Wissenschaftlern in Frankreich und Italien (ganz im Gegensatz etwa zur BRD und Großbritannien) die Theorie von den progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen und in ihnen besonders die sogenannte asiatische Produktionsweise noch immer findet. Es dürfte auch bekannt sein, daß uns bei der Ausformung der Theorie von einer selbständigen altorientalischen Klassengesellschaft[5] neben sowjetischen Wissenschaftlern gerade französische Marxisten vorangegangen sind.[6]

Eine große Schwierigkeit, über die auch bei uns häufig gestolpert wird, liegt in der Tatsache, daß der Begriff "Produktionsweise" (auch der französiche: «mode de production») in einer engeren und einer weiteren Bedeutung existiert und zum Beispiel auch von Marx durchaus in beiden Bedeutungen gebraucht wurde. Im engeren Sinne benutzen wir "Produktionsweise" bzw. "mode de production" häufig im Sinne von Produktionsform einer räumlich und zeitlich begrenzten Menschengruppe, dabei eigentlich identisch mit "Produktionsverhältnissen". Im weiteren Sinne - und nur so sollte man sie gebrauchen! - bedeuten beide Begriffe die dialektische Einheit der Produktionsverhältnisse mit den gesellschaftlichen Produktivkräften und umfassen somit die gesamte ökonomische Basis einer Gesellschaftsformation. - Betrachtet man diesen unterschiedlichen Wortgebrauch nicht, spricht man unter Umständen aneinander vorbei. So passierte es auch während des Kolloquiums von 1973, als Sereni davon sprach, daß innerhalb einer Gesellschaftsformation mehrere Produktionsweisen existieren, von denen eine die dominierende sei.[7] Natürlich meint er hier "Produktionsverhältnisse". Zu welchen Wirrnissen derartige begriffliche Mißverständnisse führen, zeigt die Tatsache, daß Sereni dann die "asiatische Produktionsweise" als der Produktionsweise der Sklaverei untergeordnet (da es Sklaven gibt), aber zugleich als ökonomische Gesellschaftsformation erklärte.[8] Auf die berechtigte Frage von A. Casanova, welche Unterschiede Sereni denn zwischen Produktionsweise und ökonomischer Gesellschaftsformation sehe, nannte dieser als wichtigste Elemente einer Formation das ökonomische Grundgesetz, den sozialökonomischen Widerspruch und die Lösungsform des Grundwiderspruchs - sicherlich wesentliche Positionen, die aber zumindest durch die dominierenden Produktionsverhältnisse und die wirkenden Triebkräfte ergänzt werden müßten (zumal der Inhalt des "ökonomischen Grundgesetzes" ohnehin offenbleibt); für die Produktionsweise blieb er jedoch bei seiner Quasi-Identifizierung mit den Produktionsverhältnissen.[9] - Von hier aus ist aber weiteren Mißverständnissen Tür und Tor geöffnet, so zum Beispiel wenn I. Keller erklärte, die gallische Gesellschaft auf dieser Grundlage in keine ökonomische Gesellschaftsform einordnen zu können, und forderte, die Gesellschaften nach ihren politischen Strukturen und dem bio-technischen Komplex, den sie jeweils darstellen, zu analysieren.[10] Diese seltsame Mischung aus Strukturalismus und Dialektik fand verständlicherweise bei den Teilnehmern keine Gegenliebe.

5 Vgl. Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus, Berlin 1977.
6 Afanasev, O., Obsuždenie v Institute Istorii SSSR problemy Aziatskij sposob proizvodstva, in: Sovetskaja Etnografija, Nr. 6/1965; Sur le mode de production asiatique, Paris 1969 (besonders die Artikel von Jean Chesnaux, Maurice Godelier, Jean Suret-Canale, Charles Parain).
7 Actes 1973, S. 52; ebenso in der Diskussion Garlan, Yvon, in: ebenda, S. 64; Mossé, Claude, in: ebenda, S. 67.
8 Ebenda, S. 54.
9 Ebenda, S. 55 (Casanova), 70 f., 75 f. (Sereni).
10 Ebenda, S. 81.

Produktionsweise und ökonomische Gesellschaftsformation in ihrer Komplexität verschiedener existierender Produktionsverhältnisse, verschiedener Klassen (über die simple Gegenüberstellung Sklaven - Freie oder gar Sklaven - Sklavenhalter hinweg), verschiedener Triebkräfte und zugleich der dialektisch-widersprüchlichen Einheit in der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen von der revolutionierenden Neugestaltung bis zur revolutionären Umgestaltung wurden schließlich (vor allem durch die Beiträge von A. Casanova, I. Bieżuńska-Małowist und M. Clavel-Lévêque)[11] auf eine feste Grundlage gestellt, von der aus die Frage der selbständigen altorientalischen Klassengesellschaft (von den Franzosen und Italienern immer "mode de production asiatique" genannt) sehr intensiv untersucht werden konnte.

Wie gesagt, hatte Serenis Meinung, daß die "asiatische Produktionsweise" gegenüber der auf Sklaverei basierenden Gesellschaft keine verschiedenartige Produktionsweise sei, wohl aber eine eigenständige sozialökonomische Formation, starken Widerspruch hervorgerufen. Die natürlich richtigen Beobachtungen, daß mit den ersten Klassenteilungen bereits Sklaverei und frühe Hörigkeitsformen (wie übrigens auch freie Lohnarbeiter - manchmal etwas verschämt "Dienstmiete" genannt) nebeneinander vorhanden waren, führte Yvon Garlan auf logische Ergebnisse von Krieg und Eroberung (kriegerischer Landnahme)als wesentliche Faktoren der natürlichen Reproduktion der noch zu Stämmen vereinigten, aber sich aus ihnen lösenden Gemeinden im langwierigen Prozeß der Staatswerdung zurück. Solange die Beziehung zum Boden die essentielle überhaupt blieb, mußten diese Knechtschaftsformen zumindest potentiell existent bleiben; zur Blüte der Sklaverei konnte es jedoch nur dort kommen, wo der Widerspruch zwischen individuellem (= antikem) Privateigentum und Gemeindeinteressen zugunsten des ersteren gelöst wurden.[12] Das aber war im Orient niemals der Fall. Diese grundlegend richtige Feststellung ergänzte Luigi Capogrossi Colognesi mit dem Hinweis auf das römische Recht als typisches Produkt einer auf individuellem Privateigentum und Sklaverei basierenden Gesellschaft, das im Überbau einer altorientalischen Gesellschaft unmöglich, ja völlig unsinnig wäre.[13] Auch vom Staatsaufbau her lassen sich, wie Jerzy Modrzejewski ausführte, deutlich in der despotischen Monarchie des Orients und der antiken Polis zwei Grundformen voneinander absetzen, die jeweils nur innerhalb einer der beiden Formationen als bestimmend denkbar sind.[14]

Die Existenz von Sklaven reicht also nicht aus, um eine Gesellschaft zu charakterisieren. Sie muß - darauf wies nachdrücklich Alain Daubigney hin - die Produktion beherrschen, was nur unter den Bedingungen des entwickelten antiken Privateigentums und der Marktwirtschaft möglich ist.[15] Analysiert werden müssen die Eigentumsverhältnisse und die dazu gehörigen, dominierenden Knechtschaftsverhältnisse. Ich konzentriere mich hier, im Sinne der zugrunde liegenden Kolloquien und ihrer Ziele auf die letzteren, wobei aber immer im Auge behalten werden muß, daß alle Abhängigkeitsverhältnisse von bestimmten Eigentumsverhältnissen geschaffen werden (daß mir dennoch wieder unaufmerksame Leser vorwerfen werden, ich würde von den Eigentumsverhältnissen abstrahieren, nehme ich in Kauf).

11 Ebenda, S. 55 f., 69 f., 85 f.
12 Ebenda, S. 64.
13 Ebenda, S. 88 f.
14 Ebenda, S. 89.
15 Ebenda, S. 92 ff.

Zwei Begriffe gilt es meines Erachtens zunächst zu klären: "allgemeine Sklaverei" einerseits und "klassische" oder "Waren-" (esclave-marchandise) oder "chattel" oder "Produktions"sklaverei, was alles das gleiche ist, andererseits. Ich wiederhole A. Daubigney: Der "zweideutige" Begriff "allgemeine Sklaverei", der häufig der "asiatischen Produktionsweise" (natürlich nach Marx) zugrunde gelegt wird, "verschleiert" mehr, als er klärt, da er ökonomische Abhängigkeit und persönliche Knechtschaft "verwischt". - Tatsächlich kann man auf die Bevölkerung der altorientialischen Gesellschaften, weder auf das Individuum noch auf die Masse, die Kriterien des Sklaven anwenden. Der Sumerer, Babyloner, Hethiter, Hebräer, Ägypter usw. ist normalerweise nicht Eigentum irgendeines anderen (auch nicht eines Despoten oder Tempels), er ist nicht kauf- oder verkaufbar, nicht mobiles Inventar von irgend etwas; er ist Besitzer von Produktionsmitteln (Boden, Werkstatt und anderem) - kurz, er ist kein Sklave. Aber große Bevölkerungsteile, die Masse ganzer Völker, sind durch eine endlose Kette von Eroberungen, Unterwerfungen, Überschichtung in eine deutliche Abhängigkeit geraten, die ihnen das Eigentum an den Produktionsmitteln genommen, sie zur Erarbeitung eines Mehrprodukts gezwungen, häufig sogar die Bewegungsfreiheit eingeschränkt hat. Das gleiche trifft auf viele Bevölkerungsgruppen im antiken Raum zu: Die lakonischen und messenischen Heloten zum Beispiel sind niemandes Eigentum (auch nicht des spartanischen Staates, der nirgendwo überhaupt als juristische Person auftritt, allenfalls "der Lakedaimonier", was aber offensichtlich Augenwischerei ist), sie sind nicht verkauf- oder kaufbar, nicht mobil, sie sind Besitzer von Boden - keine Sklaven, wie auch die Penesten, die Maryandiner, die Hektemoroi usw. Insofern wird man zweifellos Daubigney zugestehen müssen, daß die Bezeichnung "allgemeine Sklaverei" - ebenso wie "latente" oder "primitive" Sklaverei - für Verhältnisse, die "zwischen Sklaverei und Freiheit" liegen,[16] ungeeignet ist und grundlegende Unterschiede im gesellschaftlichen Status und vor allem in der Klassensituation verwischt.

Wenn wir zu klaren Erkenntnissen in den Gesellschaftsstrukturen der alten Welt kommen wollen, müssen wir mit klaren Begriffen operieren, das heißt, weder aus den häufig widersprüchlichen Ausdrücken der Primärquellen uns den aussuchen, der uns am besten ins eigene Schema paßt (zum Beispiel aus jedem dulos einfach einen Sklaven machen, obwohl dieser Begriff mehrdeutig ist), noch mit "modernen" Ausdrücken die Vielgliedrigkeit der frühen Klassengesellschaften zudecken (zum Beispiel eine Klasse der Sklavenhalter postulieren, obwohl vom Kaiser bis zum Sklaven jeder Sklavenhalter sein konnte).

Iza Bieżuńska-Małowist hat in der Diskussion von 1973 den Finger auf diesen wunden Punkt gelegt und erklärt, daß man Gesellschaftsanalyse nur treiben kann, wenn man Sklaverei nach ihrer höchsten entwickelten Form faßt, der antiken Pro-

16 Vgl. zu diesem Problemkomplex, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann, Finley, M. I., Between Slavery and Freedom, in: Society and History, Nr. 6/1964, S. 233 - 249; Lotze, Detlev, Metaxy eleutherōn kai doulōn. Studien zur Rechtsstellung unfreier Landbevölkerungen in Griechenland bis zum 4. Jahrhundert v. Chr., Berlin 1959; Levi, Mario Attilio, Ne liberi ne schiavi (Weder Freie noch Sklaven), Milano 1976; Wolski, Józef, Les ilotes et la question de Pausanias, régent de Sparte, in: Schiavitu, manomissione e classi inferiori nel mondo antico (Sklaverei, Sklavenfreilassung, niedere Klassen in der antiken Welt; im folgenden: Actes 1976, im Druck); Bruni, G. B., Motaci, Neodamodi e Brasideioi, in: ebenda.

duktionssklaverei.[17] Diese setzt aber wiederum individuelles Privateigentum voraus, da der Sklave als individuelles Eigentum, als Ware erworben, angesehen wird. Im Orient hat diese Form der Sklaverei nie eine Rolle gespielt, wenn sie natürlich auch nicht völlig unbekannt war. Sie ist demzufolge auch nie formationsbestimmend geworden. Hier trifft absolut zu, daß die Entwicklung der individuellen Sklaverei (esclavage-marchandise, chattel slavery) durch die - nach dem Ausdruck von Garlan - Autarkie-Kapazitäten der orientalischen Gemeinden, der Mitglieder "n' étaient pas libres puisqu' ils n' étaient pas propriétaires", verhindert wurde.[18] Man brauchte sie ganz einfach nicht. Benötigt wurden Sklaven als Produktionsmittel nur da, wo Grund und Boden in individuellem Privateigentum war und solche Größen anzunehmen begann, daß es von der Familie des Eigentümers nicht mehr allein bewältigt werden konnte. Das begann in Griechenland in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. sich abzuzeichnen, womit sich die antike Produktionsweise hier in einem langen und qualvollen Prozeß, der deutlich revolutionäre Züge trägt, durchsetzte.

Die Frage Casanovas, ob in der Antike überhaupt jemals eine Dominanz der Produktionssklaverei über andere Produktionsverhältnisse existiert habe,[19] muß entschieden bejaht werden. Diese Dominanz hat in den griechischen Poleis spätestens im 5. Jahrhundert, wahrscheinlich schon seit dem 6. Jahrhundert v. u. Z. geherrscht, und sie ist deutlich in Rom und großen Teilen Italiens seit Beginn des 2. Jahrhunderts v. u. Z. Sie wird erst im 3. Jahrhundert u. Z. mit der schnellen Ausbreitung der Kolonatsverhältnisse überwunden. Richtig ist zwar, daß die räumliche Ausdehnung dieser Sklavereiordnung sich von Griechenland und Italien aus nur entlang den Küsten des Mittelmeeres und des Schwarzen Meeres vollzogen hat, der weitaus größte Teil Europas (von Asien und Afrika ganz zu schweigen) von ihr unerreicht blieb; doch waren eben jene Küstengegenden infolge der herrschenden antiken Privateigentumsverhältnisse die damals fortgeschrittensten der bekannten Welt, und sie waren auch diejenigen, von denen der entscheidende Einfluß auf die Formierung des Feudalismus und sogar des Frühkapitalismus ausging.

Von diesen gewonnenen Standpunkten aus - denen sich selbstredend nicht alle Teilnehmer anschlossen - wurden in Besançon, in Nieborów und in Bressanone weitere Fragenkomplexe in die Diskussion einbezogen. So stand ebenfalls 1973 die Frage der Eingliederung der kretisch-mykenischen und der etruskischen Gesellschaft zur Erörterung. In seinem Bericht zu Mykene ging A. Mele[20] von der vor allem bei M. I. Finley vertretenen Auffassung aus[21], daß die Zugehörigkeit zu Ständen in den frühen Gesellschaften viel größere Bedeutung hätte als die ökonomischen und die Arbeitsbedingungen. Von hier aus kam er zu der Feststellung, daß das Normale in dieser Gesellschaft eigentlich die Abhängigkeit sei und die Freiheit als Privileg einer Minderheit betrachtet werden müsse. Merkwürdigerweise stellt man fest, sowie man diese Behauptung vom Kopf auf die Füße gestellt hat, daß im Grunde genommen nichts unbedingt Falsches gesagt wurde. Denn identifiziert

17 Actes 1973, S. 69 f.
18 Ebenda, S. 64.
19 Ebenda, S. 56.
20 Ebenda, S. 115 - 140.
21 Finley, M. I., Between Slavery and Freedom, a. a. O.; vgl. auch Levi, Mario Attilio, En Marge du congrès sur l'esclavage dans l'Antiquité (Besançon 1971), in: Actes du colloque 1972 sur l'esclavage (im folgenden: Actes 1972), Paris 1974, S. 5 - 13.

man die Freien mit den (Grund)eigentümern als den Vertretern der herrschenden Klasse in den mykenischen Palästen, so kommt man tatsächlich zu einer privilegierten Minderheit, die einer Masse von Produzenten gegenübersteht, die Mele als "intermédiaire entre esclavage et liberté" bezeichnete. Diese Gesellschaft rückte er in unmittelbare Nähe der "despotischen Gesellschaften des Orients" und der archaischen griechischen Strukturen mit "helotischer Abhängigkeit".[22] Mele kommt also aus einer uns nicht geläufigen Sicht im Prinzip zu dem gleichen Ergebnis, wie es bei uns im Abriß der "Weltgeschichte" und in dem in Druck befindlichen Hochschullehrbuch "Griechische Geschichte bis 146 v. u. Z." erarbeitet wurde. Noch deutlicher als der Berichterstatter erklärte E. Cantarella in der Diskussion, daß diese Gesellschaft offenbar alle Kriterien der altorientalischen Klassenformation aufweist und alle wesentlichen Kriterien der Sklavereigesellschaft (Privateigentum und Produktionssklaverei) vermissen läßt.[23] Die Ansicht Lencmans über die Sklaverei in Kreta und Mykene wurde also genauso zurückgewiesen, wie sie von uns in den obengenannten Arbeiten abgelehnt wird.[24] Nicht die doero, sondern die bäuerlichen Untertanen des wanax bilden die Hauptproduktivkraft.[25]

Für Etrurien kam Mario Torelli zu dem Ergebnis, daß in vorrömischer Zeit die Sklaverei lediglich eine Randerscheinung (Hausssklaverei) war. Unter den seit dem 4. Jahrhundert in den literarischen Quellen auftretenden servi ist die Masse der bäuerlichen Bevölkerung zu verstehen, die nach heftigen Aufständen (Spurinna 350 in Arezzo, 265 in Volsinii) auch Verwaltungs- und Kriegsdienste in ihre Hände nahm und zum Beispiel in Volsinii in den Senat einzog. In anderen Städten erkämpften sie sich zumindest das Bürgerrecht. Im großen und ganzen müßten die servi trotz dieser Erfolge aber in die metaxy-Gruppe, also zwischen Freien und Sklaven, eingestuft werden.[26] Torelli bestätigte damit im Grunde die Einschätzung der Etrusker vor der römischen Expansion als einer Gesellschaft altorientalischen Typs, die bereits Parain gegeben hatte,[27] obwohl er sich nicht dazu bekannte. Daß die etruskischen Gebiete nach ihrer Eroberung durch Rom in die antike Produktionsweise und damit auch in die Sklavereiordnung einbezogen wurden, bedarf keiner Diskussion.

Die Frage der metaxy-Schichten spielte auch eine große Rolle bei den Auseinandersetzungen um die bei Athenaios erhaltene Definierung Theopomps von "alten" duloi, die durch Krieg und Eroberung gewonnen wurden, sowie "neuen" duloi, Barbaren, die auf dem Markt erstanden werden konnten.[28] Jerzy Modrzejewski führte aus und Claude Mossé präzisierte in der Diskussion diese Ansicht, daß es sich bei der ersteren duleia um Erscheinungen wie die Helotie auf der Peloponnes, die Penesten in Thessalien, die Maryandiner auf der chōra von Herakleia am Schwarzen Meer usw. handelt, wo ganze einheimische Bevölkerungen durch

22 Actes 1973, S. 125.
23 Ebenda, S. 143. - Mit anderen Worten bestätigte diese Ansicht auch Debord, Pierre, in: ebenda, S. 152.
24 Expressis verbis tat dies Goetschel, J. E., in: ebenda, S. 147.
25 Vgl. Cantarella, E., in: ebenda, S. 154. - Zur Unklarheit des doero-Begriffs und verwandter Bezeichnungen vgl. auch Masson, Olivier, Les noms des esclaves dans la Grèce antique, in: Actes du colloque 1971 sur l'esclavage (im folgenden: Actes 1971), Paris 1972, S. 9 - 23, bes. S. 10.
26 Actes 1973, S. 99 - 113.
27 Parain, Charles, Protohistoire méditerranéenne et mode de production asiatique, in: Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 169 - 194.
28 Athenaios, VI, 265 b - c.

Einwandernde in Abhängigkeit gebracht wurden, ohne aber individuell versklavt zu werden. Die spätere duleia ist die eigentliche klassische Sklaverei, wobei der einzelne Mensch, ganz gleich wie er versklavt worden ist, zur mobilen Ware wird.[29] Wie unausgebildet die Sklaverei des klassischen Typs im archaischen Griechenland noch war, hatte O. Masson bereits 1971 nachgewiesen.[30]

In dieser Hinsicht ergibt sich zweifellos eine gewisse Kontinuität von der kretisch-mykenischen Epoche, die wir als altorientalischen Typ eingeschätzt hatten, zur frühen Phase der antiken Epoche. Darauf hatte Mele ausdrücklich aufmerksam gemacht.[31] Der Unterschied liegt aber darin, daß die Produktionssklaverei im Rahmen der altorientalischen Produktionsweise mit ihren selbstgenügsamen Gemeinden und der kleinen privilegierten mehrproduktverzehrenden Adelsklasse überhaupt keinen Raum findet. Nach der revolutionierenden Einführung des individuellen Privateigentums an Boden, damit einer Klasse freier kleiner Eigentümer von Produktionsmitteln, ist die Grundlage für Warensklaverei gelegt. Daß sie sich nur ganz allmählich, "sekundär" zur neuen Eigentumsform, aber "konsequent" (Marx) in einem längeren Prozeß durchsetzt (endgültig erst Ende des 6. Jahrhunderts v. u. Z.), ist eine Gesetzmäßigkeit, die man unter anderen Bedingungen in allen sozialökonomischen Formationen beobachten kann. So paradox es klingen mag, beginnt die Sklavereigesellschaft nicht erst dann, wenn die Produktionssklaverei voll entfaltet, sondern dann, wenn das individuelle Privateigentum am Produktionsmittel Boden als Voraussetzung der Entwicklung der Sklaverei durchgesetzt ist. Die Kontinuität trügt also. Der revolutionäre Bruch ist schon vollzogen, ehe die den neuen Eigentumsverhältnissen adäquaten Knechtschaftsverhältnisse voll sichtbar werden. Und was Engels als "politische Revolution" bezeichnet hat, die Reformen Solons, ist nur einer der bedeutenden Abschnitte am Ende der Herausbildungsphase der antiken Formation. In diesem Zusammenhang ist auf die sehr intensive Diskussion über die Frage einzugehen, ob und wann die Sklaven als Klasse zu betrachten sind. Sie war ausgelöst worden durch das Referat von E. Ch. Welskopf über Muße und Sklaverei. Die Berichterstatterin hatte darin "den" Sklaven infolge des Mangels an Muße über die notwendige Zeit zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft hinaus die Möglichkeit abgesprochen, Solidarität zu entwickeln und sich subjektiv ihres besonderen Charakters als Klasse bewußt zu werden. Die entscheidende Frage sei nicht, ob ein Mensch satt sei oder Hunger habe, ob er geschlagen werde oder nicht; entscheidend sei allein, ob eine Gruppe die Freiheit und die Muße habe, sich als solche zu entwickeln, über ihre Situation nachzudenken, sich zu organisieren und zu schützen, sich zu einem höheren Status aufzuschwingen - oder ob sie diese Freiheit und Muße nicht habe. Kraft und Zeit für schöpferische Tätigkeit zu haben, sei die Hauptfrage für die Entwicklung der Menschheit.[32]

Von den Teilnehmern wurde eine Vielzahl von Fällen aufgeführt, in denen Sklaven nachweislich über viel Muße verfügten. Roland Martin zitierte in diesem Zusam-

29 Modrzejewski, Jerzy, Aut nascuntur, aut fiunt: les schémas des sources de l'esclavage dans la théorie grècque et dans le droit romain, in: Actes 1973, S. 352 - 369, bes. S. 353 - 356; in der Diskussion Mossé, Claude, in: ebenda, S. 381.

30 Masson, Olivier, a. a. O., S. 9 - 23, bes. S. 11 f.

31 Actes 1973, S. 928, vor allem von seinem Standpunkt aus, wonach die Freiheit hier wie da ein aristokratisches Privileg sei.

32 Welskopf, Elisabeth Charlotte, Loisir et esclavage dans la Grèce antique, in: Actes 1973, S. 159 - 166.

menhang den städtischen Sklaven qui urbanas ac delicatas artes exercuerit, den faulen und verschlagenen Haussklaven, der sich auf dem Versammlungsplatz, im Theater, auf der Rennbahn, in Buchläden und Bordellen herumtreibt,[33] ferner äsopische Fabeln und plautinische Komödien mit ähnlicher Tendenz. Aber selbst in der Landwirtschaft wurden Fachleute unter den Sklaven (Böttcher, Schmiede) durchaus nicht überbeschäftigt.[34] Pierre Debord fügte Beispiele an, wo Sklaven zu den städtischen Festen und Feiern sowie zu den Sitzungen kultischer Kollegien zugelassen waren[35] usw.

Das Ergebnis der Diskussion bestand in der Schlußfolgerung, daß "die" Sklaven keine Klasse darstellten, weil ihre soziale Situation innerhalb eines nur juristisch gemeinsamen Standes viel zu unterschiedlich war.[36] Tatsächlich gab es innerhalb des Sklavenstandes Differenzierungen, die an die Qualität von Klassenunterschieden reichten, wie etwa zwischen einem athenischen Bankier und einem Bergwerksarbeiter von Laurion. Es ist kaum zu erwarten, daß hierbei der gleiche juristische Status zu irgendwelchen Solidaritätsgefühlen oder sogar zu gemeinsamen Kampfmaßnahmen gegen die "Sklavenhalter" führen kann. Dies heißt aber keinesfalls, daß Klassenbildung innerhalb der Sklaven überhaupt nicht möglich sei. Im Gegenteil kann man den in der handwerklichen und landwirtschaftlichen Produktion sowie den im Bergbau tätigen Sklaven, die alle in einem tatsächlich gleichen Verhältnis zu den Produktionsmitteln stehen, die den gleichen Anteil am Gesamtvermögen (Null) besitzen und denen das Mehrprodukt mit den gleichen Mitteln der außerökonomischen Gewalt abgepreßt wird, den Klassencharakter nicht absprechen, obwohl gerade sie diejenigen sind, die keinerlei Muße hatten. Ihre Organisationsmöglichkeiten blieben allerdings gering. Jedoch können solche Massenbewegungen wie die Flucht Tausender attischer Sklaven (wahrscheinlich aus Handwerk und Bergwerk) während des Peloponnesischen Krieges, zu schweigen von den großen Sizilischen Aufständen (wahrscheinlich Landwirtschaft und Viehzucht), nicht ohne eine gewisse Organisation und auch nicht ohne ein Mindestmaß an solidarischem Bewußtsein vor sich gegangen sein. Methodisch falsch wäre es jedoch, wenn man "die" Sklaven und gar "die" Sklavenhalter als Klasse bezeichnet, ohne auf ihre jeweilige Differenziertheit Rücksicht zu nehmen, die sich bei den Sklaven nicht nur in der Unterscheidung ländliche und städtische Sklaven erschöpft.

Ein weiterer Fragenkomplex, auf den ich hier eingehen will, ist das Problem, in welchem Maße die Ausbreitung des Griechentums nach den Eroberungen Alexanders des Großen und der Makedonen die auf Sklaverei basierende Produktionsweise im Orient heimisch gemacht hat. Aufgeworfen wurde diese Frage durch Pierre Briant bereits 1971.[37] Sie wurde von 1973 bis 1976 bei jeder Zusammenkunft wiederaufgenommen und besonders durch M. A. Levi, T. Alfieri und H. Kreißig weitergeführt.[38]

33 Columella, I, 8, 1 - 2.
34 Martin, Roland, in: Actes 1973, S. 171 f.
35 Debord, Pierre, in: ebenda, S. 175.
36 Etienne, Robert, in: ebenda, S. 173; Goetschel, J. F., in: ebenda, S. 172 f.
37 Briant, Pierre, Remarques sur «laoi» et esclaves ruraux en Asie Mineure hellénistique, in: Actes 1971, S. 93 - 133; in der Diskussion Debord, Pierre, und Sartori, Franco, in: ebenda, S. 258 - 260. - Vgl. auch Vidal-Naquet, Pierre, Reflexions sur l'historiographie grècque de l'esclavage, in: ebenda, S. 25 - 44, bes. S. 39.
38 Levi, Mario Attilio, Au sujet des laoi et des inscriptions de Mnesimachos, in: Actes 1973, S. 257 - 271. - Leider wurde im Titel und im Text - sogar

Briant hatte festgestellt, daß sich die Städte weiterhin auf Sklavenarbeit stützten (er dachte dabei jedoch in erster Linie nur an die Griechenstädte in Kleinasien), während das übrige, das Königsland, das überwiegend von eingeborenen Bauern, den laoi, besiedelt wurde, einer gesellschaftlichen Ordnung unterworfen war, in der "la notion marxiste de mode de production asiatique définit exactement les rapports sociaux et économiques". [39] Berücksichtigt man, daß die alten Griechenstädte in Kleinasien, in denen die antike Produktionsweise selbstredend erhalten blieb, ihre frühere Bedeutung rasch verloren, daß andererseits in neugegründeten orientalischen Poleis, deren Zahl und Rolle im Staat zumeist übertrieben wird[40], Sklaverei nur bedingt angewandt wurde, muß man Briant recht geben, daß die hellenistische Epoche keine einschneidenden Veränderungen in diesem Gebiet brachte. Die relativ geringe Rolle der Stadt und besonders der Sklaverei in den Städten Syriens, Mesopotamiens und Anatoliens hat H. Kreißig anhand literarischer und epigraphischer Quellen untersucht, wobei er zu dem Ergebnis kam, daß in der Zugehörigkeit des hellenistischen Orients zur altorientalischen Gesellschaftsformation kein Unterschied zwischen Land und Stadt an sich besteht, sondern lediglich die jahrhundertealten griechischen Häfen wie Milet, Ephesos, Kyme usw. ausgenommen bleiben müssen. [41] Die starke Kontinuität, die somit in Vorderasien trotz des Einfalls der Makedonen und einer nicht unbeträchtlichen griechischen Ansiedlung seit dem Ende des 4. Jahrhunderts v. u. Z. auf sozialökonomischem Gebiet vorherrschte, wies M. A. Levi an der Form der Landvergabe von den Mitannikönigen über Hurritter, Hittiter bis zu den Achämeniden und Seleukiden nach. Ganz ähnliche kontinuierliche Entwicklungen lassen sich auch auf religiösem Gebiet verfolgen, [42] was aufgrund der historischen Dialektik nur natürlich ist.

Die Frage, die P. Briant am Ende seines Referates stellte, ob sich in der ökonomischen Basis des Vorderen Orients und des lagidischen Ägyptens nicht weitge-

in der Diskussion - ständig Aristodikides - Welles, Bradford C., Royal Correspondence in the Hellenistic Period, New Haven 1930, Nr. 11 - 13 - mit Mnesimachos - American Journal of Archaeology, Bd. 16, 1912, S. 11 - 82 - verwechselt; Levi, Mario Attilio, Le problème des paysans dépendents en Asie Mineure, in: Actes 1975; Alfieri, Teresa, La position de M. Rostovtzeff à propos des laoi de l' Asie Mineure hellénistique, in: Actes 1973, S. 281 - 289; Kreißig, Heinz, L' esclavage dans les villes d' Orient pendant la période hellénistique, in: ebenda, S. 235 - 250; derselbe, Propriété foncière et formes de dépendance dans l'hellénisme orientale, in: Actes du Colloque 1974 sur l' esclavage (im folgenden: Actes 1974, im Druck); derselbe, Research on Slavery in the Orient during the Hellenistic Period, in: Actes 1975; derselbe, Versuch über den Status der Lohnarbeiter im hellenistischen Orient, vorgetragen auf dem Colloquio internazionale in Bressanone, in: Actes 1976.

39 Briant, Pierre, a. a. O., S. 118.

40 Vgl. dazu derselbe, Urbanisation hellénistique et populations indigènes, in: Klio, Bd. 60, 1978 (im Druck).

41 Vgl. außer den Arbeiten in Anm. 38 auch Die Polis in Griechenland und im Orient in der hellenistischen Epoche, in: Hellenistische Poleis. Krise-Wandlung-Wirkung, Berlin 1974, S. 1074 - 1084.

42 Debord, Pierre, in der Diskussion zu: Levi, Maria Attilio, in: Actes 1973, S. 274, wobei er aber die Abhängigkeit des Überbaus von der sozialen Basis negiert.

hende Übereinstimmungen fänden,[43] wurde von den Spezialisten bejaht. Vor allem Iza Bieżuńska-Małowist betonte wiederholt, daß die Sklaverei in der ptolemäischen Produktion nie eine Rolle gespielt habe.[44] Sie definierte dabei die Sklavereiordnung als eine ökonomische Ordnung, in der die Sklaven den hervorragenden Teil der Arbeitskräfte auf den wichtigsten Gebieten der Gesamtwirtschaft darstellen. Eine solche Ordnung habe es in Ägypten weder in hellenistischer noch in römischer Zeit gegeben.[45] Von anderen Ausgangspunkten her kam P. Debord zu einem gleichen Ergebnis, indem er den Status der wichtigen Hierodulen (zumeist ungenau als "Tempelsklaven" übersetzt) nicht mit dem der klassischen Sklaven, sondern ausdrücklich dem der laoi gleichsetzte.[46] Danielle Bonneau präzisierte, daß selbst bei Irrigationsarbeiten kaum Sklaven erwähnt werden,[47] obwohl die prosopographische Methode in bezug auf Sklaven natürlich nicht ohne Gefahr angewendet werden kann.[48] Einen ausdrücklichen Vergleich mit der "mode de production asiatique" bzw. der altorientalischen Produktionsweise zogen schließlich Modrzejewski und I. S. Keller.[49] Die recht unklaren, vor allem unentschiedenen Ausführungen Benjamin Nadels über die Sklaverei im nördlichen Schwarzmeergebiet[50] waren bei ihrem Erscheinen durch die Forschungen D. M. Pippidis bereits überholt, der für die skythischen Küsten und selbst für die chōra der Griechenstädte in diesen Gebieten das quantitative und qualitative Überwiegen von Hörigen gegenüber Sklaven in der Produktion nachgewiesen hatte.[51]

Je deutlicher die Forschung die Gebiete mit echter, das heißt klassischer Sklavereiordnung (in der von Bieżuńska-Małowist skizzierten Form) von den Gebieten unterscheidet, in denen eine auf bäuerlicher Hörigkeit vom altorientalischen Typ basierende Produktionsform vorherrscht, um so deutlicher wird auch die große historische Bedeutung der antiken Gesellschaftsformation, die auf eben dieser Sklaverei basiert. Dementsprechend umfangreich sind auch die Untersuchungen innerhalb der Forschungsgruppen der an den Kolloquien Beteiligten.

Auf einen ganzen Komplex von Studien über die attischen Redner, Cicero und andere römische Autoren konzentriert man sich zum Beispiel in Besançon. Da sie noch nicht abgeschlossen sind, seien hier die Beiträge nur annotiert: Françoise

43 Briant, Pierre, Remarques ..., a. a. O., S. 118 f.
44 Bieżuńska-Małowist, Iza, L'esclavage dans l'Egypte gréco-romaine, in: Actes 1971, S. 81 - 92; dieselbe, L'esclavage à Alexandrie dans le période grèco-romaine, in: Actes 1973, S. 291 - 304; dieselbe, Les esclaves impériaux en Egypte, in: Actes 1976.
45 Actes 1971, S. 81.
46 Debord, Pierre, L'esclavage sacré: état de la question, in: ebenda, S. 135 - 150, bes. S. 140 f.
47 Bonneau, Danielle, Esclavage et irrigation d'après la documentation papyrologique, in: Actes 1973, S. 313 - 326.
48 Bernand, Etienne, in der Diskussion, in: ebenda, S. 327; ebenfalls Bieżunska-Małowist, Iza, in: ebenda, S. 328.
49 Modrzejewski, Jerzy, in: ebenda, S. 327; Keller, I. S., in: ebenda, S. 331.
50 Nadel, Benjamin, Slavery and Related Forms of Labor on the North Shore of the Euxine in Antiquity, in: Actes 1973, S. 195 - 231.
51 Pippidi, D. M., Le problème de la main-d'oeuvre agricole dans les colonies grècques de la mer Noire, in: Problèmes de la terre en Grèce ancienne, Paris 1973, S. 63 - 82; vgl. auch Audring, Gert/Kreißig, Heinz, Stadt und Land im alten Griechenland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, S. 179 - 183.

Dunand beschäftigte sich mit Lysias, Marie-Paule Hervagault vorwiegend mit Demosthenes, Jacques Annequin mit Cicero und Catilina, Denis Cels mit Ciceros Reden gegen Verres, Marie-Madeleine Mactoux und François Favory schließlich mit dem Vokabular über Sklaven bei den Rednern und bei Cicero.[52] In diesen Arbeiten werden systematisch die Ursprünge der Sklaverei (Krieg, Räuberei, Verschuldung, Verkauf usw.), die soziale Rolle der Sklaven und ihre juristische Situation, einschließlich des Verhältnisses Herr - Sklave, sowie die Rolle der Sklaven im Wirtschaftsleben anhand aller Literaturstellen analysiert. Ziel ist die Aufstellung einer möglichst kompletten Dokumentation auf Mikrofiches und die Transparentmachung der Kategorie "Sklaverei" mittels verschiedener analytischer Methoden.

Wertvolle Ergänzungen hierzu erbrachten die Untersuchungen Yvon Garlans über die Rolle der Sklaven im Kriege. Er konnte nachweisen, daß Sklaven sehr häufig als Waffenträger verwandt wurden, aber gerade bei diesen Sklaven im Felde die Fluchtrate deutlich anstieg. Allerdings sei kein Fall bekannt, in dem geflohene Sklaven vom Feind die Freiheit erhielten (das geschah nur in Einzelfällen als Belohnung für einen Verrat militärischer Geheimnisse und dergleichen). Dagegen wurden in Notfällen häufiger Sklaven einer Stadt freigelassen, um sie ins Heer oder in die Flotte eingliedern zu können (zum Beispiel bei Belagerungen). Auch bei Marathon haben Sklaven in den Reihen der Athener gekämpft und postum die Freiheit erhalten.[53]

Auch Elena Perotti trug mit ihren Analysen zu den Begriffen chōris oikuntes und andrapoda mistophorunta zur Aufhellung der oft unterschätzten Differenzierung in den Formen der Sklaverei bei. Die ersteren definierte die Mailänder Wissenschaftlerin als außerhalb des Herrenhauses wohnende und zumeist handwerklich tätige Sklaven (oder Freigelassene). Diese Sklaven erwarben sich oft genug einen gewissen Wohlstand und konnten sich damit freikaufen. Ihr Status ähnelte innerhalb der Polis dem der Metoiken; sie konnten sogar Magistraturen ausüben (zum Beispiel als Naukleros) und dennoch nie Politen werden.[54] - Zum zweiten Begriff wurde in der Diskussion herausgearbeitet, daß diese Sklaven, die einem Sklavenhalter

52 Dunand, Françoise, L'esclavage dans Lysias, in: Actes 1970, S. 117 - 124; Hervagault, Marie-Paule, Esclaves et affranchis chez les orateurs attiques, in: Actes 1971, S. 45 - 79; dieselbe/Mactoux, Marie-Madeleine, Esclaves et sociétés d'après Démosthène, in: Actes 1972, S. 57 - 103; Annequin, Jacques, Esclaves et affranchis dans la Conjuration de Catilina, in: Actes 1971, S. 193 - 238; derselbe/Lètroublon, Micheline, Une approche des discours de Cicéron: les niveaux d'intervention des esclaves dans la violence, in: Actes 1972, S. 211 - 247; Cels, Denis, Les esclaves dans les Verrines, in: Actes 1971, S. 175 - 192; Mactoux, Marie-Madeleine, Pour une approche nouvelle du champ lexical de l'esclavage chez les orateurs attiques, in: Actes 1975; dieselbe, Approches du champ sémantique de doulos, in: Actes 1976; Favory, Francois, Recherches sur le vocabulaire de l'esclavage dans l'œuvre de Cicéron, in: Actes 1975; derselbe, Le microfichier Cicéron, in: Actes 1976; dazu kommt die Arbeit des Besançoner Philosophen Camus, Pierre, L'esclave en tant qu'organon chez Aristote, in: ebenda.

53 Garlan, Yvon, Les esclaves en temps de guerre, in: Actes 1970, S. 29 - 62; derselbe, Quelques travaux rècents sur les en temps de guerre, in: Actes 1972, S. 15 - 28.

54 Perotti, Elena, Esclaves χωρὶς οἰκοῦντες, in: Actes 1972, S. 47 - 56.

X gehören, für einen Politen Y Arbeiten gegen misthos leisten, das heißt von X an Y verliehen sind und nicht auf eigene Rechnung (nicht apophora) arbeiten. 55

Eine wichtige Klärung der Sklaverei in der attischen Landwirtschaft brachte E. Lévy ein. Die Bauern bei Aristophanes mit ihren 2 bis 3 Sklaven, von denen einer den Aufseher oder Vorarbeiter darstellt, müssen bereits als mittlere Bauern, nicht etwa als Kleinbauern angesehen werden, bei denen zumeist die ganze Familie mitarbeiten muß. Die Abwendung des Komödienschreibers von der Polisgesellschaft bei Erkenntnis der krisenhaften Entwicklung, die sich seit dem Dekeleischen Krieg anbahnte, habe Aristophanes auch zu einer neuen Haltung gegenüber dem Sklaven geführt. Er habe ihn als Bestandteil dieser Gesellschaft, nicht mehr nur negativ als nichtpoliadisches Element betrachtet. 56 Das sind zwei Ergebnisse, die sowohl für die Einschätzung der Sklavereiordnung in Griechenland wie auch der Aristophanischen Stücke bis zu ihrer modernen Adaption zu beachten sind.

Die Diskussionen über die Sklaverei im Römischen Reich konzentrierten sich auf die Blütezeit der antiken Produktionsweise, das heißt auf die ersten Jahrhunderte vor und nach unserer Zeitrechnung. Neben Cicero wurden besonders Columella, Cato, Sallust, Varro herangezogen und, wie häufig auch bei uns, leider des öfteren die lehrhaft vorgetragenen Idealvorstellungen als bare Münze genommen. Im großen und ganzen konnten jedoch brauchbare Vorlagen diskutiert werden. Hervorragende Themen waren die Behandlung der Sklaven in der Produktion und ihre Ausnutzung in Bürgerkriegen.

Für das erstere Problem gab Robert Etienne eine hervorragende Grundlage mit seiner Studie über das Ergastulum. Er definierte diese Einrichtung als Nachtzuflucht oder Schlafstätte gefesselter Sklaven, wenn auch bei verschiedenen antiken Schriftstellern die Bedeutung im Detail schwankt. Das ergastulum ist somit ein Element der brutalsten Ausbeutungsform in der Sklavereigesellschaft; es existiert in der Zeit nach den großen Sklavenaufständen von Sizilien, ohne sie allzulange zu überleben, da bald damit begonnen wird, die Sklaverei - zunächst auf den großen Gütern - durch den Kolonat zu ersetzen. Etienne schließt mit dem aufschlußreichen Satz: "L' ergastule est un moment donc de la dialectique historique qui conduit de l' esclavage au servage." 57 Er bekennt sich damit zu dem marxistischen Grundgesetz, daß neue Produktionsverhältnisse, die zu einer neuen Formation führen, im Schoß der bestehenden Gesellschaftsordnung geboren und nicht von außen aufgepflanzt werden, schon gar nicht von Gesellschaften, deren Produktivkraftentwicklung noch zurückgeblieben ist. Diese - im Fall der Sklavereiordnung die germanischen und slawischen "Barbaren" - haben nach der Volksmassen-Definition Lenins in der Revolution die Aufgabe, das Alte zu zerstören, um - natürlich völlig unbewußt - den neuen Verhältnissen zum Durchbruch zu verhelfen.

55 Dieselbe, Contribution à l' étude d' une autre catégorie d' esclaves attiques: les ἀνδράποδα μισθοφοροῦντα, in: Actes 1973, S. 181 - 191; in der Diskussion Mossé, Claude/Bieżuńska-Małowist, Iza/Modrzejewski, Jerzy, in: ebenda, S. 192 - 194.

56 Lévy, Edmond, Les esclaves chez Aristophane, in: Actes 1972, S. 29 - 46.

57 Etienne, Robert, Recherches sur l' ergastule, in: ebenda, S. 249 - 266; vgl. auch derselbe, Cicéron et esclavage, in: Actes 1970, S. 83 - 100; Martin, R., in der Diskussion, in: Actes 1972, S. 385; derselbe, "Familia rustica": les esclaves chez les agronomes latins, in: ebenda, S. 267 - 297.

Wie in Griechenland haben auch römische Sklavenhalter ihre Herrschaft und ihr Eigentumsrecht ausgenutzt, um ihre Sklaven für persönliche und politische Ziele einzusetzen. So haben Cinna[58], Clodius[59], Catilina[60] bewaffnete Sklaven für sich kämpfen lassen. Zur Zeit Ciceros war es offenbar üblich, daß politisch engagierte Männer sich als "Selbstschutz" eine Eskorte bewaffneter Sklaven hielten, die entweder Privateigentum oder aber von Gladiatorenschulen ausgeliehen waren. - Es versteht sich fast von selbst, daß solche Gruppen günstige Gelegenheiten nutzten, um sich "selbständig" zu machen und das Land zu terrorisieren. Militärisch organisierte Banden, in denen entlaufene Sklaven eine große Rolle spielten, kennt man aus vielen Provinzen während der ganzen Kaiserzeit.[61] Ihr Kampf galt dem Großgrundeigentum, und ihre Wirkung für die gesellschaftliche Entwicklung sollte nicht unterschätzt werden. Sozialrevolutionäre Ziele oder gar Programme darf man ihnen allerdings nicht andichten.

Den Rückgang der Sklaverei in der Kaiserzeit haben Alain Daubigney und François Favory auf beschränktem Raum anhand prosopographischer Methoden untersucht, und zwar in der Gallia Celtica und der Narbonensis. Wenn auch prosopographisch gewonnene Zahlen keinen absoluten Wert haben, so sprechen doch die Relationen für sich. In beiden Gebieten zusammen konnten festgestellt werden: im 1. Jahrhundert u. Z. 720 Sklaven, davon 30 Kelten; im 2. Jahrhundert 438 Sklaven, davon 10 Kelten; im 3. Jahrhundert 51 Sklaven, davon 4 Kelten.[62] Sicher lassen sich im einzelnen für andere Provinzen andere Zahlen ausmachen. Aber die hier ausgewiesene Tendenz dürfte sich im Rahmen der allgemeinen Entwicklung halten. Dazu paßt die Bemerkung Gérard Boulverts, der auf den ausgedehnten kaiserlichen Domänen des 2. Jahrhunderts u. Z. bereits Sklaven nur noch in Verwaltungsstellen gelten läßt, die Produktion aber ganz den Kolonen zuweist. Selbst im Italien des 1. Jahrhunderts sind in kaiserlichen Villen Sklaven nur als vilici, also Verwalter, bekannt.[63]

Viele wichtige Probleme konnten in derartigen Diskussionen der historischen Wahrheit ein Stück näher gebracht werden; viele andere bleiben noch offen. So hat die Spätantike mit ihren besonderen Fragen zum Beispiel nur selten zur Diskussion gestanden, aber auch die frühe römische Republik bedarf größerer Aufmerksamkeit.[64] Die im Augenblick des Schreibens noch nicht gedruckt vorliegenden Actes von 1974 bis 1976 sowie die zweifellos noch bevorstehenden Diskussionsprotokolle werden die Forschungen zu dem wichtigen Thema der Sklaverei weiter anreichern.

58 Sartori, Franco, Cinna e gli schiavi (Cinna und die Sklaven), in: Actes 1971, S. 151 - 169.

59 Annequin, Jacques/Létroublon, Micheline, Une approche ..., a. a. O., S. 225.

60 Annequin, Jacques, Esclaves ..., A. a. O., S. 199.

61 Vgl. auch Manni-Piraino, Maria-Teresa, Contribution épigraphique à l'étude de l'esclavage en Sicile, in: Actes 1973, S. 385 - 397, die über Sklavenrevolten auf Sizilien bis ins 3. Jh. u. Z. berichtet.

62 Daubigney, Alain, Favory, François, L'esclavage en Narbonnaise et Lyonnaise d'après les sources épigraphiques, in: Actes 1972, S. 351 - 388.

63 Boulvert, Gerard, in: Actes 1973, S. 412, in der Diskussion zu: Kolendo, Jerzy, Les femmes esclaves de L'Empereur, in: ebenda, S. 399 - 411.

64 Ausnahmen z. B.: Demougeot, Emilienne, Laeti et gentiles dans la Gaule de IV^e siècle, in: Actes 1970, S. 101 - 112; Treggiari, S. M., Questions on Women Domestics in the Roman West, in: Actes 1976; Colognesi, Luigi Capogrossi, La dénomination des esclaves et des maîtres à Rome aux III^e - II^e siècles av. n. è., in: ebenda.

LITERATURKRITIK

Eine interessante Materialsammlung zur Lage der Arbeiter

Household income and expenditure statistics 1960 - 1972, 2 Bde

International Labour Office, Genf 1974 und 1976,
223 und 223 Seiten, Preis: 17,50 und 22,50 sfrs

von Jürgen Kuczynski

Das Internationale Arbeitsamt in Genf veröffentlicht seit seiner Gründung vor bald 60 Jahren überaus nützliche Zusammenstellungen amtlicher Statistiken der ihm angeschlossenen Länder, verarbeitet sie jedoch viel zu selten zu Zusammenfassungen und enthält sich möglichst jeder Kommentare, um nicht in politische Konflikte mit den Mitgliedsstaaten zu kommen. Um so wichtiger ist die Kommentierung seiner Veröffentlichungen durch außenstehende Gesellschaftswissenschaftler, die jedoch leider kaum erfolgt.

Dem vorliegenden Werk ist ein anderes vorangegangen, das die Jahre 1950 bis 1964 umfaßte und 1967 veröffentlicht wurde. Es brachte wesentlich weniger Material für weniger Länder als die gegenwärtige Ausgabe.

Die Untersuchungen der Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in den beiden hier angezeigten Bänden basieren in keinem Lande auf einem Zensus. Stets wurde nur eine kleine Anzahl von Haushalten, ein Sample, untersucht.

Sehen wir uns einige dieser Samples von Haushalten an:

In Äthiopien mit 25 Millionen Einwohnern wurden für einen Monat (Juli/August 1968) 249 Haushalte von Arbeitern und Angestellten in Großbetrieben in Addis Abeba untersucht.[1]

In Belgien mit 10 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (Februar/Januar 1963/64) 4 818 Haushalte von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Bauern für das ganze Land untersucht.

In der Deutschen Demokratischen Republik mit 17 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (November/Oktober 1971/72) 30 000 Haushalte von Arbeitern und Angestellten für das ganze Land untersucht.

In Frankreich mit 52 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (1972) etwa 13 000 Haushalte aller Art für das ganze Land untersucht.

1 Die Einwohner-Angaben für die einzelnen Länder sind die jeweils amtlichen und beziehen sich auf die Zeit der Untersuchung; sämtliche anderen Angaben sind den beiden hier besprochenen Bänden entnommen.

In Indien mit 520 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (Juli/Juni 1967/68 und Juli/Juni 1965/66) 4 704 bzw. 11 722 Haushalte hinsichtlich der Einnahmen bzw. der Ausgaben aller Arten von Haushalten für das ganze Land untersucht.

In Japan mit 102 Millionen Einwohnern wurden für drei Monate (September/November 1969) 42 248 Haushalte von Familien aller Klassen und Schichten mit 2 oder mehr Personen, mit Ausnahme von Bauern- und Fischerfamilien, für das ganze Land untersucht.

In Kenia mit 11 Millionen Einwohnern wurden für sechs bzw. vier Monate (Dezember/Juni 1968/69; Februar/August 1969; Juni/Oktober 1969) 1 146 Haushalte von Afrikanern und Arabern für drei Städte untersucht.

In Papua Neuguinea mit 2 1/2 Millionen Einwohnern wurden für zwei Wochen (16. bis 29. Juli 1970) 152 Beamten-Haushalte in neun Städten untersucht.

In der VR Polen mit 33 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (1971) 3 453 Haushalte von Arbeitern und Angestellten für das ganze Land untersucht.

In der Schweiz mit 6 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (1972) 419 Haushalte von Arbeitern und Angestellten für alle Städte untersucht.

In der UdSSR mit 247 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (1972) 62 000 Haushalte von Industriearbeitern und Arbeitern in den landwirtschaftlichen Kollektiven für das ganze Land untersucht.

In den USA mit 210 Millionen Einwohnern wurden für ein Jahr (Juli/Juni 1972/73) 11 065 Haushalte aller Art für das ganze Land untersucht.

Die hier genannten sind 12 der insgesamt 87 Länder, für die Berichte vorliegen. Schon die Sample-Angaben für die 12 Länder zeigen, wie verschieden die Untersuchungen und wie schwer vergleichbar sie sind.

Sehen wir uns also die Größe der Samples im einzelnen näher an.

Die Angaben für Äthiopien sagen natürlich nichts über die Lebenshaltung im Lande als Ganzem aus, da sie sich allein auf die Hauptstadt Addis Abeba beziehen. Und auch über die Lebenshaltung der Werktätigen in Addis Abeba sagen sie nichts aus, da die Untersuchungen nur in Großbetrieben vorgenommen wurden. Und wer die Art, wie statistische Untersuchungen 1968 in Addis Abeba gemacht wurden, kennt, weiß, wie unzuverlässig die Daten selbst für diesen ganz beschränkten Kreis von Werktätigen in Großbetrieben der Hauptstadt sein müssen. Ich würde jedenfalls nicht empfehlen, diese Statistiken auch nur für einen Vergleich mit einem gleichartigen Untersuchungsgebiet in einem anderen Lande zu benutzen. Sie sind im Grunde wertlos. Also hätte das Internationale Arbeitsamt sie nicht veröffentlichen sollen? Eine solche Frage mißversteht die Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes. Es hat nämlich nicht die Aufgabe zu untersuchen, ob die von ihm veröffentlichten amtlichen Statistiken zuverlässig bzw. überhaupt sinnvoll sind. Es soll einfach die Statistiken seiner Mitgliedsstaaten zusammenstellen. Ist das aber eine sinnvolle Aufgabe? Ich glaube ja. Denn wer hätte sonst von den äthiopischen Statistiken überhaupt gehört außer ganz wenigen Fachleuten? Nur verlangt die Benutzung einer solchen Zusammenstellung eben gute Kenntnisse der statistischen Zustände und der allgemeinen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern. Zumeist müssen in solchen Fällen die Benutzer weit bessere Statistiker sein als die Produzenten der Statistiken.

Anderer Art sind die Bedenken betreffend die Untersuchung in Papua New Guinea. Man kann annehmen, daß die befragten Beamten dort alle Alphabeten sind und

auch für die kurze Dauer von 2 Wochen sorgfältig Ausgaben und Einnahmen angeführt haben. Aber ein Sample von 152 Haushalten in 9 Städten ist sehr klein, insbesondere wenn nicht genügend Erfahrungen bei dem Aussuchen für das Sample vorliegen, und ein Zeitraum von 2 Wochen ist viel zu klein, um Schlüsse auf Ausgaben und Einnahmen etwa im Verlauf eines Jahres zu ziehen. Dazu kommt, daß die Ergebnisse, die sich ja nur auf Beamte beziehen, wirklich nichts über die Lebenshaltung der Bevölkerung im allgemeinen aussagen.

Die entwickelten Länder machen im Gegensatz zu den beiden soeben behandelten nicht nur gelegentlich solche Haushaltsuntersuchungen, sondern zumeist regelmäßig jährlich und noch öfter. Für sie veröffentlicht das Internationale Arbeitsamt nicht die jeweils einzigen Angaben im Zeitraum 1960/72, sondern die jeweils letzten. Nehmen wir die Untersuchungen der USA, die zu den ältesten und besten gehören, auf großer Erfahrung beruhen, von ausgezeichneten Statistikern zusammengestellt und in großem Detail veröffentlicht werden. Das Sample umfaßt 11 065 Haushalte, wesentlich weniger als das der Sowjetunion, das 62 000 bei nur relativ wenig mehr Einwohnern enthält. Das Sample der USA erscheint noch kleiner, wenn man liest, daß es sich "auf alle Arten" von Haushalten bezieht, während das der Sowjetunion nur die beiden Hauptklassen der Werktätigen betrifft. Ich glaube nicht, daß das Sample der USA ohne Schaden soviel kleiner sein kann aufgrund der viel längeren Erfahrungen der USA in der Auswahl der zu untersuchenden Haushalte. Ich glaube auch nicht, daß das Sample der Sowjetunion zu groß ist. Natürlich sind die USA bei solchen statistischen Erhebungen behindert durch den verhältnismäßig hohen Analphabetismus in den unteren Schichten, ebenso wie durch das Wanderleben, die Unstetigkeit des Wohnsitzes unter vielen ihnen Angehörenden. So relativ zuverlässig daher die Statistiken für die oberen Schichten der weißen Arbeiter und Angestellten sind, so unzuverlässig müssen sie für die angelernten Weißen, die rassischen Minoritäten und die aus Lateinamerika und Puerto Rico Eingewanderten erscheinen.

Das relativ größte Sample hat wohl die Deutsche Demokratische Republik. Vielleicht ist es ein wenig zu groß. Aber welcher Statistiker ist nicht glücklich, eine solche Feststellung zu machen, denn in fast allen Ländern ist es zu klein. Wenn es aber zu klein ist, wird der Wert der Statistiken mehr oder weniger beeinträchtigt, wenn es vielleicht ein wenig zu groß ist, dann ist das nur eine Frage der Mühe und Kosten. Bei den Angaben in der Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes für die DDR fehlt an Einzelheiten vor allem die Tatsache, daß auch die Haushalte von Rentnern erfaßt werden. Es sollte nicht verwundern, wenn die Haushaltsstatistiken der DDR auf der sichersten statistischen Basis stehen.

Recht interessant ist auch ein Vergleich des Sample für die Schweiz und für Indien. Die Schweiz hat ein Sample von nur 419 Haushalten - bei 6 Millionen Einwohnern, wobei das Sample allerdings nur die Arbeiter und Angestellten in Städten umfaßt, in denen jedoch über die Hälfte der Einwohner lebt. Indien hat für die Haushaltseinnahmen ein Sample, das rund elfmal so groß ist (4 704), aber Stadt und Land umfassen eine Bevölkerung, die fast hundertundfünfzigmal so groß ist wie die städtische Bevölkerung der Schweiz. Das Sample der Schweiz ist also relativ rund vierzehnmal so groß wie das indische. Und doch scheint mir auch das Schweizer Sample viel zu klein. Wieviel ungenügender ist das indische Sample!, zumal dieses sich auf Haushalte aller Art, das der Schweiz nur auf Arbeiter und Angestellte bezieht. Dazu kommt noch die geradezu groteske Tatsache, daß für das natürlich vor allem landwirtschaftliche Indien das Sample für ländliche Haushalte mit 2 304 geringer ist als das für städtische, das 2 400 beträgt.

Unter diesen Umständen ergeben sich natürlich die erstaunlichsten Resultate der Untersuchungen. Dafür nur ein Beispiel:

Es ist allgemein bekannt, daß je höher der Lebensstandard, desto niedriger der Prozentsatz der Ausgaben für Nahrungsmittel, desto höher der für Kleidung und desto niedriger der für städtische Miete.

Vergleichen wir nun die entsprechenden Ausgaben für drei Gebiete:

Prozent der Haushaltsausgaben

Gebiet	Nahrungsmittel und Getränke	Kleidung	Miete	Andere
Chad, städtische Haushalte	66, 5	13, 7	0, 5	19, 3
Madagaskar, städtische Haushalte	37, 6	4, 7	22, 0	35, 7
Österreich, städtische Haushalte	35, 4	10, 6	6, 0	48, 0

Man sieht sofort, daß es völlig unmöglich ist, wirkliche Vergleiche zu machen, da die Samples zu verschieden sind und wahrscheinlich auch die einzelnen Statistiken von viel zu verschiedener Qualität. Natürlich wäre es zum Beispiel Unsinn, aus diesen Statistiken die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Lebenshaltung der städtischen Einwohner in Madagaskar im Niveau etwa der in den Städten Österreichs entspricht oder daß die städtische Bevölkerung in Chad etwa auf dem Niveau der ungelernten Arbeiter in den englischen Industriestädten um 1830 lebt, die in Madagaskar aber auf dem Niveau westeuropäischer Arbeiter der Gegenwart.

Während die Angaben für die entwickelten kapitalistischen Länder, auch wenn sie die untersten Schichten, die Ärmsten, nicht erfassen, zumindest miteinander vergleichbar sind, sind solche Vergleiche zum Beispiel für Afrika unmöglich.

Es ist ganz offenbar, daß nur sehr erfahrene Statistiker mit den Zusammenstellungen des Internationalen Arbeitsamtes arbeiten können. Aber das ist natürlich nicht die Schuld des Amtes, das man höchstens bitten könnte - und das kann durchaus zu seinen Funktionen gehören -, mehr um eine ständige Hebung des Niveaus der Haushaltsstatistiken in den einzelnen Ländern besorgt zu sein.

Doch darf unter keinen Umständen bestritten werden, daß auch eine Zusammenstellung wie die hier besprochene einen großen informatorischen Wert hat.

Eine vergleichende Wirtschaftsgeschichte einer europäischen Region und die Entwicklungsländer

Iván T. Berend / György Ránki, Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries

Columbia University Press, New York/London 1974
402 Seiten, Preis: $ 8.60

von Manfred Nussbaum

Ständig stärker wird in den letzten Jahren die Bedeutung der vergleichenden Arbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte betont, einer Aufgabe, die weder neuartig ist, noch den potentesten Wirtschaftshistorikern je ganz aus dem Gesichtsfeld geriet. Gerade die marxistische Forschung hat hier lebendige Traditionen, denn das der marxistischen historischen und wirtschaftshistorischen Forschung unterliegende Streben, über die Aufhellung von Einzelgeschehnissen und Einzelprozessen zu allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Funktionierens der Gesellschaft und ihrer Entwicklung vorzudringen, kann auf den Vergleich, sei er territorialer, sei er zeitlicher Art, nicht verzichten, macht ihn sogar unerläßlich. So haben die Klassiker immer wieder Vergleiche angestellt oder daraufhingewiesen, wie wichtig sie sowohl für das Auffinden von Gemeinsamkeiten, letztlich für die Abstraktion, aber auch für das Erkennen von Unterschieden sind.

Marx zum Beispiel erklärte: "Die Produktion im Allgemeinen ist eine Abstraktion, aber eine verständige Abstraktion, sofern sie wirklich das Gemeinsame hervorhebt, fixiert, und uns daher die Wiederholung erspart. Indes dies Allgemeine, oder das durch Vergleichung herausgesonderte Gemeinsame, ist selbst ein vielfach Gegliedertes, in verschiedne Bestimmungen Auseinanderfahrendes."[1]

Interessante Hinweise auf die methodische Problematik des Vergleichs von Ländern, die sich in unterschiedlichen Stadien der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung befinden, erhalten wir auch aus dem "Kapital", wo es unter anderem heißt: "Das Wucherkapital besitzt die Exploitationsweise des Kapitals ohne seine Produktionsweise. Dieses Verhältnis wiederholt sich auch innerhalb der bürgerlichen Ökonomie in zurückgebliebnen Industriezweigen oder solchen, die sich gegen den Übergang in die moderne Produktionsweise sträuben.

Will man z. B. den englischen Zinsfuß mit dem indischen vergleichen, so muß man nicht den Zinsfuß der B(ank) v(on) E(ngland) nehmen, sondern den z. B. von Verleihern kleiner Maschinen an Kleinproduzenten der Hausindustrie."[2]

1 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 7.
2 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1972, S. 611.

Jedoch die meisten der bisher erschienenen Arbeiten zur vergleichenden Wirtschaftsgeschichte kapitalistischer Entwicklung befassen sich vorwiegend mit solchen Ländern, die heute zu den imperialistischen Hauptländern gezählt werden. Diese standen natürlicherweise meist im Mittelpunkt der historischen Erforschung des Kapitalismus, da sie in der bisherigen Entwicklung dieser Produktionsweise die entscheidende Rolle spielten und die entsprechenden Entwicklungslinien sich hier am weitesten vor- und zurückverfolgen lassen. Insofern war dieser Schwerpunkt vergleichender Forschung berechtigt, wird zweifellos noch lange seine Berechtigung behalten und sicherlich weiter ausgebaut werden.

Viele Fragen jedoch, die besonders nach dem zweiten Weltkrieg, zusammenhängend auch mit dem Untergang des imperialistischen Kolonialsystems, speziell an die Wirtschaftsgeschichte gestellt wurden und von ihr beantwortet werden sollen, lassen die Forscher zunehmend auf ein weiteres Feld der Untersuchung hinblicken: Das sind diejenigen europäischen Territorien, die - ohne zu den Kolonialgebieten des Kapitalismus zu gehören - außerhalb der ursprünglichen Zone kapitalistisch-imperialistischer Entwicklung, unter andersartigen Bedingungen und nicht selten infolge fremder Herrschaft und nationaler Unterdrückung lange am ökonomischen Fortschritt gehindert, mit der eigenen kapitalistischen Entwicklung später einsetzend, gewissermaßen als Peripherie oder kapitalistische Randzonen sich herausgebildet haben. Für diese Regionen ist es weitgehend bestimmend, daß hier Kapitalismus und Industrie, soweit sie sich ergaben, schon nicht mehr oder fast ausschließlich aus eigenen Quellen und im wesentlichen unbeeinflußt von übermächtigen äußeren Kräften heranwuchsen, sondern von Anbeginn unter der Voraussetzung eines anderswo existierenden fortentwickelten Kapitalismus bzw. sogar eines bereits in das imperialistische Stadium übergegangenen Kapitalismus, der vorwiegend in Zentral- und Westeuropa konzentriert war, in Gebieten, die wir für unsere Zwecke zusammenfassend als Zone primärer kapitalistischer Entwicklung bezeichnen können. Die vom Kapitalismus der Primärzone ausgehende Expansion schuf völlig neue Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Randzonen, die sich von denen deutlich unterscheiden, unter denen sich der Kapitalismus der Primärzone selbst herausgebildet hatte.

Einerseits wurde die kapitalistische Entwicklung der Randgebiete beschleunigt, da die Tendenz wirkte, sie als Expansionsfeld in die allgemeine Ausbreitung des Kapitalismus mit einzubeziehen, andererseits wirkte eine Tendenz, sie den Bedürfnissen der Primärzone zu unterwerfen, also sie letztlich zu Anhängseln, zu agrarischen und Rohstoffreserven, der Industrieländer zu machen, das heißt ihre Entwicklung - vom Standpunkt der Herausbildung eines eigenständigen Kapitalismus aus gesehen - zu deformieren. Man sieht, daß hier eine Problematik vorliegt, die in mancher Hinsicht derjenigen ähnelt, welche ins Gesichtsfeld rückt, wenn man die ökonomische Entwicklung der ehemaligen Kolonien bzw. der heutigen sogenannten Entwicklungsländer betrachtet - obwohl es sich ja bei den Ländern der Randzonen wenigstens teilweise um auch schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder bald danach bis zu einem gewissen Grade souveräne Staaten handelte, was sie von den seinerzeitigen Kolonien wiederum deutlich unterscheidet. Jedenfalls ist es nicht zufällig, daß die vergleichende Forschung sich den besagten Randzonen seit einiger Zeit stärker zuwendet, da eben von hier aus auch Antworten für die so ungeheuer aktuelle Problematik des Verhältnisses von Imperialismus und der sogenannten dritten Welt erwartet werden können. Doch sollte man den von der genannten Frage ausgehenden Impuls zur Untersuchung der Randzonen wiederum nicht verabsolutieren, denn es gibt daneben Gründe genug, diese Forschung voranzutreiben, unter denen das natürliche Interesse an der eigenen Entwicklung die Forschung der betreffenden Länder ausreichend motiviert, aber auch

ein besonderes historisches Moment ins Spiel kommt. Wenigstens ein Teil der europäischen Länder, die hier unter dem Sammelbegriff der Randzonen des Kapitalismus gefaßt werden, hat seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine Entwicklung genommen, die sie nicht nur von der Situation einer Randzone emanzipierte, sondern den Kapitalismus überhaupt überwinden ließ, was mit einem sprunghaften ökonomischen und sozialen Aufstieg verbunden war. (Daß diese Länder nun am West-"Rande" des vom Sozialismus beherrschten eurasischen Länderkomplexes liegen, ist nur noch von territorialer Bedeutung, stellt heutzutage jedoch keine Bewertung in einer Rangfolge des Entwicklungsstandes im alten Sinne mehr dar.) Wo aber eine so bemerkenswerte Veränderung vonstatten ging, wird der forschende Blick auf den teils parallel, teils schon in enger Gemeinsamkeit zurückgelegten Weg nicht ausbleiben können, wird die vergleichende Untersuchung als Voraussetzung einer Bilanz bisheriger Geschichte auch als eigenständiger Anlaß akzeptiert werden müssen. Die im Titel genannte Untersuchung einer europäischen Region, die hier besprochen werden soll, ist das Produkt zweier ungarischer Wirtschaftshistoriker von internationalem Ansehen, die schon zahlreiche wichtige und interessante Arbeiten gemeinsam publiziert haben. Das vorliegende Werk ist eine vergleichende Untersuchung der ökonomischen Entwicklung hauptsächlich der Länder, die bei uns allgemein als sozialistische Länder Südosteuropas bezeichnet werden. Doch haben die Autoren den Kreis der Länder etwas weiter gezogen, so daß für gewisse Zeitabschnitte alle Teile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in die Betrachtung mit einbezogen sind, also auch das heutige Österreich mindestens bis zur Auflösung der Monarchie, ebenso wie Polen und zeitweilig auch Rußland. Im Mittelpunkt der Analyse stehen jedoch die Länder Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Serbien bzw. Jugoslawien und die heutige ČSSR. (Die Einbeziehung der heutigen österreichischen und tschechoslowakischen Regionen, die sich traditionell vom übrigen Untersuchungsbereich sozialökonomisch abheben, erfolgte sicherlich aus politisch-historischen Gründen.) Das Territorium dieser Länder scheint auch das Gebiet zu sein, welches die Autoren als Ost-Zentraleuropa bezeichnet wissen wollen. Sie selbst erklären, daß ihre Studie "das Territorium der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Nachfolge-Staaten, die polnischen Territorien und die Balkan-Länder erfaßt, mit Ausnahme von Griechenland, das mehr zum Mittelmeer-Gebiet gehört" (S. 1)[3]. Der dem DDR-Rezensenten möglicherweise als "alles in einem genauen Schubkasten legen wollen" anzulastende Genauigkeitskomplex wird immerhin etwas gereizt durch die Formulierung des - nicht von den Autoren stammenden - Vorworts, in dem von einem "komplexen Gebiet, das sich von der Ostsee bis Mazedonien und von der Elbe bis zur Ukraine erstreckt", die Rede ist, ebenso wie von den Ländern "Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Albanien" (S. V bzw. VI). Das letztgenannte Land kommt dann aber im ganzen Buch nicht mehr vor. Doch soll über die von den Autoren benutzte geographische Sammelbezeichnung nun nicht weiter meditiert werden, da - wie gesagt - im großen und ganzen verständlich ist, was sie damit meinen.

Wir haben es mit der englischsprachigen Version eines bereits im Jahre 1969 in ungarischer Sprache erschienenen Werkes zu tun, welches mit beachtenswerter Kenntnis des umfangreichen Stoffes und anerkennenswerter Gründlichkeit, trotz seines Überblickscharakters weitgehend auch Archivmaterial heranziehend, gearbeitet ist. Es zeichnet den Weg ökonomischer Entwicklung nach, der von der be-

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

handelten Ländergruppe zurückgelegt wurde, seitdem sich der Kapitalismus dort herauszubilden begann, was hier kaum vor dem 19. Jahrhundert, in einigen Fällen sogar erst in der zweiten Hälfte oder während des letzten Drittels dieses Jahrhunderts geschah, das heißt nachdem die osmanische Fremdherrschaft beseitigt worden war.

Ausgehend von der im ersten Kapitel dargelegten demographischen Situation, wird in je einem weiteren Kapitel die Umwandlung der sich in unterschiedlicher Weise aus dem feudalen Status lösenden Landwirtschaft, die Einrichtung eines kapitalistischen Kredit- und Transportsystems, die Rolle des Staates in den jeweiligen Ländern, die Problematik der Investitionen und des ausländischen Kapitals behandelt. Fortschreitend zur Darlegung der Entwicklung der Industrie und der kapitalistischen Durchdringung der gesamten Volkswirtschaft sowie zum Auftreten erster monopolistischer Gebilde in einem Teil der Länder bereits vor dem ersten Weltkrieg wird vor dem Leser ein systematisches und vielfältig differenziertes Bild der ökonomischen Hauptfragen der neueren Wirtschaftsgeschichte des behandelten Gebietes ausgebreitet. Dabei werden sowohl aussagekräftige Vergleiche mit entsprechenden Entwicklungen und Situationen in kapitalistisch fortentwickelteren Ländern Zentral- und Westeuropas wie auch in Rußland angestellt, als auch die ungleichmäßige Entwicklung innerhalb des im Mittelpunkt der Untersuchung befindlichen Gebietes eingehend dargelegt und erklärt. Die Autoren gehen hierbei zu Recht von der unterschiedlichen Weise und Konsequenz aus, in der die agrarischen Reformen in den einzelnen Ländern durchgeführt wurden, in denen teils der feudale Grundbesitz völlig aufgeteilt wurde, wie in Bulgarien oder Serbien, wo dies weitgehend mit der Enteignung der türkischen Herrenschicht zusammenfiel, teils aber auch große Teile des Landes in Händen eines einheimischen Großgrundbesitzes verblieben, wie in Ungarn oder Rumänien. Die sich daraus ergebenden jeweiligen Folgen für die Erzeugung von Marktgetreide, die unterschiedlichen Möglichkeiten, Getreideüberschüsse zu exportieren, waren wichtige Faktoren für die kapitalistische Akkumulation. Daß auf diese Problematik in jenem bisher im genannten Bezug zuwenig von der internationalen Forschung beachteten territorialen Umkreis hier aufmerksam gemacht wird, bereichert zweifellos unser Wissen von der Rolle agrarischer Reformen für die kapitalistische Akkumulation bzw. bestätigt bisherige marxistische Ansichten über das Verhältnis von kleinbäuerlichem Bodenbesitz und Kapitalismus. Die Autoren kommen unter anderem zu der Feststellung, "daß die auf bäuerlichem Eigentum des Bodens beruhende Landwirtschaft des Balkan-Modells wenig Fortschritte machte. Im Gegenteil war der Standard der landwirtschaftlichen Produktion zum größten Teil demjenigen der Länder weit unterlegen, die dem preußischen Modell folgten, und die beharrlich patriarchalische Atmosphäre hemmte den Aufstieg der Dörfer" (S. 52). Diese Folgerung wird übrigens durch eine 1975 erschienene kleinere Untersuchung ebenfalls gezogen bzw. ergänzt, in der es heißt: "Die unter den Balkanstaaten des neunzehnten Jahrhunderts mit Ausnahme Griechenlands einzigartige große Bojarenwirtschaft erzielte zugegebenermaßen höhere Ergebnisse als die bäuerlichen Kleinwirtschaften. Aber dies war", wird allerdings bemerkt, "mehr das Ergebnis des von ihnen einbehaltenen besseren Bodens bei der begrenzten Landreform von 1864 als der Benutzung besserer Anbaumethoden."[4] Diese Einschränkung kann jedoch nicht den Schluß verhindern, daß die agrarischen Großwirtschaften mehr Markt- bzw. Exportgetreide liefern konnten als die kleinen bäuerlichen Wirtschaften.

4 Lampe, John, R., Varieties of Unsuccessful Industrialisation: The Balkan States before 1914, in: The Journal of Ecconomic History, Nr. 1/1975, S. 62 f.

Die Autoren verfolgen dann weiterhin die historische Entwicklung des Kapitalismus Zentral-Osteuropas zu Beginn des 20. Jahrhunderts, gehen ausführlich auf die Folgen des ersten Weltkrieges ein, unter denen die Zerschlagung oder besser die Verschließung von Märkten eine besondere Rolle spielte, die bis dahin für den Export der betreffenden, nunmehr teils erheblich vergrößerten, teils territorial geminderten, teils als souveräne Staaten völlig neugebildeten Länder traditionell sehr wichtig waren. Die Verfasser schildern dann die neuen Bedingungen und Verhältnisse der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, behandeln die Rolle und das Schicksal der Volkswirtschaften während des zweiten Weltkrieges im System der Kriegswirtschaft des faschistischen Deutschlands und schließen mit einem Kapitel, das sie "Nachkriegs-Rekonstruktion" betiteln und in dem die ökonomischen und sozialen Umwandlungen in den ersten Jahren nach der Befreiung etwa bis 1949/50 dargestellt sind.

Natürlich wirft ein thematisch so breit angelegtes und doch auf den knappen Raum von 400 Seiten inklusive ausführlichen Literaturanhangs und Registers zusammengedrängtes Werk viele Fragen auf, die hier nicht alle diskutiert werden können. Nur zwei Fragen sollen etwas ausführlicher erörtert werden. Das ist zum ersten die Rolle des Staates bei der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse bzw. speziell bei der Förderung der industriellen Entwicklung, eine Thematik, der - wie bereits angedeutet - ein spezielles Kapitel des Buches gewidmet ist.

Die Verfasser setzen sich zunächst mit der Auffassung auseinander, als deren spezieller Vertreter hier A. Gerschenkron genannt ist, wonach der Staat bei der Genesis des Kapitalismus in Westeuropa keine ökonomische Rolle gespielt hätte, da in England die Industrielle Revolution auf der Basis einheimischer Kapitalakkumulation erfolgte, während in anderen Ländern, etwa Frankreich und Deutschland, das notwendige Kapital mit Hilfe der Banken gesammelt und für Investitionen verwendet wurde. Im Gegensatz dazu sei dies in Ost-Zentraleuropa infolge ungenügender Akkumulierung von Kapital nicht möglich gewesen, weswegen ein energisches Eingreifen des Staates, seine aktive Rolle bei der Industrialisierung, erforderlich geworden sei. Die Autoren weisen darauf hin, daß auch in West- und Zentraleuropa der Staat eine hervorragende Rolle bei der kapitalistischen Entwicklung und Industrialisierung innegehabt habe, indem er über vielfache Maßnahmen diese Entwicklung stimulierte und beschleunigte. Sie weisen auf die Aktivitäten des englischen Staates bei der Förderung von Schiffahrt, Handel und Kolonialerwerb sowie bei den Einhegungen und der Bereitstellung von Arbeitskräften mittels der berüchtigten Armengesetzgebung hin, auf die Rolle des französischen Staates beim Straßenbau und andere entsprechende Staatstätigkeiten. "Daher kann die ökonomische Rolle des Staates an sich in keiner Weise als eine Erscheinung angesehen werden, die für Osteuropa spezifisch ist" (S. 83). Der Unterschied liege vielmehr darin, daß die Staatseinmischung in Westeuropa die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation förderte, während die staatliche Intervention in Osteuropa später geschah und direktere Formen annahm. Die Verfasser erklären: "Dieser Unterschied liefert keinen Boden für eine Theorie über die besondere Rolle des Staates, es sei denn, zusätzlich zu den speziellen Formen (und Zeitpunkten) seien auch die Dimensionen der Staatsintervention in Osteuropa speziell, das heißt von außergewöhnlichem Umfang gewesen" (ebenda). Sie untersuchen dann die verschiedenen einschlägigen Staatsaktivitäten, wie staatlichen Eisenbahnbau, Begünstigung der Industrie über Steuerbefreiung, Gewährung zinsfreier Anleihen und Subventionen. Sie weisen aber auch nach, daß diese Fördermaßnahmen im wesentlichen darauf abzielten, den Mangel an Schutzzöllen wettzumachen, da fast alle betreffenden Länder bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts verhindert waren, diese wichtige Waffe zum Schutz ihrer industriellen Entwicklung einzusetzen. Ungarn

konnte infolge der innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie geltenden Zollabmachungen keine Schutzzölle an seinen eigenen Grenzen erheben, während die Balkanstaaten durch ihre Souveränität auf diesem Sektor einschränkende internationale Verträge ebenfalls dieses Mittels beraubt waren. Die genannten Fördermaßnahmen der Staaten, welche dieser Situation Rechnung trugen und der einheimischen Industrie erträgliche Lebens- und Wachstumsbedingungen schaffen sollten, hielten sich nach dem Urteil der Autoren in bescheidenen Grenzen. Der hauptsächlichste Einfluß des Staates bestand darin, durch die Begünstigung von Kapitalanlagen solche für ausländisches Kapital attraktiv gemacht und dies daher in die diversen Länder gezogen zu haben. "Somit", lautet die entsprechende Folgerung der Autoren, "ist es nicht die eigenartige und spezifische Rolle des Staates, sondern der durch Staatsaktivität geförderte und motivierte Import von Kapital, welcher als die Erscheinung betrachtet werden kann, die Osteuropa vom Rest des Kontinents bei der Umwandlung der Wirtschaft unterscheidet" (S. 92). Diese These scheint dem Rezensenten sehr wichtig und interessant. Erstens wird hier noch einmal deutlich darauf hingewiesen, daß in der Entstehungszeit des Kapitalismus der Staat nirgendwo eine abstinente Rolle spielte bzw. sich auf diejenige eines "Nachtwächterstaates" beschränkte. Das gilt auch für Westeuropa. Erst als der Kapitalismus sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befand und gefestigt war, konnte der Staat sich im großen und ganzen darauf beschränken, die Rahmenbedingungen für das Funktionieren des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu sichern (ohne wohl jemals sich ganz aus der ökonomischen Sphäre zurückzuziehen). Dies galt für die Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz bzw. des sogenannten liberalen Kapitalismus, das heißt für eine relativ begrenzte Periode. Mit der Herausbildung des Monopols und dem Übergang zum Imperialismus wuchs die ökonomische Rolle des Staates mehr und mehr erneut an: Der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelte sich als ein Grundzug der neuen Epoche. Das heißt, in bezug auf die ökonomische Staatstätigkeit lassen sich für die kapitalistische Primärzone drei Phasen unterscheiden: 1. die Phase der Staatsaktivität während der Genesis des Kapitalismus, 2. die Phase relativer Zurückhaltung des Staates in der Phase des Kapitalismus der freien Konkurrenz und 3. die Phase wiedereinsetzender und sich ausbreitender Staatseinmischung im monopolistischen Stadium (Staatsmonopolistischer Kapitalismus).

Wie verläuft nun aber die Entwicklung in den Randzonen des Kapitalismus, wo dieser sich zeitlich später herauszubilden beginnt? Zweifellos beobachten wir auch hier die erste Phase: aktive staatliche Geburtshilfe und Förderung des Kapitalismus. Wenn nun aber dieser Kapitalismus gewissermaßen zu einer Zeit in die Welt tritt bzw. einigermaßen ausgebildet wird, zu welcher sich anderswo bereits das monopolistische Stadium zeigt oder doch schon ankündigt, ist es dann überhaupt möglich, daß der Staat in den Randzonenländern zu einer Phase ökonomischer Zurückhaltung übergehen kann? Ist es nicht vielmehr so, daß hier infolge des anderwärts existierenden Monopolkapitalismus, der ja außerdem auch monopolistische Erscheinungen im eigenen Lande induziert - wie die Autoren des genannten Werkes sehr schön zeigen -, nun auch unmittelbar die dritte Phase, diejenige erneuter Staatseinmischung, folgen muß, ohne daß die zweite Phase je in Erscheinung tritt? Das heißt, diese zweite Phase, die Phase des "ökonomisch liberalen" Staates, muß in diesem Falle ausbleiben. Die Beantwortung der Frage scheint um so wichtiger, als sie nicht nur eine rein historische Frage ist, sondern sich auch für die heutigen Entwicklungsländer stellt, in der Form nämlich: Da in diesen Ländern derzeit mehr oder weniger die staatlichen Eingriffe noch der Promotion der industriellen Entwicklung gelten, dies aber bei bestehendem Monopolkapitalismus und weitgehender Verflechtung mit dem von diesem beherrschten Teil des

Weltmarktes vonstatten geht, verschmelzen hier nicht sogar die Faktoren der ersten und der dritten Phase miteinander? Ist hier überhaupt jemals, ein längeres Existieren des Kapitalismus vorausgesetzt, mit einer Phase der ökonomischen Staatsenthaltsamkeit zu rechnen? Man ist geneigt, diese Frage zu verneinen. (Natürlich betrifft die Problematik nicht jene Entwicklungsländer, die den sozialistischen Weg gehen.) Doch eine gültige Antwort würde zweifellos durch die Untersuchung dieses Problems hinsichtlich der europäischen Randzonen des Kapitalismus an Gewicht gewinnen. 5

Ein weiterer hier zu diskutierender Fragenkomplex betrifft die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929/33 in der betrachteten Region. Wie die Autoren nachweisen, hatte diese Krise die schwersten Folgen für die ökonomische Position der ost-zentraleuropäischen Länder. Während in den Jahren vorher ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung aus relativ günstigen Agrarpreisen und reichlichem Zufluß ausländischen Kapitals resultierte, war der hervorstechendste Zug der Entwicklung nach 1929 der rapide Fall der landwirtschaftlichen Preise und, nach 1931, die völlige Einstellung des Kapitalexports. Beides zusammen führte zu einer besonders schweren Lage in der Region. Bezeichnenderweise führte das Sinken der Agrarpreise nicht zur Einschränkung der Agrarproduktion, eine Erscheinung, die übrigens im agrarischen Sektor auch vieler Industrieländer, zum Beispiel in Deutschland, zu beobachten war. Der Zusammenbruch der Agrarpreise nahm schließlich katastrophale Ausmaße an. In dieser Situation wurden die Lasten der Zinszahlung und Amortisation für die aufgenommenen Anleihen der vorwiegend auf Einnahmen aus Agrarexporten angewiesenen Länder eine untragbare Bürde. Sie wurde noch verstärkt infolge der sich auftuenden Kluft zwischen den Preisen landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse. Während diese Preisentwicklung gewisse günstige Wirkungen auf die Außenhandelsbilanz der Industrieländer hatte, verschlimmerte sie die Lage der Agrarländer. Dazu kam, daß die bisherigen Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse sich bemühten, ihren Bedarf mehr als vorher aus der eigenen Landwirtschaft zu decken. Dies betraf auch Länder der eigenen Region. Die Tschechoslowakei zum Beispiel, die 1928 für 2 Millionen Kronen Getreide eingeführt hatte, importierte 1932 nur noch für 400 000 Kronen. Solche Angaben könnten aber noch zahlreich ergänzt werden, zum Beispiel mit der Problematik der staatsmonopolistischen Einfuhrpolitik in bezug auf Agrarprodukte, wie sie etwa von Deutschland betrieben wurde und unter anderem im sogenannten Maisgesetz von 1930 ihren Ausdruck fand.

Eine wichtige Erscheinung war jedoch, daß die Exporterlöse der Agrarexportländer noch stärker zurückgingen als das tatsächliche Exportvolumen. Dies war eben eine Folge der zusammengebrochenen Agrar- und Rohstoffpreise. Nur die Tschechoslowakei und Österreich als am meisten industrialisierte Länder der Region profitierten von der Preisgestaltung insofern, als ihre Importpreise stärker zurückgingen als die Preise der von ihnen exportierten Waren. Andererseits waren die Wirkungen der Krise auf die relativ schwache Industrie solcher Länder wie Rumänien, Bulgarien oder Jugoslawien bei weitem nicht so schwerwiegend wie im agrarischen Sektor. Dies war teilweise der Beschränkung der industriellen Importe im Gefolge von Staatseingriffen zuzuschreiben, teilweise sogar auch einem Ansteigen der Exporte, so zum Beispiel der Erdölausfuhr aus Rumänien. Die erwähnten staatlichen Eingriffe, vor allem Einfuhrbeschränkungen oder -verbote, gaben der einheimischen Industrie, vor allem der Konsumgüterindustrie, größere

5 Siehe zu dieser Fragestellung auch Baudis, Dieter / Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 114 - 129.

Bewegungsfreiheit auf den jeweiligen Binnenmärkten. In Ungarn wurden Textilien, Lederwaren und Papiererzeugnisse 1933 daher um 10 Prozent mehr produziert als 1929. Dagegen fiel die Erzeugung der außenhandelsabhängigen Nahrungsmittelindustrie erheblich. Außergewöhnlich schwer wirkte sich die Krise in der Produktionsmittelindustrie aus, sowohl in Ungarn wie in Polen. Am schlimmsten traf die Krise jedoch die Industrie der industrialisiertesten Länder: Österreich und die Tschechoslowakei. Doch wurde wenigstens die Tschechoslowakei nicht so heftig von der dann einsetzenden Kreditkrise betroffen, da es sich um ein Land handelte, das selbst ausgedehnte Kredite gewährt hatte. Die durch das Einfrieren ausländischer Guthaben entstandenen Probleme waren vergleichsweise leichter zu meistern als die Insolvenzen der kreditnehmenden Länder Ost-Zentraleuropas. Die Autoren stellen zusammenfassend fest: "Während die große Depression den Wirtschaften der führenden Mächte einen schweren Schlag versetzte, wurden diese osteuropäischen Länder besonders schwer getroffen. Meist agrarisch oder agrar-industriell, wurden sie nicht nur erschüttert und erschöpft, sondern in ihrem innersten Kern angegriffen. Schon vorher verschuldet, sahen sie sich in einem Zustand internationaler Zahlungsunfähigkeit dem Bankrott ausgesetzt. Schlagartig wurden ihnen die internationalen Anleihen entzogen, die bis dahin lebenswichtig für die Finanzierung ihrer Industrie waren" (S. 257). Die Krise habe insgesamt zu einer außerordentlichen Verstärkung der Staatsintervention in nahezu allen Sektoren der Wirtschaft geführt, eine Problematik, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden soll. Leider stellen die Autoren keine vergleichenden quantitativen Untersuchungen darüber an, inwiefern ihre These zutrifft, daß die Wirtschaft osteuropäischer kapitalistischer Länder schwerer durch die Krise getroffen worden sei als die großer imperialistischer Mächte. Sie verzichten auch darauf, diese Aussage mit statistischen Angaben zum Beispiel über Nationaleinkommen, Produktionsgrößen oder Arbeitslosigkeit zu belegen. Es soll an dieser Stelle auch nicht ausführlich erörtert werden, ob die internationale Kreditkrise nur in den betreffenden Ländern schwere Auswirkungen hatte; tatsächlich führte sie zum Beispiel auch in Deutschland zu einer prekären Situation, die nur durch staatliche Eingriffe in den Bank- und Kreditapparat einigermaßen gemildert werden konnte. Sicherlich muß akzeptiert werden, daß in den agrarischen und rohstofferzeugenden Ländern die Krise und der Preisfall für ihre Erzeugnisse sich besonders hart auswirkten.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind hochaktuell, wenn man an die Situation derjenigen Länder denkt, welche gegenwärtig in vieler Beziehung sich in einer ähnlichen Lage befinden, das heißt die Länder der "dritten Welt". Die Autoren des Buches weisen zwar nicht ausdrücklich darauf hin, wie sie überhaupt fast jede über eine historisch-nüchterne Darstellung hinausgehende Erörterung vermeiden, jedoch drängen sich solche weiterführenden Parallelen dem mit der Problematik der heutigen Entwicklungsländer vertrauten Leser unbedingt auf.

Auch hier, in den ehemaligen Kolonien, handelt es sich meist um Länder, die industriell immer noch wenig oder kaum entwickelt sind. Auch sie sind in der Mehrzahl weitgehend abhängig von der Ausfuhr agrarischer Erzeugnisse oder anderer Rohstoffe, andererseits davon, daß ihnen Kredite und Anleihen seitens kapitalexportierender imperialistischer Staaten gewährt werden. Ein Zusammenbruch von Agrar- und Rohstoffpreisen und die Einstellung weiterer Kapitalexporte würden sie in eine noch katastrophalere Lage bringen als seinerzeit die Länder Ost-Zentraleuropas, denn die Entwicklungsländer von heute haben ja mit einer Reihe zusätzlicher Probleme zu ringen, wie zum Beispiel der Bevölkerungsexplosion. Die Frage ist nun: Kann es bei einem neuen Ausbruch bzw. weiteren Anwachsen der zyklischen Krise des Kapitalismus oder aus anderen Ursachen wieder zu

solch einer Situation kommen, in der die Agrar- bzw. Rohstoffpreise derartig scharf sinken, wie dies seinerzeit der Fall war?

Man muß zunächst feststellen, daß trotz teilweiser heftiger ökonomischer Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt gegenwärtig von einem Zusammenbruch der Agrar- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt nicht die Rede sein kann, daß für viele Produkte im Gegenteil in den letzten Jahren diese Preise fast ununterbrochen angezogen haben. Vielfach wird dies auf die geänderte politische Situation in der Welt zurückgeführt, insbesondere auf die Erringung der politischen Selbständigkeit der Entwicklungsländer. "Diese Staaten stellen heute faktisch den gesamten vom Imperialismus geschaffenen Mechanismus der Weltwirtschaftsbeziehungen, die allgemeinen Prinzipien der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Zentren und der ehemaligen kolonialen Peripherie in Frage", wird dazu festgestellt.[6] Dies ist zweifellos richtig. Dabei dürfen jedoch bestimmte ökonomische Voraussetzungen der Problematik nach Meinung des Rezensenten nicht außer Betracht gelassen werden, wie es seitens vieler Autoren geschieht. So ist die geographisch bedingte Beherrschung bzw. der Besitz bestimmter Rohstoffe, vor allem des Erdöls, ein wichtiger Faktor, der die Preisbildung beeinflußt. Auch für andere - wenn auch nicht für alle - Rohstoffe oder Agrarprodukte, die, geologisch bzw. klimatisch bedingt, in diesem oder jenem Teil der Welt ausschließlich oder fast ausschließlich erzeugt werden, können derzeitig höhere Preise erzielt werden. So entfallen auf die Entwicklungsländer unter anderem folgende prozentuale Anteile am Weltexport wichtiger Erzeugnisse: Zinn 83, Bauxit 79, Kautschuk 97, Sisal 96, Jute 96, Mangan 59, Kupfer 59, Phosphate 56, Kakao 99, Kaffee 97.[7] Obwohl auch die Staaten Ost-Zentraleuropas in der Zeit der Großen Weltwirtschaftskrise politisch selbständige Länder waren, konnten sie diese Selbständigkeit jedoch nicht für eine Korrektur ihrer Agrar- und Rohstoffpreise aktivieren, da, unterschiedlich zu den heutigen Entwicklungsländern, ein nur geringer Teil der Weltproduktion entsprechender Erzeugnisse auf sie entfiel. Wie man sieht, ist es also nicht die politische Selbständigkeit der Entwicklungsländer allein, die zu der jetzigen Preissituation geführt hat, sondern diese Selbständigkeit auf der ökonomischen Grundlage monopolartiger Produktionsbedingungen bzw. solcher, die durch ein natürliches Monopol gekennzeichnet sind. Gerade hier, in den naturgegebenen Voraussetzungen, liegt auch einer der Hauptgründe für erhebliche Unterschiede der wirtschaftlichen Positionen innerhalb der "dritten Welt". Das heißt aber, nach wie vor sind die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten oder Bedingungen innerhalb des kapitalistischen Weltmarktes primär die Ursache ökonomischer Bewegungen. Sie sind sogar erst jetzt voll wirksam, nachdem die kolonialen Besitzverhältnisse durch die Verfügungsgewalt von Nationalstaaten über ihre Bodenschätze abgelöst wurden, auch wenn diese Bodenschätze teilweise nach wie vor vom imperialistischen Großkapital ausgebeutet werden. Dazu kommt aber noch ein anderes ökonomisches Moment: Dies ist der gewaltig angestiegene Rohstoff- und Energiebedarf der industriell entwickelten Länder. Der im Zusammenhang mit der nach dem zweiten Weltkrieg weiterhin angestiegenen Weltindustrieproduktion gewachsene Bedarf an Rohstoffen, aber auch der zunehmende Verbrauch an bestimmten Nahrungs- und Genußmitteln in den Industrieländern sind ebenfalls ökonomische Bedingungen für steigende Preise dieser Waren, die nun aus den

6 Georgijew, G., Die Entwicklungsländer im Kampf um die ökonomische Gleichberechtigung, in: IPW-Berichte, Nr. 8/1977, S. 4.

7 Friedländer, Thomas, Die Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Dilemma des "Nord-Süd-Dialogs", in: ebenda, S. 68.

Produktionsländern nicht mehr in dem Maße unter ihrem gesellschaftlichen Wert verkauft zu werden brauchen, wie dies vorher der Fall war, deren Preise unter Umständen sogar auf den Wert der unter den schlechtesten Bedingungen produzierten Waren hin tendieren können. Auf die Rolle, welche von einer relativ unelastischen Nachfrage in bezug auf die Preisgestaltung ausgeübt wird, wies Marx hin: "Zu gewissen Preisen kann eine Warenart einen gewissen Raum im Markt einnehmen; der Raum bleibt nur dann derselbe bei Wechsel der Preise, wenn der höhere Preis mit geringrem Warenquantum und der niedrigere Preis mit größrem Warenquantum zusammenfällt. Ist dagegen die Nachfrage so stark, daß sie sich nicht kontrahiert, wenn der Preis geregelt wird durch den Wert der unter den schlechtesten Bedingungen produzierten Waren, so bestimmen diese den Marktwert. Es ist dies nur möglich, wenn die Nachfrage die gewöhnliche übersteigt oder die Zufuhr unter die gewöhnliche fällt."[8]

Gegenwärtig trifft man vielfach die Ansicht, daß das jetzige Preisniveau insbesondere vieler Rohstoffe auf lange Zeit hinaus nicht mehr nennenswert absinken wird. Das würde bedeuten, daß wenigstens in bezug auf ihre Exporteinkünfte die Lieferländer in einer für längere Zeit gesicherten günstigeren Lage wären als die Länder Ost-Zentraleuropas vor dem zweiten Weltkrieg - wenn man einmal von einer möglichen Erschöpfung bestimmter Rohstoffquellen in relativ kurzer Zeit absieht. Doch kann sich nach Meinung des Rezensenten diese Voraussage einer langen Periode hoher Rohstoffpreise als eine voreilige Prognose erweisen, da sie das Wirken der kapitalistischen Marktgesetze nicht allseitig in Rechnung stellt. Aus der erwähnten, von Marx angeführten Gesetzmäßigkeit geht hervor, daß unter sonst gleichbleibenden Bedingungen ein gestiegenes Preisniveau sich nur dann halten kann, wenn die Nachfrage "sich nicht kontrahiert".

Diese Nachfrage könnte sich aber tatsächlich aus verschiedenen Ursachen verringern. Eine davon könnte die weitere Verschärfung der zyklischen Krise des Kapitalismus sein, die allgemein mit einem Sinken der Produktion und damit des Verbrauchs an Rohstoffen usw. verbunden ist. Eine weitere, möglicherweise viel wirksamere, könnte sich aus Entwicklungen der erst in ihrem Anfangsstadium befindlichen wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben, die unter kapitalistischen Bedingungen mit plötzlichen Marktveränderungen verbunden sein kann, etwa durch Auftreten neuer Rohstoff- oder Energiemöglichkeiten, welche an die Stelle der bisherigen gesetzt werden. Unter den gegebenen Bedingungen, unter denen Wissenschaft und Technik innerhalb der kapitalistischen Welt immer noch durch das Profitinteresse in den kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaften stimuliert werden und daher sprunghafte oder sogar chaotische Entwicklungen möglich sind, ist es durchaus nicht völlig auszuschließen, daß heute noch begehrte und relativ teure Rohstoffe gerade wegen ihrer hohen Preise innerhalb relativ kurzer Fristen durch Neuentwicklungen ersetzt und aus dem Markt geworfen werden. Bei einer solchen möglichen Entwicklung - auch die Entdeckung neuer Rohstoffquellen auf den noch direkt vom Imperialismus beherrschten Territorien oder eine gerade durch hohe Preise induzierte relative Überproduktion von tropischen Agrarerzeugnissen sind nicht unmöglich - könnten die heutigen Rohstoff- und Agrarländer trotz errungener nationaler Unabhängigkeit sich in einer ähnlichen Lage sehen wie die genannten Länder der seinerzeitigen europäischen Peripherie. Zwar gehen von den Rohstoffländern bestimmte Bemühungen aus, für einen derartigen Fall Fonds für Lagerhaltung und Preisstabilisierung einzurichten und sogenannte Ausgleichsfinanzierungen bzw. Kompensationszahlungen festzulegen, doch stoßen diese Absich-

8 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 188.

ten auf große Schwierigkeiten. Es ist daher kein Zufall, daß zwei wichtige Prozesse in den Entwicklungsländern immer mehr in ihrer Bedeutung erkannt werden: eine weitgehende Industrialisierung und die immer stärkere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, wodurch die Verflechtung mit dem kapitalistischen Weltmarkt zwar nicht aufgehoben, aber die Wirksamkeit der kapitalistischen Marktgesetze wenigstens bis zu einem gewissen Grade beschränkt werden soll.

Auch in diesem Zusammenhang lassen sich aus der Wirtschaftsgeschichte Ost-Zentraleuropas wertvolle Erfahrungen ableiten. Wie man sieht, kann eine solche Untersuchung zu Vergleichen und Betrachtungen anregen, die weit über die Thematik im engeren Sinne hinausgehen und gleichzeitig in höchst gegenwärtige Probleme hineinführen. [9]

9 Eine der Stärken des Bandes macht auch die Verwendung von vielen überzeugenden, nützlichen und wichtigen statistischen Angaben aus. An dieser Feststellung - dies sei ausdrücklich betont - können auch wenige unbedeutende Mängel nichts ändern, die bei einer Neuauflage ausgemerzt werden sollten. Dies betrifft einige im Werk vorkommende deutschsprachige Formulierungen und Bezeichnungen. So müßte es richtig heißen: "Preussische Staatsbank" oder "Seehandlung" anstatt "Bank of Prussia" (S. 61), "Flucht in die Sachwerte" anstatt "Flucht in die Sachwerke" (S. 198), "Österreichische Kreditanstalt" anstatt "Kreditanstalt of Vienna" (S. 243 bzw. 255), "Reichsbank" anstatt "Bank of Germany" (S. 255), "Ostmark" anstatt "Alpen- und Donau-Reichsgau" (S. 320). Außerdem: Wenn am Vorabend des ersten Weltkrieges auf Großbritannien 27 %, Deutschland 22 % und Frankreich 13 % der industriellen Erzeugung Europas entfielen (S. 131), woraus der Rezensent zusammen 62 % errechnet, so verträgt sich dies nicht mit der Angabe auf der vorhergehenden Seite (S. 130), wo gesagt wird, daß die drei Länder zusammen 72 % erzeugten.

Frühgeschichte der Arbeiterbewegung und bürgerliche Apologetik

Ernst Schraepler, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830 - 1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx

Walter de Gruyter, Berlin/New York 1972, VIII und 597 Seiten, Preis: 84,- DM

Wilhelm Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz. Sozialgeschichtliche Untersuchung der Bauarbeiter der Köln-Mindener Eisenbahn in Minden-Ravensberg 1844 - 1847

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1972, IV und 272 Seiten, Preis: 32,- DM

von Helmut Bleiber

Noch vor wenigen Jahrzehnten ein verpönter und weitgehend tabuisierter Gegenstand, dem sich allenfalls linksliberale Außenseiter wie etwa Gustav Mayer zu nähern wagten, ist die Geschichte der Arbeiterbewegung inzwischen längst zu einem akzeptierten und sogar bevorzugten Forschungsfeld der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung geworden. Dieser in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts sich vollziehende Wandel im Verhältnis der bürgerlichen deutschen Historiographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung war natürlich nicht das Ergebnis einer etwa spät entflammten Liebe zu der Klasse, deren historische Mission im Sturz der kapitalistischen Ordnung und in der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft besteht. Die Hinwendung zur Geschichte der Arbeiterbewegung war und ist vielmehr ein Ausdruck von Sorge und Bedrängnis angesichts der wachsenden Erfolge des Sozialismus und der proletarischen Bewegung in der Welt. Sie stand und steht ganz und gar im Zeichen der Defensive der historiographischen Repräsentanten der bürgerlichen Ordnung.

Hauptanliegen der Beschäftigung bürgerlicher Historiker mit der Geschichte der Arbeiterbewegung war und ist das Verfechten der These von der angeblich notwendigen und angeblich möglichen Integration dieser Bewegung in die bürgerliche Gesellschaft. An die Stelle des Negierens und Verschweigens ist die Methode des Umdeutens des Charakters und der Ziele der Arbeiterbewegung in einem für die bürgerliche Gesellschaft akzeptablen und genehmen Sinne getreten. [1]

1 Vgl. Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, 3. neu bearb. u. erweit. Aufl. Berlin 1977, S. 54 ff., 507 ff.

Von diesem Konzept ausgehend, erlangte die Untersuchung besonders der Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine Vorzugsstellung in der bürgerlichen BRD- Historiographie. Der unentwickelte Zustand der damaligen Arbeiterbewegung, insbesondere die noch weit verbreiteten kleinbürgerlich-sozialreformerischen Vorstellungen bei vielen Arbeitern, schienen den Absichten, die der Beschäftigung mit dieser Thematik zugrunde liegen, besser zu entsprechen als spätere Entwicklungsetappen der proletarischen Bewegung, in denen ihr prinzipiell antikapitalistischer Charakter deutlicher ausgeprägt ist. Die hier angedeutete apologetische Zielstellung bürgerlicher Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung schließt nicht aus, daß sie im einzelnen nützliche Details, neue Quellen oder auch diese oder jene auch für die marxistische Forschung anregende Fragestellung erbringen kann.

Die anzuzeigenden Arbeiten von Ernst Schraepler und von Wilhelm Wortmann wurzeln, so unterschiedlich in der Anlage und im Charakter sie auch sein mögen, in dem skizzierten Bezugsfeld zwischen bürgerlicher Historiographie und Geschichte der Arbeiterbewegung. Die aus einer Habilitationsschrift erwachsende umfangreiche Veröffentlichung von Ernst Schraepler tritt mit dem Anspruch auf, die bisherige Forschung zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung zusammenzufassen und einen eigenen Beitrag zu diesem Thema zu liefern. Eine eingehende Darstellung der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die den modernen Forschungsstand repräsentiert und den Charakter eines umfassenden Nachschlagewerkes trägt, ist durchaus ein wissenschaftliches Bedürfnis. Das Erscheinen der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" liegt über ein Jahrzehnt zurück, und zudem zwang der den Autoren dieses Werkes zur Verfügung stehende Raum von nur 170 Seiten für die Zeit bis 1852 zum Verzicht auf die Darlegung zahlreicher an sich bemerkenswerter und wichtiger Details. [2]

Die allenfalls vorhandene Hoffnung, mit der voluminösen Publikation Schraeplers eine wissenschaftlich wertvolle und wenigstens über Teilstrecken hin gültige oder doch anregende Darstellung in der Hand zu haben, die diese Lücke zu schließen geeignet wäre, schwindet freilich schon bei der Lektüre der ersten Seiten des Buches. Anliegen der Arbeit, so wird hier erklärt, sei es, "die Rolle, die Marx und seine Anhänger in dem behandelten Zeitabschnitt innerhalb des Kommunistenbundes gespielt haben, auf das richtige Maß" zurückzuführen (S. 6)[3]. Was dem Leser bevorsteht, erhellt zudem der Überblick über die bisherige Literatur, in dem Arbeiten solcher Autoren wie Wolfgang Schieder[4] oder P. H. Noyes[5] vorbehaltlos

2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1966.

3 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Werk.

4 Schieder, Wolfgang, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963. - Siehe dazu Seidel-Höppner, Waltraud, Frühproletarisches Denken oder erwachendes Klassenbewußtsein. Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Blickwinkel formierter Heidelberger Historiographie, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 3, Berlin 1969, S. 95 ff.

5 Noyes, P. H., Organization and Revolution. Working-Clas Associations in the German Revolutions of 1848 - 1849, Princeton (N. J.) 1966. - Siehe dazu die Rezension von Schmidt, Walter, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 2/1968, S. 234 ff.

Lob erfahren, während die marxistische Historiographie des bewußten Aufbaus einer Marx-Legende bezichtigt wird.

Gegenstand der Darstellung sind nicht eigentlich, wie der Haupttitel vermuten macht, die Vereins- und Organisationsbildungen in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung - hier liegt ein nach wie vor völlig unzureichend bearbeitetes Forschungsfeld -, sondern vielmehr die ideologische Entwicklung und vor allem die politische Tätigkeit führender Repräsentanten der sozialistischen Bewegung von Wilhelm Weitling bis Karl Marx. Ein einleitendes Kapitel bietet einen knappen Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland nach 1815. Das zweite Kapitel behandelt Wilhelm Weitlings Tätigkeit sowie den Bund der Gerechten einschließlich dessen Vorgeschichte ("Junges Deutschland" in der Schweiz; Bund der Geächteten). In weiteren Kapiteln werden die Anfänge der politischen Tätigkeit von Marx, das Brüsseler Korrespondenzkomitee und die Begründung des Bundes der Kommunisten, ferner die Periode der Revolution von 1848/49 und der Gegenrevolution und schließlich die Entwicklung bis zum Kölner Kommunistenprozeß 1852 dargestellt. Ein abschließendes Kapitel gibt einen Ausblick auf unmittelbare Nachwirkungen und auf das weitere Schicksal von führenden Mitgliedern des Bundes der Kommunisten.

Die Arbeit zeugt von dem Bestreben des Verfassers nach einer umfassenden Berücksichtigung und Auswertung der vorhandenen Literatur. Neues, bisher unbekanntes Material wurde dagegen kaum erschlossen. Besonders auffallend ist das weitgehende Fehlen einer theoretischen Verarbeitung der dargelegten Details. Ein konzeptioneller Grundgedanke für die darstellerische Gestaltung und Ordnung des umfangreichen Stoffes ist nicht erkennbar, es sei denn, man wollte den antiproletarisch-antimarxistischen Grundakkord, das unverhohlene Mißfallen gegenüber jeder über die bürgerliche Gesellschaft hinausweisenden Regung, von denen die ganze Arbeit bestimmt ist, dafür nehmen.

Statt eigener origineller Ideen oder Überlegungen werden in eklektischer Manier abermals die zahlreichen und sattsam bekannten Vorurteile und Fehlinterpretationen bürgerlicher Autoren offeriert. So fehlen denn nicht die von der marxistischen Geschichtsschreibung längst überzeugend widerlegten Thesen von der angeblich dominierenden religiösen Komponente in der utopisch-kommunistischen Theorie Wilhelm Weitlings,[6] von der angeblich vorwiegend (bürgerlich-) demokratisch orientierten und gegen die selbständige Organisierung der Arbeiter gerichteten Politik von Karl Marx und Friedrich Engels während der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49,[7] von der angeblichen Einflußlosigkeit von Marx und Engels und insbesondere der von ihnen herausgegebenen "Neuen Rheinischen Zeitung" während der Revolution, von dem angeblich in der Marxschen Theorie nicht vorhandenen Platz für das Bauerntum[8] und viele andere mehr.

6 Vgl. dazu Seidel-Höppner, Waltraud, a. a. O.

7 Siehe dazu Schmidt, Walter, Der Bund der Kommunisten und die Versuche einer Zentralisierung der deutschen Arbeitervereine im April und Mai 1848, in: ZfG, Nr. 3/1961, S. 577 ff.; derselbe/Dlubek, Rolf, Die Herausbildung der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Konzeptionelle Fragen der ersten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: ZfG, Nr. 8/1966, S. 1282 ff.; Becker, Gerhard, Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848 - 1849. Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins, Berlin 1963.

8 Schmidt, Walter, Zur Entwicklung der Grundgedanken in der Bauernfrage bei

Mit besonderem Interesse werden die auf Integration in die bürgerliche Gesellschaft gerichteten Tendenzen der "Arbeiterverbrüderung" geschildert. Die Vorbehalte, die Marx und Engels wegen solcher prinzipieller Zugeständnisse an die bürgerliche Ideologie gegen die "Arbeiterverbrüderung" hegten, werden wiederholt als Desinteresse an der Arbeiterbewegung diffamiert. Es bedarf keiner Erläuterungen, daß mit solch billigem Trick die Tatbestände und ihre wirklichen Zusammenhänge nicht aus der Welt zu schaffen sind. Gerade im Interesse der Arbeiterbewegung und ihrer Verselbständigung konnten Marx und Engels Stephan Borns prinzipienlose Politik in der "Arbeiterverbrüderung" nicht billigen.[9]

Die Darstellung ist nicht frei von einer ganzen Reihe methodischer Unsauberkeiten und völlig unmotivierter Schlußfolgerungen und Urteile. So ist etwa mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß im Kommunistischen Korrespondenzkomitee 1846 in Brüssel kaum Arbeiter tätig waren, wirklich nicht überzeugend gegen die Aussage von Friedrich Engels zu polemisieren, wonach Marx und er von allem Anfang an der Meinung gewesen seien, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse (S. 152). Einfach umwerfend sind Sentenzen wie die, wonach Marx und Engels, weil sie im Rheinland geboren wurden, sich nicht hätten vorstellen können, "daß auch jenseits der Elbe etwa entstehen könnte, was für die Arbeiterbewegung zukunftsweisend sein sollte" (S. 313).[10]

Große Sorgfalt hat der Verfasser darauf verwandt, Äußerungen von Zeitgenossen zu sammeln, in denen politische Distanz oder Gegnerschaft zu Marx - häufig im Bereich persönlicher Ressentiments angesiedelt - sich in negativen Bemerkungen und Unterstellungen niederschlugen. Das In-die-Welt-setzen von Mißverständnissen, Fehlurteilen und Verleumdungen über die Person von Karl Marx zielte damals vor allem auf die von ihm vertretene Sache. Der Zweck ist heute derselbe. Die inzwischen weltweite Verbreitung der marxistischen Theorie und das ständige Erstarken der proletarischen Bewegung und der Sache des Sozialismus konnten durch die Marx anfeindenden Zeitgenossen nicht verhindert werden. Die erneute Kolportage von Dummheit und Vorurteilen, die sich längst als wirkungslos erwiesen haben, als Beitrag eines bürgerlichen Historikers zur ideologischen Verteidigung des Kapitalismus - angesichts solcher Leistung fällt es schwer, sich zwischen bedauerndem Mitgefühl ob der Schwierigkeit der Aufgabe und der Unverhältnismäßigkeit der Mittel einerseits und anerkennender Bewunderung ob der unverdrossenen Hingabe an eine so aussichtslose Sache andererseits zu entscheiden.

Von wesentlich anderem Charakter ist die Arbeit von Wilhelm Wortmann. Zahlreiche Archivalien aus den Archiven in Merseburg, Münster, Detmold und Düsseldorf sowie viele gedruckte Quellen auswertend, ist es dem Verfasser gelungen, nicht wenige neue Fakten zutage zu fördern. Seine Spezialuntersuchung über die Bauarbeiter der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft im Gebiet zwischen Minden

Marx und Engels bis 1852, in: Friedrich Engels' Kampf und Vermächtnis, Berlin 1961, S. 284 ff.

9 Siehe neuerdings Weber, Rolf, "Die Verbrüderung" - ihre Rolle in der elementaren Arbeiterbewegung, in: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, hg. v. Horst Bartel u. a., Bd. 2, Berlin 1976, S. 435 ff.

10 Darüber hinaus enthält das Buch eine Reihe sachlicher Unrichtigkeiten und so "eigenwillige" Behauptungen wie die, daß es in Deutschland weder in den dreißiger und vierziger noch in den fünfziger Jahren des 19. Jh. eine industrielle Revolution gegeben habe (S. 9 f.).

und Ravensberg in den Jahren 1844 bis 1847 vermittelt neue Erkenntnisse zur Entwicklung der elementaren Arbeiterbewegung am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 und trägt zu einem genaueren Bild von der Geschichte des Vormärz bei. Die Ergebnisse der Arbeit bestätigen und unterstreichen die von marxistischen Historikern getroffenen Feststellungen über den bemerkenswerten Anteil der Eisenbahnbauarbeiter an der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung.[11]

Im einzelnen werden unter anderem behandelt die Sozialstruktur und die sozialen Zustände im Westfälischen, besonders im Gebiet um Minden und Ravensberg, in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft, ihr Projekt sowie der innere Aufbau und die Wirkungsweise dieser Gesellschaft, die Lage der Eisenbahnbauarbeiter, die wichtigsten Unruhen unter diesen Arbeitern in den Jahren 1844 bis 1847 sowie die Diskussion und die Beurteilung von Lage und Kämpfen der Eisenbahnbauarbeiter in der Öffentlichkeit und innerhalb der staatlichen Organe.

Den theoretisch-ideologischen Bezugsrahmen, in den die nützlichen Detailergebnisse eingefügt sind, liefern Anleihen bei der sogenannten Industriegesellschaftskonzeption. Die historische Bedeutung der Eisenbahnbauarbeiterunruhen des Vormärz sieht der Verfasser nicht etwa darin, daß sie der sich eben erst konstituierenden Arbeiterklasse erste wichtige Erfahrungen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung vermittelten, Erfahrungen, die als erster kleiner Schritt zur Qualifizierung der Arbeiterklasse für die Erfüllung ihrer historischen Mission zu werten sind. Die "vielleicht wichtigste Funktion" (S. 189) der Unruhen habe vielmehr in der Lehre bestanden, die sie dem preußischen Staat erteilte. Dieser habe sich nun, wenn auch widerstrebend, für ein begrenztes Eingreifen in die gesellschaftlichen Vorgänge entschieden. Der Verfasser bedauert zwar, daß sich der Staat mit seiner "Parteinahme für die Unternehmensseite" "der Chance begab, die soziale Frage rechtzeitig in den Griff zu bekommen" (S. 222), glaubt aber dennoch, in den Eisenbahnbauarbeiterunruhen Anstöße für die Anfänge einer preußischen Sozialpolitik erkennen zu können. Die Frage nach den Anfängen staatlicher Sozialpolitik als Mittel zur Entschärfung des sozialen Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit und damit auch als Mittel zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung erfreut sich aus naheliegenden Gründen großen Interesses sei-

11 Eichholtz, Dietrich, Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnbauarbeitern im Vormärz, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 251 ff.; Wolfgramm, Eberhard/Puchta, Gerhard/Beyer, Peter, Die sozialökonomischen Kämpfe der Eisenbahnbauarbeiter in Sachsen 1844 - 1848, in: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1964, S. 65 ff.; Puchta, Gerhard/Wolfgramm, Eberhard, Spontaneität und Keimformen der Bewußtheit in der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung. Fakten und Notizen zur Frage der Arbeitererhebungen in Mitteldeutschland in der ersten Hälfte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 6/1956 - 57, S. 673 ff.; Obermann, Karl, Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter im Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 2, S. 129 ff.

tens bürgerlicher Historiker.[12] Integration der Arbeiter in die bürgerliche Gesellschaft, das ist somit auch Wortmanns letztes Wort.

12 Henning, Hansjoachim, Preußische Sozialpolitik im Vormärz?, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 52, 1965, S. 485 ff.; Köllmann, Wolfgang, Die Anfänge der staatlichen Sozialpolitik in Preußen bis 1869, in: ebenda, Bd. 53, 1966, S. 28 ff.

Quellen zur Geschichte der Hanse

Ein Überblick unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten

Bergen - Handelszentrum des beginnenden Spätmittelalters. Referate und Diskussionen des Hansischen Symposions in Bergen vom 9. bis 11. September 1970, hg. v. Hansischen Geschichtsverein, bearbeitet v. Klaus Friedland = Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte, Neue Folge, Bd. 17

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1971, 55 Seiten

Rolf Sprandel, Das Hamburger Pfundzollbuch von 1418 = Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte, Neue Folge, Bd. 18

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1972, 92 Seiten

Ursula Hauschild, Studien zu Löhnen und Preisen in Rostock im Spätmittelalter = Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte, Neue Folge, Bd. 19

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1973, 229 Seiten

Hansische Geschichtsblätter, hg. v. Hansischen Geschichtsverein

Böhlau Verlag, 86. Jg., Köln/Graz 1968, 214 Seiten
Böhlau Verlag, 87. Jg., Köln/Wien 1969, 217 Seiten
Böhlau Verlag, 88. Jg., Köln/Wien 1970,

T. 1: Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Hansischen Geschichtsvereins und zum 600. Jahrestag des Stralsunder Friedens, 214 Seiten und mehrere Tafeln

T. 2: Hansische Umschau, 169 Seiten

Böhlau Verlag, 89. Jg., Köln/Wien 1971, 273 Seiten
Böhlau Verlag, 90. Jg., Köln/Wien 1972, 174 Seiten
Böhlau Verlag, 91. Jg., Köln/Wien 1973, 161 Seiten

von Manfred Straube

Seit mehr als hundert Jahren wird die Geschichte der Hanse gezielt erforscht,[1] und dennoch wird die ökonomische Grundlage dieses Kaufmanns- und späteren

1 Vgl. dazu Brandt, Ahasver v., Hundert Jahre Hansischer Geschichtsverein, in: Hansische Geschichtsblätter (im folgenden: HGbll.), 88. Jg. 1970, T. 1, S. 3 - 67, bes. Kap. 3: Das wissenschaftliche Werk, S. 40 ff.

Städtebundes erst in den letzten Jahrzehnten intensiv untersucht.[2] Nicht zuletzt als Folge der lange Zeit bevorzugten Konzentration auf politische und rechtliche Fragen blieben viele wirtschaftshistorische Quellen hansischer Geschichte unerschlossen, und noch immer gibt es dazu in den Archiven ungehobene Schätze.

Eine stärkere Berücksichtigung wirtschaftsgeschichtlicher Fragen wurde als wissenschaftliches Bedürfnis weitgehend durch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft nach 1945 stimuliert, deren Fragestellungen nach den ökonomischen Grundlagen gesetzmäßigen historischen Fortschritts sich auch nichtmarxistische Historiker nicht entziehen konnten. Als Folge davon erweiterte sich die Forschungsbasis der Hansehistoriographie, erfolgte eine verstärkte Hinwendung zur Wirtschafts- und speziell zur Handelsgeschichte, erhielt die Quellenforschung auf diesem Gebiet starken Auftrieb. Natürlich bleiben bürgerliche Historiker daneben ihren alten Forschungsthemen verpflichtet, nicht ohne auch hier mit den neuen Fragestellungen konfrontiert zu sein.

Es ist allerdings interessant zu beobachten, wie zugleich der Versuch gemacht wird, marxistische Begriffe und Erkenntnisse zu umgehen, was inhaltlich darauf hinausläuft, daß die Frage nach den Triebkräften der Geschichte kaum in Erscheinung tritt. So heben sich auch in der Hanseforschung marxistische von bürgerlichen Arbeiten, die sich in der Regel in ihrer Aufgabenstellung auf die Erschließung von Quellen, die Sammlung von Material nebst - mehr oder weniger ausgeprägt - entsprechender quellenkritischer bzw. quellenkundlicher Interpretation beschränken und in denen die konkreten gesellschaftlichen Bezüge nahezu fehlen, deutlich ab. Beispiele dafür sind auch in der hier zu besprechenden Literatur zahlreich anzuführen. Bemerkenswert sind ferner sowohl die häufig über das übliche Maß hinausgehenden Charakterisierungen der genutzten Quellen in den einzelnen Publikationen als auch die selbständigen Angaben über bestimmte Quellengruppen. Angesichts der eingangs geschilderten, weitgehend unbekannten Materiallage handelt es sich dabei in den meisten Fällen um notwendige Informationen. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang für den Handel Zoll-Listen, für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Stadtbücher, die erst in letzter Zeit verstärkt wissenschaftliche Aufmerksamkeit fanden.

So hat Johannes Schildhauer in einem für den Druck ergänzten Vortrag eingehend die "Hafenzollregister des Ostseebereiches als Quellen zur hansischen Geschichte"[3] vorgestellt, ihre verschiedenen Formen (Pfundzollbücher, Pfahlkammerbücher, Schiffslisten) und ihre Besonderheiten (zum Beispiel Zollfreiheiten) genannt, die überlieferten Jahrgänge aus den einzelnen Archiven aufgeführt und auf ihre vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten hingewiesen. Es ist schlechterdings nicht möglich, sie alle hier zu nennen. Nur so viel sei gesagt, daß sich aufgrund dieser Quellen die auf den Schiffen transportierten Handelswaren ziemlich genau erfassen lassen und sich zugleich auch "wichtige Hinweise über die sich in den einzelnen Gebieten unterschiedlich entwickelnde Produktion" ergeben.[4]

Lediglich eine Erkenntnis sei hier besonders zitiert, die Schildhauer aus dieser Quellengruppe für die allgemeine Hanse- und Wirtschaftsgeschichte gewonnen hat hat und die über die Titelaussage hinausgeht: "Es zeigen sich im 15. Jahrhundert Elemente eines gemeinsamen Marktes, der wesentliche Teile Nord- und Westeu-

2 Als neueste marxistische Darstellung erschien Schildhauer, Johannes/Fritze, Konrad/Stark, Walter, Die Hanse, 2. Aufl., Berlin 1975.
3 HGbll., 86. Jg. 1968, S. 63 - 76.
4 Ebenda, S. 71.

ropas umfaßte. Diese Entwicklung ist jedoch nur mit einem allgemeinen Aufschwung der Ware-Geld-Beziehungen und mit den Anfängen einer frühkapitalistischen Produktion besonders in den Niederlanden und in England zu erklären. Die Erweiterung der Absatzmärkte regte zugleich zur Verstärkung der Produktion sowie zu einer größeren Spezialisierung an."[5] Auf dem Hintergrund dieser Feststellungen ist es dringender denn je notwendig, "die weitere Erfassung und Erschließung der noch in den Archiven befindlichen, ungedruckten und unausgewerteten Hafenzollregister" voranzutreiben.[6] Nur danach wird es möglich sein, diese These Schildhauers zu bestätigen oder auch in der vorliegenden Form in Frage zu stellen. Immerhin ist ja zu bedenken, daß die genannten Veränderungen in den Produktionsverhältnissen in Westeuropa sich auch auf den Landhandel mit seinen Absatzgebieten auswirkten.

Dieser graduelle Vorbehalt kann jedoch nicht die Tatsache schmälern, daß sich diese marxistische Untersuchung Schildhauers - ebenso wie die Slaskis, auf die im folgenden noch eingegangen wird - gerade auch durch ihre umfassendere Fragestellung und die Einbeziehung größerer Zusammenhänge gegenüber den übrigen in der vorliegenden Übersicht erfaßten bürgerlichen Arbeiten prinzipiell auszeichnet und so einen unverzichtbaren Ausgangspunkt für weitere Forschungen über den Ostseehandel und die Wirtschaftsgeschichte der Hanse bildet.

In den genannten Grenzen haben natürlich auch Materialerschließungen und -zusammenstellungen ihren Nutzen und ihren Wert. Als erstes Beispiel dafür sei die Veröffentlichung "Das Hamburger Pfundzollbuch von 1418"[7] von Rolf Sprandel erwähnt, ein mit Erläuterungen versehener textgetreuer Abdruck. Das Register enthält Angaben über Schiffe, Waren und Abgaben, auch Notizen über Zahlungsrückstände bzw. Zahlungsaufschub. Insgesamt läßt sich wohl "aus der Zollakte wahrscheinlich für vier und teilweise fünf Vierteljahre der Hamburger Export in Richtung Nordsee mit Ausnahme der nach Flandern und zu den Süderseestädten gerichteten Waren erfassen. Vom Import fehlt außer dem Handel Flanderns und der Süderseestädte das Warenkontingent, das in Hamburg selbst verbraucht bzw. umgeschlagen wurde"[8]. Sprandel hat der Ausgabe Statistiken über Schiffe, Waren und Personen sowie entsprechende Personen-, Orts- und Sachregister beigegeben. Sie sind unerläßliche Hilfsmittel für die weitere wissenschaftliche Nutzung des Zollregisters. Trotz der genannten Einschränkungen läßt sich jetzt "eine fragmentarische Übersicht des Hamburger Handelsbereiches im beginnenden 15. Jahrhundert"[9] besonders auch im Hinblick auf Quantitäten und Arten des Handelsgutes gewinnen.

Über entsprechende Quellen des gleichen Bereiches, aber für eine spätere Zeit, informiert Claus Tiedemann in der Miszelle "Journale und Schiffslisten des Stader Elbzolls in Stockholmer und Stader Archiven"[10]. Diese Quellen sind mit Unterbrechungen von 1649 bis 1707 erhalten. "Der Stader Elbzoll wurde von allen

5 Ebenda, S. 73.
6 Ebenda, S. 75.
7 Sprandel selbst hat eine erste Interpretation der Quelle gegeben (Sprandel, Rolf, Das Hamburger Pfundzollbuch von 1418, Köln/Wien 1972, S. 43 - 72), obwohl "der Abdruck des Textes ... eine Diskussion darüber ermöglichen" sollte (ebenda, S. 1). Durch die Erläuterungen Sprandels wird der Text vielfach erst verständlich.
8 Ebenda, S. 53.
9 Ebenda, S. 68 f.
10 Hgbll., 87. Jg. 1969, S. 105 - 107.

Waren erhoben, die von See kommend die Zollstätte Brunshausen bei Stade passierten, Hamburger Gut auf Hamburger Schiffen ausgenommen".[11] Die Zollregister enthalten Angaben über Schiffer, Schiffsnamen, Typ, Größe, Heimat- und Abfahrtshafen, Waren und Zollbetrag. Da die Hamburger Quellen zu dieser Zeit 1842 größtenteils verbrannt sind, findet sich hier ein gewisser Ersatz.

Daß die Archive auch künftig noch mit mancher Überraschung aufwarten können, zeigt die Miszelle von Hildegard Thierfelder "Der Bestand 'Hanse' des Kölner Stadtarchivs"[12], denn die Überschrift verspricht mehr, als der Inhalt hält; der Überblick über Herkunft und frühe Verzeichnisse der Quellen ist zwar sehr interessant, aber über den wissenschaftlichen Wert erfährt man nichts. Der letzte Satz gibt dafür die Erklärung: "Erst eine völlige Durchordnung der Bestände nach den Provenienzen N I - VI ... dürfte endgültige Klarheit über die Zusammensetzung des Kölner Hansebestandes" geben.[13]

Auf einen anderen wichtigen Komplex wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Forschungen soll im Zusammenhang mit den "Studien zu Löhnen und Preisen in Rostock im Spätmittelalter" von Ursula Hauschild hingewiesen werden.[14] Das Ziel der Verfasserin war es, durch entsprechende Vergleiche "zu einer Vorstellung von dem Lebensstandard einiger Lohnempfänger in einer mittelalterlichen Stadt zu kommen".[15] Das ist ihr - den Möglichkeiten ihrer Quellen entsprechend - wohl auch gelungen, selbst wenn sich der Wert dieser Studien erst in der Einzelnutzung erweisen muß. Denn leicht zu lesen ist diese Arbeit nicht: Fast 130 (von 219) Seiten enthalten nur Zahlenreihen mit vielen, den optischen Eindruck noch mehr verwirrenden Abkürzungen. Auch die 29 Skizzen verdeutlichen das Anliegen nicht sehr, und die zahllosen - sicher notwendigen - Einzelangaben über Preise und Löhne mit 485 Anmerkungen (im gleichen Druck) ermüden schnell. Hinzu kommt, daß selbst diese Zahlen und die wenigen zusammenfassenden Texte zumindest Zweifel aufkommen lassen am objektiven Wert dieser Informationen über Preise und Löhne. So nutzen zum Beispiel die Preisangaben über Wein (Wer trank Wein?) wenig, wenn nicht auch die Sorte genannt ist, und auch die Tuche haben größere Qualitäts-, dementsprechend auch Preisspannen und damit unterschiedlichere Käuferschichten, als die Darstellung vermuten läßt. Die Preise der Lebensmittel wurden wohl mehr bestimmt vom allgemeinen Angebot (Mißernten usw.) als von den wenigen erwähnten politischen und militärischen Ereignissen. Aber entsprechende Unwägbarkeiten sind immer mit einzukalkulieren, zumal Hauschild nur einen begrenzten Bereich der Lebensbedingungen erfassen konnte. Dennoch sind derartige Arbeiten nach wie vor zu begrüßen; denn dadurch lassen sich sowohl Auffassungen, wie die von einer Agrarkrise oder gar von einem "goldenen Zeitalter der Lohnarbeiter" (Abel, Lütge und andere bürgerliche Historiker), zurückweisen als auch Preisspannen für jene Waren errechnen, die von Rostock aus landeinwärts gehandelt wurden (zum Beispiel Heringe) oder die aus dem Binnenland nach Rostock kamen (zum Beispiel Wachs und Salz).

Ohne Kommentar soll die von der Autorin aus dieser Studie gezogene Folgerung zitiert werden: "Löhne und Preise bildeten in Rostock keine Preisschere, sondern ihre Entwicklung verlief weitgehend parallel. Die Löhne der Handwerker aus

11 Ebenda, S. 105 f.
12 Ebenda, 87. Jg. 1969, S. 77 - 90.
13 Ebenda, S. 89.
14 Die Arbeit gründet sich fast ausschließlich auf Rostocker Quellen.
15 Hauschild, Ursula, Studien zu Löhnen und Preisen in Rostock im Spätmittelalter, Köln/Wien 1973, S. 1.

dem Baugewerbe konnten die Ernährungskosten für eine fünfköpfige Familie im allgemeinen gerade decken. Die Löhne der unteren Einkommen (Handlanger, Träger) lagen hart an der Grenze des Existenzminimums, verbesserten sich jedoch im Laufe des 15. Jahrhunderts."[16]

Alle diese Quellenpublikationen bzw. Informationen über Quellen haben schon deshalb ihre Bedeutung, weil sie auf künftige editorische und Forschungsaufgaben aufmerksam machen.[17]

Die genannten und die noch zu erhoffenden schriftlichen Quellen betreffen vor allem die Zeit des späten Mittelalters. Für die Frühzeit wirtschaftlicher und politischer Kontakte im Ostseeraum müssen zusätzlich Erkenntnisse archäologischer Forschungen herangezogen werden.

Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür lieferte Kazimierz Slaski mit dem Aufsatz "Die Beziehungen der ostseeslawischen und polnischen Herrschaftsgebiete mit Skandinavien im 9. bis 13. Jahrhundert, insbesondere im Lichte neuerer polnischer Forschungen"[18]. Der außerordentliche Materialreichtum - eben auch aufgrund archäologischer Arbeiten - macht es unmöglich, ein dem Beitrag angemessenes Resümee zu geben. "Spuren von Handels- und Handwerkszentren im Gebiet der polnisch-pomeranischen Stämme" im 8. Jahrhundert[19] bilden seinen Ausgangspunkt, an den sich die mit der Entwicklung der Schiffahrt verbundenen Anfänge eines skandinavisch-westslawischen Warenaustausches anschließen. Slaski nennt die betreffenden Export- und Importwaren. Anfangs waren die Skandinavier Träger des Handels aufgrund ihrer überlegenen Schiffahrt, aber bereits in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts nahmen Ostseeslawen an Wikingerzügen teil. Begünstigt wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch die "Entstehung von frühfeudalen Großstaaten an beiden Ufern der Ostsee"[20]. Die Schwächung des polnischen Staates wirkte sich in der Folgezeit (zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts) auch negativ auf den Ostseehandel aus, "das 12. Jahrhundert war durch andauernde nordisch-westslawische Seekämpfe ausgefüllt"[21], und im 13. Jahrhundert konnte der polnische Staat das Ende der dänischen Vorherrschaft im Ostseeraum nicht nutzen. Danach übernahmen die norddeutschen Hafenstädte die Rolle Dänemarks. Verbunden war dieser Vorgang mit "tiefgreifenden Umwandlungen in den wirtschaftlichen und ethnischen Verhältnissen".[22]

In einem weiteren Beitrag über "Die Organisation der Schiffahrt bei den Ostseeslawen vom 10. bis zum 13. Jahrhundert"[23] vervollständigt Slaski diese Erkennt-

16 Ebenda, S. 219.
17 Welche Möglichkeiten bisher weitgehend ungenutzt blieben, zeigt Schildhauer, Johannes, Der Anteil der wendischen Städte am Königsberger See- und Handelsverkehr im 16. Jahrhundert auf der Grundlage der Königsberger Pfundzollregister, in: Neue Hansische Studien, hg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, Erhard Voigt, Berlin 1970, S. 263 - 287. Vgl. auch Höhnel, Karl, Archivalische Quellenlage zur hansischen Geschichte in den mecklenburgischen Stadtarchiven, in: Hansische Studien, Berlin 1961, S. 123 - 134.
18 HGbll., 89. Jg. 1971, S. 12 - 25.
19 Ebenda, S. 12.
20 Ebenda, S. 14.
21 Ebenda, S. 21.
22 Ebenda, S. 25.
23 Ebenda, 91. Jg. 1973, S. 1 - 11.

nisse. Er unterrichtet über einzelne Boots- und Schiffstypen der frühen Zeit anhand polnischer Forschungen und Funde. Danach kamen wegen der hohen Baukosten nur reiche Handelsherren, hohe Adlige und frühfeudale Staaten als Besitzer von Seeschiffen in Frage. Mit ausführlichen Quellenbelegen kann Slaski auch nachweisen, daß der Handel für die Landesherren durch die Hafenzölle großen Nutzen brachte, und damit zugleich einen umfangreichen Warenaustausch bestätigen. Der Artikel schließt mit Informationen über das Strandrecht und die Teilnehmer an der Seeschiffahrt sowie über die Ursachen der Ausschaltung der Slawen aus der Seeschiffahrt. Slaski nennt "die wirtschaftlichen und politischen Wandlungen im Ostseeraum ... im Laufe des 13. Jahrhundert" und verweist auf die Überlegenheit der Lübecker Kaufleute an Schiffahrtserfahrungen und finanziellen Mitteln sowie für Pomerellen auf die Eroberungen des Deutschen Ordens. "An dem Aufblühen der Hansestädte und deren Seehandel nahmen ... die Ostseeslawen zwischen Trave und Weichsel keinen selbständigen Teil mehr."[24]

Über wirtschaftliche Kontakte zwischen der Hanse und Rußland kann Norbert Angermann in seinem Beitrag "Zu den deutschen Handelsniederlassungen in Pleskau und Krasnyi"[25] interessante Einzelheiten berichten. Pleskau (Pskov) wurde demzufolge seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, nachdem Iwan III. 1494 den Novgoroder St. Petershof schließen ließ, zum wichtigsten Zentrum des russischen Westhandels. Die hansischen Kaufleute hatten allerdings keinen eigenen Hof mehr, sondern wohnten im "Dudeschen strant" (Nemeckij bereg) in gemieteten russischen Häusern. Hier wurden auch die Handelsgeschäfte abgeschlossen, die immerhin so umfangreich gewesen sein müssen, daß 1519 im Interesse Dorpats ein Beschluß gefaßt wurde, wonach Kaufleute aus Riga und Reval nur mit Waren im Werte von bis zu 200 Mark nach Pleskau ziehen durften. Um 1532 ist wieder eine deutsche Niederlassung in Pleskau (eyn sunderlich hoff und cunthor) erwähnt. Angermann glaubt auch einen deutschen Hof in Krasnyj (Krasno gorodskoje) für die Jahre 1585 bis 1587 nachweisen zu können.

Eine gewisse Ergänzung und Illustration zum hansisch-russischen Handel gibt George Thomas mit "Sprachliche(n) Belege(n) für die im Mittelalter nach Rußland eingeführten Gewürzarten"[26]. Er untersucht die Erwähnungen von Anis, Ingwer, Korinthen, Mandeln, Muskatnuß, Gewürznelken, Pfeffer, Pfirsisch und Safran. Allerdings sind diese Gewürze nicht nur auf den beiden vom Verfasser genannten Wegen (vom Süden über Brügge zur Ostsee bzw. über Prag) nach dem Osten gelangt, sondern auch auf der Hohen Straße über Erfurt und Leipzig.

Ebenfalls von sprachlicher Überlieferung ging Pierre Jeannin aus: Er identifizierte als Autor des 1607 in Pleskau (Pskov) erschienenen Buches "Low German Manual of Spoken Russian" einen Lübecker Kaufgesellen: "Der Lübecker Tönnies Fonne - ein Pionier der Slawistik"[27]. Dieses Werk ist nicht nur linguistisch, sondern vor allem auch wegen der konkreten Hinweise über die Begegnungen zwischen hanseatischen Kaufleuten und der russischen Bevölkerung von Interesse.

Recht informativ ist auch der überarbeitete Vortrag von Werner Hillebrand über den "Goslarer Metallhandel im Mittelalter"[28], in dem er zunächst darauf verweist, daß in Goslar nicht nur Silber, sondern auch Kupfer, Blei und Vitriol in beträchtlichem Umfange gefördert wurden. Die erste Phase der Blüte Goslars,

24 Ebenda, S. 11.
25 Ebenda, 89. Jg. 1971, S. 79 - 91.
26 Ebenda, S. 92 - 103.
27 Ebenda, S. 50 - 53.
28 Ebenda, 87. Jg. 1969, S. 31 - 57.

beginnend im 10. Jahrhundert, wurde um die Mitte des 14. Jahrhunderts unterbrochen, als die bergbautechnischen Möglichkeiten nicht mehr ausreichten, das Wasser zu bekämpfen. "Auch fehlte meist das nötige Kapital, um die entsprechenden Sümpfungsversuche zu finanzieren."[29] Erst hundert Jahre später begann der neue Aufschwung Goslars, nachdem die Stadt (oder ihre Bürger?) die Bergrechte von den Herzögen von Braunschweig erworben hatte und das Wasserproblem lösen konnte, nicht zuletzt auch durch den Einsatz von Handelskapital in der Produktion. Hillebrand interessiert aber vor allem der Handel mit den Bergbauprodukten. Das Silber wurde in der Frühzeit frei gehandelt. Spätestens seit 1400 wurde aber fast alles geförderte Silber für die Münzprägung (Groschen) verbraucht. Der Kupferbergbau begann vermutlich zur gleichen Zeit wie der Silberabbau. Das Metall wurde bereits früh in das Gebiet an der Maas, später auch nach England ausgeführt. Der Kupferbergbau erlitt schließlich das gleiche Schicksal wie der Silberbergbau, nur daß auch mit dem Eindringen des Handelskapitals des Johann Thurzo (ab 1478) kein neuer Aufstieg begann, weil es nicht gelang, Blei und Kupfer völlig zu trennen. Hinzu kam die starke Konkurrenz des Mansfelder Kupfers.

Da Silber in Goslar nur zusammen mit Blei gefördert werden konnte, muß der Beginn des Bleihandels in die gleiche frühe Zeit datiert werden. Blei wurde vor allem im sächsischen Erzgebirge gebraucht, um dort das Silber von den übrigen Erzen zu scheiden. Das Bleigeschäft wurde schließlich so attraktiv, daß sich neben Thurzo bald Leipziger, Chemnitzer, Nürnberger und auch Goslarer Bürger daran beteiligten. Hillebrand vermag interessant zu schildern, wie der Absatz nach Sachsen und Thüringen organisiert und wie dabei der Bleihandel unter einzelne - meist Leipziger - Großkaufleute aufgeteilt war. Um 1521 sollen die Lieferungen jährlich 15 000 bis 20 000 Zentner betragen haben. Hierzu müßten die Archive der DDR noch zahlreiche Informationen enthalten![30]

Hillebrand stellt auch die Frage nach der Einordnung des Goslarer Metallhandels in den deutschen und europäischen Handel sowie nach den Trägern dieses Handels. Er kann - zumindest in Ansätzen - deutlich machen, in welcher Weise sich frühkapitalistische Elemente - vor allem aus Leipzig - des Bergbaus und des Handels bemächtigten. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn etwas mehr über die Gründe für die Ereignisse von 1552 ausgesagt worden wäre, als "Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel Bergwerk und Hütten in seine Regie übernahm" und "der Metallhandel der Goslarer Bürger sein Ende" fand.[31]

Die Schilderung der "Probleme der mittelalterlichen Metallindustrie im Maasgebiet"[32] durch Andre Joris ist eine gute Ergänzung zu der Studie von Hillebrand. Joris untersuchte zunächst die Voraussetzungen für "eine blühende Messingindustrie" "von der Römerzeit bis zum Ausgang des Ancien Regime"[33] und verweist auf die sehr dichten Wälder, die Holzkohle liefern konnten. Auch die übrigen Roh-

29 Ebenda, S. 32.
30 Entsprechende Materialien hat bereits 1914 M. Schmid in seiner Dissertation "Der Goslarer Bleikauf. Ein Beitrag zur Geschichte der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation des 16. Jahrhunderts" verwendet. Da der Verfasser im ersten Weltkrieg fiel, kam es nicht zur Promotion. Die Dissertation liegt in der DDR nicht vor.
31 HGbll., 87. Jg. 1969, S. 57.
32 Ebenda, S. 58 - 76.
33 Ebenda, S. 59.

stoffe standen zur Verfügung: Zur Herstellung von Messing wurden neben zwei Drittel Kupfer auch ein Drittel Zink benötigt. Zink wiederum war bis zum 19. Jahrhundert nur als Galmei zu gewinnen. Da man zur Messingherstellung aber die doppelte Gewichtsmenge an Galmei (Zink und Blei) wie an Kupfer brauchte und Galmei ausreichend im Maasgebiet vorhanden war, mußte "das Kupfer ... zum Galmei wandern und nicht umgekehrt"[34]. Das Kupfer wurde nach schriftlichen Quellen aus dem 10. und 11. Jahrhundert aus Köln, Dortmund und vermutlich direkt aus Goslar bezogen. Im 13. und 14. Jahrhundert ist Brügge Hauptumschlagplatz für Kupfer aus Schweden, dem Harz und Ungarn, das auch für die Messingproduktion in den Niederlanden verwendet wurde. Im weiteren beschreibt Joris auf reicher Materialgrundlage "die Entwicklung der Kupferindustrie" in ihren drei Etappen, von denen die zweite für uns besonders interessant ist, weil in dieser Zeit (1200 bis 1466) Kupfererzeugnisse aus dem Produktionszentrum Dinant auf allen Märkten Mitteleuropas und besonders in England gehandelt wurden. Nach der Zerstörung Dinants 1466 durch Karl den Kühnen zerstreuten sich die Kupferschlager, ließen sich zum Beispiel in Aachen und Namur nieder und begründeten dort eine neue Tradition. Es bleibt zu wünschen, daß in künftigen Arbeiten auf diesem Gebiet mehr über die Produktionsverhältnisse zu erfahren sein wird.

Mit einem ganz anderen Themenkreis befaßten sich Referate und Diskussionen eines Symposiums in Bergen aus Anlaß des 900. Jubiläums der Stadt, nämlich rechtsgeschichtlichen Problemen mittelalterlicher Handelsgeschichte. Die Ergebnisse wurden unter dem Titel "Bergen - Handelszentrum des beginnenden Spätmittelalters"[35] veröffentlicht. Inhalt eines Beitrages von Karl-Friedrich Krieger sind "Die rechtlichen Voraussetzungen des Seeverkehrs in Bergen zur frühen Hansezeit" (S. 1 - 15). Es ging Krieger dabei vor allem um die Frage der Haftung bei Havarien und Schiffbruch. Die ausgesprochen rechtshistorischen Ausführungen einschließlich der Diskussion darüber brachten keine befriedigenden Ergebnisse. Detlev Ellmers ("Schiffslandeplätze und Handelsorte im frühen Mittelalter", S. 21 - 36) interessierte vor allem die Einstraßenanlagen der Häfen und Ufermärkte. Er führte als archäologischen Beweis für seine Vermutung, daß sich aus Einstraßenmärkten die später ständig besiedelten Einstraßenanlagen entwickelt haben, den mittelalterlichen Ufermarkt von Gaesir (Island) mit Zeltgruben und Kaufmannskirche an. Aus der später ständigen Ansiedlung an einem solchen Ufermarkt folgerte Ellmers, daß eine vollständige Trennung des Kaufmanns von einer rückhaltgebenden landwirtschaftlichen Produktion und seine ausschließliche Konzentration auf den Handel eingetreten sei, "die zu den bedeutsamsten und folgenreichsten Veränderungen für das mittelalterliche Sozialgefüge gehört"[36]. Die Einstraßenanlage am Ufer diente nach Ellmers sowohl "dem Warenaustausch zwischen Land- und Seeverkehr" als auch dem lokalen Handel. Die auf der Landseite geöffneten Wohnhäuser der Kaufleute dienten wohl auch als Verkaufsräume. Erst im Hochmittelalter habe sich dann insofern eine Änderung ergeben, als die Kaufleute ihren Sitz in den Hafentorvierteln nahmen (Lübeck). Fern- und Nahhandel wurden so räumlich getrennt (Hafen - Kaufmannshaus; Marktplatz). Klaus Friedland sprach über "Kaufmannsgruppen im frühen hansisch-norwegischen Handel"

34 Ebenda, S. 62.

35 Unterstützt werden die einzelnen Beiträge durch mehrere Lageskizzen bzw. Stadtgrundrisse.

36 Bergen - Handelszentrum des beginnenden Spätmittelalters, Köln/Wien 1971, S. 28. - Auch die Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch.

(S. 41 - 51). Er konnte sich nur auf zwei direkte Quellenaussagen von 1186 bzw. 1229 stützen und interpretierte sie in vielfacher Hinsicht. Die Diskussion dazu ging bemerkenswerterweise andere Wege und befaßte sich mit den Schiffstypen und Fahrtrouten von und nach Norwegen.

Daß in der Hansegeschichte der Stralsunder Frieden und die damit zusammenhängenden Fragen eine besondere Rolle spielen und immer wieder Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sind, ist selbstverständlich. Eine zusätzliche Anregung bot der 600. Jahrestag dieses Ereignisses.[37] Hier ist über fünf sehr unterschiedliche Arbeiten zu informieren, die zu dem großen Themenkreis gehören. Eine quellenkritische Untersuchung legte Jochen Goetze vor: "Zur Datierung des Rostocker Stadtschreiber-Berichtes über die Verhandlungen in Kopenhagen und vor Hälsingborg im Sommer 1360 (?)".[38] Bei diesem Bericht handelt es sich um die einzige Quelle, die über die Abtretung Schonens durch König Magnus von Schweden an Valdemar Atterdag Kenntnis gibt. Goetze legt mit guten Gründen die Datierung des Berichtes auf 1360 fest. "Von Greifswald bis Stralsund" ist ein Kapitel "aus einer umfassenderen Darstellung der städtisch-dänischen Beziehungen im Zeitalter Valdemar Atterdags", das der gleiche Verfasser veröffentlichte.[39] Er beschreibt darin - mit bemerkenswerter Konsequenz jeden ökonomischen Aspekt ausklammernd - sehr genau die politischen Aktivitäten der beiden feindlichen Koalitionen zwischen der Tagung der Seestädte in Greifswald am 1. August 1361 und den Verhandlungen in Stralsund am 30. November 1369. Der Beitrag stützt sich auf gedruckte Quellen und orientiert sich weitgehend an den Arbeiten Dietrich Schäfers und an S. Tägil, Valdemar Atterdag och Europa, Lund 1962.

"Zu einer neuen Beurteilung der dänischen Königspolitik im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts" hat Ahasver von Brandt eine Miszelle überschrieben, bei der es sich aber lediglich um die Besprechung eines Buches von Michael Linton handelt: Drottning Margareta. Fullmäktig fru och rätt husbonde, Göteborg 1971. Brandt kritisiert vor allem die Arbeitsweise Lintons, nicht die neueste Literatur zu nennen, sondern nur die Quellen zu zitieren, "was ein eigentümlich verbogenes Bild von der tatsächlichen Forschungslage gibt".[40]

Direkt mit dem Stralsunder Frieden hat sich Brandt in einer diplomatiehistorischen Studie befaßt: "Der Stralsunder Friede. Verhandlungsablauf und Vertragswerk 1369 - 1370".[41] Damit dürfte die Thematik abgeschlossen sein, auch wenn Brandt auf eine Auswertung des Vertragswerkes verzichtete.

Von gänzlich anderen Fragestellungen aus wertete Philipp Dollinger "Die Bedeutung des Stralsunder Friedens in der Geschichte der Hanse"[42]: Er stellte die wirtschaftlichen Ursachen und Folgen in den Vordergrund seiner Betrachtungen, vergaß aber auch nicht den machtpolitischen Aspekt. Dollinger verweist zunächst darauf, daß der Stralsunder Friede in jene Zeit fällt, da "die politische und wirtschaftliche Entwicklung ... sich zuungunsten der Hanse und besonders der wendischen Städte auswirkt".[43] So hat schließlich der Stralsunder Frieden wirt-

37 Vgl. dazu Fritze, Konrad, Die Bedeutung des Stralsunder Friedens von 1370, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 2/1971, S. 194 - 211.
38 HGbll., 90. Jg. 1972, S. 63 - 71.
39 Ebenda, 88. Jg. 1970, T. 1, S. 83 - 122.
40 Ebenda, 90. Jg. 1972, S. 72 - 76.
41 Ebenda, 88. Jg. 1970, T. 1, S. 123 - 147.
42 Ebenda, S. 148 - 162.
43 Ebenda, S. 148 f.

schaftspolitisch nichts Neues schaffen können, sondern nur die ehemaligen städtischen Privilegien auf Schonen wiederhergestellt. Das Übergewicht der wendischen Städte hat schließlich dazu geführt, daß die schonenschen Messen ihre allgemeine Bedeutung verloren und zu reinen Heringsmärkten herabsanken. Wenn dadurch auch der Salzhandel gefördert wurde, blieb die Hanse handelspolitisch doch in den alten Bahnen. Die sich nach dem Frieden von 1370 verstärkt abzeichnenden Versuche, Monopolansprüche durchzusetzen und Fremde aus dem Handel auszuschalten, haben nach Dollinger nichts mit den politischen Ereignissen der Zeit zu tun, sondern entsprechen den alten Prinzipien hansischer Handelspolitik.

Interessant und bedenkenswert ist die Interpretation des Stralsunder Friedens unter machtpolitischen Aspekten durch Dollinger, wobei sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen ist über Klugheit und Fehler hansischer Diplomatie. Zum einen zeugt die von ihm selbst negativ beurteilte Handelspolitik nicht von politischem Weitblick, zum anderen müßte der Stralsunder Frieden in einen größeren Zeitraum - vor allem auch in das 15. Jahrhundert - einbezogen werden.

Über die weitere politische Geschichte der Hanse, des hansischen Raumes und einzelner Hansestädte können hier mehrere Arbeiten vorgestellt werden, wobei verständlicherweise der direkte Ostseeraum vorrangig beachtet wurde. Ich glaube aber, es ist symptomatisch, daß nur ein Beitrag sich mit den Wechselbeziehungen zwischen der Hanse bzw. dem Küstenraum und dem Reich bzw. den südlichen Territorien befaßt. Hier liegen zweifellos noch große Möglichkeiten hansischer Forschungen und Erkenntnisse.

"In beschwerlicher Wanderung"[44] führt Heinz Stoob, unterstützt durch vier Itinerarskizzen, durch die politischen Wirren deutscher Geschichte vornehmlich im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts. Ausgehend vom Lübeck-Besuch Karls IV. 1375, will der Verfasser mit sorgsam zusammengetragenem Material zur Reisetätigkeit und zum Wirken des Kaisers unter dem Thema "Karl IV. und der Ostseeraum"[45] nachweisen, wie sehr sich der Luxemburger bemühte, im nördlichen Deutschland und auf die Hanse Einfluß zu gewinnen. Auch die beigegebenen Skizzen und eine Übersicht über Verwandtschaftsverhältnisse laden nicht dazu ein, eine solche Wanderung zu wiederholen.

Im Beitrag "Die Hanse und der Deutsche Orden unter den Hochmeistern Heinrich von Plauen und Michael Kuchmeister (1410 - 1420)"[46] behandelt Günter Ketterer "das Verhältnis der Ordensleitung zur wendischen Kerngruppe der Hanse mit ihrer Führerin Lübeck"[47]. Dabei interessierten Ketterer vor allem die wirtschaftliche Stellung und die politische Rolle der preußischen Städte vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen des Ordens mit Polen.

Zum Problemkreis Hanse und Reich, das heißt hier Hanse und Dreißigjähriger Krieg, gehören zwei sehr unterschiedliche kleinere Arbeiten, die die Möglichkeiten bürgerlicher Forschung recht deutlich machen: Christof Römers Aufsatz "Commercia und Religion 1585. Der hansisch-protestantische Konflikt um Ostfriesland im Niedersächsischen Reichskreis"[48] ist eine oftmals minutiöse Schilderung

44 Ebenda, S. 209.
45 Ebenda, S. 163 - 214.
46 Ebenda, 90. Jg. 1972, S. 15 - 39.
47 Ebenda, S. 16.
48 Ebenda, S. 40 - 62.

("nachmittags um 3 Uhr"[49], "um 7 Uhr früh"[50] usw.) der vorbereitenden Beratungen und der Teilnehmer des Kreistages. Von allgemeinerem Interesse ist wohl nur der Abschnitt über "Die weitere Entwicklung"[51].

Größeres Gewicht besitzt der Beitrag von Hans-Jörg Herold: "Gutachten über ein Bündnis evangelischer Fürsten mit den Hansestädten aus dem Jahre 1608".[52] Dieses Gutachten ist außerordentlich interessant für die allgemeine Situation am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges. Es geht um den Versuch, die Hansestädte, vor allem als Finanzquellen, für das Bündnis der evangelischen Fürsten (Union) zu gewinnen, immerhin auch ein Zeichen für die wirtschaftliche Kraft der einzelnen Hansestädte. Aber Querelen zwischen Lutheranern und Reformierten erschwerten und verhinderten schließlich eine gemeinsame Front gegen die Kaiser und die katholischen Fürsten. "Weder die sechs Hansestädte noch Bremen allein haben später den Weg in die Union gefunden".[53] Das Gutachten aus dem Zentralen Staatsarchiv der DDR, Abt. II, Rep. 88, Ansbacher Unionsakten, tom. V, fol. 38 - 45, druckte Herold auf den Seiten 99 bis 104 ab.

Für das 17. Jahrhundert finden sich in der hier zu behandelnden Literatur keine Beiträge zur politischen, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des hansischen Raumes. Und auch für das 18. Jahrhundert kann nur auf die im Zusammenhang mit einer Quellensammlung und -bearbeitung über den internationalen Handel der Neuzeit entstandene Studie von Pierre Jeannin "Die Hansestädte im europäischen Handel des 18. Jahrhunderts"[54] verwiesen werden. Jeannin hat dafür vor allem die Berichte des französischen Konsulats aus Hamburg ausgewertet, die Angaben über den Schiffsverkehr, über die Warenmengen und Wertangaben dazu enthielten. Für Jeannin waren unter anderem die Struktur des hanseatischen Handels, die Handelsverbindungen, die Warenmengen und der Warenverkehr interessant. Als erste Ergebnisse seiner weiterzuführenden Forschungen konstatiert er eine wesentliche Veränderung der Seehandelsschwerpunkte gegenüber früheren Jahrhunderten und den Wandel der Hansestädte von Stapelplätzen zu bedeutenden Seehäfen Deutschlands, "aller Kleinstaaterei zum Trotz".

Ein völlig anderes, bisher nur wenig beachtetes und noch zahlreiche weitere Forschungsmöglichkeiten eröffnendes Thema hat Volker Plagemann in seinem Aufsatz über "Hansische Kunstströmungen nach Skandinavien" aufgegriffen.[55] Er betont einleitend zu Recht, daß man nicht von einer einheitlichen "hansischen Kunst" etwa im Sinne einer bestimmten, festumrissenen Kunstlandschaft sprechen könne. "Die Geschichte der Kunst in den Hansestädten und im niederdeutschen Raum, den sie beherrschten, ist auf den einzelnen Kunstgebieten und im Laufe der mehrere Jahrhunderte dauernden Hansegeschichte so wenig einheitlich, daß ein Suchen nach einem einheitlichen Begriff müßig erscheint." Und weiter: "Die einzelnen, weit auseinanderliegenden Hansestädte bildeten nach der ersten Zeit reger Bautätigkeit eigene Bautraditionen aus, empfingen Anregungen von anderen Städten, auch von jenseits der Ostsee, oder waren selbst Anreger."[56] Plagemann

49 Ebenda, S. 55.
50 Ebenda, S. 56.
51 Ebenda, S. 59 - 62.
52 Ebenda, 87. Jg. 1969, S. 91 - 104.
53 Ebenda, S. 99.
54 Ebenda, 89. Jg. 1971, S. 41 - 73.
55 Ebenda, 86. Jg. 1968, S. 13 - 36.
56 Ebenda, S. 17.

geht dann den Möglichkeiten und den nachzuweisenden Einflüssen auf die Architektur in Skandinavien anhand mehrerer Grundrißskizzen bzw. Fotos und zahlreicher Beispiele im Text ebenso nach, wie er den Export von Plastiken und Gemälden bzw. Kunstideen und -auffassungen nachweist. Die hanseatische Kunsteinfuhr in Skandinavien endete nach Plagemanns Angaben mit der Einführung der Reformation in den Hansestädten. Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß in diesem Beitrag interessante Einzelheiten zusammengetragen sind, daß aber alte Bahnen bürgerlicher Kunstgeschichtsschreibung nicht verlassen wurden. Damit befindet sich Plagemann in der Gesellschaft von Jochen Goetze, Heinz Stoob und Christof Römer.

Wenn die Hansischen Geschichtsblätter besprochen werden, dann ist auf jeden Fall auch die "Hansische Umschau" zu erwähnen. Sie enthält - nach Sach- und geographischen Gesichtspunkten gegliedert - Annotationen zu Monographien bzw. knappe Inhaltsangaben der zur Gesamtthematik veröffentlichten Aufsätze und vermittelt so einen Überblick über die jeweiligen Forschungsthemen. Gleichzeitig wird die Internationalität der Forschung zu allen Teilaspekten hansischer Geschichte deutlich.

Neuere marxistische Forschungen zur Frühgeschichte des deutschen Volkes

Die Germanen. Geschichte und Kultur der germanischen Stämme in Mitteleuropa, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum 2. Jahrhundert unserer Zeitrechnung, von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Bruno Krüger = Veröffentlichungen des Zentralinstitutes für Alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR, Bd. 4.1 (im folgenden: I)

Akademie-Verlag, Berlin 1976, 568 Seiten, 62 Tafeln, 133 Abbildungen, 3 Karten, Preis: 38,- M

Römer und Germanen in Mitteleuropa, hg. v. Heinz Grünert, unter der Redaktion v. Hans-Joachim Dölle (im folgenden: II)

Akademie-Verlag, 2., berichtigte Auflage, Berlin 1976, 296 Seiten, 41 Abbildungen, Preis: 19,- M

Die Römer an Rhein und Donau. Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den römischen Provinzen an Rhein, Mosel und oberer Donau im 3. und 4. Jahrhundert, von einem Autorenkollektiv unter der Leitung v. Rigobert Günther u. Helga Köpstein = Veröffentlichungen des Zentralinstitutes für Alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR, Bd. 3 (im folgenden: III)

Akademie-Verlag, Berlin 1975, 517 Seiten, 30 Text- u. 71 Tafelabbildungen, Preis: 68,- M

Friedrich Schlette, Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna. Kulturgeschichte der Germanen bis zum Ausgang der Völkerwanderung (im folgenden: IV)

Urania-Verlag, 3., veränderte Auflage, Leipzig/Jena/Berlin 1977, 263 Seiten, 80 Text- u. 77 Tafelabbildungen, 21 Farbtafeln, 11 Karten, Preis: 18,- M

von Hansjürgen Brachmann

Die im letzten Jahrzehnt verstärkt betriebenen Forschungen zur Frühgeschichte des deutschen Volkes haben zu einer Vielzahl neuer Publikationen geführt. Die hier zu besprechenden Arbeiten stellen daraus nur eine Auswahl dar. Es handelt sich einerseits um Darstellungen, die jeweils einen größeren Zeitabschnitt der Entwicklung der germanischen Geschichte auf der Grundlage des historischen Materialismus zusammenfassend darstellen, zweitens um Arbeiten, die wenigstens im Falle der ersten drei Beispiele, die in Frage stehende Problematik unter interdisziplinären Gesichtspunkten behandeln, und die drittens sich ausdrück-

lich nicht allein an den Fachmann, sondern auch an einen größeren Kreis interessierter Leser wenden. Sie sind nach Meinung des Rezensenten deshalb durchaus repräsentativ, Zielstellungen und Ergebnisse langjähriger marxistischer ur- und frühgeschichtlicher sowie althistorischer Forschung der DDR zur germanischen Frühgeschichte des deutschen Volkes zu demonstrieren.

Die Berechtigung für derartige Forschungen ist vielfach begründet. Sie erwächst einerseits aus dem Anspruch der sozialistischen deutschen Nation auf Aneignung und Darstellung des historischen Erbes unseres Volkes, und zwar auf der Grundlage der marxistischen Weltanschauung, und andererseits aus der Notwendigkeit einer endgültigen Abgrenzung gegenüber jeglichem nationalistischen und chauvinistischen Mißbrauch, der im Prozeß der Rezeption der Geschichte der germanischen Stämme besonders in der Zeit des Faschismus so schreckliche Blüten getrieben hat. Es gibt aber in gleicher Weise auch noch eine zweite Seite, die von der marxistischen Ur- und Frühgeschichtsforschung derartige Aufarbeitungen verlangt: der in den vergangenen Jahrzehnten in beachtlichem Umfange angewachsene Quellenfundus. Er bedurfte dringend der zusammenfassenden Wertung auf der Grundlage des historischen Materialismus. Und schließlich war in diesem Zusammenhang das reiche Erbe der Klassiker des Marxismus selbst, insbesondere die Arbeiten von Engels zur germanischen Frühzeit, umfassender als bisher zu sichten und zu erschließen.

Ausgehend von diesen prinzipiellen Forderungen, ist in den vergangenen Jahren von der DDR-Forschung eine umfangreiche Arbeit geleistet worden. Sie fand ihren Niederschlag in vielen Quellenaufarbeitungen in Fachzeitschriften und selbständigen Monographien und wurde auf zahlreichen wissenschaftlichen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt.[1] Die Darstellungen vorliegender Bände fußen auf diesen Aktivitäten und schließen darüber hinaus neue Forschungsergebnisse anderer Forschungsinstitutionen ein. Das ergibt sich mit Notwendigkeit aus ihrer Aufgabenstellung, die mit der Darstellung des Kerngebiets germanischer Ansiedlung ein etwa von Rhein, Donau und Oder begrenztes Siedlungsgebiet umfaßt. Zeitlich werden die Jahrhunderte seit der Mitte des 1. Jahrtausends v. u. Z. bis zur Mitte des 1. Jahrtausends u. Z. behandelt, in den einzelnen Publikationen allerdings abgestuft. Während Friedrich Schlette (IV)[2] den Gesamtraum in seine Betrachtung einbezieht, konzentriert sich das unter Leitung von Bruno Krüger erarbeitete Buch (I) nur auf den Zeitraum bis zum 2. Jahrhundert u. Z. Der von Heinz Grünert herausgegebene Protokollband (II) schließt dagegen das halbe Jahrtausend v. u. Z. aus. Durch seine inhaltliche Orientierung auf die Auseinandersetzungen zwischen antiker Klassengesellschaft und Gentilgesellschaft schlägt er zugleich die Brücke zu dem vierten hier zu würdigenden und unter der Leitung von Rigobert Günther und Helga Köpstein erarbeiteten Buch (III). Mit der Darstellung der Geschichte der römischen Provinzen an Rhein und Donau wird der in diesem Bei-

1 Man vergleiche dazu das einschlägige Schrifttum der Forschungs- und Lehrinstitute der DDR sowie die Publikationen der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR, jährlich in Heft 6 der Zeitschrift "Ausgrabungen und Funde" zusammengestellt. Einen kurzen wertenden Überblick bietet auch Herrmann, Joachim, Forschungen zur Ur- und Frühgeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, Berlin 1970, S. 293 ff.

2 Die römischen Ziffern verweisen auf die hier besprochenen und eingangs in der entsprechenden Reihenfolge mit ihren bibliographischen Angaben aufgeführten Titel.

trag gesetzte Rahmen zwar in gewisser Weise gesprengt, doch trifft das, wie zu zeigen sein wird, nur formal zu, da im Gegenteil der Gang der Geschichte der germanischen Stämme ohne diesen engen Konnex gar nicht verständlich wird. Ausgeschlossen aus der Betrachtung ist die Geschichte germanischer Stämme außerhalb des oben umrissenen Territoriums und ihre Entwicklung in der Völkerwanderungszeit (außer bei IV).

Dem Rezensenten ist es nicht möglich, auf die Vielzahl der in den Publikationen vorgelegten Ergebnisse einzugehen. Das muß den Spezialisten überlassen bleiben. Es soll deshalb nur der Versuch unternommen werden, einige für die Geschichte der germanischen Stämme wesentliche und den Leser dieses Jahrbuches am ehesten interessierende Aspekte einer zusammenfassenden Würdigung zu unterziehen. Zweifellos gehört dazu das Problem der Ethnogenese der germanischen Stämme.

Das Interesse an der Ethnogenese der heute noch geschichtswirksamen Völker geht Jahrhunderte zurück und findet seine Anfänge im Prozeß der Genese der bürgerlichen Nationen und des erwachenden bürgerlichen Selbstbewußtseins. Es unterlag im Laufe der Zeit unterschiedlichen Wertungen. Der marxistischen Forschung blieb es vorbehalten, auch der Ethnogeneseforschung neue Impulse zu verleihen. Ohne bisher den Anspruch erheben zu können, daß Problem gelöst zu haben, war es ihr jedoch auf der Grundlage der Erkenntnisse des historischen Materialismus möglich, die Subjektivität bisheriger Fragestellung und damit die Wurzel nationaler Überhebung zugunsten objektiver Kriterien einzugrenzen. Auch Prozesse ethnischer Entwicklungen sind danach vorrangig in sozialökonomischen Voraussetzungen zu suchen. Diese bestimmen ihren Inhalt und Umfang und bilden für deren konkrete Erscheinungen den Rahmen. So erscheint heute auch die Genese der germanischen Stämme in einem ganz anderen Licht als noch vor wenigen Jahrzehnten. Sie wird als ein Prozeß sprachlicher Differenzierung verstanden, in dessen Folge sich die germanische aus der indoeuropäischen Dialektgruppe ausgliederte. Dieser Prozeß dürfte in der Mitte des 1. Jahrtausends v. u. Z. begonnen haben und erstreckte sich so über eine Zeit, die archäologisch-kulturell durch das Ende der Bronze- und den Beginn der Eisenzeit und damit durch tiefgreifende ökonomische Wandlungen gekennzeichnet wird. Ausgelöst durch bereits in der späten Bronzezeit faßbare Einflüsse aus dem eisenzeitlichen Hallstattgebiet im Süden und begünstigt durch die eigenen naturräumlichen Voraussetzungen wie das verbreitete Vorkommen von Raseneisenerzen, wuchsen bei den Stämmen zwischen Weser und Oder allmählich neue Produktivkräfte heran, deren Entwicklung tiefgreifende gesellschaftliche Folgen zeitigte. Es ist denkbar, daß die wachsende eigene ökonomische Stärke ein Gefühl des Selbstbewußtseins und damit der Abgrenzung erzeugte, als dessen Ausdruck wir die Genese der germanischen Stämme fassen. Das ist wichtig zu betonen, da wir archäologisch-kulturell und siedlungsmäßig kaum einen Bruch erkennen können. Damit wurde gleichzeitig zwei Hypothesen der Boden entzogen, die Jahrzehnte unsere Vorstellungen von der Ethnogenese der germanischen Stämme bestimmten: erstens die ihrer Einwanderung aus dem Norden und zweitens die ihrer bis in die Steinzeit zurückreichenden Autochthonie. Fußte erstere auf mangelhaften Quellenerkenntnissen und war damit forschungsgeschichtlich durchaus verständlich, so ging die zweite von der methodisch prinzipiell anfechtbaren Identität von Völkern und Sachen aus. [3]

3 Kossinna, einer der Wegbereiter chauvinistischen Mißbrauchs germanischer Frühgeschichte, hatte bereits 1911 formuliert: "Scharf umgrenzte archäologische Kulturprovinzen decken sich zu allen Zeiten mit ganz bestimmten Völkern

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Erkenntnis der Forschung wichtig. Trotz zahlreicher verbindlicher kultureller und ökonomischer Erscheinungen zerfällt das Gesamtgebiet der Jastorf-Kultur deutlich in eine größere Anzahl lokaler Gruppen mit mehr oder weniger eigenständigem Gepräge. Noch können wir deren gesellschaftlichen Charakter nicht bestimmen. Tatsache ist jedoch, daß das Gesamtgebiet über die Jahrhunderte gegliedert blieb und uns mit Einsetzen der schriftlichen Überlieferung nun nach und nach die Namen solcher lokaler Gruppen überliefert wurden. Wir werden in ihnen im allgemeinen Stämme bzw. später, seit dem 2. Jahrhundert u. Z. etwa, Stammesverbände.sehen dürfen. Dabei fällt auf, daß für sie eine umfassende Eigenbenennung nicht existiert zu haben scheint. Jedenfalls wurde der Germanenname selbst offensichtlich durch Außenstehende von Teilen aufs Ganze übertragen. Als er im 1. Jahrhundert v. u. Z. durch Poseidonius und Caesar ins Gesichtsfeld antiker Überlieferung rückte, umfaßte er darüber hinaus zunächst nur Gruppen, die nicht mehr unmittelbar mit der Jastorf-Kultur in Zusammenhang standen. Offensichtlich hatten die Träger dieser Kultur eine solche Ausstrahlungskraft erreicht, daß sich ihnen ursprünglich ethnisch fremde Gruppen anschlossen. Das stellte natürlich die Forschung vor zusätzliche Probleme. So blieb dann bis heute das Problem der Lokalisierung und Abgrenzung einzelner uns überlieferter Stämme, ihre Bedeutung als germanisch bzw. die Bedeutung des germanischen Siedlungsraumes als Ganzes eines der umstrittensten Probleme überhaupt (I, S. 37)[4]. Und die in den Titeln der hier rezensierten Bücher genannten "Germanen" hat es im Sinne einer einheitlichen ethnischen Größe, die sich örtlich und zeitlich gegen benachbarte ethnische Gemeinschaften klar abgesetzt hätte, zu keiner Zeit gegeben. Das wird beim Lesen aller Arbeiten zur Geschichte der germanischen Stämme immer wieder deutlich. Sie unterlag ständigen Schwankungen, die im Wirken der vielfältigsten gesellschaftlichen Kräfte ihre Ursachen fanden. Der Rezensent bedauert deshalb, daß besonders Friedrich Schlette (IV) in seinem Buch diesem Gesichtspunkt zuwenig Rechnung trägt. Denn es waren niemals "die Germanen", die Geschichte schrieben, sondern stets einzelne Stämme, Verbände oder Völkerschaften, bis ins hohe Mittelalter hinein, die historisch wirksam wurden. [5]

Sicher ist es nicht einfach, dieser Forderung bei der Darstellung Rechnung zu tragen. Nicht zuletzt steht ihr der Forschungsstand bisher noch in mancher Hinsicht entgegen. Daß sie dennoch bereits heute bis zu einem gewissen Grade lösbar ist, zeigt jedoch das "Germanen"-Handbuch. Bereits mit dem Untertitel "Geschichte und Kultur der germanischen Stämme in Mitteleuropa" lassen seine Autoren den Anspruch auf Lösung dieses Problems erkennen. Am eindruckvollsten ist es ihnen

und Völkerstämmen" (Kossinna, Gustav, Die Herkunft der Germanen, Würzburg 1911).

4 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Werke (vgl. auch Anm. 2).

5 Müller-Mertens, Eckhard, Regnum Teutonicum, Berlin 1970. - Übrigens wäre eine solche Betrachtungsweise auch viel geeigneter, heute noch in der Forschung umstrittene Probleme differenzierter zu sehen. Den Rezensenten erstaunt z. B. die Sicherheit, mit der Friedrich Schlette (IV, S. 66 f., 75 f.) das entwickelte Hüttenwesen in den Góry Swiętokrzyskie oder die Töpferwerkstätten bei Igołomia, beide in der Nähe von Kraków, VR Polen, in seine "Germanen"-Geschichte einbezieht, obwohl doch die ethnische Deutung ihrer Träger durchaus nicht geklärt ist (vgl. dazu zusammenfassend Hensel, Witold, Ur- und Frühgeschichte Polens, Berlin 1974, S. 155 ff.).

bisher zweifellos im Bereich der materiellen und geistigen Kultur gelungen. Dieser Bereich ist quellenmäßig am besten erforscht, wenn auch beachtet werden muß, daß uns wesentliche Quellenbereiche des täglichen Lebens nie bzw. nur ganz bruchstückhaft zugänglich sein werden. Das betrifft alle jene Äußerungen des täglichen Lebens, die ihren Niederschlag nicht in dauerhaften Überlieferungen gefunden haben, wie Kleidung, Holzgerät, Malerei, Musik und Dichtung. Doch was dem Historiker greifbar ist, wurde ausgewertet, und immerhin reicht die Palette der Quellen von den durch den Archäologen geborgenen Funden der materiellen Kultur über schriftliche Nachrichten und Abbildungen durch römische Autoren bis zu einzelnen Vertretern germanischer Stämme selbst, die uns als Moorleichen in ihrer Körperlichkeit und oft mit ihrer letzten Kleidung einen ganz unmittelbaren Eindruck ihrer Individualität vermitteln. So wurde es nach und nach möglich, immer tiefer Einblick zu gewinnen in die Dinge des täglichen Gebrauchs, die Tracht, den Schmuck, die Waffen einschließlich ihrer Handhabung und auch in bestimmte Bereiche des künstlerischen Schaffens. Während manche Erscheinungen den Trägern vieler verschiedener Siedlungsgebiete eigen sind, sind andere nur lokal begrenzt verbreitet. Die hier rezensierten Bücher geben darüber ausführlich Aufschluß (vgl. besonders I, S. 64 ff., 87 ff., 186 ff., 198 ff., 374 ff.).

In dieser räumlichen Differenzierung der materiellen Kultur aber findet der Archäologe einen ersten Ansatz zur umfassenderen Lösung historischer Fragestellungen. Freilich muß er sich darüber im klaren sein, daß es sich dabei zunächst im allgemeinen nur um bestimmte Formen- oder Sittenkreise handelt, die stets nur einer vielfachen Faktoren unterworfenen Auswahl (die gelegentlich treffend als "tote Kultur" bezeichnet wurde) der materiellen Kultur entstammen. Ihre historische Interpretation bedarf deshalb weiterer Forschungsschritte. [6]

Nicht diese erschlossenen archäologisch-kulturellen Gebiete können deshalb die Grundlage historischer Interpretation sein, vielmehr bedarf es zunächst ihrer sozialökonomischen Analyse, um die Grundlagen und Triebkräfte ihrer historischen Relevanz zu prüfen und zu erschließen, wobei sich für den Marxisten von selbst versteht, daß die Grundbedingung aller Geschichte in der Produktion des materiellen Lebens zu suchen ist. Hier aber beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten. Der gegenwärtige Forschungsstand erlaubt zwar eine allgemeine Charakteristik der ökonomischen und sozialen Entwicklung der germanischen Stämme, reicht jedoch für eine detaillierte, auf einzelne Stämme oder Stammesverbände bezogene Aussage offensichtlich noch nicht aus. Jedenfalls läßt die Anlage der entsprechenden Kapitel in den hier rezensierten Büchern zunächst keinen anderen Schluß zu, da die wirtschaftliche und soziale Entwicklung jeweils zwar in Teilbereiche, wie Nahrungsmittel-, Gebrauchsgüterproduktion, Austausch und Handel untergliedert wird, eine regionale Differenzierung dagegen unterbleibt. Heinz Grünert (I, S. 424) begründet das damit, daß "die infolge der historisch-konkreten Berührungen und Beziehungen sowie durch weitere Faktoren entstehenden Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung germanischer Stämme und Stammesgruppen noch nicht eine solche Stärke erreichten, daß sie divergierende Sonderentwicklungen begründeten", sondern "im Gegenteil die Ökonomik aller germanischen Stämme (förderten)" und "deshalb ihre wirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender lokaler Unterschiede zusammenfassend dargestellt werden (kann)". Dieser Schluß ist zu bedauern, da er nach Meinung des Rezensenten die im Material

6 Vgl. dazu methodisch richtungweisend Herrmann, Joachim, Archäologie als Geschichtswissenschaft, in: Archäologie als Geschichtswissenschaft, Berlin 1977, S. 9 ff. = Schriften zur Ur- und Frühgeschichte, Bd. 30.

begründete und vom Autor auch gesehene Möglichkeit einer schärferen Akzentuierung lokaler historischer Bewegung zugunsten einer zu allgemeinen Darstellung verwischt. Zweifellos ist den Verfassern recht zu geben, wenn sie die in der Tendenz und Wirkung bei allen Stämmen sicherlich im wesentlichen gleichgerichtete ökonomische und soziale Entwicklung herausheben und betonen, spiegelt sich darin doch als allgemeiner Grundzug der Zerfall der Urgesellschaft wider, doch verschüttet eine solche Darstellung zur gleichen Zeit die für das konkrete Geschichtsverständnis notwendige Kenntnis zeitlicher und lokaler Besonderheiten. Wie notwendig eine solche regionale Differenzierung ist und wie fruchtbar sie für die Aussage sein kann, ohne daß dabei der Blick auf das Ganze verloren geht, lassen die Kapitel zu Stand und Entwicklung der Wirtschaft und zu den sozialökonomischen Verhältnissen bei der Darstellung der provinzialrömischen Geschichte erkennen (III, Kap. 2, 3).

Die wirtschaftliche Entwicklung der germanischen Stämme wurde durch vielfältige Faktoren beeinflußt. Bestimmend waren traditionelle Erfahrungen und Fertigkeiten, naturräumliche Voraussetzungen und konkrete historische Kontakte. Ihre Untersuchung ist bis heute in unterschiedlichem Umfange betrieben worden; Forschungsorientierung und Quellenlage spielen dabei eine entscheidende Rolle. Noch immer dominieren die Grabfunde mit ihren oft spektakulären Beigaben.[7] Die aufwendigen, für unsere Problematik im allgemeinen weit aussagefähigeren Siedlungsgrabungen bilden nach wie vor eine Ausnahme. Dennoch war es durch den Einsatz verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere naturwissenschaftliche Forschungen, möglich, unsere Kenntnis auch auf diesem Gebiet erheblich zu erweitern. So ist das in den vorliegenden Büchern gezeichnete Bild durchaus beachtlich. Ohne Frage wird man verallgemeinernd betonen können, daß Ackerbau und Viehzucht für alle germanischen Stämme die wirtschaftliche Grundlage bildeten (I, S. 69 ff., 121 ff., 426 ff.). Dabei haben botanische Untersuchungen der letzten Jahre (speziell dazu Elsbeth Lange, II, S. 169 ff.) die bereits von antiken Autoren überlieferte Beobachtung einer Dominanz der Viehzucht nachhaltig bestätigt. Gehalten wurden vorrangig Rind, Schwein, Schaf, Ziege, Pferd und Hund, vereinzelt Geflügel. Unter den Pflanzen wurde vorrangig Getreide (Gerste, Weizen, Hafer), daneben Hülsen-, Faser- und Ölpflanzen angebaut. Das Wirtschaftssystem war in weiten Siedlungsgebieten noch die Feldgraswirtschaft. Regional stärkere Unterschiede spiegeln sich in der Viehzucht wider. Während im Küstengebiet die Zucht der Wiederkäuer dominiert zu haben scheint, dürfte im Binnenland die der Schweine vorherrschend gewesen sein. Gleichzeitig verband sich mit der Großviehzucht in den ersten Jahrhunderten u. Z. im nordwestlichen Mitteleuropa eine allmähliche Durchsetzung der Stallhaltung. Die römische Landwirtschaft blieb ohne nachhaltigen Einfluß auf diese Produktionszweige (I, S. 296 ff.; II, S. 169 ff.). Die wichtigsten technischen Neuerungen, insbesondere auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktionsinstrumente, gingen bereits auf keltische Erfahrungen zurück (I, S. 232 ff.). Die Produktivität der römischen Landwirtschaft beruhte vor allem auf ihrer Organisation (III, S. 138 ff.), und diese war auf die urgesellschaftlich strukturierten germanischen Gesellschaften nicht übertragbar. Den Kelten kommt überhaupt eine beachtliche Rolle bei der Vermittlung technischer Erfahrungen zu. Das gilt zum Beispiel auch für die mit der Eisengewinnung und

7 Die Beiträge von Horst Geisler (II, S. 131 ff.) und Horst Keiling (II, S. 197 ff.) publizieren solche Neufunde aus einem Urnengräberfeld des 2. Jh. u. Z. im Kreise Potsdam-Land und aus einem Körpergrab des 1. Jh. u. Z. bei Lalendorf, Kr. Güstrow.

-verarbeitung und der Töpferei zusammenhängenden Fertigkeiten (I, S. 132 ff., S. 149 ff.), doch blieb auch auf dem Gebiet der Vermittlung neuer Produktivkräfte die tatsächliche Nutzung vom eigenen Stand der Produktionsverhältnisse abhängig. Auf die Warenproduktion orientierte Produktionsinstrumente, wie die Töpferscheibe, mußten in einem vorwiegend noch autarken Wirtschaftssystem vorerst ohne nachhaltige Wirkung bleiben. Diese Erkenntnis ist durchaus von prinzipieller Bedeutung und kann verallgemeinert werden. In allen hier zu rezensierenden Büchern finden sich viele Beispiele, die diese Aussage bestätigen. Man muß deshalb zum Beispiel auch allen jenen Autoren recht geben, die aus der allgemeinen, wenn auch regional und zeitlich gestuften Verbreitung römischer Münzen im freien Germanien nicht den verallgemeinernden Schluß ableiten, es handele sich dabei durchweg um dort kursierendes Geld.[8] Sicher wird man differenzieren müssen, und in Grenznähe, im kleinen Grenzverkehr, dürfte die Geldfunktion geprägter Münzen kaum bestreitbar sein. Im Innern Germaniens aber bestanden für diese Funktion tatsächlich noch keine Voraussetzungen (Hans-Joachim Dölle, II, S. 139 ff.; Heinz Grünert, I, S. 499 ff.; Rudolf Laser, I, S. 305 f. u. II, S. 63 ff.; Friedrich Schlette, II, S. 123 ff. u. IV, S. 87 ff.). Hier besaßen die Münzen "Geschenkcharakter, waren Schmuckstücke, hatten einen gewissen Seltenheitswert und wurden vor allem ihres Edelmetallgehaltes wegen gehortet" (II, S. 129). Dennoch ist nicht zu übersehen, und die Verbreitung römischen Importes im freien Germanien zeigt das deutlich (II, S. 126, Abb. 1), daß man auch in dieser Frage die einzelnen Stammesgebiete differenziert betrachten muß. Denn Ballungszentren sind klar erkennbar. So hebt sich zum Beispiel im 1. und 2. Jahrhundert u. Z. das Siedlungsgebiet der Markomannen in Böhmen durch die Dichte römischer Importfunde auffallend von anderen zeitgleichen Siedlungsgebieten ab (I, S. 301, Abb. 67). Das archäologische Fundgut spiegelt damit die aus der schriftlichen Überlieferung bekannten und zeitweilig engen Beziehungen der Markomannen zu Rom (I, S. 387 ff.).

Das germanische handwerkliche Schaffen vollzog sich auch in den ersten Jahrhunderten u. Z. weitgehend im Rahmen selbstgenügsamer Hauswirtschaft. Sicher hat es auf dem einen oder anderen Sektor schon Spezialisten gegeben, doch ob sie bereits im Sinne der zweiten gesellschaftlichen Arbeitsteilung ausschließlich handwerklich tätig oder nur saisonweise von der Nahrungsmittelproduktion befreit waren, ist schwer zu entscheiden. Denkbar, und besonders im Kunsthandwerk wahrscheinlich, ist das Auftreten von Wanderhandwerkern. Aber auch mit ethnisch Fremden ist hier zu rechnen. Von einer Aufnahme römischer Erfahrungen und ihrer Umsetzung im eigenen Schaffen ist auch im Handwerk kaum etwas spürbar (II, S. 161 ff.; IV, S. 230 ff.). Im Gegenteil, durch Reparatur versuchte man den Gebrauchswert einzelner importierter Stücke solange wie möglich zu erhalten. Bestenfalls begegnen schlechte Nachahmungen.

Ganz entsprechend sind die händlerischen Beziehungen einzuschätzen. Innerhalb der Stämme und über Stammesgrenzen hinweg wurden die Überschüsse der hauswirtschaftlichen Produktion getauscht. Vieh galt dabei vermutlich als Bezugseinheit, als allgemeines Äquivalent. Auch der Handel mit den römischen Nachbarn lag in den Händen der Produzenten. Germanische Händler im Sinne der dritten gesellschaftlichen Arbeitsteilung gab es in den ersten Jahrhunderten u. Z. offen-

8 Diese Meinung vertritt abweichend der polnische Wissenschaftler Jerzy Wielowiejski (II, S. 69 ff.), dem die Forschung übrigens zahlreiche wichtige neue Erkenntnisse über Verbreitung und Funktion römischen Importes im freien Germanien verdankt.

sichtlich noch nicht. Daß auch Tausch und Handel dennoch entsprechend den wirtschaftlichen und naturräumlichen Besonderheiten lokalen Differenzierungen unterlagen, ist sehr wahrscheinlich, doch bisher kaum faßbar. Lediglich über den Bernsteinhandel gibt es hierzu genauere Anhaltspunkte. Mit welchen anderen Produkten sich die germanischen Stämme am Austausch beteiligten, ist weitgehend unbekannt. Römische Quellen nennen Vieh, Schinken, Federn, Seife und Frauenhaar, hinzu kamen sicher weitere tierische Produkte, wie Felle und Pelze, ferner Honig, Getreide und Sklaven. Als römische Importe begegnen Gebrauchsartikel und Genußmittel besonders in Grenznähe und Luxusartikel auch im Binnenland (I, S. 489 ff.; II, S. 63 ff.; IV, S. 87 ff.).

Nicht zuletzt der Import dieser Luxusartikel war es, der für Jahrhunderte das Ansehen der führenden Schichten der sich sozial mehr und mehr differenzierenden germanischen Gesellschaften mitprägte. Untersuchen wir nämlich die Verbreitung dieser sicher nicht ausschließlich durch Handel im freien Germanien verbreiteten Produkte genauer und berücksichtigen wir dabei vor allem die Grabfunde als unsere Hauptquelle, so wird unschwer ihre Konzentration auf bestimmte, durch zusätzliche Kennzeichen außergewöhnliche Grabstätten deutlich (I, S. 508 ff., Abb. 133; II, S. 179 ff.). In der Forschung bürgerte sich für sie die nicht glückliche Bezeichnung "Fürstengräber" ein. Doch welchen Namen wir dieser Schicht auch geben, deutlich offenbart uns ihr Vorhandensein tiefgehende soziale Differenzierungen. Sie sind das folgerichtige Ergebnis einer Jahrhunderte währenden und sich im Vorfeld der entwickelten Klassengesellschaft vollziehenden Entwicklung der germanischen Gesellschaften, die von den noch in gentilgesellschaftlichen Verhältnissen lebenden Stämmen am Beginn der Eisenzeit bis zu den ersten klassengesellschaftlichen Reichsbildungen auf ehemals provinzialrömischem Boden führte.

Als germanische Stämme in die Interessensphäre römischer Politik gerieten, lebten sie noch in urgesellschaftlichen Verhältnissen. Die Nahrungsmittelproduktion bildete den Hauptbeschäftigungszweig. Grund und Boden war noch Eigentum der Stämme, wurde jedoch bereits individuell genutzt. Unter dem Einfluß insbesondere der keltischen Nachbarn begann im letzten Jahrhundert v. u. Z. die Nutzung des Eisens auch für die Herstellung von Produktionsinstrumenten, was die Produktivität der betreffenden Produktionszweige und ihrer Produzenten wesentlich erhöhte. So entwickelten sich im Innern der Gesellschaften allmählich die Voraussetzungen zu sozialer Differenzierung. Dieser Prozeß wurde durch die sich über Jahrhunderte hinziehenden Auseinandersetzungen mit dem Römischen Reich zusätzlich forciert. Neben den freien, der Gentilordnung mit ihren Verfassungsorganen fest unterworfenen germanischen Stammesangehörigen trat der sich ihrem Einfluß mehr und mehr entziehende Stammesadel. Militärische Erfolge sowie politische und verwandtschaftliche Bindungen zu führenden römischen Familien stärkten sein Prestige. Das sich in seiner Umgebung ausbildende Gefolgschaftswesen schließlich sprengte die gentilen Bande. Die Verfassung der germanischen Stämme ging in die der militärischen Demokratie über. Da dies mit dem Aufkommen der bereits genannten "Fürstengräber", einer verbreiteten Durchsetzung der Sitte der Waffenbeigabe, dem Auftreten neuer, mit dem Weiterleben nach dem Tode verbundener Glaubensvorstellungen (neben den bisher verbreiteten Fruchtbarkeitsvorstellungen) und ähnlichen Erscheinungen verknüpft war, läßt es sich auch archäologisch nachweisen. Durch die Verteilung des Grund und Bodens nach Rang und Würde wurde dieser Prozeß noch verstärkt, da damit die Möglichkeiten zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft und die Ausbildung patriarchalischer Sklavereiverhältnisse wuchsen. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang der Viehzucht zu. Dieser Prozeß spiegelt sich deutlich im Siedlungswesen (I, S. 309 ff.) wider. Gegenüber den Jahrhunderten v. u. Z. ist nun eine Separation der

einzelnen Wirtschaftseinheiten erkennbar. Durch Zäune umgrenzte, nur teilweise mit Wohnhaus, Ställen und Speichern bebaute Gehöfte entstehen, die in der Größe oft erheblich voneinander abweichen. In der Anlage der Ställe, der Zahl der Viehboxen, spiegelt sich der individuelle Reichtum der Besitzer. "Die sich festigenden Besitz- und Eigentumsverhältnisse begünstigten das Bestreben, Ackerland bzw. überhaupt Grund und Boden in persönliche Nutzung zu nehmen" (I, S. 539). Spätestens seit dem 2. Jahrhundert u. Z. tritt so immer deutlicher das Streben nach Eroberung fremden Grund und Bodens hervor. Nicht nur die innergermanischen Auseinandersetzungen nehmen zu, in deren Folge es zur Ausbildung neuer gesellschaftlicher Einheiten, der Stammesverbände, kommt (I, S. 529 ff.), sondern auch die Versuche, auf provinzialrömischem Boden Fuß zu fassen. Waren das letzte Jahrhundert v. u. Z. und die ersten beiden Jahrhunderte u. Z. durch den Versuch des römischen Staates gekennzeichnet, sein Territorium durch Eroberung germanischen Siedlungsgebietes auszuweiten (I, S. 260 ff.; II, S. 5 ff.; IV, S. 32 ff.), so änderte sich das Bild jetzt grundlegend. Das Römische Reich geriet mehr und mehr in die Defensive, ja war sogar auf die Hilfe germanischer Verbände angewiesen (II, S. 23 ff., 241 ff.; III, S. 59 ff.). Als Laeten, Föderaten und Gentile wurden sie mit unterschiedlichem rechtlichem Status angesiedelt. Einzelne germanische Heerführer stiegen bis in höchste Ämter der römischen Verwaltung auf bzw. ließen sich als Herrscher ausrufen. So geriet der weströmische Reichsteil durch innergesellschaftliche, mit heftigen Klassenkämpfen verbundene Krisen (III, S. 342 ff.) und infolge ständiger militärischer Auseinandersetzungen mit den benachbarten germanischen Stämmen, die seit dem 4. Jahrhundert tendenziell sogar den Charakter von Klassenkämpfen annahmen, mehr und mehr in Bedrängnis und ging schließlich unter. Als Ergebnis der mit diesen Prozessen verbundenen revolutionären Überwindung der vorhandenen Eigentumsverhältnisse, sowohl der antiken als auch der gentilen, bildeten sich im Laufe der folgenden Jahrhunderte die neuen feudalen Produktionsverhältnisse heraus, die für die Entstehung der europäischen Völker und Staaten so grundlegende Bedeutung haben sollten.

Die hier zu würdigenden Bücher zeichnen diesen Weg nicht mehr nach. Sie enden mit ihrer Darstellung bei der Überwindung der antiken Klassengesellschaft und dem Entstehen erster germanischer Reiche auf mitteleuropäischem Boden. Das in ihnen ausgebreitete Material ist umfangreich; insbesondere der Versuch seiner interdisziplinären Verarbeitung hat zu einer Vielfalt neuer Einsichten und Ergebnisse geführt. Seine Interpretation auf der methodischen Grundlage des historischen Materialismus hat es ermöglicht, die Triebkräfte dieser Entwicklung deutlich zu machen und eine Geschichte der germanischen Stämme unter Einschluß ihrer Beziehungen zu benachbarten Gesellschaften frei von nationalistischen und chauvinistischen Entstellungen zu schreiben. Freilich bedürfen manche Einzelfragen und -probleme weiterer Vertiefung. Dem Aspekt der differenzierten Entwicklung der einzelnen germanischen Stämme wird dabei verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen sein. Nur so wird es möglich werden, den dargestellten historischen Prozeß auch in seiner ganzen Vielfalt zu erfassen. Vorläufig ist das vorliegende Bild eher noch eine Darstellung von "Kultur und Geschichte..." als von "Geschichte und Kultur der germanischen Stämme in Mitteleuropa", wie der Untertitel des Handbuches "Die Germanen" lautet. Dennoch gebührt allen Autoren uneingeschränkt Anerkennung. Sie haben ein lebendiges Bild der germanischen Frühgeschichte des deutschen Volkes gezeichnet und neue Erkenntnisse vorgelegt. Punktuelle Verbreitungskarten der endbronzezeitlichen (7. bis 6. Jahrhundert v. u. Z.) und der älteren vorrömischen (6./5. bis 4. Jahrhundert v. u. Z.) Eisenzeit im nördlichen Mittel- und südlichen Nordeuropa sowie der germani-

schen Besiedlung des 1. und 2. Jahrhunderts u. Z. zwischen Rhein und Oder (I, Karten 1 - 3) wurden erstmals publiziert. Alle Bände enthalten außerdem zahlreiche weitere Karten, Strichzeichnungen und Autotypien von Grabungsbefunden und Materialien. Ein umfangreicher Anmerkungs- und Literaturapparat ermöglicht eine vertiefende Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragen. Im Band über "Die Römer an Rhein und Donau" vermittelt eine kommentierte Auswahl antiker Schriftzeugnisse darüber hinaus einen unmittelbaren Eindruck von den dem Historiker zur Verfügung stehenden Quellen. Schließlich bilden Zeittafeln, Sach- und Ortsregister wesentliche Orientierungshilfen.

Marx zum Privateigentum an Grund und Boden im Orient

Hans Peter Harstick, Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums = Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd. 1

Campus-Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1977, LVIII und 358 Seiten

von Burchard Brentjes

Das von Harstick vorgelegte Werk ist ein neuer Beitrag zu der sich mehrenden Folge von Studien nichtmarxistischer Arbeiten zum "älteren" Marx. Waren vor wenigen Jahren noch die "Frühschriften" von Marx vor allem die Domäne der "neuen Linken", so entstand mit der in Gang gekommenen Publikation der Marx-Engels-Gesamtausgabe eine neue Lage, und auch die Schriften der Jahre zwischen 1850 und 1870 sind kaum noch der Verfälschung zugänglich. Nun wendet sich eine wachsende Zahl bürgerlicher Autoren dem "älteren" Marx zu, wobei vor allem die Inedita, in erster Linie die noch zirka 180 unbearbeiteten - für die geplanten weiteren Bände des "Kapitals" angelegten - Exzerpthefte, die Karl Marx als Zeugen seiner ungeheuren Arbeitsleistung hinterließ, zum Untersuchungsgegenstand wurden. Diese sind in der Tat und erst recht für die Marxisten von großer Bedeutung, da aus ihnen die Richtung der Arbeit, des Denkens von Karl Marx in den letzten Jahren seines Lebens hervorgeht, um deren Früchte uns der vorzeitige Tod des großen Theoretikers und politischen Führers gebracht hat.

Harstick legt eine qualitativ ausgezeichnete Neuausgabe eines der bedeutendsten Exzerpthefte vor, zu dem er auch noch den Nachdruck des zugrundeliegenden Werkes von Kovalevskij "Obščinnoe zemlevladenie, pričiny, chod i posledstvija ego razloženija" (Moskau 1879) fügte.

Die Schwäche bzw. die bürgerliche Konzeption des Herausgebers kommt im Vorwort zum Ausdruck, in dem "Marxens Interesse an Rußland und dem Orient" aus dem Zufall des Erhalts des Kovalevskij-Buches erklärt wird: "Das Marx Ende August, Anfang September von Kovalevskij persönlich überreichte russischsprachige Werk ... lenkte Marx' Blick von der europäischen Szene, wo er den Gang der rechtsgeschichtlichen Forschung genauestens verfolgt hatte, nach Asien, Amerika und Nordafrika und vermochte ihn so sehr zu interessieren, daß er sich

nicht nur zu gründlicher Lektüre entschloß ..., sondern darüber hinaus im handschriftlichen Nachlaß vorliegende kommentierende Auszüge von fast 50 Seiten Umfang anfertigte" (S. 2)[2]. Harstick zitiert jedoch selbst Kovalevskij, der dreißig Jahre später geschrieben hatte: "Es ist sehr gut möglich, daß ich mich ohne die Bekanntschaft mit Marx weder mit der Geschichte des Grundeigentums noch mit dem wirtschaftlichen Wachstum Europas beschäftigt haben würde" (S. 7 f).

Das Verhältnis war also genau umgekehrt - nicht Kovalevskij lenkte Marx von der "rechtsgeschichtlichen Forschung" über Europa ab und auf Asien; vielmehr führten Marx' Anregungen den jungen russischen Liberalen zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Ökonomie und Geschichte, denn Marx "beobachtete" in erster Linie die revolutionäre Entwicklung in der Welt. Er hatte lange vor seiner Bekanntschaft mit Kovalevskij erkannt, daß Rußland der Revolution entgegenging, und dies führte ihn zur intensiven Beschäftigung mit Rußland, mit Indien, Algerien und befähigte ihn, Kovalevskij anzuregen und seine Arbeit einer so intensiven Kritik zu unterwerfen, daß diese Exzerpte schon mehr ein Rohmanuskript für eine Marxsche Studie über die vielen Varianten des Grundeigentums und der Gesellschaften im Orient darstellen.

Marx hatte entsprechend der realen Entwicklung in Westeuropa die Revolution dort erwartet und sich die Gesellschaft Asiens als stagnierende, nicht zur Weiterentwicklung befähigte "asiatische Produktionsweise" erklärt, wie es zum Beispiel in dem Brief an Friedrich Engels vom 2. Juni 1853 heißt: "Bermier findet mit Recht die Grundform für sämtliche Erscheinungen des Orients - er spricht von Türkei, Persien, Hindustan - darin, daß kein Privateigentum existiert."[3] Er sah den Weg der Revolution in Asien nur durch den Eingriff des Kapitalismus - "England hat in Indien eine doppelte Mission zu erfüllen: eine zerstörende und eine erneuernde - die Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung und die Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien."[4]

Nach 1871 erreichte die revolutionäre Weltbewegung eine neue Stufe - das Zentrum der Revolution wanderte in ein Land, das bisher als Teil der stagnierenden Welt des Ostens gegolten hatte. Dies zwang zur Überprüfung der alten Vorstellungen vom Orient ohne Grundeigentum.

Ein Ergebnis der Auseinandersetzung mit den neuen Realitäten waren die vorliegenden Exzerpte, die sich in drei Hauptteile gliedern und vor allem das Grundeigentum in seiner Vielfalt behandeln:

1. Altamerika

a) "sehr mannigfaltig die Formen des Grundeigenthums, die hieraus hervorgehn" (S. 25 Z. 37 f.).

b) Über das vorspanische Peru und Mexiko schreibt Marx von "Feudalisation des unbeweglichen Eigenthums" (S. 27 Z. 31 f.).

2 Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Werk.

3 Marx, Karl, an Friedrich Engels, 2. 6. 1853, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 250 - 254.

4 Derselbe, Die britische Herrschaft in Indien, in: ebenda, Bd. 9, Berlin 1960, S. 133.

2. Indien: Die Geschichtsepochen Indiens werden in historischer Folge behandelt. So heißt es

a) unter Berufung auf Abu Hanifa: "Keine Spur von Verwandlung des ganzen eroberten Landes in Dominaleigenthum. Die lausigen 'Orientalisten' etc. beziehen sich umsonst auf d. Stellen d. Koran wo gesprochen von d. Erde als gehörig 'zum Eigenthum Gottes'" (S. 61 Z. 30 - 34).

b) "Die Grundstücke der durch Moslems eroberten Länder fahren - als allgemeine Regel - fort zu bleiben in d. Händen ihrer früheren Eigner, gemeindlichen oder privaten" (S. 61 Z. 38 - 40).

c) Eindeutig ist die Aussage: "Wakuf, d. h. permanentes Privateigenthum geistlicher, wohltätiger u. allgemein nützlicher Stiftungen" (S. 62 Z. 1 f.).

d) "Erste Art der 'ikta': Vertheilung v. Grundstücken oder bestimmter Revenue bringender Artikel als volles u. ausschließliches Eigenthum der Empfänger" (S. 63 Z. 5 - 7).

e) "Also schon im 13. Jhd. strebten d. Iktadare nach 'mulk' oder 'milk', vollem Eigenthum." - Marx formuliert dies nach der Beschreibung des Kampfes der Grundherren im vormongolischen Indien, die nach Marx dabei verlangten, "dass d. ikta ihnen gegeben nicht als bedingtes, sondern unbedingtes Eigenthum", deren Schicksal unter den Mongolen Marx folgendermaßen resümiert, "garantierte ihnen Timur - ihr Eigenthum" (S. 71 Z. 15 f.).

f) Die Verhältnisse unter den Moghul beschreibt Marx unter anderem: "In Mehrheit d. Fälle erscheinen als Zemindars Leute, die schon Grundeigenthum besitzen" (S. 72 Z. 14 f.).

Von der auf dem Fehlen eines privaten Grundeigentums beruhenden "asiatischen Produktionsweise" bleibt hier nichts übrig - aber es ist auch keine Voraussetzung für den Versuch zu finden, Indiens Gesellschaft der vorkolonialen Zeit als "feudal" zu bezeichnen. So kritisierte Marx Kovalevskijs Definition als "feudal": "Weil sich 'Beneficialwesen', 'Weggabe von Aemtern auf Pacht' (dies doch durchaus nicht blos feudal, teste Rom) u. Commendation in Indien findet, findet K. hier Feudalismus im westeurop. Sinn. K. vergißt u. a. d. Leibeigenschaft, die nicht in Indien u. die ein wesentliches Moment. (Was aber d. individuelle Rolle des Schutzes /cf. Palgrave/, nicht nur über unfreie, sondern auch über freie Bauern betrifft - durch d. Feudalherrn (die als Vögte Rolle spielen), so spielt d. in Indien geringe Rolle mit Ausnahme der Wakuf (von der d. röm. german. Feudalismus eigenen Bodenpoesie /see Maurer/ findet sich in Indien so wenig wie in Rom. Der Boden ist nirgendwo noble in Indien, so dass er etwa unveräußerlich an roturiers wäre). K. selbst findet aber einen Hauptunterschied selbst: keine Patrimonialgerichtsbarkeit, namentlich bezüglich d. Civilrechts im Reich der Grossmoguls" (S. 76 Z. 26 - 39).

g) Eindeutig ist die Überwindung des eigenen früheren Standpunks über den Grossmogul als einzigem Grundherrn in der Bemerkung über "Dupeyron (ist) d. erste der einsieht, dass in Indien nicht der Grossmogul der einzige Grundeigenthümer" (S. 77 Z. 27 f.).

Gemeint ist hier der Orientalist Anquetil Duperron, der schon Jahrzehnte zuvor den Hintergrund der Legende vom Fehlen des Privateigentums in Indien erkannt hatte. Er schrieb, sie beruhe auf der "irrigen Annahme, daß in einem Land, in dem der Despotismus das Recht auf Eigentum negiert hat, dem Stärkeren alles erlaubt sei ... Der Despotismus ist die Regierungsform dieser Regionen, der

Souverän nimmt für sich in Anspruch, Eigentümer aller Güter seiner Untertanen zu sein. Also laßt uns Souverän werden, und schon sind wir die Herrn von ganz Hindostan! so räsonniert die Habsucht: Sie stützt sich auf Wurzeln, die es auszurotten gilt". 5 Daß Marx' Hauptziel die Ausrottung der Wurzeln der kapitalistischen Habsucht war - und daß er diese Ausführungen Duperrons kannte, geht aus dem dritten Teil hervor.

3. Algerien

a) Darin wird die Politik des französ. Kolonialismus in Algier von Marx folgendermaßen charakterisiert: "war u. ist d. Regierung ursprünglicher Eigenthümer d. ganzen Landes, so unnöthig d. Ansprüche der arab. u. kabyl. Stämme auf diese oder jene Grundstücke anzuerkennen, sobald sie ihren Titel nicht durch schriftliches Dokument beweisen können" (S. 101 Z. 34 f.). Marx verwarf damit die berüchtigte Theorie der "asiatischen Despotie".

b) Über die vorkapitalistische Klassengesellschaft Algeriens liest man: "Zum Schutz gegen Emeuten durch stets vorhandne örtliche Miliz stifteten d. Türken Militaircolonien (die K 'feudal' tauft aus dem schlechten Grund weil sich aus ihnen - unter anderen Umständen - den indischen Jaghiri Aehnliches hätte entwikkeln können)" (S. 98 Z. 28 - 31).

Faßt man die Lehren aus diesen Exzerpten zusammen, die anhand eines gesondert beigegebenen Nachdrucks des Kovalevskijschen Originalwerkes kontrolliert werden können, so ergeben sich folgende Thesen:

1. Marx verwarf 1878/1879 die Lehren von der "asiatischen Produktionsweise" und der "orientalischen Despotie".
2. Marx erkannte, daß die Gesellschaften Asiens weder "feudal im westeuropäischen Sinne" waren, noch im Sinne der "asiatischen Produktionsweise" auf einem Fehlen des Privateigentums an Grund und Boden beruhten.
3. Marx studierte die verschiedenen Gesellschaften des Orients konkret und lieferte in den "Entwürfen einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch"[6] den Schlüssel zu diesem Studium und die Grundlagen der revolutionären Taktik der Freiheitsbewegungen Asiens und Afrikas.

5 Zit. nach Sofri, Gianni, Über asiatische Produktionsweise, Frankfurt (Main) 1972, S. 5.

6 Marx, Karl, Entwürfe einer Antwort auf den Brief an V. I. Sassulitsch, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 384 - 406.

BETRIEBSGESCHICHTE

Deutsche Reichsbahn und Monopolinteressen

Bestrebungen deutscher Monopole zur Verstärkung ihres Einflusses auf die neu geschaffene Deutsche Reichsbahn (Herbst 1920 bis Frühjahr 1923)

von Thomas Mette

1. Erörterungen über wirtschaftlich-organisatorische Umgestaltungen bei der Reichsbahn (Herbst 1920 bis Sommer 1921)
2. Das Kreditangebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die Reichsregierung und die Forderung nach Reprivatisierung der Reichsbahn
3. Aktionen der werktätigen Massen zur Abwehr des Anschlages auf den Status der Reichsbahn
4. Die Haltung der Reichsregierung zu einer Umgestaltung der Reichsbahn und die Stellungnahme der Sozialisierungskommission
5. Verstärkte Vorbereitung zur Umgestaltung der Reichsbahn und die Anwort der Eisenbahner im Februarstreik 1922
6. Die Bedeutung des Entwurfs eines Reichsbahnfinanzgesetzes für den künftigen Status der Reichsbahn
7. Verwirklichung des Ziels der Monopole: die Reichsbahn-Gesellschaft

Der Übergang der Ländereisenbahnen auf das Reich[1] hatte der Regierung durch die Konzentration des Eisenbahnwesens ein wichtiges Instrument in die Hand gegeben, um die Wirtschaft beeinflussen und regulieren zu können. Die großen deutschen Monopole, in dem Bestreben, mit der schweren Erschütterung ihrer Macht durch die Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution fertig zu werden, trachteten danach, die nunmehr zentralisierte wirtschaftliche Macht der neu geschaffenen Reichsbahn unter ihre Herrschaft zu bringen und sie ausschließlich im eigenen Profitinteresse zu nutzen. Dazu hielten sie es für notwendig, diesem Teil des kapitalistischen Staatseigentums einen neuen Status zu geben, die Eisenbahnen zu reprivatisieren. Die großen deutschen Monopole

1 Vgl. Mette, Thomas, Der Übergang der deutschen Ländereisenbahnen auf das Reich 1920 - 1924, gesellschaftswiss. Diss. Berlin 1973, annotiert in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 1, S. 272 f., deren Kapitel 4 die Grundlagen der vorliegenden Arbeit bildet.

sahen hierin einen bedeutenden Faktor, ihre Macht- und Profitinteressen durchzusetzen.

Schon seit der Jahrhundertwende war immer deutlicher spürbar geworden, daß die Stufe der Konzentration und Zentralisation des Kapitals bei den einzelnen deutschen Staatsbahnen nicht die der Entwicklung des privaten Industriekapitals entsprechende Höhe erreicht hatte und sie im Rahmen der einzelnen Länder auch nicht erreichen würde. Die Notwendigkeit, eine straffe Zusammenfassung der Ländereisenbahnen zu einer leistungsfähigen, einheitlich geleiteten Einrichtung durchzusetzen, verstärkte sich immer mehr. Nach dem ersten Weltkrieg - unter den Bedingungen der erschütterten ökonomischen und politischen Macht des deutschen Imperialismus nach der Niederlage sowie der für die Monopole unsicheren Situation in Deutschland aufgrund der Forderungen der Arbeiterorganisationen nach Sozialisierung oder zumindest Verstaatlichung - hatten die deutschen Industriemonopole nachdrücklich die Überführung der Eisenbahnen aus dem Besitz der einzelnen deutschen Länder in die Hand des Reiches unterstützt.[2] Der im Dienste der Ruhrkonzerne stehende Regierungsrat Quaatz forderte, "sofort und in vollem Umfange ... alle Rücksichten beiseite zu schieben, die einer Anspannung aller Kräfte im deutschen Verkehrswesen mit dem Ziele höchster Nutzwirkung noch entgegenstehen."[3]

Im Frühjahr 1920 war aufgrund der Eisenbahnartikel der Weimarer Verfassung und eines zwischen dem Reich und den Eisenbahnen besitzenden deutschen Ländern abgeschlossenen, zum Teil auf Kompromissen basierenden Staatsvertrages die Reichsbahn gebildet worden. Sie war mehr als die Summe der ehemaligen Länderbahnen. Hier war eine neue Qualität, ein für die damalige Zeit - auch im Vergleich zu westeuropäischen Konzernen - einzigartiges Riesenunternehmen entstanden.[4] Es bot die Möglichkeit, insbesondere durch die Tarifpolitik, aber auch durch die Beschaffungs- und Personalpolitik - bedeutende staatsmonopolistische Regulierungsfunktionen auszuüben, und beeinflußte die umfassende politische und ökonomische Konsolidierung des deutschen Imperialismus, diente der Realisierung von Monopolprofit ebenso wie den außenpolitischen Zielen des deutschen Finanzkapitals.

Aber schon beim Übergang der Ländereisenbahnen auf das Reich hatte es von seiten führender Repräsentanten des Monopolkapitals nicht an Vorschlägen gefehlt, um von vornherein den Einfluß der Regierung auf die zu gründende Reichsbahn auszuschalten. In der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung entwickelte der Abgeordnete Garnich (DVP) ein Programm für die künftige Einordnung der Reichsbahn, dessen Eckpunkte ein Reichsbahngesetz, die "Führung der Reichseisenbahn in der freien und selbständigen Form einer Reichseisenbahngesellschaft" sowie die "Entpolitisierung der Reichsbahn" darstellten. Dazu führte

2 Generaldirektor Dr. Albert Vögler teilte Reichswirtschaftsminister Rudolf Wiesel am 22. 4. 1919 mit, daß das ganze Programm nach Absprache in Kreisen der Industriellen am 11. 5. 1919 in der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Hüttenleute vorgetragen wird. (Zentrales Staatsarchiv /in folgenden: ZStA/, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 7329, Bl. 12.)

3 Vgl. Quaatz, R., Die Eisenbahnen und das Reich, Sonderdruck aus: Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, 59. Jg. 1919, Nr. 27, 28.

4 Im Jahre 1913 befanden sich über 67 % der Staatseisenbahnen in Deutschland in preußischem Besitz - dieser Eisenbahnfiskus bildete damals "das größte Erwerbsunternehmen der Welt". (Vgl. Baumann, Deutsches Verkehrsbuch, Berlin 1931, S. 7, 25.)

er an, der Reichsverband der deutschen Industrie (RVDI) habe gefordert, "daß die zukünftige Organisation des Eisenbahnwesens ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten unter Ausschaltung aller politischen Bestrebungen sorgfältig vorbereitet werden soll und weiter, daß hierzu die Selbständigkeit der Eisenbahnverwaltung gesichert werden muß und politische Einflüsse von dieser Fachverwaltung ferngehalten werden."[5]

Die oberste Leitung der Reichsbahn lag seit Mai 1920 in der Hand des Reichsverkehrsministers, der Mitglied des Reichskabinetts war. Für die Übergangszeit wurden den Ländern in der Organisationsfrage gewisse Zugeständnisse gemacht, die grundsätzlich nicht im Widerspruch zu den von den Monopolen vertretenen Zielsetzungen standen. In der Beschaffungspolitik wurden aber diejenigen Länder, die den traditionellen Interessen der kleinen und mittleren Unternehmer Gehör zu verschaffen suchten, durch die führenden Konzerngruppen der Schwer- und Elektroindustrie beiseite gedrängt und ihre Ansprüche in langwierigen Verhandlungen zunichte gemacht.

Obwohl zunächst kaum Ausnahmetarife angewandt werden konnten, weil diese aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages dann auch der Frachtberechnung für alle nach und durch Deutschland beförderten Waren hätten zugrunde gelegt werden müssen, erhöhte sich der Einfluß der Monopole auf alle tarifpolitischen Maßnahmen der Reichsbahn wesentlich gegenüber der Zeit, da die Eisenbahnen von den Ländern verwaltet wurden. Ein wichtiges und spezifisches Instrument für die Durchsetzung dieser Belange stellte bis in das Jahr 1924 hinein der Sachverständigenbeirat beim Reichsverkehrsministerium dar.[6]

Die bürgerliche Historiographie hat meist die aktuelle Notwendigkeit des Entstehens der Reichsbahn in den ersten Jahren der Weimarer Republik unterstrichen. Fachleute des Verkehrswesens und der Verkehrsgeschichte und gelegentlich auch bürgerlich-liberale Vertreter der politischen Geschichte äußerten sich über deren politische, wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung.[7] Jedoch wurden in vielen Fällen nur die oberflächlichen Erscheinungen dargelegt oder die politische Bedeutung dieses Ereignisses hervorgehoben. Seine wirtschaftliche Bedeutung für den deutschen Imperialismus wurde kaum untersucht.[8]

5 Vgl. Sitzungsberichte der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, Bd. 9: Stenographische Berichte, Berlin 1921, Sp. 10757 - 10758 (134. Sitzung am 21. 4. 1920).

6 Dem Sachverständigenbeirat beim Reichsverkehrsministerium gehörten u. a. an: Walther Rathenau und Felix Deutsch von der AEG, Hermann Schmitz als führender Vertreter der chemischen Industrie, Peter Klöckner (Zentrum), C. F. von Siemens (DDP), Generaldirektor Vögler, Bankdirektor von Stauß, R. Quaatz (DVP), Dr. Frentzel, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, und Dr.-Ing. Sorge, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie. (Vgl. Jahrbuch des deutschen Verkehrswesens, Berlin 1921, S. 17 F.)

7 Vgl. dazu Streisand, Joachim, Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, Bd. 2, Berlin 1965, S. 305 Anm.

8 Vgl. dazu Sarter, Adolf, Die Reichseisenbahnen, Mannheim/Berlin/Leipzig 1920, S. 29 - 31; Stumpf, Berthold, Geschichte der deutschen Eisenbahnen, Mainz/Heidelberg 1960, S. 51; Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach/Zürich/Stuttgart 1954, S. 103 f.

1. Erörterungen über wirtschaftlich-organisatorische Umgestaltungen bei der Reichsbahn (Herbst 1920 bis Sommer 1921)

Die führenden deutschen Monopole forderten unter dem Vorwand, die Reichsbehörden seien nicht imstande, Staatsbetriebe rentabel zu bewirtschaften, den Übergang der Reichsbahn in die Hände einer privaten Gesellschaft. Schon 1919 hatten sie eine "zweckmäßige", von den politischen Grenzen unabhängige Dezentralisierung der Eisenbahnverwaltung sowie die konsequente Trennung des Reichsbahnhaushaltes vom allgemeinen Reichshaushalt gemäß Artikel 92 der Reichsverfassung verlangt.[9]

Die Tatsache, daß das Eisenbahndefizit im Zuge der Inflation - teilweise bewußt durch Industriemagnaten wie Stinnes organisiert[10] - anwuchs, förderte die Diskussion über die für die Großindustrie entscheidende Frage, wie ein "selbständiges Reichseisenbahnunternehmen mit kaufmännischer Wirtschaftsführung" verwirklicht werden könnte. Maßgebliche Kreise der Landwirtschaft und des Handels, Vertreter der Kommunalverbände und der Gewerkschaften sollten von der Notwendigkeit überzeugt werden, den Status der Reichsbahn umzuwandeln. Das Verlangen der Konzerne spielte auch im Herbst 1920 in den Verhandlungen des Unterausschusses für Sozialisierungsfragen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates eine Rolle. Es war vorgesehen, die Reichsbahn in die geplanten "wirtschaftlichen Selbstverwaltungsprovinzen"[11] einzugliedern.

Im Laufe des Jahres 1921 erhielten die Bemühungen um Veränderungen bei der Reichsbahn schärfere Konturen. Die wachsenden Fehlbeträge stellten ein reales Hemmnis für das Erreichen der vollen Leistungsfähigkeit des Eisenbahnbetriebes dar. Die Defizitwirtschaft konnte, obwohl sie wesentlich durch die Inflation bedingt war, daher vorrangig als Begründung für eine erforderliche Umgestaltung dienen.[12]

Im ersten Haushaltsjahr der Reichsbahn (April 1920 bis März 1921) hatte der ordentliche Haushalt mit einem Fehlbetrag von 15,6 Milliarden Mark abgeschlossen; für 1921/22 war aufgrund der sich abzeichnenden günstigeren Tendenzen in der

9 Vgl. Entschließung der wirtschaftlichen und technischen Verbände vom 6. 9. 1919, vorgelegt der Nationalversammlung und dem Reichsministerium, abgedruckt bei Wienecke, Karl, Staatsbahnorganisation und Wirtschaftsleben, Berlin 1919, S. 54.

10 Vgl. Der Bankrott der industriellen Selbstverwaltungskörper. Der Eisentrust brandschatzt den Staatssäckel, in: Die Rote Fahne, 11. 2. 1921.

11 Silverberg verkündete als Mitglied dieses Ausschusses, der die von der zweiten Sozialisierungskommission im Sommer 1920 unterbreiteten Vorschläge zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus prüfen sollte, in der Sitzung am 10. 11. 1920, daß "entsprechend der derzeitigen Entwicklungstendenzen mit Bildung besonderer Landes-Eisenbahn-Gesellschaften in den 'Wirtschaftsbezirken' zu rechnen" sei. Zwei Tage später wies Silverberg ausdrücklich die Meinung, er strebe nach der "Entsozialisierung der Eisenbahn", als Vorwurf zurück. (Vgl. König, Erika, Die Sozialisierung ist da!, in: Heiniger, Horst/König, Erika/Tuchscheerer, Walter, Ökonomisch-historische Aufsätze, Berlin 1958, S. 79, 76; vgl. auch ZStA, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 80, 105; Vom Stinnestrust zum Stinnesstaat, in: Die Rote Fahne, 11. 2. 1921.)

12 Vgl. ZStA, Vorl. Reichswirtschaftsrat, Nr. 582, Bl. 180.

Verkehrsentwicklung ein Defizit von nur 10, 8 Milliarden Mark veranschlagt.[13] Die Preise für Industriestoffe waren zwischen 1918 und 1921 auf 1 117 Prozent, also auf das 11fache, erhöht.[14] Die Personentarife dagegen hatten in der 2. bis 4. Wagenklasse im gleichen Zeitraum lediglich eine Steigerung um das 8, 5- bis 9, 5fache erreicht,[15] bei den Gütertarifen hatten sich die Frachtsätze nur um etwas mehr als das 5, 5fache erhöht.[16]

Bürgerlich-liberalen Interessen verlieh in der Diskussion über die Umgestaltung der Reichsbahn beispielsweise die Handelskammer Leipzig Ausdruck. Sie richtete am 24. Februar 1921 eine Denkschrift an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in der "Beratungen über einen organischen Neuaufbau des deutschen Verkehrswesens ... unter Berücksichtigung nicht nur der Interessen der bisherigen Eisenbahnländer, sondern Gesamtdeutschlands und seiner Gesamtwirtschaft" verlangt wurden.[17] Ferner hieß es dort: "Bei einer Neueinteilung der Eisenbahnbezirke muß verhütet werden, daß sie in ihren Gebieten eine von der allgemeinen Verkehrspolitik der Reichszentrale abweichende, die Gesamtheit des Verkehrs und der Wirtschaft schädigende Sonderpolitik treiben können. Nicht minder wichtig ist die Frage, ob die Anwendung kaufmännischer Grundsätze bei der Wirtschaftsführung der Eisenbahn zugleich die Einführung privatwirtschaftlicher Gesellschaftsformen ... erfordert."[18]

Die in dieser Warnung zum Ausdruck kommende Furcht der kleinen und mittleren Bourgeoisie war geboren aus den Erfahrungen, die sie gesammelt hatte, wenn sie von Einrichtungen abhängig war, die in den Händen der großen Monopole lagen. Die Reichsbahn war das wichtigste Verkehrssystem, auf das mehr oder weniger die gesamte Bourgeoisie angewiesen war. Der Gedanke, daß dieses Verkehrsmittel unter die uneingeschränkte Herrschaft der Monopole geraten könnte, brachte die Handelskammer Leipzig - und nicht nur diese - dazu, die Umgestaltung entschieden abzulehnen.

Der Verkehrsausschuß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte im Juli 1921 die Leipziger Denkschrift in Ver-

13 Durch systematische Tariferhöhungen seit Dezember 1921 belief sich der endgültig ausgewiesene Fehlbetrag auf die Summe von 6, 9 Mrd. Mark. Gestützt auf die Verbesserung der Einnahmenseite, konnte im Voranschlag für 1922 deren Balancierung mit der Ausgabenseite (jeweils 66 Mrd. Mark) hergestellt werden, die jedoch infolge der noch ständig zunehmenden Steigerung der Beschaffungspreise für Betriebsmaterialien und Ausrüstungen nicht zur Realität wurde. (Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Reichsbahn über das Rechnungsjahr 1921, Berlin 1923, S. 5; Die deutsche Eisenbahnfrage. Gutachten, erstattet für den Reichsverband der deutschen Industrie, Berlin 1922, S. 18.)

14 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15: Studien zurGeschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 19.

15 Vgl. Jahrbuch des deutschen Verkehrswesens 1922, Bd. 1: Verkehrspraxis und Wirtschaftsleben, Berlin 1922, S. 126.

16 Vgl. ebenda, S. 188.

17 Staatsarchiv (im folgenden: STA) Dresden, Min. d. Innern, Nr. 13 778, Bl. 221.

18 Siehe ebenda, Bl. 222. - Auch hinsichtlich der Zuordnung der Eisenbahnwerkstätten wird unmißverständlich der Standpunkt vertreten, daß sie nicht in die Hände der Privatindustrie übergeben werden dürfen.

bindung mit einem Antrag des Mitgliedes des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates und Abgeordneten des bayrischen Landtages, Karl Rothmeier. Rothmeier befürwortete eine weitgehende Dezentralisation durch Schaffung selbständiger Gruppenverwaltungen in der Eisenbahnbetriebsverwaltung. Auch er war ein "Freund des staatlichen Betriebs" und hielt in diesem Bereich Privatmonopolbetriebe für "höchst bedenklich".[19]

Auf dieser Sitzung des Verkehrsausschusses trat die Zwiespältigkeit der Auffassungen über Form und Inhalt der in Organisation und Wirtschaftsführung der Reichsbahn als notwendig erachteten Veränderungen besonders deutlich zutage. Die Mehrheit des Ausschusses, der aus Vertretern der Regierung, der Verkehrswirtschaft und der Gewerkschaften bestand, wandte sich gegen die Vorschläge, die die Umwandlung der Reichsbahn in einen "gemeinwirtschaftlichen" Betrieb, der unter unmittelbarem Einfluß der Industriekonzerne stehen würde, zum Ziel hatten. Diese Mitglieder hielten es für erforderlich, eine "gesunde Mittellinie" zwischen Zentralisation und Dezentralisation einzuhalten. Dabei sollte der § 24 des Staatsvertrages die Richtschnur bilden, der vorsah, die Verwaltung der Reichsbahn nur insoweit zu zentralisieren, wie es zur Erfüllung ihrer Aufgaben als einheitlicher Verkehrsanstalt "unbedingt geboten" war.[20]

In bezug auf die Erfüllung der Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Bedingungen nahmen die für die Politik der herrschenden Klasse entscheidenden Kreise des Monopolkapitals eine sehr unterschiedliche Haltung ein. Die eine, von Hugo Stinnes angeführte Gruppe trat dafür ein, keinerlei Reparationszahlungen zu leisten; die andere Gruppe, zu deren wichtigsten Vertretern Walther Rathenau zählte, wollte den alliierten Forderungen soweit wie möglich nachkommen, um dann allmählich deren Reduzierung durchzusetzen. Beide Gruppen erkannten die Notwendigkeit, das amerikanische Finanzkapital für die Revision des Versailler Vertrages zu gewinnen, der für die Entwicklung der Reichsbahn insofern unmittelbar von Bedeutung war, als sein Artikel 248 die Eisenbahnen als Teil des Staatsbesitzes für die Erfüllung der Reparationsleistungen mit haftbar machte.[21]

Die Spekulationen auf eine politische Unterstützung durch das USA-Finanzkapital zugunsten des Modus der deutschen Reparationsverpflichtungen waren zu jener Zeit jedoch noch nicht real. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges hatten die ökonomischen Interessen des USA-Kapitals in der deutschen Wirtschaft bedeutend zugenommen. Im Herbst 1921 besaß es eine Aktienbeteiligung an deutschen Unternehmen in Höhe von 15 Milliarden Mark.[22] Die USA-Trusts nutzten die wachsende Geldentwertung und die zunehmende Kapitalkonzentration für ihr Macht- und Profitstreben. Sie verstärkten ihren Einfluß in der deutschen Industrie und eröffneten sich damit neue Absatzmärkte, vor allem für Rohstoffe. Das deutsche Fi-

19 Vgl. ZStA, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Nr. 582, B. 177, Niederschrift über die Verhandlungen des Ausschusses für Verkehr des Wirtschaftspolitischen Ausschusses am 8. 7. 1921, nebst Anlagen, über den Antrag Rothmeier und der Handelskammer Leipzig betr. Wiederaufbau des deutschen Verkehrswesens.

20 Vgl. Eisenbahn-Verordnungs-Blatt 1920, S. 137.

21 Vgl. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Entente, Charlottenburg 1919, S. 133.

22 Vgl. Obermann, Karl, Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik (1918 - 1925), Berlin 1952, S. 70.

nanzkapital sah darin zugleich eine willkommene Stütze bei der politischen Festigung seiner nach dem Kriege erschütterten Herrschaft.[23]

Infolge der unmittelbaren Verflechtung der Reichsbahn mit der gesamten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im damaligen Deutschland verknüpfte sich die Festlegung ihres künftigen Status immer enger mit der Lösung der Reparationsfrage. Die Summe der deutschen Zahlungen setzte die Reparationskommission im Frühjahr 1921 bekanntlich auf 132 Milliarden Goldmark sowie eine 26prozentige Ausfuhrabgabe fest. Im Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 wurde die deutsche Regierung aufgefordert, diese Verpflichtung anzuerkennen und im Laufe von 25 Tagen eine Milliarde Goldmark zu zahlen.[24] Die Erfüllung dieser Auflage zog sich jedoch bis zum 1. September 1921 hin.

Die Anerkennung der Forderungen der Ententemächte durch die neue Regierung unter Reichskanzler Wirth löste den heftigen Widerstand der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals aus, die eine das reale internationale Kräfteverhältnis berücksichtigende Politik strikt ablehnten.[25] In einer Stellungnahme der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands wurde zu den beiden gegensätzlichen Konzepten imperialistischer Politik festgestellt, daß "die Annahme des Ultimatums" für die deutschen Werktätigen "ebenso katastrophal sei wie seine Ablehnung".[26]

2. Das Kreditangebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die Reichsregierung und die Forderung nach Reprivatisierung der Reichsbahn

Im Herbst 1921 unternahm der Reichsverband der deutschen Industrie einen Vorstoß hinsichtlich eines veränderten Status der Reichsbahn. Anlaß dazu bot die Tatsache, daß die Reichsregierung keine Möglichkeit sah, nach der ersten regulären Reparationszahlung die Mittel für die schon bald darauf fällig werdende zweite Zahlung aufzubringen. In dieser Situation bot der Reichsverband der deutschen Industrie auf seiner Tagung am 27. September 1921 in München der Regierung Kredithilfe an. Hauptmotiv für das Angebot war jedoch offenbar die Furcht vor den im Verlaufe des Jahres 1921, zunehmend seit den Sommermonaten immer dringlicher erhobenen Forderungen nach Erfassung der Sachwerte durch die Arbeiterorganisationen. Die Monopole fürchteten, daß die Regierung den Forderungen der Arbeiter nachgeben und einen Teil des Vermögens ihrer Unternehmen entschädigungslos konfiszieren könnte.[27] Stinnes beabsichtigte darüber hinaus, sich als profitable Gegenleistung den bestimmenden Einfluß auf die Reichsbahn als ein wirtschaftlich und politisch gleichermaßen wichtiges Unternehmen zu verschaffen.[28]

23 Vgl. ebenda, S. 71 f.
24 Vgl. Der Friedensvertrag ..., a. a. O., S. 109; Ruge, Wolfgang, Deutschland 1917 bis 1933, Berlin 1967, S. 183 f.; Uschakow, W. B., Deutschlands Außenpolitik 1917 bis 1945, Berlin 1964, S. 69 f.
25 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 329.
26 Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 473.
27 Vgl. ebenda, S. 600.
28 Vgl. Obermann, Karl, a. a. O., S. 93.

Die von Stinnes abhängige "Deutsche Allgemeine Zeitung" und "Der Tag" unterstützten in zahlreichen Artikeln unmißverständlich die Auffassung, daß die Reichsbahn in Privatbetrieb überführt werden müsse.[29] Die Stinnesvertreter waren bestrebt, Anhänger zu gewinnen und ihr Ziel allen Widerständen zum Trotz durchzusetzen.[30]

In der Sitzung des Sachverständigenbeirates beim Reichsverkehrsministerium am 27. Oktober 1921 war laut Zeitungsberichten "die Überführung der Reichseisenbahn in Privathände von keiner Seite irgendwie empfohlen" worden. Dagegen billigte der Beirat "eine vielseitige Durchdringung des Staatsbetriebes mit kaufmännischem Geist und möglichste Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze."[31] Ständig waren auch in anderen Presseorganen Beiträge zu finden, die die Öffentlichkeit mehr oder weniger vorsichtig mit den nach Meinung der Monopole bei der Reichsbahn erforderlichen grundsätzlichen Veränderungen vertraut machen sollten. Am 26. Oktober 1921 erschien in der politischen Beilage der "Leipziger Neuesten Nachrichten" ein mit "Dr. A." unterzeichneter Artikel: "'Entstaatlichung' der Reichseisenbahn?".[32] Der Verfasser nennt "Entstaatlichung" ein schlecht gewähltes Wort, das nicht "Rückkehr in Privatverwaltung und -nutzung", sondern "nur eine Änderung der Organisationsform" bedeuten solle. In einer reichseigenen Aktiengesellschaft sei der kaufmännischen Wirtschaftsführung breiterer Raum gegeben und zugleich wären bessere Möglichkeiten für die Beschaffung von neuem Kapital vorhanden. Faktisch wurde also die Notwendigkeit der Rentabilität unterstrichen, jedoch zugleich erklärt, daß sie nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Reichsbahn dem Einfluß der Regierung entzogen wird.

In der Sitzung des Arbeitsausschusses für Eisenbahnorganisation des Verkehrsausschusses im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat am 13. Oktober 1921 war ebenfalls generell die Auffassung vertreten worden, daß eine Änderung in Richtung auf die kaufmännisch-wirtschaftliche Organisation herbeigeführt werden muß, weil sonst die Gefahr besteht, daß das Reich die Eisenbahn aufgrund des wachsenden Defizits nicht mehr halten kann.

Anfang November 1921 tat Stinnes in der von ihm eingeleiteten Aktion, die Reichsbahn in einen privatwirtschaftlichen Betrieb umzuwandeln, einen Schritt nach vorn. Es gelang ihm, auf einer diesmal in seinem Hotel "Esplanade" in Berlin stattfindenden Tagung des RVDI Unterstützung für sein Vorhaben zu erhalten. Zunächst hatten sich Silverberg, Hugenberg sowie der Generaldirektor der Rheinischen

29 In der Deutschen Allgemeinen Zeitung erschien am 2. 10. 1921 ein Artikel unter der Überschrift "Die Reparation ist das Schicksal", in dem diese Frage in Zusammenhang mit dem Kreditangebot der Großindustrie behandelt wurde. Am 3. 10. 1921 gab v. Breitenbach, der in seiner Eigenschaft als Minister der öffentlichen Arbeiten bis zur Novemberrevolution die preußische Staatsbahn geleitet hatte, eine zustimmende Erklärung zu Stinnes' Plänen ab. Vgl. Die Rote Fahne, 3. 10. 1921 (Abend-Ausg.), S. 2.

30 Die Stinnes-Presse bezeichnete die am 7. 10. 1921 von der Konferenz der Eisenbahndirektionspräsidenten in München getroffene Entscheidung, die Reichsbahn zunächst im Staatsbetrieb zu belassen, als "lediglich akademische Erörterung". Vgl. Die Rote Fahne, 10. 10. 1921 (Morgen-Ausg.), S. 3.

31 Vgl. Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung, 28. 10. 1921.

32 Dr. A. wird in einer redaktionellen Vorbemerkung als wirtschaftspolitischer Mitarbeiter bezeichnet, gegenüber dessen Darlegungen man noch Zurückhaltung übe.

Stahlwerke, Haßlacher, gegen die vom Vorstand vorgelegte Entschließung ausgesprochen, in der die Kredithilfe an das Reich befürwortet wurde. Dann trat Stinnes mit einer Resolution auf den Plan, in der verlangt wurde, die Umwandlung der "Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe" in für die Industrie ertragreiche Unternehmen zu sichern und dadurch die öffentlichen Finanzen zu entlasten. [33] Sein Vorschlag fand großen Beifall und wurde mit nur wenigen Gegenstimmen angenommen. [34] Daraus wurde wenig später die Forderung an die Reichsregierung abgeleitet, "den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich-juristische Person in die Wege" zu leiten. [35]

Diese einschneidende Veränderung sollte praktisch vermittels eines Ermächtigungsgesetzes erreicht werden, mit dem Ziel, den politischen und parlamentarischen Einfluß auf die Reichsbahnverwaltung auszuschalten. [36]

Die Vertreter der Monopole bemäntelten ihr Vorgehen mit der demagogischen Behauptung, daß der Kredit, der dem Reich zur Verfügung gestellt werden sollte, ein großes Opfer an Staat und Volkswirtschaft bedeutet, und forderten, daß "die Volksgemeinschaft" dafür "in zu vereinbarender Weise entsprechende Entlastung" gewähren muß. [37]

Hinter diesem mit umfangreichen Bedingungen verknüpften Kreditangebot standen jedoch nicht alle Industriemonopole. Walther Rathenau distanzierte sich auf dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Bremen am 12. November 1921, wenige Tage, nachdem er seinen Posten als Wiederaufbauminister im Kabinett Wirth niederlegen mußte, deutlich von diesem Schritt. [38] Er unterstrich besonders dessen negative außenpolitische Wirkung. Auf der Tagung der Reparationskommission im November 1921 in Berlin wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß privatwirtschaftlich betriebene Eisenbahnen "nicht so leicht unter Kontrolle (zu)

33 Vgl. Obermann, Karl, a. a. O., S. 93; Geyer, Curt, Drei Verderber Deutschlands, Berlin 1924, S. 106 f.

34 Die Rote Fahne, 8. 11. 1921 (Morgen-Ausg.), S. 2. In der 3. Vollsitzung des Sachverständigenbeirates beim Reichsverkehrsministerium am 27. 10. 1921 äußerte v. Siemens lt. Niederschrift: "Wenn aus der Eisenbahnverwaltung Werte herausgezogen werden könnten, ... wäre es ein Verbrechen, wenn man die Eisenbahn nicht sofort dem Kapital überantworten würde." (ZStA, Vorl. Reichswirtschaftsrat, Nr. 1469, Bl. 189 = S. 20.)

35 Diese Forderung wurde anläßlich der Übergabe der Resolution am 11. 11. 1921 an Reichskanzler Wirth durch den Vorsitzenden des RVDI, Kurt Sorge, erhoben. Schweighoffer vom RVDI machte diese Mitteilung am gleichen Tage dem Vertreter der gemeinsamen Geschäftsstelle der Sächsischen Handelskammern in Berlin. Dabei fügte er beschwichtigend hinzu, daß Reich und Ländern "eine maßgebende Mitwirkung in der Privatgesellschaft ... eingeräumt werde". (Roth, Eugen, Die Reichseisenbahnen. Staatsbetrieb - Privatbetrieb - Gemeinwirtschaft, Berlin-Wilmersdorf 1921, S. 16; siehe auch STA Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 1701, Bl. 213 f., Bericht Nr. 399 an die Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zittau, v. 11. 11. 1921.)

36 Diese Absicht wurde im November 1921 vom Geschäftsführenden Präsidialmitglied des RVDI, Bücher, in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" unterstrichen.

37 Vgl. Roth, Eugen, a. a. O., S. 16 f. Anm.

38 Vgl. Berliner Tageblatt, 13. 11. 1921 (Morgen-Ausg.), S. 4.

stellen und als Pfand (zu) behandeln" seien wie staatliche.[39] Rathenaus Haltung, die zugleich der grundlegenden Auffassung der Gruppe der Elektro-Chemie-Monopole entsprach, hatte bei der damaligen politischen Konstellation der Regierung durchaus Einfluß auf die Entscheidung über die von Stinnes hinsichtlich der Reichseisenbahn erhobenen Forderungen.

Die bürgerliche Presse publizierte über diese Vorgänge im allgemeinen nur sehr knappe und unbestimmte Mitteilungen, in denen betont wurde, es handle sich dabei "um eine reine Eisenbahnfrage".

In der Resolution des RVDI über das Kreditangebot an die Reichsbahn waren klar und offen prinzipielle und praktische Ziele dargelegt worden, die große Teile des Finanzkapitals in kürzerer oder längerer Zeit hinsichtlich der Reichsbahn durchsetzen wollten.

3. Aktionen der werktätigen Massen zur Abwehr des Anschlages auf den Status der Reichsbahn

Die Gestaltung der Reichsbahnpolitik war wichtig für alle Schichten der Bevölkerung. Hier liefen die Interessen der Arbeiterklasse, der anderen werktätigen Schichten sowie auch von Teilen der kleinen und mittleren Bourgeoisie zusammen, auf die sich der Angriff des Großkapitals auf die Reichsbahn mit dem Ziel der Reprivatisierung spürbar auswirken würde.

Viele Arbeiter erwarteten Massenaktionen als Antwort auf diese auch gegen ihre Lebensinteressen gerichtete Aktion der Monopole. Die reformistische Gewerkschaftsführung rief jedoch nicht dazu auf, diesem Protest deutlich Ausdruck zu verleihen, sondern appellierte nur an die Regierung, die Forderung der Industriellen abzulehnen. Obwohl die großen Eisenbahnerorganisationen in diesem Zusammenhang betont hatten, daß sie "auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückschrecken" werden,[40] war zum Beispiel der Vorstand des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahner-Verbandes (DEV) mit einer Anzahl der vorgesehenen Veränderungen im wesentlichen einverstanden. Daher blieb seine Forderung, prinzipiell einen unmittelbaren und unumschränkten Einfluß des Großkapitals dabei zu verhindern,[41] bloßes Wortgeklingel.

Die KPD dagegen erklärte, daß die Entstaatlichung der Eisenbahn "nicht nur ein Schlag gegen die Eisenbahner, sondern gegen das Gesamtproletariat und seine Lebensinteressen" sei. Ihr Ziel war, eine breite Abwehrfront auf der Basis der Ge-

39 Vgl. dazu Die Rote Fahne, 12. 11. 1921, S. 2. - Die Reparationskommission soll sogar erwogen haben, sofort selbst die Hand auf die Reichseisenbahnen zu legen. Seinerzeit wurden auch in Frankreich und Belgien Stimmen laut, man solle die deutschen Eisenbahnen an ein internationales Konsortium übertragen. Vgl. dazu Die Rote Fahne, 12. 11. 1921 (Abend-Ausg.), S. 1; Hände weg von den Reichseisenbahnen, Berlin 1921, S. 1.

40 Zit. nach Dokumente und Materialien ..., a. a. O., S. 611.

41 Diese Auffassungen widerspiegeln sich u. a. in der Broschüre Die Ursachen des Milliardendefizits der Reichsbahn im Lichte geschichtlicher Tatsachen, Berlin 1921, S. 138 - 147, sowie dem im DEV-Verbandsorgan erschienenen Artikel Die Reichsbahn und ihre Gegner. Angriff und Abwehr, in: Deutscher Eisenbahner, 12. 11. 1921, S. 327 - 329.

werkschaften und der Betriebsräte zu schaffen.[42] Damit wies die KPD den Weg, wie die Eisenbahner gemeinsam mit anderen Teilen der Arbeiterklasse der Kapitaloffensive wirksam und konsequent begegnen mußten.

Am 15. November 1921 richteten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Allgemeine freie Angestellten- (AfA-) Bund zehn Forderungen zur Neuordnung der Steuerpolitik an Reichsregierung und Reichstag. Hinsichtlich der Reichsbahn wurde dort gefordert, sie "von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und sie durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten."[43] Am 16. November 1921 bekräftigten die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften in Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium ihren Standpunkt, daß "an dem seitherigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich unbedingt festzuhalten" sei. Unter diesen Umständen erklärte sich die Gewerkschaft bereit, "an der Neuordnung der Verwaltung und des Betriebes zur raschen und dauernden Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn unter Voranstellung der Interessen der Allgemeinheit mitzuwirken."[44] Mit dieser Haltung brachten sie einerseits die Meinung der großen Masse der Eisenbahner zum Ausdruck, andererseits versuchten sie jedoch im gleichen Atemzug, umfassenderen Kampfaktionen vorzubeugen.

4. Die Haltung der Reichsregierung zu einer Umgestaltung der Reichsbahn und die Stellungnahme der Sozialisierungskommission

Unter dem Eindruck der millionenfachen Ablehnung der Privatisierung der Reichsbahn mußte auch die Regierung den Forderungen der Industrie einstweilen eine Absage erteilen. Reichskanzler Wirth wies die Forderung der Vertreter des Industriellen-Verbandes am 17. November 1921 mit dem Argument zurück, daß ein solches Vorgehen egoistisch sei, vor allem was die gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtete Politik der Ententemächte betrifft.[45] Das war offenbar gleichzeitig ein versteckter Vorwurf in bezug auf eine eventuell auf diese Weise heraufbeschworene Gefahr revolutionärer Aktionen.

Die Stellungnahme des Reichsverkehrsministers Groener zu der Forderung, die Reichsbahn in Privatbetrieb zu übernehmen, trug ebenfalls das Datum vom 17. November. Groener unterstrich, daß auch im Staatsbetrieb unter Leitung des Reichsverkehrsministeriums wirtschaftlich erforderliche Maßnahmen, wie Personalabbau, Ausdehnung der Arbeitszeit und Tariferhöhungen, vorbereitet und künftig "privatwirtschaftliche Grundsätze in der Organisation des Unternehmens und der Führung der Geschäfte" angewandt werden.[46] Das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als daß die Regierung durchaus imstande war, die Rentabilität auch unter der Leitung von Regierungsbeamten durchzusetzen. Bei Durchsetzung einer parlamentarischen Kontrolle wären Gewinne - so meinte auch Groener - "im höchsten Grade zweifelhaft". Groeners Stellungnahme zeigt eindeutig, daß er

42 Vgl. Rundschreiben der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD an die Bezirksleitungen der KPD und alle Fraktionsvorsitzenden, Berlin, 12. 11. 1921, in: Dokumente und Materialien ..., a. a. O., S. 612.
43 Vgl. ebenda, S. 613.
44 Zit. nach Roth, Eugen, a. a. O., S. 26.
45 Vgl. Obermann, Karl, a. a. O., S. 93; Geyer, Curt, a. a. O., S. 107 - 109.
46 Vgl. STA Schwerin, Gesandtschaft Berlin, Nr. 106, Bl. 756.

den Übergang der Reichsbahn in die Hände der Monopole zur Erreichung der Rentabilität dieses Unternehmens nicht für nötig hielt. Die kämpferische Haltung der Werktätigen hatte hierbei offenbar wesentlichen Einfluß ausgeübt. Groener konnte nicht umhin, den "Widerstand des Personals", wenn auch "nur der Vollständigkeit halber", in seiner ablehnenden Stellungnahme zu erwähnen.

Die Entscheidung der Frage, in welcher Art und Weise sich die weitere Entwicklung der Reichsbahn gestalten sollte, war Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Klassen in Deutschland zur damaligen Zeit. Die herrschenden Klassen hatten sich aller verfügbaren Hebel, insbesondere auch der des kapitalistischen Staates, bedient. Die Regierung holte ihrerseits - um den Eindruck zu erwecken, daß sie die Meinung breiter Kreise, vor allem der Gewerkschaften, berücksichtigt - hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Reichsbahn Gutachten von verschiedenen Seiten ein, darunter auch von der Sozialisierungskommission,[47] was der staatlichen Initiative den Anstrich vorbehaltloser Sachlichkeit geben sollte.

An den Arbeiten der Sozialisierungskommission beteiligten sich viele Sachverständige, darunter ehemalige Minister und hohe Eisenbahnbeamte, Vertreter der Industrie, der Gewerkschaftsverbände und Eisenbahnerorganisationen. Den Vorsitz führten abwechselnd Karl Kautsky und Rudolf Hilferding.[48]

Das von der überwiegenden Mehrheit der Sozialisierungskommission angenommene Gutachten erhärtete und bestätigte, "daß die Eisenbahn im Besitz und im Betriebe des Reiches verbleiben" müsse.[49] Diese Schlußfolgerung wurde durch die Analyse solcher Fragenkomplexe wie Entstehung des Defizits und Maßnahmen zu seiner Überwindung sowie Reorganisation der Reichsbahn durch "Überführung in Aktiengesellschaftsform" mit einem Präsidenten an der Spitze in ihrem Kern prä-

47 Vgl. Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Organisation der Reichseisenbahnen, Berlin 1922; Gutachten der Sozialisierungskommission über die Organisation der Reichseisenbahnen, Berlin 1921.

48 In den sich über 13 Sitzungen in der Zeit v. 17. - 26. 11. und 2. - 3. 12. 1921 erstreckenden Verhandlungen stand zunächst eine Enquete über grundlegende Fragen des Eisenbahnwesens auf der Tagesordnung. Danach wurden die wesentlichen, in das Gutachten aufzunehmenden Punkte beraten. (Siehe Gutachten ..., a. a. O., S. 3.)

49 Vgl. ebenda, S. 12 f. - Die Minderheit (4 Mitglieder) hatte sich noch in einen christlich-gewerkschaftlichen und einen großindustriell-junkerlichen Flügel aufgespalten. Im Schriftstück der erstgenannten Gruppe, verfaßt von Friedrich Baltrusch und mitunterzeichnet von Christian Steger, ging es um die Bildung einer Aktiengesellschaft, die den Betrieb der Reichseisenbahnen übernehmen sollte. Aktieninhaber sollten Reich und Länder, Eisenbahnpersonal und andere Arbeitnehmer, vertreten durch ihre Gewerkschaften, sowie Vertreter aus Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe werden. Man glaubte dadurch insbesondere den Eisenbahnern "zum Bewußtsein des Arbeitens im eigenen "Werk" zu verhelfen und daraufhin "das Eindringen kaufmännischen Geistes und weitgehender Initiative" erreichen zu können. C. F. v. Siemens, der stark zur Stinnes-Gruppe tendierte, forderte in einer als "Gutachten III" gekennzeichneten Stellungnahme, eine Sechser-Kommission für die Erarbeitung eines auf die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn gerichteten Reorganisationsplanes einzusetzen. Mit einer Nachbemerkung schloß sich Oberpräsident v. Batocki dieser Meinung im wesentlichen an. (Vgl. ebenda, S. 14 - 19.)

zisiert. "Verfahrensweisen der Privatwirtschaft" und eine "stärkere Dezentralisierung" sollten in "höherem Maße für die Eisenbahn nutzbar gemacht werden."[50]

Der Angriff des Monopolkapitals auf die Reichsbahn war zunächst zurückgewiesen. Dennoch war - das hatten auch die Gewerkschaftsvertreter erkannt und die Stellungnahmen der Sozialisierungskommission deutlich gemacht - die Gefahr der Reprivatisierung der Reichseisenbahn noch nicht vorüber.[51]

5. Verstärkte Vorbereitung zur Umgestaltung der Reichsbahn und die Antwort der Eisenbahner im Februarstreik 1922

Die an der Umgestaltung der Reichseisenbahn zugunsten der Monopole interessierten Kräfte suchten in den Ententeländern Verbündete für ihre Pläne zu gewinnen. Sie blieben nicht erfolglos. Das zeigte sich, als Rathenau im November 1921 in London im Auftrag der deutschen Regierung Kreditverhandlungen führte. Nach einer Meldung des "Daily Mail" hatten die zu den Verhandlungen hinzugezogenen Direktoren großer englischer Eisenbahngesellschaften darauf hingewiesen, daß der unwirtschaftliche Reichsbahnbetrieb erst in einen Privatbetrieb umgewandelt werden müsse, bevor England Kredithilfe gewähren könne.[52] Auch der britische Schatzkanzler, Sir Robert Horne, erklärte, England und Frankreich könnten nicht länger zusehen, daß die als Reparationspfand verschriebenen deutschen Eisenbahnen mit Reichszuschüssen arbeiteten.

Bald darauf fuhr Stinnes selbst nach London, um seine Absichten vorzutragen und verstärkte damit die Zwangslage der Regierung hinsichtlich der vom RVDI unterbreiteten Vorschläge.[53]

Regierung und Reichsbahnverwaltung wollten die Defizitwirtschaft beseitigen, indem sie die Eisenbahner um den von der deutschen Arbeiterklasse erkämpften Achtstundentag zu bringen versuchten.[54] Seit Sommer 1921 waren bereits Maßnahmen für ein - noch mit dem Vermerk "streng vertraulich" versehenes - Arbeitszeitgesetz eingeleitet worden, dessen Entwurf Groener Ende November 1921 den Vorständen der Eisenbahnergewerkschaften[55] übersandte. Zugleich wurde die Entlassung von 20 000 Eisenbahnarbeitern vorbereitet.[56] Die Beamten, denen hin und wieder kleine Teuerungszulagen gewährt wurden, sollten ohne bessere Besol-

50 Vgl. ebenda, S. 5 ff.

51 Der Deutsche Eisenbahner, 26. 11. 1921, schrieb, daß "die angedrohte Stinnesierung der Reichsbahn als Gefahr bestehen" bleibe. "Wir glaubten, ... den Kollegen zeigen zu sollen, wie wenig Aussicht vorhanden ist, den Raub dauernd zu verhindern." (Zit. nach Roth, Eugen, a. a. O., S. 27. f.)

52 Vgl. dazu Geyer, Curt, a. a. O., S. 109; Die Ansicht der englischen Bahndirektoren, in: Dresdner Nachrichten, 10. 12. 1921.

53 Obermann, Karl, a. a. O., S. 93; Geyer, Curt, a. a. O., S. 110, 113.

54 Vgl. Deutscher Eisenbahner-Verband, Rechenschaftsbericht des Vorstandes vom 1. April 1919 bis 1. Juli 1920, Berlin 1920, S. 18, 29 f.

55 Vgl. Uns gehören die Schienenwege, Berlin 1960, S. 133 f.

56 Vgl. ZStA, Präsidialkanzlei, Nr. 348, Bl. 90 f., Schreiben des Reichsarbeitsministers v. 2. 12. 1921; ebenda, Bl. 106 - 109, Reichsverkehrsminister zur Verringerung des Personalbestandes, Januar 1922.

dung zusätzliche Arbeiten übernehmen.[57] So sollten die Reparationslasten ebenso wie die Kosten für das Rentabelwerden der Reichsbahn auf die Werktätigen abgewälzt werden.

Im Januar 1922 drohte die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter mit Streik.[58] Nachdem der Reichsverkehrsminister den Beamtenstreik als "widerrechtliche Dienstverweigerung" grundsätzlich verboten hatte, beschloß der Vorstand der Reichsgewerkschaft ein Ultimatum, in dem er die Sicherung des Achtstundentages und die laufende Anpassung der Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes verlangte. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert verschärfte jedoch durch Verordnung vom 1. Februar 1922 das Streikverbot für Beamte.

Der nun beginnende Streik erhielt durch die provozierende Haltung der Regierung von vornherein politischen Charakter. Der Verfolgung durch die Staatsorgane und der Hetze in der Presse - wobei sich auch rechte sozialdemokratische Führer einmal mehr unrühmlich hervortaten[59] - standen zahlreiche Solidaritätsbeweise für die Streikenden seitens anderer Werktätiger gegenüber.

Die KPD, die als einzige Partei die streikenden Eisenbahner mit ganzer Kraft unterstützte, erläuterte in ihrem Aufruf vom 5. Februar 1922, daß alle Werktätigen in Deutschland die Angriffe auf ihre Lebensbedingungen kampfentschlossen abwehren müssen.[60] Obwohl der Eisenbahnerstreik hohe politische Bedeutung erlangte und nach wenigen Tagen 800 000 Teilnehmer zählte, endete er nach einwöchiger Dauer mit einer Niederlage. Die reformistische Streikführung hatte die reale Situation im Klassenkampf falsch eingeschätzt, deshalb konnten auch keine wirtschaftlichen Streikziele durchgesetzt werden.[61]

Die Tatsache, daß Hunderttausende Eisenbahner im Streikkampf gestanden hatten, war dennoch von großer Bedeutung. In den Streiktagen erkannten die Eisenbahner stärker als bisher, daß sich das kapitalistische System insgesamt gegen ihre Interessen als Werktätige richtete. Der Eisenbahnerstreik demonstrierte schließlich, daß viele Mitglieder der Gewerkschaften bereit waren, die wortreichen Erklärungen, die ihre Spitzenorganisationen gegen die Anschläge der Monopole auf den Status der Reichsbahn gerichtet hatten, als Kampfansage aufzufassen und sie in die Tat umzusetzen.

6. Die Bedeutung des Entwurfs eines Reichsbahnfinanzgesetzes für den künftigen Status der Reichsbahn

Nachdem der Vorschlag des RVDI offiziell zurückgewiesen worden war, versuchten die Monopolvertreter, auf anderen Wegen ihr Ziel zu erreichen und eine Lösung zu finden, die sowohl zu einer rentablen Wirtschaftsführung bei der Reichsbahn führen, die Profitinteressen der Konzerne befriedigen als auch den vom im-

57 Zu dieser Zeit erhielten 72,8 % der 387147 ordentlich angestellten Beamten ihre Bezüge nach den unteren Besoldungsgruppen (I - V). (Vgl. Geschäftsbericht ... 1921, a. a. O., S. 32.)
58 Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VII/2, Berlin 1966, S. 34.
59 Die USPD wandte sich zwar gegen den Erlaß Eberts, gab den Streikenden aber keine konkrete Unterstützung. (Vgl. ebenda.)
60 Vgl. ebenda, S. 32 f.
61 Vgl. Uns gehören die Schienenwege, a. a. O., S. 134 f.

perialistischen deutschen Staat gegenüber der Gesamtheit der herrschenden Klasse wahrzunehmenden Aufgaben gerecht werden konnte.

Eine besondere Rolle spielte der im Reichsverkehrsministerium vorbereitete Entwurf eines Reichsbahnfinanzgesetzes, der die Ausführung der im Artikel 92 der Reichsverfassung hinsichtlich der Wirtschaftsführung der Reichsbahn getroffenen Bestimmungen regeln sollte.[62] Seitens der freien Gewerkschaften wurde diese Maßnahme in ihren Forderungen vom November 1921 unterstützt.

Groener hatte bereits in seiner Stellungnahme zur Forderung des RVDI nach Privatisierung der Reichsbahn darauf hingewiesen, daß das Reichsbahnfinanzgesetz der Nutzung von Erfahrungen aus der privatwirtschaftlichen Sphäre entgegenkommen würde.[63] Die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gebrachten Grundsätze entsprachen weitgehend Gedankengängen, wie sie bereits in dem kurz zuvor von der Sozialisierungskommission verabschiedeten Gutachten anzutreffen waren. Beispielsweise fand sich bereits im Gutachten die Formulierung, der Verwaltungsrat solle sich "vornehmlich aus Vertretern des freien Wirtschaftslebens" zusammensetzen. Einige Mitglieder sollten von Gewerkschaften bzw. durch den Reichstag ernannt werden.[64] Der Verkehrsminister betonte, Sinn des Gesetzes sei es, die Reichsbahn auf eine gesunde wirtschaftliche Basis zu stellen und damit die Zukunft des Staatsbetriebes zu sichern.[65]

Schon im ersten Entwurf ging das Gesetz weit über den Rahmen des Artikels 92 hinaus,[66] in dem erstmalig für das deutsche Eisenbahnwesen der Grundsatz aufgestellt worden war, daß die "Reichseisenbahnen ... als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten" seien.[67] Seine Umsetzung in die Praxis spielte im Zuge der Schaffung der Reichsbahn und bei ihrem weiteren Ausbau eine große Rolle.

Im Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes war beispielsweise die Bestimmung zu finden, daß Haushalt und Rechnung der Reichsbahn von dem übrigen Haushalt und der übrigen Rechnung des Reiches getrennt geführt werden sollen. Der außerordentliche Haushalt solle durch Anleihen gedeckt werden. Dem Reichsverkehrsminister wurde eingeräumt, "in dringlichen Fällen ... selbständig ... die durch die Geldentwertung bedingten Mehrausgaben durch Tariferhöhungen unverzüglich auszugleichen." Neben dem Sachverständigenbeirat sollte dem Minister als zweite beratende Körperschaft ein Verwaltungsrat beigeordnet werden. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates war mit je 6 Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrates und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 6 Vertretern des Eisen-

62 Vgl. Groener, Wilhelm, Die Reichseisenbahnen in Gegenwart und Zukunft, in: Deutsche Revue, 46. Jg. 1921, S. 226 f., 235.

63 Groener schreibt dazu: "Die Lösung der Betriebsverwaltung von der eigentlichen Ministerialinstanz wird der Verwaltung die ständige Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte ersparen können. Ein Verwaltungsrat mit Männern aus der freien Wirtschaft kann dieser Leitung seine Erfahrungen zur Verfügung stellen ..." (STA Schwerin, Gesandtschaft Berlin, Nr. 106, Bl. 756.)

64 Vgl. Gutachten ..., a. a. O., S. 11 f.

65 Vgl. Groener, Wilhelm, Die Eisenbahn als Faktor der Politik, Stuttgart 1921, S. 12 = Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Nr. 76.

66 STA Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 378 I, Bl. 164 - 166, Anträge Preußens zum Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches (Nr. 4 der Drucksachen).

67 Reichsgesetzblatt 1919, S. 1400 f.

bahnpersonals und 12 als Mitglieder zu ernennenden Sachverständigen konzipiert. Als seine Aufgabe wurde die Begutachtung aller wichtigen Maßnahmen hinsichtlich der Organisation, Verwaltung und Finanzwirtschaft der Reichsbahn bezeichnet. Das Reichsbahnfinanzgesetz sollte am 1. April 1923 in Kraft treten. [68]

Daß die an einer Reprivatisierung der Reichsbahn interessierten Kräfte den Kampf keineswegs aufgegeben hatten, zeigten die bald darauf in der Presse erscheinenden ersten Stellungnahmen zum Gesetzentwurf. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" richtete einen scharfen Angriff gegen die seit der Novemberrevolution betriebene Eisenbahnpolitik der Regierung. Sie behauptete empört, die Verwaltungsratsmitglieder verträten mindestens zur Hälfte gewerkschaftliche Interessen. [69] Die "Industrie- und Handelszeitung" verlangte, ausgehend von der Feststellung, daß der Referentenentwurf einen "Kompromiß zwischen der Reprivatisierung der Reichsbahn unter staatlicher Kontrolle und der Beibehaltung der staatlichen Eisenbahnverwaltung" beinhalte, nachdrücklich, den Anteil der Vertreter der Wirtschaft im Verwaltungsrat zu vergrößern und die Befugnisse für dessen Wirksamkeit im Sinne der Privatwirtschaft zu erweitern. [70]

Mitte Dezember 1921 hatte sich der vier Monate zuvor beim Reichsverkehrsministerium ins Leben gerufene Organisationsausschuß, der Fragen der Neuorganisation der Reichsbahnverwaltung beraten sollte und der Vertreter der Verwaltung sowie der Eisenbahnergewerkschaften zu seinen Mitgliedern zählte, [71] endgültig konstituiert. An der zweiten Beratung, die das Reichsbahnfinanzgesetz zum Gegenstand hatte, nahmen Anfang Januar 1922 Industrielle und höhere Eisenbahnbeamte teil, die sich erst kurz vorher als Mitglieder und Sachverständige in der Sozialisierungskommission zur Eisenbahnthematik geäußert hatten. [72]

Die Stellungnahme der führenden imperialistischen Wirtschaftsverbände, wie des RVDI und des Deutschen Industrie- und Handelstages, wurde von Direktor Hans Kraemer, Mitglied des Präsidiums und des Vorstandes der RVDI und Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, abgegeben. Die taktische Variante bestand offenbar darin, zunächst beschwichtigend hinsichtlich der gerade noch erhobenen Privatisierungsforderungen zu wirken, um danach die für das Monopolkapital entscheidenden Punkte erneut als notwendige Bestandteile der Umgestaltung der Reichsbahn vorzubringen. Das neue Gesetz sollte die Bezeichnung "Eisenbahnwirtschaftsgesetz" erhalten, "damit schon äußerlich erkennbar sei, daß es sich auch in dem Gesetz hauptsächlich um die Durchsetzung der gesunden Grundsätze der Privatwirtschaft handle." [73]

68 Vgl. STA Dresden, Außenministerium, Nr. 7576, Bl. 33 - 37, Reichsbahnfinanzgesetz - Erster Entwurf; siehe auch Der Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes, in: Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung, 17. 12. 1921.

69 Ein Staat im Staate. Die praktische Wirkung des Reichsbahnfinanzgesetzes, in: Deutsche Bergwerkszeitung, 26. 1. 1922.

70 Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung, in: Industrie- und Handelszeitung, Nr. 3, 4. 1. 1922.

71 Vgl. Jahrbuch des deutschen Verkehrswesens 1922, Bd. 1, a. a. O., S. 36.

72 Vgl. STA Dresden, Außenministerium, Nr. 7576, Bl. 62.

73 Sie forderten u. a. völlige Aufhebung der parlamentarischen Kontrolle, womit zugleich außenpolitische Gesichtspunkte verfolgt wurden. (Vgl. Verhandlungen des Deutschen Industrie- und Handelstages, Nr. 1/1922, Sitzung des Verkehrsausschusses, Berlin, 16. 1. 1922, S. 3.)

Groener hielt während der gesamten Zeit der Verhandlungen über den Gesetzentwurf unmittelbare Verbindung zur Schwerindustrie. Er äußerte im Februar in einer offiziellen Besprechung, er habe Stinnes gebeten, unter Mitarbeit von Beamten des Reichsverkehrsministeriums den Entwurf eines Vertrages zwischen dem Reich und einer künftigen privatwirtschaftlichen Eisenbahn-Aktiengesellschaft aufzustellen. Stinnes habe jedoch bisher keinen Gebrauch davon gemacht.[74]

Einige zur Ergänzung des Reichsbahnfinanzgesetzes unterbreiteten Vorschläge kamen später bei der Bildung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zur Ausführung.[75]

Ende März 1922 spitzten sich die Debatten über die Umgestaltung der Reichsbahn erneut zu, als der RVDI der Öffentlichkeit wiederum ein Gutachten übergab, das unter Beteiligung von Vertretern der Kohle-, Eisen- und Stahlmonopole verfaßt worden war.[76] Darin wurde vorgeschlagen, "eine gemeinwirtschaftliche Aktiengesellschaft zu schaffen", die "die Eisenbahnen zu Eigentum übernehmen" sollte. Als ihre Hauptträger waren die "Berufsstände" (Landwirtschaft, Handel einschließlich Banken, Industrie und Handwerk) vorgesehen, wodurch für die Öffentlichkeit eine Regelung im Interesse der Gesamtgesellschaft vorgetäuscht wurde. Die erhobenen Forderungen zeigten jedoch deutlich, daß die großen Monopole den größten Nutzen daraus ziehen würden. Das Gutachten forderte völlige Tariffreiheit für fünf Jahre. Das hätte den führenden Unternehmen völlig freie Hand gegeben, ihre Interessen in dem riesigen und wichtigen Transportunternehmen durchzusetzen und seine Politik zu bestimmen.

Währenddessen versuchten führende deutsche Konzernherren offenbar, weitere Fäden anzuknüpfen. Der "Vorwärts" verbreitete am 4. Mai 1922 eine Meldung des Berliner Korrespondenten des "Daily Herald", wonach eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Hermes einerseits und Stinnes, Krupp, Henschel und Linke-Hoffmann andererseits über die Entstaatlichung der Reichsbahn als Grundlage für eine Reparationsanleihe stattfinden sollte.[77] Sie scheint jedoch ergebnislos verlaufen zu sein.

Aber selbst die Gegner der Reprivatisierung hielten eine feste wirtschaftliche Basis der Reichsbahn für notwendig. Im Februar 1922 hatte das Mitglied der Sozialisierungskommission, Vogelstein, in einem für den Reichswirtschaftsminister angefertigten Gutachten über den Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes darauf hingewiesen, daß es richtig sei, die Reichsbahn auf Goldbasis zu stellen, um

74 Vgl. Niederschrift über die am 18. 2. 1922 mit den Länderregierungen stattgefundene Besprechung (STA Dresden, Außenministerium, Nr. 7576, Bl. 80, 53.)

75 Es handelte sich beispielsweise um die Trennung der Funktionen des Reichsverkehrsministers und des zukünftigen Generaldirektors sowie um die Benennung eines Arbeitsausschusses des Verwaltungsrates. (Vgl. ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 258, Eisenbahnen Gen., Nr. 88, Bl. 42, 31, Vermerk über Sitzung im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe am 1. 2. 1922 und Entwurf IV des Reichsbahnfinanzgesetzes.)

76 Vgl. dazu Die deutsche Eisenbahnfrage, Berlin 1922, S. 25 - 30. - Der Organisationsausschuß unterstrich, daß die "Interessen der vorwiegend beteiligten Privatindustrie" bei der vorgeschlagenen Gesellschaftsgründung den Ausschlag geben. Vgl. auch Staatsbahn oder Privatbahn?, Berlin 1922, S. 38.

77 Vgl. STA Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 1701, Bl. 328 f.

"auch für etwaige spätere internationale Transaktionen (einen) richtigen Maßstab" zu finden.[78]

Ein vom Deutschen Eisenbahner-Verband im Frühjahr 1922 unterbreiteter "Gegenentwurf" zum Reichsbahnfinanzierungsgesetz stimmte in den Ruf der kapitalistischen Sachverständigen nach Schaffung von Voraussetzungen für die "Wirtschaftlichkeit" der Reichsbahn ein.[79] Eine im Gegenentwurf vorgesehene stärkere Vertretung des Personals erachteten Großindustrielle und Reichsregierung jedoch als Gefahrenpunkte für ihr Ziel, den Einfluß führender Gruppen des Monopolkapitals bei der Reichsbahn und damit deren Profite zu erhöhen. Die Beratungen über die Entwürfe zum Reichsbahnfinanzgesetz in den verschiedenen Gremien führten im großen und ganzen zu der Auffassung, daß die für die Reichsbahn in Aussicht genommene Wirtschaftsform die Anwendung von Prinzipien der privatwirtschaftlichen Betriebsführung nicht in genügendem Umfang zuließ. Das war nicht allein die Meinung der Sachverständigen der Industrie, sondern auch - wobei allerdings unterschiedliche Gründe eine Rolle spielten - die der Ländervertreter.[80] Im Frühsommer 1922 konnte das Reichsbahnfinanzgesetz im wesentlichen als gescheitert angesehen werden. Seine Verabschiedung mußte im Frühjahr 1923 aufgrund der durch die Ruhrbesetzung entstandenen Situation endgültig fallengelassen werden.[81]

7. Verwirklichung des Ziels der Monopole: die Reichsbahn-Gesellschaft

In der Zwischenheit hatte die Reichsbahnverwaltung jedoch damit begonnen, einige der im Gesetzentwurf berührten Punkte mehr oder weniger rasch bereits in die Tat umzusetzen.

78 Vgl. Das Reichseisenbahnfinanzgesetz, in: Sächsische Staatszeitung, Nr. 48, 25. 2. 1922.

79 Der DEV-Vorstand suchte die Illusion zu verbreiten, es sei gleicherweise das Anliegen der Eisenbahner und der Reichsbahnverwaltung, für das Gedeihen eines Staatsbetriebes der aus dem "Volkswillen" entstandenen Weimarer Republik einzutreten. Der Gegenentwurf zum Reichsbahnfinanzgesetz fand mit einem Antrag vom 10. 5. 1922 auch die Unterstützung der Reichstagsfraktion der SPD. (Vgl. Die Sozialisierung der Eisenbahn, in: Die Internationale Gewerkschaftsbewegung, 2. Jg. 1922, S. 218, 220 - 222; Reichstag, I. Wahlperiode 1920/22, Nr. 4210 der Drucksachen.)

80 Der neue Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes war in der Besprechung des Reichsverkehrsministeriums mit den Ländervertretern am 11. 7. 1922 abgelehnt worden. Der endgültige (6.) Entwurf wurde dem Kabinett Wirth kurz vor dessen Rücktritt Mitte November 1922 vorgelegt. Nach Abänderung der Bestimmungen über die Verwendung der Reichsbahn-Überschüsse waren alle Reichsressorts mit dieser Fassung einverstanden. (Vgl. STA Dresden, Außenministerium, Nr. 7576, Bl. 106, Aufzeichnung über die Besprechung am 11. 7. 1922; Das Reichsbahnfinanzgesetz - ein Alarmruf, in: Bayrischer Kurier, 25. 11. 1922; ZStA, Präsidialkanzlei, Nr. 344, Schreiben des Reichsverkehrsministers und des Reichsfinanzministers an den Staatssekretär in der Reichskanzlei v. 8. 3. 1923.)

81 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 258, Eisenbahnen Gen., Nr. 88, Bl. 70, Schreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an den preußischen Minister des Innern v. 12. 4. 1923.

Das betraf vor allem die Durchsetzung von Tariferhöhungen, um die Einnahmen den in der Inflation immer schneller wachsenden Ausgaben anzupassen, die Verminderung des Personalbestandes, die stärkere Vereinheitlichung und Zentralisierung der Verwaltung und die rationellere Organisation der Eisenbahnwerkstätten. Mit diesen Maßnahmen wurde zunächst eine wirtschaftliche Festigung bei der Reichsbahn erreicht. Die weiterhin geplanten Schritte richteten sich insbesondere gegen die Interessen der Masse der Eisenbahner und die von ihnen erkämpften Rechte.[82] Die rechte Führung des DEV rühmte sich damals öffentlich der Tatsache, daß sie unter den Eisenbahnern "Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten habe[83]; sie hatte der nachdrücklichen Durchsetzung sozialer Forderungen Hemmnisse in den Weg gelegt. Die KPD hatte stets auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die vor allem aus dem verstärkten Einfluß der Schwerindustrie auf die Reichsbahn für die Lebenslage der Eisenbahner, aber auch der übrigen Werktätigen erwuchs.[84]

Nachdem durch die Ruhrbesetzung die Frage der Reparationsregelung erneut akut wurde, versuchten die deutschen Großindustriellen und Bankherren, die absolute Kontrolle über die Reichsbahn nunmehr in anderer Form - unter unmittelbarer Beteiligung des internationalen Finanzkapitals - zu erreichen. Das Ende der revolutionären Nachkriegskrise schuf günstige Bedingungen, die jahrelang vorbereitete Umgestaltung der Reichsbahn durchzusetzen.

Die erste Maßnahme war die Loslösung der Reichsbahn von der allgemeinen Reichsverwaltung am Tage der Einführung der Rentenmark. Durch Notverordnung wurde ein juristisch und wirtschaftlich selbständiges "Unternehmen 'Deutsche Reichsbahn'" geschaffen. Es übernahm den Betrieb und die Verwaltung der Reichsbahn und entsprach bereits in erheblichem Maße den Zielen der deutschen Monopole in dieser Hinsicht.

Im Dawes-Komitee erörterten die internationalen Sachverständigen im Zusammenhang mit der künftigen Regelung der deutschen Reparationszahlungen die Frage, wie das Reichsbahn-Unternehmen in Form und Inhalt einer Aktiengesellschaft angeglichen werden konnte. Auf die Fixierung der Reichsbahnangelegenheiten in den der Londoner Konferenz im August 1924 vorgelegten Dokumenten hatten die Repräsentanten des USA-Kapitals bestimmenden Einfluß. Der Dawes-Plan erleichterte es den Monopolen, die Reichsbahn zu Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ganz in ihre Hand zu bekommen. Mit der Errichtung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erreichte das Finanzkapital einen derart unmittelbaren und umfassenden Einfluß auf diesen Riesenbetrieb, wie er nie zuvor bestanden hatte.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hob hervor, daß mit der Gründung der Reichsbahn-Gesellschaft die nicht zuletzt mit den Steuergroschen der Werktäti-

82 Groener legte Anfang Dezember 1922 eine neue Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn vor. Vgl. ZStA, Präsidialkanzlei, Nr. 344, Bl. 14 - 21, Schreiben an den Staatssekretär in der Reichskanzlei v. 7. 12. 1922.

83 ZStA, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Nr. 394, Bl. 455, Ausführungen des DEV-Vorsitzenden Franz Scheffel in der gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und des Finanzpolitischen Ausschusses am 14. 11. 1922.

84 Vgl. Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstages, Bd. 357, Berlin 1923, S. 9227 C, Ausführungen des KPD-Abgeordneten Höllein in der 277. Sitzung des Reichstages am 6. 12. 1922.

gen durch den Staat erworbene und ausgebaute Reichsbahn dem deutschen und internationalen Monopolkapital voll und ganz zur Nutzung übertragen wurde und auf dieser Basis zugleich einen Großteil der Reparationszahlungen an die imperialistischen Siegermächte leisten sollte.[85]

85 Dokumente und Materialien ..., a. a. O., Bd. VIII, Berlin 1975, S. 43, 103; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 405 f.

Zur Bedeutung der Steckenpferdbewegung im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs im VEB Berliner Glühlampenwerk 1959/60

von Renate Schwärzel

Den Betrieb als Teil einer eng verflochtenen Wirtschaft zu sehen und die Betriebsgeschichte als Teil der allgemeinen historischen Entwicklung darzustellen ist von großer Bedeutung für die betriebshistorische Arbeit und geeignet, Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der DDR und dem Betriebsgeschehen besonders deutlich zu machen.

Die Geschichte eines jeden Betriebes durchläuft Entwicklungsabschnitte, die für die politische und ökonomische Entwicklung der gesamten DDR kennzeichnend sind, wie auch solche, die in den verschiedenen Betrieben mit unterschiedlicher Wichtung nachzuzeichnen sind.

Es gibt im Rahmen der allgemeinen Entwicklung Erscheinungen, Initiativen, die für einige Betriebe von ganz besonderer Bedeutung waren. Bei der Erarbeitung und Darstellung der Betriebsgeschichte muß daher stärker als bisher verfolgt werden, welche besonderen, nicht für alle Betriebe gleichermaßen typischen Erscheinungen sich neben den allgemeinen Entwicklungslinien herausgebildet haben.

Ein Beispiel dafür ist die Steckenpferdbewegung der Jahre 1958 bis 1960. Sie diente dem Ziel, den Außenhandel so weit wie möglich auszudehnen, den Exportplan also termin- und sortimentsgerecht sowie in hoher Qualität zu erfüllen und überzuerfüllen - zusätzliche Waren für den Export zur Verfügung zu stellen.

Die Initiative hierzu ging im Mai 1958 von den Werktätigen des VEB Steckenpferd Dresden aus, die durch höhere Arbeitsproduktivität für 100 000 Dollar Seifen und Kosmetika zusätzlich für den Export herstellen wollten.

Die Kollegen dieses Betriebes schlugen vor, den zusätzlichen "Devisenbetrag zum Ankauf eines 10 000-Tonnen-Frachters zu verwenden, damit unsere Republik Frachtkosten einsparen und den Import von Konsumgütern erhöhen kann."[1]

Die "Steckenpferdbewegung" breitete sich zunächst insbesondere auf viele Betriebe der Leichtindustrie aus, griff aber dann auch auf Betriebe des Maschinenbaus, der Elektroindustrie, der optischen Industrie sowie anderer Zweige über.

Statt des vorgeschlagenen einen 10 000-Tonnen-Frachters entstand eine ganze "Steckenpferdflotte". Allein im Jahre 1958 konnten fünf Frachtschiffe gekauft werden. Den Höhepunkt bildete der Ankauf der "Völkerfreundschaft" als Ferienschiff

1 Rubbel, Rudi/Voigtländer, Gerhard/Gnielka, Heinz, Steckenpferd, wohin?, Berlin 1960, S. 6.

der Werktätigen. Aber auch Personenkraftwagen, Motorräder, Fernsehgeräte, Rundfunkempfänger und anderes mehr konnten aus Mitteln der Steckenpferdbewegung zusätzlich für den Bevölkerungsbedarf gekauft werden. [2]

In der Steckenpferdbewegung zeigte sich deutlich, wie im sozialistischen Wettbewerb das Wesentliche einer bestimmten Situation und Entwicklungsetappe berücksichtigt und zum Ausgangspunkt der Initiativen der Werktätigen werden muß: Die Steigerung des Exports war in den Jahren 1957/58 ein Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik der DDR geworden. [3]

In der "Kleinen Geschichte einer großen Bewegung" nennen Falk und Barthel die Steckenpferdaktion eine Initiative, die in die Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung eingegangen ist. [4] In späteren zusammenfassenden Darstellungen zur Geschichte der DDR wird sie jedoch kaum noch erwähnt. Aber wenn es sich hierbei auch nur um eine Teilbewegung innerhalb des sozialistischen Wettbewerbs gehandelt hat, so hat die Steckenpferdbewegung doch in vielen Betrieben eine wichtige Rolle gespielt.

Das muß auch in den entsprechenden betriebsgeschichtlichen Darstellungen zum Ausdruck kommen. Diese Bewegung dort nur zu erwähnen oder "kurz anzuführen" reicht sicher nicht. Das zeigte sich beispielsweise im VEB Berliner Glühlampenwerk (BGW), der heute Teil des Kombinates NARVA ist. In einem Bericht dieses Betriebes heißt es zur Steckenpferdbewegung: "Eine wertvolle Initiative in der Steckenpferdbewegung wurde von einer Jugendbrigade im VEB Berliner Glühlampenwerk ergriffen. Sie verpflichtete sich, durch Senkung des Glasbruches und der Maschinenstillstandszeiten der Steckenpferdaktion monatlich 10 000 Lampen zum zusätzlichen Export zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit anderen Abteilungen des Betriebes, die sich dieser Initiative anschlossen, sollte ein zusätzlicher Exporterlös von 400 TDM erbracht werden. Er wurde mit einer Übererfüllung von 416 TDM abgeschlossen." [5]

Oft werden Initiativen in Betrieben in dieser oder ähnlicher Form in Betriebszeitungen oder auch betriebsgeschichtlichen Arbeiten erwähnt; die Verpflichtung wird genannt ebenso die Abrechnung des Ergebnisses. Die im Wettbewerb erreichten Resultate kritisch abzurechnen und auszuwerten ist bedeutungsvoll, und ihre Darstellung kann in der Betriebsgeschichte großen ideologischen Einfluß auf die Werktätigen haben. Sie hilft ihnen, sich neue große Ziele zu stellen, diese nicht aus dem Auge zu verlieren, ihre Ausstrahlung sowie stimulierende Wirkung zu erhalten und schließlich die Ergebnisse kontinuierlich kritisch auszuwerten.

Dennoch bieten die im Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk vorhandenen und andere Quellen die Möglichkeit, die Steckenpferdbewegung wirkungsvoller darzustellen. Der zitierte Abschnitt sagt beispielsweise nichts über die Bedeutung dieser Bewegung im Betrieb aus; er macht nicht deutlich, wie und mit welchen Mitteln und Methoden die Verpflichtung erfüllt wurde, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren. Das aber ist es, was die Betriebsgeschichte lebendig, anschaulich und lebensnah macht und dazu führt, daß sie für die Werk-

2 Vgl. ebenda.

3 Falk, Waltraud, unter Mitarbeit von Horst Barthel, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966, S. 155.

4 Ebenda, S. 156.

5 Vgl. Betriebsarchiv des VEB Berliner Glühlampenwerk, Akten-Nr. 19723.

tätigen an Bedeutung und an ideologischem Einfluß auf sie gewinnt. Bei weiterführenden Untersuchungen fanden sich Quellen, die weit anschaulichere Aussagen ermöglichen. Dazu gehörten beispielsweise

- die jährlichen Geschäftsberichte bzw. -analysen, die insbesondere Hinweise auf die wertmäßige Abrechnung ergaben;
- die Akten des Betriebsarchivs, insbesondere die der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Absatzabteilung;
- die Betriebszeitung, die Informationen zur Popularisierung dieser Initiative, über deren Inhalt und organisatorischen Ablauf vermitt elte;
- Brigadetagebücher, die einen lebendigen Einblick in das tägliche Ringen der Werktätigen um höchste Planerfüllung ermöglichen.

Darüber hinaus wurden Bestände des Archivs des FDGB-Bundesvorstandes wie auch spezielle Literatur aus der Bibliothek beim Bundesvorstand des FDGB ausgewertet.

Bei diesen Studien wurde dann deutlich, daß die Steckenpferdbewegung im VEB Berliner Glühlampenwerk in den Jahren von 1958 bis 1960 nicht als irgendeine, sondern als die damals für den Betrieb typische Bewegung eingeschätzt werden muß. Ihre Darstellung muß daher auch in der Betriebsgeschichte eine besondere Rolle spielen.

Nachdem bereits im Jahre 1958 im VEB Berliner Glühlampenwerk in der Steckenpferdbewegung Anfangserfolge erzielt worden waren, ergriff 1959 die Jugendbrigade "Renate Kruse" - die erste Brigade des Betriebes, die um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" in der Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" kämpfte - die Initiative und rief die Werktätigen des BGW dazu auf, sich auch in diesem Jahr an der Steckenpferdbewegung zu beteiligen. Die Brigade verpflichtete sich, den Glasbruch zu senken, die Maschinenstillstandszeiten zu verringern und die Kapazität der Maschinen so auszunutzen, daß monatlich 10 000 Lampen für den Export über den Plan hinaus gefertigt werden konnten.[6]

Diesem Aufruf - durch Betriebszeitung und Betriebsfunk popularisiert - schlossen sich viele Abteilungen des Betriebes an. So verpflichtete sich zum Beispiel die Abteilung Hochdrucklampe, Exportgüter im Werte von 80 000 DM zusätzlich zu fertigen, insbesondere durch die Senkung des Materialverbrauchs.

Die betriebliche Gesamtverpflichtung innerhalb der Steckenpferdbewegung zum zehnten Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik erreichte eine Höhe von 400 000 DM. Das waren 16 Prozent der gesamten Exportplansumme des Betriebes.

Zur Realisierung dieser Verpflichtung hatte die Absatzabteilung des VEB Berliner Glühlampenwerk mit dem DIA Elektrotechnik einen gemeinsamen Maßnahmeplan[7] zur Steigerung des Exports festgelegt. Darin war die Verpflichtung des Außenhandelsbetriebes enthalten, die zusätzliche Exportproduktion abzusetzen. Der Maßnahmeplan sicherte aber noch nicht die zusätzliche Produktion; zeitweilig fehlte es an dem für die Produktion notwendigen Material. Die Jugendbrigade wandte sich auf der Berichtswahlversammlung der Betriebsparteiorganisation der SED mit der Forderung an die Genossen der technischen und kaufmännischen

6 Vgl. Der Lichtblick. Betriebszeitung der Arbeiter, Angestellten und der Intelligenz des Volkseigenen Berliner Glühlampenwerkes, Nr. 14/1959, S. 1.
7 Ebenda, Nr. 24/1959, S. 1.

Leitung des Betriebes, ihrer Verantwortung hierbei besser gerecht zu werden und sich noch mehr um die Probleme der Produktionsvorbereitung zu kümmern.[8]

Zum 1. Mai 1959 konnten die Werktätigen des VEB Berliner Glühlampenwerk über sehr gute Ergebnisse in der Planerfüllung und in der Steckenpferdbewegung berichten. Die Jugendbrigade "Renate Kruse" rief als Initiator der Steckenpferdbewegung in diesem Betrieb aus dem Demonstrationszug auf dem Berliner Marx-Engels-Platz alle Exportbetriebe der Stadt auf, sich im Berliner Tempo an der Steckenpferdbewegung zu beteiligen.

Der FDGB-Bezirksvorstand griff die Initiative der Brigade auf und unterstützte die Verbreitung ihres Aufrufes durch ein Flugblatt.[9] Das Beispiel der Brigade wirkte auf viele Berliner Exportbetriebe.

Im BGW selbst fanden kontinuierlich Beratungen statt; die einzelnen Abteilungen zogen Zwischenbilanz, untersuchten kritisch die bestehenden und die neu auftretenden Schwierigkeiten. Überall wurde Antwort auf die Frage verlangt, ob wirklich an jedem Tag, in allen Teilen des Werkes um die Planerfüllung und die Exportplanerfüllung gekämpft wurde.

Bereits am 30. September 1959 erreichte die Abteilung Hochdrucklampe ihr Ziel, zusätzliche Waren im Werte von 80 000 DM im Rahmen der Steckenpferdbewegung zu liefern. Als wichtiges Mittel, dieses Ziel zu erreichen, schätzten die Arbeiter die tägliche Planaufschlüsselung und die damit verbundene Kontrolle ein, durch die sie die monatliche Erfüllung und Übererfüllung des Planes gewährleisten konnten.

Insgesamt erfüllten die Glühlampenwerker ihre Verpflichtungen in der Steckenpferdbewegung im Jahre 1959 mit 104 Prozent bzw. 416 000 DM.[10]

Diesen Erfolg konnte der VEB Berliner Glühlampenwerk nur im Rahmen des gesamten innerbetrieblichen sozialistischen Wettbewerbs erreichen, der mit dem Ziel geführt wurde, die Arbeitsproduktivität zu steigern, den Materialverbrauch (besonders den Glasbruch) zu senken und eine planmäßige, kontinuierliche und sortimentsgerechte Produktion zu erreichen.

Im Jahre 1959 beteiligten sich im BGW 96 Prozent aller Produktionsarbeiter am sozialistischen Wettbewerb.[11] Einen großen Anteil an diesem Erfolg hatte die Bildung sozialistischer Brigaden und Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Bewegung "Sozialistisch arbeiten, leben und lernen" im Betrieb.

1960 führte wiederum dieselbe Jugendbrigade die Steckenpferdbewegung im VEB Berliner Glühlampenwerk weiter, mit der Verpflichtung, 60 000 Lampen über den Plan zu fertigen.[12] Die Brigade übernahm diese Verpflichtung zu Ehren der Jungfernfahrt des ersten FDGB-Urlauberschiffes, der "Völkerfreundschaft", das aus Mitteln der Steckenpferdbewegung gekauft worden war.

8 Ebenda, Nr. 16/1959, S. 3.
9 Zentralarchiv des FDGB Bundesvorstandes, Akten-Nr. A 1319.
10 Betriebsarchiv des VEB BGW, Akten-Nr. 19273, Jahresgeschäftsbericht des VEB BGW 1959, S. 22.
11 Der Lichtblick, a. a. O., Nr. 39/1959, S. 1.
12 Ebenda, Nr. 3/1960, S. 1.

Gast des Schiffes war auch eine Kollegin aus der Jugendbrigade, stellvertretend für das gesamte Kollektiv, das auf diese Weise für seine Initiative in der Steckenpferdbewegung ausgezeichnet worden war.[13]

Von großer Bedeutung für die Durchsetzung der Steckenpferdbewegung im Betrieb und damit auch für ihre Erfolge war die Betriebszeitung, die sich kontinuierlich mit dieser Form des Wettbewerbs, ihren Zielen, Problemen und Resultaten auseinandersetzte. Sie beschränkte sich nicht darauf, die Wettbewerbsaufrufe abzudrucken, sondern war ständig bemüht, die Werktätigen in Artikeln und Reportagen mit dem Anliegen, den Zielen und den bereits erreichten betrieblichen und volkswirtschaftlichen Erfolgen dieser Bewegung vertraut zu machen. Auch hierin kommt zum Ausdruck, daß die Betriebszeitung eines der wichtigsten Mittel der politisch-ideologischen Arbeit im Betrieb ist. Aus diesem Grund wird sie zu einer außerordentlich wichtigen Quelle für die Betriebsgeschichte, bietet sie zahlreiche Informationen sowie überzeugende Fakten und Daten zur Geschichte der Wettbewerbsbewegung, die künftig noch mehr als bisher für die Betriebsgeschichtsarbeit genutzt werden sollten.

13 Ebenda, Nr. 9/1960, S. 3.

Die Einführung der Schnellfrequenz-Bohrmaschine in den Kaligruben der DDR 1957 bis 1962

von Veronika Siedt

Auf dem IX. Parteitag der SED wurde darauf hingewiesen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ein durchgängiger und ständiger Neuerungsprozeß ist. "Hohe Effektivität und Qualität werden - das lehren die Erfahrungen unseres erfolgreichen Weges seit dem VIII. Parteitag - in hohem Maße davon bestimmt, wie in jedem Betrieb und Kombinat, in den Genossenschaften und wissenschaftlichen Einrichtungen, in jedem Zweig und Bereich und in der gesamten Volkswirtschaft umfassend und initiativreich Niveau und Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts weiter bedeutend erhöht werden."[1]

Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist keine neue, erst seit dem IX. Parteitag gestellte Aufgabe; sie zählte schon immer zu den Hauptaufgaben der Wettbewerbsbewegung. Geht es heute vor allem darum, die hochproduktiven Anlagen rationell auszunutzen, bestanden in den fünfziger und auch noch in den sechziger Jahren bescheidenere Zielsetzungen: die Mechanisierung und Kleinmechanisierung der vorhandenen Technologien. Die grundsätzlichen Fragen bei der Durchsetzung der neuen Technik sind aber damals wie heute ähnlich. Damals wie heute erfolgt die Einführung der neuen Technik nicht konfliktlos, stets müssen eine Reihe von Problemen in schöpferischer Auseinandersetzung gelöst werden. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit von Partei-, Werk- und Forschungsleitungen und insbesondere der Werktätigen und ihrer Gewerkschaft. Eine historische Analyse dieses Prozesses führt zu wesentlichen Erkenntnissen nicht nur für das historische Verständnis, sondern auch für die Gegenwart.

Erst Mitte der sechziger Jahre konnten - entsprechend der Entwicklung der Kalibergbautechnik und der bereitgestellten Investitionsmittel - modernste Abbaugeräte in den Kalibergwerken der DDR eingesetzt werden. Bis dahin wurde die Steigerung der Arbeitsproduktivität - nach Beseitigung der Kriegszerstörungen in den fördernden Gruben und der Wiederinbetriebnahme von Reservegruben bis 1955 - vor allem durch die Erhöhung der Auslastung der Grubenkapazität und die Modernisierung der vorhandenen Grubentechnik erreicht.[2]

1 IX. Parteitag der SED. Bericht zur "Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976 - 1980", Berlin 1976, S. 37.

2 Vgl. Duchrow, Günther, 25 Jahre Kalibergbau in der Deutschen Demokratischen Republik - 25 Jahre erfolgreiche sozialistische Entwicklung eines Bergbauzweiges, in: Neue Bergbautechnik, Nr. 9/1974, S. 662 ff.

Das ist auch erkennbar an der Entwicklung der Investitionsmittel, die in der Kaliindustrie der DDR von 1955 bis 1958 auf 175 Prozent und bis 1964 auf rund 350 Prozent anstiegen.[3] Zwar muß dabei berücksichtigt werden, daß gerade in den Jahren des zweiten Fünfjahrplans und Anfang der sechziger Jahre ein großer Teil der Investitionen für die Verbesserung der Grubensicherheit und des Arbeitsschutzes bereitgestellt wurde, aber der Teil der Investitionen, der die Kleinmechanisierung und Mechanisierung in der Kaliindustrie förderte, trug wesentlich dazu bei, daß durch die Anwendung der produktiveren Grundmittel die Produktion gesteigert werden konnte.

Die Steigerung der Produktion von Kalierzeugnissen war von großer Bedeutung für die Entwicklung der Landwirtschaft der DDR und der anderen sozialistischen Länder. Für die Wirtschaft der DDR sind die Kalierzeugnisse ein wichtiges Mittel, Devisen zu erhalten.

Obwohl sich die Anzahl der Produktionsarbeiter in der Kaliindustrie von 1955 bis 1962 um zirka 13 Prozent erhöhte,[4] verlief diese Entwicklung jedoch sehr sporadisch und war von starker Fluktuation gekennzeichnet. Die Abwerbung von Facharbeitern durch die nahegelegenen Kaliunternehmen in der BRD aufgrund der offenen Grenze, die hohen Effektivlöhne im Maschinenbau der DDR und die gegenüber der Kaliindustrie besseren Arbeitsbedingungen in anderen Industriezweigen beeinflußten die Arbeitskräftesituation in den Kalibergwerken negativ.

Trotzdem steigerten die Kalikumpel ihre Arbeitsproduktivität in den Jahren 1955 bis 1962 um zirka 19 Prozent, und die Förderung von Kalirohsalzen konnte in der gleichen Zeit um rund 14 Prozent erweitert werden.[5] Wesentlichen Anteil daran hatten die betrieblichen und überbetrieblichen Wettbewerbe der Kalikumpel, die zum Beispiel um höhere Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten, Verbesserung der Qualität und Anwendung von Neuerermethoden geführt wurden. Die Anzahl der eingereichten Verbesserungsvorschläge sowie der Anteil der realisierten Vorschläge und ihr ökonomischer Nutzen verdoppelten sich von 1959 bis 1962.[6]

Diese Erfolge stellten sich jedoch nicht reibungslos ein. So bereitete zum Beispiel die durchgängige Anwendung der produktiveren Schnellfrequenz-Bohrmaschine (SF-Bohrmaschine), die gegenüber den bisherigen Bohrmaschinen eine Produktionssteigerung von 20 bis 40 Prozent pro Stunde erbrachte,[7] große Schwierigkeiten. Von der Konstruktion 1957 bis zu ihrer Durchsetzung in allen Kaligruben 1962 vergingen fünf Jahre. Um die Förderung von Kalirohsalzen zu steigern, war jedoch die Leistungsfähigkeit der Bohrmaschinen von ausschlaggebender Bedeutung. Besonders dringend wurde diese Forderung durch die Entwicklung des Förderguttransports unter Tage.

Partei- und Industriezweigleitung erkannten die Notwendigkeit, den Abbau stärker zu mechanisieren. Die Zentrale Forschungsstelle für die Kaliindustrie wurde 1955 beauftragt, eine leistungsstärkere und schlagwettergeschützte Bohrma-

3 Ohlendorf, Kurt, Entwicklung des Industriezweiges nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, Sondershausen 1965, S. 5 (Unveröffentlichtes Material des "Vereinigten Betriebsarchives Kaliindustrie").
4 Ebenda, S. 10.
5 Ebenda, S. 6.
6 Vereinigtes Betriebsarchiv der Kaliindustrie (im folgenden: VBAK), Nr. A VII - VVB, 10 - 356; 11 - 203; 10 - 358; 10 - 359.
7 Vgl. ebenda, Nr: 10 - 359.

schine zu entwickeln, deren Gewicht - im Interesse der Arbeitsbedingungen der Hauer - das der vorhandenen Bohrmaschinen nicht überschreiten sollte. Im Ergebnis der Forschungen entstand die Schnellfrequenz-Bohrmaschine, die den festgelegten Anforderungen entsprach und 1957 in Zusammenarbeit mit dem späteren Herstellerwerk konstruiert wurde. Im weiteren Verlauf der Forschungen wurde eine Schnellfrequenz-Großlochbohrmaschine entwickelt.

So standen der Kaliindustrie zwei produktivere Bohrmaschinentypen zur Verfügung. Ab 31. Dezember 1958 gelangten 74 Schnellfrequenz-Sprengloch-Bohrmaschinen (SFS) und 18 Schnellfrequenz-Großloch-Bohrmaschinen (SFG) zum Einsatz. Ihre anfängliche, aus Kabelbrüchen resultierende hohe Störanfälligkeit konnte 1959 durch die Vereinigung der bisherigen drei Kabel zu einem einzigen beseitigt werden. [8]

Obwohl damit den Beanstandungen der Hauer entsprochen wurde und sich auch ihre Arbeitsbedingungen nicht verschlechterten, fanden beide SF-Bohrmaschinen zunächst nicht die ihnen gebührende Anerkennung. Noch 1961 wurden von den in den Südharzwerken ausgelieferten SF-Bohrmaschinen nur 30 Prozent wirklich benutzt. Die übrigen Maschinen im Werte von einigen hunderttausend Mark lagen nutzlos in den Kaligruben herum. [9]

Die anfängliche hohe Störanfälligkeit dieser Bohrmaschinen hatte einen starken Eindruck hinterlassen. Das war aber nicht der Hauptgrund für die ablehnende Haltung der Hauer. Der bestand vor allem darin, daß mit der Einführung der produktiveren SF-Bohrmaschine eine höhere Norm vorgegeben worden war. Die starke Fluktuation im Industriezweig Kali hatte - wie in der Volkswirtschaft insgesamt - die Arbeitslöhne im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität übermäßig anwachsen lassen, was zu immer höheren ungerechtfertigten Forderungen führte. Selbst ein Verdienter Bergmann erklärte damals, er würde nur dann mit diesen Maschinen arbeiten, wenn mit der größeren Maschinenleistung auch höhere Löhne verbunden seien. [10] Diese Situation erschwerte es sehr, die Anwendung der neuen Bohrmaschinen konsequent durchzusetzen. Erst nach der Sicherung der Grenzen der DDR gegenüber Westberlin und der BRD am 13. August 1961 konnten wirksame Maßnahmen gegen die disproportionale Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn in Angriff genommen werden.

Die bewußtesten Vertreter der Arbeiterklasse nahmen unter dem Motto "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren" den Kampf um die Stärkung der DDR und damit des Friedens in Europa auf. Ihnen schloß sich eine Vielzahl von Kollektiven und Brigaden an. Eine große Wettbewerbsbewegung im Republikmaßstab, das "Produktionsaufgebot" war ins Leben gerufen worden. Auch die Arbeiter und Angestellten der Kaliindustrie nahmen daran teil. Eine der Hauptaufgaben des Produktionsaufgebotes mußte die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sein. Damit stand die umfassende Anwendung der SF-Bohrmaschinen im Mittelpunkt der Überlegungen zur Vergrößerung der Förderleistung. Im Ergebnis dessen beschloß die Bezirksleitung der SED Erfurt die "Einführung der Schnellfrequenzbohrmaschine in den Südharzwerken". [11]

8 Vgl. Meister, Bernd, Einige Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte in den Grubenbetrieben der Kaliindustrie der DDR von 1945 bis zum VIII. Parteitag der SED, Diss. Freiberg 1975, S. 82 ff.

9 Vgl. Kalimitteilungen, Sondernr. "Bohrfibel" (Nr. 862): Erste Erfahrungen beim Einsatz von Schnellfrequenzmaschinen im Kaliwerk "Thomas Müntzer".

10 Vgl. VBAK, 10 - 359, Punkt 1.

11 Vgl. Kalimitteilungen, a. a. O.

Zur Unterstützung des Produktionsaufgebotes der Kalikumpel hatte die Zentrale Forschungsstelle für die Kaliindustrie unter anderem die Aufgabe übernommen, Maßnahmen zur Steigerung der Förderung in den Grubenbetrieben zu erarbeiten. In Durchführung des Beschlusses der SED-Bezirksleitung Erfurt organisierte die Forschungsstelle in Zusammenarbeit mit der Grubenleitung den vollständigen Einsatz aller SF-Bohrsätze in den Gruben des Kaliwerkes "Thomas Müntzer", eines Betriebes der Südharzwerke. Unter den Hauern des Werkes, deren Meinung zu diesen Problemen sich im Resultat der Grenzsicherung am 13. August und zahlreicher ausführlicher Diskussionen darüber mit den Genossen der Betriebsparteiorganisation nach und nach verändert hatte, fand diese Maßnahme aktive Unterstützung. Sie gaben damit ihren Kollegen in den anderen Grubenbetrieben der VVB ein Beispiel.[12]

Der Einsatz der SF-Maschinen im Kaliwerk "Thomas Müntzer" und die damit erzielten Ergebnisse wurden von der Zentralen Forschungsstelle ausführlich erläutert und in einer Sondernummer der "Kalimitteilungen" veröffentlicht. Auf von der Parteileitung, der Gewerkschaft und der VVB-Leitung organisierten Foren innerhalb der VVB Kali vermittelten die besten Hauer ihre Erfahrungen, und die "Kalimitteilungen" berichteten ausführlich über Neuerermethoden, die auf den Foren diskutiert worden waren.[13] Die Hauer des Kaliwerkes "Thomas Müntzer" konnten vom erfolgreichen Einsatz aller Schnellfrequenz-Bohrmaschinen in ihren Gruben berichten. Sie organisierten außerdem für den November 1961 einen Wettbewerb von SF-Abbauen, durch den eine Vortriebsleistung von 70 Metern erreicht werden sollte. Ein vorher durchgeführter Vortriebswettbewerb hatte dagegen nur eine Monatsleistung von 45 Metern zum Ziel gehabt.[14]

Zu Beginn des Jahres 1962 riefen die Werktätigen des Kaliwerkes "Glückauf" zur Weiterführung des Produktionsaufgebotes auf. Der Schwerpunkt lag auch weiterhin in der Verbesserung der Hauer- und Schrapperleistungen. In der zweiten Phase hatte das Produktionsaufgebot mit der Losung "Neue Technik - neue Normen" eine neue Qualität erreicht. Im Mittelpunkt des Wettbewerbs in der Kaliindustrie stand die Ausarbeitung eines neuen Normenkataloges. Es galt, die alten, durch die Modernisierung der Grundmittel längst überholten Normen durch technisch begründete Arbeitsnormen zu ersetzen.

Durch die neuen Normen konnte im Rahmen der VVB Kali eine durchschnittliche Leistungssteigerung von 8 bis 10 Prozent erzielt werden. Die Normenwerte für die Anwendung der SF-Maschinen wurden am meisten erhöht, um 25 bis 42 Prozent.[15] Dem lag eine in den Gruben des Kaliwerkes "Thomas Müntzer" erarbeitete Zeitstudie zugrunde. Die neuen Normen brachten den vorbildlichen Arbeitseinsatz der Hauer des Werkes - nicht die Zeit der Besten war gestoppt worden - sowie die höhere Produktivität der SF-Bohrmaschinen zum Ausdruck.

Auf zwei Wegen wurde eine neue Einstellung der Hauer zu den neuen Normen erreicht: Einerseits erkannten sie durch praktische Demonstrationen die technischen Vorteile der SF-Bohrmaschinen, andererseits bewirkten politische Diskussionen mit den fortgeschrittensten Arbeitern eine Veränderung ihrer ideologischen Haltung, die sie dazu führte, aus eigener Einsicht den neuen Normen zuzu-

12 Ebenda, Einleitung.
13 Vgl. ebenda, Nr. 4/1960, wo z. B. über die Riemert-Methode berichtet wird; vgl. auch VBAK, Nr. A VII - VVB, 10 - 359, Punkt 1.
14 Vgl. Kalimitteilungen, Sondernr. "Bohrfibel", a. a. O.
15 Vgl. VBAK, Nr. A VII - VVB, 10 - 359, Punkt 1.

stimmen. Die Foren zeigen deutlich, daß sich das Bewußtsein der Hauer nicht nur durch die Aktivität der Leitungen, sondern auch durch die Diskussion untereinander nach und nach veränderte.

Ein Erfahrungsaustausch mit Kumpeln der SDAG Wismut vermittelte ihnen weitere wertvolle Hinweise.[16] Die Teilnahme der Kalikumpel am Produktionsaufgebot mit der Losung "Neue Technik - neue Normen" machte die errungenen Erfolge sichtbar.

Die meisten Kalikumpel erkannten schon sehr bald, daß es möglich war, trotz der höheren Normen den bisherigen Durchschnittslohn zu erreichen. Nach den ersten Lohnzahlungen war die ablehnende Haltung im wesentlichen überwunden. Ab März 1962 gelangten in allen Grubenbetrieben die vorhandenen SF-Bohrmaschinen auch zum Einsatz[17], am 31. Dezember 1962 waren es 383 SFS - das waren 518 Prozent gegenüber 1958 - und 131 SFG, das heißt 728 Prozent gegenüber 1958. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die 1958 vorhandene Anzahl von Maschinen nur zu einem geringen Teil wirklich genutzt worden war.[18]

Die Steigerung der Hauer- und Schrapperleistungen 1962 gegenüber 1961 veranschaulicht am deutlichsten den Erfolg im Kampf um höhere Arbeitsproduktivität durch den Einsatz neuer Technik.

Die Hauerleistungen (Tonnen Rohsalz pro Stunde) steigerten sich um 7 Prozent von 1961 bis zum ersten Halbjahr 1962 und um zirka 15 Prozent bis zum zweiten Halbjahr 1962, während die Schrapperleistungen in der gleichen Zeit eine Steigerung um zirka 7 Prozent erfuhren.[19]

In ihrem Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität und neue Normen errangen die Kalikumpel - in enger Zusammenarbeit mit der Partei- und Gewerkschaftsleitung sowie den betrieblichen Leitungs- und Forschungskadern - einen bedeutenden ökonomischen und politischen Sieg. Ab März 1962 kamen die SF-Bohrmaschinen in allen Kaligruben zum Einsatz.[20] Daß es fünf Jahre gedauert hatte, bis sich die Anwendung der neuen Arbeitsmittel durchgesetzt hatte, zeigt, wie schwierig es war, in jenen Jahren solche Ziele zu verwirklichen.

Die betriebsgeschichtliche Darstellung der damaligen Vorgänge veranschaulicht den Werktätigen des Betriebes die Notwendigkeit der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte und deren zügiger Einführung in die Produktion. Die Analyse dieser Ereignisse führt zu einer Reihe von Schlußfolgerungen, die noch heute in bezug auf die Einführung der neuen Technik gültig sind:

1. Die notwendige Weiterentwicklung der Technik auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes sowie die Notwendigkeit der Anpassung ihrer Leistungsfähigkeit an die vor- und nachgelagerten Produktionsstufen, die einen reibungslosen Produktionsablauf gewährleistet, müssen frühzeitig erkannt und veranlaßt werden.

2. Der wissenschaftliche Vorlauf der Technik ist jedoch die eine Seite, entscheidend ist ebenso ihre Umsetzung in die Praxis, die in den fünfziger Jahren vielfach deshalb gehemmt wurde, weil zunächst kein Werkleiter bereit war, die

16 Ebenda.
17 Ebenda.
18 Vgl. Meister, Bernd, a. a. O., S. 85.
19 Vgl. VBAK, Nr. A VII - VVB, 10 - 359, Punkt 1.
20 Ebenda.

neuen Maschinen in das Produktionsprogramm aufzunehmen. In dem hier dargelegten Beispiel gelang es, dieses Problem zu lösen.

3. Schon im Zusammenhang mit der Überleitung des wissenschaftlichen Forschungsergebnisses in die Herstellung muß die Erhöhung der Qualifikation der betroffenen Werktätigen entsprechend der auf sie zukommenden neuen Anforderungen veranlaßt werden.

4. Gleichzeitig ist es notwendig, den Werktätigen die politisch-ideologische Notwendigkeit der Einführung der neuen Technik darzulegen und ihnen in diesem Zusammenhang überzeugend deren technische und ökonomische Vorteile nachzuweisen. Beide Forderungen wurden in der Kaliindustrie in den Jahren 1957 bis 1962 schließlich erfüllt. Wenn dies jedoch im Zusammenhang mit der Produktion der ersten Schnellfrequenzmaschine begonnen worden wäre, hätte eine zügige Anwendung wesentlich früher erfolgen können.

5. Am Beispiel der Einführung der SF-Bohrmaschinen in den Gruben der Kaliindustrie wird deutlich, daß in enger Beziehung zur politisch-ideologischen und technisch-ökonomischen Überzeugungsarbeit der Nachweis stehen muß, daß die neue Technik die bestehenden Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert und die neue produktivere Tätigkeit sich im Zusammenhang mit höheren Arbeitsnormen nicht negativ auf die Arbeitslöhne auswirkt.

   Eine öffentliche materielle und ideelle Anerkennung der beispielhaften Anwendung der neuen Technik durch die bewußtesten Kollegen wirkt fördernd auf noch abwartende.

6. Den bewußtesten Vertretern der Arbeiterklasse gelang es in der Kaliindustrie im Rahmen des Wettbewerbs der einzelnen Brigaden und im überbetrieblichen Wettbewerb der Kaligruben, die noch zögernden Kollegen zu gewinnen. Dabei kommt es - das gilt damals wie heute für alle Industriezweige - darauf an, den Wettbewerb, der jeweiligen Situation angepaßt, auf besonders wesentliche Ziele zu orientieren.

   Wie das vor sich gehen kann, zeigt das angeführte Beispiel sehr eindrucksvoll. Das umfassende Ziel - Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten - wurde für jeden Kollegen faßbar unter dem Motto "Neue Technik - neue Normen". Zahlreiche Maßnahmen dienten dazu, diese Aufgabe zu erfüllen. Das zeigte sich deutlich bei der Einführung der Schnellfrequenz-Bohrmaschinen in Verbindung mit wissenschaftlich-technischen Arbeitsnormen.

7. Die Einführung der neuen Technik stößt oft auf Probleme hinsichtlich ihrer anfänglich hohen Störanfälligkeit. Die Maschinen müssen den konkreten Bedingungen ihres Einsatzes erst angepaßt werden. Hier bietet sich insbesondere für die Neuererbewegung ein breites Betätigungsfeld. Die erfahrenen Produktionsarbeiter erkennen im Verlauf der Arbeit, welche Anforderungen sie an ihre Maschinen stellen müssen. Die wissenschaftlich-technische Leitung hat die Aufgabe, diese Vorschläge bewußt zu fördern und zu nutzen.

Sowohl die betriebshistorischen Darlegungen als auch die daraus gezogenen Schlußfolgerungen lassen zwei wichtige Züge der industriellen Entwicklung unter sozialistischen Bedingungen deutlich werden: einerseits, daß das Aufspüren und die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Betrieb ein ununterbrochener Prozeß ist, der andererseits nur in enger Zusammenarbeit aller Betriebsangehörigen möglich ist.

Bei der Erarbeitung der Betriebsgeschichte kommt es darauf an, die Widersprüche bei der Durchsetzung der neuen Technik, neuer Technologien und Verfahren und die Methoden des Kampfes zu ihrer Überwindung aufzuspüren, die dabei auftretenden Probleme und deren Lösung zu zeigen. Auf diese Weise wird es gelingen, den Werktätigen die Geschichte ihres Betriebes nahezubringen und darin Anregungen zur Klärung gegenwärtiger Fragen zu finden.

QUELLEN UND MATERIALIEN

Das "Journal für die Baukunst" als Beispiel für die Rezeption technischer Erfahrungen im Deutschland des zweiten Viertels des 19. Jahrhunderts

von Wolfgang Eccarius

Welche Rolle technisches Wissen als theoretisch verallgemeinerte Produktionserfahrung im Prozeß der Industriellen Revolution gespielt hat, ist bisher nur sehr wenig detailliert untersucht worden. Unter dem von Jürgen Kuczynski hervorgehobenen Gesichtspunkt, daß "der Kontinent im Fortgang seiner industriellen wie auch der Großen Industriellen Revolution ganz stark auf die Übernahme der Errungenschaften Englands angewiesen"[1] war, stellt sich insbesondere die Frage, wie sich der Prozeß der Rezeption technischer Erfahrungen speziell in Deutschland nach Art und Weise, Umfang und sozialer Determiniertheit vollzogen hat. Es liegt nahe, dabei zuerst an das Wirken technischer Fachzeitschriften zu denken - obwohl sicher auch andere Faktoren eine beträchtliche Rolle gespielt haben -, weil zum einen "gerade die Fachzeitschriften die Linie der Wissenschaftsentwicklung objektiv widerzuspiegeln vermögen, denn die Fachjournale vereinigen in sich den größten Teil des Materials der Disziplinen, denen sie dienen, bedeuten im allgemeinen ein feines Barometer, von dem sich die Entwicklung eines Fachgebietes genau ablesen läßt",[2] zum anderen konnten sie auf die zeitgenössische Entwicklung meist schneller und subtiler reagieren und aufgrund ihrer stärkeren Breitenwirkung auch eine größere Wirksamkeit entfalten als andere Informationsträger.

An dieser Stelle sollen deshalb einige statistische Daten mitgeteilt werden, die zu einer näheren Beleuchtung des Prozesses der Weitergabe technischer Informationen im Deutschland des zweiten Viertels des 19. Jahrhunderts dienen können. Sie beziehen sich auf eine Fachzeitschrift, die unter dem Titel "Journal für die Baukunst" in den Jahren 1829 bis 1851 in dreißig Bänden in Berlin erschien.[3] Gründer und alleiniger Herausgeber war der Techniker und Mathematiker August Leopold Crelle (1780 bis 1855), der neben einer weitgesteckten Tätigkeit als "Wissenschaftsorganisator"[4] und Zeitschriftenherausgeber beispielsweise auch erfolgreich für die Entwicklung des preußischen Verkehrswesens wirkte.[5]

1 Kuczynski, Jürgen, Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin 1975, S. 55 f.
2 Herrmann, Dieter-B., Die Entstehung der astronomischen Fachzeitschriften in Deutschland (1798 - 1821), Berlin-Treptow 1972, S. V.
3 Näheres zur Geschichte des "Journals für die Baukunft" bei Eccarius, Wolfgang, August Leopold Crelle als Herausgeber wissenschaftlicher Fachzeitschriften, in: Annals of Science, Bd. 33, 1976, S. 229 - 261.
4 Vgl. derselbe, August Leopold Crelle. Ein Vorläufer für wissenschaftsorgani-

Entgegen dem Wortlaut des Titels war das "Journal für die Baukunst" nicht ausschließlich dem Bauwesen im engeren Sinne gewidmet, wenn dieses Sujet freilich auch den Hauptteil des Inhalts ausmachte. Daneben kam es relativ häufig zur Veröffentlichung von Beiträgen, die sich mit Problemen des Verkehrswesens und des Maschinenbaues befaßten, so daß man dieser technischen Fachzeitschrift durchaus ein allgemein-technisches Profil zuschreiben muß. Diese Tatsache wird aus den Zahlen der Tabelle 1 deutlich, welche die thematische Verteilung der 323 insgesamt publizierten Beiträge angibt, die von 140 Autoren verfaßt wurden. Zu ihrer Aufstellung dienten die Register der Zeitschrift, die vom Herausgeber in die Sachgebiete

Landbau (Entwurf und Anordnung von Gebäuden, Baumaterialien, Baukonstruktion, Verschiedenes und Allgemeines),

Wasserbau (Strombau, Kanal- und Schleusenbau, Hafen- und Meeruferbau, Brunnen und Wasserleitungen, Schiffbau, Verschiedenes und Allgemeines),

Verkehrswesen (Brücken- und Straßenbau, Chausseen und Landwege, Eisenbahnen),

Maschinenbau und Sonstiges

unterteilt wurden.

Tabelle 1

Thematische Verteilung der Beiträge im "Journal für die Baukunst"

	Beiträge Anzahl	in %
Landbau	174	46,2
Wasserbau	81	21,5
Verkehrswesen	71	18,8
davon Eisenbahnen	35	9,3
Maschinenbau	28	7,4
Sonstiges	23	6,1
Insgesamt	377+	100,0

+ Die hier auftretende Abweichung der Gesamtzahl der Beiträge von der wirklichen Anzahl von 323 Arbeiten kommt dadurch zustande, daß eine Reihe von Veröffentlichungen mehreren Sachgebieten gleichzeitig zuzuordnen sind und von Crelle deshalb mehrfach aufgeführt wurden.

Aus der Gesamtzahl der Beiträge dienten 121 Arbeiten (das entspricht 37,5 Prozent) hauptsächlich der Vermittlung technischer Erfahrungen aus dem Ausland. Eine Aufschlüsselung dieser Beiträge nach ihrem Ursprung wird in der nachfolgenden Tabelle 2 gegeben.

satorische Aktivitäten auf dem Gebiete der Mathematik, in: Mitteilungen der Mathematischen Gesellschaft der DDR, Nr. 3 - 4/1975, S. 148 - 154.

5 Vgl. derselbe, Der Oberbaurat August Leopold Crelle und dessen Beteiligung an der Planung und Ausführung des frühen preußischen Eisenbahnwesens, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 4, S. 163 - 170.

Tabelle 2

Rezeption technischer Erfahrungen aus dem Ausland im "Journal für die Baukunst"

	England		Frankreich		Sonstiges Ausland		Gesamt	
	Beiträge Anzahl	in %	Beiträge Anzahl	in %	Beiträge Anzahl	in %	Beiträge Anzahl	in %
Übersetzungen und Bearbeitungen aus der Literatur+	20	22,0	61	67,0	10	11,0	91	100,0
Originalabhandlungen ausländischer Autoren	0	0	0	0	12++	100,0	12	100,0
Reise- und Erfahrungsberichte deutscher Autoren	0	0	0	0	18+++	100,0	18	100,0
Insgesamt	20	16,5	61	50,4	40	33,1	121	100,0

\+ Die Beiträge sind vor allem folgenden Fachzeitschriften entnommen: Annales des ponts et chaussées (Paris, ab 1831); Journal du génie civil, des sciences et des arts (Paris, 1828 - 1848); Journal de chemins de fer (Paris, 1842 - 1949?); Memorial de l' officier du génie (Paris, 1803 - 1892); Revue générale de l' architecture et de travaux publics (Paris, 1840 - 1890); Civil engineer and architect' s journal (London, 1837 - 1868); Mechanics' magazine (London, 1823 - 1873); Railway magazine (London, ? - ?).

++ Hauptsächlich aus den USA und Rußland.

+++ Hauptsächlich aus Italien, den Niederlanden und Belgien.

Hieran ist bemerkenswert, daß der Hauptteil der aus dem Ausland verarbeiteten technischen Informationen nicht aus englischen, sondern aus französischen Quellen floß. Das mag mit daran gelegen haben, daß manche eigentlich aus England stammende Erfahrung Deutschland auf dem Umweg über die französische Literatur erreichte. Als Beispiel können die Abhandlungen des französischen Ingenieurs Francois-Marie de Pambour (1795 bis 1878) zur Theorie der Lokomotive und der Hochdruckdampfmaschine dienen,[6] die auf 1834 durchgeführte Versuche an den Lokomotiven der Liverpool-Manchester-Eisenbahn zurückgingen.[7] In erster Linie belegen jedoch die Zahlen der Tabelle 2 deutlich, daß Frankreich in dieser Phase der Entwicklung der Wissenschaft - und abgestuft der Technik - neben England zu den führenden Staaten gehörte.

Statistische Unterlagen zur regionalen Verteilung und sozialen Determiniertheit der Wirkung technischer Fachzeitschriften dürften heute für den hier betrachte-

6 Pambour, Francois-Marie de, Theorie der Dampfmaschine, in: Journal für die Baukunst, Bd. 23, 1846, S. 201 - 267, 373 - 388; Bd. 24, 1847, S. 14 - 33, 150 - 186, 283 - 316; Bd. 25, 1847, S. 95 - 130, 277 - 301; Bd. 26, 1848, S. 97 - 136; Bd. 27, 1849, S. 1 - 33, 108 - 160.

7 Vgl. Matschoß, Conrad, Die Entwicklung der Dampfmaschine, Bd. 1, Berlin 1908, S. 793.

ten Zeitraum nur unter größten Schwierigkeiten oder gar nicht mehr zu ermitteln sein. Das "Journal für die Baukunst" bildet dabei insofern eine Ausnahme, als zur Berechnung derartiger Daten auf die Subskriptionslisten zurückgegriffen werden kann, die der Herausgeber aus Werbegründen in den ersten beiden Bänden abdrucken ließ.[8] Sie enthalten Berufsbezeichnungen und Wohnorte von 1 262 Subskribenten aus dem Gebiet des Deutschen Reiches von 1871 (ohne Elsaß-Lothringen), im folgenden als Deutschland bezeichnet, mit einer Subskription auf insgesamt 1 360 Exemplare. Diese Zahl ist also als untere Grenze des Absatzes des "Journals für die Baukunst" anzusehen, der tatsächliche Absatz dürfte auf etwa 1 500 Exemplare zu schätzen sein.[9]

In Tabelle 3 wird nun zunächst die regionale Verteilung der 1 360 auf Deutschland entfallenden Subskriptionsexemplare angegeben, der die entsprechenden Werte für die Bevölkerung gegenübergestellt sind. Die Bevölkerungswerte sind dabei auf das Jahr 1825 bezogen, weil Crelle mindestens seit 1823 eine intensive Werbung von Subskribenten betrieb,[10] obwohl - wie bereits angeführt - der erste Band seiner Zeitschrift erst im Jahre 1829 erschien. Die in der Tabelle 3 zutage tretende äußerst ungleichmäßige regionale Verteilung des "Journals für die Baukunst", die auch von der Bevölkerungsverteilung stark abweicht, ist sicher zu einem Teil auf Nebeneffekte zurückzuführen, wie auf die in den einzelnen Gebieten unterschiedliche Konkurrenz durch andere Fachzeitschriften, auf verschieden starke Abgrenzung der einzelnen Territorialstaaten voneinander (Bayern!) und durch die mit wachsender Entfernung vom Verlagsort Berlin zunehmenden Schwierigkeiten bei der Organisation des Vertriebes, doch kristallisieren sich die wichtigsten Schwerpunkte der zukünftigen industriellen Entwicklung bereits deutlich heraus. (Siehe Tabelle 3)

Dieser Umstand wird, wenn auch auf andere Art und Weise, gleichfalls bei einer Betrachtung der sozialen Zusammensetzung der Leserschaft deutlich. Hierzu gibt Tabelle 4 für die 1 262 in den Subskriptionslisten namentlich aufgeführten Personen bzw. Institutionen nähere Auskunft.
(Siehe Tabelle 4.)

Nach Tabelle 4 kam die überwiegende Mehrheit der Leser aus solchen sozialen Gruppen, die mit der Industriellen Revolution besonders eng verbunden waren.

Betrachtet man schließlich noch die soziale Verteilung der Leser innerhalb der Gebiete, die nach den Ergebnissen der Tabelle 3 überwiegend zum Absatz des "Journals für die Baukunst" beitrugen (Tabelle 5), so ergibt sich eine klare Differenz dieser Gebiete voneinander.

8 Journal für die Baukunst, Bd. 1, 1829, S. III - XXVII; Bd. 2, 1830, S. I f.

9 Dem Einwand, daß dieser Wert später (also nach 1830) erheblichen Änderungen unterworfen gewesen sein könnte, kann man im Falle des "Journals für die Baukunst" entgegenhalten, daß die vom Verleger an den Herausgeber gezahlten Zuschüsse (die von der Auflagenhöhe abhingen) im wesentlichen konstant blieben. Vgl. Eccarius, Wolfgang, August Leopold Crelle als Herausgeber wissenschaftlicher Fachzeitschriften, a. a. O., S. 249.

10 Vgl. Deutsche Staatsbibliothek, Berlin/DDR, Sammlung Darmstaedter, Crelle an einen unbekannten Adressaten, 23. 7. 1823, z. Zt. Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin(West).

Tabelle 3

Subskription für das "Journal für die Baukunst" nach einzelnen Gebieten nebst einem Vergleich mit der Bevölkerung dieser Gebiete im Jahre 1825 (in Exemplaren und in Prozent; 1 360 = 100)

Gebiet+	Exemplare Anzahl	Exemplare in %	Bevölkerungsanteil++ in %
Ostelbisches Gebiet ohne Berlin	485	35,6	29,4
Nordwestdeutschland	84	6,2	12,0
Mitteldeutschland	239	17,6	13,5
Rheinprovinz, Westfalen	317	23,3	12,8
Südwestdeutschland	44	3,2	18,5
Bayern rechts des Rheins	1	0,1	13,0
Berlin	190	14,0	0,8
Deutschland	1 360	100,0	100,0

+ Die Gebiete sind nach der administrativ-territorialen Gliederung von 1871 zusammengestellt. Es entfallen auf

I. Ostelbisches Gebiet - Preußen: Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Brandenburg, Schlesien; Mecklenburg-Schwerin; Mecklenburg-Strelitz

II. Nordwestdeutschland - Preußen: Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein; Braunschweig; Oldenburg; Lippe; Schaumburg-Lippe; Hamburg; Bremen; Lübeck

III. Mitteldeutschland - Preußen: Provinz Sachsen; Sachsen; Thüringische Staaten: Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie; Anhalt

IV. Rheinprovinz, Westfalen - Preußen: Rheinprovinz, Provinz Westfalen; Waldeck

V. Südwestdeutschland - Preußen: Provinz Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Sigmaringen; Württemberg; Baden; Hessen;
Bayern: Regierungsbezirk Pfalz

VI. Bayern rechts des Rheins - Bayern (ohne Regierungsbezirk Pfalz)

VII. Berlin - Berlin.

++ Berechnung der Bevölkerungswerte aus Absolutwerten bei Thümmler, Heinzpeter, Zur regionalen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1816 bis 1871, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 1, S. 55 - 72.

Tabelle 4

Soziale Zusammensetzung+ der Subskribenten des "Journals für die Baukunst" (absolut und in Prozent; 1 262 = 100)

	Anzahl	In %
Technische Intelligenz	673	53,3
Selbständige Handwerker	313	24,8
Bourgeoisie	107	8,5
Verwaltungsbeamte	73	5,8
Institutionen	53	4,2
Großgrundbesitzer	27	2,1
Sonstige	16	1,3
Insgesamt	1 262 ++	100,0

+ Die hier genannte Gruppenbildung ist nach folgenden Einteilungsprinzipien vorgenommen worden:

I. Technische Intelligenz - Architekten, Bauaufseher (Kondukteure), Bauinspektoren, Baumeister, Bauräte, Deichinspektoren, Forstbeamte, Hafeninspektoren, Hüttenbeamte, Ingenieure, Lehrer und Studenten an technischen Bildungseinrichtungen, technische Offiziere, Salinenbeamte, Vermessungsbeamte, Wegeinspektoren

II. Selbständige Handwerker - Gärtner, Kupferschmiede, Maurer, Mühlenbauer, Müller, Orgelbauer, Schieferdecker, Schreiner, Steinmetze, Stückmeister, Tischler, Zimmerleute

III. Bourgeoisie - Fabrikanten, Kaufleute, Partikuliers, Rentiers

IV. Verwaltungsbeamte - Amtleute, Bürgermeister, Hofbeamte, Justizbeamte, Landräte, Regierungsräte, Steuerbeamte

V. Institutionen - Architektenvereine, Baudirektionen, Bergämter, Bildungseinrichtungen, Handwerksgewerke, Hüttenämter, Ministerien, Provinzialregierungen, Stadtverwaltungen

VI. Großgrundbesitzer - Gutsbesitzer, Angehörige von Fürstenhäusern

VII. Sonstige - Ärzte, Gastwirte, Hochschullehrer (Professoren), Künstler, Landwirte (Ökonomen), Lehrer, Offiziere, Studenten.

++ Gegenüber Tabelle 3, welche für Deutschland 1 360 Subskribenten ausweist, fehlen hier 96 Personen; sie entfallen auf verschiedene Sammelbestellungen, die unter jeweils einem Namen verzeichnet sind.

Tabelle 5

Regionale Verteilung der Subskribenten des "Journals für die Baukunst" nach ihrer sozialen Herkunft
(in Prozent; jedes Gebiet = 100)

	Ostelbisches Gebiet ohne Berlin	Mitteldeutschland	Rheinprovinz, Westfalen	Berlin
Technische Intelligenz	50,3	41,5	43,2	88,0
Selbständige Handwerker	31,8	37,8	18,7	6,1
Bourgeoisie	2,0	3,1	23,9	2,7
Verwaltungsbeamte	5,3	8,6	8,9	0
Institutionen	5,3	5,9	3,3	2,2
Großgrundbesitzer	4,0	1,8	0,7	0,5
Sonstige	1,3	1,3	1,3	0,5

Um 1830 spielte also die Bourgeoisie nur in der Rheinprovinz und in Westfalen bei der Rezeption technischer Erfahrungen bzw. bei der allgemeinen theoretischen Auseinandersetzung mit technischen Neuerungen eine nennenswerte Rolle, jedenfalls soweit sich aus dem "Journal für die Baukunst" Anhaltspunkte über diese Prozesse ergeben. Das spricht für einen maßgeblichen Entwicklungsvorsprung dieses Gebietes gegenüber dem ostelbischen Gebiet und Mitteldeutschland im Ablauf der Industriellen Revolution. Da der Anteil der selbständigen Handwerker hier rund doppelt so hoch wie in der Rheinprovinz und in Westfalen liegt, stand offenbar für diese Territorien der Übergang eines beträchtlichen Teiles jener sozialen Gruppe in die Bourgeoisie noch bevor, während er dort im wesentlichen schon vollzogen war.

Auffallend ist dagegen die geringe Verbreitung des "Journals für die Baukunst" unter den Berliner Handwerkern; auch die Zahlen für die Bourgeoisie bewegen sich hier auf dem Niveau der Werte für das ostelbische Gebiet bzw. Mitteldeutschland, obwohl doch "bis 1830 in Berlin ein mitteleuropäisches Zentrum der Industriellen Revolution entstanden war."[11] Über die Ursachen dieser Erscheinung können lediglich Vermutungen angestellt werden; so ist es zum Beispiel denkbar, daß der Herausgeber Crelle, der selbst in Berlin wohnhaft war, hier die Werbung von Subskribenten in eigener Regie betrieb, dann aber wegen Überlastung und Krankheit nicht mit dem nötigen Nachdruck weiterführen konnte, sondern sich dabei mehr auf seinen persönlichen Bekanntenkreis beschränken mußte.[12]

11 Lärmer, Karl, Zur Einführung der Dampfkraft in die Berliner Wirtschaft in der ersten Phase der Industriellen Revolution. Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1830, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 126.

12 Crelle war bis 1828 beruflich in der Oberbaudeputation tätig, einer Aufsichtsbehörde über das staatliche Bauwesen Preußens. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wurde er im Oktober 1828 auf eigenen Antrag hin und mit Unterstützung Alexander von Humboldts zum Kultusministerium versetzt, wo er bis 1848 als Fachreferent für mathematische Angelegenheiten beschäftigt wurde.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Finanzgeschichte des Imperialismus
(16. November 1977 in Berlin)

In der Zeit vom 11. bis 18. November 1977 fand in Berlin eine "Woche der Wirtschaftsgeschichte" statt, die von der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Bereich Wirtschaftsgeschichte, veranstaltet wurde. Im Verlauf dieser wissenschaftlichen Veranstaltung wurde die sich anbahnende Zusammenarbeit zwischen Politökonomen, Finanzökonomen und Wirtschaftshistorikern gefestigt, indem gemeinsam zu erforschende Probleme schärfer umrissen und konzeptionelle Vorstellungen über kollektive Vorhaben entwickelt wurden, die an einem der Konferenztage das zentrale Diskussionsthema bildeten. Steht vor den Finanzhistorikern die Forderung, ihren Untersuchungsgegensfand stärker theoretisch zu durchdringen, so bereichern sie ihrerseits die politische Ökonomie durch konkret-historische Analysen. Ein glänzendes Beispiel einer solchen Synthese gibt Lenin in seinen Imperialismusschriften.

Die Notwendigkeit für ein Zusammenwirken dieser Wissenschaftsdisziplinen wurde von den anwesenden Wissenschaftlern vor allem im Verlauf der Diskussion über die Thesen von Wolfgang Hahn und Rudolf Mondelaers (beide Berlin) über das Wesen des Finanzkapitals hervorgehoben. Hahn und Mondelears gingen in ihren Ausführungen von der Leninschen Definition der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital aus und skizzierten kurz die veränderten Bedingungen des Reproduktionsprozesses des Kapitals im Monopolkapitalismus. Sie legten dar, daß diese veränderten Bedingungen hinsichtlich des Kreditsystems in der Monopolisierung des Kredits, in der Dominanz des Kapitalkredits und des fiktiven Kapitals sowie in der Verschmelzung von fungierendem und Leihkapital zum Ausdruck kommen. Die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital mache das ökonomische Wesen des Finanzkapitals aus.

In der Diskussion über die relative Selbständigkeit des Industriekapitals und des Bankkapitals wurde die im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" geführte Kontroverse zwischen Gossweiler und Radandt[1] noch einmal aufgegriffen. Mehrere Diskussionsredner betonten, daß es im historischen Prozeß sowohl Beispiele für wie auch gegen die These von der Dominanz des Bankkapitals bei der Verschmelzung zum Finanzkapital gebe und daß verschiedene Faktoren und Ursachen für die Untersuchung des konkreten Ablaufs heranzuziehen seien. Waltraud Falk (Berlin) hob in der Diskussion hervor, daß diese Fragen für die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien und für die Stoßrichtung ihrer Aktionen von Bedeutung sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt in den Ausführungen von Hahn und Mondelaers, den die finanzhistorische Forschung in Zukunft wohl noch stärker beach-

1 Gossweiler, Kurt, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3, S. 35 ff.; Radandt, Hans, Sprach Lenin von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital?, in: ebenda 1973, T. 1, S. 189 ff.

ten muß, war die Verfügungsgewalt über Fremdkapital für die gesicherte Aneignung von Monopolprofit.

Ergebnisse ihrer Forschungen legten Reinhard Zilch und Herwart Pittack (beide Berlin) vor. Pittack trug Gedanken über den Zusammenbruch des Goldstandards 1929 bis in die dreißiger Jahre vor. Zilch, der die finanzielle Seite der Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg untersucht hat und sich dabei auf Aktenbestände des Zentralen Staatsarchivs der DDR sowie auf unveröffentlichte Druckschriften stützte, setzte sich zunächst mit den Zielen und Prinzipien des deutschen Imperialismus auseinander, die darin bestanden, die ökonomischen und finanziellen Beziehungen der besetzten Gebiete zu ihren ehemaligen Hoheitsträgern bzw. Partnern abzuschneiden, die imperialistischen Gegner zu schädigen und zu schwächen, die Ressourcen der okkupierten Territorien zu nutzen und die Zahlungsfähigkeit des besetzten Gebietes dennoch aufrechtzuerhalten, um die Zahlung von Kriegskontributionen zu sichern. Zilch schilderte dann die zur Verwirklichung dieser Prinzipien ergriffenen praktischen Maßnahmen und schätzte ein, daß es dem deutschen Imperialismus nicht gelungen sei, diese seine Prinzipien überall in die Tat umzusetzen.

Die Diskussion hierzu entzündete sich an den Fragen, welche Monopolgruppe hinter welchen Varianten der Besatzungspolitik gestanden hat, welchen Stellenwert das Problem der Monopolgruppen in der wirtschaftshistorischen Forschung überhaupt hat und welche Rolle ihre Interessen in derartigen Untersuchungen spielen müssen. Die Diskussionsteilnehmer gestanden zu, daß durch Gruppeninteressen der Geschichtsverlauf beeinflußt werden kann, warnten aber gleichzeitig vor einer zu starken Zergliederung des Monopolkapitals in einzelne Gruppen.

Im Mittelpunkt der weiteren Diskussion stand ein langfristig geplantes Projekt: die gemeinsam von Wirtschaftshistorikern und Finanzökonomen zu schreibende Finanzgeschichte des Imperialismus, deren Erarbeitung von großer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung ist. Hierzu lagen schriftliche Überlegungen von Pittack und Zilch vor, die von Klaus Kolloch und Karin Lehmann (beide Berlin) ergänzt wurden. Beide Diskussionsredner forderten, bei den Forschungen von den Grundprozessen im Monopolkapitalismus, dem Reproduktionsprozeß des Kapitals unter monopolistischen Bedingungen und dem Wandel der Wertkategorien auszugehen. Lehmann wies auf die Monopolisierung der Banken und die Entstehung des Finanzkapitals als solche unbedingt zu behandelnde Grundprozesse hin. Kolloch unterbreitete konkrete Vorschläge, welche Hauptkomplexe eine solche Arbeit umfassen müßte. Dazu zählte er zum Beispiel einzelne Wertkategorien und ihre Wandlung, die Entwicklung der Finanz- und Währungsbeziehungen, die Entwicklung der Finanz-, Währungs- und Kreditpolitik und im Zusammenhang damit die staatsmonopolistische Regulierung.

Falk steckte in ihrem Schlußwort die nächsten Schritte ab. Eine Arbeitsgruppe aus Finanzökonomen und Wirtschaftshistorikern wird unter anderem eine Konzeption erarbeiten und sich dabei und in der weiteren Arbeit auf die Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus stützen, die von einem Kollektiv des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR geschrieben wurde.[2]

Karin Lehmann

2 Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in 3 Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe (im Druck).

Stadt-Land-Beziehungen im hansischen Wirtschaftsraum

(13. bis 15. September 1977 in Rostock)

Das Hauptreferat auf dieser 22. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR hielt Konrad Fritze (Greifswald), nicht zuletzt durch sein Buch "Bürger und Bauern zur Hansezeit. Studien zu den Stadt-Land-Beziehungen an der südwestlichen Ostseeküste vom 13. bis zum 16. Jahrhundert"[1] nachdrücklich dafür empfohlen. In einem kurzen Überblick über die bisherige Behandlung der Thematik, die so lange zu einem verzerrten Bild führen mußte, wie sie aus der Sicht der Kaufleute erfolgte, verwies Fritze besonders auf die neuen Wege, die Engel, Zientara und Biskup[2] in ihren Arbeiten gegangen waren. Er verlangte auch weiterhin eine behutsame Deutung bei vergleichender Betrachtung unter Einbeziehung möglichst großer Räume.

Zu den elementaren Stadt-Land-Beziehungen zählte Fritze zunächst die Versorgung jener Städte mit notwendigen Lebensmitteln, die mehr als Agrarstädte waren. Zum anderen war das flache Land ein "schier unerschöpfliches Reservoir" für den erforderlichen Bevölkerungszuwachs der Städte, vor allem nach verheerenden Seuchen. Und drittens bedurfte es zum Schutz vor dem Feudaladel einer städtischen Territorialpolitik, um eine "Sicherheitszone" zwischen die Stadt und den Feind zu legen. Daneben nannte Fritze noch den städtischen Markt als Absatzplatz für bäuerliche Produkte als weiteren Ausdruck der Stadt-Land-Beziehungen; vor allem für diesen Bereich hält er eine Präzisierung des herkömmlichen Bildes durch die moderne Forschung für notwendig. Die oftmals zitierte "Preisschere" sei nicht durch überhöhte Preise städtischer Erzeugnisse entstanden, sondern durch von seiten der Bürger niedriggehaltene Preise bäuerlicher Produkte. Ermöglicht wurde diese Politik dadurch, daß die Bauern lediglich als einzelne Individuen den Korporationen der Städte gegenüberstanden, die Städte aber das Aufkauf- und damit das Preismonopol besaßen. Als Beispiel führte Fritze die ökonomische Beherrschung der Insel Rügen durch Stralsund bei Ausschaltung jeglicher Konkurrenz an. Daß die Dörfer wirtschaftlich weitgehend autark und nur in begrenztem Maße von städtischen Waren abhängig waren, bezeichnete Fritze auch als Beweis für seine Auffassung von der Art der "Preisschere".

Als weitere Formen der Stadt-Land-Beziehungen nannte er den Land- und Rentenerwerb in der feudalen Agrarsphäre durch Städte, Korporationen und Privatpersonen. Die Motive dazu waren sehr unterschiedlich: Versorgungs- und Sicherheitsbedürfnisse spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Verstärkung des städti-

1 Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 16, Weimar 1976.

2 Engel, Evamaria/Zientara, Benedykt, Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, in: Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 7, Weimar 1967; Biskup, Marion, Über die Rolle und die Bedeutung des Grundbesitzes der großen Städte von Königlich-Preußen im XVI. - XVIII. Jahrhundert, in: Entwicklungsprobleme des Feudalismus und Kapitalismus im Ostseegebiet, Tartu 1972.

schen Verteidigungspotentials durch Bauern. Für größere Städte, die mehr waren als Ackerbürgerstädte, waren aber Geldeinnahmen das Hauptmotiv. Zur Bestätigung dieser Auffassung zitierte Fritze Forschungsergebnisse von Biskup über die Einnahmen von Thorn und Danzig im 16. und 17. Jahrhundert und verwies aufgrund eigener Untersuchungen auf die Einnahmen aus dem Landbesitz Lübecks, Stralsunds und Rostocks im 15. Jahrhundert von etwa 9 Prozent der städtischen Gesamteinnahmen. Auch die, allerdings nicht sehr umfangreichen und durch Geld abzulösenden bäuerlichen Dienste zählte Fritze zu den Motiven der Städte, Landbesitz zu erlangen.

Bei Institutionen (Klöster, Spitäler, Universitäten) diente der Erwerb bäuerlichen Grundbesitzes ausschließlich der Versorgung - wie sich anhand der Forschungen Kleimingers über das Wismarer Heiligengeisthospital beweisen läßt[3] -, und bei Privatpersonen verband sich der Besitz von Grund und Boden mit dem Ziel, sich Natural- und Geldrenten zu sichern, aber auch mit dem Bestreben, Kapital relativ risikoarm und doch mobil anzulegen. (Im Gegensatz zur Altmark strebten die Bürger der Küstenstädte nicht bürgerlichen Lehnbesitz, sondern freien Besitz an). Damit sollte das Land die Funktion der Banken übernehmen. Fritze hält die mit dem ländlichen Grundbesitz ermöglichte Annäherung an den adligen Lebensstil als Motivierung für die Bürger nicht für typisch.

Nach diesen Feststellungen wandte sich Fritze der Frage nach den Auswirkungen dieser Stadt-Land-Beziehungen auf die Bauern zu und betonte, daß der Aufschwung der Städte zweifellos auch für die Bauern Vorteile gebracht hat: Die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen schuf für die ländliche Bevölkerung neue Arbeitsplätze und die Möglichkeit der Abwanderung in die Städte. Eine weitere Veränderung durch die bürgerliche Kapitalanlage trat nicht ein, denn es handelte sich nicht um Investitionen zur Veränderung der Produktionsweise, vielmehr blieben die feudalen Produktionsverhältnisse erhalten. Ob mit den verschiedenen Formen städtischen, institutionellen und bürgerlich-privaten Landbesitzes auch eine stärkere Ausbeutung gekoppelt war, läßt sich nach Fritze beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht entscheiden. Während Städte und Institutionen bemüht waren, den Besitz zu erhalten, kam es bei privatbürgerlichem Besitz vor allem auf eine hohe Rente und größte Mobilität an, so daß sich hier erhebliche Unterschiede in der Lage der Bauern ergeben könnten. Die Bauern waren vor allem dort stark belastet, wo das Bürgerkapital kurzfristig angelegt war. Im Zusammenhang damit wurden auch die Entwicklung der bäuerlichen Besitzrechte ungünstig beeinflußt und die feudalen Produktionsverhältnisse gefestigt.

Die zunehmenden Aktivitäten der Städte und Bürger auf dem Lande hatten nach Fritze auch für sie selbst gewisse negative Rückwirkungen. Im 15. Jahrhundert bereits erhoben sich oppositionelle Stimmen gegen den privatbürgerlichen Landbesitz, weil dadurch die Reibungsflächen mit dem Adel zusätzlich vergrößert wurden. Mit dieser Argumentation verband sich zugleich die Absicht, eine wesentliche materielle Stütze der Ratsoligarchie zu beseitigen oder doch zumindest zu erschüttern. Schließlich wurde durch diese Form der Stadt-Land-Beziehungen der feudale Charakter der Städte bewahrt, und frühkapitalistische Elemente wurden in ihrer Entwicklung behindert. Zusammenfassend konstatierte Fritze widersprüchliche Auswirkungen der Stadt-Land-Beziehungen im hansischen Bereich während des Mittelalters, das heißt bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert.

3 Kleiminger, R., Das Heiligengeisthospital von Wismar in sieben Jahrhunderten, in: Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 4, Weimar 1962.

Zur gleichen Thematik für die Zeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert sprach Gerhard Heitz (Rostock), wobei er den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation in den Mittelpunkt seines Vortrages rückte. Ausgehend von den Untersuchungen von Olechnowitz[4] über den Bauernhandel, interessierten Heitz vor allem die bäuerlichen Marktverbindungen (zwischen Wismar und Warnow). Auch wenn diese Verbindungen quellenmäßig schwer zu fassen sind, ist Heitz von einer kontinuierlichen Steigerung der Warenproduktion ebenso überzeugt wie von einem neuen Charakter der Auseinandersetzungen zwischen Städten und Feudaladel um die Beherrschung dieser Marktbeziehungen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde der Kampf zugunsten des Adels entschieden: Er kaufte nun bäuerliches Getreide auf und verkaufte es auf dem Markt. Damit wurden die bäuerlichen Produzenten vom Markt getrennt und neue Beziehungen zwischen Handelsstädten und Feudaladel geschaffen.

Weil die nördlichen Teile der Mark Brandenburg (Ruppin, Priegnitz) eine gleiche Sozialstruktur wie die Ostseegebiete besaßen, dort aber die Quellenlage wesentlich günstiger ist, untersuchte Heitz Ruppin und Priegnitz nach den Stadt-Land-Beziehungen. Hier gab es zahlreiche Städte mit kleiner Bevölkerungszahl (500 bis 800 Einwohner), die sich meist selbst versorgten. Gestützt auf Harnischs Arbeiten zur Demographie und Vetters Untersuchungen über die kleinen Landstädte[5], stellte Heitz fest, daß sich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die Mediatstädte mit geringer Bevölkerungszahl schneller entwickelten als die anderen, größeren Landstädte. Ausgehend von diesen Ergebnissen, stellte er die Bevölkerungszahl in Beziehung zur Größe der Äcker in der Feldmark, um den Charakter der Stadt-Land-Beziehungen deutlich machen zu können. So besaßen die Mediatstädte durchschnittlich 55 Prozent der Feldmark. Durch die feudalen Produktionsverhältnisse in diesen Kleinstädten erwuchs aus diesem Landbesitz jedoch keine Gefahr für die Feudalverhältnisse. Während die Herrschaftsbeziehungen des Adels zersetzt wurden, entstand gleichzeitig durch diesen städtischen oder privatbürgerlichen Landbesitz eben aufgrund der vorherrschenden feudalen ökonomischen Struktur der Städte ein wichtiges Hemmnis für das Vordringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf das flache Land.

Da die Stadt-Land-Beziehungen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert nur an der Entwicklung zum Kapitalismus gemessen werden können, der Agrarexport aber Voraussetzung für das Eindringen des Kapitalismus in die ländlichen Verhältnisse West- und Nordwesteuropas war, ergaben sich nach Heitz nur begrenzte Möglichkeiten für die Feudalstädte.

Karl Czok (Leipzig) hatte "die Vorstädte und ihre Stellung in den Stadt-Land-Beziehungen" zum Gegenstand eines Vortrages gemacht. Ihm ging es dabei nicht

4 Karl-Friedrich Olechnowitz trug seine neuesten Ergebnisse in seinem letzten Vortrag auf der 20. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft in Mühlhausen (Thür.) 1975 zum Thema "Landstädte und landstädtisches Bürgertum in Mecklenburg im 17. und 18. Jahrhundert" vor.

5 Harnisch, Hartmut, Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen (1811 bis 1865), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 4, S. 149 ff; Vetter, Klaus, Verfassung, soziale Strukturen und wirtschaftliche Verhältnisse brandenburgischer Ackerbürgerstädte im 17./18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1975, S. 781 ff.

nur darum, die Aufmerksamkeit auf diesen lange vernachlässigten, weil unterbewerteten Gegenstand zu lenken, er wollte auch darstellen, daß die Bedeutung der Vorstädte nur erkennbar zu machen ist im Rahmen der Stadt-Land-Beziehungen. Selbstverständlich spielen auch die Beziehungen zur jeweiligen Stadt eine entscheidende Rolle. Anknüpfend an Hans Planitz, der die Vorstädte vor allem als Objekte des Rechts begriff ("Die Vorstadt ist keine Stadt im Rechtssinne, ja sie stellt überhaupt keinen Rechtstypus dar".), ihnen aber auch unter anderem kaufmännischen, gewerblichen und dörflichen Charakter zuerkannte, untersuchte Czok ihre Wirtschafts- und Sozialstruktur.

Vorstädte lagen im Vorland, entstanden an Ausfallstraßen der Städte; die Anzahl der Vorstädte war nicht abhängig von der Größe der jeweiligen Stadt. Sie hatten eine außerordentlich gemischte Wirtschaftsstruktur als Standorte von Mühlen, spezialisierten Gewerben (Gerber, Fischer); in den Vorstädten lagen Hospitäler, hatten Klöster ebenso umfangreichen Grundbesitz wie die Stadtbürger, hier fand sich bäuerliche Eigenwirtschaft. Die Vorstädte waren als Produktionsstätten für Bürger und Bauern ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und hatten - nach Czok - in gewisser Weise die gleiche Funktion, wie sie Fritze den Dörfern im Rahmen der Stadt-Land-Beziehungen zugesprochen hatte. Das bedeutete gleichzeitig, daß mit dem städtischen, institutionellen und privaten stadtbürgerlichen Grundbesitz die Ausbeutung von Handwerkern und Bauern verbunden war, ausgedrückt auch im minderen Rechtsstatus der Vorstadtbewohner. Parallelen zu ländlichen Verhältnissen zeigen sich auch darin, daß in den Vorstädten Dorfordnungen weiter bestanden und der Nachbarschaftsdienst als Element der alten Stadtverfassung sich erhalten hatte. Erst im Laufe der Zeit hat sich die Verstädterung durchgesetzt. *Die Vorstädte waren ebenso wie die Dörfer das Bevölkerungsreservoir für die* Städte, und für zahlreiche Einwohner war der Aufenthalt in den Vorstädten nur eine Durchgangsstation. Daraus erklären sich auch das stetige Wachstum der Bevölkerung und die hohe Zahl der Häuser in den Vorstädten - die oftmals größer war als in den Städten -, die Vielzahl der Miethäuser und der Hausgenossen. Dafür gab es in den Städten mehr Steuerpflichtige, denn der gemischt-gewerblichen, handwerklich-bäuerlichen Wirtschaftsstruktur in den Vorstädten entsprachen nicht nur die Besitz-, sondern auch die Rechtsverhältnisse. Insgesamt waren nach Czok die Vorstädte auch ein wichtiges Bindeglied zwischen dem flachen Land und den Städten.

Der Vortrag von Henryk Samsonowicz (Warschau) hatte die "Beziehungen zwischen den polnischen Kleinstädten und ihrem Hinterland im 15. Jahrhundert" zum Gegenstand. Einleitend hob Samsonowicz hervor, daß im Osten und auf dem Balkan jene Kleinstädte vorherrschend waren, die sich kaum unterschieden von großen ländlichen Siedlungen. Allein im Königreich Polen gab es in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts etwa 260 derartige Kleinstädte. Zur Erforschung der Funktion und des Charakters dieser Kleinstädte standen Samsonowicz Gerichtsbücher als Quellen zur Verfügung. Die im Zusammenhang mit Jahr- und Wochenmärkten entstandenen Rechtsgeschäfte und Rechtssprüche fixieren die wirtschaftliche Entwicklung und lassen die Dienstleistungen erkennen. Auch für Samsonowicz waren Klein- wie Vorstädte Gebiete gesellschaftlicher Konfrontation und Durchgangsstationen für Adlige und Bauern, weil sie "offener" waren als die größeren Städte. Deshalb lassen sich die Einwohner der Kleinstädte juristisch schwer klassifizieren; wirtschaftliche und Standesschranken wurden, ohne das Gleichförmigkeiten entstanden, durchbrochen. Dazu trugen auch eheliche Verbindungen zwischen Adligen und Bürgerlichen bei. Allerdings ist die Aussagekraft der Quellen begrenzt, denn Gesellen und reiche fremde Kaufleute, die sich in den Kleinstädten vertreten ließen, werden kaum genannt.

Das ökonomische Hinterland der Kleinstädte war relativ klein, dafür bestanden aber feste, vielfältige Kontakte zueinander. Begünstigt wurden diese Beziehungen natürlich dadurch, daß sich die Kleinstädter wie die Bauern mit der Landwirtschaft befaßten. Daneben ist aber auch eine größere Produktion von Bier und Tuch in den Kleinstädten bekannt geworden. Außerdem fungierten die Kleinstädte als Aufkaufzentren im Handel zwischen Großstädten und dem flachen Land.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen Nachrichten über die hier abgeschlossenen Geldgeschäfte, die dem Autor des (vorgelesenen) Vortrages Untersuchungen über den Einfluß des Kapitals aus den Großstädten auf die Kleinstädte und das flache Land ermöglichten. Er konnte feststellen, daß kurzfristig Anleihen aufgenommen wurden für Bereiche der Konsumtion und langfristig für Investitionen und daß die Termine für die Anleihen sowie für die Abzahlung und für andere Handelsgeschäfte in Beziehung standen zu den Ernteterminen. Eine weitere wichtige Funktion besaßen die Kleinstädte darüber hinaus auch als Zentren des überregionalen Handels, wobei fast ausschließlich die Wohlhabenden am Handel beteiligt und auch als Vermittler zu den großen Handelsstädten tätig waren.

Evamaria Engel (Berlin) sprach über "Stadt-Land-Beziehungen und innerstädtische Auseinandersetzungen vom 13. bis 15. Jahrhundert". In dieser Zeit kam es in den Städten Erfurt, Bremen, Braunschweig, Nordhausen, Lübeck, Stendal, Rostock, Lüneburg und Hamburg zu Auseinandersetzungen innerhalb der Städte oder mit den Landesherren, bei denen der patrizische Landbesitz eine Rolle spielte. Besonders die städtische "Burgenpolitik" mit ihren erheblichen Belastungen für die Bürger führte oft zu finanziellen Schwierigkeiten. Die konkreten Zusammenhänge zwischen den Auseinandersetzungen und der städtischen Territorialpolitik bzw. dem patrizischen Landbesitz müssen noch näher untersucht werden.

Bürgerlicher Landbesitz hat aber auch zu einer Intensivierung des Ackerbaus und der Viehzucht geführt, wie Engel am Beispiel von Köln deutlich machte. Dort hat es in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine frühzeitige Besömmerung, eine Ausdehnung des Waidanbaus und eine Ausweitung der Schafzucht gegeben. Außerdem wurden in ländlichen Hammerwerken Bleche für die Pfannenherstellung produziert, so daß zwischen Köln und seiner Umgebung ein Wirtschaftsraum mit gegenseitigen Einwirkungen entstand, die allerdings von der Stadt beherrscht wurden.

Teodor Zeids (Riga) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den "Bauern als Handelspartnern der Rigaer Kaufleute". Er schilderte zunächst den Handel mit den Bauern, bei dem die Feudalherren oft als Vermittler fungierten, um sich einen Zwischenhandelsprofit zu sichern. Dagegen kämpften die städtischen Kaufleute erfolgreich an und sicherten sich schließlich den Ein- und Verkauf bäuerlichen Getreides für Riga und den Export. Diese Kaufleute - als "Bauernkaufleute" bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts noch aktiv - hatten nicht nur sprachkundiges Personal, um mit den lettischen Bauern verhandeln zu können, sondern besaßen auch Herbergen und Ausspannen. Wegen der Monopolstellung der Kaufleute wurden die Bauern schließlich stark benachteiligt, zumal die "Bauernkaufleute" durch Kreditgeschäfte nach Mißernten oder Kriegsschäden die Bauern völlig in ihre Abhängigkeit brachten. Der Bauer wurde so an einzelne Kaufleute gebunden, die schließlich kein Interesse daran hatten, daß die Schuld völlig getilgt wurde. Zur Sicherheit wurde nicht der Bauer, sondern das Gehöft zum Schuldner. Die darüber von den Kaufleuten geführten "Bauernbücher" wurden sogar zum Geschäftsobjekt und verkauft, vererbt, verpfändet usw. Den Bauern war danach unbekannt, wem sie schuldeten.

Diese Entwicklung begann bereits im 14. Jahrhundert, nahm dann im 15. Jahrhundert zu und war im 16. Jahrhundert voll entwickelt. Versuche der Bauern, sich dieser Abhängigkeit zu entziehen und in Kleinstädten oder über Aufkäufer ihre Geschäfte abzuwickeln, blieben erfolglos, weil hier die Preise recht niedrig waren. Auch die livländische Ritterschaft konnte nicht erfolgreich gegen die "Bauernkaufleute" als Konkurrenten bestehen. Zusammenfassend stellte Zeids fest, daß die Bauern nicht nur keine politischen Rechte, sondern auch keine gleichberechtigte Stellung im Handel mit städtischen Kaufleuten besaßen.

Über "Die Rolle des Landbesitzes in der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung Greifswalds im 17. /18. Jahrhundert" informierte Rolf Rodigast (Greifswald). Bis in das 16. Jahrhundert wurde die Wirtschaftspolitik der Stadt bestimmt durch die Mitgliedschaft in der Hanse. Die Profitrate war durch den Zwischenhandel so hoch, daß sich kein Exportgewerbe entwickelte, sondern das Kapital in die feudale Agrarproduktion floß. Vom 14. bis zum 16. Jahrhundert stieg der Umfang des städtischen Grundbesitzes auf 31 Ortschaften. Dieser Bestand blieb im wesentlichen trotz der verheerenden finanziellen Folgen der Kriege im 17. Jahrhundert bis zum 19. Jahrhundert erhalten.

Der Anstieg des Pachtzinses (von 1782 bis 1806 auf 200 Prozent), die zunehmende Verelendung des Gesindes und der Widerstand der Stände gegen die im Kern fortschrittliche Landwirtschaftspolitik in Schwedisch-Vorpommern waren Ausdruck einer Entwicklung, die nur noch in den preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft münden konnte.

V. V. Dorosenko (Riga) hielt einen Vortrag zum Thema "Der Handel Rigas mit den litauischen, belorussischen und russischen Ländern von 1675 bis 1710. Das Problem der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land". Er charakterisierte den Handel Rigas als einen wesentlichen Bestandteil der nordosteuropäischen Wirtschaftsgeschichte und verwies auf den Warenaustausch mit Danzig und Königsberg, wobei unter anderem astrachanische Schaffelle und grusinischer Branntwein gehandelt wurden. Für weitere notwendige Untersuchungen, vor allem über die handelsgeschichtlichen Probleme der Stadt-Land-Beziehungen, stehen nach Dorosenko ausgezeichnete Quellen zur Verfügung. So sind die Rigaer Zollbücher für die Hafenein- und -ausfuhr von 1637 bis 1710 in 87 Bänden erhalten. Daneben sind die Waagen-Kontor-Bücher überliefert, die vor allem über Güter aus Belorußland Auskunft gegen können, dazu 80 Bände (von 1650 bis 1710) Handelsgerichtsprotokolle, und schließlich gibt das Moskauer Archiv Auskunft über den Holzhandel des Zaren Alexej Michailowitsch (1645 bis 1676) mit Riga.

Von Riga nach dem Westen wurden hauptsächlich Hanf und Flachs (= 60 bis 70 Prozent des Gesamtexports), Lein- und Hanfsamen (15 bis 20 Prozent), Getreide 10 000 Last = 13 Prozent) und vor allem auch Holzwaren (Schiffsmasten) exportiert. Alle anderen Waren, wie Häute, Wachs, Felle, spielten keine besondere Rolle. Eingeführt wurden mit etwa 30 Prozent Wein, Bier, Tabak, mit 20 bis 30 Prozent Kramwaren, das heißt Eisen, Seide, Textilien, mit 15 bis 20 Prozent Salz und Hering. Dorosenko hat ein zwei- bis dreifaches Übergewicht des Ost-West-Handels, das heißt einen erheblichen Aktivhandel Rigas, errechnet.

Hauptpartner der Rigaer Kaufleute waren im Hinterland der Adel, das Magnatentum, während sich der niedere Adel mit dem Lokalhandel begnügte. Damit war an die Stelle der Städte und des Bürgertums der Adel getreten, was sowohl negative Folgen für die Bauern als auch für die kapitalistische Entwicklung hatte: Der Adel bemächtigte sich der Handelsgewinne, und die rückständigen Tendenzen bekamen Übergewicht.

H. Diederiks (Leiden) legte Thesen über die "Stadt-Land-Beziehungen in den nördlichen Niederlanden am Ende des Mittelalters und am Anfang der Neuzeit" vor. Ergänzend referierte er über die Rolle der Stadt-Land-Beziehungen bei der Verzögerung des Staatsbildungsprozesses sowie über das Wirtschaftswachstum, das die Niederlande zu Anfang des 17. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern der Erde machte (nach Einkommen pro Kopf der Bevölkerung). Als Faktoren für diese Entwicklung trotz der relativ späten Stadtgründungen nannte Diederiks die untergeordnete Rolle des Adels und die städtefreundliche Politik Burgunds. Die Versuche der Habsburger, ihre weltweite Politik auf Kosten der Niederlande zu führen, konnten abgewiesen werden. Die damit zusammenhängenden Probleme erörterte Diederiks mit Hilfe von Denkmodellen, die er den Thesen beigefügt hatte. Er kam zu der Feststellung, daß sich die Lage der Bauern hier günstiger als im übrigen Europa gestaltete. Sie waren persönlich frei und verfügten über etwa 50 Prozent des Bodens als Eigentum. Die Stadt-Land-Beziehungen als Teil des allgemeinen historischen Prozesses stehen danach im engen Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum und dem Staatsbildungsprozeß.

Über "Stadt-Land-Beziehungen in südosteuropäischen Ländern im 16. und 17. Jahrhundert" informierte Sneschka Panova (Sofia). Ausgehend von den Besonderheiten des osmanischen Feudalismus, bei dem der Staat selbst umfangreichen Grundbesitz besaß und der Feudalherr keine direkte Beziehung zur Bodennutzung hatte, sprach sie über die daraus resultierende Form der Feudalrente. Der Bauer brauchte zwar keine Arbeitsleistungen zu erbringen, mußte aber Steuern und Geldrenten bezahlen. Dadurch war er gezwungen, seine Produkte auf dem Markt zu verkaufen. In den Städten - etwa 200 am Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts -, die wirtschaftliche, politische, militärische und administrative Zentren waren, lebte eine Schicht von Händlern, aus der später die Bourgeoisie entstand. Diese Händler profitierten vor allem von den Staatslieferungen zur Versorgung von großen Städten, dem Militär, dem Hof usw., obwohl der Staat die Aufkaufpreise festlegte. Die Anhäufung von Handelskapital wurde genutzt unter anderem zum Ankauf von Schafen, die in riesigen Herden nach Konstantinopel getrieben wurden. Die zunächst günstige Situation für den Handel - es gab innerhalb des Osmanischen Reiches keine Zollschranken, der Anschluß an den Levantehandel wurde durch die Erneuerung alter Verträge durch die Pforte gesichert - verschlechterte sich am Ausgang des 16. Jahrhunderts. Damals änderte sich auch die Handelsrichtung: das Donaugebiet und Zentraleuropa traten in den Vordergrund, und gleichzeitig wurden die Händler selbständig, der Zwischenhandel ging zurück. Dennoch blieben die Händler eng verbunden mit dem Feudalstaat, so daß letztlich der Weg zur bürgerlichen Gesellschaft verzögert wurde.

J. Wiesiolowski (Poznań) sprach über das mittelalterliche Poznań und seine Rolle als ökonomisches und politisches Zentrum im 16. Jahrhundert, als die Stadt etwa 10 000 Einwohner zählte und zirka 100 Hektar bebautes Gebiet umfaßte. Wiesiolowski beschrieb eingehend die Einflußzone der Stadt von etwa 5 000 Quadratkilometern mit einem durchschnittlichen Radius von 40 Kilometern. Innerhalb dieses Gebietes gehörten alle Kollegiatkirchen zu Poznań, dazu existierten hier noch 28 Städte und Städtchen mit ungefähr 23 000 Einwohnern. Diese Städte waren etwa 20 bis 30 Kilometer von Poznań entfernt. Im Randgebiet dieser Zone gab es nach Wiesiolowski eine weitere Kette von Städtchen mit etwa 13 000 Einwohnern, die von Handel und Handwerk lebten.

Jerzy Wyrozumski (Kraków) sprach über das mittelalterliche Kraków und seine Aktivitäten im Wirtschaftsraum der Hanse von 1387 bis 1487. Ausgehend von der Frage, warum Kraków erst Mitglied der Hanse wurde und dann wieder

aus diesem Bund austrat, schilderte er eingehend die Vermittlerrolle der Stadt zwischen dem Ostseegebiet und dem südlichen Europa (Ungarn). Vor allem Tuch und Hering wurde aus dem Norden transportiert. Als Rückfracht nannte Wyrozumski besonders Kupfer. Zur Intensivierung dieses Handels besaß Kraków sogar eigene Seeschiffe auf der Ostsee. Demgegenüber war der Handel Krakóws mit Kleinpolen nur schwach entwickelt. Daneben gab es noch politische Gründe für die Mitgliedschaft Krakóws in der Hanse (Krieg der Hanse mit Waldemar IV. von Dänemark, der mit Kasimir dem Großen von Polen verbündet war). Als sich Kraków im 15. Jahrhundert mehr im Orienthandel engagierte, gewann der Ost-West-Handel größere Bedeutung als der Nord-Süd-Handel. Handelsgut waren vor allem Ochsen. Dieser Handel war enger mit dem ländlichen Produktionsbereich verbunden, so daß sowohl Kraków weniger Interesse am Hansehandel hatte als auch die Hanse Kraków als Handelszentrum weniger attraktiv fand. Daraus erklärt sich schließlich auch der Austritt Krakóws aus der Hanse. Hinzu kam das Ende des preußischen Krieges 1466. Eine ähnliche Entwicklung hat nach Wyrozumski auch Wrocław genommen.

Nachdem Eckart Müller-Mertens (Berlin), der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Schwerpunkte für die Diskussion vorgeschlagen hatte (Festigte oder zersetzte das Handelskapital die feudalen Verhältnisse? Wie sind die Stadt-Land-Beziehungen zu definieren? Welche Rolle spielen die Kleinstädte hinsichtlich der Arbeitsteilung mit dem flachen Land?), richtete Adolf Laube (Berlin) Anfragen an den Hauptreferenten: Wie wirkten sich die Stadt-Landbeziehungen auf das System des Feudalismus aus, wirkten sie stabilisierend oder zersetzend? Welche Folgerungen ergeben sich daraus für den inneren Markt? Wie kann ein Vergleich mit den übrigen hansischen Gebieten angestellt werden? Laube verwies dabei auf die frühzeitige gewerbliche Erschließung des "Umlandes" von Köln durch Intensivierung und Sonderkulturen (nach dem Vortrag von Engel).

Klaus Vetter (Berlin) verlangte hinsichtlich der zersetzenden oder stabilisierenden Rolle bürgerlichen Landbesitzes eine präzise Unterscheidung zwischen städtischem oder privat-bürgerlichem Besitz, das heißt zwischen stabilem und mobilem Besitz. Zu dem von Heitz festgestellten Wachstum der Mediatstädte vertrat er die Auffassung, daß es sich dabei um ein Wachstum in falscher Richtung handelte, das keinerlei progressive Auswirkungen hatte.

Johanna Maria van Winter (Utrecht) bemerkte ergänzend zu Diederiks, daß es in den Niederlanden keine Polarisierung der Schichten, sondern ein Wirtschaftswachstum für alle gegeben habe.

Gerhard Günther (Mühlhausen) sprach über die Ausdehnung des reichsstädtischen Territoriums von Mühlhausen und zeigte an einem Beispiel (Rechtsstreit mit dem Kloster Reifenstein), daß der Rat zwar seine Bauern ausbeutete, aber unter bestimmten Umständen auch schützte.

In der angeregten Diskussion meldeten sich weiter Helga Schultz (Rostock), Rudolf Berthold (Berlin) und Wiesiolowski zu Wort.

Die wissenschaftlich außerordentlich fruchtbare Jahrestagung, deren Vorträge und Diskussionen zu weiteren Forschungen anregten, schloß mit der Einladung zur 23. Tagung im Herbst 1978, auf der über "Zins und Profit in der mittelalterlichen Wirtschaft" gehandelt werden soll.

Manfred Reißner / Manfred Straube

Handelsgeschichte im thüringisch-sächsischen Raum

(25. Mai 1977 in Leipzig)

An der Sektion der Pädagogischen Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig, beschäftigt sich seit geraumer Zeit eine Forschungsgruppe unter Leitung von Manfred Straube mit handelsgeschichtlichen Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte im thüringisch-sächsischen Raum beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Um das bisher Erreichte zur Diskussion zu stellen, den Forschungsstand kritisch zu sichten und über geplante weitere Arbeitsschritte zu informieren, veranstaltete die Forschungsgruppe nun ihr erstes Kolloquium.

Dazu waren Thesen zum Thema "Handel und Produktion im thüringisch-sächsischen Raum vornehmlich im 16. Jahrhundert" erarbeitet worden.

Im Zentrum des Kolloquiums standen folgende Fragen:

1. konstante Marktbeziehungen und Stand der Warenzirkulation als Ausdruck der ökonomischen Entwicklung - "innerer Markt", "regionaler" und "überregionaler" Handel und "ökonomische Region";
2. Warenarten und Warenquantitäten im regionalen und überregionalen Handel - die Rolle der Messen und das Problem der Ost-West-Handelsbilanz;
3. die Stadt-Land-Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die städtische und ländliche Sozialstruktur - der Handel mit Agrarprodukten;
4. die Träger des Handels und des Warentransports - feudale Hemmnisse und frühkapitalistische Entwicklung;
5. die sächsischen Rittergüter als Stätten ländlicher Warenproduktion im 17. und 18. Jahrhundert;
6. zur Notwendigkeit, Möglichkeit und zu den Grenzen bäuerlicher Marktproduktion im Kursachsen des 17. und 18. Jahrhunderts.

Den ersten Teil des Kolloquiums (Probleme des 16. Jahrhunderts) leitete Manfred Straube (Leipzig) mit Bemerkungen über den Stand der bisherigen Forschungen ein. Er unterstrich nachdrücklich die hohe Aussagekraft der von der Forschungsgruppe hauptsächlich bearbeiteten Quellengruppen, wie Geleitsrechnungen, Türken- und Landsteuerregister, Amtsrechnungen und Amtserbbücher usw. Die durch die Bestände der Staatsarchive Weimar, Dresden und Magdeburg gebotene ausgezeichnete Quellenlage erforderte eine Koordinierung zwischen allen an diesem Material arbeitenden Partnern. Eine vom Staatsarchiv Dresden in Aussicht gestellte Nutzung der EDV-Anlage würde sich äußerst stimulierend für die Forschung auswirken.

Als erster Diskussionsredner führte Karl Czok (Leipzig) drei Problemgruppen an, wobei er zuerst auf die Definition des "inneren Marktes" und den von Samsonowicz formulierten und von Straube für den sächsisch-thüringischen Raum verwendeten Begriff der "ökonomischen Region" einging. Straube versteht unter

"ökonomischer Region" zum Beispiel den thüringisch-sächsischen Wirtschaftsraum mit seiner Montanproduktion und Textilerzeugung, dem Waid- und Getreideanbau, unabhängig von der politischen Zugehörigkeit dieser Gebiete. Czok forderte ein weiteres gründliches Durchdenken der Anwendbarkeit dieses Begriffes auf den Produktionssektor.

Weiterhin setzte sich Czok mit der in den Thesen formulierten Ansicht der Unwirksamkeit bzw. Überschätzung feudaler Vorrechte (Meilenprivileg Leipzigs) als den Handel hemmenden Faktor auseinander. Während er diese Auffassung für den Warenverkehr als zutreffend bezeichnete, bezweifelte er sie für die Messen. Er führte als entscheidend für die Leipziger Messe an, daß der Lombardhandel die Akzente setzte. Damit trug der Leipziger Kaufmann gleichzeitig den Status eines Handelsherrn, Fuhrunternehmers und Lagerbesitzers, woraus ökonomische Interessen ganz besonderer Spezifik resultierten.

Zum dritten beschäftigte sich Czok mit den agrarwirtschaftlichen Verhältnissen im Vorfeld der Stadt Leipzig. Um die Stadt-Land-Beziehungen noch enger zu gestalten, trachtete Leipzig im 16. Jahrhundert nach dem Ausbau seiner Gerichtsherrschaft in den Dörfern, was nicht ohne wirtschaftliche Folgen blieb.

Ulla Machlitt (Dessau) sprach über den Zusammenhang von Produktion und Sozialstruktur im anhaltischen Raum. Hier beschränkten sich die kommunikativen Beziehungen anfangs auf den regionalen Markt. Im 14. Jahrhundert erlangte das Textilgewerbe auch überregionale Dimensionen, die jedoch im 16. Jahrhundert durch den europäischen Tuchmarkt zerstört wurden. Die Referentin sieht im seit 1530 zu konstatierenden permanenten Bevölkerungswachstum eine wesentliche Ursache für die Preissteigerung im allgemeinen und das Anwachsen der Getreidepreise im besonderen.

Gerhard Heitz (Rostock) unterstrich aus der Sicht des Agrarhistorikers die Beziehungen zwischen Handels- und Agrargeschichte. Aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit von der Arbeit des anderen forderte er Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Handels- und Agrarhistorikern und gleichzeitig weitgehende Arbeitsteilung, um bei den Forschungsergebnissen die Einheit von Produktion und Handel hervorheben zu können. So kann nach seiner Ansicht zum Beispiel der in Quantität und Reichweite äußerst umfangreiche Großviehtrieb durch den thüringisch-sächsischen Raum als Objekt des Handelshistorikers nur im Zusammenhang mit Zahl und Qualität der Viehhaltung optimale Forschungsergebnisse erbringen.

Hinsichtlich des regionalen Faktors verlangte Heitz eine genauere begriffliche Bestimmung der "ökonomischen Region" und verwies dabei auf das Problem der Territorialbildung und auf die unterschiedlichen Auswirkungen politischer Grenzen in verschiedenen (15. und 17.) Jahrhunderten. Im Zusammenhang mit den Stadt-Land-Beziehungen stellte Heitz die Frage nach der Rolle von Handelsmittelpunkten, nach den Warenproduktionsmöglichkeiten des platten Landes und seinen Absatzmöglichkeiten sowie nach Anforderungen der städtischen Zentren und hob dabei die Bedeutung einer Fallstudie in Form eines Katalogs über benutzte Straßen und den Grad ihrer Frequentierung sowie einer Fuhrmannskartei mit exakten Quantifizierungen hervor.

Günter Vogler (Berlin) leitete seine Bemerkungen zu den Thesen mit der Frage nach der inhaltlichen Bestimmung der Termini "ökonomische Region" und "ökonomische Zone" ein, wobei nach den Thesen die ökonomische Zone ein größeres, "durch weitgehend gleiche ökonomische Verhältnisse gekennzeichnetes geographisches Gebiet" ist. Bei der Wirksamkeit politischer Grenzen sieht Vog-

ler in der Ausdehnung des Spielraums der Produzenten und Kaufleute ein wesentliches Problem. Die nächste von Vogler vorgelegte Frage war die nach Stabilität und Kontinuität des weiträumigen Handels und quellenmäßigen Hinweisen auf ein "Wirtschaftsnachrichtenwesen". Zu der in den Thesen als Intensivierung deklarierten Ausweitung der agrarischen Produktion warf Vogler die Frage auf, ob es sich nicht vielleicht eher um Extensivierung gehandelt habe.

Über die Träger des Handels im Eisenacher Raum informierte Günter Heine (Eisenach), der die Bevölkerungsbewegung und die Sozialstruktur Westthüringens, speziell der Städte und Ämter Eisenach, Salza, Vacha und Creuzburg, bearbeitet. Das soziale Bild der Stadt Eisenach beschrieb Heine als eine Struktur mit einer starken Schicht von Kleinbürgern und Besitzlosen und einem ständig zurückgehenden mittleren bzw. reichen Bürgertum. Stadttypologisch kann Eisenach als Ackerbürgerstadt bezeichnet werden. Eine gewisse Rolle spielte das Handels- und Fuhrgewerbe mit 32 Klein- und 6 Großhändlern sowie 50 Fuhrunternehmern, die insgesamt über 100 Pferde verfügten.

Zu einer ersten zusammenfassenden Erwiderung auf die vorgetragenen Meinungen zu den Thesen und die darüber hinaus gestellten Fragen erläuterte Straube am Beispiel des Amtes Allstedt seine Ansicht über die Viehhaltung, die er als unterentwickelt bezeichnete. Im Amt Allstedt stand die Getreideproduktion im Vordergrund; es versorgte unter anderem den Mansfelder Raum und das Erzgebirge mit Getreide. Die Frage nach der Stimulierung der Produktion für den überregionalen Markt beantwortete Straube am Beispiel der Getreidetransporte aus den Ämtern Allstedt, Pegau, Weißenfels und Merseburg in das Erzgebirge als Zentrum frühkapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Wieland Held (Leipzig) wies in Auswertung von Amtsrechnungen darauf hin, daß die Namen der Fuhrleute zu allen Jahreszeiten und über längere Zeiträume hinweg auftauchten. Die in den Quellen enthaltenen Bemerkungen über Brückenbau, Holzeinschlag und Heu- bzw. Getreidefuhren können die Aussagen handelsgeschichtlicher Forschung bereichern. Im Hinblick auf die Einschätzung der in den Thesen als allgemein unterentwickelt bezeichneten Viehhaltung verlangte er eine größere Differenzierung. Auch in der Frage des Brücken- und Wegebaus müßte, nach Held, stärker differenziert werden. Während die Thesen diese Arbeiten Tagelöhnern zuschreiben, sind nach Aussagen Weimarer Bauakten auch Frondienste dazu genutzt worden.

Zu den Stadt-Land-Beziehungen brachte Heinz Pannach (Leipzig) ein Beispiel von 1558. In diesem Jahr sollte das sächsische Amt Pegau an Weißenfels verpachtet werden, was in Pegau eine Protestwelle hervorrief. Im Resultat dieser Auseinandersetzungen erwarb die Stadt Pegau das Amt, was nach Meinung Pannachs auf ein traditionell enges Wechselverhältnis zwischen den Dörfern und dem Amt (bzw. der Stadt) schließen läßt.

Im zweiten Teil der Diskussion wandten sich die Teilnehmer vorwiegend dem agrarhistorischen Teil der Thesen zu.

Einleitend wies Pannach auf die übergreifenden Aspekte der in den Thesen behandelten Problematik hin, die den Zweck verfolge, eine territoriale oder nationale Verengung zu vermeiden. Ebenso sei der Aspekt der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Agrargeschichtsschreibung zu beachten, die es differenziert zu betrachten gilt, da ein Teil, vor allem der jüngeren bürgerlichen Forscher mit dem historischen Materialismus nahestehenden Fragestellungen und Methoden versucht, dessen grundsätzliche methodologische Positionen zu unterlaufen.

Heitz ging in seinem Diskussionsbeitrag auf die Notwendigkeit ein, den Begriff "Bauer" neu zu definieren. Eine Neuformulierung ist insbesondere für die Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus bei der Formierung des ländlichen Vorproletariats erforderlich. Es ist auch in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Forschung notwendig, einen jeweils epochegebundenen marxistisch verankerten Bauernbegriff zu erarbeiten.

Pannach verwies auf die rechtliche Seite der verschiedenen Kategorien bäuerlicher Produzenten. Bis zum beginnenden 19. Jahrhundert wurde in Kursachsen die Qualität Pferdner oder Hintersasse durch die entsprechende Rechtsqualität des vom Bauern übernommenen Gutes bestimmt. Die Zahl der Pferdner- und Hintersassengüter hat sich vom 16. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts kaum wesentlich verändert. Dieser Sachverhalt nötigt dazu, den Differenzierungsprozeß eingehender zu analysieren.

Zu dem in den Thesen angesprochenen Problem des objektiven und subjektiven Faktors bei der Differenzierung auf dem Land meinte Heitz, daß er zwei Differenzierungsebenen sehe, die unter Umständen auch zeitlich durcheinander gehen. Die Warenproduktion zersetzte die Feudalgesellschaft, deshalb tauchten bestimmte Differenzierungsmerkmale immer wieder auf. Der feudale Staat sei stets ein Element, das auch die objektive Differenzierung beeinflußt.

Dietrich Lösche (Berlin) äußerte sich zur Differenzierung auf dem Land, indem er auf eigene Forschungsergebnisse in Thüringen verwies, wo eine Auswertung der Türkensteuerregister von 1542 ergab, daß das Durchschnittsvermögen der Landbevölkerung (ohne Gesinde) bei 90 Gulden lag. Die Feststellung, daß die Vermögensakkumulation auf dem Land eine bestimmte Höhe offenbar nicht überschreiten konnte, ist theoretisch von großer Bedeutung: Sie zeigt, daß es zum Beispiel in den Entwicklungsländern nicht möglich ist, auf rein agrarischer Basis Kapital zu akkumulieren, sondern daß eine gewerbliche Produktion vorhanden sein muß.

Heitz warf weiterhin die Frage auf, ob es richtig ist, die feudale Eigenwirtschaft durch die Begriffe "grundherrlich", "gutsherrlich" und "feudalherrlich" (wenn beide oder keiner der Begriffe angewandt werden kann) zu charakterisieren. Zu diesem Problem erklärte Pannach, daß es bei den feudalen Eigenwirtschaften in Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen verschiedene gemeinsame Elemente gab, zum Beispiel waren alle auf Frondienste angewiesen.

Lösche beschäftigte sich weiterhin mit dem Problem des inneren Marktes und der "agrikolen Revolution". Durch die agrikole Revolution wird der innere Markt erweitert, der der industriellen Revolution die nötige Basis schafft. Dieser für Marx entscheidende Prozeß ist in unserer Agrargeschichtsschreibung bislang nicht gebührend beachtet worden. Lösche begrüßte den in den Thesen angesprochenen Weg, Quellen nach sozialökonomischen Gesichtspunkten statistisch auszuwerten, die bisher nur von der Bevölkerungsgeschichte verwertet wurden. Dabei sollte der Schwerpunkt auf den Bevölkerungsteil in Stadt und Land gelegt werden, der nicht mehr selbständig gewerblich oder vollbäuerlich tätig war.

Vogler hob hervor, daß die bürgerlichen Elemente auf dem Land jetzt deutlicher verfolgt werden können. Es müßte nunmehr bestimmt werden, wann ein Bauer mit einem bestimmten Landanteil begann, bürgerlichen Ambitionen zu folgen, und nicht mehr nur das Nötigste verkaufte, wie die Masse der Bauern. Pannach machte in diesem Zusammenhang auf die häufige Verpachtung von Rittergütern an bäuerliche Pächter aufmerksam. Gerhard Brendler (Berlin) warf die Frage auf, ob ökonomischer Zwang nur im Zusammenhang mit der Warenwirtschaft auf-

trat oder ob ökonomischer Zwang auch mittels des Grundeigentums ausgeübt wurde. Pannach antwortete darauf, daß jeder außerökonomische Zwang auch ökonomische Aspekte einschließt, da durch diesen Zwang der Betrieb des Bauern gehemmt wurde. Er hob zugleich die Gemeinsamkeiten mit dem außerökonomischen Zwang hervor, die sich in der Bindung an den Feudalherrn äußerten und vom Huldigungseid bis zur strengen Leibeigenschaft reichen konnten.

Am Schluß der Diskussion konnte Straube zusammenfassend feststellen, daß das Kolloquium der einleitend genannten Zielstellung voll gerecht geworden ist. Die Thesen haben nicht nur den Forschungsstand und die bisherigen Ergebnisse vorgestellt, sondern auch eine zielgerichtete Diskussion ermöglicht. Er umriß das Vorhaben der Forschungsgruppe, mit studentischer Hilfe die Türkensteuer- und die Landsteuerregister sowie die Amtserbbücher vorwiegend aus der ersten Hälfte bzw. der Mitte des 16. Jahrhunderts zu untersuchen, um eine wissenschaftlich solide materielle Basis für weitere Untersuchungen - sowohl zurück bis in das 15. Jahrhundert als auch vorwärts bis in das 18. und eventuell in das beginnende 19. Jahrhundert - zu erhalten. Straube regte eine Zusammenkunft all jener an, die unmittelbar mit dieser Thematik befaßt sind, um mit Unterstützung der Staatsarchive die effektive Nutzung und Auswertung dieser Quellen zu ermöglichen. Um den Forderungen der Diskussion gerecht zu werden und auch einzelne Themen aus diesem Komplex zu erörtern, wird für das Frühjahr 1979 ein zweites Kolloquium der Forschungsgruppe vorbereitet. Diese Thesen und von den Teilnehmern des Kolloquiums gehaltene Beiträge erscheinen in Nr. 3/1977 der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.

Jochen Kleinhempel / Dieter Postier

Probleme der griechischen Kolonisation und der Struktur frühantiker Staaten im nördlichen und östlichen Schwarzmeergebiet

(4. bis 11. Mai 1977 in Cchaltubo/UdSSR)

Ein Blick in die einschlägigen Fachbibliographien zeigt, daß die griechische Kolonisation immer wieder, auch in den letzten Jahren, das Augenmerk archäologischer und althistorischer Forschung auf sich zog. Ihre Problematik ist vielgestaltig und bietet, da es noch manch offene und umstrittene Frage gibt, genügend Ansatzpunkte für fruchtbare wissenschaftliche Diskussionen.

Natürlich spielen dabei allgemeine, konzeptionelle Gedanken stets aufs neue eine Rolle, doch treten jetzt die konkreten, die lokalen Aspekte, die Einzelgründungen und der von den Kolonisationsunternehmungen erfaßte, jeweils engere geographische Raum weit stärker in den Vordergrund wissenschaftlichen Interesses. Untersucht werden neben der Gründungsgeschichte und der weiteren Entwicklung der angelegten Kolonien vor allem deren Kontakte zur umwohnenden, alteingesessenen Bevölkerung. Das bedeutet eine Ausdehnung der Kolonisationsforschung auf die barbarische Umwelt der einzelnen Gründungen, um festzustellen, welchen Stand gesellschaftlicher Entwicklung die einheimische Kultur zum Zeitpunkt der griechischen Landnahme erreicht hatte und wie er sich in der Folge veränderte.

Die literarischen Quellen fließen spärlich. Auch inschriftliches Material, das zumeist auf die griechische Komponente beschränkt bleibt, ist nicht ausreichend vorhanden. Nur die Funde der Archäologen können zusätzliches Licht in das Dunkel der ersten griechischen Koloniegründungen an den Küsten des Mittelmeeres und des Pontus Euxinus bringen. Gerade ihnen ist es zu danken, wenn sich die Beziehungen der Griechen zur barbarischen Umwelt, zum barbarischen Hinterland und die gesellschaftlichen Verhältnisse aufhellen lassen, unter denen die dort heimische Bevölkerung lebte. Dieser spezifischen Quellenlage und dem sehr weiten Spektrum von Problemen hatte auch das vom Institut für Archäologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und vom Institut für Geschichte, Archäologie und Ethnographie der AdW der Grusinischen SSR organisierte Symposium in Cchaltubo Rechnung zu tragen.

Hier tagten zahlreiche Fachgelehrte aus der gesamten Sowjetunion und Gäste aus Polen, Frankreich und der DDR: In der überwiegenden Mehrheit Archäologen, in geringerer Zahl Epigraphiker, Philologen und Historiker. Exkursionen wurden zu Kultur- und Ausgrabungsstätten in der näheren und ferneren Umgebung veranstaltet, so nach Vani und in das Basislager der Kolchischen archäologischen Expedition der AdW der Grusinischen SSR in Solchino.

Von Beginn an herrschte eine für den erfolgreichen Fortgang des Symposiums außerordentlich günstige, schöpferische Atmosphäre. Gut fundierte Vorträge wechselten mit aufgeschlossenen, streckenweise streitbaren Diskussionsrunden. Als sehr vorteilhaft erwies sich, daß die Tagungsmaterialien - eine von O. D. Lordkipanidze (Tbilissi), dem verdienstvollen Spiritus rector des Symposiums, verfaßte Monographie, ein Aufsatz von I. B. Brašinskij und A. N. Ščeglov (bei-

de Leningrad) sowie die Thesen der übrigen Beiträge[1] - den Teilnehmern rechtzeitig vorlagen.

An historischer Stelle, im Kloster von Gelati, das, Anfang des 12. Jahrhunderts erbaut, "eine Quelle alles Guten, eine Schule der Wissenschaft, ein zweites (neues) Athen" werden sollte, sprach der Vizepräsident der AdW der Grusinischen SSR, A. S. Prangišvili, Worte der Begrüßung und Einleitung.

Anschließend machte I. T. Kruglikova in ihrem gemeinsam mit V. D. Blavatskij und G. A. Košelenko (sämtlich Moskau) erarbeiteten Beitrag einige grundsätzliche Ausführungen zum Problem griechischer Migrationen. Unterschieden wurden vier bestimmte Entwicklungsetappen darstellende Formen von Bevölkerungsbewegungen, die über die Grenzen der heimischen Poleis hinaus in fremdes, in der Regel nichtgriechisches Gebiet führten: die Große griechische Kolonisation, das Söldnertum des 5. und 4. Jahrhunderts v. u. Z., die hellenistische Kolonisation und die Verschleppung von Griechen durch die Römer nach dem Westen. I. T. Kruglikova und ihre Mitautoren wandten sich gegen eine zu einseitige, ausschließlich agrarische Interpretation der Großen griechischen Kolonisation, denn nicht nur die Überbevölkerung in den archaischen Poleis und der dort herrschende Landhunger trieben die Griechen zur Auswanderung. Auch handelspolitische Zielstellungen und die Suche nach Rohstoffquellen, insbesondere nach Möglichkeiten der Metallbeschaffung, veranlaßten die Griechen zu kolonisierender Tätigkeit. Überhaupt war die agrarische Kolonisation undenkbar ohne die schon vorhergegangene oder wenigstens doch gleichlaufende Entwicklung des Handels.

Auf die innere sozialpolitische und die ökonomische Entwicklung der Neugründungen eingehend, wurde festgestellt, daß die Tendenz zur sozialen und rechtlichen Ungleichheit, zur Herausbildung einer Landaristokratie am stärksten an Orten war, wo es gelang, die umwohnende nichtgriechische Bevölkerung in ein Abhängigkeitsverhältnis zu zwingen. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Mutterstädten und den Apoikien, die neben Transitgut einen Überschuß an landwirtschaftlicher Produktion nach Hellas absetzten und von dort Waren des täglichen Bedarfs (dem griechischen Standard und Geschmack entsprechend) erhielten, wurden lockerer, sobald sich Marktbeziehungen zur barbarischen Peripherie herausbildeten und festigten.

Der Versuch, das Söldnertum des 5. und 4. Jahrhunderts v. u. Z. als eine Form und Etappe griechischer Migration, ähnlich den Kolonisationsbewegungen, zu charakterisieren, stieß später in der Diskussion auf Widerspruch. Unterstrichen wurde der Massencharakter der hellenistischen Kolonisation, an der sich nicht nur die ärmeren Volksschichten, sondern auch die griechische Intelligenz beteiligten und in deren Ergebnis es in Hellas zu einem Absinken der Einwohnerzahl kam.

Die sozialökonomische, die gesellschaftliche Situation in der Kolchis vor und in der Zeit, als sich die Griechen an der Ostküste des Schwarzen Meeres festsetzten, untersuchten O. D. Lordkipanidze (als Vortragender) und T. K. Mi-

1 Lordkipanidze, O. D., K probleme grečeskoj kolonizacii Vostočnogo Pričernomrja (Kolchidy), Tbilissi 1977; Materialy simpoziuma po problemam grečeskoj kolonizacii i strukture ranneantičnych gosudarstv Severnogo i Vostočnogo Pričernomorja. Tezisy dokladov i soobščenij, Tbilissi 1977; Brašinskij, I. B. / Ščeglov, A. N., Nekotorye problemy grečeskoj kolonizacii, in: Materialy simpoziuma ..., a. a. O.

keladze (beide Tbilissi) in dem darauf folgenden Beitrag "Die Kolchis in der Epoche der Großen griechischen Kolonisation". Anhand eines reichen und aussagekräftigen archäologischen Materials konstatierten sie für das 8. und 7. Jahrhundert v. u. Z. in der Kolchis eine hohe bronzezeitliche Kultur, in Küstennähe eine verhältnismäßig dichte Bevölkerung, für das 7. und 6. Jahrhundert v. u. Z. eine entwickelte Landwirtschaft, für das 6. Jahrhundert v. u. Z. den Zusammenschluß der kolchischen Stämme und die Begründung eines bodenständigen Königtums, ebenso die zunehmende soziale Differenzierung innerhalb der kolchischen Gesellschaft im 6. und 5. Jahrhundert v. u. Z. Wie sich zeigte, war die Sphäre der materiellen Produktion im letztgenannten Zeitraum durch die massenhafte Gewinnung und Verwendung des Eisens, die Ausbreitung des Töpferhandwerkes, dessen Produkte Warencharakter annahmen, und durch eine hervorragende Juwelierkunst gekennzeichnet. Außerdem wurde die Kolchis mehr und mehr in den Handel der Griechen einbezogen. Damit war eine eindrucksvolle Schilderung des sozialökonomischen, politischen und demographischen Milieus gegeben, das die Griechen an der kolchischen Schwarzmeerküste vorfanden, in das sie einsiedelten und das nach Meinung der beiden Autoren natürlich den konkreten Kolonisationsvorgang und den Charakter der Gründungen auf die eine oder andere Weise beeinflussen mußte.

Der weitere Verlauf des Symposiums gliederte sich in drei Problemkreise: 1. allgemeine Probleme der griechischen Kolonisation, 2. Probleme der griechischen Kolonisation im nördlichen Schwarzmeergebiet und 3. Probleme der griechischen Kolonisation im östlichen Schwarzmeergebiet.

In dem allgemeineren, theoretisch sicher weiterführenden Beitrag "Einige Probleme der griechischen Kolonisation", gingen I. B. Brašinskij und A. N. Ščeglov auf einige methodische und terminologische Aspekte der Erforschung der Großen griechischen Kolonisation ein. Kritisch nahmen sie zur Verwendung des bekannten Marx-Zitates über die erzwungene Emigration Stellung, dessen einseitige, aus dem Kontext gerissene Auslegung vielfach zu einer einengenden Sicht der Ursachen und des Charakters der Großen griechischen Kolonisation führte. Ferner wiesen sie auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Begriffsapparates hin und unterbreiteten dazu eigene Vorschläge. So versuchten sie, die Begriffe Kolonisation ("Expansionsbewegung der Griechen in die verschiedenen Gebiete der Bassins des Mittel- und Schwarzen Meeres in seiner gesamten sich äußernden Vielfalt"), Kolonie, griechische Faktorei (comptoir grec), vorkoloniale Verbindungen, System "Polis - chōra" und andere zu definieren und inhaltlich zu fixieren.

V. P. Jajlenko (Moskau) befaßte sich in seinem Beitrag "Die Praxis griechischer Kolonisation" mit den beiden ersten Phasen des Kolonisierungsprozesses: der Ausschickung der Kolonisten und der Gründung der neuen Polis (dritte Phase: die sich zwischen Mutter- und Tochterstadt herausbildenden Beziehungen). Ausgehend von einer gründlichen Analyse der Quellen, entwarf er folgendes Bild vom allgemeinüblichen Ablauf des Siedlungsvorganges: Wahl des Platzes, Benennung des Oikisten, Sammeln der Kolonisten (ungefähr 150 bis 1000 Personen), Orakelbefragung, Opfer, Treueschwur der Mutterstadt gegenüber, nach der Ankunft am Ort der Koloniegründung sofortiger Mauerbau und Landaufteilung. Betont wurde die sich in der neuen Polis von Beginn an durchsetzende soziale und rechtliche Ungleichheit.

Ju. G. Vinogradov (Moskau) machte am Beispiel von Milet und Olbia das Problem der Wechselbeziehungen von Metropole und Kolonie deutlich, bezog sich dabei aber nur auf die frühe Zeit (6. Jahrhundert und erste Hälfte des 5. Jahrhunderts v. u. Z.). Die Kontinuität des Verhältnisses Milet - Olbia, die durch die

intensiven ökonomischen Verbindungen zwischen den beiden Städten stimuliert und aktiviert wurde, wies er außer im politischen Sektor vor allem auf kulturell-geistigem Gebiet und im religiösen Bereich nach.

In weiteren Beiträgen, die zum ersten Problemkreis gehörten, befaßten sich A. M. Chazanov (Moskau) mit dem Versuch eines Vergleiches der griechischen und der altindischen Kolonisation und V. I. Kozlovskaja (Vladimir) mit dem Charakter der phokäischen Siedlungsbewegung in Spanien. A. Ejne - Jähne (Berlin) referierte über Alexandreia (in Ägypten) als den programmatischen Beginn der Politik von Städtegründungen im hellenistischen Asien und arbeitete in diesem Zusammenhang einige Unterscheidungsmerkmale der hellenistischen Kolonisation heraus.

Dem zweiten Problemkreis waren die meisten der auf dem Symposium gehaltenen Vorträge gewidmet. G. A. Cvetaeva (Moskau) gab einen Überblick über die Darstellung und Einschätzung der griechischen Kolonisation im nördlichen Schwarzmeergebiet in den Arbeiten russischer (vorrevolutionärer) und sowjetischer Gelehrter.

Ja. V. Domanskij (Leningrad) unterstrich den Polischarakter der griechischen Kolonien an der Nordküste des Pontus vom Moment ihrer Gründung an. Sie entstanden und entwickelten sich als landwirtschaftliche und handwerkliche Produktionszentren. Damit ging die Schaffung der chōra dieser Städte einher - offensichtlich kein einmaliger Akt, sondern ein die erste Zeit fortdauernder Prozeß. Der Handel konnte nicht der Grund für die Aussendung griechischer Kolonisten in das nördliche Schwarzmeergebiet gewesen sein, denn reguläre, ständige und intensive vorkoloniale Verbindungen zwischen dieser Zone und den Griechen hatte es nicht gegeben.

V. I. Pruglo (Leningrad) warf die Frage auf, inwieweit die Akkumulation von Handelskapital in den griechischen Mutterstädten als treibende Kraft der Großen griechischen Kolonisation, also auch der griechischen Kolonisationsunternehmungen an der Nordküste des Schwarzen Meeres in Betracht zu ziehen ist.

Um den Anteil der barbarischen Komponente an der Bevölkerung der Griechenstädte, um das Verhältnis von Griechen und Barbaren, um ihre Wirtschaftsbeziehungen ging es in den Beiträgen von A. A. Maslennikov (Moskau), V. N. Karasev (Kemerovo), O. Ja. Savelja (Sevastopol'), K. K. Marčenko (Leningrad) und A. I. Meljukova (Moskau). Zum Problem der Gründung einzelner griechischer Kolonien im nördlichen Schwarzmeergebiet äußerten sich E. Ja. Nikolaeva (Moskau), die in Auswertung der Grabungsergebnisse aus dem Jahre 1973 die Gründung des milesischen Kepi am Kimmerischen Bosporus nun ins erste Drittel des 6. Jahrhunderts v. u. Z. datiert, und A. A. Zegdenidze (Sevastopol'), die in Agrar- und Handelsinteressen (wobei die Erschließung der kurzen Süd-Nord-Route im Seeverkehr wichtigste Voraussetzung war) die Ursache für die Anlegung des taurischen Chersonesos sah, sich aber gegen ein dort früher vorhandenes Emporion aussprach. Seine Existenz (milesischen Ursprungs) glaubte jedoch G. M. Nikolaenko (Sevastopol'), die aus gängigen Münzfüßen und Längenmaßen Rückschlüsse auf die ökonomische Entwicklung von Chersonesos in seiner Frühzeit zog, aus dem Gebrauch der sogenannten ägyptischen Königselle in Milet und Chersonesos indirekt herleiten zu können.

Welche überzeugenden Ergebnisse sich hinsichtlich der antiken griechischen Seefahrt im Schwarzen Meer gewinnen lassen, wenn man die dortigen Strömungsverhältnisse in Betracht zieht und sie mit den Angaben der antiken Autoren vergleicht, zeigte der Beitrag von M. I. Zolotarev (Sevastopol'). Über die Kolo-

nisierung der Sindike, wo die Griechen, die nachweisbar seit dem 7. Jahrhundert v. u. Z. Kontakt zu den nordkaukasischen Küstengebieten hatten, in ihrer Siedlungstätigkeit durch die einheimischen Stämme nicht ernstlich behindert wurden, sprach Ju. S. Kruškol (Moskau).

M. Ju. Vachtina, Ju. A. Vinogradov, V. A. Gorončarovskij und E. Ja. Rogov (alle Leningrad) bemühten sich in ihrem Kollektivbeitrag, eine Klärung dafür zu finden, warum die griechischen Kolonisten zu verschiedenen Zeiten zuerst den Ost-, später dann den Westteil der Krim kolonisierten. Auf das bislang schwächer erforschte untere Dnestrgebiet als besonderen Kolonisationsbezirk, in welchem, wie der archäologische Befund belegt, gegen Ende des 6. Jahrhunderts v. u. Z. Siedler aus Milet ansässig wurden, machte S. B. Ochotnikov (Odessa) aufmerksam. V. M. Otreško (Moskau) skizzierte, wie die Gegend an der Bugmündung ökonomisch zu gliedern sei, wo durchaus günstige Bedingungen (unter anderem die Nähe von Erzlagerstätten) für das Gedeihen einzelner Handwerkszweige (Metallbearbeitung, Glasherstellung) bestanden.

Ein allgemeines Schema der etappenweisen Entwicklung des städtischen Territoriums von Olbia (erste Hälfte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. bis in den Frühhellenismus) legte S. D. Kryžickij (Kiev) vor, während N. A. Lejpunskaja (Kiev) einige Aspekte des Handels in der Frühphase der Stadt behandelte, wobei sie den bisher schon für diese Zeit vermuteten umfangreichen Kornhandel in Frage stellte. L. V. Kopejkina (Leningrad) rückte die Halbinsel Berezań (Borysthenes) und die dort gelegene griechische Niederlassung, die nicht später als im dritten Viertel des 7. Jahrhunderts v. u. Z. entstanden sein mußte, in den Vordergrund ihrer Betrachtungen. Sie untersuchte die Gründe, die zur Einrichtung dieser frühesten Kolonie ionischer Griechen in der Nordzone des Schwarzen Meeres führten, den Charakter der Siedlung und ihre ökonomische Funktion.

Zum dritten Problemkreis gehörte die bereits erwähnte Monographie von O. D. Lordkipanidze, der nur mündlich in die Problematik einführte.

Eine Auswertung der entsprechenden literarischen Quellen nahm T. S. Kauchčišvili (Tbilissi) vor, gelangte aber zu dem Ergebnis, daß die Nachrichten der antiken Autoren zu spärlich, zu nichtssagend und teilweise zu widersprüchlich sind, um aus ihnen genaue Schlüsse über den politischen Status und die ökonomische Struktur der griechischen Niederlassungen an der Ostküste des Schwarzen Meeres ziehen zu können.

G. K. Šamba (Suchumi) verfolgte die Siedlungstätigkeit der Griechen an der abchasischen Küste von der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts bis ins 4. Jahrhundert v. u. Z., als das für den Handel mit den umwohnenden Stämmen wichtige Dioskurias zur Produktion einer gestempelten eigenen Tara überging und seine chōra, wie die Ausgrabungsergebnisse der letzten Jahre bezeugen, sich etwa 40 Kilometer längs des Meeres erstreckte.

Ju. N. Voronov (Suchumi), der auf einen möglicherweise kausalen Zusammenhang zwischen dem Auf oder Ab in Zahl und Größe der in der chōra von Dioskurias gelegenen Siedlungen Einheimischer und der Entwicklung der Stadt aufmerksam machte, konstatierte bei den im Norden der Kolchis lebenden Stämmen das Fehlen einer hohen, die griechische Kolonisation vielleicht störenden Gesellschaftsorganisation.

Jeglichen Einfluß der Griechen auf die sozialpolitische Ordnung der in der Bucht von Suchumi wohnenden alteingesessenen Bevölkerung und damit überhaupt irgendwelche Spuren ihrer Hellenisierung (vor dem Ende des 4. Jahrhunderts v. u.

Z.) verneinte G. T. Kvirkvelija (Tbilissi). D. D. Kačarava (Tbilissi), die sich in ihrem Beitrag mit einigen Fragen der Geschichte von Ergenos beschäftigte und hinsichtlich dieser Gründung den Standpunkt teilte, es handle sich um eine gegen Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. in der Nähe einer bereits vorgefundenen Siedlung angelegte Handelsfaktorei, bestritt für das 5. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. ebenfalls eine Beeinflussung der umwohnenden Bevölkerung durch die Griechen.

T. K. Mikeladze stellte Überlegungen zum Problem der Lokalisierung von Phasis an und vermerkte, daß in den Grenzen der angenommenen chōra der Stadt eigentlich all die Merkmale fehlen, das heißt archäologisch nicht nachweisbar sind, welche die Existenz einer griechischen Polis begleiten (griechische Siedlungen, ein bestimmter Hellenisierungsgrad der Einheimischen, in der Stadt selbst hergestellte handwerkliche Erzeugnisse). Über den Charakter der kolchisch-griechischen Beziehungen im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z., deren Ausweitung und Vertiefung auf ökonomischem Gebiet eine eigene Münzprägung in Phasis notwendig machten, sprach G. A. Lordkipanidze (Tbilissi). Er ging auch auf die Ausgrabungen in Pičvnari ein, wo eine große griechische Nekropole aus dem 5. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. entdeckt wurde, die zu einer in den literarischen Quellen nicht erwähnten griechischen Ansiedlung - Apoikie oder Emporion - gehört haben muß. G. A. Lordkipanidze, der der These vom besondren Weg der griechischen Kolonisierung im östlichen Schwarzmeergebiet nicht widersprach, hob in diesem Zusammenhang hervor, daß das vorhandene Faktenmaterial nicht gestatte, die Existenz griechischer Poleis an der kolchischen Küste und ihre Ausstrahlung auf die andersartige Umwelt zu negieren.

A. I. Boltunova (Moskau) gab einen kurzen Abriß der Entwicklung der griechischen Apoikien an der östlichen Schwarzmeerküste und des Verhältnisses von Griechen und Bevölkerung der Kolchis. Sie vertrat folgende Meinung: Die in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. bereits schon bestehenden milesischen Apoikien Phasis und Dioskurias waren gemäß der griechischen Kolonisierungspraxis an Orten gegründet worden, wo entsprechende objektive Bedingungen die Sicherheit und die ökonomische Prosperität der Gemeinwesen garantierten, die den griechischen Siedlern eine neue Heimat sein sollten, auch eine politische in Form der Polis. Um die griechischen Kolonien herum, deren Blüte ins 4. bis 2. Jahrhundert v. u. Z. fiel, saß eine örtliche, mit Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung. Sie wurde in das Wirtschaftsleben dieser Städte einbezogen und übernahm griechische Kulturelemente. Der soziale Differenzierungsprozeß vollzog sich in ihrer Mitte mit beschleunigtem Tempo. Der Gründung autonomer griechischer Städte brauchte die Existenz einer Staatsgewalt bei den Kolchiern nicht entgegenzuwirken.

In seinem Vortrag zu Fragen der kolchischen Eisenmetallurgie, deren Grundlagen sich noch in der zweiten Hälfte des II. Jahrtausends v. u. Z. herausbildeten, bemerkte D. A. Chachutajšvili (Tbilissi), daß vom 8. Jahrhundert v. u. Z. an das vorzügliche kolchische Eisen in steigendem Maße südwestwärts exportiert wurde und offensichtlich bei den Griechen sehr gefragt war.

In der lebhaften, fruchtbaren Diskussion wurden einzelne Standpunkte präzisiert, allgemein anerkannt oder verworfen, zahlreiche Fragen aber blieben offen, mußten offen bleiben, da das bisherige Quellenmaterial unterschiedliche Interpretationen zuläßt und endgültige, eindeutige Entscheidungen für die eine oder andere Meinung vorerst unmöglich macht. Einigkeit gab es darin, daß die Große griechische Kolonisation von den Gründen und Zielen her nicht einen entweder nur agrarischen oder nur kommerziellen Charakter trug, sondern ein Prozeß von gleich-

zeitiger Vielfalt war, der es notwendig macht, in jedem einzelnen Falle die konkreten Umstände der Koloniegründung zu untersuchen. Gleichfalls grundsätzliche Übereinstimmung herrschte bezüglich der Zweiseitigkeit des Kolonisationsprozesses, die neben den Zuständen in der Metropole, dem Ausgangspunkt, auch die Verhältnisse am Kolonisationsort, dem Endpunkt, berücksichtigt, wobei hier in die Komponenten Apoikie und vor allem barbarische Umwelt aufgeschlüsselt werden kann. Ebenso wurde der These, die griechischen Kolonisationsunternehmungen seien weniger spontan, sondern vielmehr bewußt erfolgt, im wesentlichen zugestimmt. Der Zwang zur Suche nach Metallen mag zwar ein wichtiger Stimulus der Großen griechischen Kolonisation gewesen sein, doch wurde von einer Überbewertung dieses Faktors (im Sinne einer "Metalltheorie") gewarnt.

Die Notwendigkeit der Schaffung einer klaren, einheitlichen Terminologie fand allgemeine Zustimmung, nicht zuletzt deshalb, weil die Diskussion ein wiederholtes Mal die Unzulänglichkeit der existierenden Definitionen solcher Begriffe an den Tag brachte wie Polis (aufgeworfen wurde die Frage der Kriterien, der Anwendungsbreite des Begriffes), Emporion, Faktorei, griechische Kolonie, Kolonisation (bzw. sekundäre Kolonisation).

In etlichen sehr konkreten Fragen konnte keine Einigung erzielt werden: Gab es zum Zeitpunkt der griechischen Kolonisation in der Kolchis einen Staat und ein eigenes Königtum? Behinderte dieser Staat die Griechen in ihrer Kolonisationspraxis? Waren die Griechenkolonien an der kolchischen Küste Poleis? Konnte überhaupt eine Polis auf dem Territorium eines schon bestehenden Staatswesens angelegt werden? Waren die kolchischen Münzen (die sogenannten kolchidki) eine städtische (Phasis) oder staatliche Prägung?

Folgende Schwerpunkte der gegenwärtigen und zukünftigen Forschung wurden unter anderem sichtbar: die Untersuchung der vorkolonialen Kontakte, des vorkolonialen griechischen Handels, der nicht auszuschließenden Kontinuität von barbarischer zu griechischer Siedlung; das Problem der Kontaktzonen (Intensität und Breite der Beziehungen von Griechen und einheimischer Bevölkerung, Ausstrahlungskraft der griechischen Komponente); die funktionelle Verbindung von Polis und chōra (Wie groß ist die Zone der wirtschaftlichen Aktivität einer Griechenstadt in barbarischer Umgebung, inwieweit erfaßt sie, über die chōra hinausgehend, das andersartige Hinterland?); die soziale und ökonomische Struktur der angelegten Kolonien.

Armin Jähne

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Ilona Ballwanz

Sozialstruktur und Produktionsentwicklung der deutschen Landwirtschaft von 1817 bis 1914

Dissertation A (19. 2. 1977)
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Zur Problematik der Untersuchung
2. Die Entwicklung der wichtigsten Produktivkräfte in der deutschen Landwirtschaft 1871 bis 1914: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutzfläche; Die Nutzung des Ackerlandes. Die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur; Die Differenzierung der landwirtschaftlichen Betriebe; Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach den Ergebnissen der Zählungen von 1882, 1895 und 1907; Die Arbeitskräftestruktur; Soziale und ökonomische Kennziffern der Betriebsgrößenklassen. Die Ursachen der Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur
3. Die Entwicklung der pflanzlichen Produktion 1871: Die Getreideproduktion (Anbaufläche, Hektarerträge, Ernteerträge, Pro-Kopf-Produktion, Getreideverfügungsmenge). Die Hackfrüchteproduktion (Kartoffeln, Zuckerrüben). Die Entwicklung der Produktivität in der pflanzlichen Produktion. Einfluß und Wechselwirkung gesellschaftlicher, technischer und ökonomischer Faktoren auf die pflanzliche Produktion
4. Der Zusammenhang zwischen Produktionsentwicklung und Betriebsgröße: Die Nutzung der LN und des Ackerlandes in den einzelnen Größenklassen. Der Vergleich der Produktionsergebnisse zwischen den Gebieten des bäuerlichen und des Großgrundbesitzes

Ulrich Bartsch

"Qualität des Lebens" und rechte Sozialdemokratie - Kritische Untersuchung der wirtschaftstheoretischen Grundlagen und wirtschaftspolitischen Konsequenzen eines reformistischen Schlagwortes

Dissertation A (23. 11. 1976)
Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg

0. "Qualität des Lebens" - eine apologetische bürgerliche These
1. Möglichkeiten und Grenzen der Sicherung der sozialen Existenz der Menschen im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise

2. Zur globalen Bedeutung des Begriffes "Qualität des Lebens" innerhalb der bürgerlichen Ideologie sowie dessen spezifische Rolle für die bürgerliche Ökonomie
3. Wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Vorstellungen und Schlußfolgerungen rechtssozialdemokratischer Prägung für die Verbesserung der "Qualität des Lebens" im Kapitalismus
4. Ökonomische Voraussetzungen zur Realisierung der "Lebensqualität" im Rahmen rechtssozialdemokratischer Vorstellungen

Ilona Bendjus

Die Entwicklung der marxistischen Konzeption und die Leistungen der sowjetischen Stadtgeschichtsforschung zur Geschichte der nordrussischen Stadt des 14. und 15. Jahrhunderts von 1917 bis zu Beginn der siebziger Jahre

Dissertation A (16. 7. 1975)
Pädagogische Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg

1. Die frühe Phase der sowjetischen Stadtgeschichtsforschung von 1917 bis zur Mitte der 30er Jahre: Ihre Bedeutung für die Erarbeitung der methodologischen Grundlagen zur Erforschung der Geschichte der nordrussischen Stadt des 14. und 15. Jahrhunderts. Der revolutionäre Wendepunkt in der russischen Mediävistik am Ende des 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Grundlegende Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus über die Stadt im Feudalismus, Bedeutung gesellschaftlicher Arbeitsteilungen, sozialökonomische Grundlage der Stadt und des Bürgertums, Klassenstruktur der mittelalterlichen Stadt; Die Anwendung der marxistisch-leninistischen Methodologie in der frühen sowjetischen Stadtgeschichtsforschung
2. Die Weiterentwicklung der marxistischen Stadtgeschichtskonzeption in der sowjetischen Historiographie von der Mitte der 30er bis zur Mitte der 50er Jahre: Weiterentwicklung der allgemeinen theoretisch-methodologischen Grundlagen; Erweiterung der Quellengrundlage; Hauptergebnisse der Forschungen, Die nordrussische Stadt als Zentrum des Handwerks und des Handels, Die erweiterte Problemsicht in der sowjetischen Historiographie zur nordrussischen Stadtgeschichte
3. Die Leistungen und Errungenschaften der sowjetischen Historiographie zur nordrussischen Stadtgeschichte des 14. und 15. Jahrhunderts von der zweiten Hälfte der 50er Jahre bis zu Beginn der 70er Jahre: Entwicklungsbedingungen und Haupttendenzen der Entwicklung der sowjetischen Historiographie; Ihre Hauptaufgaben zur nordrussischen Stadtgeschichte; Die Weiterentwicklung der Konzeption, Die Erhöhung des theoretisch-methodologischen Niveaus der geschichtswissenschaftlichen Forschungen, Die sozialökonomische Grundlage der nordrussischen Stadt und ihre Rolle in der Feudalgesellschaft des 14. und 15. Jahrhunderts, Die soziale Struktur der Stadtbevölkerung, Die Klassenauseinandersetzungen

Marianne Böhme

Zur entwicklungspolitischen Konzeption des BDR-Imperialismus unter der Brandt/Scheel-Regierung im Rahmen der sich tendenziell abzeichnenden neokolonialistischen Gesamtstrategie des Imperialismus

Dissertation A (21. 7. 1976)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Der Neokolonialismus: Ergebnis des Zerfalls des Kolonialsystems für den Kampf des Imperialismus gegen die nationale Befreiungsarmee; Die Dialektik von Anpassungszwang und Anpassungsstrategie im System des Neokolonialismus; Die Weiterentwicklung des Widerspruchs zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern

2. Die Tendenz der Evolution des Neokolonialismus zu einer kompletten Strategie des Imperialismus in der Auseinandersetzung mit der nationalen Befreiungsbewegung: Die Ursachen für diese Tendenz; Die Elemente der komplexen Strategie des Imperialismus gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung

3. Die entwicklungspolitische Konzeption der Brandt/Scheel-Regierung als Strategie im Dienste der Erhöhung der Effektivität des Neokolonialismus der BRD und ihre Eingliederung in die sich tendenziell abzeichnende neokolonialistische Gesamtstrategie des Imperialismus: Die Genesis der BRD-Entwicklungskonzeption; Die wichtigsten Hauptelemente in der entwicklungspolitischen Konzeption der Brandt/Scheel-Regierung

4. Die Perspektivlosigkeit der sich tendenziell abzeichnenden neokolonialistischen Gesamtstrategie des Imperialismus und der entwicklungspolitischen Konzeption der Brandt/Scheel-Regierung

Sonja Brentjes

Untersuchungen zur Geschichte der linearen Optimierung (LO) von ihren Anfängen bis zur Konstituierung als selbständige mathematische Theorie - eine Studie zum Problem der Entstehung mathematischer Disziplinen im 20. Jahrhundert

Dissertation A (3. 9. 1976)
Technische Universität Dresden

1. Bemerkungen zu mathematischen Theorien, auf denen die lineare Optimierung aufbaut

2. Überblick über die wichtigsten Modelle und Aufgaben vor dem Beginn des Konstituierungsprozesses der LO zur selbständigen mathematischen Theorie: Lineare Optimierungsaufgaben, die durch Mathematiker im 18., 19. und 20. Jahrhundert gestellt wurden, Eine Aufgabe der Transportoptimierung bei G. Monge, Eine lineare Approximationsaufgabe und ihre Behandlung als LO, Die Sätze von D. König und J. Egerváry, Die Transportaufgabe von F. L. Hitchcok, Die Entwicklung linearer Optimierungmodelle durch bürgerliche Politökonomen und Wirtschaftswissenschaftler (Das Tableau Econimique der physiokratischen Schule, V. Paretos Optimierungskonzept, Die Diskussion und Weiterentwicklung des Walras'schen Gleichungssystems, Ein empirisches Modell über die amerikanische Wirtschaft durch W. Leontief, Das Transportmodell von T. C. Koopmans, Das Diät-Problem)

3. Der Beitrag sowjetischer Wissenschaftler zur Ausarbeitung der Theorie der linearen Optimierung: Transportoptimierung im sowjetischen Verkehrswesen; Die Arbeiten V. V. Novožilovs zur optimalen Planung in der sozialistischen Volkswirtschaft; Erste Schritte zu einer Theorie der linearen Optimierung durch Arbeiten sowjetischer Wissenschaftler (Die Monographie L. V. Kantorovičs als erster bewußter Versuch der Lösung linearer Optimierungsaufgaben, Die Bemühungen sowjetischer Mathematiker um die Erweiterung der theoretischen Erkenntnisse zur LO und um die Anwendung der Resultate auf technisch-ökonomische Aufgabenstellungen, Die Auseinandersetzungen um die historische Einordnung der Arbeiten L. V. Kantorovičs); Probleme der weiteren Entwicklung und Anwendung der linearen Optimierung in der UdSSR

4. Die erneute Entdeckung der Bedeutung linearer Optimierungsaufgaben durch amerikanische Wissenschaftler: Wissenschaft im Dienst der US Air Force; Die Entwicklung linearer Optimierungsmodelle bei der Lösung von Problemen der amerikanischen Luftwaffe; Die erste Konferenz zur LO und ihre Ergebnisse; Abriß der weiteren Entwicklung der Theorie der LO und ihrer Anwendung in den USA

Gesine Brix / Karl Distler

Zur Seeverkehrspolitik der Entwicklungsländer

Dissertation A (6. 7. 1976)
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Zur Charakteristik der Entwicklungsländer
2. Die Stellung der Entwicklungsländer im Weltseeverkehr
3. Die Seeschiffahrt als Instrument zur Verwirklichung übergeordneter wirtschaftspolitischer Ziele der Entwicklungsländer
4. Probleme und Schwierigkeiten beim Aufbau von Handelsflotten in Entwicklungsländern
5. Zum Begriff der Seeverkehrspolitik
6. Instrumente und Methoden der Realisierung staatlicher Seeverkehrspolitik der Entwicklungsländer
7. Kooperation und Integration - Grundlagen und Möglichkeiten multilateraler Seeverkehrspolitik der Entwicklungsländer
8. Die internationale Geltendmachung der Seeverkehrspolitik der Entwicklungsländer
9. Bedeutung der Seeverkehrspolitik der sozialistischen Länder für die Entwicklungsländer

Gisela Buchheim

Die Gründungsgeschichte der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt von 1872 bis 1887

Dissertation B (1977)
Technische Universität Dresden

2. Bestrebungen zur Gründung eines mechanischen Instituts unter der Oberhoheit des preußischen Staates: Erste Bemühungen in Verantwortung des preußischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit (1872 bis 1879); Neue Initiativen aus den Kreisen der Interessenten (1879 bis 1882); Der Einfluß internationaler Aktivitäten zur Entwicklung elektrischer Maßeinheiten auf die Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (1881 bis 1887). Weitere Verhandlungen über die Gründung der Anstalt unter Leitung des preußischen Kultusministeriums - Die Herausarbeitung einer neuen Aufgabenstellung (1882 bis 1884)

3. Bestrebungen zur Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (1884 bis 1887): Kommissionsarbeit zur Konzipierung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt unter der Leitung des Reichsamtes des Innern (1884 bis 1886). Die Bewilligung der finanziellen Mittel durch den Bundesrat und den Reichstag (Januar 1886 bis März 1887); Das Kuratorium der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, seine Berufung und seine Arbeit bis zur Eröffnung der Anstalt (April 1887 bis Oktober 1887)

Julio Próspero Castellanos Cambranes

Studien zur sozialökonomischen und politischen Entwicklung Guatemalas (1868 - 1885) im Lichte von Archivmaterialien der DDR

Dissertation A (22. 1. 1977)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die politische und sozialökonomische Entwicklung des Landes bis 1871: Zusammensetzung der Bevölkerung; Politische und sozialökonomische Verhältnisse; Die Dorfgemeinschaften (Organisationsformen innerhalb der Dörfer, Differenzierung und Arbeitsteilung); Der Warenaustausch, Die wichtigsten Anbauprodukte; Die Heimarbeit der Indianer; Die wandernden Kleinhändler; Die Kleinbauern; Die Ladinos; Die Plantagenwirtschaft (Cochenille-Kultur, Kaffeekultur, Zuckerrohrkultur); Die Salzgewinnung; Die Kautschukgewinnung; Der Entwicklungsgrad der Ware-Geld-Beziehung; Innere und äußere Faktoren, die den Sturz der Konservativen ermöglichten

2. Die Machtübernahme der Liberalen im Jahre 1871 und die sozialökonomische Entwicklung des Landes bis 1885: Die Kirchenfrage; Die landwirtschaftliche Politik der Liberalen, Die Eigentumsformen, Die Expropriation der Bauernschaft und die Wiedereinführung der Zwangsarbeit auf dem Lande, Die Produktionsverhältnisse auf den Plantagen, Die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft, Die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion, Konsequenzen aus der Umgestaltung der Agrarstruktur; Synthese der Struktur der liberalen Reformen; Die Bildungs- und Erziehungspolitik; Das Gesundheitswesen; Die Verbesserung des Verkehrswesens; Das Finanzwesen; Die Einwanderungspolitik; Die Liberalen und das Eindringen des ausländischen Kapitals

Carola Compagnini

Die staatsmonopolistische Regulierung im Verkehrswesen der BRD, dargestellt am Beispiel des verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung im Zeitraum 1968 - 1972

Dissertation A (19. 6. 1975)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung des Verkehrswesens und den anderen Bereichen der Volkswirtschaft

2. Die Veränderungen der kapitalistischen Eigentumsform als Ausdruck der Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen: Die kapitalistische Akkumulation im Verkehrswesen und die Herausbildung des kapitalistischen Gruppeneigentums; Die Verstaatlichung des Eisenbahnkapitals und deren Funktion im Reproduktionsprozeß; Die ökonomische Tätigkeit des Staates als ein wesentlicher Bestandteil der staatsmonopolistischen Regulierung und ihr Einfluß auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Verkehrswesen der BRD

3. Der Leber-Plan - Bestandteil der Reformpolitik der SPD-Führung: Die Verkehrspolitik der BRD-Regierungen im Zeitraum von 1949 bis 1967, deren Folgen und die Notwendigkeit des verkehrspolitischen Programms; Die Interessen und Ziele der produktionsmittelerzeugenden Monopole, der verladenden Wirtschaft, des Militärs und des Staates im Bereich des Verkehrswesens; Der Leber-Plan - eine neue Stufe staatsmonopolistischer Programmierung des Kapitalismus (Rationalisierungsmaßnahmen, Reform des Management-Systems, Veränderungen des Leistungsangebots der Deutschen Bundesbahn und der Ausbau der sogenannten Kooperationsbeziehungen, Tarifpolitik); Die Konglomeratsbildung im Verkehrswesen der BRD; Verkehrspolitische Maßnahmen im Bereich des Personennahverkehrs

Irmtraud Dalchow

Entwicklung der Wegelin & Hübner AG von den Anfängen bis zum Jahre 1918 - Ein Beitrag zur Betriebsgeschichte des VEB Maschinenfabrik Halle

Dissertation A (21. 12. 1976)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Entstehung und Entwicklung der Firma Wegelin & Hübner bis zum Ende des 19. Jahrhunderts: Der "bescheidene" Anfang; Unternehmerwillkür von Anfang an; Entwicklung zum kapitalistischen Großbetrieb (Kapitalinvestition als Grundlage für verstärkte Ausbeutung, Versuch der Bereicherung durch Spekulation, Der Weg zum "Exportbetrieb ersten Ranges")

2. Sozialpolitik und Klassenkampf: Arbeitereinheit gegen Unternehmerwillkür; Unter dem Sozialistengesetz

3. Die Entwicklung der "Wegelin & Hübner Maschinenfabrik und Eisengießerei Aktiengesellschaft" bis zum ersten Weltkrieg: Fusionsgeschäfte; Produktion, Profit und Klassenkampf von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg (Die Wegelin & Hübner AG und die Lage der Arbeiter in der Krise von 1900 - 1903: Die Situation nach der Fusion, Die Lage der Arbeiter in der Krise, Die Stellung der Wegelin & Hübner AG im monopolkapitalistischen Wirtschaftssystem. Klassenkampf, Korruption, Intrige - Ausdruck der wachsenden Wider-

sprüche des Kapitalismus. Der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 1906/07. Die Zuspitzung der Klassengegensätze vor dem ersten Weltkrieg. Kapitalistische Rekonstruktion und Rationalisierung)

4. Der erste Weltkrieg - Quelle von Elend und Profit: Rüstungsbetrieb Wegelin & Hübner AG; Krieg - ein lohnendes Geschäft für das Kapital; Die Arbeiter der Wegelin & Hübner AG im Kampf gegen Imperialismus und Krieg; Verschleierung der Kriegsgewinne; Imperialistischer Frieden

Augusto Díaz Saldaña

Grundzüge der sozial-ökonomischen Entwicklung des kolumbianischen Nationalstaates 1830 - 1886

Dissertation A (20. 7. 1976)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die ökonomische und soziale Lage zwischen 1830 und 1849: Die Gründung des Staates Neugranada; Der sozialökonomische Charakter des neuen Staates; Die Volkszählungen von 1825, 1835 und 1843; Das fiskalische System; Die Verschuldung des Staates; Aspekte der Außenpolitik; Freihandel und Protektionismus; Der Außenhandel Neugranadas (1835 - 1845)

2. Die Ära der Reformen (1849 - 1863): Die Präsidentschaftswahlen am 7. März 1849; Über die Triebkräfte der Reformen; Die Reformen (Staat und Kirche, Aufhebung der Sklaverei, Aufhebung des Tabakmonopols, Abschaffung der resguardos, Reform des fiskalischen Systems, historische Bedeutung der Reformen, Der Staatsstreich von General José Maria Melo); Die Granadinische Konföderation

3. Über die sozialökonomischen Grundlagen der föderativen Republik (1863 - 1886): Die Volkszählungen; Der Außenhandel 1864 - 1880; Das Eisenbahnwesen; Handwerk und Manufakturen; Das Bildungswesen

4. Die Regeneration und die Verfassung des Jahres 1886: Die politische und ökonomische Lage um 1880; Das Regenerationsprogramm von Rafael Nuñez; Die Entwicklung der politischen Situation bis zum Jahre 1884; Der Bürgerkrieg 1885; Die zentralistische Verfassung aus dem Jahre 1886; Das Konkordat

Rosemarie Eichfeld

Die Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Land Sachsen in den Jahren 1945 bis 1949

Dissertation A (1. 7. 1977)
Bergakademie Freiberg

1. Die objektiven und subjektiven Bedingungen für die Entwicklung der Frau in der Produktion 1945 - 1949 in Sachsen: Die SED als politisch-ideologische Erzieherin der Frauen für die aktive Teilnahme an der sozialistischen Revolution; Die Lebensbedingungen der Frauen in den Nachkriegsjahren; Die gesetzliche Fixierung der politischen, ökonomischen und juristischen Gleichberechtigung der Frau nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Befehle der SMAD und die Weisungen der sächsischen Landesregierung (Befehle Nr.

153 v. 29. 11. 1945, Nr. 180 v. 22. 12. 1945, Nr. 253 v. 17. 8. 1946, Nr. 39 v. 19. 2. 1947, Nr. 234 v. 9. 10. 1947)

2. Die Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch die Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Produktionsprozeß unter den Bedingungen der Herausbildung und Festigung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln 1945 bis 1949: Der Prozeß der bewußten Eingliederung der arbeitsfähigen Frauen in die materielle Produktion im Land Sachsen, Die Zusammensetzung der weiblichen Bevölkerung, Die Altersstruktur, Die Entwicklung der Frauenarbeit in den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft, Die Entwicklung der sozialen Struktur der weiblichen Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren in der sowjetischen Besatzungszone, Die Stellung der weiblichen Jugendlichen in den Wirtschaftszweigen, Die Alters- und Tätigkeitsstruktur der Arbeiterinnen während des Halbjahrplanes 1948 in Sachsen; Der Kampf der Arbeiterklasse für die Verwirklichung des Rechtes der weiblichen Bevölkerung auf Arbeit (Verhältnis Arbeitsplätze und Arbeitskräfte, Staatliche Maßnahmen, Die Heimarbeit in Sachsen und die Notwendigkeit ihrer Einschränkung durch staatliche Maßnahmen seit 1948)

3. Der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei für die Überwindung der Dequalifikation und Deformation der weiblichen Arbeitskraft: Die Anforderungen der Produktivkräfte an die Qualifizierung der Arbeiterin; Die Reproduktion der Arbeiterklasse unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der weiblichen Jugend zu industriellen Facharbeitern (Qualifikation der Berufsausbildung, Überwindung der Arbeitslosigkeit der weiblichen Jugend); Die Schaffung sozialer Voraussetzungen für die Teilnahme der Frau an der gesellschaftlichen Produktion; Die Teilnahme der Arbeiterinnen an der Aktivistenbewegung - Ausdruck des qualitativen Wachstums ihrer gesellschaftspolitischen Reife

Gisela-Ruth Engewald

Tendenzen in der Entwicklung der Produzentenstruktur unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Produktionsarbeiterinnen im VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau (Zeitraum 1963 bis 1972)

Dissertation A (17. 8. 1976)
Bergakademie Freiberg

1. Stellung und Bedeutung des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß im Zeitraum 1963 bis 1972: Die Entwicklung der Arbeitskräftestruktur; Die Entwicklung des Mechanisierungs- und Automatisierungsgrades der Arbeit; Die Entwicklung der Schichtarbeit; Die Entwicklung der Fahrzeugproduktion; Einschätzung der Entwicklung des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau im Zeitraum 1963 bis 1972

2. Die technisch-technologische Vervollkommnung des Produktionsprozesses im VEB SZ in den Jahren 1963 bis 1972: Die Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Plan der sozialistischen Rekonstruktion der sozialistischen Industriebetriebe im Siebenjahrplanzeitraum 1959 bis 1965; 1966 bis 1972

3. Beziehungen zwischen der Veränderung der technisch-technologischen Ausrüstung der Fertigungsbereiche und der Entwicklung der Struktur, des Qualifikationsniveaus und dem Einsatz der Produktionsarbeiter im VEB Sachsenring im Zeitraum 1963 bis 1972: Allgemeine Entwicklungstendenzen in der Struktur der Produktionsarbeiter; Entwicklung des Qualifikationsniveaus der Facharbeite-

rinnen; Entwicklungstendenzen im Einsatz der Frauen in den Fertigungsbereichen im Untersuchungszeitraum

4. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Stellung der Frau im Arbeitsprozeß im VEB Sachsenring im Zeitraum 1963 bis 1972: Einstellung der Frauen zur Berufstätigkeit und Qualifizierung; Zu einigen Problemen der Unterstützung und Erleichterung der Berufstätigkeit der Frauen; Die Entwicklung der schöpferischen Mitarbeit der Frauen im Neuererwesen; Die Rolle des Frauenausschusses im Betrieb bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen im Arbeitsprozeß

Roland Felber

Die Tradition und Chinas Gegenwart. Studien zur Gesellschaft und Ideologie des "traditionellen China" und zur Reinterpretation altchinesischer Sozialutopien in neuer und neuester Zeit

Dissertation B (29 1. 1976)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die traditionelle chinesiche Gesellschaft: Zum Charakter der ersten Klassengesellschaft in China; "Asiatische" oder feudale Produktionsweise in China; Zur Kritik des bürgerlichen Feudalismus-Begriffs in seiner Anwendung auf China; W. I. Lenin über Aufgaben, Klassen, Parteien und Perspektiven der chinesischen Revolution

2. Altchinesiche Sozialtheorien: Das Gesellschaftsideal der "Großen Gemeinschaft und Gleichheit" (da-tong) im Kapitel Li-yun des Li-ji; Der Begriff des tong und des da-tong im Lichte altchinesischer Gleichheitsvorstellungen; Terminologische Betrachtungen zum Begriff der Gerechtigkeit im alten China; Die Utopie vom "Brunnenfeld"

3. Moderne Reinterpretationen traditioneller chinesischer Sozialutopien: Zur Reinterpretation der Utopie von der "Großen Gemeinschaft und Gleichheit" (Da-tong) in neuer und neuester Zeit; Liang Qi-chao (1873 - 1929) über Da-tong und Sozialismus; Die Da-tong-Interpretation chinesischer revolutionärer Demokraten (vor der Oktoberrevolution); Jing-tian und Sozialismus im Denken von Hu Han-min (1879 - 1936); Li Da-zhao (1888 - 1927) über die Gesellschaft und Ideologie des "traditionellen" China

4. Die Tradition in Chinas Gegenwart

Henry Glaß

Wesen, Ursachen und Erscheinungsformen der Umweltkrise im Imperialismus - dargestellt am Beispiel der Luft- und Wasserverunreinigung in den USA und in der BRD im Zeitraum 1970 bis 1975

Dissertation A (15. 7. 1976)
Humboldt-Universität zu Berlin

2. Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Anpassung der bürgerlichen Ideologen an die veränderte Lage

3. Wesen und Ursachen der Umweltkrise im Kapitalismus: Der gesellschaftliche Charakter der Umweltproblematik; Die Umwelt als ein integraler Bestandteil

und als Grundlage des kapitalistischen Reproduktionsprozesses; Wesen und Mechanismus der Standortverteilung der Produktivkräfte im Kapitalismus - begrenzender Faktor einer den Kapitalverwertungsbedürfnissen entsprechenden Umweltentwicklung

4. Analyse realer Erscheinungen der Umweltkrise im Imperialismus: Die Auswirkungen des Privateigentums an Grund und Boden für die Umweltentwicklung in städtischen Regionen kapitalistischer Industriestaaten; Analyse realer Erscheinungen der Umweltkrise im Imperialismus am Beispiel der Wasser- und Luftverunreinigung in Ballungsgebieten

5. Zusammenfassende Einschätzung des Einflusses der kapitalistischen Umweltentwicklung auf die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals und der Rolle des Staates bei der Schaffung und Erhaltung verwertungsgünstiger Umweltbedingungen (Stand der Luftreinhaltung und der Wasserreinhaltung)

6. Alternative zur kapitalistischen Umweltentwicklung

Martin Guntau

Zu den weltanschaulichen Voraussetzungen und den Bedingungen im Bereich der Produktivkräfteentwicklung für das Entstehen der Geologie als naturwissenschaftliche Disziplin

Dissertation B (14. 12. 1976)
Humboldt-Universität zu Berlin

4. Die Entwicklung gesellschaftlicher Erfordernisse und Voraussetzungen für das Entstehen der Geologie als Wissenschaft: Zu den Quellen der geologischen Erkenntnis; Das Entstehen der gesellschaftlichen Bedingungen für die Herausbildung der Geologie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Erfordernisse der Bergbauproduktion: Lagerstättengeologie, Kartierung), Rolle von Expeditionen. Bedeutung der bürgerlichen Aufklärung für das Entstehen der Geologie); Die Entwicklung der gesellschaftlichen Bedingungen für die geologische Erkenntnis in den europäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Rußland); Die Entwicklung gesellschaftlicher Zielsetzungen für die entstehende Geologie

5. Die Herausbildung des Systemcharakters der Geologie: Die Entwicklung des Systems wissenschaftlicher geologischer Tätigkeiten; Die Herausbildung des Systems der geologischen Erkenntnis (Geologische Begriffe, Theorienbildung, erste theoretische Konzeption: Neptunismus, Plutonismus). Zur Entwicklung von Elementen des Erkenntnissystems der Geologie

6. Die Entwicklung institutioneller Formen der geologischen Wissenschaft

Horst Haufe

Die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von Ende 1960 bis 1963

Dissertation A (21. 7. 1977)
Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

1. Die Ausgangsbedingungen für den Beginn einer neuen Etappe der Entwicklung des Weltsozialismus Anfang der sechziger Jahre

2. Die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR als eine entscheidende Voraussetzung zur Verminderung der Störanfälligkeit und für die Stabilisierung der Volkswirtschaft der DDR: Die Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR vom Oktober 1960 bis Mai 1961 zur weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Grundprobleme der Zusammenarbeit). Die Hilfeleistung der UdSSR zur Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit der DDR vor den Störmaßnahmen des Imperialismus der BRD im Jahre 1961. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR zu Beginn der Etappe der gesamtgesellschaftlichen Stabilisierung in der DDR. Die gemeinsamen Beratungen zwischen der DDR und der UdSSR zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion einiger Zweige des Maschinenbaus. Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Jahre 1963 nach dem IV. Parteitag der SED

3. Der weitere Ausbau der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR in den Jahren 1961 bis 1963: Die Beschlüsse der XII. und XIII. Tagung der gemeinsamen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Sonderaktionen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zur Sicherung der Störfreiheit der Volkswirtschaft der DDR. Die weitere Ausgestaltung der direkten Zusammenarbeit wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen der Industrie der DDR und der UdSSR in den Jahren 1961 bis 1963. Grundzüge der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR in den Jahren 1962/63

Christel Kalitzky

Die Entwicklung der Neuererbewegung bis zum VIII. Parteitag der SED als Ausdruck des Schöpfertums der Arbeiterklasse. Eine Untersuchung am Beispiel von Hochseewerften der VVB Schiffbau

Dissertation A (20. 3. 1976)
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung der volkseigenen Werften in Rostock Warnemünde, Stralsund und Wismar

2. Die Entwicklung der Neuererbewegung in den vier Großwerften bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (Bedeutung für Steigerung der Arbeitsproduktivität, Ausdruck neuer gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Leitung, Herausbildung von Arbeiterpersönlichkeiten, Ausdruck des Schöpfertums der Neuererbewegung sowie seine Entwicklung)

3. Die Entfaltung der Neuererbewegung in den Hochseewerften unter den Bedingungen des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Errichtung

der sozialistischen Gesellschaft: Der gesetzmäßige Zusammenhang zwischen dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der wachsenden Teilnahme und bewußten Gestaltung des Produktionsprozesses durch die Neuerer; Die Neuererbewegung in den Hochseewerften als umfassende Massenbewegung; Die qualitative Entwicklung der Neuerervorschläge im Schiffbau; Die Hauptaufgabe und die planmäßige Entwicklung der Neuererbewegung als neues Merkmal dieser Bewegung; Die Bedeutung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit für die Neuererbewegung in den Hochseewerften

Kurt Kinder

Die Technische Hochschule Dresden auf dem Wege zur sozialistischen Universität des Volkes (1955/56 - 1961)

Dissertation A (22. 12. 1976)
Technische Universität Dresden

1. Neue Aufgaben der TH Dresden nach der 3. Parteikonferenz der SED
2. Klarheit über die sozialistische Perspektive
3. Die TH Dresden nimmt Kurs auf die Vollendung der sozialistischen Umgestaltung
4. Neue Wege in der Forschung. Ausgewählte wissenschaftliche Leistungen zum Nutzen der sozialistischen Volkswirtschaft
5. Neue Wege in Ausbildung und Erziehung
6. Vertiefung der internationalen Beziehungen
7. Beitrag zur Überwindung imperialistischer Störmaßnahmen
8. Verleihung des Status einer Technischen Universität

Kurt Kozianka

Zur Wirkungsgeschichte des "Kapital" von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung von 1890 bis 1895

Dissertation A (1. 6. 1976)
Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. "Das Kapital" - Hauptwerk des Marxismus, Seine Wirkungsbedingungen in Deutschland 1890 bis 1895
2. Die Propagierung und Anwendung der Lehren des "Kapital" bei der Erarbeitung und in den Kommentaren des Programms der deutschen Sozialdemokratie von 1891
3. Die Anwendung der Ideen des "Kapital" im Kampf der revolutionären Sozialdemokraten gegen den Opportunismus
4. Die Propagierung und Anwendung von Ideen des "Kapital" durch die revolutionären Sozialdemokraten im parlamentarischen Kampf
5. Die Propagierung und Anwendung der Ideen des "Kapital" in der Geschichtsschreibung und im Kampf gegen die bürgerliche Philosophie

6. Die Propagierung und Anwendung der Ideen des "Kapital" bei der Untersuchung politökonomischer Probleme und im Kampf gegen die bürgerliche Vulgärökonomie

7. Die Propagierung, Anwendung und Weiterentwicklung der Ideen des "Kapital" durch Friedrich Engels, Würdigung seiner Mitarbeit am "Kapital"

8. Die Aufnahme des dritten Bandes des "Kapital" in der deutschen Sozialdemokratie unmittelbar nach seinem Erscheinen

9. Stand und Tendenzen der Anwendung der Ideen des "Kapital" in der deutschen Arbeiterbewegung 1890 bis 1895

Albin Kress

Industrialisierung der Entwicklungsländer und kapitalistische internationale Arbeitsteilung. Eine Untersuchung einiger Grundprobleme des Kampfes der Entwicklungsländer um ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus mit einer Analyse einiger Teilaspekte der Industrialisierungspolitik in der Republik Zaire

Dissertation B (21. 4. 1976)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Bedeutung der Industrialisierung für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung der Entwicklungsländer

2. Die Industrialisierung der Entwicklungsländer in der neokolonialistischen Strategie des Imperialismus

3. Zu einigen Problemen der inneren strukturellen Entwicklung der Industrie in den Entwicklungsländern als ein wesentlicher Teilaspekt des Kampfes um die ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus: Einige Besonderheiten bei der Entwicklung des inneren Marktes in den Entwicklungsländern; Zur Problematik der exportorientierten Industrialisierung; Grenzen und Möglichkeiten der Politik der Importsubstitution

4. Möglichkeiten und Grenzen einer den nationalen Interessen dienenden Industrialisierungspolitik unter den Bedingungen einer kapitalistischen Orientierung in Zaire: Einige Grundzüge der Wirtschaftspolitik in Zaire; Die Widerspiegelung der kapitalistisch orientierten Wirtschaftspolitik in der Entwicklung der Industriestruktur

Detlef Lucker

Der Beitrag der Landmaschinen- und Traktorenbauer zur technischen Ausrüstung der Landwirtschaft in der DDR (1960 - 1970) - eine Untersuchung über die Hilfe der Arbeiterklasse für die Klasse der Genossenschaftsbauern

Dissertation A (30. 10. 1975)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Stand der technischen Ausrüstung der sozialistischen Landwirtschaft zum Zeitpunkt des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, die neuen Aufgaben für die Landmaschinen- und Traktorenbauer sowie die ersten Schritte zu deren Verwirklichung im Jahre 1960

2. Die Hilfe und Unterstützung der Landmaschinenbauer für die Konsolidierung der Klasse der Genossenschaftsbauern zu Beginn des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR 1961 bis 1965 (Masseninitiativen der Landmaschinen- und Traktorenbauer 1960 - 1962, Besondere Formen der Hilfe für die LPG in der ersten Hälfte der 60er Jahre); Aufgabenstellung durch den VI. Parteitag und den VIII. Deutschen Bauernkongreß und ihre Verwirklichung 1963 - 1965, Die Entwicklung der Zusammenarbeit des Landmaschinen- und Traktorenbaues der DDR mit den Bruderländern im RGW 1960 bis 1965

3. Die Mitwirkung der Landmaschinen- und Traktorenbauer zur Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft der DDR durch die Bereitstellung moderner und leistungsfähiger Agrartechnik 1966 bis 1970: Die Grundorientierungen der SED und der Regierung und ihre Verwirklichung zur Entwicklung einer modernen Landwirtschaft durch die Landmaschinen- und Traktorenbauer 1966 bis 1970; Der Aufschwung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Landmaschinen- und Traktorenbaues im Rahmen des RGW 1965 bis 1970

Antje Mattausch

Zur Rolle der Arbeiterjugend in der FDJ - untersucht am Beispiel der Werftindustrie des Bezirkes Rostock (August 1961 bis Mai 1963)

Dissertation A (6. 11. 1976)
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Zur Jugendpolitik der SED während der sechziger Jahre

2. Die Leistungen der Werftarbeiterjugend im Produktionsaufgebot 1961/62 unter Führung des sozialistischen Jugendverbandes

3. Die Teilnahme der Werftarbeiterjugend am Wettbewerb zur Vorbereitung des VI. Parteitages der SED und das VII. Parlament der FDJ

Gerhard Neuendorf

Das Eindringen der IG-Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Lateinamerika 1933 bis 1945 - ein Beispiel des Kampfes um monopolistische Einflußnahme und Vormachtstellung in politisch unabhängigen Staaten

Dissertation A (30. 6. 1976)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Der Drang nach Herrschaft und Unterdrückung und die damit verbundene Aggressivität - ein Wesenszug des Monopols

2. Die günstigen Expansionsbedingungen in Lateinamerika für IG-Farben - das mächtigste deutsche Monopol

3. Das Eindringen der IG-Farben in die Wirtschaft lateinamerikanischer Staaten: Zur ökonomischen Einbeziehung Lateinamerikas in die Kriegsvorbereitungen Hitlerdeutschlands durch IG-Farben; IG-Farben-Vertretungen als Basis und Wegbereiter für den Kampf um die Beherrschung des lateinamerikanischen Chemiemarktes; Die Auseinandersetzung mit der Konkurrenz, insbesondere den nordamerikanischen Chemiemonopolen; Die Kartellvereinbarungen als Mittel zur Kontrolle und Einschränkung der Positionen der Konkurrenten; Siche-

rung von Monopolprofit und Verbreiterung seiner Basis durch Einflußnahme auf die Industrialisierung lateinamerikanischer Staaten

4. IG-Farben als Träger der Aggressions- und Expansionsabsichten des Hitlerfaschismus gegenüber Lateinamerika

5. Die Sicherung bzw. Erhaltung von Positionen der IG-Farben in Lateinamerika während des zweiten Weltkrieges: Die Rolle Lateinamerikas in den Kriegszielen der IG-Farben; Die Tarnung - Ausdruck der aggressiven Absichten und Mittel zu ihrer Realisierung; Sicherung bzw. anderweitige Anlage der Vermögenswerte und Profite für die Nachkriegsexpansion; Argentinien als die "letzte Bastion"

6. Der BRD-Imperialismus als Fortsetzer der Expansion nach Lateinamerika

Gerd Neumann

Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1945 bis 1958)

Dissertation B (26. 9. 1977)

1. Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: Die Herausbildung neuer zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen der europäischen volksdemokratischen Länder und der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg und die Gründung des RGW; Der Marshallplan und der Beginn des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die UdSSR und die volksdemokratischen Länder; Die Entwicklung des Ost-West-Handels in den Jahren von 1947 bis 1949

2. Historische Aspekte des Zusammenhangs zwischen dem Prozeß der sozialistischen Industrialisierung und der internationalen Arbeitsteilung im RGW-Bereich: Zum industriellen Ausgangsniveau der Länder des RGW-Bereichs; Die Schwerpunkte der Industrialisierungskonzeptionen der RGW-Länder; Der Beginn der sozialistischen Industrialisierung und die daraus resultierenden Bedingungen für die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung im RGW-Bereich

3. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Länder von 1949 bis 1958: Die Umstellung auf den langfristig geplanten gegenseitigen Warenverkehr im RGW-Bereich; Zur Frage des Beginns der Plankoordinierung im RGW; Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit als neue Form der internationalen Wirtschaftsbeziehungen; Die Entwicklung sozialistischer Kreditbeziehungen zwischen den RGW-Ländern - Wirtschaftshilfe nach dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus; Die Erweiterung der Aufgaben des RGW als Institution zur Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit seiner Mitgliedsländer

Elke Reuter

Die Politik der NSDAP zur Einbeziehung der Arbeiterklasse in den faschistischen Massenanhang (1930 - 1934)

Dissertation A (24. 11. 1976)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Untersuchungen zur Problematik der Schaffung einer Massenbasis zur Errichtung der faschistischen Diktatur am Beispiel des Verhältnisses der NSDAP zur

Arbeiterklasse: Die Orientierung der NSDAP auf die Einhaltung des "legalen Kurses"; Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und ihre Auswirkungen auf die Taktik der NSDAP gegenüber der Arbeiterklasse; Die Rolle der "Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" bei der Formierung der faschistischen Massenbasis (Die Entwicklung der faschistischen Politik zur Beeinflussung der Arbeiterklasse bis zur Gründung der NSBO, Die Entwicklung der NSBO als spezifische Organisation der NSDAP zur faschistischen Manipulierung der Arbeiterklasse)

2. Die Politik der faschistischen Regierung gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organisationen während der Aufrichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur: Die Entfaltung des faschistischen Terrors zur Vernichtung der KPD und der anderen konsequenten Antifaschisten; Das taktische Vorgehen der Faschisten bei der Zerschlagung der freien Gewerkschaften und der "Gleichschaltung" der anderen gewerkschaftlichen Verbände; Die Gründung der faschistischen Organisation "Deutsche Arbeitsfront" und ihre Entwicklung bis zum Januar 1934

3. Die Entwicklung der DAF im Jahre 1934 bis zum Erlaß Hitlers vom Oktober 1934; Der fortschreitende Prozeß der Stabilisierung der DAF nach dem "Röhm-Putsch" bis zum Erlaß Hitlers über die DAF. Auswirkungen der Ergebnisse des 30. Juni. Zur Verankerung der DAF in den Betrieben

Adelheid Riedel

Die Förderung und Qualifizierung der Frauen in der sozialistischen Industrie der DDR und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterklasse (1958 bis 1965)

Dissertation A (7. 4. 1977)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Das Wachstum der Arbeiterklasse durch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in den politischen, ökonomischen und ideologischen Kampf um den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR (1958 bis 1961): Die neuen Maßstäbe für die Entwicklung der Arbeiterklasse gemäß den Beschlüssen des V. Parteitages der SED 1958 und die Folgerungen für die Förderung und Qualifizierung der Frauen (Zur quantitativen und qualitativen Entwicklung der Arbeiterklasse); Das Ringen um die Vervollkommnung der planmäßigen Frauenförderung im Zusammenhang mit dem Beginn der Bewegung der sozialistischen Brigaden (Vorschläge des ZK der SED, Betriebsakademien, Verbesserung der Frauenförderungspläne, FDGB als Schule des Sozialismus, Bilanz, Weiterentwicklung von Formen des sozialistischen Wettbewerbs); Die Auswirkungen der Weiterentwicklung der allgemeinbildenden Schulen und der Berufsausbildung auf die Formung des weiblichen Nachwuchses (1958 - 1961); Fortschritte und Grenzen der stärkeren politischen und beruflich-fachlichen Mobilisierung der Arbeiterinnen zu Beginn des Produktionsaufgebotes (August bis Dezember 1961); Die Bedeutung der Frauenförderung und -qualifizierung

2. Veränderungen in der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterinnen nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Auswertung des Kommuniques des Politbüros des Zentralkomitees der SED "Die Frauen - der Frieden und der Sozialismus" (Dezember 1961 bis Januar 1963): Seine Bedeutung; Seine beginnende Verwirklichung in Verbindung

mit der umfassenden Aktivierung der Arbeiterklasse im sozialistischen Wettbewerb bis zum VI. Parteitag der SED

3. Die Steigerung der politischen Aktivität und das Wachstum des Qualifikationsniveaus der Arbeiterinnen als Teil der herrschenden Klasse beim umfassenden Aufbau des Sozialismus (Januar 1963 - Dezember 1965): Die Konsequenzen aus der Aufgabenstellung des VI. Parteitages der SED 1963 für die Förderung und Qualifizierung der Arbeiterinnen; Die komplexere Förderung und Qualifizierung der Arbeiterinnen in der sozialistischen Industrie und erste Ergebnisse, die sich in den Jahren 1964/65 zeigten

Ergebnisse der Förderung und Qualifizierung der Frauen und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterklasse nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis 1965

Monika Runge

Die Standortentwicklung in der Glasindustrie der Lausitz - ausgewählte Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte und ihre Tradition

Dissertation A (29. 12. 1976)
Bergakademie Freiberg

1. Problemstellung

2. Technologie der Glasherstellung (im Verlauf der Geschichte)

3. Entwicklung der Standortverteilung der Glasindustrie in der Lausitz: Entwicklung und Standorte der Glasherstellung auf dem Gebiet der heutigen DDR vor der industriellen Revolution; Die Entwicklung der Standorte der Glaserzeugung in der Lausitz in der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz; Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus

4. Allgemeine und ökonomisch-geographische Gesichtspunkte über die Glasindustrie der Lausitz seit dem Jahre 1945: Organisation der Produktion im Zusammenhang mit der politischen und ökonomischen Entwicklung; Standortanforderungen an die Versorgung mit Brenn-, Roh- und Hilfsstoffen; Stand der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Lausitzer Glasindustrie; Absatz und Exportentwicklung; Arbeitskräfteprobleme

5. Schwerpunkte der Standortverteilung der Lausitzer Glasindustrie

6. Industriegeographische Charakteristik eines Einzelstandortes der Lausitzer Glasindustrie (VEB Glaswerk Döbern): Kurzer Überblick über die Entwicklung des Glaswerkes; Standortanforderungen an die Versorgung mit Roh-, Brenn- und Hilfsstoffen; Zu Fragen der Rationalisierung und Mechanisierung bei überwiegend manueller Produktion; Absatz und Export; Arbeitskräfteprobleme und Pendlereinzugsbereiche

Bernhard Schneider

Zur Dialektik von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution

Dissertation A (14. 7. 1976)
Technische Universität Dresden

1. Einige historische Aspekte der Dialektik von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution: Zur Dialektik des technischen Fortschritts in der Periode 1540 bis zur industriellen Revolution: Die Vorgeschichte; Sozialökonomische Entwicklung in England und auf dem Kontinent; Technischer Fortschritt in England. Technischer Fortschritt und industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts bis Anfang des 19. Jahrhunderts. Die wissenschaftlich-technische Revolution in der Mitte des 20. Jahrhunderts: Einige historische Aspekte der Herausbildung der wissenschaftlich-technischen Revolution; Wesen und charakteristische Merkmale der wissenschaftlich-technischen Revolution

2. Theoretisch-systematische Aspekte der Dialektik von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution: Die Produktivkräfte der Gesellschaft und ihre Beziehungen zu Technik und Wissenschaft; Quantifizierung und Widerspruchsdialektik; Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Gesellschaft; Kriterien der Höherentwicklung von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft; Zur Messung des technischen Fortschritts

3. Schlußfolgerungen für die technisch-ökonomische Politik beim Aufbau des Sozialismus in der DDR

Peter A. Schupljak

Die Gewerkschaften und der Streikkampf der deutschen Arbeiterklasse für ihre sozialökonomischen Rechte in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933

Dissertation A (6. 1. 1976)
Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Die Offensive der deutschen Monopolbourgeoisie gegen die sozialökonomischen Rechte der deutschen Arbeiterklasse in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933

2. Die deutschen Gewerkschaften am Vorabend der Weltwirtschaftskrise

3. Der Übergang der deutschen Monopolbourgeoisie zur Offensive auf die sozialökonomischen Errungenschaften der Arbeiterklasse am Ende der relativen Stabilisierung und am Anfang der Krise und die Stellung der Gewerkschaften (1929 bis Ende März 1930)

4. Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Offensive der Monopolbourgeoisie in den Monaten April bis Dezember 1930

5. Die Gewerkschaften und die Streikkämpfe in Deutschland von Anfang 1931 bis Juni 1932

6. Die Politik der deutschen Gewerkschaften am Vorabend und nach der Errichtung der faschistischen Diktatur

Bernhard Sorms

Das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis für den Erkenntnisfortschritt in der Chemie, dargestellt am Leben und Wirken Clemens Winklers

Dissertation A (29. 4. 1977)
Bergakademie Freiberg

2. Das Verhältnis Wissenschaft - Praxis: Die Definition der Wissenschaft; Entwicklungsgesetze der Wissenschaft, Das Gesetz von der Übereinstimmung der wissenschaftsexternen Beziehungen mit dem Charakter und dem Grad der wissenschaftsinternen Beziehungen. Gesetze, die das Entwicklungstempo der Wissenschaft betreffen; Zum Schöpfertum in der wissenschaftlichen Tätigkeit; Der Zusammenhang von Wissenschaft und Praxis; Das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis und der Erkenntnisfortschritt

3. Kurze Darstellung der Geschichte der anorganischen Chemie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts: Die Anfänge der chemischen Auseinandersetzung mit der Natur; Die Entwicklung chemischer Kenntnisse in der Antike; Die Alchimie als Vorstufe der wissenschaftlichen Chemie; Die Iatrochemie als Kampfmittel gegen die Reaktion; Die Entwicklung der bürgerlichen Produktionsweise verlangt nach einer wissenschaftlichen Chemie (Robert Boyle als Begründer, Die erste chemische Theorie - die Phlogiston-Theorie, Das Auffinden chemischer Gesetze - die endgültige Begründung der Chemie als Wissenschaft); Der Differenzierungsprozeß in der chemischen Wissenschaft; Die Bedeutung der chemischen Technik für die chemische Wissenschaft

4. Das Leben und Wirken Clemens Winklers (Ausbildung, Entwicklung zum Chemiker, Hüttenchemiker, Leistungen auf dem Gebiet der anorganischen Chemie: technische Gasanalyse, Verhältnis von Praxis und Wissenschaft in der ersten Schaffensperiode Winklers, Die Entdeckung des Germaniums, Die Entwicklung des Schwefelsäurekontaktverfahrens, Gedanken zu Mineralanalysen); Winkler als Hochschullehrer; Winklers Verhältnis zur Wissenschaft

Heidelinde Steinbrück

Probleme der strukturellen Veränderungen in der Arbeiterklasse der BRD und die theoretische und praktisch-politische Reaktion der DGB- und IG-Metallführung. (Dargestellt an der Entwicklung der Arbeiterklasse in Bayern von 1961 bis 1971)

Dissertation A (1. 6. 1976)
Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Die Veränderungen der sozialen Struktur der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im heutigen Monopolkapitalismus der BRD: Wandlungen der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft; Marxistisch-leninistische Auffassungen über die Zugehörigkeit der Arbeiterklasse im Kapitalismus; Der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Bestimmung des Wesens und der Merkmale der Arbeiterklasse im entwickelten Kapitalismus: Leninsche Klassenkriterien; Abgeleitete Klassenmerkmale; Grenzen der Arbeiterklasse. Die Veränderungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse: Begriff der sozialen Struktur der Arbeiterklasse; horizontale Veränderungen (Zweigstruktur, Kern der Arbeiterklasse); Vertikale Veränderungen (Gliederung in Schichten, in Gruppen: quantitative und qualitative Veränderungen)

2. Zu Veränderungen der inneren Struktur der Arbeiterklasse in Bayern in den sechziger Jahren: Einfluß der modernen Großindustrie auf den Proletarisierungsprozeß; Konzentration der Produktion, des Kapitals und der Arbeiterklasse in Bayern; Zum Proletarisierungsprozeß - Die Quellen des weiteren Wachstums der Arbeiterklasse; Zum absoluten und relativen Wachstum der Arbeiterklasse und den Veränderungen in ihrer sozialrechtlichen Stellung. Zu Veränderungen der Struktur der Arbeiterklasse der Industrie in den sechziger Jahren in Bayern: Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; Probleme der Veränderungen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse in der Industrie. Politisch-ideologische Probleme der Veränderungen der inneren Struktur der Arbeiterklasse in Bayern

3. Zur Reaktion der DGB- und der IG-Metallführung auf die strukturellen Veränderungen in der Arbeiterklasse Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre in der BRD und in Bayern

Irene Strube 00

Zur Entwicklung und zu den Wechselbeziehungen von chemischer Wissenschaft und chemischer Produktion in der Zeit der Industriellen Revolution und der vollen Herausbildung des Kapitalismus, insbesondere in Deutschland

Dissertation B (11. 11. 1977)
Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Entwicklung und Wechselbeziehungen von chemischer Wissenschaft und chemischer Produktion zwischen 1785 und 1830: Die Industrielle Revolution mit ihren Forderungen an chemische Produktion und chemische Wissenschaft. Möglichkeiten der chemischen Wissenschaft um 1785, diese Forderungen zu erfüllen; Organisationsformen der chemischen Wissenschaft und gesellschaftliche Stellung ihrer Vertreter; Stand der Bewußtheit der bedeutendsten deutschen Vertreter der Chemie um 1785 über die gesellschaftliche Bedeutung und Funktion ihrer Wissenschaft sowie Aktivitäten zur wechselseitigen Beeinflussung von chemischer Wissenschaft und chemischer Produktion; Das wissenschaftliche Lehrgebäude der Chemie um 1785 und seine technologische Anwendbarkeit. Möglichkeiten der chemischen Produktion um 1785, die Forderungen der Industriellen Revolution zu erfüllen; Entwicklungsstand der chemischen Gewerbe; Stand der wissenschaftlichen Durchdringung der chemischen Produktion

3. Kenntnisnahme der chemischen Wissenschaft und der chemischen Produktion von den Forderungen der Industriellen Revolution und Maßnahmen zu ihrer Befriedigung zwischen 1785 und 1830: Die Entwicklung der chemischen Wissenschaft. Die Entwicklung der chemischen Produktion. Art und Weise ihrer wechselweisen Beeinflussung zwischen 1785 und 1830

4. Entwicklung und Wechselbeziehungen von chemischer Wissenschaft und chemischer Produktion in Deutschland zwischen 1830 und 1865: Die Entwicklung der chemischen Produktion unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der vollen Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland (Die Entwicklung des wichtigsten chemischen Produktionszweige). Gesellschaftliche Stellung und Organisationsformen der Chemie in Deutschland (Das Wirken Liebigs, Die Entwicklung der Ausbildungsstätten für Chemiker, Die Entwicklung der Kommunikationsmittel auf dem Gebiet der Chemie). Die Entwicklung der Experimentalchemie und der chemisch-theoretischen Lehren unter dem

Einfluß der chemischen Produktion und innerlogischer Stimuli sowie die technologische Umsetzung der neuen chemischen Erkenntnisse (anorganische Chemie, organische Chemie, Die Abstraktion neuer chemischer Erkenntnisse und die Entwicklung der chemischen Theorie bis etwa 1860, Die chemische Wissenschaft zwischen 1830 und 1860 in ihrer technologischen Anwendung)

Paul Symandl

Die Entwicklung der Bodenpreise und ihre Auswirkungen auf die werktätigen Bauern in der BRD (Untersucht für die Zeit von 1950 bis 1970)

Dissertation A (1. 6. 1976)
Hochschule für Bauwesen Leipzig

1. Die Bodenfrage im Imperialismus unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Das Monopol des privaten Grundeigentums; Die staatsmonopolistische Bodenpolitik in der BRD; Die demokratische Alternative zur staatsmonopolistischen Bodenpolitik
2. Umsatz und Preise des landwirtschaftlich genutzten Bodens: Umfang und Entwicklungstendenzen des Eigentumswechsels an landwirtschaftlichem Boden; Die Entwicklung der Preise des landwirtschaftlich genutzten Bodens; Die landwirtschaftlichen Bodenpreise in den Ländern der EWG
3. Die Ursachen für die rasche Steigerung der landwirtschaftlichen Bodenpreise in der BRD nach 1950: Der Einfluß der kapitalistischen Grundrente und des Zinsfußes für Bankdepositen auf die Entwicklung der Preise des landwirtschaftlichen Bodens; Die Entwicklung des Baulandbedarfs und der Baulandpreise und ihr Einfluß auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bodenpreise; Die Landnahme für militärische Zwecke
4. Die Auswirkungen der Bodenpreissteigerung auf die Lage der werktätigen Bauern und Aufgaben einer demokratischen Bodenpreispolitik: Die Rolle der Bodenpreise im Existenzkampf der werktätigen Bauern; Ideologische Auswirkungen der hohen Bodenpreise auf die werktätigen Bauern

Paul Trixa

Die Ingenieurbildung für den Agrarbereich im staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD

Dissertation A (23. 12. 1976)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Einfluß einiger gesellschaftlicher Prozesse im staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Politik der Monopole auf die Agrar-Ingenieurbildung im allgemeinen: Die Auswirkungen der Widersprüche des spätkapitalistischen Systems; Integration der Landwirtschaft in das staatsmonopolistische System; Expansionistische Politik der Monopole; Die bestimmende Rolle der Monopole bei der Ausbildung von Agraringenieuren und die Methoden ihres Einflusses
2. Die Widerspiegelung der monopolistischen bildungspolitischen und pädagogischen Konzeptionen in Ziel und Inhalt der Ausbildung von Agraringenieuren

3. Der Einfluß der monopolistischen Bildungspolitik auf die Methoden, die Organisation der Ausbildung und die Weiterbildung für Agraringenieure
4. Die Absolventen und ihre Existenzbedingungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus
5. Die demokratische Alternative zur monopolistischen Konzeption für die Ausbildung an den Fachhochschulen, den Universitäten und den anderen Hochschulen
6. Beispiel - Deutsche Demokratische Republik in Konfrontation mit dem Imperialismus. Grundsätzliches zur Ausbildung von Fach- und Hochschulkadern für die Landwirtschaft der DDR

Karl-Heinz Uhlig

Die Konzeption des kapitalistischen Marketing und ihre Bedeutung für die gegenwärtige monopolistische Marktstrategie

Dissertation B (17. 9. 1976)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die konzeptionelle Ausprägung und praktische Umsetzung der monopolistischen Marketingkonzeption - ein Anpassungsversuch des staatsmonopolistischen Kapitalismus an die Wirkungsfaktoren und Wirkungsbedingungen seiner allgemeinen Krise
2. Das Marketing als ideologisch-theoretisches und wirtschaftspolitisches Instrument zur Beeinflussung des Marktprozesses im gegenwärtigen Kapitalismus
3. Die Rolle des Marketing in der gegenwärtigen monopolistischen Marktstrategie
4. Die Einzelkomponenten des Marketing als Teilstrategien zur umfassenden Marktbeeinflussung und ihre komplexe Anwendung durch die Monopole
5. Marketing als Monopolisierungsfaktor in Produktion und Warenzirkulation des heutigen Kapitalismus
6. Der Platz des Marketing in der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus
7. Zusammenfassende Wertung der Möglichkeiten und Grenzen des Marketing im System der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung

Klaus Vetter

Preußischer Rittergutsbesitz und bürgerliche Umgestaltung.
Die Opposition des kurmärkischen Adels gegen die Stein-Hardenbergschen Reformen

Dissertation B (16. 5. 1977)
Humboldt-Universität zu Berlin

2. Der Adel und die Verfassungsfrage: Die ständischen Rechte des kurmärkischen Adels vor den Reformen. Das ständische Komitee der Kurmark und der kurmärkische Landtag vom Frühjahr 1809. Der Kampf gegen das Finanzedikt und die Notabeln-Versammlung. Die interimistische Nationalrepräsentation. Die

restaurative Adelsoffensive nach 1813. Preußische Nationalversammlung oder Provinzialstände. Die Beratung der Verfassungskommission mit den brandenburgischen Notabeln. Die Einrichtung der Provinzial- und Kreisstände

3. Der Adel und die Verwaltungsreformen: Die staatlichen Machtbefugnisse und die ständischen Institutionen des grundbesitzenden Adels vor den Reformen. Die Auswirkungen der Verwaltungsreformen von 1808 - 1810 auf die adligen Gerechtsame. Der Kampf gegen das Gendarmerieedikt. Die Aufhebung der kurmärkischen Landschaft. Die teilweise Revision der neuen Kreiseinteilung und die Wiederherstellung der ständischen Landarmenverwaltung

4. Der Adel und die Agrarreform: Die gutsherrlichen Privilegien und die Besitzrechte des kurmärkischen Adels vor der Reform. Der Adel und die Reformbestrebungen vor 1806. Der Adel und die erste Phase der preußischen Agrarreform. Der Kampf der Bauern für die Fortführung der Agrarreform. Der Adel und die zweite Phase der preußischen Agrarreform

5. Ziele, Organisation und Ergebnisse der Adelsopposition gegen die Stein-Hardenbergschen Reformen

Erika Wasilewitsch

Die Teilnahme deutscher Arbeiter und Spezialisten an der Wiederherstellung und Industrialisierung der Volkswirtschaft der UdSSR (1921 - 1932)

Dissertation A (6. 7. 1976)
Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der Eintritt der Menschheit in eine neue Etappe ihrer Entwicklung

2. Die Anfänge unmittelbarer produktiver Hilfeleistungen für die sowjetische Volkswirtschaft durch die deutsche Arbeiterklasse (1918 - Ende 1925) (Die Interessenvertretung der deutschen Auswanderergesellschaften "Ansiedlung Ost", Die Internationale Arbeiterhilfe, ihre Rolle und Tätigkeit bei der solidarischen wirtschaftlich-produktiven Unterstützung für die sowjetische Wirtschaft bis 1925/26, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Solidaritätsbewegung)

3. Die technische Unterstützung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten für die sowjetische Industrie im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes; Die Rolle der KPD bei der Auswahl und politischen Vorbereitung deutscher Arbeiter und Spezialisten für die sowjetische Wirtschaft (1926 - 1932); Aufgaben und Tätigkeit der deutschen Arbeiter und Spezialisten in der sowjetischen Industrie während der ersten Fünfjahrplanes

4. Die Bedeutung der wirtschaftlich-technischen Hilfe des internationalen Proletariats für die Sowjetunion während des ersten Fünfjahrplanes; Die Verwirklichung der Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft in der DDR

Wolfgang Wilhelmus

Das faschistische Deutschland und Schweden im zweiten Weltkrieg

Dissertation B (15. 1. 1976)
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Schweden in der Nordeuropapolitik des deutschen Imperialismus vor dem zweiten Weltkrieg

2. In den ersten Monaten des zweiten Weltkrieges: Während des Überfalls auf Polen; Die Bedeutung der schwedischen Eisenerze für die faschistische Kriegswirtschaft; Die deutsche Seekriegführung gegen Schweden; Das deutsch-schwedische Wirtschaftsabkommen; Der Angriff auf Skandinavien wird vorbereitet

3. Zwischen dem 9. April 1940 und dem 22. Juni 1941: Die deutschen Forderungen an Schweden; Die Transitfrage; Das Transitabkommen; Schweden in den faschistischen "Neuordnungs"-Plänen; Schweden und die faschistischen Angriffsvorbereitungen auf die Sowjetunion

4. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion: Die Forderungen vom 22. Juni 1941; Schweden auf dem Weg zum Vasallen?; Die Wirtschaftsbeziehungen 1941 - 1943

5. Die Auswirkungen der faschistischen Niederlagen: Die Einschränkung des Transits; Schweden vor der Besetzung?; Die Angriffspläne werden ausgearbeitet; Schwierige Wirtschaftsverhandlungen 1943; Die Einstellung des Transits und des Handels; Ergebnisse der deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen 1939 - 1945

6. Deutsche Spionage und Geheimdiplomatie in Schweden

Klaus-Gerhard Witte

Politisch-ökonomische Besonderheiten des Kapitalismus in den wirtschaftlich entwickelten kleinen Ländern - untersucht am Beispiel Dänemarks

Dissertation A (27. 2. 1975)
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Die historische Seite wesentlicher objektiver Bedingungen der Entwicklung des dänischen Kapitalismus

2. Die spezifischen Momente in der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und der Struktur des Kapitalismus in der dänischen Landwirtschaft: Politisch-ökonomische Voraussetzungen für die ursprüngliche Akkumulation; Die reformistische Lösung der Agrarfrage in der ersten Etappe der ursprünglichen Akkumulation; Bemerkungen zur These vom "demokratischen Weg" in der dänischen Landwirtschaft; Der Zusammenhang zwischen der endgültigen Lösung der Agrarfrage und den Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus außerhalb der Landwirtschaft in der zweiten Etappe der ursprünglichen Akkumulation; Die spezifischen Züge in der ökonomischen und sozialen Struktur des agrarischen Kapitalismus in Dänemark und deren Ursachen

3. Die kapitalistische Industrialisierung und die Vollendung des spezifischen Profils des dänischen Kapitalismus: Die Bedingungen für die kapitalistische Industrialisierung; Eine hochgradige Zentralisation der Geldfonds als Vorbedingung; Die Rolle des Bankkapitals

4. Die Leninschen Merkmale des Imperialismus und der dänische Kapitalismus; Die Konzentration der Produktion und des Kapitals - Das Auftreten von Monopolen; Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie; Die Besonderheiten in der Wirkungsweise des Gesetzes der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals unter den Bedingungen kleiner kapitalistischer Länder im allgemeinen; Der Kapitalexport; Internationale monopolistische Kapitalistenverbände; Die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte; Die Bedeutung des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung im Kapitalismus für die wirtschaftlich entwickelten kleinen Länder des imperialistischen Systems; Das Wesen des dänischen Monopolkapitalismus

Autorenverzeichnis

Ballwánz, Ilona, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Wilhelm-Pieck-Universität, Rostock.

Bleiber, Helmut, Prof. Dr. sc. phil., Abteilungsleiter, Abteilung 1789 - 1917 des Wissenschaftsbereiches Deutsche Geschichte, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Brachmann, Hansjürgen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Brentjes, Burchard, Prof. Dr. phil. habil., a. o. Professor für Orientalische Archäologie, Sektion Orient- und Altertumswissenschaften, Martin-Luther-Universität, Halle.

Eccarius, Wolfgang, Dr. rer. nat., Fachlehrer für Mathematik und Naturwissenschaften, Erweiterte Oberschule "Ernst Abbé", Eisenach.

Gunst, Péter, Dr., Wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter, Magyar Mezögazdasági Múzeum, Budapest.

Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Jähne, Armin, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.

Kleinhempel, Jochen, Lehrer, Sektion Geschichte, Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.

Kofman, Jan, Dr. rer. pol., Adjunkt, Filia Białystok, Uniwersytet Warszawski.

Kreißig, Heinz, Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Bereichs griechisch-römische Geschichte, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Kühne, Lutz, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK, Berlin.

Lehmann, Karin, Dr. rer. oec., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Mette, Thomas, Dipl.-Hist., Dipl.-Archivar, Reichsbahn-Rat, Leiter des Archivs, Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Ministerium für Verkehrswesen, Berlin.

Murata, Takeschi, Prof. Dr. oec., Professor für Ökonomie, Fremdsprachenhochschule, Osaka, Japan.

Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Postier, Dieter, Diplomlehrer, Erweiterte Oberschule "Geschwister Scholl", Mücheln.

Reißner, Manfred, Dr. phil., Oberassistent, Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schwärzel, Renate, Dipl. Wirtschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Siedt, Veronika, Dipl. Wirtschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Straube, Manfred, Dr. phil., Hochschuldozent, Sektion Geschichte, Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig.

СОДЕРЖАНИЕ

Лутц Кюне, Экономическая политика СЕПГ при подготовке центрального планирования экономического развития /с начала до середины 1948 года/
Такеши Мурата, Актуальные проблемы сельского хозяйства в Японии в историческом разрезе
Ян Кофман, Польский крупный капитал и общие принципы государственной экономической политики с 1929 по 1939 год. Конвергенции и дивергенции
Илона Бальванц, Связь между развитием производства и величиной предприятия в сельском хозяйстве Германии с 1871 по 1914 год
Ренате Шверцель, Форум ежегодника: "Некоторые вопросы исследования социалистической индустриализации"
Йорг Рёслер, Пути решения в начале проведения экономических реформ в 60-ые годы
Петер Гунст, Регионы и субрегионы. Методологическая проблема сравнительных экономико-исторических исследований
Хайнц Крайсиг, К вопросу рабства в древнем мире. Предварительные результаты международных Colloques sur l'esclavage
Юрген Кучинский, Интересное собрание материалов по вопросу положения рабочих
Манфред Нуссбаум, Сравнительная экономическая история одного европейского региона и развивающиеся страны
Хельмут Бляйбер, Ранняя история рабочего движения и буржуазная апологетика
Манфред Штраубе, Первоисточники к истории Ганзы. Обзор в экономико-историческом разрезе
Хансюрген Брахманн, Новейшие марксистские исследования по вопросу ранней истории немецкого народа
Бурхард Брентьес, Маркс о частной собственности на землю на Ближнем и Среднем Востоке
Томас Метте, Железные дороги Германии и монопольные интересы. Стремления германских монополий усилить их влияние на вновь созданных железных дорогах Германии /с осени 1920 года до весны 1923 года/
Ренате Шверцель, О значении движения "Steckenpferd" в рамках социалистического соревнования на народном предприятии "Berliner Glühlampenwerk" 1959/60
Вероника Зидт, Введение высокоскоростных буровых машин на калийных рудниках в ГДР с 1957 по 1962 год
Вольфганг Екариус,"Journal für die Baukunst" как пример преемственности технического опыта в Германии во второй четверти 19-ого столетия
Карин Леманн, Финансовая история империализма /16-ое ноября 1977 года в Берлине/
Манфред Райснер/Манфред Штраубе, Связи между городом и деревней в ганзейском экономическом районе /с 13 по 15 сентября в Ростоке/
Йохен Кляйнхемпель/Дитер Постир, История торговли в тюрингско-саксонской области /25-ое мая 1977 года в Лейпциге/
Армин Ене, Проблемы греческой колонизации и структуры раннеантичных государств в северной и Восточной частях черноморской области /с 4 по 11 мая 1977 года в Цхалтубо/СССР/
Работы высших школ по экономической истории /Ренате Гюнтер/

CONTENTS

Lutz Kühne, The economic policy of the SED in preparation of central economic planning (first half of the year 1948)
Takeschi Murata, Actual problems of agriculture in Japan from historical view
Jan Kofman, Polish big capital and the general principles of state economic policy in the years 1929 to 1939. Convergences and divergences
Ilona Ballwanz, The connection between the development of production and the size of productions-units in German agriculture from 1871 to 1914
Renate Schwärzel, Forum of yearbook: "Some questions of the research into socialist industrialisation"
Jörg Roesler, Ways of solution at the start of economic reforms in the sixties
Péter Gunst, Regions and subregions. A methodological problem of comparative economic-historical analysis
Heinz Kreissig, On slavery in antiquity. An interim balance of the international Colloques sur l' esclavage
Jürgen Kuczynski, An interesting collection of material on the situation of the workers
Manfred Nussbaum, A comparative economic history of an European region and the developing countries
Helmut Bleiber, Early history of the workers movement and bourgeois apology
Manfred Straube, Sources on the history of the Hanse. A survey under economic historical aspects
Hansjürgen Brachmann, Newer marxist research into the early history of the German people
Burchard Brentjes, Marx on private landed property in the Orient
Thomas Mette, German Reichsbahn and monopoly interests. Efforts of German monopolies to strengthen their influence on the newly-formed German Reichsbahn (autumn 1920 to spring 1923)
Renate Schwärzel, On the consequence of the "Steckenpferd" movement within the socialist competition in the VEB Berliner Glühlampenwerk 1959/60
Veronika Siedt, The introduction of the fast frequency drilling machine in the potash mines of the GDR 1957 to 1962
Wolfgang Eccarius, The "Journal for Architecture" as example for the reception of technical experiences in the Germany of the second quarter of the 19th century
Karin Lehmann, Financial history of Imperialism (November 16 th 1977 in Berlin)
Manfred Reissner/Manfred Straube, Town-country relations in the Hansic area (September 13th to September 15th 1977 at Rostock)
Jochen Kleinhempel/Dieter Postier, Trade history in the Thuringian-Saxonian area (May 25th 1977 at Leipzig)
Armin Jähne, Problems of Greek colonisation and the structure of early antique states in the northern and eastern Black Sea area (May 4th to May 11th 1977 at Cchaltubo/USSR)
University publications on economic history (Renate Günther)

CONTENU

Lutz Kühne, La politique économique du S. E. D. faite dans le but de préparer la planification économique centrale du commencement au milieu de 1948
Takeschi Murata, Problèmes actuels de l' agriculture au Japon en vue historique
Jan Kofman, Le gros capital polonais et les principes généraux de la politique économique d' Etat dans les années 1929 à 1939. Convergences et divergences
Ilona Ballwanz, Les rapports entre le développement de la production et l' étendue de l' entreprise dans l' agriculture allemande de 1871 à 1914
Renate Schwärzel, Forum d' annuaire: "Quelques questions sur les recherches de l' industrialisation socialiste"
Jörg Roesler, Moyens de solution pour la mise en oeuvre des réformes économiques dans les soixante
Péter Gunst, Régions et subrégions. Problème méthodologique, en faisant des recherches comparatives d' histoire économique
Heinz Kreißig, Observations sur l' esclavage dans l' Antiquité. Bilan provisoire des colloques internationaux sur l' esclavage
Jürgen Kuczynski, Une collection intéressante de matériel sur la situation des ouvriers
Manfred Nussbaum, Une histoire économique comparative d' une région européenne et les pays en voie de développement économique
Helmut Bleiber, La première époque de l' histoire du mouvement ouvrier et l' apologétique bourgeoise
Manfred Straube, Sources de l' histoire de l' Hanse: Une vue d' ensemble sous des aspects économo-historiques
Hansjürgen Brachmann, Récentes recherches marxistes au sujet de la première époque de l' histoire du peuple allemand
Burchard Brentjes, Vues de Marx sur la propriéte privée en biens fonciers à l' Orient
Thomas Mette, Les chemins de fer allemands et les intérêts des monopoles. Tendances des monopoles allemands de renforcer leur influence sur les chemins de fer allemands réorganisés (de l'automne 1920 au printemps 1923)
Renate Schwärzel, Sur l' importance du mouvement "Steckenpferd" dans le cadre du consours socialiste au "VEB Berliner Glühlampenwerk" en 1959/60
Veronika Siedt, L' introduction de la forense à fréquence accélérée dans les mines de potasse de la R. D. A. de 1957 à 1962
Wolfgang Eccarius, Le "journal d' architecture" comme exemple de la réception d' expériences techniques dans l'Allemagne du 2e quart du 19e siècle
Karin Lehmann, Histoire des finances de l' impérialisme (16 novembre 1977 à Berlin)
Manfred Reißner/Manfred Straube, Rapports ville - campagne dans l' espace économique de l' Hanse (du 13 au 15 septembre 1977 à Rostock)
Jochen Kleinhempel/Dieter Postier, Histoire du commerce dans l' espace saxo-thuringien (le 25 mai 1977 à Leipzig)
Armin Jähne, Problèmes de la colonisation grecque et la structure des Etats de la première période de l' Antiquité de la région nord et est de la mer noire (du 4 au 11 mai 1977 à Cchaltubo/USSR)
Traités universitaires sur l' histoire économique (Renate Günther)

Lutz Kühne, La política económica del PSUA en preparación de la planificación económica central (desde los principios hasta la mitad de 1948)
Takeschi Murata, Problemas actuales de la agricultura en al Japón desde el punto de vista histórico
Jan Kofman, Los grandes capitales polacos y los principios generales de la política económica estatal durante los años desde 1929 hasta 1939. Convergencias y divergencias
Ilona Ballwanz, La relación entre el desarrollo de la producción y la dimensión de la empresa en la agricultura alemana desde 1871 hasta 1914
Renate Schwärzel, Foro del Anuario: "Algunos problemas de la investigación de la industrialización socialista"
Jörg Roesler, Métodos de solución al empezar las reformas económicas en la década sexta
Péter Gunst, Regiones y subregiones. Un problema metodológico de la investigación comparativa en historia económica
Heinz Kreißig, Acerca de la esclavitud en la antigüedad. Un balance intermediario de los Colloques sur l'esclavage internacionales
Jürgen Kuczynski, Una colección de material interesante acerca de la situación de los trabajadores
Manfred Nussbaum, Una historia económica comparativa de una región europea y los países en vía de desarrollo
Helmut Bleiber, La historia temprana del movimiento obrero y la apología burguesa
Manfred Straube, Fuentes acerca de la historia de la Hansa. Una vista general desde aspectos de la historia económica
Hansjürgen Brachmann, Investigaciones marxistas recientes acerca de la historia temprana del pueblo alemán
Burchard Brentjes, Marx acerca de la propiedad particular de los bienes raíces en el Oriente
Thomas Mette, Los Ferrocarriles del Imperio alemán y los intereses de los monopolios. Esfuerzos de parte de monopolios alemanes para conseguir el refuerzo de su influencia sobre los Ferrocarriles del Imperio alemán nuevamente constituidos (desde otoño de 1920 hasta primavera de 1923)
Renate Schwärzel, Acerca del significado del movimiento de "Steckenpferd" (ocupación predelicta) de la emulación socialista en la empresa nacionalizada de bombillas berlines a durante 1959/1960
Veronika Siedt, La introducción de la perforadora de frecuencia rápida en las minas de potasa de la R. D. A. desde 1957 hasta 1962
Wolfgang Eccarius, El "Diario para arquitectura" como ejemplo para la recepción de experiencias técnicas en Alemania durante el segundo cuarto del siglo XIX
Karin Lehmann, Historia financiera del imperialismo (el 16 de noviembre de 1977 en Berlín)
Manfred Reißner/Manfred Straube, Relaciones entre la ciudad y el campo en la región económica hanseática (desde el 13 hasta el 15 de septiembre de 1977 en Rostock)
Jochen Kleinhempel/Dieter Postier, Historia del comercio en la región turingense-sajón (el 25 de mayo de 1977 en Leipzig)
Armin Jähne, Problemas de la colonización griega y de la estructura de estados antiguotempranos en la región del norte y del este del Mar Negro (desde el 4 hasta el 11 de mayo de 1977 en Cchaltubo/URSS)
Tratados universitarios acerca de la historia económica (Renate Günther)

Karl Reißig

Das Mitglied des Redaktionskollegiums des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte, Prof. Dr. phil. habil. Karl Reißig, verstarb am 2. Juni 1978 im Alter von 48 Jahren.

Der frühe Tod von Karl Reißig ist nicht nur für seine Angehörigen ein schwerer Verlust. Alle, die mit ihm in Forschung und Publizistik zusammenarbeiten durften, spüren schmerzlich die entstandene, schwer zu schließende Lücke. Auch für uns, die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte, war Karl Reißig ein Freund, Helfer und Kampfgefährte, dessen Ratschläge uns sehr fehlen werden.

Seit 1971 vertrat Karl Reißig im Redaktionskollegium den Bereich Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus. An den seitdem erschienenen Beiträgen läßt sich ablesen, wie die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet Schritt um Schritt und in steigender Qualität ihren publizistischen Niederschlag fand. Karl Reißig verstand es wie kaum ein anderer, aus der Vielzahl unerforschter und komplizierter Probleme in seinem Verantwortungsbereich die entscheidenden aufzugreifen, schöpferische Fragestellungen zu formulieren, Denkanstöße zu vermitteln und helfend zu kritisieren. Wer ihn um sein Urteil bat, konnte auf ein sachgerechtes Wort rechnen; wer ihm seine Arbeitsprobleme vortrug, wußte sich in guten Händen. Trotz schwerer Krankheit fand er immer wieder neue Energie, die er seiner Umwelt mitzuteilen verstand.

Am 14. April 1930 als Sohn eines Maschinenschlossers geboren, erlernte er den Beruf eines Drehers. Dienst in den bewaffneten Organen der DDR, Fernstudent für Gesellschaftswissenschaften, Dozent am Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung am damaligen Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Verfasser einer Reihe bedeutsamer Schriften zur Geschichte der Wirtschaftspolitik der SED, Leiter des Forschungsbereichs Geschichte der Wirtschaftspolitik der SED am Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berufung zum ordentlichen Professor – das waren einige Abschnitte und Markierungspunkte des Lebensweges von Karl Reißig.

Unser Freund hat auch für unser Jahrbuch Grundsteine gelegt und Richtungen gewiesen. Er wird uns unvergessen bleiben.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Udo Stein
Historische Bedingungen und Erfordernisse der Intensivierung des erweiterten Reproduktionsprozesses der Industrie der DDR in der ersten Hälfte der siebziger Jahre

Winfried Roth
Zur Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der USA nach 1945

Werner Linek
Der historische Weg der Entstehung, Leitung und Entwicklung der VEB Kombinate Getreidewirtschaft in der DDR (von 1949 bis 1979)

Lembit Ebre
Einige Probleme der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Dänemark

Marlene Njammasch
Einige Überlegungen zur Genesis des Kastensystems in Indien. Kasten, Kastensystem und Feudalgesellschaft

A. Ja. Gurevič
Semantik der Gemeindeverhältnisse: Hof, Grund und Boden, Dorfgemeinde

Irina S. Svencickaja
Zur Lage der Ackerbauern im Seleukidenreich und in Pergamon

Christine Petrick
Entwicklungsmerkmale der Frühgeschichte des Buchdrucks

Hans Mottek
Wirtschafts- und Sozialgeschichte, politische Ökonomie - Sozialökonomie

Hans-Jürgen Arendt
Eine besondere Form der Einbeziehung nichtberufstätiger Frauen in die Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus. Zur Entwicklung der Bewegung der Hausfrauenbrigaden in der DDR 1958 bis 1961/62

Alfred Loesdau
Betriebsgeschichte in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie

Hartmut Harnisch
Quellen zur Bevölkerungsgeschichte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, vornehmlich am Beispiel Preußens

Renate Günther
Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Bibliographie)

Wolf-Dieter Hartmann/Heinz-Dieter Haustein

Leitung industrieller Forschung und Entwicklung

Theoretische und praktische Probleme von Neueinführungen

1978. Etwa 192 Seiten — 8° — etwa 20,— M
Bestell-Nr. 753 070 3 (6357)

Die Autoren untersuchen theoretische Grundlagen und praktisch angewandte Methoden und Kennziffern der komplexen Leitung von Neuerungsprozessen, wobei vor allem der Analyse des real erreichten Niveaus und Entwicklungstempos im internationalen Maßstab große Bedeutung geschenkt wird. Es werden neue Empfehlungen für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Hauptfaktor der Intensivierung gegeben. Gestützt auf umfangreiche empirische Untersuchungen reichen sie von Methoden einer rationelleren Ideengewinnung bis zu Ratschlägen für den Leiter zur besseren Beherrschung der Komplexität von Neueinführungen.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG
DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4

Die Geldlehre des Nicolaus Copernicus

Texte, Übersetzungen, Kommentare

In memoriam Kurt Braunreuther 1913—1975

Herausgegeben von Erich Sommerfeld

1978. 167 Seiten — 8 Abbildungen — gr. 8° — Leinen 14,50 M
Bestell-Nr. 753 559 8 (6517)

Die Denkschriften des Nicolaus Copernicus zu einer Währungsreform — „die bedeutendste geldtheoretische Leistung des 16. Jahrhunderts", wie man sie zu Recht genannt hat — werden erstmals in vollständiger Übersetzung publiziert und kommentiert. Sie machen deutlich, daß ihr Verfasser nicht nur in der Astronomie, sondern auch in der Geschichte der ökonomischen Theorie einen bedeutenden Platz innehat, denn er behandelt als erster und für mehr als anderthalb Jahrhunderte einziger das Steigen und Sinken des Geldwertes als einen ausschließlich ökonomisch zu interpretierenden, gesetzmäßigen Sachverhalt.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG
DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4